



Außenpolitischer Bericht

1981

Außenpolitischer Bericht

1981

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Für den Inhalt verantwortlich:
Dr. Gerhard Pfanzelter, 1010 Wien, Ballhausplatz 2.

Druck: Österreichische Staatsdruckerei 0502/2

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	7
Österreich in der Welt: Außenpolitik 1981	11
Neutralitäts- und Friedenspolitik	12
Kontinuität und Konsens	
Weltpolitische Entwicklungen	14
Konfrontationen und Konflikte	
Bilaterale Beziehungen	38
Nachbarstaaten	39
Europa und Nordamerika	40
Naher Osten und Maghreb	41
Mittlerer Osten Süd- und Südostasien Ferner Osten	43
Afrika südlich der Sahara	44
Südamerika Mittelamerika Karibik	45
Australien und Ozeanien	46
Multilaterale Zusammenarbeit	48
Europäische Kooperation und Integration	48
Europarat EFTA EG OECD	
Ost-West-Beziehungen	70
KSZE ECE Donaukommission	
Universelle Zusammenarbeit	73
Vereinte Nationen Sonderorganisationen	
Internationale Organisationen in Wien	76
IAEO UNIDO UN OPEC OPEC-FONDS IIASA	
Außenwirtschaftspolitik	93
Förderung der Exportinteressen	94
Sicherung der Energieversorgung	97
Internationale Rohstoffpolitik	106
Entwicklungspolitik	111
Nord-Süd-Dialog	112
Entwicklungszusammenarbeit	125

	Seite
Auslandskulturpolitik	137
Kunst	138
Wissenschaft	145
Bildung	150
Kulturabkommen und vertragliche Vereinbarungen	152
UNESCO	153
 Konsular- und Rechtsfragen	 155
Schutz und Hilfe für Österreicher	155
Sicherung österreichischen Vermögens	159
Betreuung der Auslandsösterreicher	159
Konsularabkommen und vertragliche Vereinbarungen	162
 Humanitäre Außenpolitik	 164
Menschenrechte	164
Humanitäre Härtefälle	166
Flüchtlings- und Asylpolitik	168
Katastrophenhilfe	170
 Österreich: Ort der Begegnung	 172
Internationales Zentrum Wien	172
Konferenzen und Kongresse	173
 Information	 175
Öffentlichkeitsarbeit im Inland	175
Österreichbild im Ausland	176
Information des Parlaments	177
 Auswärtiger Dienst	 178
Organisation	178
Diplomatische Akademie	181
Sicherheitsmaßnahmen	182
Volksanwaltschaft	183

ANHANG

Seite

Karten

Organisationsplan des Außenministeriums	187
Österreichische Berufsvertretungen	189
Österreichische Honorarkonsulate	191
Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen	193

Übersichten

Ausländische Vertretungen in Österreich	195
Internationale Organisationen in Österreich	196
Besuche in Österreich	198
Besuche im Ausland	199
Österreich in Zahlen	200
Asylland Österreich	205
Österreich in den UN-Sonderorganisationen	206
Vertragsübersicht 1981	208

Dokumente

Nord-Süd-Gipfel in Cancun	
Erklärung des Bundeskanzlers	224
Österreichische Vorschläge	227
Abrüstung	
Österreichisches Arbeitspapier (Vereinte Nationen)	231
Menschenrechte	
Österreichisches Memorandum (Europarat)	234
Polen	
Erklärung des österreichischen KSZE-Vertreters	236
UN-Generalsekretär	
Erklärung des österreichischen UN-Vertreters	237

Seite

Grundsatzserklärungen

des Bundespräsidenten an das Diplomatische Corps am 13. Jänner	239
des Bundeskanzlers anlässlich der Eröffnung des OPEC-Seminars 1981 am 24. November	242
des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 13. Mai	247
des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten als Vorsitzender der Internationalen Kambodscha-Konferenz am 13. Juli	252
des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vor der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. Oktober	254

Tätigkeitsberichte

Vereinte Nationen	262
Europarat	293
Kulturelle Veranstaltungen im Ausland	311

Länderbeiträge (A bis Z) 317**Bericht der parlamentarischen Delegation beim Europarat** 417**Abkürzungen** 418**Sachregister** 425

Vorwort

Der Außenpolitische Bericht 1981 erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem die Weltlage durch eine zunehmende Konfrontationstendenz gekennzeichnet ist. In einer solchen kritischen Phase steht die österreichische Außenpolitik besonderen Aufgaben und Problemen gegenüber: Den Bemühungen zum Abbau von Spannungen und zur Fortführung des Dialogs zwischen den Machtblöcken kommt im Interesse der österreichischen Sicherheit erste Priorität zu. Wir sind uns bewußt, daß die Sicherheit Österreichs nur dann gewährleistet ist, wenn eine Konfrontation insbesondere zwischen den am meisten gerüsteten Staaten vermieden werden kann. Gleichzeitig wissen wir, daß die auf Ausgleich gerichtete Politik des neutralen Staates in Zeiten erhöhter Spannungen zunehmend schwieriger wird, weil die involvierten Mächte gegenüber Auffassungen, die von ihrer Meinung abweichen, empfindlicher werden und dazu neigen, Staaten in ein starres Freund-Feind-Muster einzureihen. Dennoch müssen wir unsere eigenständige Politik konsequent weiterführen.

Unsere Außenpolitik orientiert sich an der österreichischen Interessenslage, die jedoch in der Zeit der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit, nicht nur eindimensional gesehen werden kann. Die Sicherheit des einen ist ohne die Sicherheit des anderen nicht denkbar, sie kann nur miteinander und nicht gegeneinander erreicht werden. Die Unabhängigkeit kann nicht gesichert werden, wenn nicht der Friede gesichert ist, der Friede kann nicht gewährleistet werden, wenn nicht die Menschenrechte gewährleistet werden. Die Zielsetzung der österreichischen Außenpolitik ist also: Unabhängigkeit, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Dies gilt sowohl für Österreich als auch für die Welt.

Daraus erklärt sich unser Engagement zur Fortführung des Dialogs nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd, aber auch der Stellenwert, den wir der humanitären Außenpolitik beimessen. Konkreter Beweis hiefür war 1981 unsere Initiative in Verbindung mit dem Gipfeltreffen von Cancun und unsere Leistungen als Flüchtlings- und Asylland. Das große ideelle Engagement für den Nord-Süd-Dialog scheint in einem gewissen Widerspruch zu den relativ geringen Mitteln zu stehen, die wir für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden. Wenn wir aber die enormen finanziellen Leistungen Österreichs für die Flüchtlingsbetreuung mitberücksichtigen, dann erhalten wir ein abgerundetes Bild. Denn diese Mittel dienen genauso wie jene für die Entwicklungszusammenarbeit dazu, das Los von Menschen, die sich in Not befinden, zu verbessern. Wichtig ist, daß der Mensch im Mittelpunkt der Politik, auch der Außenpolitik, steht.

Die österreichische Außenpolitik stützt sich bei der Verfolgung ihrer Ziele auf Grundsätze, die seit 26 Jahren unsere Neutralitäts- und Friedenspolitik bestimmen. In einer Zeit, die durch Unsicherheit und Ungeißheit geprägt ist, stellt die Kontinuität der österreichischen Außenpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas und der Welt dar. Die Kontinuität der österreichischen Außenpolitik wird in den jährlich dem Parlament vorgelegten Berichten deutlich. Der Außenpolitische Bericht 1981 ist in Verbindung mit den Berichten der Vorjahre, insbesondere mit dem Außenpolitischen Bericht 1979 zu lesen, in dem die Grundsätze und Ziele unserer Außenpolitik im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Teil der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 dargestellt sind, die nach wie vor ihre Gültigkeit haben.

Der Außenpolitische Bericht 1981 legt besonderes Gewicht auf die Analyse der weltpolitischen Entwicklungen, die von Konfrontationen und Konflikten geprägt sind. Erhöhte Aufmerksamkeit erhielten auch die bilateralen Beziehungen. Der Länderteil umfaßt alle Staaten, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten. Die wesentlichen Säulen unserer bilateralen Außenpolitik – Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und Auslandskulturpolitik – finden verstärkte Berücksichtigung.

Das Kapitel „Multilaterale Zusammenarbeit“ wurde durch eine tabellarische Übersicht über die Mitarbeit Österreichs in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen gestrafft. Das Unterkapitel „Internationale Organisationen in Wien“ beschreibt erstmals auch die Arbeit der nicht dem UN-System angehörenden Organisationen: OPEC, OPEC-Fonds, IIASA.

Darüber hinaus enthält der Außenpolitische Bericht 1981 Neuerungen, die für eine umfassende Information der österreichischen Öffentlichkeit über außenpolitische Vorgänge und Zusammenhänge wichtig erscheinen:

- Die Übersichtskarte „Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen“ stellt den derzeitigen und früheren Einsatz österreichischer UN-Soldaten dar.*
- Die Statistik „Asylland Österreich“ gibt Aufschluß über die Anzahl der Asylwerber und die finanziellen Aufwendungen des Bundes.*
- Die Übersicht „Österreich in Zahlen“ enthält außenpolitisch relevante Daten, insbesondere Schaubilder betreffend den Außenhandel, Ausländernächtigungen, Energieimporte, sowie Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosenrate und Preissteigerungen im internationalen Vergleich.*
- Die „Vertragsübersicht 1981“ gibt einen Überblick über die im Völkerrechtsbüro des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erfaßten Verträge, die 1981 in Kraft getreten sind, mit Hinweisen auf ihre Verlautbarung in den Bundesgesetzblättern.*

- Die Übersicht „Österreich in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen“ gibt relevante Daten unserer Mitarbeit (Mitgliedschaft im Verwaltungsrat, innerösterreichische Zuständigkeit, finanzieller Beitrag, gesetzliche Grundlagen) wider.

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung möchte ich für die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der Karte „Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen“ ebenso danken wie dem Statistischen Zentralamt für die Zurverfügungstellung der statistischen Daten und Schaubilder, die den Informationswert des Berichtes wesentlich erhöhen.

Der Außenpolitische Bericht ist eine „Gemeinschaftsproduktion“, an der die Zentrale des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und die Vertretungsbehörden gleichermaßen Anteil haben. Ich möchte diese Gelegenheit benützen, allen Bediensteten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im In- und Ausland für die mühevollen und aufopfernde Arbeit zu danken, die oft unter äußerst schwierigen Bedingungen geleistet wurde. Dem Auswärtigen Dienst kommt in einer Zeit erhöhter Spannungen eine besonders wichtige Rolle zu.

Ich hoffe, daß der Außenpolitische Bericht 1981, der die Beständigkeit der österreichischen Außenpolitik und ihre Priorität als Sicherheitspolitik deutlich macht, sich als Nachschlagsbehelf und Dokumentation nützlich erweist und einen Beitrag zur außenpolitischen Diskussion leistet.

Wien, am 8. März 1982

Willibald P. Pahr

*Österreich in der Welt***Österreich in der Welt: Außenpolitik 1981**

Die Verschlechterung der internationalen Lage, ein Trend, der bereits in den Außenpolitischen Berichten 1979 und 1980 aufgezeigt wurde, hält unvermindert an. Wir stehen mitten in einer weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Krise, deren Ende nicht absehbar ist. Infolge der Interdependenz, der Realität der gegenseitigen Abhängigkeit, des globalen Zusammenhangs der internationalen Politik ist auch Österreich davon betroffen.

Die Welt der 80er Jahre ist gefährlicher geworden: Konflikte und Krisen häufen sich, werden komplexer und unberechenbarer. Ihre Auswirkungen sind umfassender und ihre möglichen Folgen verheerender. Die Tendenz zur Globalisierung von Konflikten, selbst wenn sie nur lokale oder regionale Ursachen haben, ist auf ihre Verzahnung mit dem Ost-West- und dem Nord-Süd-Gegensatz zurückzuführen. Das zunehmende Zerstörungspotential der Konflikte läßt sich aus der Proliferation modernster Waffen und Waffensysteme erklären. Die Gefahren, die sich aus der quantitativen und qualitativen Veränderung der Konflikte ergeben, werden überschattet durch die Risiken der nuklearen Proliferation und – angesichts der Akkumulation von 50 000 Nuklearwaffen in der Welt – die Möglichkeit der Selbstvernichtung zumindest eines Teiles der Menschheit, sei es durch Zufall oder Fehlberechnung.

Während die Konflikte unserer Zeit gefährlicher geworden sind, ist unsere Fähigkeit sie zu lösen, zu begrenzen oder einzudämmen weiterhin sehr mangelhaft. Die bestehenden Institutionen und Verfahren haben sich zwar als nützlich, aber da sie von den Staaten nicht ausreichend genutzt werden, doch als nicht zielführend erwiesen. Dies gilt sowohl für das Völkerrecht, als auch das Streitbeilegungssystem der Vereinten Nationen und regionaler Organisationen, wobei nochmals betont werden soll, daß der Grund dafür bei den Staaten zu suchen ist, die nicht bereit sind, diese Institutionen entsprechend zu respektieren. Das internationale Krisenmanagement steht noch in einem Anfangsstadium und ist der Komplexität der gegenwärtigen Weltlage noch nicht gewachsen. Wir sind also weit entfernt von einer wirksamen Rechts- und Friedensordnung.

Der Friede in der Welt beruht daher nach wie vor auf dem Gleichgewicht des Schreckens und der Bereitschaft zu einem Dialog. Ist das Gleichgewicht in Gefahr oder fehlt die Bereitschaft zum Dialog, dann ist es um den Frieden schlecht bestellt. Friedenswille ist wichtig, allein genügt er aber nicht, genauso, wie einseitige Abrüstung nicht geeignet ist, den Frieden zu sichern. Internationale Sicherheitspolitik bleibt weiterhin Gleichgewichtspolitik der Supermächte und ihrer Verbündeten.

Neutralitäts- und Friedenspolitik

An der Erhaltung eines Gleichgewichts der Kräfte zwischen den beiden Bündnissystemen in Europa und des globalen Gleichgewichts der beiden Supermächte hat Österreich ein vitales Interesse. Die Herstellung dieses Gleichgewichts muß ständig gesucht und gefördert werden. Wir sehen in diesem Gleichgewicht einen umfassenden Begriff, welcher u.a. wirtschaftliche, soziale und politische, insbesondere aber militärische Komponenten, vor allem auch alle Waffensysteme umfaßt. Im Zeitalter der Interdependenz sind Sicherheit und Frieden unteilbar geworden. Die eigene Sicherheit ist nicht denkbar ohne die Sicherheit der anderen. Sie kann nicht gegeneinander, sondern nur miteinander, d.h. in einem permanenten Dialog erreicht werden. Es gibt daher keine sinnvolle Alternative für eine konstruktive, auf einem funktionierenden Gleichgewicht beruhende, weltweite „Entspannungspolitik“, also für eine Politik, die ständig um einen Modus vivendi der Koexistenz und Kooperation zwischen Staaten, insbesondere zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen Systemen und verschiedenen ideologischen Grundeinstellungen bemüht ist. Sie ist der einzige vernünftige Weg zu einem gesicherten Nebeneinander und Miteinander der Staaten und Völker. Sie ist Voraussetzung für die schrittweise Errichtung einer Weltordnung, in der die Interessen von Ost und West, von Nord und Süd ausgeglichen und harmonisiert werden.

Die Analyse der gegenwärtigen Weltlage und die Erfahrungen der letzten 26 Jahre führen zum Schluß, daß der wichtigste Beitrag Österreichs zur Sicherheit Europas und der Welt in der konsequenten Fortführung seiner bewährten und allgemein anerkannten Neutralitäts- und Friedenspolitik liegt.

Neutralitäts- und Friedenspolitik

Kontinuität und Konsens

Oberstes Ziel unserer Außenpolitik bleibt, im Zusammenhang mit der umfassenden Landesverteidigung und der Sicherung der inneren Stabilität, die Unabhängigkeit Österreichs zu gewährleisten. Sie ist daher in erster Linie Sicherheitspolitik. Diese Zielsetzung ist in der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 festgehalten und leitet weiterhin die sicherheitspolitischen Bemühungen der Bundesregierung.

Angesichts der gegenwärtigen kritischen Weltlage kommt den Bemühungen des neutralen Österreichs, durch seine aktive Außenpolitik zum Abbau von Mißtrauen und Spannungsursachen beizutragen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern und der Anbahnung von Gespräch, Dialog, Verhandlung und Ausgleich zu dienen, besondere Bedeutung zu. Diplomatische Vermittlungen, humanitäre Aktionen, Leitungsaufgaben in internationalen Organisationen, Beherbergung von

Neutralitäts- und Friedenspolitik

Konferenzen und Organisationen, Ausübung von Schutzmachtfunktionen, Beiträge zu friedenserhaltenden Operationen sind die guten Dienste, die in Zeiten erhöhter Ungewißheit und Unsicherheit besondere sicherheitspolitische Relevanz haben.

Das Jahr 1981 hat Österreich Gelegenheit gegeben, die Geradlinigkeit, Berechenbarkeit und Voraussiehbarkeit seiner Neutralitäts- und Friedenspolitik konkret unter Beweis zu stellen: Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen hat sich die humanitäre Rolle Österreichs als Asyl-land wie schon anlässlich der Ungarnkrise 1956 und der ČSSR-Krise 1968 deutlich manifestiert (Statistik im Anhang). Der erfolgreiche und international anerkannte Beitrag Österreichs zu den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen wurde fortgesetzt (Karte mit einer Übersicht über die derzeitigen und bisherigen Einsätze österreichischer UN-Soldaten im Anhang). Dazu kamen als sichtbarer Beitrag Österreichs zum Spannungsabbau zwischen Nord und Süd, Ost und West die gemeinsame Initiative des Bundeskanzlers mit dem mexikanischen Staatspräsidenten, die zum Cancun-Gipfel führte, die Bemühungen Österreichs im Rahmen der KSZE zur Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen den Supermächten und schließlich die Übertragung des Vorsitzes der Internationalen Kambodscha-Konferenz an den österreichischen Außenminister.

In allen seinen außenpolitischen Bemühungen versucht Österreich, gegenüberstehenden Lagern die Parallelität ihrer Interessen vor Augen zu führen, die in der gemeinsamen Verantwortung für die Verhinderung eines Weltkrieges und das Überleben der Menschheit unter menschenwürdigen Bedingungen wurzeln. Wir müssen mithelfen, Interessengegensätze zu erkennen und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Wir dürfen uns aber nicht für eigennützige Zielsetzungen der Großmächte einspannen lassen.

Gesinnungs- oder Meinungsneutralität ist weder im Osten noch im Westen gefragt. Aus unserem Bekenntnis zur pluralistisch-demokratischen Staatenwelt, zu den Vereinten Nationen und damit zum Völkerrecht als Friedensordnung haben wir nie ein Hehl gemacht und nie gezögert, eine Verletzung pluralistisch-demokratischer Prinzipien, der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechtes zu verurteilen. Gerade diese offene und prinzipientreue, realistische und illusionslose Politik des neutralen Österreichs hat dazu geführt, daß es zu einem Land der Mitte und des Ausgleichs, zu einem Ort der Begegnung und des Dialogs geworden ist.

Im Hinblick auf die kritischen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen, die im nachfolgenden Abschnitt im einzelnen erörtert

Weltpolitische Entwicklungen

werden, kommt der Zusammenarbeit mit allen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien auf dem Gebiet der Außenpolitik besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung wird weiterhin im Sinne der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 bemüht sein, diese Zusammenarbeit zu suchen und zu fördern. Konkrete Beispiele dafür sind die regelmäßigen Kontaktgespräche des Außenministers mit den außenpolitischen Sprechern der drei im Nationalrat vertretenen Parteien und die Erklärung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vom 17. Dezember 1981, die die Grundlage für die Rede des österreichischen Vertreters bei der KSZE am 18. Dezember 1981 in Madrid bildete.

Weltpolitische Entwicklungen

Konfrontationen und Konflikte

Das weltpolitische System, die Beziehungen der Mächte zueinander, die internationale Lage stellen den Bezugsrahmen für die Gestaltung unserer Außenpolitik dar. Dieser Rahmen war im Jahr 1981 gekennzeichnet durch eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Supermächten, einen eskalierenden Rüstungswettlauf, ein Stagnieren der Verhandlungen über lebenswichtige Weltwirtschaftsfragen, ein Fortbestehen alter und Aufflammen neuer regionaler Konflikte, humanitäre Katastrophen im Gefolge politischer und militärischer Auseinandersetzungen. Am bedrohlichsten erscheint die Zunahme von Gewalt und Terror, wie sie einerseits u. a. im Iran und El Salvador, wo tausende Menschen dem Terror zum Opfer fielen und andererseits in den Mordanschlägen auf Präsident Reagan, den Papst und Präsident Sadat zum Ausdruck kam. Wie sehr die weltpolitischen Entwicklungen von Konfrontationen und Konflikten geprägt sind, zeigen die nachstehenden Ausführungen über das Ost-West-Verhältnis, die Abrüstung, die Nord-Süd-Beziehungen, die Weltwirtschaftslage, die Regionalkonflikte und Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten, in Südostasien, Afrika und Mittelamerika. Wie schon erwähnt, steht die Staatengemeinschaft diesen Entwicklungen mit unzulänglichen Mitteln gegenüber, wobei den überregionalen und regionalen Organisationen jedoch eine immer wichtiger werdende Rolle in der Konfliktlösung zukommt.

Ost-West

Die Ost-West-Beziehungen sind von zunehmenden Spannungen zwischen NATO und Warschauer Pakt und insbesondere zwischen der USA und der UdSSR gekennzeichnet. Die militärische Intervention in

Weltpolitische Entwicklungen – Ost-West

Afghanistan und die Ereignisse in Polen haben den Glauben an die Schlußakte von Helsinki erschüttert. Das Überhandnehmen verbaler Radikalität in der Außenpolitik, mit der häufig innenpolitische Ziele verfolgt werden, hat die Lage zusätzlich verschärft. Wir sind Zeugen eines verhängnisvollen Teufelskreises von gegenseitigem Mißtrauen und forcierter militärischer Rüstung. Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung stagnieren. Der Beginn der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über nukleare Mittelstreckenwaffen in Genf im November 1981 signalisiert allerdings den Willen der Großmächte, den Dialog nicht ganz abbrechen zu lassen.

Trotz eines verstärkten militärischen Engagements der Sowjetunion in Afghanistan gelang es auch 1981 nicht, den Widerstandswillen des afghanischen Volkes zu brechen. Der Kleinkrieg ging unvermindert weiter und bildete den Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, aber auch von Kritik an der UdSSR seitens der Dritten Welt.

Die laufende Verstärkung des sowjetischen militärischen Arsenal, insbesondere die fortgesetzte Aufstellung der SS-20-Raketen, bei gleichzeitiger intensiver Propagandakampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, begleitet vom Phänomen der Friedensbewegungen in Westeuropa, die zu einem politischen Faktor wurden, gingen einher mit einer Verhärtung der US-Haltung gegenüber der Sowjetunion und einer starken Erhöhung des amerikanischen Rüstungsbudgets seit Amtsantritt der neuen Regierung in den USA sowie immer wieder auftretenden Divergenzen zwischen den USA und ihren europäischen NATO-Verbündeten.

Der seit Sommer 1980 in Polen begonnene Liberalisierungs- und Reformprozeß setzte sich bis zur Verhängung des Kriegszustands im Dezember 1981 fort. Die Errichtung eines Militärregimes hat diesen Prozeß zumindest vorläufig beendet. Diese Ereignisse, verbunden mit der Einschränkung und Aussetzung von Grundfreiheiten und Menschenrechten, wie sie in der Schlußakte von Helsinki und in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen enthalten sind, und mit Internierungen und Verhaftungen, haben einen schweren Rückschlag für die Ost-West-Beziehungen gebracht. Sie behindern zweifellos die fruchtbare Gestaltung dieser Beziehungen und die Entfaltung der Zusammenarbeit in Europa über die ideologischen Grenzen hinweg. Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten hat sich daher schon sehr kurz nach Verhängung des Kriegsrechts mit dieser Entwicklung befaßt und der Erwartung Ausdruck verliehen, daß es ehestens zur Herstellung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Sinne der Schlußakte von

Weltpolitische Entwicklungen – Ost-West

Helsinki und der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen kommt und insbesondere alle widerrechtlich ihrer Freiheit beraubten Personen enthaftet werden (siehe Erklärung vom 18. Dezember des österreichischen Vertreters beim KSZE-Folgetreffen, die sich auf die Erklärung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten vom 17. Dezember stützt, im Anhang).

Sollte es nicht zu einer baldigen Beendigung der Kriegsrechtsverhältnisse kommen, wie sie von der polnischen Führung versprochen worden ist, so ist eine weitere Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen zu befürchten. Nachdem die US-Regierung schon im Dezember Sanktionen gegen die Sowjetunion und Polen verhängt hatte, drohen für den Fall eines längeren Andauerns des Ausnahmezustands weitere Sanktionen der NATO-Mitgliedstaaten. Der Schaden für die friedliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West würde jedoch unabsehbar werden, wenn es zu einer Intervention von außen kommen sollte.

In dieser Situation konnte auch das Madrider Folgetreffen der KSZE trotz außerordentlicher Anstrengungen seitens der neutralen und blockfreien Staaten, besonders Österreichs, keinen Durchbruch erzielen und dem dahinsiechenden Entspannungsprozeß keine neuen Impulse durch substantielle, zukunftsweisende Beschlüsse verleihen.

Das wenig erfreuliche Bild der Ost-West-Beziehungen bietet sich vor dem Hintergrund einer lange andauernden Wirtschaftskrise in der gesamten industrialisierten Welt, im Westen wie im Osten, wo die Folgen teilweise besonders dramatisch sind.

Für Österreich ist wesentlich, daß es weiterhin unbeirrt an seiner eigenständigen, von bewährten Grundsätzen geprägten und konsequenten Außenpolitik festhält und sich mit Nachdruck für eine Weiterführung des Dialogs zwischen den Blöcken einsetzt, der gerade in Zeiten erhöhter Spannung notwendiger ist denn je. In dem Maße als der Ost-West-Dialog schwieriger wird, wächst die Aufgabe und die Verantwortung der neutralen Staaten Europas: bei klarem Festhalten an seiner ideologischen Grundposition einer pluralistischen Demokratie westlicher Prägung muß Österreich auch weiterhin rationale Lösungen in der Ost-West-Auseinandersetzung suchen. Angesichts der gegenseitigen Verantwortlichkeit innerhalb der Staatengemeinschaft wird Österreich nach Kräften auch weiterhin Entwicklungen fördern, die zu menschenwürdigeren Lebensbedingungen, der Entfaltung des Individuums, engeren Kontakten zwischen den Menschen über die ideologischen Grenzen hinweg, Erweiterung der individuellen Freiheitsräume führen und so von der Wurzel her die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenleben der Völker zu schaffen geeignet sind.

Weltpolitische Entwicklungen – Abrüstung

Österreich hat ein fundamentales Interesse an der Weiterführung des KSZE-Prozesses und wird sowohl bilateral als auch multilateral mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für einen modus vivendi der Koexistenz und Kooperation zwischen Ost und West eintreten, für den es keine sinnvolle Alternative gibt. Österreich weiß sich in diesem Bemühen eins mit den anderen neutralen und blockfreien Staaten Europas.

Abrüstung

Die weltweite Zunahme der Rüstungsanstrengungen und eine geringe Bereitschaft zu konkreten Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsmaßnahmen sind eine der gefährlichsten Auswirkungen, gleichzeitig aber auch Ursachen des anhaltenden Tiefs in den Ost-West-Beziehungen und des Fortbestands regionaler Spannungen. Die wachsende Bereitschaft zur Austragung von Interessensgegensätzen mit militärischen Mitteln führt – verschärft durch das herrschende Mißtrauen und die Ungewißheit über die realen Kräfteverhältnisse – zur Erhöhung der internationalen Spannungen und löst verstärkte Rüstungsbemühungen aus. In diesem verhängnisvollen Kreislauf von Mißtrauen und Aufrüstung resultiert das Streben jeder Seite nach mehr Sicherheit in größerer Unsicherheit für alle.

Besonders bedrohlich ist die Entwicklung im Bereich der Nuklearrüstung, wo die Anhäufung immer neuer Massenvernichtungsmittel, die Verbesserung der Treffsicherheit und Flexibilität der Waffen die Basis der Stabilität der Abschreckung – die gesicherte Zweitschlagsfähigkeit – unterminieren und die Gefahren einer Nuklearkatastrophe erhöhen. Angesichts abnehmender Wachstumsraten und weltweiter wirtschaftlicher Krisenerscheinungen erweist sich die Verwendung gigantischer, natürlicher und menschlicher Ressourcen für das Wettrüsten gleichzeitig als eines der größten Hindernisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschheit. Die Summe aller Ausgaben für militärische Zwecke überschritt 1981 500 Milliarden Dollar. Dies entspricht etwa der Gesamtheit aller Investitionen in Entwicklungsländern und dem rund 20fachen der offiziellen Entwicklungshilfe.

Obwohl die Dringlichkeit von Abrüstungsmaßnahmen im Interesse des Abbaus der internationalen Spannungen, der Verringerung der nuklearen Bedrohung und der wirtschaftlichen Entwicklung noch nie so offensichtlich war, konnten auch 1981 kaum Fortschritte in dieser Richtung erzielt werden.

Die neue amerikanische Regierung hat in der Überzeugung, daß die Politik der „Détente“ von der Sowjetunion dazu benützt wurde, mit der Militärmacht der USA gleichzuziehen und sie teilweise sogar zu

Weltpolitische Entwicklungen – Abrüstung

überholen, die Wiedererlangung des militärischen Gleichgewichts zum prioritären außenpolitischen Ziel erhoben. Aus der veränderten Einschätzung der sowjetischen Absichten ergab sich eine skeptische Beurteilung der Chancen der Rüstungskontrolle und damit ein relativ geringer Stellenwert dieser Thematik in der außenpolitischen Agenda. Die von der neuen Regierung angeordnete grundlegende Überprüfung der amerikanischen Positionen zu den einzelnen Problemen dieses Bereichs führte zu einem weitgehenden Leerlauf der einschlägigen Diskussionsforen. Das letzte Jahresdrittel brachte dann jedoch neue, positive Ansätze.

Die Diskussion über den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 über die Stationierung von 572 eurostrategischen Nuklearraketen und das an die Sowjetunion gerichtete Anbot, über diese Waffen zu verhandeln, führte in den betroffenen westeuropäischen Staaten 1981 zu Massendemonstrationen zugunsten nuklearer Abrüstung. Am 30. November 1981 kam es zur Aufnahme bilateraler amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in Genf. Angesichts der stark divergierenden Ausgangspositionen der beiden Parteien, der Abgrenzungsprobleme der betreffenden Waffensysteme, der geostrategischen Asymmetrien und der politischen Sensibilität der Problematik dürften sich diese Verhandlungen überaus schwierig gestalten. Die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses zwischen den Supermächten stellt jedoch an und für sich einen wichtigen Fortschritt dar, der von Österreich sehr begrüßt wurde.

Die Aussichten der Genfer Verhandlungen werden wesentlich durch die Zukunft der Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen bestimmt sein. Die Regierung Reagan lehnt die schon von Präsident Carter als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan zurückgestellte Ratifizierung des SALT II-Abkommens ab, hält sich jedoch so wie die Sowjetunion de facto an die in diesem Vertrag bzw. in SALT I vorgesehenen Beschränkungen der strategischen Arsenale. Auch das im Oktober 1981 bekanntgegebene amerikanische Rüstungsprogramm im Nuklearbereich soll mit den Bestimmungen von SALT II vereinbar sein. Die Wiederaufnahme der SALT-Verhandlungen wurde für die erste Hälfte 1982 angekündigt, wobei die USA nunmehr erhebliche Reduktionen in den strategischen Arsenalen zu ihrem Verhandlungsziel erklärt haben.

Der israelische Luftangriff vom 7. Juni 1981 auf den irakischen Forschungsreaktor Osirak bei Bagdad lenkte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Nicht zuletzt weil der irakische Reaktor den Kontrollen der IAEA unterworfen war, während Israel die Kontrolle seines eigenen Atom-

Abrüstung

programms verweigert, stieß die Aktion auf einhellige Ablehnung. Auch Österreich hat den israelischen Angriff als Verletzung des Völkerrechts verurteilt (siehe auch Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“). Der Vorfall unterstrich jedoch die schwere Bedrohung der internationalen Sicherheit, die die Erlangung einer Nuklearbewaffnung durch die (meist in Krisengebieten der Dritten Welt gelegenen) „Schwellenstaaten“ bedeuten würde. Die große Mehrheit der Staaten vertritt die Auffassung, daß daher eine möglichst universelle Geltung des Atomsperrvertrages anzustreben wäre. 1981 begannen im Rahmen der IAEO Verhandlungen, die auf einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Entwicklungsländer an einer friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie und dem Erfordernis von Vorkehrungen zur Verhinderung der Proliferation von Nuklearwaffen abzielen und damit die Erhöhung der Attraktivität des Atomsperrvertrages für die noch nicht beigetretenen Staaten bezwecken.

Der Abschluß eines Vertrages über das Verbot aller (auch unterirdischer) Kernwaffentests würde wesentlich zur Sicherung des Non-Proliferationsregimes beitragen. Obwohl die technischen Voraussetzungen eines solchen Vertrages vor allem im Bereich der Verifikation heute weitgehend lösbar erscheinen, kamen die diesbezüglichen Bemühungen auch 1981 nicht voran. Die Atomwaffenversuche wurden 1981 mit insgesamt 49 bekanntgewordenen Tests unvermindert fortgesetzt. Da ein Testverbot neben seiner hemmenden Wirkung auf die weitere Verbreitung von Kernwaffen auch deren qualitative Weiterentwicklung erschweren würde, wird diese Maßnahme daher vielfach als Prüfstein der Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses der Nuklearwaffenstaaten zum Ziel der nuklearen Abrüstung angesehen. Die negative Entwicklung in diesem Bereich löste daher heftige Kritik von seiten der neutralen und blockfreien Staaten aus.

Auch die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Stationierung chemischer Waffen blieben 1981 unterbrochen. Jedoch gelang es einer Arbeitsgruppe des Genfer Abrüstungskomitees, Fortschritte in der Vorbereitung eines Konventionsentwurfes zu erzielen. Wesentliche Probleme hinsichtlich der Definition des Vertragsgegenstandes und im Bereich der Verifikation sind noch zu klären. Berichte über den Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan und Südostasien (zu deren Überprüfung eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen eingesetzt wurde) und Anzeichen verstärkter Rüstungsbemühungen der Supermächte auf diesem Gebiet werfen einen Schatten auf diese Bemühungen, unterstreichen jedoch auch ihre Dringlichkeit.

Abrüstung

Die Diskussion des Abrüstungskomitees über andere Themen gestaltete sich weniger produktiv. Der Schwerpunkt der Abrüstungsdiplomatie der Vereinten Nationen im Jahr 1981 lag in der Vorbereitung der für Sommer 1982 geplanten 2. Sondergeneralversammlung für Abrüstung, von der eine Bilanzziehung über die Zeit seit der ersten Sondergeneralversammlung 1978, die Verabschiedung eines umfassenden Abrüstungsprogramms und die Reform der UN-Abrüstungsmaschinerie erwartet werden.

Im europäischen Bereich verlief auch das 8. Jahr der Wiener Verhandlungen über die Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängenden Maßnahmen in Mitteleuropa (MURFAAMCE) ergebnislos. Im Rahmen der Verhandlungen bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde schließlich eine gewisse Annäherung über das Mandat einer europäischen Abrüstungskonferenz erreicht, nachdem Meinungsdivergenzen gerade in diesem Bereich den wiederholten Aufschub des Konferenzabschlusses erforderlich hatten werden lassen.

Berücksichtigt man die gesteigerte Dynamik und Zunahme der Rüstungsanstrengungen im Jahr 1981, so geben die überaus bescheidenen Ergebnisse der Bemühungen um eine Bremsung dieses Prozesses kaum zu Zuversicht Anlaß. Angesichts der akuten Spannungen und des Mißtrauens zwischen Ost und West fehlte der Boden für couragierte Initiativen, die allein eine Trendumkehr ermöglichen würden. Mit der Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs über Kernwaffen verbesserten sich zwar die Perspektiven der Rüstungskontrolle zumindest in diesem Bereich, doch überschattete die erneute Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses in der Folge der Polen-Krise die Aussichten auf entscheidende Fortschritte des Abrüstungsprozesses im Jahr 1982.

Im Bewußtsein der katastrophalen Folgen einer ungehemmten Fortdauer des Wettrüstens führte Österreich 1981 seine Bemühungen um einen Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen für echte Abrüstungsmaßnahmen fort. Die konstruktive Mitarbeit in den multilateralen Gremien der Vereinten Nationen und der KSZE, die Abgabe einer weiteren Erklärung zum Thema „negative Sicherheitsgarantien“ (Verpflichtungen zum Nichteinsatz von Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearwaffenstaaten) als Nichtmitglied im Genfer Abrüstungskomitee, eine auf größere Offenheit im militärischen Bereich und die Objektivierung der Feststellung militärischer Kräfteverhältnisse gerichtete Initiative in der 36. Generalversammlung sind Beispiele für österreichische Aktivitäten in diesem Bereich (siehe auch Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“ und Dokumentation im Anhang).

Nord-Süd

Nord-Süd

Der Versuch, den Gesamtbereich der schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer einer umfassenden Lösung näherzubringen, führte auch im vergangenen Jahr nur zu begrenzten Resultaten.

Obwohl den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern bereits beim Ottawa-Gipfel der sieben großen westlichen Industriestaaten (20./21. Juli 1981) Priorität eingeräumt worden war und am 22./23. Oktober 1981 in Cancun, Mexiko, erstmalig ein Gipfeltreffen von 22 Staats- und Regierungschefs aus Industrie- und Entwicklungsländern stattfand, gelang es bisher nicht, sich auf einen neuen, globalen Entwicklungsdialog zu einigen.

Zweifellos stellt bereits das Stattfinden des Cancun-Gipfels, der auf eine gemeinsame Initiative des mexikanischen Präsidenten und Bundeskanzlers Kreisky zurückgeht, einen Erfolg dar. Zum ersten Mal wurde dadurch ein persönlicher Dialog auf höchster Ebene ermöglicht, der in einer sachlichen, konstruktiven und unpolemischen Atmosphäre stattfand und wesentlich zu einer Annäherung der Standpunkte in der Beurteilung der Nord-Süd-Problematik beitrug. Es ist unbestreitbar, daß in Cancun die oft beklagte Rhetorik des Nord-Süd-Dialogs einer klareren und realistischeren Einschätzung der Prioritäten Platz machte.

Der Cancun-Gipfel demonstrierte darüber hinaus das große Interesse der westlichen Industriestaaten – die Sowjetunion nahm die Einladung zur Teilnahme nicht an – an einem größeren Gleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern, da aufgrund der zunehmenden Interdependenz Wachstum und Stabilität im Norden langfristig von einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Dritten Welt abhängen. Voraussetzung dafür sind vor allem Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern, eine Stabilisierung der Rohstoffpreise, verbesserter Zugang zu den Märkten der Industriestaaten für die Produkte der Entwicklungsländer, verstärkte Erforschung und Nutzung eigener Energiequellen in erdöldefizitären Staaten der Dritten Welt sowie Erleichterungen bei der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten.

Obwohl von Anfang an für Cancun keine konkreten Verhandlungsergebnisse geplant waren bzw. aufgrund des beschränkten Teilnehmerkreises auch schwer möglich gewesen wären, erhoffte man sich eine Einigung über den Beginn der globalen Verhandlungsrunde über den Gesamtbereich der Nord-Süd-Fragen (Rohstoffe, Handel, Energie, Entwicklung, Währung und Finanzen), deren Abhaltung bereits von der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen (1979) grundsätzlich beschlossen worden war. Die in den Verhandlungen der letzten beiden

Nord-Süd

Jahre zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten über das Konzept einer solchen globalen Konferenz konnten allerdings auch in Cancun nicht überbrückt werden, so daß man sich lediglich darauf einigen konnte, im Rahmen der UNO einen ehestmöglichen Beschluß darüber anzustreben.

Wesentliche Bedeutung für eine Einigung über den Beginn globaler Verhandlungen kam vor allem der amerikanischen Haltung zu. Während die übrigen OECD-Staaten bereits bei der OECD-Ministerratstagung im Juni 1981 für einen baldigen Verhandlungsbeginn eintraten, standen die USA dem Konzept einer umfassenden Nord-Süd-Konferenz, die nach den ursprünglichen Vorstellungen der Entwicklungsländer einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung leisten sollte, skeptisch gegenüber und waren nicht von der Notwendigkeit überzeugt, sektorielle Verhandlungen in den Sonderorganisationen durch eine globale UN-Konferenz zu ersetzen bzw. zu überlagern. Amerikanischerseits sieht man vielmehr in der verstärkten Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien und in der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas die Voraussetzung erfolgreicher Entwicklungsanstrengungen.

In Cancun stellte Präsident Reagan jedoch grundsätzlich die amerikanische Teilnahme an globalen Verhandlungen in Aussicht, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen auf der Grundlage eines neuen Vorbereitungsprozesses auf die Lösung konkreter Probleme und die Schaffung neuen Wohlstands in den Entwicklungsländern, statt auf Umverteilung und eine Reform des internationalen Wirtschaftssystems ausgerichtet sein müßten. Außerdem dürfte keine Einschränkung der Zuständigkeit der Sonderorganisationen (vor allem IWF und GATT) erfolgen – eine Haltung, die von den übrigen westlichen Industrieländern weitgehend geteilt wird.

Die im Anschluß an das Cancun-Gipfeltreffen wieder aufgenommenen Konsultationen im Rahmen der Vereinten Nationen, in die Österreich maßgeblich eingeschaltet war, zielten auf einen Grundsatzbeschluß über den Beginn der globalen Verhandlungen ab, der zwar den amerikanischen Vorstellungen weitgehend Rechnung tragen sollte, andererseits jedoch auch ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Verhandlungskompetenz der Sonderorganisationen und der von den Entwicklungsländern geforderten zentralen Rolle der UN-Konferenz darstellen sollte. Obwohl eine Einigung über einen solchen Text greifbar nahe zu sein schien, verhinderten letztlich der geringe Verhandlungsspielraum der Vereinigten Staaten und die Meinungsunterschiede innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer einen Konsensbeschluß noch vor Jahresende, weshalb vereinbart wurde, die Bemühungen im Jahre 1982 fortzusetzen.

Weltwirtschaft

Österreich war im vergangenen Jahr durch die gemeinsame Initiative mit Mexiko betreffend die Abhaltung des Cancun-Gipfels besonders aktiv in den Nord-Süd-Dialog eingeschaltet und bemühte sich in den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen intensiv um die Herbeiführung eines Konsenses. Österreich war dabei von der mittlerweile von allen Staaten geteilten Überzeugung geleitet, daß die zunehmende Interdependenz aller Wirtschafts- und Entwicklungsfragen einen echten globalen Dialog im Rahmen der Vereinten Nationen bzw. ihrer Sonderorganisationen immer dringender macht. Die Zusammenarbeit mit den „gleichgesinnten Ländern“ (Österreich, Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden) wurde fortgesetzt.

Der Verlauf des Nord-Süd-Dialogs in den verschiedenen internationalen Foren, insbesondere der Nord-Süd-Gipfel in Cancun, wird ausführlich im Kapitel „Entwicklungspolitik“ behandelt.

Weltwirtschaft

Trotz einer gewissen Entspannung auf dem Welterdölmarkt zeichnete sich auch im Jahre 1981 keine Verbesserung der internationalen Wirtschaftslage ab. Mehr als je zuvor sind die Zukunftsaussichten von Unsicherheit gekennzeichnet. Die kurzfristigen Prognosen deuten auf anhaltende Schwierigkeiten hin.

Im vergangenen Jahr betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den westlichen Industriestaaten lediglich 1,2 %, nachdem zu Beginn des Jahres noch ein 2 %iger Zuwachs vorausgesagt wurde. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an und erreichte zu Jahresbeginn 1982 die Rekordmarke von 25 Millionen im OECD-Raum. Einen gewissen Erfolg stellt das Absinken der durchschnittlichen Inflationsrate der OECD-Staaten auf 9,5 % dar, doch sind darin eher die Auswirkungen der Rezession, das Absinken der Rohstoffpreise und die geringfügige reale Verbilligung des Erdöls zu sehen, als bereits echte, langfristige Erfolge einer tiefgreifenden Inflationsbekämpfung.

Die amerikanische Hochzinspolitik und die damit verbundene Aufwertung des US-Dollars führte zu einer weltweiten Kreditverteuerung und einem Preisanstieg der in Dollar fakturierten Importe.

Zu mehr Optimismus als noch vor einem Jahr gibt die Entwicklung im Energiebereich Anlaß. Die Energiesparmaßnahmen der letzten Jahre beginnen ihre Wirkung zu zeigen und trugen zusammen mit der vermehrten Nutzung von Kohle dazu bei, den Erdölkonsum gegenüber dem Vorjahr um 16 % zu senken. Das resultierende Überangebot führte zu einer Produktionskürzung Saudi-Arabiens im Rahmen der

Weltwirtschaft

Einigung der OPEC-Staaten auf ein einheitliches Preisniveau von US-Dollar 34/barrel, was einem sinkenden realen Preis für das nächste Jahr gleichkommt. Die grundsätzliche Abhängigkeit der Industriestaaten von importiertem Erdöl hat sich dadurch jedoch nicht geändert, so daß Sparmaßnahmen und die Umstellung auf alternative Energiequellen weiter intensiviert werden müssen (siehe auch Kapitel „Sicherung der Energieversorgung“).

Die Ursachen für die derzeitige schwierige Situation der Weltwirtschaft wurden bei der OECD-Ministertagung (Paris, 16./17. Juni 1981) vor allem in den immer noch vorhandenen Auswirkungen des 158%igen Erdölpreisanstiegs zwischen 1979 und Anfang 1981 gesehen sowie in der Tatsache, daß den mittelfristigen inflationären und strukturellen Konsequenzen der Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahrzehnte nicht genügend Augenmerk geschenkt wurde.

Die Ministerratstagung sowie der am 20./21. Juli 1981 in Ottawa stattgefundene Wirtschaftsgipfel zeigten jedoch deutlich, daß man sich leichter auf die Ursachen und Symptome, als auf eine gemeinsame Politik zur Überwindung der Krise einigen konnte. Zwar herrschte Einverständnis darüber, daß ein weiteres Absinken der Inflationsraten und des Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten die Schwierigkeiten aller Partner wesentlich vermindern würde, doch warnten die USA vor übereilten Maßnahmen zur Nachfragebelebung, da dadurch die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung wieder zunichte gemacht und längerfristig die Wachstumschancen bedroht würden. Ein Teil der europäischen Staaten hingegen wies auf die Gefahr anhaltender hoher Beschäftigungslosigkeit, zunehmender protektionistischer Tendenzen und einer Abschwächung der Investitionstätigkeit und der Produktivität hin, solange eine verstärkte Nachfrage ausbleibt. Einigung besteht jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit, ein offenes Handelssystem zu bewahren und dem zunehmenden protektionistischen Druck wirksam gegenzusteuern, der die Gefahr eines Handelskrieges zwischen den großen Handelspartnern USA, Japan und EG heraufbeschwört.

Weiter zunehmende Schwierigkeiten charakterisieren die Wirtschaftslage in den Ostblockstaaten. Die Verschuldung gegenüber dem Westen beträgt mittlerweile bereits 80 Mrd. \$, wovon ein Drittel auf Polen allein entfällt. Die künftigen Handelsbeziehungen sind außer von der Devisenknappheit der RGW-Staaten vor allem von der zunehmenden Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses bedroht.

Aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von den Industriestaaten trat auch in der Lage der ölimportierenden Entwicklungsländer keine Besserung ein. Ihr Schuldenstand stieg auf insgesamt ca. 540 Mrd. \$ an, das jährliche Defizit von 60 Mio. \$ im Jahre 1980 auf 68 Mio. \$ im Jahre 1981. Sinkende Erlöse der für viele Entwicklungsländer die

Naher und mittlerer Osten

Haupteinnahmsquelle darstellenden Rohstoffe, steigende protektionistische Tendenzen in den Industriestaaten, die den Hauptabsatzmarkt für die Produkte der Entwicklungsländer zu gefährden drohen, die Unsicherheit im Energiebereich und stagnierende Entwicklungshilfeleistungen lassen keine rasche Änderung dieser Situation erwarten.

Für die Kategorie der sogenannten Schwellenländer, auf die ein Großteil der Schuldenlast entfällt, besteht das Problem vor allem in der drohenden Grenze der Finanzierbarkeit ihrer Zahlungsbilanzdefizite durch den privaten Bankenapparat, der immer weniger zur Übernahme der damit verbundenen Risiken bereit ist. Vermehrte Kofinanzierungen mit den internationalen Finanzinstitutionen versuchen diesem Problem zumindest teilweise Rechnung zu tragen.

Besonders hart betroffen ist die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, denen der private Kapitalmarkt weitgehend verschlossen ist und die daher auf öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen sind, um ihre dringendsten Entwicklungsbedürfnisse zu decken. In einer Reihe dieser Länder sind das durchschnittliche Einkommen und die Nahrungsmittelproduktion in den letzten Jahren sogar noch weiter abgesunken.

Der Zahlungsbilanzüberschuß der OPEC-Staaten ist im vergangenen Jahr von 110 Mrd. \$ auf 60 Mrd. \$ gesunken und könnte im Jahre 1982 auf 35 Mrd. \$ fallen. Die Ausdehnung der Produktion einer Reihe von nicht der OPEC angehörenden erdölexportierenden Länder sowie die beginnende Ausbeutung neuer Ölfelder führen zu einem Absinken des Anteils der OPEC-Staaten an der Weltproduktion.

Auch in Österreich wirkte sich im vergangenen Jahr die weltweite Wirtschaftskrise stärker als bisher aus, wenn es auch gelang, die Inflationsrate und die Arbeitslosigkeit erheblich unter dem OECD-Durchschnitt zu halten (siehe „Österreich in Zahlen“ im Anhang). Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftslage auf den österreichischen Außenhandel werden im Kapitel Außenwirtschaftspolitik dargelegt. Österreichs Beziehungen zu EFTA, EG und OECD werden im Kapitel „Europäische Kooperation und Integration“ behandelt.

Regionalkonflikte und Krisenherde

Naher und Mittlerer Osten

Der aufgrund der Vereinbarungen von Camp David (September 1978) eingeleitete Prozeß hat zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 und in der Folge zu einer schrittweisen Normalisierung des Verhältnisses zwischen Ägypten und Israel geführt. In der palästinensischen Frage hingegen haben die Vereinbarungen von Camp David auch 1981 keinen Durchbruch und keinen konkreten Ansatzpunkt für

Naher und mittlerer Osten

eine Regelung gebracht. Dennoch haben Ägypten und Israel wiederholt betont, sich an die Vereinbarungen von Camp David halten zu wollen und die Gespräche über eine palästinensische Autonomie in dem 1967 besetzten Westjordanland und in Gaza als Vorstufe für die Vereinbarung eines endgültigen Status dieser Gebiete fortzusetzen.

Die israelische Seite zeigt Bereitschaft, den Sinai im April 1982 entsprechend den Vereinbarungen von Camp David vollständig zu räumen.

Da die in den Vereinbarungen von Camp David vorgesehene Entsendung einer UN-Friedenstruppe in den Sinai nach dem vollständigen Rückzug Israels keine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat erreichen konnte, haben Ägypten, Israel und die Vereinigten Staaten am 3. August 1981 in Washington ein Protokoll über die Schaffung einer multinationalen Friedenstruppe für den Sinai unterzeichnet. Hiefür haben auch Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande eine Teilnahme zugesagt. Die Europäischen Gemeinschaften selbst haben keine über die Erklärung von Venedig vom 13. Juni 1980 hinausgehenden neuen Pläne oder Vorschläge zur Diskussion gestellt.

Die innenpolitische Lage in Israel, die durch die Neuwahlen zur Knesset, aus denen Premierminister Begin am 30. Juni 1981 abermals erfolgreich hervorging, geprägt wurde, bildete für die Autonomieverhandlungen ebenso ein hemmendes Element wie die durch eine sehr restriktive Auslegung der Vereinbarungen von Camp David gekennzeichnete Unnachgiebigkeit der Regierung Begin.

Eine Reihe von Aktionen Israels, wie etwa die Zerstörung des irakischen Atomreaktors bei Bagdad, das wiederholte Einschreiten israelischer Streitkräfte im Libanon, auch gegen die dort stationierte syrische „Friedenstruppe“, und die Ausdehnung der israelischen Gesetzgebung auf das besetzte Golan-Gebiet am 14. Dezember 1981, die einer faktischen Annexion dieses Gebietes gleichkommt, haben den israelisch-arabischen Konflikt deutlich verschärft. Sowohl bei der Bombardierung des irakischen Kernreaktors als auch bei der „Annexion“ des Golan-Gebietes reagierte die Staatengemeinschaft einschließlich Österreich mit einer einheitlichen Ablehnung dieser völkerrechtswidrigen Schritte. Auch die Vereinigten Staaten stimmten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in beiden Fällen für Resolutionstexte, mit denen das Vorgehen Israels verurteilt wurde. Die Vereinigten Staaten setzten überdies ein am 30. November 1981 in Washington unterzeichnetes Abkommen über strategische Zusammenarbeit mit Israel als Folge der Annexion des Golan-Gebietes auf unbestimmte Zeit aus.

Trotz dieser neuerlichen Polarisierung der israelisch-arabischen Gegensätze waren auch gegen Ende des Jahres 1981 aus dem arabischen La-

Naher und mittlerer Osten

ger, insbesondere von Saudi-Arabien, Signale vernehmbar, wonach bei Annahme der arabischen Mindestforderungen durch Israel, also der vollständigen Räumung der besetzten Gebiete und der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes, eine Akzeptierung des Staates Israel durch die maßgebenden arabischen Staaten im Bereich des Möglichen läge.

Eine solche Möglichkeit wurde in einem am 7. August 1981 vom saudi-arabischen Kronprinzen Fahed bei einem Interview bekanntgegebenen 8-Punkte-Plan für einen Frieden im Nahen Osten formuliert. Obwohl von Premierminister Begin als arabisches Manöver abgelehnt und von den radikalen arabischen Staaten, insbesondere von Syrien, kritisiert, wurde dieser Plan, der in allgemeiner Form die Grundsätze für künftige Friedensverhandlungen enthält, innerhalb der arabischen Welt diskutiert. Nachdem sich auch der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Yasser Arafat, für den Plan als Diskussionsbasis ausgesprochen hatte, wurde er in die Tagesordnung der arabischen Gipfelkonferenz in Fez (25. November 1981) aufgenommen. Der Widerspruch der radikalen arabischen Staaten verhinderte jedoch einen gesamtarabischen Konsens darüber, und die Gipfelkonferenz wurde vertagt. Die Fortsetzung der innerarabischen Diskussion über den Fahed-Plan ist für die Zeit nach der Rückstellung des Sinai an Ägypten (April 1982) in Aussicht genommen.

Eine Annahme des Fahed-Plans in seiner vorliegenden Form hat kaum eine realistische Aussicht auf Verwirklichung. Der Plan wurde jedoch, abgesehen von der Indorsierung durch eine Reihe gemäßigter arabischer Staaten, auch von westeuropäischen Staaten, insbesondere hinsichtlich der für Israel günstigen Elemente, die als indirekte Anerkennung des Staates Israel ausgelegt wurden, begrüßt. Da der Plan Garantien für jede Übereinkunft durch die Vereinten Nationen oder einiger ihrer Mitglieder vorsieht, könnte ein solcher breiterer Staatenkonsens nach ergänzenden saudi-arabischen Erklärungen auch die UdSSR einschließen.

Eine Erschütterung in der Entwicklung des Nahen Ostens trat mit der Ermordung Präsident Anwar Sadats am 6. Oktober 1981 ein. Präsident Sadat, dessen Land wegen des Friedensschlusses mit Israel bei der Konferenz in Bagdad 1979 aus der Liga Arabischer Staaten ausgeschlossen worden war, sah sich auch im Inneren einer wachsenden politischen Opposition gegenüber. Mit der Etablierung von Vizepräsident Muhamed Hosni Mubarak als Nachfolger Sadats wurde die Kontinuität gewährleistet.

Die österreichische Auffassung zum Nahost-Konflikt, die schon bei der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1979 in dem offiziellen Dokument A/34/760 der Vereinten Nationen formuliert

Naher und mittlerer Osten

wurde, blieb weiter aufrecht. Dies bedeutet insbesondere, daß von österreichischer Seite die PLO als legitime Vertreterin der Rechte des palästinensischen Volkes betrachtet und ihre Einbeziehung in die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes als unerläßlich angesehen wird.

Der Verlauf der Nahostdebatte in der 36. Generalversammlung wird im Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“ im Anhang beschrieben.

Libanon litt auch 1981 unter den Auswirkungen des arabisch-israelischen Konfliktes. Die Zivilbevölkerung mußte weiterhin die Last der Präsenz einer großen Zahl palästinensischer Flüchtlinge tragen und war immer wieder den militärischen Auseinandersetzungen zwischen christlichen und muslimischen Milizen bzw. Verbänden der PLO und im Süden des Landes den Einheiten des Majors Saad Haddad ausgesetzt. Hierzu kamen zahlreiche israelische Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft gegen palästinensische Stützpunkte im Libanon, welche die Zivilbevölkerung mitunter stärkstens in Mitleidenschaft gezogen haben. Im Mai 1981 spitzte sich die Situation mit der israelischen Ankündigung, in der Bekaa-Ebene von den syrischen Truppen installierte Boden-Luft-Raketen zu zerstören, in gefährlicher Weise zu. Eine durch Vermittlung des amerikanischen Sonderemissärs Philip Habib und der Vereinten Nationen am 24. Juli 1981 unterzeichnete Vereinbarung zur Einhaltung einer Waffenruhe brachte eine gewisse Beruhigung, wiewohl diese Vereinbarung in der Folge mehrfach gebrochen wurde.

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten ist seit 1979 dadurch komplizierter geworden, daß zum arabisch-israelischen Konflikt der politische Umsturz im Iran, der Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak und die sowjetische Intervention in Afghanistan hinzugekommen sind.

Im Iran blieb die Macht von Ajatollah Khomeiny und der Islamischen Republikanischen Partei ungebrochen, obwohl eine Reihe politischer Attentate viele Opfer, darunter allein ein Bombenanschlag in Teheran am 26. Juni 1981 das Leben mehrerer Regierungsmitglieder und Abgeordneter, forderte. Die innenpolitische Szene war durch den Gegensatz zwischen der Islamischen Republikanischen Partei, die seit 1980 über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, und dem liberalen Präsidenten Bani Sadr, der im Februar 1980 mit 75 % der Stimmen gewählt worden war, gekennzeichnet. Nach seiner vollständigen Entmachtung floh Bani Sadr Ende Juni 1981 ins Ausland.

Das Problem der amerikanischen Geiseln konnte nach Unterzeichnung eines durch Vermittlung Algeriens zustande gekommenen Abkommens am 19. Jänner 1981 beendet werden. Die letzten 52 amerikanischen Geiseln verließen nach einer seit 4. November 1979 ertragenen Gefangenschaft am 20. April 1981 den Iran. Die vermögensrechtlichen Ver-

Südostasien

Einbarungen zwischen dem Iran und den USA traten in das Stadium der Durchführung.

Die im September 1980 ausgebrochenen militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und dem Iran hielten weiter an. Keine der beiden Seiten konnte ihre militärischen Ziele verwirklichen, über einzelne Operationen lagen sehr widersprüchliche Meldungen vor. Es dürfte aber zur Rückgewinnung von Gebieten durch die iranischen Truppen gekommen sein, obwohl sich die irakischen Truppen auf iranischem Boden in einem Stellungskrieg gegen die iranischen Angriffe behaupten konnten. Der Verlauf der Kampfhandlungen wird von wirtschaftlichen Faktoren der beiden Staaten mitbestimmt.

Den auf verschiedenen Ebenen fortgeführten Vermittlungsbemühungen (Islamische Konferenz, Blockfreie, Vereinte Nationen: Olof Palme) blieb ein Erfolg versagt, da keine Streitpartei bereit war, von ihren Vorbedingungen zur Aufnahme von Verhandlungen abzugehen. Der Iran beharrt darauf, daß alle irakische Truppen von seinem Territorium abgezogen werden müssen; der Irak verlangt die Anerkennung seiner Souveränität über das gesamte Gebiet des Shatt-El Arab durch den Iran.

Die Lage in Afghanistan blieb seit der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 im wesentlichen unverändert. Es wurden regelmäßig Aktionen von Aufständischen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen gemeldet. Der Nachbarstaat Pakistan war durch die Anwesenheit von 1,5 bis 2 Millionen afghanischen Flüchtlingen besonders belastet.

Die wiederholten Aufforderungen der Vereinten Nationen an die Sowjetunion, alle Truppen unverzüglich aus Afghanistan zurückzuziehen, blieben ebenso ohne Erfolg wie die Vermittlungsbemühungen der blockfreien Staaten, der Organisation Islamischer Staaten und der EG. Außenminister Carrington unterbreitete im Juli 1981 im Auftrag der EG einen Vorschlag für eine politische Lösung im Rahmen einer internationalen Konferenz, der von der Sowjetunion abgelehnt wurde (siehe auch Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“).

Südostasien

Die Lage in der Region war durch die fortdauernde Präsenz vietnamesischer Truppen in Kambodscha und die Aufrechterhaltung des pro-vietnamesischen Heng-Samrin-Regimes gekennzeichnet, welches bisher lediglich von der Sowjetunion, osteuropäischen Staaten und Indien anerkannt wurde. Österreich hat nicht nur eine Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes, das aufgrund einer völkerrechtswidrigen militärischen Intervention von außen eingesetzt wurde, sondern auch die Anerkennung der Regierung der Khmer Rouges, die während des Pol-Pot-Re-

Südostasien

gimes scheußliche Verbrechen gegen das eigene Volk verübt hat, als Vertreter Kambodschas in den Vereinten Nationen abgelehnt. Die Kambodscha-Frage ist auch deshalb so komplex, weil sie über den begrenzten Konflikt zwischen Vietnamesen und Kambodschanern hinaus widerstreitende Großmachtsinteressen berührt. Die Machtübernahme der Khmer Rouges in Phnom Penh hat seit 1975 zu einem verstärkten chinesischen, der Abschluß des sowjetisch-vietnamesischen Freundschafts- und Beistandspaktes seit 1978 zu einem verstärkten sowjetischen Engagement in der Region geführt. Die Involvierung dieser Großmächte hat in Südostasien Instabilität und Unsicherheit hervorgerufen.

Auf Initiative der ASEAN-Staaten und in Entsprechung der Resolution 35/6 der 35. Generalversammlung wurde vom 13. bis 17. Juli die Internationale Kambodscha-Konferenz in New York einberufen. Die Präsidentschaft dieser Konferenz, an der insgesamt 93 Staaten und 3 kambodschanische Fraktionen teilnahmen, wurde über Vorschlag der ASEAN-Staaten und im Einverständnis mit allen regionalen Gruppen Außenminister Dr. Pahr übertragen, der sich für dieses Amt im Einklang mit der bisher verfolgten österreichischen Grundhaltung zur Verfügung gestellt hatte: Leitungsfunktionen dann zu übernehmen, wenn dies von der Staatengemeinschaft als Anerkennung der Rolle des neutralen Österreichs gewünscht wird. Die Konferenz verabschiedete im Konsenswege eine Deklaration und eine Resolution, die den Weg für eine friedliche Lösung des Kambodscha-Problems aufzeigen. Neben der großen Teilnehmerzahl kann es als Erfolg betrachtet werden, daß die Konferenz nicht zu einem weiteren Forum der Anklage gegen Vietnam wurde und daß die Verhandlungen sachlich und problemorientiert geführt wurden. Dem Hauptanliegen der Konferenz, den Dialog mit den nicht teilnehmenden Staaten zu eröffnen, sollen die Bemühungen des von der Konferenz eingesetzten ad hoc-Komitees, das am 28. Oktober unter Vorsitz des österreichischen Außenministers konstituiert wurde, dienen. Ziel seiner Arbeiten ist es, eine umfassende Verhandlungslösung des Konflikts unter Beteiligung aller kambodschanischen Fraktionen und aller durch den Konflikt unmittelbar betroffenen Staaten anzubahnen. Eine solche Lösung zielt auf eine qualifizierte äußere Stabilität (Blockfreiheit, Neutralität) und eine qualifizierte innere Stabilität (Berücksichtigung aller politischen Gruppen und Wahrung der Menschenrechte) ab. Die künftigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft müssen darauf gerichtet sein, ein unabhängiges und von Einflüssen der Großmächte weitestmöglich freies Kambodscha wiederherzustellen, welches von jenen Kräften getragen ist, welche die Bevölkerung des Landes in freier Wahl beruft.

Die Bemühungen zur Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung aller antivietnamesischen Kräfte (Khmer Rouges, Son Sann, Sihanouk)

Afrika

wurden 1981 fortgesetzt. Über Druck Thailands und Singapurs kam am 24. November eine Vereinbarung zwischen allen 3 Fraktionen des Khmer-Widerstandes zustande, wobei die Khmer Rouges sich eine zweimonatige Bedenkzeit erbaten. Diese Bemühungen müssen vorerst als gescheitert angesehen werden, da die Khmer Rouges Ende Jänner 1982 mitteilten, daß sie einer Koalitionsregierung unter Führung Son Sanns nicht beitreten könnten.

Afrika

Seit der Unabhängigkeit Simbabwe stehen die Bemühungen um eine Lösung für Namibia im Vordergrund des politischen Geschehens im südlichen Afrika. Südafrika verzögert die seit 1966 fällige Rückgabe des von ihm seit dem Ersten Weltkrieg verwalteten Landes an die Vereinten Nationen. Nach der Wahl des neuen Präsidenten der USA um die Jahreswende 1980/81 hatte es zunächst den Anschein, als verhärtete sich Südafrikas Haltung in den Verhandlungen über den Lösungsvorschlag der Vereinten Nationen. Deren Generalversammlung sowie die Gipfelkonferenz der OAU von Nairobi (März bzw. Juni 1981) verurteilten die Verschleppung der Lösung durch Südafrika. Ende August und im November 1981 drangen südafrikanische Truppen in zwei großangelegten Angriffen von Namibia tief nach Angola vor, um dortige Basen der SWAPO zu zerstören. Die Demokratische Turnhalleallianz (DTA) kritisierte das südafrikanische Beharren auf gewissen Apartheidstrukturen in Namibia. Dadurch sieht die DTA ihre Chancen gegenüber SWAPO bei freien, unter Aufsicht der Vereinten Nationen stattfindenden Wahlen verringert. Ab September 1981 nahmen die 5 in der sogenannten Kontaktgruppe zusammengefaßten Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Kanada) ihre Bemühungen wieder auf, zwischen den Kräften im südlichen Afrika zu vermitteln, um rasch einer Lösung auf Basis der Resolution 435 des Sicherheitsrates näherzukommen. Diplomaten der Kontaktgruppe bereisten im Herbst die Länder Südafrikas, um ihren Entwurf für eine Verfassung Namibias zu präsentieren. Dem Plan wurde von allen Beteiligten grundsätzlich zugestimmt. Geringfügig modifiziert wartet der Verfassungsentwurf im Jänner 1982 auf die endgültige Zustimmung aller Parteien. Diesfalls soll nach dieser ersten Phase des Unabhängigkeitsplans die Abhaltung von Wahlen in Namibia unter Aufsicht der Vereinten Nationen vorbereitet werden. Hiefür sind 1982 schwierige Verhandlungen zu erwarten (siehe Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“).

Der Beginn des Jahres 1981 hat Hoffnungen auf eine Beendigung des seit 1965 andauernden Bürgerkriegs im Tschad gebracht. Die tschadische Übergangsregierung der Nationalen Einheit, die 1979 nach Vermittlung der OAU gebildet worden war, und welche 11 rivalisierende Gruppierungen vereinigte, hat sich bis Ende 1981 behauptet. Mit Hilfe

Afrika

libyscher Truppen hatte Präsident Goukouni Oueddei Ende 1980 seinen Haupttrivalen, Verteidigungsminister Hissène Habré und dessen Truppen von N'Djamena bis an die sudanesishe Grenze im Osten vertreiben können. Im Sommer schlug die OAU bei ihrem Gipfeltreffen die Ersetzung der libyschen Truppen durch eine interafrikanische Streitmacht vor. Da auch Frankreich und die USA diesen Plan befürworteten, zog sich Libyen ab November 1981 aus dem Tschad zurück. Die nachrückenden Verbände aus verschiedenen afrikanischen Staaten erreichen aber noch nicht die Stärke der libyschen und verhalten sich im Bürgerkrieg neutral, so daß die Rebellen des Hissène Habré wieder starken Auftrieb erfahren haben. Als zur Zeit stärkste militärische Kraft im Tschad konnten sie wieder näher zur Hauptstadt vorrücken, wobei ihnen bedeutende Mengen an libyschen Waffen in die Hände fielen.

Somit hat die libysche Intervention vom November 1980 bis November 1981 die Lage nur vorübergehend beeinflusst. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Koalitionsregierung wird behaupten können. Eine Parteinahme der bis jetzt neutralen interafrikanischen Truppe könnte eine Wende herbeiführen.

In der West-Sahara-Frage kam es 1981 zu Entwicklungen, die eine friedliche Beilegung des Streites mehr als bisher in den Bereich des Möglichen rücken, ohne daß eine Lösung in Sicht wäre.

Der von der Befreiungsbewegung Polisario ausgerufene programmatische Staat „Demokratische Arabische Republik Sahara“ wird von 26 afrikanischen Staaten und einer großen Zahl anderer Staaten der Dritten Welt anerkannt, konnte aber bei der 17. OAU-Gipfelkonferenz in Freetown im Juli 1980 keine Anerkennung durch die Regionalorganisation finden. Bei dieser Gipfelkonferenz wurde vielmehr eine gewisse Kompromißbereitschaft der Mitgliedstaaten im Interesse des Zusammenhaltens der Organisation sichtbar.

Bei der 18. OAU-Gipfelkonferenz in Nairobi (24. bis 28. Juni 1981) erklärte König Hassan II. von Marokko, in der ehemaligen spanischen Kolonie ein „kontrolliertes Referendum“ durchführen zu wollen. Das Sahara-Komitee der OAU wurde beauftragt, zusammen mit den Konfliktparteien (Marokko, Algerien, Mauretanien und Polisario) die Modalitäten für einen Waffenstillstand und ein Referendum auszuarbeiten.

In Ausführung der Beschlüsse der 18. OAU-Gipfelkonferenz traten am 24. und 25. August 1981 in Nairobi die Staatschefs bzw. Außenminister jener 7 afrikanischen Staaten (Guinea, Nigeria, Mali, Sudan, Tansania, Kenia und Sierra Leone) zusammen, die als „Komitee der 7“ nominiert worden waren. Marokko hat das von der 2. Konferenz in Nairobi indorsierte Prinzip eines Referendums der „Selbstbestimmung“

Mittelamerika

und nicht bloß, wie zunächst von ihm gefordert, eines Referendums der „Bestätigung“ angenommen. Weitergehende Forderungen der Polisario wurden vom „Komitee der 7“ nicht übernommen. Bedeutende Meinungsunterschiede wurden allerdings bezüglich der Vorbereitung und Durchführung des Referendums offenkundig. Die Polisario, deren Forderungen wie etwa Rückzug der marokkanischen Verwaltung aus dem Gebiet der West-Sahara nicht berücksichtigt worden waren, führte Mitte Oktober 1981 offensichtlich von mauretanischem Gebiet aus einen militärischen Angriff gegen die marokkanische Garnisonsstadt Guelta Zemmour durch. In der Folge haben sowohl Marokko als auch die Polisario erklärt, daß sie unabhängig von den Beschlüssen der 2. Konferenz in Nairobi für sich wieder die volle Handlungsfreiheit in der Auseinandersetzung beanspruchen.

Nach dem Überfall der Polisario im Oktober 1981 scheinen die Vereinigten Staaten bereit, Marokko mehr als bis dahin zu unterstützen, was in der Folge wieder zu einer stärkeren Unterstützung der Polisario durch Algerien und Libyen führen könnte. Allerdings hat Marokko, das noch im Frühjahr 1981 eine weltweite diplomatische Kampagne gegen die Aktionen Libyens in der Region durchgeführt hat, inzwischen die diplomatischen Beziehungen zu Libyen wieder aufgenommen.

Hinsichtlich der Behandlung der West-Sahara-Frage in der 36. Generalversammlung wird auf den Tätigkeitsbericht „Vereinte Nationen“ verwiesen.

Mittelamerika

Zentralamerika ist heute eine der neuralgischen Zonen der Weltpolitik, da es zunehmend in das Spannungsfeld der Großmächteinteressen fällt. Die Lage hat sich in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verschlechtert. Insgesamt ist die Region nicht nur durch die Nord-Süd-Problematik, sondern verstärkt auch durch den Ost-West-Konflikt geprägt. Dies gilt insbesondere für die Lage in und um Nikaragua und El Salvador.

Als Folge dieser Entwicklungen ist Zentralamerika in feindliche Lager verschiedener Orientierung gespalten, mit Nikaragua als Pol auf der einen Seite und Guatemala auf der anderen. Dazwischen liegen El Salvador, Honduras und Costa Rica, die sich Anfang 1982 durch einen Vertrag zu einer „Zentralamerikanischen Demokratischen Gemeinschaft“ zusammengeschlossen haben, welche eine militärische Frontbildung zwischen Guatemala, El Salvador und Honduras einerseits und Nikaragua andererseits verhindern soll.

Rolle der überregionalen und regionalen Organisationen

In Nikaragua konnten die Sandinisten zwar ihre Macht konsolidieren, doch scheint der Pluralismus gefährdet. Die Probleme Nikaraguas werden durch eine tiefgreifende Wirtschaftskrise verschärft.

Die Situation in El Salvador, wo der seit mehr als zwei Jahren andauernde Bürgerkrieg schon über 20 000 Menschenleben gefordert haben soll, wird durch das gespannte Verhältnis zu seinen Nachbarn zusätzlich belastet. Die gemeinsame französisch-mexikanische Erklärung zu El Salvador Ende August, mit der die Allianz FDR/FMLN (Frente Democrático Revolucionario / Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional) als repräsentative politische Kraft anerkannt wurde, stellte einen Versuch dar, den politischen Kräften der Region einen dritten Weg zu weisen. In der Folge haben zahlreiche mittel- und südamerikanische Regierungen diese Erklärung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors kritisiert.

Costa Rica und Honduras sind die einzigen demokratischen Staaten in Mittelamerika. In Costa Rica besteht seit langem eine demokratische Tradition, welche die Regierung und Opposition fest in den politischen Prozeß einbindet. Das Land sieht sich derzeit außerordentlich großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber. Auf Grund der im November 1981 in Honduras abgehaltenen Wahlen hat die Militärregierung ihre Macht an eine Zivilregierung übertragen. Die Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform gibt Hoffnung für eine erfolgversprechende Weiterentwicklung dieses Landes.

Österreich verfolgt die Ereignisse in Zentralamerika mit großem Interesse und besonderer Anteilnahme. Es tritt dafür ein, daß die Völker der Region ihr Selbstbestimmungsrecht ohne Einmischung von außen – von welcher Seite auch immer – ausüben können. Weitere Voraussetzungen für die Verbesserung der Situation in diesem Teil der Welt sind nach österreichischer Auffassung soziale Gerechtigkeit und politischer Pluralismus. Diese Voraussetzungen werden jedoch nur durch die Zusammenarbeit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte eines Landes geschaffen werden können. Österreich verurteilt auch aus diesem Grund die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele (siehe auch Erklärung des österreichischen Außenministers vor der 36. Generalversammlung, Anhang).

Rolle der überregionalen und regionalen Organisationen

Die Bewegung der Blockfreien, die 1981 den 20. Jahrestag ihrer Gründung (Gipfelkonferenz in Belgrad, 1. bis 6. September 1961) feierte und heute 96 Mitgliedstaaten umfaßt, ist nach wie vor politischer Kristallisierungspunkt der Staaten der Dritten Welt. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die schwere Belastungsprobe fort dauert, die ihr

Rolle der überregionalen und regionalen Organisationen

durch die divergierende Haltung ihrer Mitglieder zur Kampuchea- und zur Afghanistan-Frage erwuchs und bei der VI. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna im September 1979 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die Erfolglosigkeit der von den Blockfreien unternommenen Vermittlungsversuche in der Geisellaffäre in Teheran wie auch im Krieg zwischen Iran und Irak haben das politische Gewicht der blockfreien Staaten und ihre Rolle als geschlossener politischer Handlungsfaktor beeinträchtigt.

Die führenden Mitglieder der Blockfreien Bewegung bemühen sich jedoch ernsthaft um eine Überwindung der Krise und eine Konsolidierung der Bewegung. Diese Bestrebungen kamen insbesondere bei der Außenministerkonferenz der Blockfreien vom 9. bis 13. Februar in New Delhi zum Ausdruck, die den Rückzug aller fremden Truppen aus Afghanistan und Kambodscha forderte, und sollen bei der VII. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten, in Bagdad (September 1982) fortgesetzt werden.

In einer Zeit erhöhter Spannungen zwischen den großen Machtblöcken kommt der Bewegung besondere Bedeutung zu. Die Rolle der Blockfreien als Faktor der Stabilität in den internationalen Beziehungen wurde auch in der politischen Erklärung des Ottawa-Gipfels Ende Juli gewürdigt. Österreich schätzt die Zusammenarbeit mit blockfreien Staaten sowohl auf regionaler als auch universeller Ebene. Im Rahmen des KSZE-Prozesses besteht innerhalb der N+N-Gruppe (neutrale und blockfreie Staaten) ein besonders Vertrauensverhältnis. Innerhalb der Vereinten Nationen findet ein Meinungsaustausch in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen insbesondere auf dem Gebiet der Abrüstung und Entwicklung statt. Besonders erfreulich ist die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Jugoslawien, einem der maßgebenden Mitgliedsländer der Bewegung der blockfreien Staaten.

Die Liga Arabischer Staaten, die ihren Sitz 1979 nach der Suspension der Mitgliedschaft Ägyptens von Kairo nach Tunis verlegt hatte, setzte die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und politischen Bereich auch mit den Staaten Westeuropas fort. Zu diesen Bemühungen, die Kontakte über den mit den EG eingeleiteten euro-arabischen Dialog hinaus auch mit anderen westeuropäischen Staaten zu intensivieren, gehört die 1981 bekanntgegebene Absicht des Generalsekretariates der Arabischen Liga, in Wien in nächster Zeit eine ständige Vertretung zu errichten.

Bei der 12. arabischen Gipfelkonferenz in Fez (25. November 1981) war es zu keiner Einigung über den von Saudi-Arabien vorgelegten sogenannten Acht-Punkte-Plan für eine Friedenslösung im Nahen Osten, der auch als Fahed-Plan vorgestellt wurde, gekommen, und die Konfe-

Rolle der überregionalen und regionalen Organisationen

renz wurde vertagt. Eine Gruppe von Mitgliedern der Liga, die sogenannte „Ablehnungsfront“ gegen den ägyptisch-israelischen Frieden, hatte unter der Führung Syriens den Plan zurückgewiesen.

Am 25. Mai 1981 haben die Staatsoberhäupter der Golfstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Oman und Bahrain bei einem Gipfeltreffen in Abu Dhabi die Gründungscharta für einen „Golfkooperationsrat“ unterzeichnet. Diese Charta sieht eine den Europäischen Gemeinschaften vergleichbare Zusammenarbeit der Golfstaaten vor. Die militärische Zusammenarbeit soll bei einer künftigen Gipfelkonferenz näher geregelt werden. Als erste politische Aktion hat dieser Golfkooperationsrat den saudi-arabischen Friedensplan für den Nahen Osten für die 12. arabische Gipfelkonferenz in Fez als Diskussionsbasis indorsiert.

Die Organisation der Islamischen Konferenz blieb auch 1981 mit 40 Mitgliedstaaten das breiteste politische Forum der islamischen Staatenwelt. Bei der Gipfelkonferenz in Mekka im Jänner 1981 wurde beschlossen, in Zukunft regelmäßig, und zwar alle drei Jahre, eine Gipfelkonferenz abzuhalten. Eine überwältigende Mehrheit der islamischen Staaten hat sich in Mekka neuerlich für einen sowjetischen Abzug aus Afghanistan ausgesprochen. Einer in Mekka beschlossenen Vermittlungsaktion islamischer Staaten in der irakisch-iranischen Auseinandersetzung blieb wegen der unnachgiebigen Haltung der Konfliktparteien, obwohl der irakische Staatschef bei der Konferenz die Bereitschaft seines Landes zur Rückgabe iranischen Territoriums angekündigt hatte und eine Delegation der islamischen Staaten in der Folge in Teheran auch von Schiitenführer Khomeiny empfangen wurde, ein Erfolg versagt.

Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), die ihre Gipfelkonferenz Ende Juni in Nairobi abhielt, konnte zwar weitgesteckte Erwartungen einiger Teilnehmer zugunsten einer raschen Lösung des Westsahara-Konfliktes nicht erfüllen, jedoch von den Streitparteien eine Zusage zur Abhaltung eines Referendums in dem umstrittenen Gebiet erzielen. Nach dem Abzug der libyschen Truppen aus dem Tschad konnte der amtierende OAU-Vorsitzende, der kenianische Präsident Moi, die Basis zur Schaffung der ersten friedenserhaltenden Operation im Rahmen der OAU legen; die interafrikanischen Truppen, welche im Dezember im Tschad eintrafen, haben die schwierige Aufgabe, die Sicherheit in dem vom Bürgerkrieg zerstörten Land wiederherzustellen, eine nationale („integrierte“) Armee aufzubauen und zu schulen und allgemeine Wahlen vorzubereiten. – Die Beiträge zu einer Lösung dieser beiden Konflikte haben der mit verschiedenen, nicht zuletzt auch finanziellen Problemen konfrontierten Organisation die Möglichkeit geboten, ihre von Anfang an vorgesehene regionale Be-

Rolle der überregionalen und regionalen Organisationen

deutung und Rolle unter Beweis zu stellen. Trotz der bestehenden Zerwürfnisse zwischen einzelnen Mitgliedstaaten bzw. -gruppen wurde der Wille zur Kompromißbereitschaft und zum Zusammenhalten der Organisation manifestiert. Bei der erwähnten Gipfelkonferenz war Österreich – wie schon 1980 – wieder durch eine ad hoc akkreditierte Beobachterdelegation vertreten. Innerhalb der OAU sind Überlegungen im Gange, die Teilnahme außerafrikanischer Staaten satzungsmäßig bzw. allgemeinverbindlich zu regeln.

Die in der „Association of South East Asian Nations (ASEAN)“ zusammengefaßten Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) haben ihre Rolle als wichtiger regionaler Faktor durch gemeinsame politische Aktionen, insbesondere hinsichtlich der Kampuchea-Frage und der Flüchtlingsprobleme der Region, weiter ausgebaut. Die Initiative zur Einberufung einer Internationalen Kambodscha-Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen (New York, 13. bis 17. Juli) ging von der ASEAN aus.

Die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) hielt ihre diesjährige Generalversammlung vom 2. bis 12. Dezember in dem karibischen Kleinstaat St. Lucia ab. Österreich, das diesem Forum des amerikanischen Kontinents großes Interesse entgegenbringt, war durch seinen Botschafter in Caracas während eines Teils der Konferenz als Beobachter vertreten. Die Organisation umfaßt derzeit 29 Mitglieder; ihre ursprünglich rein politisch-juridischen Aufgaben wurden im Lauf der letzten Dekaden auf Entwicklungsfragen ausgedehnt. Heute unterhält sie eine Vielzahl von Tochterorganisationen und beratenden Gremien, deren Tätigkeit zahlreiche Überschneidungen mit den Arbeitsbereichen anderer Institutionen, wie zum Beispiel der UNO, des UNDP, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, aufweist. OAS-Generalsekretär Orfila setzt sich für ein großes interamerikanisches Entwicklungsprogramm ein, das Pläne zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet vorsieht. Die OAS hat im Grenzkonflikt zwischen Argentinien und Chile 1978 und zwischen Peru und Ecuador 1981 vermittelt. Die Situation in Zentralamerika wurde in der OAS-Generalversammlung im Dezember erstmals diskutiert. Österreich beobachtet die Arbeit der OAS über die Botschaft Washington.

Der Anden-Pakt mit seinen Mitgliedern Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela war ursprünglich als ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluß gedacht. Er wird aber zunehmend zu einem auch politisch wichtigen Faktor in Lateinamerika.

*Bilaterale Beziehungen***Bilaterale Beziehungen**

Österreich unterhält zu 147 Staaten diplomatische, zu drei Staaten (Brunei, Monaco, San Marino) konsularische und zu weiteren 17 anerkannten Staaten (Andorra, Antigua und Barbuda, Belize, Bhutan, Dominica, Dschibuti, Fidschi, Kiribati, Nauru, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Sao Tomé und Príncipe, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Westsamoa) sonstige zwischenstaatliche Beziehungen. Zum Souveränen Malteser Ritterorden unterhält die Republik Österreich diplomatische Beziehungen.

Von Österreich nicht anerkannt werden die Arabische Demokratische Republik Sahara, Bophutatswana, Transkei, Venda, Ciskei.

Die im Anhang folgenden Länderbeiträge erfassen alle 147 Staaten, zu denen Österreich diplomatische Beziehungen unterhält, sowie Bhutan, San Marino und den Souveränen Malteser Ritterorden. Sie geben Aufschluß über die Dichte unserer Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, die Intensität der vertraglichen Beziehungen und der Besuchsdiplomatie.

Die österreichischen Interessen in diesen Staaten werden im Wege von 66 Botschaften (Anfang 1982 werden zusätzlich zwei – Amman und Salisbury – errichtet werden), 16 Berufskonsulaten, 1 Delegation, 10 Kulturinstituten und 179 Honorarkonsulaten wahrgenommen. In Europa und Nordamerika sind 27 Botschaften, 14 Berufskonsulate, 8 Kulturinstitute, 1 Delegation und 94 Honorarkonsulate, in Asien 17 Botschaften, 1 Berufskonsulat, 1 Kulturinstitut und 24 Honorarkonsulate, in Afrika 13 Botschaften, 1 Kulturinstitut und 17 Honorarkonsulate, in Lateinamerika 8 Botschaften, 1 Berufskonsulat und 36 Honorarkonsulate und in Australien und Ozeanien 1 Botschaft sowie 8 Honorarkonsulate errichtet.

Die Aufgabe der diplomatischen Vertretungen werden im Artikel 3 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen umrissen: Sie vertreten Österreich, schützen seine und seiner Staatsangehörigen Interessen, verhandeln mit der Regierung, informieren sich über Verhältnisse und Entwicklungen im Empfangsstaat und berichten darüber an die Bundesregierung, fördern die freundschaftlichen Beziehungen und bauen die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte aus.

Die Prioritäten unserer bilateralen Diplomatie gehen aus den nachstehenden nach geopolitischen Kriterien geordneten Kapiteln hervor: Nachbarschaftspolitik, Europa- und Entspannungspolitik, Weltpolitik. Auf allen Ebenen hat Österreichs Außenpolitik versucht, traditionelle Beziehungen weiterzuentwickeln, Schwerpunkte zu setzen, sich an-

Bilaterale Beziehungen – Nachbarstaaten

dernden politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Schwerpunkte unseres Außenhandels, unsere Entwicklungszusammenarbeit und unserer Auslandskulturarbeit sind in den Abschnitten „Außenwirtschaftspolitik“, „Entwicklungspolitik“ und „Auslandskulturpolitik“ dargestellt.

Nachbarstaaten

In einer Zeit zunehmender weltpolitischer Spannungen hat Österreich der Politik der guten Nachbarschaft besonderes Augenmerk zugewendet und seine Bemühungen fortgesetzt, die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsordnung und Paktzugehörigkeit, auszubauen und zu vertiefen. Österreich war im Sinne dieser Nachbarschaftspolitik bestrebt, einen konkreten Beitrag zur Stabilität in seinem Nahbereich und zur Aufrechterhaltung eines Modus vivendi für Koexistenz und Kooperation zu leisten.

Die Beziehungen zur Schweiz, zu Liechtenstein, zu Italien und zur Bundesrepublik Deutschland, die durch das gemeinsame Bekenntnis zur pluralistisch-demokratischen Staatenfamilie geprägt sind, aber auch die Beziehungen zu Jugoslawien und Ungarn haben bereits seit langem einen hohen Entwicklungsgrad aufzuweisen. Das Verhältnis zur ČSSR wurde durch eine Reihe von Problemen überschattet, an deren Lösung durch pragmatische Kontakte mit der tschechoslowakischen Seite – wie sie in New York anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits aufgenommen wurden – weiter gearbeitet werden soll, um die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu erreichen.

Wichtige Ereignisse in der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen waren 1981: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Fürstentum Liechtenstein, mit dem bislang konsularische Beziehungen bestanden, die Besuche des liechtensteinischen, des tschechoslowakischen und des jugoslawischen Regierungschefs in Österreich; die Besuche des Bundespräsidenten in der Schweiz und des Bundeskanzlers in Ungarn.

Den in Österreich lebenden Volksgruppen nichtdeutscher Sprachzugehörigkeit, die einen nicht wegzudenkenden Bestandteil unseres menschlichen und kulturellen Erbes bilden, kommt gerade im Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten eine wichtige völkerverbindende Aufgabe zu.

Einen wertvollen Faktor nachbarschaftlicher Beziehungen bildete weiterhin die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, um deren Ausbau insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer und die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria bemüht sind. Bemerkens-

Bilaterale Beziehungen – Europa und Nordamerika

wert sind die im Berichtszeitraum unternommenen Schritte dieser Arbeitsgemeinschaften in Richtung verstärkter Kontakte untereinander sowie einer Zusammenarbeit mit dem Europarat.

Die Erhaltung und Entwicklung der Südtiroler Volksgruppe ist ein permanentes Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Auch im Berichtsjahr ist Österreich im Einvernehmen mit den Südtirolern beharrlich für die beschleunigte Durchführung der noch offenen Paketmaßnahmen eingetreten. Auf die diesbezüglichen Entwicklungen wird in einem eigenen Abschnitt im Rahmen des Länderbeitrags Italien näher eingegangen.

Europa und Nordamerika

Die geographische Lage Österreichs, historische Bindungen, gemeinsame kulturell-zivilisatorische Entwicklungen haben zu einer besonderen Dichte und Intensität unserer Beziehungen zu den europäischen Staaten, zu Kanada und den USA geführt. Diese Verflechtung findet auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene Niederschlag. Die Pflege der bilateralen Beziehungen mit diesen Staaten ist und bleibt zentraler Schwerpunkt unserer außenpolitischen Bemühungen.

Daß dabei unseren Beziehungen zu den pluralistisch-demokratischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas, mit denen wir durch die Zugehörigkeit zur gleichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verbunden sind, ein besonderer Stellenwert zukommt, ist selbstverständlich. Es ist ein besonderes Anliegen der österreichischen Außenpolitik, die Zusammenarbeit mit und unter den pluralistisch-demokratischen Staaten zu fördern. Die europäische Zusammenarbeit wird österreichischerseits vorbehaltlos bejaht.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern haben sich ausnahmslos freundschaftlich und problemfrei gestaltet. Die Beziehungen zu den USA und Kanada erhielten durch die offiziellen Besuche von Außenminister Dr. Pahr neue Impulse.

Österreich sieht seine Rolle als neutraler Staat an der Schnittlinie zwischen Ost und West darin, ein stabilisierendes, friedenserhaltendes Element in der internationalen Gemeinschaft zu sein. Daraus folgt ein natürliches Interesse an guten und möglichst intensiven Beziehungen zu allen Staaten ohne Rücksicht auf deren Gesellschaftsordnung. Im Verhältnis zu den kommunistischen Staaten Osteuropas ist dieses Anliegen zusätzlich in dem Bestreben begründet, die im beiderseitigen Interesse gelegene Kooperation durch eine konsequente Entspannungspolitik auch im bilateralen Bereich zu fördern.

Naher Osten und Maghreb

Die alten, durch gemeinsame Geschichte und geographische Nähe gewachsenen Bindungen können in diesem Sinne, wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, ungeachtet unterschiedlicher politischer und ideologischer Systeme auch angesichts zunehmender weltpolitischer Spannungen weiter bestehen und ausgebaut werden. Selbstverständlich darf die Voraussetzung dieser gutnachbarlichen Beziehungen nicht ein ideologischer Kompromiß sein. Das klare und unmißverständliche Bekenntnis Österreichs zum System der pluralistischen Demokratie bildet daher die feste Basis für die Ausgestaltung seines Verhältnisses zu den osteuropäischen Ländern. In einem Klima toleranter Koexistenz – auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Weltanschauungen im friedlichen Wettbewerb – ist eine vielseitige Kooperation auch zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich.

Ausgehend von dieser außenpolitischen Grundhaltung hat Österreich in der Gestaltung seiner Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Osteuropas ein überzeugendes Beispiel einer positiven und vielseitigen Zusammenarbeit zwischen Ländern verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gegeben. Dies wurde auch im Rahmen des Besuchs der sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow in Österreich im April bestätigt.

Die österreichische Haltung zu den Ereignissen in Polen ist im Kapitel „Weltpolitische Entwicklungen“ dargestellt.

Die Priorität, die den Beziehungen zu den Staaten Europas und Nordamerikas, insbesondere den Signatarstaaten des Staatsvertrages und den Nachbarstaaten, in der österreichischen Außenpolitik zukommt, wurde neuerlich anlässlich der von Außenminister Dr. Pahr im April in Wien einberufenen Botschafter-Konferenz unterstrichen. Österreich wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, die Beziehungen zu diesen Staaten, mit denen auch eine enge Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses besteht, besonders zu pflegen.

Naher Osten und Maghreb

Die Tradition der freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu den Staaten der arabischen Welt und zu Israel wurde auch 1981 fortgesetzt, obgleich die Beziehungen zu Israel von wesentlichen Auffassungsunterschieden in der Beurteilung der Lage im Nahen Osten, in der Palästina-Frage, in den Entwicklungsmöglichkeiten und in den Mitteln und Wegen zu einer friedlichen Regelung des arabisch-israelischen Konfliktes geprägt waren.

Naher Osten und Maghreb

In den Beziehungen zur PLO, die Österreich als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt, ist keine Änderung eingetreten. Die Anerkennung der PLO bedeutet nicht, daß Österreich alles, was die PLO bzw. ihre maßgeblichen Vertreter tun oder erklären, billigt. Bundeskanzler Dr. Kreisky, Bundesminister Dr. Pahr und Mitglieder der österreichischen Bundesregierung haben auf diesen Umstand im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Ermordung Präsident Sadats in einzelnen arabischen Staaten begrüßt wurde und sich auch PLO-Vorsitzender Arafat diesbezüglich äußerte, nachdrücklich hingewiesen.

Im Zusammenhang mit dem Mord an Stadtrat Nittel am 1. Mai 1981 und mit einem Attentat auf die Wiener Synagoge am 29. August 1981, bei dem zwei österreichische Staatsbürger ums Leben kamen und für welches außerhalb der PLO stehende palästinensische Gruppen die Verantwortung übernahmen, wurde in der österreichischen Öffentlichkeit die Frage der Verantwortlichkeit für solche Akte des palästinensischen Terrorismus diskutiert. Nach österreichischer Auffassung scheint es dabei nicht vertretbar, die Verantwortung für Anschläge der PLO anzulasten oder die PLO damit in Verbindung zu bringen, wenn solche Anschläge von politischen Gruppen begangen werden, die außerhalb der PLO stehen und oftmals Attentate auch gegen die PLO oder ihre Vertreter durchführen.

Am 29. Juli 1981 wurden in Wien-Schwechat zwei Angehörige der PLO verhaftet, als sie versuchten, Waffen nach Österreich zu schmuggeln. In einem gerichtlichen Verfahren wurde einer der Palästinenser freigesprochen, der andere bedingt verurteilt. Beide verließen am 9. August 1981 wieder Österreich. Dr. Ghazi Hussein, der bei der Ankunft der beiden Palästinenser am Flughafen in Wien-Schwechat anwesend war, wurde im Zusammenhang mit diesem Vorfall von der PLO aus Wien abberufen und beendete am 10. August 1981 seine Funktion als Vertreter der PLO bei der österreichischen Bundesregierung.

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Yasser Arafat, in Abu Dhabi am 9. Dezember 1981 betont, daß die österreichische Öffentlichkeit unter Palästinensern allgemein die PLO verstehe und daß daher Terrorakte von Palästinensern, selbst wenn die PLO damit in keiner Weise in Verbindung gebracht werden kann, indirekt auch der PLO schaden. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat Yasser Arafat gegenüber auch erwähnt, daß mit der Aufklärung aller Fakten der Terroranschläge auf Stadtrat Nittel und auf die Wiener Synagoge feststeht, daß die PLO mit diesen Verbrechen nichts zu tun hatte.

Die Beziehungen Österreichs zur arabischen Welt fanden eine weitere Intensivierung durch einen regen Besuchsaustausch auf Regierungs-

Mittlerer Osten Süd- und Südostasien Ferner Osten

ebene, insbesondere durch die Besuche des Bundeskanzlers in Ägypten (14. bis 17. Feber 1981), in Saudi-Arabien (5. bis 7. Mai 1981) und in den Golfstaaten Kuwait (5. bis 6. Dezember 1981), Bahrain (6. bis 7. Dezember 1981), Vereinigte Arabische Emirate (7. bis 9. Dezember 1981) und Katar (9. Dezember 1981). Von diesen Besuchen sind, abgesehen von den politischen Gesprächen, auch wertvolle und entwicklungsfähige wirtschaftliche Impulse ausgegangen. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat bei seinen Gesprächen mit den Politikern arabischer Staaten insbesondere hervorgehoben, daß den arabischen Staaten eine wichtige Funktion dabei zukommt, immer mehr der Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß nur friedliche Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele führen können.

Das österreichische Interesse an einem Gedankenaustausch mit der politischen Führung Israels kam in einem Gespräch des Bundeskanzlers am 22. November 1981 mit dem israelischen Innenminister Josef Burg, der zu einem Privataufenthalt in Wien weilte, ebenso zum Ausdruck wie in der Unterredung zwischen dem österreichischen und dem israelischen Außenminister am Rande der 36. Generalversammlung in New York.

Mittlerer Osten Süd- und Südostasien Ferner Osten

Die bilateralen Beziehungen zum Irak und Iran blieben von der Fortdauer des Krieges zwischen beiden Staaten unberührt. Auf wirtschaftlichem Gebiet haben sie sich intensiviert.

Die Fortdauer der politischen Situation in Afghanistan beeinträchtigt die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Österreich hat in bilateralen Gesprächen und auf multilateraler Ebene seine Verurteilung des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Forderung nach deren Abzug wiederholt zum Ausdruck gebracht und die von der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution unterstützt.

Die Beziehungen Österreichs zum süd- und südostasiatischen Raum wurden durch die offiziellen Besuche Außenminister Dr. Pahrs in Pakistan, Indien und Thailand intensiviert. Die Besuche, an denen eine österreichische Wirtschaftsdelegation teilnahm, standen auch im Zeichen des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen. Regierungsmitglieder und andere hochrangige Vertreter der Länder dieser Region haben ihrerseits Österreich besucht.

Besonders eng gestalten sich – auch im Zusammenhang mit dem Vorsitz des österreichischen Außenministers in der Internationalen Kamodscha-Konferenz – die Beziehungen zu den 5 Staaten der ASEAN,

Afrika südlich der Sahara

deren Generalsekretär Narcisco G. Reyes im Oktober Österreich einen offiziellen Besuch abstattete. Der Regierungschef Singapurs besuchte Anfang August Österreich.

Dem Ausbau der Beziehungen zu Japan wird österreichischerseits große Aufmerksamkeit geschenkt. Das verstärkte Interesse im Gefolge des Besuchs Außenminister Dr. Pahrs im Jahre 1980 manifestierte sich in einer steigenden Zahl von Besuchen österreichischer Politiker und Wirtschaftsfachleute.

Die Beziehungen zu China haben sich insbesondere auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiet intensiviert. Dies kam anlässlich des Besuchs einer Freundschaftsdelegation unter Leitung von Vizekanzler Sinowatz sichtbar zum Ausdruck. Am 28. Mai konnte das 10jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefeiert werden.

Afrika südlich der Sahara

Die zunehmende weltweite Interdependenz im politischen und wirtschaftlichen Bereich hat zur Folge, daß sich die Beziehungen Österreichs zu den afrikanischen Staaten südlich der Sahara intensivieren.

Dieser Entwicklung Rechnung tragend hat Außenminister Pahr im Mai seine erste Reise in diese Region unternommen und Sambia, Simbabwe sowie Kenia besucht. Diese Besuche, an denen eine österreichische Wirtschaftsdelegation teilnahm, dienten auch dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Hochrangige Vertreter mehrerer schwarzafrikanischer Staaten haben sich inoffiziell oder privat in Österreich aufgehalten, wobei es auch zu Begegnungen und Gesprächen mit Mitgliedern der Bundesregierung gekommen ist. Die gemeinsame Teilnahme an der Gipfelkonferenz in Cancun hat zu einer Intensivierung der politischen Beziehungen zu Nigeria, zur Elfenbeinküste und zu Tansania geführt.

Die Entwicklung Afrikas ist von einer Anzahl von Krisenherden geprägt (Westsahara, Tschad, Horn von Afrika, Uganda, Angola, Namibia, Südafrika), wobei in einigen Fällen auch außerregionale Kräfte wirksam geworden sind. Tendenzen, Afrika zum Schauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen zu machen, sind nach wie vor sichtbar. Die österreichische Außenpolitik setzt sich bilateral und vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen dafür ein, daß sich außerregionale Kräfte aus den Konflikten heraushalten und das Instrumentarium zur friedlichen Beilegung von Streitfällen voll ausgenützt wird. Die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Problemen wird entschieden abgelehnt.

Südamerika Mittelamerika Karibik

Im Sinne seiner politischen Grundsätze ist Österreich an der Schaffung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, an der Respektierung der Menschenrechte und einer möglichst breiten Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der politischen Willensbildung interessiert. Aus diesem Grund verurteilt Österreich auch die Apartheidpolitik Südafrikas als institutionalisierte Form der Verletzung der Menschenrechte sowie die Schaffung künstlicher „Bantustans“ (Stammesgebiete, die von Südafrika in die „Unabhängigkeit“ entlassen werden).

Österreich betrachtet – im Einklang mit den Rechtsgutachten des IGH – die Verwaltung Namibias durch Südafrika als illegal und unterstützt die Bemühungen der westlichen Kontaktgruppe, in Verhandlungen mit allen betroffenen und interessierten Parteien die Voraussetzungen für eine raschestmögliche, international anerkannte Unabhängigkeit des ehemaligen Südwestafrika zu schaffen.

In der Frage einer Annäherung der Standpunkte in der Nord-Süd-Problematik bedarf die Region südlich der Sahara, in der die meisten der am wenigsten entwickelten Länder der Welt liegen, besonderer Berücksichtigung.

Die österreichische Politik gegenüber Afrika südlich der Sahara war Thema einer unter Vorsitz von Außenminister Dr. Pahr abgehaltenen Botschafter-Konferenz in Nairobi am 25./26. Mai.

Südamerika Mittelamerika Karibik

Die Beziehungen Österreichs zu Lateinamerika, die durch die offiziellen Besuchsreisen von Bundesminister Dr. Pahr in den Jahren 1978 bis 1980 bedeutend intensiviert wurden, entwickelten sich auch im Berichtszeitraum sehr gut weiter. Besondere Bedeutung kam dabei dem Verhältnis zu Mexiko wegen der Vorbereitung und Durchführung des Gipfeltreffens von Cancun zu.

Der Besuchsaustausch mit Nikaragua wurde durch die Besuche von Außenminister d'Escoto Brockmann im Juni und von Vizeaußenminister Timoco im November fortgesetzt. Im Rahmen des politischen Meinungsaustausches auf Minister- und Beamtenebene wurde österreichischerseits weiterhin unmißverständlich das Interesse an einer demokratischen Entwicklung in Nikaragua bekundet und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der dort eingeschlagene Weg zu sozialer Gerechtigkeit und politischem Pluralismus führen möge.

Über die Lage in El Salvador wurde Österreich auf Beamtenebene durch einen Sonderbotschafter der Regierung Duarte – welcher insbesondere auf die geplanten Wahlen einging –, durch eine Delegation der

Australien und Ozeanien

Allianz FDR/FMLN und durch eine Abordnung des Gewerkschaftsdachverbandes Unidad Popular Democratica informiert (siehe auch „Weltpolitische Entwicklungen“).

Österreich ist 1981 für die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität von Belize eingetreten und hat diesen Staat sogleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit im September anerkannt.

Auch in der Karibik wurde mit Antigua und Barbuda im November ein weiterer Staat unabhängig, der von Österreich ebenfalls unverzüglich anerkannt wurde.

Australien und Ozeanien

Aufgrund der gemeinsamen Zugehörigkeit zur pluralistisch-demokratischen, marktwirtschaftlich orientierten Staatenwelt ergeben sich mit Australien und Neuseeland viele Berührungspunkte auf multilateraler Ebene (wie Österreich gehören beide im Rahmen der Vereinten Nationen der Gruppe der „gleichgesinnten Länder“ an), die auch positive Rückwirkungen auf die bilateralen Beziehungen haben. Diese erreichten allerdings im Hinblick auf die große räumliche Entfernung nicht die gleiche Intensität wie mit anderen westlichen Staaten. Dennoch besuchte eine Reihe hoher australischer Bundes- und Landespolitiker inoffiziell bzw. privat im Rahmen von fact finding missions durch europäische Länder auch Österreich. Als erstes österreichisches Regierungsmitglied stattete Innenminister Lanc Australien im November einen offiziellen Besuch ab. Bundesparteibeamten Mock weilte als Leiter einer EDU-Delegation im April in Australien und Neuseeland und führte Gespräche mit hochrangigen Politikern und Regierungsvertretern.

Österreichs wirtschaftliches Engagement und seine kulturelle Präsenz in Australien und Ozeanien stehen noch im Anfangsstadium. Allerdings erkennt die österreichische Industrie zunehmend die Wichtigkeit dieses Wirtschaftsraumes für die Rohstoffversorgung. Ein wichtiges Band in den Bemühungen um eine Intensivierung der Beziehungen stellt die große Anzahl der in Australien lebenden Auslandsösterreicher dar, die einen wertvollen Beitrag zur Erschließung dieses Kontinents leisten.

Mit den kleineren süd- und südwestpazifischen Inselstaaten unterhält Österreich zwar keine diplomatischen Beziehungen, Kontakte ergeben sich aber fallweise im Rahmen der Vereinten Nationen und über die jeweiligen Vertretungsbehörden in Canberra; die dort befindliche österreichische Botschaft nimmt die Interessen in diesem Raum wahr,

Australien und Ozeanien

in welchem neben Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea acht souveräne, flächenmäßig kleine Insel- bzw. Archipelstaaten liegen (Fidschi, Kiribati, Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Westsamoa). Wegen der vorhandenen Ressourcen innerhalb der jeweiligen 200-Meilen-Zone kommt ihnen eine nicht unbeträchtliche regionale wirtschaftliche Bedeutung zu.

Multilaterale Zusammenarbeit

Multilaterale Zusammenarbeit

Neben der Pflege guter bilateraler Beziehungen zu möglichst allen Staaten der Welt kommt der multilateralen Zusammenarbeit in der österreichischen Neutralitäts- und Friedenspolitik besonderes Gewicht zu.

Die multilaterale Zusammenarbeit hat sich im Zeitalter der Interdependenz im Rahmen der europäischen Kooperation und Integration, auch zwischen Ost und West, und insbesondere in ihrer weltweiten Dimension dynamisch entwickelt.

Die multilaterale Diplomatie ist das Instrument für die Bewältigung der zwischenstaatlichen Herausforderungen einer interdependenten Welt und steht in enger Wechselwirkung mit der bilateralen Diplomatie. Die österreichische Außenpolitik setzt die bilaterale und multilaterale Diplomatie in einer Weise ein, daß sie sich in ihrem Wirkungsbereich gegenseitig ergänzen.

Zur Wahrnehmung seiner multilateralen Interessen unterhält Österreich Ständige Vertretungen beim Europarat, bei der EFTA, den EG, der OECD, der UNESCO, bei den Vereinten Nationen in New York und in Genf. Ein Ständiger Vertreter ist bei der FAO akkreditiert. Die Arbeit der Sonderorganisationen in Washington, Bern, London, Madrid und Montreal wird im Wege der jeweiligen Botschaften verfolgt. Die Tätigkeit der in Nairobi angesiedelten UN-Einheiten wird von der Botschaft beobachtet. Die österreichischen Interessen gegenüber den in Wien beherbergten UN-Organisationen werden federführend vom Außenministerium wahrgenommen.

Europäische Kooperation und Integration

Österreich bekennt sich zur Einheit Europas und ist bestrebt, seine Mitarbeit im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit und Integration – unter Beachtung der sich aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat ergebenden Grenzen – zu vertiefen und auszubauen.

Dazu zählen auch die Bemühungen, den Europarat als umfassendes Forum der westeuropäischen Staaten weiter zu stärken und seine Funktionen angesichts der Dynamik der EG-internen Zusammenarbeit zu bewahren.

Die Intensivierung der Beziehungen zu den Freihandelspartnern der EG und der EFTA, denen Österreich durch die Zugehörigkeit zur gleichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung eng verbunden ist, wird initiativ und mit Nachdruck weiterverfolgt. Österreich hat gegenüber den EG seine fortgesetzte Bereitschaft bekundet, die Zusam-

Europarat

menarbeit auch auf Bereiche auszudehnen, die von den Freihandelsabkommen nicht erfaßt sind. Fortschritte in dieser Richtung konnten erzielt werden.

Österreich bemüht sich, nicht nur seine Beziehungen zu den Haupt-handelspartnern im EG- und EFTA-Bereich weiterzuentwickeln, sondern auch die Zusammenarbeit mit den übrigen OECD-Partnern auszubauen.

Europarat

Österreich beging 1981 das 25jährige Jubiläum seiner Mitgliedschaft im Europarat, das Anlaß zu einer positiven Bilanz bot. Österreich stellte bereits zweimal den Generalsekretär und einmal den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung. Im Sekretariat des Europarates ist Österreich stark vertreten und stellt u. a. einen der 11 ranghöchsten Beamten. Die besondere Bedeutung, die Österreich dem Europarat beimißt, kommt auch darin zum Ausdruck, daß unser Land der einzige Mitgliedstaat ist, dessen Staatsoberhaupt und dessen Regierungschef vor der Parlamentarischen Versammlung Erklärungen abgegeben haben. Aus Anlaß der 25-Jahr-Feier unserer Zugehörigkeit zum Europarat hielt Außenminister Dr. Pahr am 13. Mai 1981 vor der Parlamentarischen Versammlung die im Anhang wiedergegebene Rede.

Der zweite mittelfristige Arbeitsplan des Europarates, welcher für die Jahre 1981 bis 1986 erstellt wurde, sieht als besondere Schwerpunkte den Schutz der Rechte des Einzelnen (Menschenrechte, soziale und kulturelle Rechte, Erleichterung des Zugangs zur Justiz u. a.) sowie die Förderung einer ausgeglichenen Entwicklung in Europa vor. Der Tagesordnungspunkt „Fortschritt der Europäischen Zusammenarbeit“ nahm auch auf der 68. und 69. Tagung des Ministerkomitees (Mai bzw. November 1981) breiten Raum ein. Die Intensivierung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Europarates mit den demokratischen Staaten anderer Kontinente soll die weltweite Öffnung des Europarates manifestieren.

Obwohl eine stärkere Zusammenarbeit wünschenswert gewesen wäre, kam der Europarat seiner Rolle als europäisches politisches Forum durch die Behandlung aktueller weltpolitischer Fragen auch im Jahre 1981 nach. Dabei standen vor allem die KSZE, die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die Entwicklung in der Türkei im Mittelpunkt. Die Türkei verzichtete im Mai 1981 auf die ihr turnusmäßig zufallende Vizepräsidentschaft (Mai bis November 1981) und Präsidentschaft (November 1981 bis Mai 1982) im Ministerkomitee. Auf den Tagun-

Europarat

gen der Parlamentarischen Versammlung und des Ministerkomitees wurde die Frage eines Ausschlusses bzw. einer Suspendierung der Türkei erörtert, wobei eine endgültige Entscheidung bis nach Abschluß einer fact-finding-Mission in die Türkei (unter der Leitung von Abgeordneten Dr. Steiner) im Jänner 1982 verschoben wurde.

Österreich betrachtet den Europarat als Plattform für die Zusammenarbeit aller demokratischen Staaten Europas und als Organisation im Dienste der europäischen Einigung, in der wir als gleichberechtigtes Mitglied teilnehmen und mitarbeiten können. Österreich steht daher der Tendenz der Europäischen Gemeinschaften, über wirtschaftliche Fragen und Europäische Politische Zusammenarbeit hinaus in andere Bereiche überzugreifen (Genscher-Colombo-Plan) zurückhaltend gegenüber, insbesondere deshalb weil eine Zweigleisigkeit zwischen dem Europarat und den Europäischen Gemeinschaften befürchtet werden muß. Die Maßnahmen der Zehn und der Einundzwanzig sollten komplementär und nicht konkurrenzierend sein. Österreich mißt dem Gedankenaustausch über UN-Fragen, der 1981 zweimal stattfand, große Bedeutung bei, da auch dadurch die Rolle des Europarates unterstrichen und eine Abkapselung der Zehn, die ihre UN-Politik bereits weitgehend koordiniert haben, hintangehalten wird. Das hohe Interesse an der Tätigkeit des Europarates und seiner inneren Stärkung kommt auch in einem österreichischen Vorschlag zur Erhöhung der Effizienz der Arbeitsweise zum Ausdruck.

Der Generalsekretär des Europarates, Dr. Franz Karasek, stattete Österreich in der Zeit vom 2. bis 5. Dezember 1981 einen offiziellen Besuch ab, um im Hinblick auf die österreichische Präsidentschaft im Ministerkomitee (Mai bis November 1982) erste Gespräche über die diesbezüglichen österreichischen Vorstellungen zu führen. An den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, de Areilza, wurde eine Einladung zu einem Besuch nach Österreich ausgesprochen; ein Termin steht noch nicht fest.

1981 fanden Fachministerkonferenzen der europäischen Minister für Arbeits-, Sozial- bzw. Familienfragen, der europäischen Gesundheitsminister sowie die 6. Ministerkonferenz der Kooperationsgruppe zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches (Pompidou-Gruppe) statt. Der 20. Jahrestag der Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta wurde in Turin feierlich begangen.

Ein ausführlicher Bericht der Ständigen Vertretung Straßburg ebenso wie ein Bericht der österreichischen Parlamentarischen Delegation finden sich im Anhang.

EFTA

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Neben der Regelung des Freihandels zwischen ihren Mitgliedstaaten kommt der EFTA eine wichtige Aufgabe als Forum zur Erörterung integrationspolitischer Probleme, die das gesamte Europäische Freihandelsystem betreffen, und zur Koordinierung integrationspolitischer Initiativen gegenüber den EG zu.

Österreich, dem im 2. Halbjahr 1981 turnusgemäß der Vorsitz im EFTA-Rat zufiel, intervenierte im Dezember 1981 namens der EFTA-Staaten in der Frage einer Vereinfachung der Ursprungsregeln und eines Abbaus technischer Handelshemmnisse – beides sind langjährige Anliegen der EFTA-Länder – in den Hauptstädten von EG-Mitgliedstaaten bzw. gegenüber der EG-Kommission. Weiters hat Österreich in seiner Eigenschaft als Vorsitzland eine Stellungnahme der EFTA-Staaten zu den von der EG-Kommission ausgearbeiteten Vorschlägen für eine EG-interne Markenschutzregelung sowie ein Angebot der EFTA-Länder zur Teilnahme an einer Angleichung der Markenschutzgesetze der EG- und EFTA-Staaten der EG-Kommission übermittelt.

Anläßlich der EFTA-Ministerratstagung am 15. Mai 1981 wurden der Generalsekretär der EFTA und sein Stellvertreter neu gewählt. Neuer EFTA-Generalsekretär wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1981 der Norweger Per Kleppe. Zu seinem Stellvertreter wurde der Österreicher Dr. Norbert Faustenhammer bestellt, der diese Funktion am 1. April 1982 für die Dauer von drei Jahren übernehmen wird. Es ist dies die ranghöchste Position, die bisher ein Österreicher im EFTA-Sekretariat innegehabt hat. Die Herbsttagung des EFTA-Ministerrates fand am 26. und 27. November 1981 unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Staribacher in Genf statt.

Der Warenverkehr zwischen Österreich und seinen EFTA-Partnern entwickelte sich auch 1981 befriedigend. Die österreichischen Exporte in die EFTA beliefen sich auf 30,4 Mrd. S und die österreichischen Importe aus der EFTA auf 25,4 Mrd. S, dies entspricht einem Anteil von 12,1 % bzw. 7,6 % an den gesamten österreichischen Aus- und Einfuhren. Der Handel mit den EFTA-Staaten wies demnach einen Überschuß von 4,6 Mrd. S zugunsten Österreichs auf.

EFTA – Handelskomitee

Nach erfolgter Beseitigung der Zollschränken innerhalb des europäischen Freihandelsraumes kommt dem Abbau und der Verhinderung des Entstehens neuer nichttarifärer Handelshemmnisse wesentliche Bedeutung für die Erreichung eines uneingeschränkten Freihandels mit industriell-gewerblichen Produkten zu. Auch aus der engen wirtschaft-

EFTA

lichen und technologischen Verflechtung der Teilnehmerstaaten am Europäischen Freihandelssystem ergibt sich die Zweckmäßigkeit einer Harmonisierung technischer Normen und Vorschriften. Die drei Tagungen, die das EFTA-Handelskomitee im Jahr 1981 abhielt, waren daher vornehmlich dem Abbau technischer Handelshemmnisse zwischen den EFTA-Ländern und den EG und der Prüfung diesbezüglicher Kooperationsvorschläge der EG-Kommission gewidmet (geplante EFTA-EG-Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Normungskomitees CEN und CENELEC; Informationsaustausch über in Ausarbeitung befindliche technische Normen in Durchführung des neuen GATT-Kodex).

EFTA-Wirtschaftskomitee

Anlässlich seiner beiden Tagungen im April und November 1981 befaßte sich das EFTA-Wirtschaftskomitee mit der internationalen Wirtschaftslage und der Entwicklung der Volkswirtschaften der einzelnen EFTA-Staaten.

EFTA – Beratendes Komitee

Das aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Regierungsvertretern bestehende Beratende Komitee tagte im Februar, Mai und September 1981. Im Mai trat es unmittelbar vor der EFTA-Ministerratstagung in Anwesenheit der Minister zusammen, um Aspekte der strukturellen Anpassung der Industrien der EFTA-Staaten zu erörtern. Die Septembertagung fand in Salzburg unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Staribacher statt; auf ihr wurde u.a. auch das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft präsentiert.

EFTA – Parlamentarierkomitee

Das Parlamentarierkomitee, ein Bindeglied zwischen dem EFTA-Rat und den Parlamenten der EFTA-Staaten, hielt Tagungen in Tromsø (Juli 1981) und in Genf (November 1981) ab. Auf beiden Tagungen befaßte sich dieses Komitee u.a. mit dem Einfluß der industriellen Schwellenländer (NICs) auf die Industrie und den Handel der EFTA-Länder sowie mit den aktuellen Aufgaben der EFTA. Im Anschluß an die Tagung im November kam es zu einem ersten Treffen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die aktive Mitarbeit österreichischer Parlamentarier in diesem Komitee ist für Österreich von großer Bedeutung.

EFTA – Spanien

Das am 1. Mai 1980 in Kraft getretene multilaterale Übereinkommen zwischen den EFTA-Staaten und Spanien über den Handel mit industriell-gewerblichen Produkten funktioniert, wie anlässlich der 2. Tagung des Gemischten Ausschusses EFTA – Spanien (Madrid, 27. bis

EG

29. Mai 1981) festgestellt wurde, zufriedenstellend. Die durch dieses Übereinkommen herbeigeführte Beseitigung der Diskriminierung von EFTA-Produkten auf dem spanischen Markt gegenüber solchen aus den EG hatte eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Spanien zufolge. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich 1981 die österreichischen Exporte nach Spanien um 17% und die österreichischen Importe aus diesem Land um etwa 12%. Bei den beiden Tagungen des Unterausschusses für Zoll- und Handelsfragen des Gemischten Ausschusses EFTA-Spanien wurden Möglichkeiten einer Ursprungskumulierung erörtert; durch eine entsprechende Änderung der Ursprungsregeln soll eine bessere Ausnutzung der durch das Übereinkommen zwischen den EFTA-Staaten und Spanien gebotenen Vorteile erreicht werden.

EFTA – Jugoslawien

Die Zusammenarbeit zwischen der EFTA und Jugoslawien erfolgt seit der Einsetzung eines Gemischten Ausschusses im Jahre 1978 auf institutioneller Grundlage. Auf der 4. Tagung dieses Gemischten Ausschusses (Genf, 28. bis 29. Oktober 1981) wurde im Zusammenhang mit der Prüfung der Entwicklung des Handelsaustausches zwischen den EFTA-Ländern und Jugoslawien auch ein Bericht der Expertengruppe über Handelsausweitung zur Kenntnis genommen. Erörtert wurden weiters ein Interimsbericht der Expertengruppe für Modellverträge für zwischenbetriebliche industrielle Kooperation, die bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus sowie Verkehrsfragen.

Von jugoslawischer Seite wurde anlässlich der 4. Tagung des Gemischten Ausschusses eine Initiative zum Abschluß eines multilateralen Handelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Jugoslawien ergriffen. Österreich begrüßt grundsätzlich diese jugoslawische Absicht. Die jugoslawischen Vorschläge, die noch einer Reihe von Präzisierungen bedürfen, sollen vorerst Gegenstand eines Gedankenaustausches zwischen den EFTA-Staaten und in der Folge mit Jugoslawien werden.

Europäische Gemeinschaften (EG)

Das Jahr 1981 war für die um Griechenland erweiterten EG von wachsenden Schwierigkeiten geprägt. Die Zahl der Arbeitslosen in den EG stieg auf fast 10 Millionen, die regionalen Disparitäten nahmen weiter zu, das Inflationsgefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten blieb trotz des Europäischen Währungssystems (EWS) sehr hoch und die handelspolitischen Differenzen mit Japan und den USA verschärften sich weiter.

EG

Als Antwort auf die schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme wurde am Konzept einer umfassenden Reform der EG mit Schwerpunkten in der Budget- und Agrarpolitik gearbeitet. Obwohl bis Ende 1981 in einer Reihe von Bereichen Kompromisse zwischen den zum Teil sehr divergierenden Vorstellungen der einzelnen EG-Mitgliedstaaten erzielt werden konnten, blieben wesentliche Reformpunkte weiter umstritten.

Was die Fortführung der sogenannten Süderweiterung der EG betrifft, so kamen die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien nur langsam voran, da sie nach den Vorstellungen der EG erst nach Abschluß der Budget- und Agrarreform der Gemeinschaft in ihre entscheidende Phase eintreten sollen. Allerdings haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten auf der Londoner Tagung des Europäischen Rates am 25. und 26. November 1981 ihre Entschlossenheit bekundet, die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien zügig weiterzuführen und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

In den Beziehungen zwischen den EG und den USA ist es im Zusammenhang mit Fragen des Stahl- und Agrarhandels erneut zu Spannungen gekommen. Im Verhältnis EG-Japan ist noch immer keine entscheidende Änderung eingetreten. Die Gemeinschaft verlangt nach wie vor eine vermehrte Öffnung des japanischen Marktes und eine Mäßigung der japanischen Exporte. Das Handelsbilanzdefizit der EG gegenüber Japan ist weiter angestiegen und betrug 1981 15 Mrd. US-Dollar.

Der durch ein Abkommen mit Rumänien geschaffene Gemischte Ausschuß trat 1981 zu seiner 1. Tagung zusammen, bei der die gegenseitigen handelspolitischen Konzessionen für industriell-gewerbliche Waren verbessert wurden. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Gemeinschaft der Entwicklung in Polen; sie stellte diesem Land verbilligte Nahrungsmittel im größeren Umfang zur Verfügung.

Das im April 1980 unterzeichnete Kooperationsabkommen EG-Jugoslawien ist mangels Ratifizierung durch einige EG-Mitgliedstaaten und Jugoslawien noch nicht in Kraft getreten. In diesem Zusammenhang stehen Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und Jugoslawien über eine weitere Senkung der Abschöpfungen bei jugoslawischen Baby-beef-Exporten in die EG, die Anfang 1982 abgeschlossen wurden.

Im Rahmen der politischen Zusammenarbeit (EPZ) nahmen die EG-Mitgliedstaaten zu wichtigen internationalen Fragen Stellung und sprachen in internationalen Gremien vermehrt „mit einer Stimme“. Auf ihrer Londoner EPZ-Tagung am 13. Oktober 1981 einigten sich die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf die Schaffung eines permanenten Beamtenstabes und eines Krisenmechanismus sowie auf die künftige

EG

tige Einbeziehung politischer Aspekte der Sicherheit in die EPZ. Ein von den Außenministern Genscher und Colombo vorgelegter Plan zur Schaffung einer „Europäischen Union“ – dieser sieht im wesentlichen die Verknüpfung der bestehenden föderalen (EG) und konföderalen (EPZ, Europäischer Rat) Elemente durch eine politische Deklaration vor – wird einer innergemeinschaftlichen Prüfung unterzogen.

Österreich – EG

Die EG sind der mit Abstand bedeutendste Handelspartner Österreichs: 52,8% der österreichischen Exporte (im Wert von 133 Mrd. S) und 59% der österreichischen Importe (im Wert von 197,1 Mrd. S) wurden 1981 mit den um Griechenland erweiterten EG abgewickelt. Auf die EG entfällt übrigens auch der überwiegende Teil des österreichischen Dienstleistungsverkehrs. Der Anteil des österreichischen Handelsaustausches mit dem aus EG und EFTA-Staaten bestehenden europäischen Freihandelsraum am gesamten Außenhandel Österreichs lag exportseitig bei 64,9% und importseitig bei 66,6%.

Die Bundesregierung war auch im Berichtszeitraum bestrebt, die Zusammenarbeit mit den EG im Rahmen der im allgemeinen zufriedenstellend funktionierenden Freihandelsabkommen aus dem Jahre 1972 zu vervollkommen und zu vertiefen sowie auch auf Bereiche, die nicht durch die Freihandelsabkommen geregelt sind, auszudehnen.

Diesen grundsätzlichen Zielen diente eine Reihe von Gesprächen und Verhandlungen, die 1981 mit den EG als solchen und ihren Mitgliedstaaten auf verschiedenen Ebenen stattfanden. So hielt sich der für auswärtige Beziehungen zuständige Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, über Einladung von Bundesminister Dr. Pahr am 11. und 12. Mai 1981 zu einem offiziellen Besuch in Österreich auf. Im Rahmen dieser Visite kam es zu einem umfassenden Meinungsaustausch über Fragen der beiderseitigen Beziehungen wie auch über andere internationale Themen. Hochrangige Treffen dieser Art finden übrigens in zunehmendem Maße auch zwischen anderen EFTA-Staaten und der EG-Kommission statt und werden als wertvolle Ergänzung zu den institutionalisierten Kontakten im Rahmen der Gemischten Ausschüsse – deren Zuständigkeit grundsätzlich auf Fragen betreffend die Durchführung der Freihandelsabkommen beschränkt ist – angesehen. Im Rahmen seiner periodischen Kontakte mit der EG-Kommission hatte Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden am 10. Juli 1981 in Abwesenheit des erkrankten Kommissionsmitgliedes Dalsager mit den für Landwirtschaftsfragen zuständigen Spitzenbeamten der EG-Kommission eine Aussprache. Bundesminister Dr. Pahr nutzte seine Begegnungen mit Amtskollegen aus EG-Mitgliedstaaten, sei es anlässlich bilateraler Besuche, sei es am Rande multilateraler Tagungen, um integrationspolitische Anliegen Österreichs, die nach österreichischer

EG

Auffassung im Geiste der besonderen „europäischen Qualität“ der Beziehungen zwischen den europäischen Freihandelspartnern berücksichtigt werden sollten, vorzubringen. Auf Beamtenebene wurden Fragen der wirtschaftlichen Integration sowohl im Rahmen von Konsultationsgesprächen mit Vertretern der EG-Kommission als auch in bilateralen Kontakt- und Informationsgesprächen mit einzelnen EG- und EFTA-Staaten eingehend erörtert. Der besondere Stellenwert der österreichischen Integrationspolitik ist auch daraus zu ersehen, daß bei der Konferenz der in Europa und Nordamerika akkreditierten österreichischen Botschafter (Wien, 22. bis 24. April 1981) eines der beiden Hauptthemen der Teilnahme Österreichs an der europäischen Zusammenarbeit und Integration gewidmet war.

Nachdem bereits anlässlich des Österreichbesuches der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, im Oktober 1980 grundsätzliche Einigung über die Aufnahme direkter Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem Europäischen Parlament erzielt worden war, hat sich im Frühjahr 1981 eine österreichische Kontaktgruppe („Delegation“) konstituiert. Ende November 1981 hielten sich sodann der Vorsitzende der EP-Delegation für Beziehungen zum österreichischen Parlament, der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Goppel und sein Stellvertreter, Abgeordneter Volkmar Gabert, in Wien auf, um mit dem Obmann der österreichischen Kontaktgruppe, Abgeordneter zum Nationalrat DDr. Hesele und dessen Stellvertreter, Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Steiner, Details der Kontaktaufnahme zwischen den beiden Delegationen zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß zunächst Mitglieder der österreichischen Kontaktgruppe nach Straßburg reisen sollen, um mit ihren Kollegen vom EP einen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen Österreich und den EG zu führen.

Handelsbilanzdefizit – sensible Produkte – Stahlbriefwechsel

Das österreichische Handelsbilanzdefizit gegenüber den EG mit 64,1 Mrd. S (1980: 73,6 Mrd. S) – dies entspricht einem Anteil von ca. 75% am gesamten österreichischen Handelsbilanzdefizit – ist noch immer hoch, obwohl es gegenüber 1980 um 12% zurückging. Österreich hat bei der Tagung des Gemischten Ausschusses Österreich–EWG im Dezember 1981 seiner Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Handelsbilanzdefizit weiter abnehmen werde. Wichtige Voraussetzung hierfür sei die künftige Vermeidung von Behinderungen österreichischer Exporte auf dem EG-Markt.

Eine von Italien im Dezember 1980 vorgenommene Reduzierung der Zahl der für die Abfertigung von Stahlimporten „spezialisierten Zollämter“ hat die österreichischen Stahlexporte nach Italien schwer behindert und zu einem Rückgang derselben um zeitweise 40% geführt.

EG

Zusätzlich zu mehreren nachdrücklichen österreichischen Interventionen gegenüber der EG-Kommission und Italien sind auch über österreichisches Verlangen die Gemischten Ausschüsse Österreich–EWG und Österreich–EGKS am 20. März 1981 zu Sondertagungen zusammengetreten. Nachdem hierauf im Mai 1981 einige für Österreich wichtige Stahlzollämter wieder eröffnet worden waren, hat Italien im August 1981 mit der Wiedereröffnung weiterer Stahlzollämter den status quo ante und damit einen mit dem Freihandelsabkommen Österreich–EGKS konformen Zustand wiederhergestellt. Es bleibt zu hoffen, daß Italien nun auch für die Abfertigung von Textilimporten „spezialisierte Zollämter“ in den für die österreichischen Textilexporte wichtigen Regionen eröffnet; dieses Problem wurde von Österreich wiederholt bei Tagungen des Gemischten Ausschusses Österreich–EWG, so auch bei der Sondertagung am 20. März 1981, vorgebracht. Schließlich hat auch die Einführung eines Importdepots durch Italien negative Auswirkungen auf die österreichischen Exporte in dieses EG-Mitgliedsland.

Bei einem der noch bestehenden Richtplafonds der EG für österreichische Papierexporte ist es nach geringfügiger Überschreitung bereits Ende Mai 1981 zu einer Wiedereinführung des Drittlandzolles durch die EG gekommen. Wenngleich diese Maßnahme dem Buchstaben des Freihandelsabkommens Österreich–EWG entspricht, so steht sie nach österreichischer Ansicht doch nicht im Einklang mit der Idee eines konsequent fortgesetzten Liberalisierungs- und Gewöhnungsprozesses bis zum Wegfall der Sonderregelungen für die letzten noch bestehenden „sensiblen Produkte“ am 31. Dezember 1983. Für 1982 haben die EG jedenfalls einer Aufstockung der beiderseitigen Richtplafonds für Papier um 5% zugestimmt. Mit Großbritannien und Dänemark wurde eine Erhöhung der Zollfreikontingente für Papier um durchschnittlich 2,17 bzw. 5% vereinbart.

Der aufgrund der internationalen Stahlkrise seit 1978 zwischen Österreich und der Gemeinschaft jährlich abgeschlossene Stahlbriefwechsel wurde auch für 1981 – allerdings mit gewissen Änderungen – verlängert. Nachdem die EG im Herbst 1980 eine „manifeste Krise“ auf dem Stahlsektor festgestellt und eine 15%-Kürzung der EG-Stahlproduktion angeordnet hatten, wurde in einer dem Stahlbriefwechsel für 1981 angeschlossenen Erklärung festgehalten, daß die gegenseitigen Stahllieferungen 1981 nicht höher als 1980 sein sollen. Im Verhältnis zwischen Österreich und Italien sollte eine Senkung der gegenseitigen Stahllieferungen auf das Niveau des Jahres 1976 angestrebt werden. Der Stahlbriefwechsel für 1981 hat in Verbindung mit den gemeinschaftsinternen Stahlkrisenmaßnahmen Erfolge gezeitigt und insbesondere zu einer Anhebung der Stahlpreise und einer größeren Preisdisziplin der Produ-

EG

zenten geführt. Österreich beabsichtigt, auch 1982 mit den EG im Interesse einer Bewältigung der Stahlkrise zusammenzuarbeiten, wobei es davon ausgeht, daß die vorerwähnte Verbesserung der Situation auf dem europäischen Stahlmarkt bei der Abfassung des Stahlbriefwechsels für 1982 entsprechende Berücksichtigung findet.

Ursprungsregeln, technische Handelshemmnisse und Markenschutz

Die von der EG-Kommission im Jahre 1979 unter teilweiser Annahme eines diesbezüglichen Konzeptes der EFTA-Staaten aus dem Jahre 1975 ausgearbeiteten Vorschläge zur Vereinfachung der Ursprungsregeln im Warenverkehr zwischen EG und EFTA-Ländern haben im Rahmen der Prüfung durch die Instanzen des EG-Rates die Ebene des Ausschusses der Ständigen Vertreter erreicht. Zur Unterstützung der intensiven Bemühungen auch der EG-Kommission hat Österreich – das im zweiten Halbjahr 1981 den Vorsitz im EFTA-Rat innehatte – namens der EFTA-Länder Anfang Dezember 1981 beim Vorsitzenden des Ausschusses der Ständigen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel eine rasche Entscheidung urgiert. Gleichzeitig hat Österreich auch in Paris und Rom interveniert, um auch die Zustimmung Frankreichs und Italiens zu den Vorschlägen der EG-Kommission zu erhalten. Eine Einigung im Ausschuss der Ständigen Vertreter und eine Befassung des EG-Rates auf Ministerebene ist 1981 nicht mehr erfolgt.

Im Zusammenhang mit der von den EFTA-Staaten im Jänner 1980 unternommenen Initiative betreffend einen Abbau bzw. die Verhinderung des Entstehens neuer nichttarifärer, insbesondere technischer Handelshemmnisse, fanden im Jänner 1981 Gespräche zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Kommission über die Durchführung des GATT-Kodex betreffend technische Handelshemmnisse statt. Seitens der EG-Kommission wurde bei dieser Gelegenheit ein über den bereits bestehenden informellen gegenseitigen Informationsaustausch auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse hinausgehendes verbessertes Verfahren vorgeschlagen. In einer gemeinsamen Stellungnahme regten die EFTA-Staaten die Abhaltung einer weiteren Gesprächsrunde mit der EG-Kommission über technische Handelshemmnisse Anfang 1982 an. Weiters hat Österreich namens der EFTA-Länder der EG-Kommission in Beantwortung einer diesbezüglichen Initiative mitgeteilt, daß die EFTA-Länder auch bereit wären, mit den EG im Rahmen der europäischen Normungskomitees CEN und CENELEC im Interesse eines Abbaues bestehender und der Verhinderung künftiger technischer Handelshemmnisse zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit soll vor allem zur Schaffung eines Informationsverfahrens auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften führen.

EG

Im Kommuniqué der EFTA-Ministerratstagung von Bodø (Mai 1979) ist neben Ursprungsregeln und technischen Handelshemmnissen der Markenschutz als dritter Bereich, der für ein multilaterales Vorgehen der EFTA-Länder gegenüber den EG geeignet erscheint, genannt.

Da die EG-Kommission anstatt einer europäischen Markenschutzkonvention, die von den EFTA-Staaten vorgezogen worden wäre, eine EG-interne Regelung in Angriff genommen hat (Vorschläge der EG-Kommission für eine erste Richtlinie des Rates zur Angleichung des Markenrechtes der Mitgliedstaaten und einer Verordnung des Rates über eine Gemeinschaftsmarke) haben die EFTA-Länder in einer vom österreichischen Missionschef bei den EG der EG-Kommission überreichten Note ihre Vorstellungen zu den beiden vorerwähnten Kommissionsvorschlägen dargelegt und angekündigt, daß sie bereit seien, zu gegebener Zeit an Gesprächen über eine Angleichung der Markenschutzgesetze der Mitgliedstaaten des Europäischen Freihandelssystems teilzunehmen.

Landwirtschaft

Obwohl Österreich bei seinen Bemühungen um Erleichterungen für seine wichtigsten Agrarausfuhren in die EG im Berichtszeitraum eine Reihe beachtlicher Fortschritte erzielen konnte, hat sich das österreichische Agrarhandelsdefizit gegenüber den EG 1981 auf 5,8 Mrd. S erhöht. Die in Artikel 15 des Freihandelsabkommens Österreich-EWG stipulierte „harmonische Entwicklung“ in diesem Bereich ist daher nach wie vor nicht gegeben.

Am 21. Oktober 1981 wurden die zweifellos bedeutendsten Agrarvereinbarungen zwischen Österreich und den EG seit dem Agrarbriefwechsel des Jahres 1972 unterzeichnet. Im Rahmen einer Paketregelung, die eine Erweiterung des Agrarbriefwechsels darstellt, hat die Gemeinschaft Österreich u. a. auch als Kompensation für erwartete österreichische Einbußen bei agrarischen Exporten nach Griechenland infolge des griechischen EG-Beitrittes umfangreiche Käsekonzessionen eingeräumt. Diese Käsevereinbarung sieht eine mengenmäßige Regelung der Ein- und Ausfuhren sowie Zollzugeständnisse der Gemeinschaft bei gewissen Käsesorten vor. Sie geht übrigens über das am 6. April 1981 unterzeichnete Abkommen mit den EG in Form eines Briefwechsels zur Änderung des Abkommens vom 20. Dezember 1977 über die Einhaltung der Preise und die Einfuhrregelung für bestimmte Käsesorten gemäß Art. XXVIII des GATT wesentlich hinaus. Österreich hat der Gemeinschaft im Rahmen dieser Paketregelung eine Erhöhung der im Agrarbriefwechsel aus dem Jahre 1972 reservierten Anteile an den österreichischen Importkontingenten für Obst, Gemüse und Wein zugestanden und als Gegenleistung von der Gemeinschaft die

EG

Zusage für eine bessere Ausnutzung des bestehenden Nutzrinderkontingentes von 38 000 Stück jährlich erhalten.

Der Kontrolle und dem gegenseitigen Schutz der Bezeichnungen von Qualitätsweinen sowie bestimmten mit einer geographischen Angabe bezeichneten Weinen dient ein ebenfalls am 21. Oktober 1981 unterzeichnetes Abkommen. Gleichzeitig mit diesem Abkommen wurde auch ein Briefwechsel mit den EG vorgenommen, durch den die Lieferung österreichischer Weine mit mehr als 15 Grad Alkoholgehalt in die Gemeinschaft rechtlich abgesichert wurde. Ein Abkommen betreffend den Handel mit Hammel-, Lamm- und Ziegenfleisch gelangte am 10. Juli 1981 zur Unterzeichnung.

Die im Jahre 1981 mit den EG auf dem Agrarsektor getroffenen Vereinbarungen können aber keinesfalls als Endpunkt in den Bemühungen Österreichs um erleichterten Zutritt für wichtige österreichische Agrarexporte zum EG-Markt betrachtet werden. Österreich wird weiterhin bestrebt sein, die im Freihandelsabkommen stipulierte harmonische Entwicklung seiner Agrarbeziehungen mit der Gemeinschaft zu erreichen.

Süderweiterung der EG

Durch den am 1. Jänner 1981 wirksam gewordenen EG-Beitritt Griechenlands wurde dieses Land auch in das Europäische Freihandelssystem einbezogen. Dadurch wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Griechenland auf eine qualitativ neue Stufe gehoben. Wie aus den nachfolgenden Zahlen zu ersehen ist, hat die Einbeziehung Griechenlands in das Europäische Freihandelssystem Österreich beachtliche wirtschaftliche Vorteile gebracht. Die mit 1. Jänner 1981 erfolgte Beseitigung der griechischen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf etwa $\frac{2}{3}$ der österreichischen industriell-gewerblichen Exporte sowie die Reduzierung der griechischen Zölle auf dem verbleibenden Drittel dieser österreichischen Exporte haben zu einer beachtlichen Steigerung der österreichischen Ausfuhren (+ 28 % im Vergleich zu 1980) geführt. Auch Griechenland, dem Österreich seit 1. Jänner 1981 für sämtliche industriell-gewerbliche Produkte Zollfreiheit gewährt, hat die neue handelspolitische Situation zu nutzen gewußt und seine Exporte nach Österreich um 30 % gegenüber 1980 erhöhen können.

Österreich begrüßt die geplanten Beitritte Portugals und Spaniens zu den EG als wichtige Schritte zur Vervollkommnung des Europäischen Integrationswerkes. Allerdings muß sichergestellt werden, daß es ab Inkrafttreten der EG-Beitrittsakte Portugals und Spaniens zu keiner handelspolitischen Diskriminierung Österreichs in dem von den Freihandelsabkommen gedeckten Bereich auf den Märkten dieser Länder

EG

kommt. Diese Forderung nach Gleichbehandlung gilt auch für allfällige Übergangsperioden. Bei Portugal, das mit seinem Beitritt zu den EG aus der EFTA ausscheiden würde, kommt hinzu, daß auch der bis dahin im Rahmen der EFTA erreichte Liberalisierungsstand, soweit er sich auf Produkte bezieht, die auch von den Freihandelsabkommen mit den EG erfaßt sind, beizubehalten ist. Diesen Standpunkt hat Österreich bereits in einem frühen Stadium der EG-Kommission, den EG-Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten zur Kenntnis gebracht.

Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungspolitik

Die seit Herbst 1978 jährlich stattfindenden Informationsgespräche auf hoher Expertenebene mit der EG-Kommission über Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungsfragen wurden Anfang November 1981 fortgesetzt. Die österreichische Delegation stand unter Leitung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Finanzen, Prof. Dkfm. Seidel. Hauptthemen dieser Gespräche waren die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten und die Wirtschaftspolitik; die Haushaltspolitik; die Währungspolitik und das Europäische Währungssystem. An dem für beide Teile sehr wertvollen Informations- und Meinungsaustausch soll auch in Zukunft festgehalten werden.

Staatliche Beihilfen

Zwischen Österreich und der EG-Kommission fand im Frühjahr 1981 ein Informationsaustausch über staatliche Beihilfen insbesondere über die von beiden Seiten angewandten Grundsätze und die gegebenenfalls begünstigten Sektoren statt. Gleichartige Gespräche führte die EG-Kommission auch mit anderen EFTA-Staaten. Im Herbst 1981 erklärten sich Österreich und andere EFTA-Staaten aufgrund einer Einladung der EG-Kommission bereit, den Gedankenaustausch über staatliche Beihilfen fortzusetzen, wobei sich dieser auf Vorschlag der EG-Kommission nunmehr auf die Beihilfenpolitiken der Textil-, Papier-, Schiffsbau- und Stahlindustrie konzentrieren soll.

Umweltschutz

Im Sinne des Briefwechsels vom 28. April 1978 über einen Informationsaustausch zwischen Österreich und der EG-Kommission auf dem Gebiet des Umweltschutzes fand am 13. Oktober 1981 eine weitere Gesprächsrunde statt. Hauptthemen waren dabei: Umweltverträglichkeitsprüfung zur präventiven Sicherstellung der umweltgerechten Ausgestaltung von Großprojekten; ökologische Kartierung zur Erfassung, Aufarbeitung und einheitlichen Bewertung von Umwelt(belastungs)daten; Umweltchemikalien und deren legislative und administrative Handhabung im Lichte der einschlägigen Arbeiten und Normen der

EG

EG und der OECD sowie Aktivitäten internationaler Organisationen auf dem Umweltsektor.

Innkreis-Pyhrn-Autobahn (IKPA)

Die österreichische Bundesregierung hat 1977 bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel einen Antrag auf Mitfinanzierung von Abschnitten der Innkreis-Pyhrn-Autobahn zwecks beschleunigter Fertigstellung dieser Transitroute gestellt. Nach fast fünfjährigen Bemühungen um Erwirkung dieser Finanzierungsbeiträge ist vom EG-Verkehrsministerrat am 15. Dezember 1981 der Beschluß gefaßt worden, Österreich die Aufnahme formeller Verhandlungen über Verkehrsfragen vorzuschlagen. Dieses Verhandlungsmandat umfaßt jedoch nicht die Frage einer EG-Finanzierungsbeiträge. Die österreichische Bundesregierung stellte dazu gegenüber dem EG-Verkehrskommissär fest, daß Österreich zu Gesprächen bereit sei, der Beschluß jedoch keine Ansatzpunkte für eine Realisierung des österreichischen IKPA-Anliegens zu enthalten scheine. Sollten die Gespräche über den Inhalt des Verhandlungsmandates diese Annahme bestätigen, so behält Österreich sich vor, die durch einen verzögerten Ausbau der IKPA bedingten Belastungen durch entsprechende Maßnahmen in zumutbaren Grenzen zu halten.

Kombinierter Güterverkehr Schiene/Straße

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat aufgrund eines diesbezüglichen Verhandlungsmandats, welches der EG-Ministerrat im März 1981 erteilte, Drittstaaten, nämlich Österreich, die drei skandinavischen Länder, die Schweiz, Jugoslawien und Spanien zu einem Gedankenaustausch über Fragen des kombinierten Güterverkehrs Schiene/Straße eingeladen. Ziel dieser Initiative soll nach Vorstellung der Europäischen Gemeinschaften die Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens für die Förderung dieser Transporte sein. Dieser rein exploratorische Gedankenaustausch zwischen einer österreichischen Delegation und Vertretern der EG-Kommission fand am 29. Oktober 1981 in Brüssel statt. Das Ergebnis dieses Gedankenaustausches wird von den zuständigen österreichischen Stellen zur Zeit geprüft.

EG – COST

Die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST), an der die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, die Gemeinschaft selbst und europäische Drittstaaten (darunter fast alle EFTA-Staaten inklusive Österreich) teilnehmen, kann nunmehr auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Am 23. November 1981 wurde der zehnte Jahrestag der Gründung von COST im Rahmen einer Tagung des Ausschusses Hoher Beamter in Brüssel feierlich begangen. Von den fünf Tagungen des Ausschusses

EG

Hoher Beamter im Jahre 1981 fanden vier in Brüssel und eine in Oslo statt. Die Tagungen des Ausschusses Hoher Beamter stehen seit Oktober 1980 unter dem Vorsitz Schwedens, wodurch die Rolle der Nicht-Mitgliedstaaten der EG in der COST besonders unterstrichen wird.

Auf dem Gebiet der Werkstoffkunde konnten unter aktiver österreichischer Beteiligung vier konkrete Vorschläge für neue Aktionen vorbereitet werden. Am 23. November wurde ferner von zehn Staaten, darunter Österreich, sowie von der EG eine gemeinsame Absichtserklärung über die Durchführung eines europäischen Forschungsvorhabens betreffend Hochtemperaturwerkstoffe für durch fossile Brennstoffe gespeiste Energieerzeugungs- und Energieumwandlungssysteme (COST-Aktion 501) unterzeichnet, die die derzeit laufende Aktion 50/51/52 – Werkstoffe für Gasturbinen – ablösen soll.

Weitergeführt wurde auch die Aktion, die sich mit „Werkstoffen für supraleitende elektrische Maschinen“ befaßt und in der Österreich eng mit der Schweiz zusammenarbeitet.

Auf dem Verkehrssektor stimmte Österreich 1981 einer Verlängerung der Aktion „Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen“ – vorbehaltlich der Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften – zu. Auch hinsichtlich anderer geplanter Aktionen auf dem Verkehrssektor besteht österreichisches Interesse.

Das Gebiet des Umweltschutzes ist ein anderer Schwerpunkt der österreichischen Mitarbeit im COST-Rahmen. Österreich ist hier an der 1980 unterzeichneten Aktion betreffend das physikalisch-chemische Verhalten atmosphärischer Schadstoffe (COST-Aktion 61 a bis) beteiligt; das diesbezügliche Ratifikationsverfahren wurde bereits eingeleitet. – Hinsichtlich der Aktion zur Behandlung und Verwendung von Klärschlamm (COST-Aktion 68 bis) fanden Verhandlungen zur Verlängerung derselben statt; die Unterzeichnung eines neuen Abkommens (COST-Aktion 68 ter), an dem Österreich sehr interessiert ist, ist für die nahe Zukunft zu erwarten.

Auf dem Gebiete des Fernmeldewesens beteiligt sich Österreich an der COST-Aktion 205, die den „Einfluß der Atmosphäre auf die Wellenausbreitung auf Satellit-Erde-Funkstrecken bei Frequenzen über 10 GHz“ zum Gegenstand hat. Die diesbezügliche gemeinsame Absichtserklärung wurde von Österreich am 19. Mai 1981 unterzeichnet, das Ratifikationsverfahren wurde bereits eingeleitet.

Eine Beteiligung Österreichs an einer Aktion auf dem Gebiet der Meteorologie – „Niederschlagsmessung mit Radar“, COST-Aktion 72 – sowie an einer solchen betreffend die medizinische Forschung und das Gesundheitswesen („Thromboseforschung“) wird derzeit noch geprüft.

OECD

1981 wurde die Identifizierung möglicher neuer Forschungsgebiete im COST-Rahmen fortgesetzt, wobei weitere COST-Aktivitäten insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften und der industriellen Sicherheit zu erwarten sind.

EURONET

Österreich führte 1981 mit der EG-Kommission exploratorische Gespräche hinsichtlich einer Beteiligung Österreichs am Datenübertragungsnetz der Gemeinschaft (EURONET). Mit der Erstellung eines gemeinsam ausgearbeiteten Abkommensentwurfs wurde die Grundlage für die Aufnahme formeller Verhandlungen geschaffen.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die Angelegenheiten der OECD werden gemäß Bundesministeriengesetz 1973 federführend vom Bundeskanzleramt wahrgenommen. Der Tätigkeit der Organisation kommt auch außenpolitische Bedeutung zu, da in ihrem Rahmen über weltwirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragen, die auch bei den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen zur Diskussion stehen, Kontaktgespräche stattfinden.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dient den 24 industriellen Demokratien als Forum und Instrument der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

Im Sinne ihres weitgespannten Mandats – das neben der eigentlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik heute auch alle anderen Bereiche der Gesellschaftspolitik umfaßt – hat sie auch 1981 entscheidende Beiträge zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik der westlichen Welt geleistet. Angesichts der kritischen weltwirtschaftlichen Lage konnte sie erfolgreich ein großes Maß an Übereinstimmung in den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Mitgliedstaaten sicherstellen.

Mitarbeit Österreichs in der OECD

Österreich ist Gründungsmitglied der OECD, ebenso wie ihrer Vorgängerin OEEC und arbeitet in allen Bereichen der Organisation intensiv mit. Nicht zuletzt als Anerkennung dieses Umstandes wurde 1982 Frau Bundesminister Dr. Firnberg mit dem Amt eines Vizepräsidenten der Wissenschaftsministerkonferenz betraut.

Österreich stellte wie im Vorjahr auch die Vorsitzenden im Energiepolitischen Komitee, Versicherungskomitee, Zahlungskomitee, Liaisonkomitee mit dem Europarat und in den Arbeitsgruppen für Frauenbeschäftigung, industrielle Strukturanpassung und grenzüberschreitende

OECD

Umweltverschmutzung sowie die Vizevorsitzenden des Industriekomitees, des Umweltkomitees, des Steuerkomitees und der Untergruppe Steuerstatistik.

OECD-Tagungen auf Ministerebene

Die Tagung des OECD-Ministerrates, die am 16. und 17. Juni unter belgischem Vorsitz abgehalten wurde, stand im Zeichen einer schwierigen und komplexen wirtschaftspolitischen Lage. Trotz einiger erfreulicher Tatsachen, wie namentlich der Art und Weise, in der sich die OECD-Länder dem zweiten Ölpreisschock angepaßt haben, war doch die wirtschaftliche Entwicklung von den Problemen einer beträchtlichen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit, einer trotz schwacher Konjunktur hartnäckig auf einem hohen Niveau harrenden Geldentwertung, von Inflationserwartungen und Unsicherheit belasteten Geld- und Devisenmärkten sowie anhaltenden Schwierigkeiten der globalen Anpassung überschattet.

Die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Minister der OECD-Länder stimmten darin überein, daß in der gegenwärtigen Situation die Verringerung der Inflation und der Arbeitslosigkeit das Hauptanliegen darstellt. Die Verminderung der Inflation und der Inflationserwartungen bildet die unerläßliche Basis für eine dauerhafte Erhöhung der Beschäftigung und ein kräftigeres und stetiges Wachstum. Jene Maßnahmen scheinen sich als am wirksamsten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erweisen, welche die globale Wirtschaftsleistung der OECD-Länder durch eine Wiederankurbelung der produktiven Investitionen und ein effizienteres Funktionieren der Märkte verbessern. Es muß daher alles unternommen werden, um diese Maßnahmen in einer Weise zu verwirklichen, welche eine Basis für die Zunahme der Beschäftigung schafft.

Die Minister stellten fest, daß die Verwirklichung dieser Ziele einen wohlabgewogenen Einsatz einer Reihe vorhandener wirtschaftspolitischer Instrumente erfordert, wobei der gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Länder und der Notwendigkeit Rechnung getragen werden muß, ein richtiges Verhältnis zwischen den Maßnahmen zu finden, welche auf konjunkturelle und strukturelle Probleme abzielen, die Angebots- und die Nachfrageseite betreffen und kurz- oder mittelfristig angelegt sind.

Nirgends erwies sich die internationale Zusammenarbeit wichtiger als dort, wo es gilt das freizügige Handels- und Zahlungssystem zu erhalten. Auf diesem Gebiet kommt der OECD und ihrem Handelskomitee

OECD

neben dem GATT eine wichtige Aufgabe zu. Die Minister sind sich darin einig, daß es angesichts der fortbestehenden ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der durch diese ausgelösten protektionistischen Bestrebungen verstärkt energische Anstrengungen der Regierungen bedarf, damit das offene multilaterale Handelssystem nicht nach und nach ausgehöhlt wird. Vor allem verwiesen sie nachdrücklich auf die Gefahren, die mit handelspolitischen Maßnahmen außerhalb der vereinbarten Regeln und Ordnungsprinzipien sowie mit handelsverfälschenden Subventionen und Praktiken verbunden sind, auch wenn es bisher im großen und ganzen den Regierungen gelungen ist, die Grundorientierungen in der Politik auf der Linie des freien Welthandels zu halten, wie sie auch in der im Juni 1980 angenommenen Deklaration über die Handelspolitik niedergelegt sind.

In den letzten Jahren konnte die Nachfrage nach Energieträgern und vor allem nach Importöl infolge der zunehmenden Anpassung an die höheren Energiepreise und dank entsprechender energiepolitischer Maßnahmen erheblich gedrosselt werden. Außerdem ist für die Zukunft in gewissem Umfang mit einem weiteren Nachlassen der Inflation zu rechnen. Während sich in den Vereinigten Staaten das Wachstum voraussichtlich eine Zeitlang verlangsamen wird, dürfte sich in Japan nach Ansicht der OECD-Minister und des Sekretariats die stetige Konjunkturentwicklung fortsetzen und sogar etwas beschleunigen. In zahlreichen anderen OECD-Ländern, vor allem in Europa, werden die Nachfragebelebung und ein leichter Konjunkturaufschwung voraussichtlich im Verlauf des Jahres 1982 einsetzen, doch wird diese Erholung nicht ausreichen, um einen weiteren Anstieg der bereits hohen Arbeitslosigkeit zu verhindern, zumal eine rasche Zunahme der Erwerbsbevölkerung erwartet wird, was die Beschäftigungsprobleme der Jugendlichen verschärft.

Angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage zeigten sich die Minister voll und ganz der großen zahlungsbilanzmäßigen Belastungen und der sonstigen Wirtschaftsprobleme bewußt, mit denen viele Entwicklungsländer zu kämpfen haben. Sie bekannten sich nachdrücklich zu ihrer Verpflichtung, im Interesse aller mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, um diesen ein zufriedenstellenderes Wirtschaftswachstum zu sichern und den Lebensstandard ihrer Bevölkerung stetig zu verbessern. Eine erfolgreiche Anpassung an die wachsende weltwirtschaftliche Interdependenz sowie eine bessere Anpassungsfähigkeit der Entwicklungsländer seien wichtige Voraussetzungen für die Stabilität und den Frieden in der Welt. (Die Rolle der OECD im Nord-Süd-Dialog wird im Kapitel Entwicklungspolitik behandelt.)

ESA

Europäische Weltraumorganisation (ESA)

Das bereits am 17. Oktober 1979 unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) ist am 1. April 1981 in Kraft getreten. Dieses Abkommen, das für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen wurde, erlaubt es Österreich, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation zu vertiefen. Neben Österreich gehört nun auch Norwegen der Europäischen Weltraumorganisation als assoziiertes Mitglied an. Das norwegische Assoziierungsabkommen wurde im April 1981 unterzeichnet und trat am 1. November 1981 in Kraft.

Die bereits im Vorjahr begonnenen Beratungen über ein mittelfristiges Arbeitsprogramm der Europäischen Weltraumorganisation konnten im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden, da keine Einigung über den mehrjährigen Haushaltsrahmen sowie die Programmrichtlinien erreicht werden konnte.

Österreich hat am 21. Mai 1981 die Ratifikationsurkunde für das am 24. April 1980 unterzeichnete Abkommen über die österreichische Beteiligung am Wettersatellitenprogramm Sirio-2 hinterlegt. Das Abkommen ist somit entsprechend seinen Bestimmungen am 1. August 1981 in Kraft getreten. Verhandlungen über die österreichische Beteiligung an der Fortsetzung dieses Programmes (Sirio-2-Nutzungsprogramm) wurden in Angriff genommen und werden voraussichtlich bald abgeschlossen werden.

Die Arbeiten für den ersten Spacelabflug (FSLP) konnten wie vorgesehen durchgeführt werden. Am 4. Dezember 1981 wurde das erste Spacelab in Bremen nach Amerika eingeschifft. Parallel zum Spacelab-Entwicklungsprogramm wurde ein Studienprogramm zur Weiterentwicklung des Spacelab in Angriff genommen, an dem Österreich beabsichtigt mitzuarbeiten. Die Verhandlungen über die österreichische Beteiligung stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Am 23. Dezember 1981 wurde das Programm zur Entwicklung eines großen Nachrichtensatelliten (L-SAT), an dem sich auch Österreich voraussichtlich beteiligen wird, beschlossen. Folgende Staaten haben die Teilnahmeerklärung abgegeben: Belgien, Kanada, Dänemark, Spanien, Italien, Niederlande, Großbritannien. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, die ein gemeinsames Nachrichtensatellitenprogramm durchführen, sowie die Schweiz, nehmen nicht an diesem Programm teil.

Die österreichische Mitarbeit an ESA-Programmen im besonderen am Spacelab-Programm wurde u. a. durch die Wiederwahl des Geschäfts-

CERN – EMBC

führers der Österreichischen Gesellschaft für Sonnenenergie und Welt-
raumfragen Ges.m.b.H. (ASSA), Dr. Johannes Ortner, zum Vorsit-
zenden des zuständigen Programmrates anerkannt.

Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)

Das Jahr 1981 war im CERN vor allem dadurch gekennzeichnet, daß
der Entscheidungsprozeß betreffend den Bau des neuen Großbeschleu-
nigers LEP (Large Electronpositron storage ring) mit einem einstimm-
igen positiven Beschluß aller Mitgliedstaaten beendet werden konnte.
Diese neue Experimentiereinrichtung bildet einen Teil des Grundpro-
gramms des CERN und soll auf Preisbasis 1981 insgesamt 910 Mio. sfr
kosten, wobei für die Bauzeit sieben Jahre veranschlagt werden. Die
Mitgliedstaaten haben darauf bestanden, daß dieses Großprojekt bei
einem gleichbleibenden Budget verwirklicht wird, was die Organisation
zu Kürzungen und Einschränkungen auf anderen Sektoren zwingt.

Mit dem Ziel, einerseits die Leistungen der österreichischen Wirtschaft
den führenden CERN-Funktionären nahezubringen und andererseits
an Lieferausschreibungen des CERN interessierte österreichische Fir-
men in engere Beziehung zu dieser Organisation zu bringen, fand auf
dem CERN-Gelände in der Zeit vom 16. bis 19. Juni eine von der
Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft organisierte Sonderaus-
stellung statt.

In der Zeit vom 9. bis 11. November stattete über Einladung von Bun-
desminister Dr. Firnberg der neue Generaldirektor des CERN,
Prof. Herwig Schopper, Österreich einen offiziellen Besuch ab, in des-
sen Verlauf es neben wissenschaftlichen Kontakten auch zu Gesprä-
chen mit lieferinteressierten Firmen kam.

Europäische Konferenz und Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBC)

Univ.-Prof. Dr. Hans Tuppy, Leiter des Instituts für Biochemie an der
Universität Wien, übt in der Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember
1983 die Funktion des Generalsekretärs der Europäischen Konferenz
für Molekularbiologie (EMBC) aus. Zu seinem Nachfolger als österrei-
chischer Delegierter in diesem Gremium wurde Univ.-Doz. tit. a.o.
Univ.-Prof. Dr. Günter Kreil, Institut für Molekularbiologie der Öster-
reichischen Akademie der Wissenschaften in Salzburg, bestellt, der
Österreich im Berichtsjahr auch im Rat des Europäischen Laborato-
riums für Molekularbiologie (EMBL) vertrat.

Die Tätigkeit im Rahmen der EMBC wurde auch im vergangenen Jahr
durch die Gewährung von kurz- und langfristigen Forschungsstipendien
fortgesetzt, die es europäischen Wissenschaftlern ermöglichen, in ande-

EUROCONTROL

ren europäischen Ländern kooperative Forschungsarbeiten durchzuführen und mit den Experten dieser Länder methodische Erfahrungen auszutauschen.

Auch im Rahmen des EMBL wurde die wissenschaftliche Tätigkeit, sowohl im Zentrallabor in Heidelberg als auch in den beiden dem Zentrallabor angeschlossenen auswärtigen Forschungsstätten in Hamburg und Grenoble, erfolgreich weitergeführt.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Schweiger, Universität Innsbruck, war im Berichtsjahr Mitglied des beratenden wissenschaftlichen Ausschusses des EMBL.

Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL)

Das Flugsicherungsstreckengebührensysteem der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) fußt derzeit auf einem multilateralen Abkommen der sieben Mitgliedstaaten (BRD, Benelux, Frankreich, Irland, Großbritannien) sowie auf zweiseitigen Abkommen, die von Vertragsstaaten (Österreich, Portugal, Schweiz und Spanien) mit EUROCONTROL geschlossen wurden.

Österreich nimmt seit November 1971 an diesem Gebührensystem teil. Es dient dazu, die Kosten der Sicherung und Überwachung des nationalen Luftraumes der teilnehmenden Staaten nach Kriterien der Inanspruchnahme durch deren Luftfahrzeuge aufzuteilen.

Da das von den sieben Mitgliedstaaten und EUROCONTROL abgeschlossene Übereinkommen im Jahre 1983 auslaufen wird, ergibt sich die Notwendigkeit, auch das Flugsicherungsstreckengebührensysteem auf eine neue Grundlage zu stellen.

Es ist beabsichtigt, anstatt der zweiseitigen Abkommen und des multilateralen Abkommens für die Zeit nach 1983 das Flugsicherungsstreckengebührensysteem auf nur ein multilaterales Übereinkommen zu gründen.

Eine österreichische Delegation hat in einer Reihe von Verhandlungsrunden in Brüssel an der Ausarbeitung dieses neuen Vertragsinstrumentes mitgewirkt. Es ist als „Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungsstreckengebühren“ durch elf europäische Partnerstaaten – darunter Österreich – am 12. Februar 1981 in Brüssel unterzeichnet worden. Die Einleitung des Ratifikationsverfahrens soll in den nächsten Monaten erfolgen.

*KSZE***Ost-West-Beziehungen**

Die Ost-West-Beziehungen sind von zunehmenden Spannungen zwischen NATO und Warschauer Pakt und insbesondere zwischen der USA und der UdSSR gekennzeichnet. Wir sind Zeugen eines verhängnisvollen Teufelskreises von gegenseitigem Mißtrauen und forcierter militärischer Rüstung. Österreich ist weiterhin unbeirrt bemüht, den Dialog zwischen beiden Supermächten zu fördern, der gerade in Zeiten erhöhter Spannung notwendiger ist als je zuvor. Gemeinsam mit anderen neutralen Staaten Europas setzt sich Österreich mit Nachdruck für einen modus vivendi der Koexistenz und Kooperation zwischen Ost und West ein, für den es keine sinnvolle Alternative gibt.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Das am 11. November 1980 in Madrid begonnene 2. Folgetreffen der KSZE war im Jahre 1981 während mehrerer Sitzungsperioden (27. Jänner bis 10. April, 5. Mai bis 31. Juli, 27. Oktober bis 18. Dezember) bemüht, auf der Grundlage von über 80 eingebrachten Vorschlägen ein ausgewogenes und substanzreiches Schlußdokument auszuhandeln, welches Beschlüsse enthält, die geeignet sind, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern und den in einem Wellental befindlichen Entspannungsprozeß neu zu beleben. Es wurde dabei sehr bald klar, daß ein solches Ergebnis des Madrider Treffens Beschlüsse sowohl im Bereiche des Prinzips der Menschenrechte, der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, der menschlichen Kontakte, Information, Kultur und Bildung als auch auf militärischem Gebiet umfassen müßte: Hier stand das Ringen um das Mandat einer europäischen Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, gültig in ganz Europa bis zum Ural, im Vordergrund.

Zwar hat Breschnjew im Februar 1981 die westliche Forderung nach einem geographischen Geltungsbereich künftiger vertrauensbildender Maßnahmen auch auf dem gesamten europäischen Gebiet der Sowjetunion akzeptiert, dafür aber territoriale Gegenleistungen im Atlantik verlangt, was seitens der NATO strikt abgelehnt wurde.

Ein umfassender Vorschlag der neutralen und paktungebundenen Staaten vom 31. März 1981, der den Entwurf eines Schlußdokumentes einschließlich entsprechender Beschlüsse für künftige Konferenzfolgen – also die Sicherstellung des KSZE-Prozesses – enthält, wurde zwar zur Grundlage der Verhandlungen gemacht, doch konnte über zahlreiche schwierige Fragen im Menschenrechtsbereich (besonders was die Rechte der sogenannten Helsinki-Gruppen in Osteuropa sowie die Religionsfreiheit betrifft), aber auch bezüglich der Definition des geogra-

KSZE

phischen Geltungsbereiches der vertrauensbildenden Maßnahmen, keine Einigung erzielt werden.

Im Juli 1981 machte hiezu die NATO einen neuen Vorschlag, demzufolge der an Europa angrenzende See- und Luftraum insoweit in die Geltungszone einbezogen werden sollte, als davon Bewegungen zu Wasser oder in der Luft betroffen würden, die einen integralen Bestandteil militärischer Aktivitäten auf dem europäischen Kontinent darstellen. Dies wurde von der sowjetischen Seite als unzureichend abgelehnt.

Im November/Dezember 1981 unterbreiteten die N + N-Länder (Österreich, Schweden, Schweiz, Finnland, Jugoslawien, Malta, Zypern, San Marino, Liechtenstein) einen umfassenden Kompromißvorschlag, der die divergierenden Standpunkte einander stark annäherte. Der Vorschlag reflektierte auch die österreichische Energieinitiative sowie wichtige Elemente des gemeinsam mit der Schweiz und Spanien eingebrachten Vorschlages im Bereiche der Information. Nur noch wenige Fragen waren ungelöst und hätten sich bei gutem Willen aller Beteiligten leicht lösen lassen, als durch die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen am 13. Dezember 1981 eine völlig neue Lage geschaffen wurde: Dieses Ereignis sowie die damit verbundene Mißachtung grundlegender Menschenrechte und zahlreicher anderer Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki wurde während der letzten Plenartagung des Madrider Treffens vor der Weihnachtspause am 18. Dezember 1981, zum Gegenstand heftiger Kritik der westlichen Staaten, darunter auch der meisten neutralen einschließlich Österreichs. Der österreichische Vertreter gab bei dieser Gelegenheit eine Erklärung ab, die sich auf einen Beschluß des Rates für Auswärtige Angelegenheiten stützt und die im Anhang wiedergegeben wird.

Im Jahre 1982 wird sich zeigen, ob die Situation in Polen sich soweit bessert, daß man auf westlicher Seite bereit ist, eine so wesentliche Entspannungsvereinbarung wie das Schlußdokument des Madrider Folgetreffens der KSZE zu realisieren. Zu Jahresende 1981 erschienen die diesbezüglichen Aussichten nicht sehr vielversprechend.

Österreich hat an der Weiterführung des KSZE-Prozesses ein fundamentales Interesse und ist daher an einem erfolgreichen Abschluß der Madrider Konferenz sehr interessiert, hat gleichzeitig aber, wie in der Vergangenheit, seine Wertvorstellungen als westlich pluralistische Demokratie klar zum Ausdruck gebracht, was von allen Seiten, auch der sowjetischen, anerkannt und voll akzeptiert wurde: Unsere Neutralität bezieht sich nicht auf den ideologischen Bereich.

Es hat sich neuerlich gezeigt, daß der Anstoß zur Lösung schwieriger Verhandlungssituationen, die Idee, welche zur Überwindung blockier-

ECE

ter Situationen bei Ost-West-Verhandlungen führen könnte, von den neutralen und paktungebundenen Staaten kommen muß. Ihre Rolle im KSZE-Prozeß ist durch direkte Verhandlungen zwischen den Großmächten nicht zu ersetzen. Österreich nimmt hierbei eine Schlüsselfunktion ein.

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Im Zentrum der Arbeiten der ECE standen Handels- und Energiefragen. Auf dem Handelssektor wurden die seit längerem geplanten beiden Sondertagungen über Handelshemmnisse und Gegengeschäfte im Ost-West-Handel abgehalten, deren eher prozedurale Ergebnisse auch bei der 30. Tagung des Handelsentwicklungskomitees diskutiert wurden. Die Arbeit der ECE auf dem Energiesektor wird im Kapitel „Sicherung der Energieversorgung“ behandelt.

Während in die Themen Handel und Energie die derzeit gespannte weltpolitische Lage hineinspielte, konnte auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Wissenschaft und Technik und bei den übrigen Tätigkeiten rein technischer Natur sachliche Fortschritte erzielt werden. Insbesondere die Folgetätigkeit nach dem hochrangigen Umwelttreffen ist ungestört geblieben.

Das Projekt einer Nord-Süd-Fernstraßenverbindung durch Europa (TEM) wurde durch ein Seminar in Athen, Dezember 1981, unter österreichischer Beteiligung weitergeführt. Die in das TEM-Projekt einbezogenen österreichischen Straßen sind nach dem Bundesstraßengesetz 1978 als Autobahnen vorgesehen und größtenteils fertiggestellt, bzw. in Bau oder Planung.

Eine von der ECE mit der Untersuchung der Errichtung und des Betriebes eines Donau-Oder-Elbe-Wasserstraßensystems beauftragte Gruppe von Regierungsexperten, der auch ein österreichischer Vertreter angehörte, legte im November ihren Abschlußbericht vor, in dem Wirtschaftlichkeit und technische Durchführbarkeit des Projektes bestätigt wurden.

Neben einer aktiven Beteiligung an den ECE-Tagungen in Genf war Österreich auch Gastland eines Seminars des ECE-Stahlkomitees über „Die Energiesituation in der Eisen- und Stahlindustrie“, das im September 1981 in Wien stattfand. Das Seminar führte zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch auf diesem energiepolitisch bedeutsamen Gebiet.

Donaukommission

Donaukommission

Die auf der Belgrader Konvention vom Jahre 1948 basierende Donaukommission umfaßt im Gegensatz zur früheren Europäischen Donaukommission ausschließlich Donauuferstaaten (Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Sowjetunion; die Bundesrepublik Deutschland entsendet Beobachter).

Österreich beteiligte sich aktiv an den Arbeiten der Donaukommission und zwar sowohl im Rahmen ihrer 39. Plenartagung (10. bis 20. März 1981 in Budapest) als auch auf Expertenebene. Hierbei wurden insbesondere nautische, hydrotechnische, hydrometeorologische, juristische, funktechnische und Finanzfragen, welche für die Schifffahrten der Donauanlieger von gemeinsamem Interesse sind, behandelt.

Der österreichische Beitrag zur Donaukommission betrug 1981 740 000,- S (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten).

Universelle Zusammenarbeit

Die universelle Zusammenarbeit, die Kooperation der 157 Mitgliedstaaten im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen, erstreckt sich heute auf praktisch alle Bereiche des menschlichen Lebens mit dem Ziel, das Überleben der Menschheit und ihrer Umwelt unter bestmöglichen Bedingungen durch ein Zusammenwirken aller Staaten zu gewährleisten. Der universelle Charakter der Staatengemeinschaft stellt die Menschheit vor die Herausforderung, schrittweise eine Weltordnung aufzubauen. Dies erfordert rationelle Institutionen, die universelle Anerkennung von Mindestnormen für das internationale Verhalten, Vertrauen und Achtung im Verkehr zwischen den Nationen und den einzelnen Menschen. Politisches Zentrum dieser universellen Zusammenarbeit sind die Vereinten Nationen mit ihrem Hauptquartier in New York.

Die Vereinten Nationen sind das einzige universelle Forum, in dem nationale Interessen zur Sprache gebracht, Gruppeninteressen herausgearbeitet und gemeinsame weltweite Standpunkte gefördert werden.

Österreich mißt der universellen Zusammenarbeit – trotz der wachsenden Kritik an den Vereinten Nationen in einigen ihrer Mitgliedstaaten – größte Bedeutung zu und wird sein bisheriges Engagement unverändert fortsetzen. Die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs ist untrennbar mit dem Frieden in der Welt und dem Fortschritt der Völker verbunden.

Vereinte Nationen

1981 war die Arbeit in den Vereinten Nationen, die 157 Mitgliedstaaten zählen, von den wachsenden Ost-West-Spannungen und der Fort-

UN

dauer einer Reihe von regionalen Konflikten überschattet. Die zunehmende Verschlechterung des weltpolitischen Klimas erschwerte die Suche nach einvernehmlichen Lösungen selbst in jenen Bereichen, in denen die Interessenslage der betroffenen Staaten erwarten ließ, daß Konsensbeschlüsse gefunden werden können. Das Klima der Konfrontation wurde insbesondere im Abrüstungsbereich sowie auf dem Gebiet der Menschenrechte besonders deutlich. In Weltwirtschafts- und Entwicklungsfragen konnte trotz der vom Gipfeltreffen in Cancun ausgehenden Impulse eine Einigung über die Aufnahme globaler Verhandlungen zwischen Nord und Süd bisher nicht erreicht werden. Die kritische Einstellung der neuen US-Administration gegenüber den Vereinten Nationen hat sich auf die Arbeit der Generalversammlung ausgewirkt. Die Abschlußphase der Generalversammlung war vor allem von der Krise in Polen und der Verschärfung der Lage im Nahen Osten überschattet.

Die 36. Generalversammlung stand darüber hinaus im Zeichen der Wahl des Generalsekretärs, die zur Bestellung von Pérez de Cuellar (Peru) führte. Damit ging die zehnjährige Amtsperiode von Dr. Kurt Waldheim zu Ende, die nicht nur ihm persönlich, sondern auch Österreich universelle Anerkennung gebracht hat. Österreich hat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – persönliche Interventionen auf höchster Regierungsebene, weltweite Demarchen der diplomatischen Vertretungsbehörden, Entsendung von Sonderbotschaftern u. a. m. – alle Bemühungen unterstützt, die auf eine weitere Amtsperiode abzielten, für die sich Generalsekretär Waldheim zur Verfügung gestellt hat.

In der Kambodschafrage ist mit der Annahme der politischen Grundsatzerklärung durch die Internationale Kambodschakonferenz im Juli 1981, an der 93 Staaten und 3 kambodschanische Fraktionen teilnahmen und die unter dem Vorsitz des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten stand, ein Fortschritt in Richtung auf eine politische Lösung erzielt worden. Das von der Kambodschakonferenz erstellte Programm wurde von der Generalversammlung indorsiert.

In der Afghanistanfrage war der Vermittlungstätigkeit des Generalsekretärs bzw. seines Sonderbeauftragten Pérez de Cuellar ein konkretes Ergebnis versagt. Die Resolution zur Afghanistanfrage wurde von der 36. Generalversammlung mit mehr positiven (116) Stimmen als im Vorjahr (111) angenommen. Sie betont die Souveränität und territoriale Integrität Afghanistans und enthält die Forderung nach einem Truppenabzug und nach einem echten und verifizierten Akt der Selbstbestimmung des afghanischen Volkes.

Gegenüber dem Nahostproblem haben die Vereinten Nationen eine abwartende Haltung eingenommen. Diese Haltung ist einerseits durch die Amtsübernahme der neuen amerikanischen Regierung bedingt, andererseits erschwerte die Spaltung der arabischen Staaten die Formulie-

UN

rung eines gemeinsamen Standpunktes. Lediglich in Reaktion auf neue Ereignisse in der Region, wie z. B. auf die israelische Militärattacke gegen den irakischen Atomreaktor, sowie die Annexion der Golanhöhen durch Israel wurden neue Beschlüsse getroffen, welche die Überzeugung der Mehrzahl der Mitgliedstaaten zum Ausdruck brachten.

In der Namibiafrage haben die Bemühungen der westlichen Kontaktgruppe, eine einvernehmliche und verhandelte Lösung auf der Basis des Unabhängigkeitsplanes der Vereinten Nationen zu finden, einen gewissen Erfolg gezeigt. Allerdings hat diese Entwicklung in den Beschlüssen der Generalversammlung noch keinen Niederschlag gefunden. Die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung wurde bei der Sanktionenkonferenz im Mai 1981 in Paris mit zunehmender Schärfe kritisiert.

Die Generalversammlung befaßte sich auch mit der Vorbereitung von zwei Großkonferenzen, die 1982 in Wien abgehalten werden. Es handelt sich um die „Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen“ und „UNISPACE 82“ – 2. Konferenz der Vereinten Nationen für die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums.

Das Engagement Österreichs bei der Erhaltung des Friedens in Krisengebieten kommt durch die Entsendung von militärischen Kontingenten zu friedenserhaltenden Operationen zum Ausdruck. Im Rahmen dieses aktiven Beitrags Österreichs, der mit der Beistellung eines Sanitätskontingents im Rahmen des Kongo-Einsatzes 1960 begonnen hat, sind bisher 15 400 österreichische Soldaten im UN-Einsatz gewesen. Derzeit stellt Österreich 850 Mann; jeder 12. UN-Soldat ist ein Österreicher. Von insgesamt fünf friedenserhaltenden Operationen (UNDOF, UNFICYP, UNTSO, UNIFIL und UNMOGIP) ist Österreich an drei beteiligt, wobei es derzeit sowohl bei UNDOF als auch bei UNFICYP jeweils ein Bataillon und für die Hauptquartiere dieser Streitkräfte Stabspersonal stellt. Bei UNTSO werden Offiziere als Beobachter und Sanitäts-Unteroffiziere als Medical Assistants eingesetzt. Weiters stellt Österreich seit 1975 jeweils einen der drei Befehlshaber der peacekeeping forces im Nahen Osten (dzt. Generalmajor Dipl.-Ing. Greindl als UNFICYP-Force-Commander). Eine Karte über „Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen“ ist im Anhang aufgenommen.

Ein ausführlicher Bericht der Vertretung New York über den Verlauf der 36. Generalversammlung, die Arbeit des Sicherheitsrates, des ECOSOC, des Treuhandschaftsrats, der Seerechtskonferenz und die Mitgliedschaft Österreichs in den Organen der Vereinten Nationen findet sich im Anhang.

Sonderorganisationen

Sonderorganisationen

Sonderorganisationen sind zwischenstaatliche Organisationen, die der Verwirklichung der in Art. 55 der Satzung genannten Ziele der Vereinten Nationen dienen. Sie erfüllen weitreichende Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Erziehung, der Gesundheit, der Ernährung und auf vielen anderen Sektoren, die nur auf der Grundlage der Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft gelöst werden können.

Derzeit gibt es 16 Sonderorganisationen im weiteren Sinn, mit der Umwandlung der UNIDO werden es 17 sein.

In Genf haben sechs Sonderorganisationen im weiteren Sinn (GATT, ILO, ITU, WHO, WIPO, WMO) ihren Sitz. Es folgen Rom (FAO, IFAD) und Washington (IBRD, IMF) mit je zwei, Paris (UNESCO), Bern (UPU), Montreal (ICAO), London (IMCO), Madrid (WTO) beherbergen je eine Sonderorganisation. In Wien sind IAEA und UNIDO angesiedelt.

Der Außenpolitische Bericht 1979 gab einen Überblick über Struktur, Organisation und Tätigkeit der Sonderorganisationen. Der Außenpolitische Bericht 1980 behandelte Aspekte der österreichischen Mitarbeit in den Sonderorganisationen. Im Außenpolitischen Bericht 1981 werden aus Gründen der Übersichtlichkeit erstmals die Kriterien der österreichischen Mitgliedschaft (Mitgliedschaft im Exekutivrat, finanzielle Beiträge, innerstaatliche Zuständigkeit, relevante gesetzliche Bestimmungen) in allen Sonderorganisationen in einer Tabelle im Anhang dargestellt.

Die in Wien angesiedelten Sonderorganisationen und UN-Einheiten sind im nachfolgenden Abschnitt „Internationale Organisationen in Wien“ behandelt. Die österreichische Mitarbeit in der UNESCO wird im Kapitel „Auslandskulturpolitik“ beschrieben.

Internationale Organisationen in Wien

Wien ist neben New York und Genf drittes Zentrum der Vereinten Nationen. Neben der IAEA, die seit 1958 in Wien angesiedelt ist und der UNIDO, die seit 1967 ihren Amtssitz in Wien hat, sind seit 1979 eine Reihe von UNO-Sekretariatseinheiten in Wien vertreten: UNRWA (Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge), CSDHA (Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten), die Suchtgifteinheiten und die Abteilung für Internationales Handelsrecht.

Österreich arbeitet an den Programmen der UN-Organisationen und Einheiten in Wien aktiv mit und ist als Gastland bemüht, nicht nur die Zusammenarbeit auszubauen, sondern auch insgesamt die UN-Präsenz

IAEO

in Wien auf den verschiedenen Gebieten zu stärken. Dies gilt sowohl für die politische Repräsentanz des Generalsekretärs als auch die Konferenz-, Informations- und Verwaltungsbereiche der Vereinten Nationen in Wien.

Darüber hinaus sind in Österreich internationale Organisationen, die nicht mit dem UN-System verbunden sind, angesiedelt: OPEC, OPEC-Fonds und IIASA. Österreich ist an der Arbeit dieser Organisationen, selbst wenn es nicht Mitglied ist, in besonderem Maße interessiert. Es ergeben sich viele Berührungspunkte und Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Die organisatorischen Aspekte der Präsenz internationaler Organisationen in Wien werden im Abschnitt „Österreich: Ort der Begegnung“ behandelt. Eine statistische Übersicht über den Personalstand der internationalen Organisationen in Wien findet sich im Anhang.

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)

Die IAEO, die 1981 110 Mitglieder umfaßte, verfügt für das Jahr 1982 über ein Gesamtbudget von 86 369 000 \$, welches sich aus dem regulären Budget, den freiwilligen Beiträgen und anderen Quellen zusammensetzt. Obwohl ein zusätzlicher Betrag von 12 620 000 \$ zur Bereinigung der durch den Kursanstieg entstandenen Fehlbeträge bereitgestellt werden mußte, verfügt die IAEO 1982 über 2,6 % weniger Mittel als im Vorjahr. Für Technische Hilfe und Ausbildung stehen 1982 insgesamt 29 452 000 \$ zur Verfügung.

Der österreichische Beitrag zum regulären Budget wird 575 016 \$ (0,74 %) betragen, und somit um ca. 30 000 \$ niedriger als im Vorjahr sein. Vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung hat Österreich einen freiwilligen Beitrag zum „General Fund“ (Technische Hilfe an Entwicklungsländer) in der Höhe von 115 000 \$ sowie einen Betrag von 144 000 S für Stipendien zugesagt.

Die IAEO hat ihren Amtssitz seit 1958 in Wien (Amtssitzabkommen BGBl. Nr. 82/1958).

Generalkonferenz

Die XXV. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEO fand unter dem Vorsitz des thailändischen Botschafters in Wien, Manaspas Xuto, vom 21. bis 27. September 1981 in Wien statt. Im Gegensatz zu vorhergehenden Tagungen zeichnete sie sich durch eine stark politisierte Atmosphäre infolge einer besonders akzentuierten Nord-Süd-Frontstellung aus, was sich auch bei der Wahl des neuen Generaldirektors erkennen ließ. Da die Industriestaaten für dieses Amt einen Kandidaten aus ihren Reihen wählen wollten, wofür sie die Unterstützung

IAEO

zumindest einiger Staaten der Dritten Welt benötigten, präsentierten die erstmalig namentlich geschlossen als Gruppe der 77 auftretenden Entwicklungsländer ein Forderungspaket, nach dessen Annahme der Weg für die einstimmige Wahl des Schweden Dr. Hans Blix zum neuen Generaldirektor frei war.

Durch diese Polarisierung um das Forderungspaket verlor der TOP 8 – israelischer Angriff auf den irakischen Kernreaktor – seine zentrale Stellung. Israel wurde zur Erfüllung der Sicherheitsratsresolution 487 aufgefordert, andernfalls die bis zur XXVI. Generalkonferenz aufgeschobene Suspendierung doch ausgesprochen werden könnte.

Antragsgemäß wurde Zimbabwe ab 1982 als 111. Mitglied der IAEO einstimmig aufgenommen; ebenso einstimmig wurde Arabisch als Amtssprache anerkannt.

Die Generalkonferenz wählte Algerien, Bangladesh, ČSSR, Kolumbien, Indonesien, Republik Korea, die Niederlande, Panama, Rumänien, Spanien und Sambia als neue Mitglieder für eine zweijährige Funktionsperiode in den Gouverneursrat. Gemäß dem Schlüssel der WEO-Gruppe wird Österreich 1983 erneut für einen Sitz im Gouverneursrat kandidieren.

Österreichische Initiative betreffend grenzüberschreitende Auswirkungen der Kernenergie

Die XXV. Generalkonferenz der IAEO gab Gelegenheit zu einer neuerlichen Präsentation der bereits in New Delhi 1979 vorgebrachten „Atominitiative“ (vgl. Außenpolitischer Bericht 1979). Der scheidende Generaldirektor der IAEO, Eklund, hatte nämlich im Februar 1981 in einem Schreiben an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die Ansicht vertreten, daß die IAEO nur hinsichtlich der rechtlichen Aspekte zuständig sei; die technischen Aspekte sollten im Rahmen des UNEP behandelt werden. Da nach österreichischer Ansicht eine Verdrängung in die Umweltproblematik nicht zielführend wäre, wurde auf der XXV. Generalkonferenz der IAEO in noch detaillierterer Form der Wunsch nach Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Rahmen der IAEO begründet. Noch während der Konferenz sagte Generaldirektor Eklund zu, die „Senior Advisory Group“, das oberste Beratungsgremium für die Sicherheitsrichtlinien der IAEO (NUSS-Programm) mit dieser Frage zu befassen, welche die österreichische „Atominitiative“ bei ihrem nächsten Treffen, 9. bis 10. Dezember 1981, erstmals behandelte.

Atomsperrvertrag und Sicherheitskontrollabkommen

Bis Ende 1980 waren 114 Staaten Mitglied des Atomsperrvertrages (NPT).

IAEO

Kernkraft und Reaktoren

Mit Stand vom 11. August 1981 belief sich die Kapazität der Kernkraftwerke in 22 Mitgliedstaaten der IAEO, die insgesamt über 266 Kernkraftwerke verfügen, auf 148 477 MW(e), was ca. 8% der Weltelektrizitätserzeugung entspricht. Neuesten Schätzungen der IAEO zufolge wird die installierte Leistung der Kernkraftwerke in Mitgliedsländern der IAEO im Jahre 1985 ca. 290 000 bis 350 000 MW(e) oder rund 17% der Weltenergieerzeugung und im Jahre 2 000 rund 1,08 bis 1,65 Mio. MW(e) oder 20 bis 25% der Weltenergieerzeugung betragen.

Committee on Assurances of Supply (CAS)

Das 1980 gegründete Committee on Assurances of Supply (CAS) erstellte auf drei Konferenzen (März, Juni, Oktober 1981) einen detaillierten Fragenkatalog über die zu behandelnden Probleme (zwischenstaatliche Weitergabe von kerntechnischen Erkenntnissen, Materialien und Dienstleistungen); zur Versachlichung der Diskussion wurden zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, welche sich im Dezember 1981 konstituierten.

Infolge bereits erwähnter Nord-Süd-Spannungen konnten bei der Behandlung des Problemkreises inhaltlich nur wenig Fortschritte erzielt werden; insbesondere blickt ein Teil der Staaten auf die UN-Konferenz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, welche 1983 in Genf stattfinden wird (das Vorbereitungskomitee für diese Konferenz hielt seine erste Sitzung im August 1981 in Wien ab).

Kernverschmelzung (Fusion)

Im Juli 1981 wurde die „Conceptual Design Phase“ von INTOR („International Tokamak Reactor Workshop“) termingerecht abgeschlossen. Die Phase IIA sieht während ihrer zweijährigen Dauer (bis Juni 1983) die Abhaltung von acht Workshops in Wien vor.

Die Einstellung der Partner von INTOR hat seit Beginn des Projekts eine Veränderung erfahren; während die USA, Japan und EURATOM über eigene Fusionsprojekte verfügen und daher der weiteren Durchführung des Projekts angesichts der hohen Investitionskosten (3 Mrd. \$) eher zurückhaltend gegenüberstehen, kann nur bei der UdSSR ein gleichbleibendes wissenschaftliches Interesse beobachtet werden.

Kernfusionsforschung in Österreich

Die im Vorjahrsbericht erwähnte, im Oktober 1980 in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eingerichtete „Kommission für die

UNIDO

Koordination der Kernfusionsforschung in Österreich“ unter Vorsitz des Vizepräsidenten der Akademie, Prof. Dr. E. Plöckinger, hat ihre Arbeit im Jahr 1981 fortgesetzt.

Das Hauptbestreben der Kommission ging dahin, mit dem neuesten Stand der internationalen Kernfusionsforschung Kontakt zu halten und das Angebot von Lehrveranstaltungen sowie das Forschungsprogramm österreichischer Institutionen in koordinierter Weise diesem Stande anzunähern.

Vier Arbeitsgruppen wurden gebildet. Eine davon ist die Arbeitsgruppe „INTOR“ (Ost-West-Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernfusion).

Konvention über den physischen Schutz von Kernmaterial

Die am 3. März 1980 zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über den physischen Schutz von Kernmaterial (Convention on the Physical Protection of Nuclear Material) wurde noch am selben Tage von Österreich unterzeichnet.

International Nuclear Information System (INIS)

Ende 1981 umfaßte INIS 67 Länder und 14 internationale Organisationen als Mitglieder. 70 820 atomwissenschaftliche Informationen wurden im Jahr 1981 verarbeitet; bis jetzt wurden insgesamt 640 000 Einzelinformationen sowie ca. 150 000 Dokumente gespeichert.

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Die UNIDO, mit Sitz in Wien seit 1967, gewinnt im Hinblick auf das Interesse der Entwicklungsländer an ihrer möglichst raschen Industrialisierung immer mehr Bedeutung.

Gegenwärtig verfügt die UNIDO über einen Stand von 1 150 Beamten und ein jährliches Budgetvolumen von 47 Mio. \$ für den administrativen Aufwand. Hiezu kommen ca. 76 Mio. \$ für die Finanzierung von Projekten der UNIDO in Entwicklungsländern. Bei der Durchführung dieser Projekte bedient sich die UNIDO teilweise eigener, teilweise ad hoc unter Vertrag stehender Experten.

Die Mittel für das Programmbudget 1982 kamen zum überwiegenden Teil (etwa 60 Mio. \$) aus dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP und anderer internationaler Finanzinstitutionen, zu

UNIDO

einem kleineren Teil (etwa 10 Mio. \$) aus dem von der UNIDO verwalteten UN-Fonds für industrielle Entwicklung (UNIDF), der aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten gespeist wird.

Der österreichische Beitrag zum UNIDF, der sich aus Teilbeträgen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Bundeskanzleramtes und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zusammensetzt, betrug im Jahre 1981 11,8 Mio. S.

Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der UNIDO sind:

- operationelle Aktivitäten – von der Ausarbeitung bis zur Durchführung von Industrialisierungsprojekten – Ausbildung von Fachkräften in allen industriellen Bereichen;
- Durchführung von Konsultationen zwischen den Industrien der Industrie- und der Entwicklungsländer über künftige Industriestrukturen auf weltweiter, regionaler und sektorieller Ebene, inklusive Rohstoffversorgung, Technologietransfer, Preisgestaltung usw. 1981 fanden derartige Tagungen auf folgenden Sektoren statt:
Petrochemische Industrie: 22. bis 26. Juni 1981 in Istanbul,
Kapitalgüterindustrie: 21 bis 25. September 1981 in Brüssel,
Nahrungsmittelverarbeitende Industrie: 9. bis 13. November 1981 in Den Haag;
- Ausarbeitung von Studien über sämtliche Aspekte des Industrialisierungsprozesses;
- Transfer industrieller Technologien zugunsten der Entwicklungsländer.

UNIDO-Rat

Dem Verwaltungsrat der UNIDO, der aus Vertretern von 45 Staaten zusammengesetzt ist, gehört Österreich bereits seit mehreren Funktionsperioden an. Die österreichische Haltung in diesem Gremium basiert auf der Bereitschaft Österreichs, in allen internationalen Foren aktiv für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern einzutreten, wird aber auch von der Überlegung bestimmt, daß Österreich als Sitzstaat der UNIDO besonderes Interesse an einem kontinuierlichen Wachstum und an einer Steigerung der Effizienz und somit des internationalen Ansehens der Organisation hat. Die österreichische Vertretung bei der UNIDO, die vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten federführend wahrgenommen wird, ist daher in den Beratungen des UNIDO-Rates aktiv bemüht, zu konstruktiven und auf dem Grundkonsens der Vertreter der Industrie- und Entwicklungsstaaten basierenden Beschlüssen beizutragen.

UNIDO

Die 15. Tagung des UNIDO-Rates, die vom 15. bis 29. Mai 1981 in Wien stattfand, beschloß in Anbetracht der schwierigen Weltwirtschaftslage ein Nullwachstumsbudget für das Biennium 1982/83 und erreichte auch in der Beschlußfassung über einzelne Aktivitäten und Schwerpunktbereiche der UNIDO weitgehende Übereinstimmung.

Der Vorschlag zur Errichtung einer Internationalen Bank für industrielle Entwicklung, der in der Form eines allgemeinen „Nord-Süd-Fonds“ schon anlässlich der 3. UNIDO-Generalkonferenz in New Delhi (Jänner 1980) von den Industriestaaten abgelehnt worden war, stieß weiterhin auf den Widerstand des industrialisierten Nordens. Dieser Widerstand gründet sich in erster Linie auf die schwierige Budgetsituation in den Industrieländern, aber auch auf eine grundsätzliche Ablehnung der Proliferation weiterer Internationaler Organisationen sowie auf der Erkenntnis, daß in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer dem Fortschritt der Industrialisierung nur relative Priorität zukommt.

Das Ständige Komitee des UNIDO-Rates konnte anlässlich seiner 16. Tagung im November 1981 nach 3jährigen Verhandlungen eine Geschäftsordnung für das UNIDO-Konsultationssystem beschließen, welche nach Annahme durch die 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1982 in Kraft treten wird. Hiemit konnte eine bleibende organisatorische Basis für Konsultationstagungen geschaffen werden.

Umwandlung in eine Sonderorganisation

Die UNIDO, deren Gründung auf die Resolution 2152 (XXI) der UN-Generalversammlung vom 17. November 1966 zurückgeht, ist in ihrer gegenwärtigen Rechtsform ein Organ der Generalversammlung mit beschränkter UN-interner Autonomie. Dies bedeutet, daß sämtliche Entscheidungen auf dem Personalsektor durch das UN-Sekretariat in New York getroffen werden und auch die Beschlußfassung über das Budget der UNIDO der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York obliegt.

Diese Abhängigkeit der UNIDO vom Sekretariat der Vereinten Nationen in New York wurde von den Entwicklungsländern seit Bestehen der Organisation als Nachteil empfunden.

Am 8. April 1979 konnte eine Bevollmächtigtenkonferenz in Wien eine Einigung über die künftigen Statuten der UNIDO als UN-Spezialorganisation erzielen, womit vor allem auch eine Selbstverwaltung in Finanz- und Personalfragen verbunden ist.

UNIDO

Die Statuten sollen nach Vorliegen von 80 Ratifikationen und einer Einigung über die Höhe der von den einzelnen Mitgliedern zu zahlenden Beiträge zum Organisationsbudget in Kraft treten.

Bis Ende 1981 lagen 66 Ratifikationen vor.

Die Ratifikation durch Österreich erfolgte am 14. Mai 1981.

UNIDO-Investitionsförderungsbüro in Wien

Das am 6. Dezember 1979 errichtete Investitionsförderungsbüro dient der Stärkung der industriellen Kooperation mit und der Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern und kommt in hohem Maße der österreichischen Wirtschaft durch Aufzeigen von Kooperations- bzw. Investitionsmöglichkeiten im Ausland und Herstellung der entsprechenden Kontakte zugute.

Eine weitere wichtige Funktion des Investitionsförderungsbüros ist die der Herstellung von Kontakten zwischen der österreichischen Wirtschaft und internationalen Entwicklungsorganisationen, wie der Weltbank, regionalen und nationalen Finanzinstitutionen.

Derartige UNIDO-Investitionsbüros existieren derzeit neben Wien auch in Brüssel, Köln, New York, Paris, Tokio und Zürich. Ähnlich wie diese ist das Wiener Büro als UNIDO-Projekt konzipiert. Es wird von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert und ist in der UN-City untergebracht.

Das Büro betreut etwa 30 bis 40 Entwicklungsprojekte jährlich und versucht hiefür österreichische Partner- bzw. Lieferfirmen zu finden. Hierbei wird grundsätzlich nicht nur auf Finanzierungsmöglichkeiten in Österreich sondern auch auf Finanzquellen im Bereich multilateraler Finanzinstitutionen aufmerksam gemacht.

Das Investitionsbüro veranstaltete Investmentförderungs-Tagungen in Sri Lanka (im Oktober 1981) und in Abu Dhabi zur Förderung von Kooperationsprojekten mit finanzkräftigen Partnern, sowie auch Länderpräsentationen, wie sie im Jahr 1981 für Sri Lanka, Haiti, Bangladesh, Lesotho und Mauretanien in Wien stattgefunden haben. Die rege Beteiligung interessierter österreichischer Firmen und Finanzinstitutionen bewies die Bereitschaft der österreichischen Wirtschaft zur Teilnahme an Industrialisierungsvorhaben in der Dritten Welt.

Das Amtssitzabkommen mit der UNIDO BGBl. Nr. 245/1967 regelt Privilegien und Immunitäten, die dieser Organisation eingeräumt werden. Dieses Abkommen ist auch auf die in Wien errichteten Ämter der Vereinten Nationen anwendbar.

UNRWA

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Das UNRWA-Sekretariat, welches seinen provisorischen Sitz wegen der Situation im Libanon derzeit in Wien hat, umfaßt etwa 250 Beschäftigte, die im Vienna International Center untergebracht sind. Ein dislozierter Teil des Sekretariats befindet sich in Amman, um das umfassende Sozialprogramm der Organisation im Einsatzgebiet zu koordinieren. 1981 waren 1,8 Millionen palästinensische Flüchtlinge beim Hilfswerk registriert.

UNRWA finanzierte 1981 635 Schulen, darunter 8 Lehrerbildungsanstalten mit einer Schülerzahl von mehr als 320 000 Jugendlichen. Insgesamt beschäftigte UNRWA 1981 16 730 Angestellte, wobei mehr als die Hälfte, nämlich 9 674, Lehrer waren.

Im Rahmen der Fürsorgetätigkeit erhielten 824 317 palästinensische Flüchtlinge monatliche Lebensmittelrationen. UNRWA betrieb 1981 100 Gesundheitszentren und Ambulatorien, in denen 4,5 Millionen Behandlungen durchgeführt wurden. Einen Schwerpunkt der medizinischen Fürsorgetätigkeit stellt die Rehabilitation verkrüppelter Kinder in Spezialbetreuungszentren dar.

Das ordentliche Budget für 1981 betrug 238,6 Mio. \$, welches über freiwillige Beiträge der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen gespeist wurde. Im Jahre 1981 gelang es der UNRWA nicht, diese Mittel zur Gänze aus freiwilligen Beiträgen aufzubringen, so daß ein Budgetdefizit von 44,8 Mio. \$ prognostiziert werden mußte. Aufgrund eines Appells der UNRWA, der prekären Budgetlage und der damit verbundenen Einschränkung für die palästinensischen Flüchtlinge abzuwenden, sah sich die österreichische Bundesregierung veranlaßt, über Österreichs regulären Beitrag von 312 000 \$ hinaus einen Sonderbeitrag von 1 Mio. S für das Unterrichtsprogramm zu leisten.

Die prekäre finanzielle Lage der Organisation, welche das Budgetjahr 1982 mit einem kaum noch zu bewältigenden Defizit beginnt, fand während der Debatte des Tagesordnungspunktes „UNRWA“ während der 36. Generalversammlung große Beachtung, wobei die Vorstellungen der wichtigsten Hauptbeitragsländer bedauerlicherweise nicht auf einen Nenner gebracht werden konnten, so daß der diesbezügliche Tagesordnungspunkt einer weiteren Debatte der 36. Generalversammlung, die im März 1982 wieder einberufen werden wird, vorbehalten bleibt.

Als temporärer Sitzstaat der UNRWA ist Österreich an der Funktionsfähigkeit der Organisation, deren Tätigkeit, abgesehen von humanitären Erwägungen, auch als Element der Stabilität im Nahen Osten betrachtet wird, besonders interessiert und nimmt daher aktiven Anteil am Konsultationsprozeß über die Sanierung des UNRWA-Budgets.

*CSDHA***Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (CSDHA)**

Das seit dem Jahre 1973 auf dem sozialen und humanitären Sektor tätige Center for Social Development and Humanitarian Affairs wurde 1979 im Wiener Internationalen Zentrum angesiedelt und dient als „Servicing Unit“ für eine Reihe von Veranstaltungen der Weltorganisation. So wurde im Jahre 1981 die 27. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für den Sozialen Fortschritt in Wien abgehalten. Obwohl Österreich dieser aus 32 Staaten zusammengesetzten Kommission nicht angehört, hat es dennoch die letzte Tagung aufmerksam beobachtet, weil in ihr auch Österreich besonders interessierende Fragen der Rehabilitation Behinderter, des Alterns und der Verbrechensverhütung erörtert wurden. Die Kommission setzte sich auch mit dem Problem der Reorganisation des sozialen Sektors der Vereinten Nationen auseinander und gab hiezu dem Wirtschafts- und Sozialrat konkrete Empfehlungen ab. Breiten Raum nahm auch die künftige Eingliederung des Komitees der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und -kontrolle ein, welches nach dessen eigenen Wünschen in Hinkunft direkt dem Wirtschafts- und Sozialrat unterstellt und nicht durch die Kommission für den sozialen Fortschritt weiterhin „betreut“ sein möchte. Hinter dieser Debatte verbirgt sich das institutionelle Problem der Eingliederung der Einheit der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und -kontrolle in das Zentrum für Soziale und Humanitäre Angelegenheiten.

Das CSDHA war ferner für die Organisation einer weiteren Tagung des Beratenden Komitees für das Internationale Jahr der Behinderten verantwortlich, das vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ebenfalls aufmerksam beobachtet wurde. Aus dieser Tagung fließende Anregungen wurden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die sachlich hiefür zuständigen Bundeszentral- und Landesstellen weitergeleitet, so daß den Intentionen der Vereinten Nationen Rechnung getragen werden konnte, die Öffentlichkeit aus Anlaß des Internationalen Jahres auf die spezifischen Probleme der Behinderten aufmerksam zu machen. In der Folge des Vorbereitenden Komitees trat auch ein Gremium international anerkannter Experten auf dem Gebiete der Behindertenvorsorge in Wien zusammen, die sich insbesondere mit den Problemen der Behinderten in den Entwicklungsländern und den Möglichkeiten auseinandersetzten, mit denen dieser Randgruppe der Gesellschaft geholfen werden kann. Auch diese Veranstaltung fand internationale Beachtung.

In Vorbereitung des Internationalen Jahres der Jugend (1985) fand die konstituierende Sitzung des von der Generalversammlungs-Resolution 35/126 eingerichteten Beratenden Komitees für das Internationale Jahr

CSDHA

der Jugend statt. Wenn auch Österreich dem Ausschuß nicht angehört, verfolgte es die Tagung laufend als Beobachter. Im Vorbereitenden Komitee selbst versuchten die Staaten der westlichen Gruppe ein Übergewicht der Ostblockstaaten bei den Vorbereitungen und der Durchführung des Internationalen Jahres zu verhindern, indem sie ihrerseits Vorschläge betreffend die Abhaltung des Jahres unterbreiteten. Das Internationale Jahr selbst geht auf eine rumänische Initiative zurück und wurde zunächst nur widerwillig von anderen Staaten akzeptiert. Das Ergebnis des in Wien abgehaltenen Vorbereitungstreffens läßt jedoch den Schluß zu, daß das in Aussicht genommene Internationale Jahr unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen durchgeführt und damit zu einem weiteren von den Vereinten Nationen proklamierten Jahr wird, welches auf das Anliegen einer besonderen Gruppe der menschlichen Gemeinschaft aufmerksam macht.

Schließlich wurde 1981 auch noch die 1. Tagung des Vorbereitenden Komitees für die Weltversammlung über Probleme des Alterns abgehalten. Auch an dieser Komiteetagung nahm Österreich großen Anteil, weil bereits bei Tagungsbeginn die Aussichten für die Abhaltung der Konferenz über Probleme des Alterns in Wien günstig erschienen und auch Österreich aufgrund seiner Altersstruktur von den in der Konferenz zu behandelnden Themen unmittelbar tangiert ist. Die Einladung Österreichs, die Weltaltenkonferenz in Wien abzuhalten, die vom österreichischen Beobachter zur Tagung des Vorbereitenden Komitees ausgesprochen worden war, wurde in der Folge von der 36. Generalversammlung angenommen, welche der österreichischen Regierung hierfür den Dank aussprach. Die Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten richten sich derzeit darauf, die Konferenz auch in sachlicher Hinsicht effizient vorzubereiten.

Auch auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung, für welches eine Untereinheit des Zentrums zuständig ist, fand ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen österreichischen Stellen statt.

Aus der Überlegung heraus, daß für die sachliche Betreuung der Agenden, die wahrzunehmen das CSDHA berufen ist, im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine einzige organisatorische Einheit zuständig sein sollte, wurde zur Herbeiführung eines effizienten Verkehrs zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Zentrum (CSDHA) eine Abteilung für multilaterale soziale und humanitäre Angelegenheiten geschaffen, deren Hauptaufgabe die Koordination bzw. Wahrnehmung einschlägiger mit dem Wirkungsbereich des CSDHA korrespondierenden Tätigkeiten ist.

Suchtgiftkontrolle

UN-Einheiten für Suchtgiftkontrolle und Bekämpfung des Drogenmißbrauches

Im Jahre 1946 wurde in der Absicht, ein weltweites Suchtgiftkontrollsystem zu errichten, die UN-Suchtgiftkommission als funktionale Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen geschaffen. Gegenwärtig umfaßt sie 30 Mitglieder, wobei 15 jedes zweite Jahr für eine Periode von vier Jahren gewählt werden. Österreich, das von 1957 bis 1959 Mitglied der Kommission war, strebt eine neuerliche Mitgliedschaft an.

Ziel des auf die Arbeiten der UN-Suchtgiftkommission zurückgehenden Suchtgiftkontrollsystems der Vereinten Nationen ist es, die Herstellung und den Handel mit Suchtgiften auf den medizinischen und wissenschaftlichen Gebrauch zu beschränken. Diese Aufgaben werden vom Internationalen Suchtgiftkontrollrat wahrgenommen, der mit Inkrafttreten der „Einigen Suchtgiftkonvention 1961“ im Jahre 1968 an die Stelle des seit der Zeit des Völkerbundes tätigen Ständigen Zentralen Suchtgiftrates trat. Dem Internationalen Suchtgiftkontrollrat gehören 13 unabhängige Experten an, die die weltweite Einhaltung der Internationalen Suchtgiftabkommen prüfen und überwachen.

Der 1971 von der Generalversammlung geschaffene Fonds zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches finanziert aus freiwilligen Beiträgen verschiedene Programme, um das Angebot an und die Nachfrage nach Suchtgiften, aber auch den illegalen Suchtgifthandel zu reduzieren. Österreich leistete im Jahre 1981 einen Beitrag von 900 000 S im Vergleich zu 800 000 S im Jahre 1980.

Wie der Internationale Suchtgiftkontrollrat in seinem Jahresbericht 1981 feststellt, ist der Suchtgiftmißbrauch weltweit weiter angestiegen. Sowohl die Anzahl der Süchtigen als auch die geographische Verbreitung des Suchtgiftmißbrauches, die Zahl, Vielfalt und Stärke der unerlaubten Suchtgifte und psychotropischen Substanzen haben weiter zugenommen. Trotz entsprechender Gegenmaßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene sind sowohl unerlaubter Handel als auch Produktion angestiegen.

Angesichts einer derart erschreckenden Entwicklung schlägt der UN-Suchtgiftkontrollrat in seinem Jahresbericht 1981 vor, daß die Vereinten Nationen ein Internationales Jahr gegen den Suchtgiftmißbrauch propagieren sollten, um die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung zu erwirken.

Schließlich ist noch eine vom CSDHA organisierte Tagung des Suchtgiftkontrollrates der Vereinten Nationen zu erwähnen, an der Österreich zwar nicht teilnahm, weil Österreich, ebenso wie eine Reihe anderer westeuropäischer Staaten die Konvention über Psychotrope Sub-

Internationales Handelsrecht

stanzen von 1971 aus Überlegungen betreffend die „Administrierbarkeit“ dieses internationalen Übereinkommens nicht ratifiziert hat, die aber gezielte Fragen an Österreich hinsichtlich der Herstellung und des Vertriebes bestimmter narkotischer Substanzen richtete. Die gewünschten Stellungnahmen konnten mit dem Hinweis abgegeben werden, daß Österreich, obwohl nicht Mitglied der Konvention über Psychotrope Substanzen von 1971, autonom legislative Maßnahmen trifft, um dem Ziel der genannten Konvention Rechnung zu tragen, nämlich einen Suchtgiftmißbrauch weltweit zu unterbinden.

Abteilung für Internationales Handelsrecht

Seit 1979 befindet sich diese Abteilung, die nach wie vor ein Teil des Rechtsbüros der Vereinten Nationen ist, in Wien. Ihre Hauptaufgabe ist es, als Sekretariat der UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) zu fungieren und die Dokumentation der Kommission vorzubereiten. Der Kommission selbst obliegt die Förderung der Harmonisierung und Vereinheitlichung des Internationalen Handelsrechts. Österreich ist Mitglied der Kommission.

Im Jahre 1981 wurden eine Reihe von Tagungen der UNCITRAL in Wien abgehalten. Vom 5. bis 16. Jänner tagte die Arbeitsgruppe für international übertragbare Wertpapiere, vom 9. bis 18. Juni 1981 die Arbeitsgruppe über die Neue Internationale Wirtschaftsordnung. Die 14. Tagung der Kommission selbst fand vom 19. bis 26. Juni 1981 ebenfalls in Wien statt. In der Zeit vom 22. bis 26. Juni 1981 veranstaltete UNCITRAL außerdem in Wien das 2. Symposium über das Internationale Handelsrecht, dessen Abhaltung von Österreich finanziell unterstützt wurde.

Wie schon im Vorjahr übernahm Österreich auch anlässlich der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen in der 6. Kommission die Ausarbeitung und Einführung der UNCITRAL betreffenden Resolution, die mit Konsens angenommen wurde. Diese Resolution legt das künftige Arbeitsprogramm der UNCITRAL fest.

Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC)

Nach ersten Kontakten zwischen Venezuela, Iran, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien, die bis in das Jahr 1949 zurückreichen und auf eine Abstimmung der Haltung dieser Länder gegenüber den Ölgesellschaften abzielten, trafen sich Regierungsvertreter dieser 5 Staaten im September 1960 zu einer Konferenz in Bagdad, auf welcher die Errichtung der Organisation der erdölexportierenden Länder (Organization of Petroleum Exporting Countries) als ständige internationale Organisation beschlossen wurde. Der Gründungsvertrag wurde im November 1962 bei den Vereinten Nationen unter Nr. 6363 registriert.

OPEC

Hauptziel der Organisation ist die Erdölpolitik der Mitglieder zu koordinieren, ihre individuellen und kollektiven Interessen als Erdölproduzenten wahrzunehmen und für eine Stabilisierung der Weltmarktpreise im Interesse der Produzenten- und Konsumentenländer Sorge zu tragen.

Neben den 5 Gründungsmitgliedern, denen bei der Entscheidung über Anträge zur Aufnahme in die Organisation ein Vetorecht zusteht, sind der OPEC weiters beigetreten: Katar (1961), Indonesien, Libyen (1962), Vereinigte Arabische Emirate (übernahm 1974 die seit 1967 bestehende Mitgliedschaft von Abu Dhabi), Algerien (1971), Nigeria (1971), Ekuador (1973) und Gabun (1975).

Oberstes politisches Organ der OPEC ist die Konferenz der Erdöl- bzw. Finanzminister, die jährlich zweimal zusammentritt. Der Gouverneursrat ist für die Durchführung ihrer Beschlüsse verantwortlich und wird in seinen Aufgaben vom Sekretariat und dessen Abteilungen für Verwaltung, Wirtschaft, Rechtsfragen, Information, Technik und Statistik unterstützt.

Das Sekretariat (derzeitiger Generalsekretär: Dr. Marc S. Nan Ngema) wurde 1961 in Genf errichtet und übersiedelte 1965 nach Wien.

Ein weiteres wichtiges Organ ist der Ministerausschuß für die langfristige Strategie und Planung, in dem die Grundlinien für die Beziehungen der OPEC zu den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sowie den Preisbildungsmechanismus erarbeitet werden.

Die Länder der OPEC fördern zusammen bis zu 50% der Erdöl-Weltproduktion, sind am Welthandel zu mehr als $\frac{4}{5}$ und an der Erdölversorgung der westlichen Länder zu rund $\frac{3}{5}$ beteiligt. Auf dieser Basis gelang es der OPEC in den mehr als zwei Dezennien ihres Bestehens und trotz zum Teil divergierender Interessen ihrer Mitglieder eine bestimmende Stellung im Energiebereich zu erwerben. Ihre Politik löste starke Impulse zu strukturellen Änderungen der internationalen Energiepolitik aus, die eine wichtige Voraussetzung für die globale, geordnete Bewältigung des Übergangs zu einem auf regenerbaren Energieträgern basierenden Weltwirtschaftssystem darstellen.

Darüber hinaus ist die OPEC in konstruktiver und systematischer Weise bestrebt, ihrem Einfluß als Modell für rohstoffexportierende Entwicklungsländer und allgemein als Anwalt für die Anliegen der Dritten Welt im Nord-Süd-Dialog Geltung zu verschaffen. Sie stellt über den OPEC-Fonds und andere internationale Organisationen und Finanzinstitutionen beträchtliche Mittel für Entwicklungsaufgaben bereit.

OFID

Unter dem Generalthema „Energy and Development, Option for Global Strategy“ veranstaltete die OPEC im November 1981 in Wien ein internationales Seminar, an dem unter dem Vorsitz des saudi-arabischen Erdölministers Scheikh Ahmed Zaki Yamani die für Energiefragen zuständigen Minister aus 16 Entwicklungsländern und 5 Industriestaaten, sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft teilnahmen. Die Eröffnungsansprache hielt Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky (abgedruckt im Anhang „Grundsatzserklärungen“).

Die OPEC bekräftigte bei dieser Gelegenheit ihre globalen entwicklungspolitischen Zielsetzungen im Interesse der Gesamtheit der Entwicklungsländer und richtete an die Industriestaaten die Einladung, den Anliegen der Dritten Welt in Zusammenarbeit mit der OPEC zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Status der OPEC in Österreich ist durch das Amtssitzabkommen (BGBl. Nr. 382/1974) festgelegt.

OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung (OFID)

Die Ziele des 1965 geschaffenen Fonds sind erstens, die Entwicklungsanstrengungen der nicht der OPEC angehörenden Entwicklungsländer zu unterstützen, und zweitens, die Solidarität zwischen diesen und den OPEC-Ländern zu stärken und dadurch ihr gemeinsames Ziel der Schaffung einer gerechteren internationalen Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

Der Fonds sieht sowohl Zahlungsbilanz- wie Projektfinanzierung vor und gewährt neben der direkten Hilfeleistung an Regierungen auch Zuwendungen an geeignete andere internationale, mit Entwicklungsaufgaben befaßte Organisationen.

Bei Gewährung von Zahlungsbilanzhilfe kann der Fonds vom Empfängerland die Bereitstellung äquivalenter Counterpartmittel in lokaler Währung zur Finanzierung von lokalen Kosten des geförderten Projektes verlangen.

Bis Ende September 1981 gewährte der Fonds 261 Kredite (142 Zahlungsbilanz-Finanzierungskredite, 115 Projekt-Kredite und 4 Programmkredite). Ferner wurden 38 grants für technische Hilfe u. a. vergeben. Die Verteilung war: für Afrika 144 Kredite in Höhe von 554,06 Mio. \$, für Asien 78 Kredite in Höhe von 539,02 Mio. \$ und für Lateinamerika 39 Kredite in Höhe von 144,685 Mio. \$.

Von den Zahlungsbilanzfinanzierungskrediten in der Gesamthöhe von 556,35 Mio. \$ gingen 308,05 Mio. \$ nach Asien und 95,85 Mio. \$ in die Karibik und Zentralamerika. Mit den Counterpartmitteln in lokaler Währung wurden die lokalen Kosten von 125 Entwicklungsprojekten

IIASA

in 49 Ländern finanziert (26,6% Energieerzeugung, 16,11% Transportsektor und 37,61% Landwirtschaft).

Von Gesamtkrediten zur Projektfinanzierung in Höhe von 661 Mio. \$ erhielten Asien 385 Mio. \$, Afrika 227 Mio. \$ und Lateinamerika 48,8 Mio. \$ (46% Energiesektor, 16% Industrie und lokale Entwicklungsbanken, 20% Transportsektor, 11,6% Landwirtschaft und der Rest für den Kommunikationssektor und öffentliche Einrichtungen).

Ferner beteiligte sich der Fonds an UNDP-Projekten mit Beiträgen in Höhe von 28,481 Mio. \$.

Am Anfangskapital des IFAD beteiligte sich der Fonds mit insgesamt 435,5 Mio. \$ und nimmt an der Wiederauffüllung des IFAD mit einem Beitrag von 450 Mio. \$ unter der Voraussetzung teil, daß die Beiträge der Industriestaaten 650 Mio. \$ erreichen.

Ferner unterstützt der Fonds den projektierten Gemeinsamen Rohstofffonds der UNCTAD durch Bereitstellung von 46,6 Mio. \$ für das sogenannte Zweite Fenster und durch Übernahme der Subskriptionsbeiträge von 35 Entwicklungsländern in der Gesamthöhe von 37,16 Mio. \$.

Der OPEC-Entwicklungsfonds hat seinen Sitz in Wien und steht unter der Leitung von Generaldirektor Dr. Ibrahim F. I. Shihata.

Am 21. April 1981 wurde mit dem OPEC-Fonds ein Amtssitzabkommen abgeschlossen, welches dem Fonds im wesentlichen jenen Status einräumt, den die OPEC hat. Das Abkommen bedarf der parlamentarischen Genehmigung.

Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA)

Der Gedanke, ein internationales wissenschaftliches Zentrum zur Erforschung gemeinsamer zivilisatorischer Probleme der Industriestaaten als Brücke zwischen Ost und West zu gründen, geht auf den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson zurück. Im Frühjahr 1967 kontaktierte in seinem Auftrag der damalige Präsident der Ford Foundation, McGeorge Bundy, die sowjetische Seite, die den amerikanischen Vorschlag positiv aufnahm. Die Gespräche zwischen McGeorge Bundy und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees für Wissenschaft und Technologie des Ministerrats der UdSSR, Jermen Gvishiani, führten in der Folge zu multilateralen Verhandlungen. Im Oktober 1972 wurde die Charta des Instituts in London unterzeichnet. Seit 1973 ist das Institut in Laxenburg bei Wien angesiedelt.

Die Aufgabe des Instituts ist eine zweifache: Einerseits sollen Wissenschaftler verschiedener Nationalitäten und verschiedener Disziplinen

IIASA

zur gemeinsamen Erforschung von Sachfragen, die für den Fortschritt der Menschheit relevant sind, zusammengebracht werden. Dadurch soll das Institut sich zu einem Kristallisationspunkt bzw. zur Plattform für eine breite internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit – auch über die Heimatstaaten der IIASA-Mitgliedsorganisationen hinausgehend – entwickeln und einen Beitrag zur konkreten Problemlösung bei Fragen internationaler Bedeutung leisten. Andererseits soll die Forschungsarbeit des Instituts aber auch die Entwicklung der Systemanalyse, ihrer Methodik sowie ihres Einsatzes als Entscheidungshilfe bei der Bewältigung komplexer Probleme fördern.

Am Institut sind Staaten nicht direkt beteiligt, sondern durch wissenschaftliche Institute –, wie zum Beispiel die österreichische Akademie der Wissenschaften –, vertreten. Hatte das Institut 1972 Mitgliedsorganisationen aus 12 Staaten (USA, UdSSR, Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Polen und Tschechoslowakei) sind es derzeit 17 (Österreich, Ungarn, Finnland, Niederlande und Schweden).

Das Institut war 1981 in vier Forschungsbereiche gegliedert:

- Ressourcen und Umwelt,
- Siedlungswissenschaften und Dienstleistungen,
- Management und Technologie und
- System- und Entscheidungswissenschaften.

Zusätzlich bestanden zwei Forschungsprogramme, die sich mit den langfristigen, globalen Aspekten des Energieproblems und mit der Frage der ausreichenden Versorgung einer rasch wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln befassen. 1980 wurde eine umfassende Studie, die die Ergebnisse der bisherigen, achtjährigen Forschungsarbeit des Energieprogramms zusammenfaßt, veröffentlicht, die weltweit Resonanz fand.

Das Institut ist mit dem Problem konfrontiert, daß die USA unter Geltendmachung budgetärer Gründe ihre Mitarbeit erheblich reduzieren oder sich zurückziehen wollen. Österreich ist bestrebt, die Mitarbeit der USA auch weiterhin aufrechtzuerhalten und unterstützt die Bemühungen des Instituts, seine finanzielle und institutionelle Zukunft zu sichern.

Das IIASA, ein Verein nach Österreichischem Recht, ist eine internationale Organisation im Sinn des Privilegiengesetzes (BGBl. Nr. 677/1977), weil das Institut aus juristischen Personen des öffentlichen Rechts mehrerer Staaten gebildet wird. Sein Status ist durch Verordnung BGBl. Nr. 441/1979 und durch Gesetz (BGBl. Nr. 219/1981) geregelt.

*Außenwirtschaftspolitik***Außenwirtschaftspolitik**

Neben der Außenpolitik im engeren Sinne ist die Außenwirtschaftspolitik zusammen mit der Auslandskulturpolitik einer der drei Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik. Ziel der österreichischen Außenwirtschaftspolitik ist es, die Wirtschaftsbeziehungen – als wichtiges Element der Vollbeschäftigungspolitik – zu fördern und damit für den Absatz österreichischer Produkte und Dienstleistungen sowie für die Sicherung unserer Energie- und Rohstoffversorgung günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Interessenlage Österreichs als hochindustrialisierter Kleinstaat im zentraleuropäischen Raum, die eine besonders hohe Verflechtung mit der Weltwirtschaft bedingt, spricht eindeutig für eine Beibehaltung der liberalen Außenhandelspolitik. Trotz des anhaltenden Drucks auf die Zahlungsbilanz und trotz der verschlechterten Beschäftigungslage zahlreicher inländischer Betriebe hat es die österreichische Außenhandelspolitik vermieden, nach dem Beispiel anderer Handelspartner durch die offene oder versteckte Einführung neuer Handelshemmnisse eine temporäre Entlastung der Zahlungsbilanz zu erzwingen. Zwischen allen zuständigen Ressorts herrscht Übereinstimmung, daß eine solche Politik zu einer Abkapselung der einzelnen Wirtschaftsräume und damit nur zu einer Verschärfung der weltweiten Krisensymptome führen müßte.

Die österreichischen Bestrebungen gehen dahin, zur Aufrechterhaltung eines möglichst freien Welthandels auch in den 80er Jahren alle Möglichkeiten für weitere Handelsliberalisierungen im Rahmen internationaler Gremien auszuschöpfen. Dem weiteren Zollabbau und der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse, der Abrundung des europäischen Freihandelsraums, dem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu allen OECD-Staaten, der Pflege des Osthandels und der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten der dritten Welt gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.

Im Einvernehmen mit den federführenden Wirtschaftsressorts (Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft) kommen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hierbei wichtige Aufgaben zu: So nimmt das Ressort an den Tagungen der mit zahlreichen Ländern eingerichteten und vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie geleiteten Gemischten Kommissionen für Außenhandel und für wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit und an den vom Bundesministerium für Finanzen geleiteten bilateralen Umschuldungsverhandlungen teil, ist Mitglied der Statistischen Zentralkommission, des Messe- und Ausstellungsausschusses der

Förderung der Exportinteressen

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, und ist im Aufsichtsrat der Österreichischen Exportfonds Ges.m.b.H. und dem Erweiterten Beirat nach dem Ausfuhrförderungsgesetz vertreten.

Das wichtigste Instrumentarium zur praktischen Durchsetzung der österreichischen wirtschaftspolitischen Interessen gegenüber dem Ausland stellen (neben den Außenhandelsstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, mit denen engste Zusammenarbeit besteht) die Botschaften dar, die vor allem in denjenigen Staaten, wo die staatlichen Stellen eine weitgehende Ingerenz auf das Wirtschaftsleben ausüben (Oststaaten, Entwicklungsländer) laufend derartige Interventionen durchzuführen haben. Aber auch die in der wirtschaftlichen Krise zunehmende Tendenz anderer österreichischer Handelspartner, nicht-tarifarische Handelshemmnisse im Warenverkehr und ähnliche Barrieren im Dienstleistungsbereich (vor allem im Reiseverkehr) zu errichten, machte im Berichtsjahr eine umfangreiche, mit den federführenden Ressorts engstens abgestimmte Tätigkeit der Vertretungsbehörden (u. a. in Bern, Lissabon, Madrid, Rom, Belgrad, Athen, Washington, Ottawa) erforderlich.

Auch die Auslandsreisen des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten stehen im Zeichen dieses notwendigen und oft erfolgreichen staatlichen Engagements für die Belange der österreichischen Wirtschaft. Im Berichtsjahr waren insbesondere die Besuche des Außenministers in Afrika (Kenia, Sambia und Simbabwe) und Asien (Pakistan, Indien und Thailand) weitgehend wirtschaftlich akzentuiert, was sich durch große hochrangige Wirtschaftsdelegationen manifestierte, die den Bundesminister begleiteten und im Rahmen dieser Besuche Zutritt zu den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern in den betreffenden Staaten erlangten.

Die österreichischen Beziehungen zur EFTA, EG und OECD sind im Kapitel „Multilaterale Zusammenarbeit“ behandelt.

Förderung der Exportinteressen

Die österreichische Wirtschaft wurde im Berichtsjahr von der internationalen konjunkturellen Lage verstärkt beeinflusst, da sich die autonomen antizyklischen Maßnahmen weniger wirksam erwiesen haben als 1980. So zeigte 1981 das Bild einer konjunkturellen Mittellage mit einer leicht negativen Tendenz, wobei das Wirtschaftswachstum jedoch noch immer knapp über der Nullgrenze gehalten werden konnte. Für dieses im internationalen Vergleich relativ günstige Ergebnis waren verschiedene Faktoren maßgebend, darunter in erster Linie die noch immer anhaltende Exportdynamik und, dadurch bedingt, eine leichte Entspannung der Zahlungsbilanzsituation. Die österreichischen Ex-

Förderung der Exportinteressen

porte wuchsen im Jahr 1981 von 226 auf 252 Mrd. S (+ 11,3 %), während die Importe von 316 auf 335 Mrd. S anstiegen, das sind + 6,2 %. Im Jahr 1980 war diese Relation umgekehrt (17 %iger Import- und nur 10 %iger Exportzuwachs). Dementsprechend ist das Außenhandelsdefizit von über 89 auf knapp 83 Mrd. S (das sind rund 8 %) gesunken.

Das Nachlassen des noch für 1980 charakteristischen Importsogs ist allerdings weitgehend auf den Rückgang der inländischen Konjunktur zurückzuführen, so daß diese, an sich erfreuliche, Verbesserung der Außenhandelsbilanz auch die Schwäche der inländischen Wirtschaftsdynamik widerspiegelt. Die konjunkturell bedingte Dämpfung der Inlandsnachfrage wurde auf dem für die Zahlungsbilanz besonders wichtigen Sektor der Energieimporte durch eine weitgehende „Abkopplung“ des Energiekonsums von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung verstärkt, wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß dieses, gezielten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zuzuschreibende Ergebnis nur als relativer Erfolg zu Buche schlug, da er von den im gleichen Zeitraum eingetretenen Preiserhöhungen für Erdöl und -produkte um ein Vielfaches übertroffen wurde. Als weiterer externer Einfluß auf die Außenhandelsbilanz ist auch der fast kontinuierliche Anstieg des Dollarkurses zu erwähnen, der sich vorwiegend negativ auswirkte, da traditionell der Wert der Dollarfakturierungen für Importe (vor allem für Rohöl) weit größer ist als für Exporte. Die u. a. dadurch verursachte beträchtliche Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (terms of trade) um mehr als 4 % sowie ein unterdurchschnittliches Wachstum des Dienstleistungsbilanzüberschusses machten die von der inländischen Konjunkturschwäche ausgehenden Entlastungseffekte auf die Handelsbilanz weitgehend wieder zunichte.

Die wesentlichen Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsräumen, die die österreichische Außenhandelspolitik 1981 und damit auch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit neuen Aufgabenstellungen konfrontierten, können wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Verschlechterung der Konjunkturlage in den westlichen Industriestaaten (OECD-Raum – Anteil am österreichischen Gesamtexport über 70 %). Die Konjunkturlage der wichtigsten Handelspartner, d. h. der Bundesrepublik Deutschland und des übrigen Europäischen Freihandelsraumes hat sich weiterhin verschlechtert oder zumindest nicht gebessert, die Importnachfrage ist durch Hochzinspolitik und Investitionsunlust weiter gesunken. Die kontinuierliche Aufwärtsbewegung des Dollarkurses hat darüber hinaus in den marktwirtschaftlichen Überseestaaten mit traditioneller Dollarfakturierung zu einer Verschlechterung der österreichischen Wettbewerbslage gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum geführt.

Förderung der Exportinteressen

- b) Krisenerscheinungen in den osteuropäischen Staaten mit Zentralverwaltungswirtschaft. Als politisch und strukturell wichtigste und in vieler Hinsicht folgenschwerste Entwicklung des Jahres kann wohl das Umsichgreifen krisenhafter Erscheinungen innerhalb der osteuropäischen Zentralverwaltungswirtschaften, kulminierend im Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft, bezeichnet werden. Die inneren und äußeren Ursachen dieser sich seit längerer Zeit anbahnenden Entwicklung, die in unterschiedlicher Intensität praktisch alle Staaten dieses Raumes erfaßt hat, sind vielfältig und komplex; an dieser Stelle sind jedoch nur die unmittelbaren Auswirkungen auf Österreich zu betrachten.

Der Marktanteil der RGW-Staaten am österreichischen Export liegt – bei langfristig langsam sinkender Tendenz – derzeit bei 11 % und ist daher, abgesehen von der hohen innerösterreichischen Wertschöpfung bei den auf diesen Märkten abgesetzten Produkten, für Österreich von entsprechender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Wenn Jugoslawien, dessen wirtschaftliche Ordnung (abgesehen von seiner politischen Position) mit den osteuropäischen Modellen nur gewisse Parallelen aufweist, in diese Wertung einbezogen wird, erreicht der Exportanteil des osteuropäischen Raumes über 14 %.

- c) Weitgehende Aushöhlung der bereits geschwächten Wirtschaftssubstanz der energiearmen Entwicklungsländer. In praktisch allen Entwicklungsländern ohne eigene Energiebasis haben die Preissteigerung bei Erdöl und -produkten und in der Folge auch bei anderen Energieträgern sowie vereinzelt auch innerpolitische Wirren und kriegsähnliche Situationen zu einer alarmierenden Erosion der Währung und des Wirtschaftspotentials überhaupt geführt. Zwangswirtschaftliche Maßnahmen, wie Devisenbewirtschaftung und Importsperrern, haben nur in denjenigen Ländern eine gewisse, manchmal auch trügerische, Erleichterung gebracht, die über eine breite Binnenwirtschaft oder zumindest Agrarbasis verfügen, während in der Mehrzahl der Fälle, vor allem in den kleineren Staaten Afrikas und Zentralamerikas, Überlebens- und Beschäftigungszwänge ein Ansteigen der Auslandsverschuldung herbeiführten, das die ohnehin problematische Kreditwürdigkeit dieser Staaten weiter aushöhlte. Obwohl diese Ländergruppe für die österreichische Exportwirtschaft als Ganzes nur marginale Bedeutung besitzt, dürfen die Auswirkungen auf das System der österreichischen Exportfinanzierung nicht außer Acht gelassen werden. Im Berichtsjahr wurden im Gegensatz zu 1980 keine Umschuldungsverhandlungen größeren Umfangs mit zahlungsunfähig gewordenen Entwicklungsländern geführt, was zum Teil auf die immer größere Zurückhaltung bei finanziellen Engagements in dieser Relation zurückzuführen ist. Die be-

Sicherung der Energieversorgung

stehenden Umschuldungsabkommen wurden zum Teil (Sudan, Zaire, Nord-Korea) nur schleppend bedient. Bei Besuchen von Regierungsmitgliedern dieser Staaten in Österreich und bei Kontakten im Rahmen der Vereinten Nationen sowie seitens der österreichischen Vertretungsbehörden, mußte daher die Frage des Schuldendienstes immer wieder mit Nachdruck verfolgt werden.

- d) Weiterer Investitionsschub in den OPEC-Staaten. Trotz Rückgang des Rohölverbrauches in den Industriestaaten wegen der allgemeinen Konjunkturflaute und trotz des damit zusammenhängenden Abbröckelns des realen Rohölpreises dürfte der Zahlungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder im Jahr 1981 die Größenordnung von 1 000 Mrd. S überschritten haben. So erfreulich es ist, daß die österreichischen Exporte in diese Ländergruppe im Berichtsjahr um mehr als 43 % gestiegen sind und damit einen Anteil von etwas über 7 % am Gesamtexport erreicht haben, ist der Marktanteil Österreichs angesichts der engen Wirtschaftsbeziehungen vor allem zu den arabischen Ölproduzenten (auf die etwa $\frac{9}{10}$ des eben erwähnten Exportvolumens entfallen) noch ausbaufähig.
- e) „Schwellenländer“. Neben den meisten Mitgliedern der OPEC ist es auch einigen Entwicklungsländern in Ostasien und Lateinamerika gelungen, ihre Industrialisierung soweit voranzutreiben, daß sie statistisch bereits als eigene Gruppe betrachtet werden. Zum Unterschied von den wichtigsten OPEC-Ländern mußten diese Länder (wie vor allem Brasilien, Argentinien, Singapur und Südkorea) sich jedoch international stark verschulden, um ihren Entwicklungsprozeß voranzutreiben. Die österreichische Wirtschaft stößt daher bei ihren Bemühungen um eine Ausweitung der Exporte in diese vielversprechenden Märkte rasch an Finanzierungsgrenzen. Obwohl die Exporte in fast alle Schwellenländer 1981 beachtliche Steigerungsraten aufweisen, entfallen auf diese Gruppe erst $1\frac{1}{2}\%$ der österreichischen Exporte.

Sicherung der Energieversorgung

Charakteristisch für die österreichische Energiesituation ist die sinkende Bedeutung der inländischen Energieerzeugung und wachsende Abhängigkeit von Energieimporten. Die einheimische Energieproduktion deckte 1980 43 % des Gesamtenergieverbrauchs. Ihr Anteil wird aber nach vorläufigen Schätzungen auf 37 % im Jahr 1985 und rund 35 % 1990 absinken. Bis 1990 soll der Primärenergiebedarf – nach Prognosen des WIFO – um rund 27 %, von 27,5 Mtoe im Jahr 1980 auf 35 Mtoe 1990 anwachsen. Die zunehmende Differenz zwischen Gesamtenergiebedarf und inländischer Produktion muß durch Energieimporte abgedeckt werden.

Sicherung der Energieversorgung

Im Jahr 1980 wurden 93 % des Erdölbedarfs, 64 % des Erdgasbedarfs und 62 % des Bedarfs an festen Brennstoffen importiert. Die österreichische Energiepolitik zielt daher auf Reduzierung der Energie-, insbesondere der Erdölimporte durch Substitutions- und Einsparungsmaßnahmen ab. Der Anteil der Ölimporte am Gesamtenergiebedarf wird jedoch – vorliegenden Prognosen zufolge – von rund 40 % im Jahr 1980 nur auf etwa 39 % im Jahr 1990 absinken, was einer Zunahme der Erdölimporte um ca. 2,5 Mtoe entsprechen würde.

Die Zunahme des Erdgasbedarfs wird derzeit mit durchschnittlich 4,1 % jährlich prognostiziert (von 4,2 Mtoe 1980 auf 6,3 Mtoe 1990), und muß ebenfalls durch Einfuhren abgedeckt werden.

Trotz verstärkter Substitution von Erdöl durch Kohle in der Stromerzeugung und Industrie wird mit einem Sinken des Anteils der festen Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch von 17,1 % im Jahr 1980 auf 15,8 % 1990 gerechnet. Drei Viertel des Bedarfs an festen Brennstoffen müssen jedoch eingeführt werden, wobei die hohen Transportkosten bedeutend ins Gewicht fallen.

Mehr als zwei Drittel der in Österreich verbrauchten Energie stammen somit derzeit aus ausländischen Quellen.

Der Wert der Energieeinfuhren Österreichs, für die 1970 noch 8 Mrd. S aufgewendet wurden, betrugen 1980 bereits rund 49 Mrd. S und sind im Jahr 1981 um rund 28 % auf rund 62,4 Mrd. S angestiegen. Der Import von Energie und Brennstoffen macht 75 % des Handelsbilanzdefizites aus (1973: 29 %).

Die politische und wirtschaftliche Situation derjenigen Länder und Regionen, die als Bezugsquellen für Österreich in Betracht kommen und unsere Beziehungen zu diesen verdienen daher sowohl im bilateralen wie im multilateralen Bereich besondere Beachtung.

Im Jahre 1980 deckte Österreich seinen Energie-Importbedarf wertmäßig aus den

OPEC-Staaten zu 43,6 % (mengenmäßig: 39,8 %), aus den RGW-Staaten zu 35,9 % (mengenmäßig: 44,2 %), und aus den OECD-Staaten zu 18,5 % (mengenmäßig: 14,2 %).

Die RGW-Länder trugen zur Gesamtenergieaufbringung mit 29,9 %, die OPEC mit 27 % und die OECD-Länder mit 9,6 % bei.

Die für die österreichische Energieversorgung wichtigsten Energieexporteure waren 1980 die UdSSR (26,7 % der gesamten Energieimporte; Kohle: 17,9 %; Erdöl: 13,4 %; Gas: 98,9 %); Irak (13,8 % der Gesamtimporte; 20,7 % der Erdölimporte) und Saudi-Arabien (12,4 %; 18,6 % der Erdölimporte). Aus der BRD bezog Österreich rund 33 %, aus der CSSR rund 27 % der elektrischen Stromimporte, aus Polen rund 29 % und aus der CSSR rund 28 % der Kohleimporte. Diese dem

Sicherung der Energieversorgung

Energiebericht der Bundesregierung 1981 entnommenen Prozentangaben beziehen sich auf Mengen; die statistische Übersicht im Anhang enthält Wertangaben.

Im Jahre 1981 bewirkte der anhaltende Kriegszustand zwischen dem Irak und dem Iran ein weiteres Absinken des Anteils Iraks zugunsten Saudi-Arabiens. Auch bei den Kohleimporten führten die jüngsten Ereignisse in Polen zu starken Verschiebungen. Lieferungsausfälle aus Polen und der UdSSR mußten durch eine Vervierfachung der Bezüge aus den USA wettgemacht werden.

Grundsätzlich wird eine weitere Diversifizierung der Bezugsquellen angestrebt, doch müssen zur Sicherung der mittel- und langfristigen Energieversorgung Österreichs auch verstärkte Anstrengungen zu einer rationelleren Energienutzung unternommen werden; eine ins Gewicht fallende Steigerung der Inlandsproduktion (Erdöl, Erdgas, Braunkohle, Wasserkraft) ist aus technischen Gründen (Erschöpfung der Lagerstätten) nur mehr sehr begrenzt bzw. (Wasserkraft) nur unter außerordentlich großem Kapitaleinsatz möglich. Das wichtigste Element für die Energieversorgung unseres Landes bleiben daher die internationalen Energiemärkte, die sich nur in einem Klima der konstruktiven internationalen Zusammenarbeit sowohl in der Ost-West- als auch in der Nord-Süd-Dimension entwickeln können. Eine konstruktive, auf Abbau der internationalen Spannungen ausgerichtete österreichische Außenpolitik trägt daher auch zur Sicherung der Energieversorgung bei.

Die im Vorjahr eingetretene Beruhigung der internationalen Energiesituation ist auf einen Rückgang der Gesamtnachfrage in sämtlichen westlichen Industriestaaten zurückzuführen. Die weltweite Konjunkturfalte, die von den starken Preiserhöhungen 1979/80 beschleunigte Substitution von Erdöl durch andere Energieträger und energiesparende Maßnahmen sowie die hohe Erdölförderung in Saudi-Arabien haben maßgeblich zu dieser Entspannung beigetragen und führten später zu einem Überangebot auf den internationalen Energiemärkten.

Die OPEC trug dieser Situation Ende Oktober 1981 und anlässlich der 62. Ministerkonferenz in Abu Dhabi vom 13. Dezember 1981 durch Festlegung eines Richtpreises und Bereinigung der Preismargen für verschiedene Ölsorten sowie durch den Beschluß, den Referenzpreis für 1982 beizubehalten, Rechnung.

Weder der Nachfragerückgang noch das Ausbleiben krisenhafter Verknappungen auf der Angebotseite können aber als Dauererscheinungen betrachtet werden. Es muß vielmehr nach einer OECD-Schätzung bis zum Jahr 2 000 mit einer Erhöhung der Gesamtnachfrage nach Energie um 33 bis 50% in den OECD-Ländern, um 60 bis 90% in den Staaten mit Planwirtschaft und um bis zu 200% in den Entwicklungsländern gerechnet werden. Österreich wird daher, vor allem im Rahmen der Ver-

Sicherung der Energieversorgung

einten Nationen und in anderen internationalen Organisationen alle Bestrebungen fördern, die geeignet sind, die institutionellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein sicheres und gerechtes System der internationalen Energieversorgung, besonders auch in den Entwicklungsländern, zu stärken.

Im Rahmen der ECE und der KSZE liegt der Schwerpunkt auf einer Koordinierung der Energiesysteme im Westen und Osten und Schaffung der Voraussetzungen für eine sachliche Kooperation zum beiderseitigen Nutzen. In der IEA wirkt Österreich an gemeinsamen Maßnahmen der OECD-Länder zur Bewältigung der Energieprobleme mit. Im Nord-Süd-Verhältnis standen das aktive Engagement Österreichs (Cancun-Gipfel) zur Ingangsetzung globaler Verhandlungen, unter Einschluß der Energiefragen, im Rahmen der Vereinten Nationen und die Vorbereitung und Mitwirkung Österreichs an der UN-Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen, Nairobi, 10. bis 21. August 1981, im Vordergrund.

Internationale Energieagentur (IEA)

Die IEA-Agenden werden federführend vom Bundeskanzleramt betreut, während die damit verbundenen außenpolitischen Belange vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen werden.

Die IEA bewährte sich auch im Berichtszeitraum als zentrale Organisation der Industriestaaten (außer Frankreich) auf dem Gebiet der Krisenvorsorge und längerfristig ausgerichteten Energiepolitik. Auch der mit der Auflösung seines Ministeriums beauftragte Energieminister der Reagan-Administration Edwards ließ sich bei der Ministertagung der IEA im Juni 1981 in diesem Sinn vernehmen.

Hatten die Jahre 1979 und 1980 aufgrund der Iran- und Irakereignisse einen sprunghaften Anstieg der Erdölpreise bei stark nachziehenden Preisen auch der anderen Energieträger mit sich gebracht, so war das Jahr 1981 durch eine gewisse Beruhigung der Energiemärkte bei Fortdauer erheblicher Unsicherheitsmomente gekennzeichnet.

Im Jahre 1981 konnte der IEA-Raum eine erhebliche Verringerung der Ölimporte gegenüber dem Vorjahr erzielen, wenn auch die dafür aufgewendeten Mittel selbst in Ländern mit starker Währung weit über den im Jahr 1980 transferierten Summen lagen. Die volkswirtschaftliche Problematik der hohen Ölabhängigkeit bestand somit auch im Berichtsjahr weiter und bildete daher den Gegenstand praxisorientierter Analysen des IEA-Sekretariates. Die Ergebnisse werden im „World Energy Outlook“ zusammengefaßt, der 1982 erscheinen und das aktu-

Sicherung der Energieversorgung

ellste Bild dieses geopolitisch so wichtigen Schlüsselsektors samt Vorschauen für die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte geben wird.

Wenn auch ein Teil des Verbrauchsrückganges bei Erdöl durch die allgemein schlechte Wirtschaftslage zustandekam, so sind doch Fortschritte bei der planmäßig durchgeführten strukturellen Umstellung der Energiewirtschaft unverkennbar. Dies kommt in einer Verringerung des Ölanteils am Gesamtenergieverbrauch zum Ausdruck. Es gilt, diesen günstigen Trend auch aufrechtzuerhalten, wenn der Ölpreis in den nächsten Jahren nicht stärker als die Inflationsrate steigen oder gar real sinken sollte.

Kohle, Erdgas und Kernkraft haben zwar bereits im Berichtszeitraum leicht steigende Marktanteile auf Kosten des Erdöls erobern können, ihre tendenziell zunehmende Bedeutung muß aber durch verstärkte internationale Zusammenarbeit in der IEA abgesichert werden. Auch bei der Energieeinsparung kommt der Informations- und Überwachungsrolle der IEA große Bedeutung zu.

Die Beschlüsse der IEA haben dazu beigetragen, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Versorgung mit Kohle gestiegen ist. Die ungeheuren Investitionsmittel zur Entwicklung der Kohlebergwerke und Transporteinrichtungen einschließlich Häfen können nur mobilisiert werden, wenn langfristige Abnahmeverträge abgeschlossen werden. Zu diesen wieder ist das Vertrauen in die Aufrechterhaltung der Versorgung auch in krisenhaften Situationen erforderlich.

Die weitere Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernkraft bedarf ebenfalls einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit, die das Vertrauen in die Zukunft dieser wichtigen Alternativenenergie wiederherstellt. Trotz vielversprechender politischer Erklärungen in den auf diesem Sektor führenden Ländern konnte im Berichtsjahr zwar das Gesprächsklima verbessert, aber noch kein Durchbruch etwa auf dem Gebiet der Endlagerung nuklearer Abfälle erzielt werden.

Die angedeuteten Probleme und Zusammenhänge wurden bei einem von der IEA im April 1981 veranstalteten Parlamentariersymposium diskutiert. Österreich war durch Energiesprecher der drei im Nationalrat vertretenen Parteien repräsentiert und stellte in der Person des Abgeordneten Dr. Kurt Heindl den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für internationale Energiebeziehungen.

Die IEA-Ministerkonferenz, an der Österreich durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Josef Staribacher, vertreten war, bekräftigte die bestehenden Entscheidungen zur Erreichung einer ausgeglicheneren Struktur im Energiebereich und beschloß Maßnahmen zur konsequenten und zügigeren Durchführung. So wird z. B. von nun an die Kohlepolitik der Mitgliedsländer in regelmäßigen Ab-

Sicherung der Energieversorgung

ständen kritisch geprüft. Eine Vereinbarung über eine nach wirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtete Verbraucherpreisgestaltung – Abbau ungerechtfertigter Subventionen und Anpassung der Binnenpreise an die Weltmarktpreise – soll Energieverschwendung verhindern und zusätzliche Investitionen in die Energieproduktion fördern.

Die Energieforschung soll nach Auffassung der Minister durch weitestgehende Nutzung der internationalen kooperativen Forschungsmöglichkeiten intensiviert werden. Die diesbezüglich laufenden Projekte sollen hinsichtlich ihres Kosten-Nutzen-Effekts und ihrer technischen Qualität durchleuchtet und gestrafft werden.

Für die raschest mögliche Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen und neuen Technologien im Interesse einer Herabsetzung der Ölabhängigkeit sollen günstige Bedingungen geschaffen werden.

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie führte aus, daß Österreich 1980 eine deutliche Verringerung der Ölimporte sowie eine Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum erreichte und sich diese Tendenz auch 1981 fortsetzt. Damit hat Österreich einen klaren Beitrag zu den Bemühungen der IEA um eine Herabsetzung der Ölimportabhängigkeit geleistet. Dieser Erfolg ist hauptsächlich auf die Wirkung der Preismechanismen zurückzuführen.

Um die Notwendigkeit periodisch immer wiederkehrender Strukturumstellungen der Energiewirtschaft durch ständig wechselnde Betonung einmal des einen, dann wieder des anderen Energieträgers und die damit verbundenen schädlichen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften zu vermeiden, wäre es zu begrüßen, künftig die Preise aller und nicht nur eines Energieträgers zu untersuchen und nach Kräften auf eine einheitliche, möglichst objektive Basis zu bringen.

Da die gegenwärtige Entspannung auf dem Weltölmarkt voraussichtlich nur vorübergehender Natur sein dürfte, müssen die Ziele der Energiepolitik der letzten Jahre unbeirrt weiterverfolgt und auch Vorkehrungen gegen Subkrisensituationen seitens der westlichen Industriestaaten getroffen werden. Die österreichische Bundesregierung verfügt für derartige Maßnahmen über ein nur sehr geringes Instrumentarium. Die IEA sollte jedoch bereits in allernächster Zeit mit der Ölindustrie Konsultationen zu diesem Problemkreis aufnehmen und sodann im Lichte deren Ergebnisse entsprechende Handhaben schaffen.

Die zweite Jahreshälfte 1981 wurde über Auftrag der Ministerkonferenz zu mehreren Konsultationsrunden mit der Ölwirtschaft über Vorkehrungen gegen subkrisenhafte Entwicklungen der Ölversorgung genutzt. Hiemit sind Störungen gemeint, die nicht das Ausmaß erreichen, welches den Krisenmechanismus des IEP-Übereinkommens auslöst (7% Minderversorgung). Mit solchen geringfügigen Verknappungen

Sicherung der Energieversorgung

verbundene Preissprünge rufen aber schwere volkswirtschaftliche Schäden hervor.

Die ursprünglich sehr weitgehenden italienischen Vorschläge zur Bekämpfung solcher Subkrisen wurden im Dezember 1981 vom IEA-Verwaltungsrat aufgrund der auf Erhaltung ihrer geschäftlichen Unabhängigkeit bedachten Meinungen der Ölgesellschaften bei meist mangelnden gesetzlichen Handhaben der Regierungen stark abgeschwächt. Im wesentlichen handelt es sich um eine Früherkennung von Krisenzeichen durch ein Schnellmeldesystem und um eine Reihe von Maßnahmen, wie sie schon bei früheren Subkrisen mit erheblichem Erfolg angewendet wurden. Hierzu gehören z. B. kurzfristige Verbrauchsreduzierung, informelle Bemühungen zum Ausgleich regionaler Versorgungs-Ungleichgewichte, Empfehlungen für eine der Situation angepasste Vorratspolitik und zur Vermeidung einer Überhitzung der Spot-Märkte und andere kurzfristig wirksame Maßnahmen.

Die IEA befaßt sich in einem eigenen Komitee mit Fragen der energierelevanten Beziehungen zu anderen Ländergruppen. Auf Sekretariats-ebene bestehen Kontakte auch zur OPEC und an einigen Forschungsvorhaben nehmen Entwicklungsländer teil. Die Rolle der IEA im Nord-Süd-Dialog ist aber nach überwiegendem Wunsch der IEA-Länder eher auf Analyse und Beratung als auf Vorbereitung oder Durchführung größerer Initiativen im internationalen Rahmen ausgerichtet.

Europäische Wirtschaftskommission (ECE)

Die dritte Tagung der Höheren Energieberater der ECE fand im Februar 1981 statt und beschäftigte sich im wesentlichen mit der Fortführung des Informationsaustauschs und der Überprüfung der Sekretariatsstudie über Energieprobleme und -zusammenarbeit im ECE-Bereich. Die Sekretariatsstudie wurde vor allem von den EG-Staaten wegen fehlender offizieller Daten aus den RGW-Staaten kritisiert, die auch in der Datenbank durch Sekretariatsschätzungen ersetzt worden waren; sie stelle keine ausreichende Grundlage zur Vorbereitung eines Hochrangigen Energietreffens dar. Obwohl die Oststaaten dieser Auffassung lebhaft widersprachen, kam es letzten Endes zum Auftrag an das Sekretariat, die Studie unter Mitwirkung der Mitgliedstaaten zu überarbeiten.

Die überarbeitete Studie ist sodann im November der vierten Tagung der Höheren Energieberater vorgelegt worden und stieß erneut auf heftige Kritik von westlichen Staaten, vor allem von den USA. Da diese auch, offensichtlich aus der politischen Situation heraus, keine Konzessionen in Richtung eines Hochrangigen Energietreffens machen konnten, endete die vierte Tagung ergebnislos, womit das weitere

Sicherung der Energieversorgung

Schicksal der Höheren Energieberater in Frage gestellt scheint. Dies erstreckt sich auch auf ein wesentliches Seminar ihres Arbeitsprogramms, das für Herbst 1982 nach Wien eingeladen worden war.

Unberührt von dieser negativen Entwicklung haben jedoch die Fachkomitees für Kohle, Erdgas und Strom ihre im technischen Bereich liegende Tätigkeit weiter fortgesetzt.

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Die Madrider Nachfolgekonzferenz hat sich im Frühjahr 1981 ausführlich mit dem österreichischen Entschließungsantrag im Energiebereich befaßt, der auf eine engere Zusammenarbeit von Ost und West auf diesem für die künftige Wirtschaftsentwicklung wesentlichen Gebiet hinzielte. Die Diskussion des Antrags führte zu einer Reihe von Abänderungsvorschlägen von beiden Seiten, doch konnte die österreichische Delegation letzten Endes eine Einigung erzielen, indem sie den Entschließungsantrag textlich dem aktuellen Verhandlungsstadium der Energieberatungen in der ECE anpaßte. Dieser Text fand sodann Aufnahme im Entwurf für Vereinbarungen in Korb II, der noch vor der Sommerpause fertiggestellt werden konnte.

Ungeachtet dessen kam es jedoch zum Scheitern der vierten Tagung der Höheren Energieberater der ECE; hierbei ist allerdings zu bedenken, daß die in Madrid erzielten wirtschaftlichen Vereinbarungen nur dann zum Tragen kommen, wenn auch über die beiden anderen Körbe eine Einigung erzielt werden kann.

Konferenz der Vereinten Nationen für neue und erneuerbare Energiequellen

Die Konferenz, an der rund 5 000 Personen als Vertreter von 125 Staaten und mehr als 60 internationale Organisationen teilnahmen, fand in der Zeit vom 10. bis 21. August 1981 unter dem Vorsitz des Energieministers von Kenia, John Henry Okwanyo, in Nairobi statt. Österreich war durch eine Delegation unter Leitung von Herrn Staatssekretär DDr. Adolf Nussbaumer vertreten.

Gemäß dem Auftrag der Generalversammlung sollte die Konferenz Maßnahmen für ein konzertiertes Vorgehen zur Förderung der Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen ausarbeiten, um damit zur Deckung des Weltenergiebedarfs, vor allem der Entwicklungsländer, beizutragen und die Bemühungen zur Beschleunigung der Entwicklung der dritten Welt zu unterstützen.

Dank einer sachlich geführten und intensiven zweijährigen Vorbereitung konnte die Konferenz Einigung über ein umfassendes Aktionsprogramm („Nairobi Programme of Action“) erzielen, in dem das gemein-

Sicherung der Energieversorgung

same Interesse aller Länder, für eine geordnete Übergangsphase in der Energieversorgung Sorge zu tragen, herausgestellt wird. Zur Bewältigung der gegenwärtigen und künftigen Energieversorgung empfiehlt das Aktions-Programm internationale Prioritäten, vor allem in den sechs Bereichen Energieplanung, Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Informationsaustausch, Ausbildung sowie Mobilisierung finanzieller Ressourcen zur beschleunigten Erschließung und Entwicklung alternativer Energiequellen. Es geht dabei besonders um den Ausbau der Wasserkraft, Brennholz- und Holzkohleproduktion, Nutzung der Biomasse und der Sonnenenergie sowie der geothermischen und Windenergie, den Abbau von Ölschiefern und Teersanden, die Nutzung der verschiedenen Formen der Meeresenergie und den verstärkten Einsatz von Zugtieren und Torf.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene wurde vorgeschlagen, im Rahmen der Vereinten Nationen ein zwischenstaatliches Gremium für Fragen der neuen und erneuerbaren Energiequellen einzusetzen. Die endgültigen diesbezüglichen Beschlüsse sollen 1982 von der 37. Generalversammlung gefaßt werden. Gegensätzliche Auffassungen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer in dieser Frage konnten auf der Basis eines österreichischen Kompromißvorschlages überbrückt werden.

Neben dem Aktionsprogramm verabschiedete die Konferenz eine Reihe von Resolutionen, so u. a. über die besonderen Probleme der ländlichen Bevölkerung und die Brennholzkrise in Entwicklungsländern mit ihren verheerenden ökologischen Auswirkungen. Ein forciertes Wiederaufforstungsprogramm soll bis zum Jahr 2 000 die Zahl der jährlich neugesetzten Bäume verfünffachen. Andere Entschlüsse behandeln wirtschaftlich vielversprechende neue Energieträger, wie die Biomasse, und fordern die UN-Organisationen auf, bei der Entwicklung neuer Energietechnologien in Afrika, Asien und Lateinamerika technische Unterstützung zu gewähren. Ferner wurde das Recht aller Länder betont, Technologien für jede neue Energieform zu erwerben und einzusetzen, ohne dabei von anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unter politischen Druck gesetzt oder der Gefahr einer Aggression ausgesetzt zu werden.

Im Rahmen der Konferenz, die von einem überaus sachlichen und unpolemischen Verhandlungsklima geprägt war, wurden seitens der österreichischen Delegation folgende vom Österreichischen Vorbereitungskomitee unter Federführung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vorbereiteten österreichischen Beiträge an sämtliche teilnehmende Delegationen und internationale Organisationen verteilt: „National Paper“ (Koordinator: Prof. Dr. G. Faninger, ASSA), „New Austrian Energy Technologies“ (Industriekatalog, BKdgW), „The Austrian 10 KWe Solar Power Plant for Developing Countries“

Internationale Rohstoffpolitik

(BMfWuF), „Project Design and Installation of Small Hydropower Plants“ (Koordinator: Univ.-Prof. Dr. S. Radler, Universität für Bodenkultur, Institut für Wasserwirtschaft).

Die 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen indorsierte das Nairobi Programme of Action und beschloß die Abhaltung einer zweiwöchigen Tagung im Frühjahr 1982 zum Zweck der Lancierung des Aktionsprogrammes und Ausarbeitung gezielter Projekte.

Internationale Rohstoffpolitik

Auch auf dem allgemeinen Rohstoffsektor ist die österreichische Wirtschaft in zunehmendem Maße von Importen abhängig: Sieht man von „Masserohstoffen“ für das Baugewerbe (Sand, Kies uws.) ab, importiert Österreich heute rund zwei Drittel seines mineralischen Rohstoffbedarfs, wobei bei einzelnen Rohstoffen besonders starke Abhängigkeiten auftreten. Unter den Maßnahmen zur Reduzierung oder zumindest zur Hintanhaltung einer übermäßigen Steigerung dieser Importe hat die Intensivierung der heimischen Förderung bereits zu ersten positiven Ergebnissen geführt. Hoffnungen werden aber auch in ein verstärktes Recycling von Alt- und Abfallstoffen gesetzt.

Für einen kleinen, hoch industrialisierten Binnenstaat ist die Absicherung der steigenden Importe von mineralischen Rohstoffen, deren Angebot sich zunehmend verknappt und verteuert, ein vorrangiges Anliegen. Zur Verwirklichung dieses außenwirtschaftspolitischen Zieles ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu und die Zusammenarbeit mit den Österreich beliefernden Ländern zu fördern. In engem Zusammenwirken zwischen diplomatischen Vertretungsbehörden und Außenhandelsstellen werden die Bestrebungen jener österreichischen Firmen unterstützt, die einen Zugang zu Rohstoffmärkten oder aber eine Beteiligung an Projekten zur Erschließung und Gewinnung von Rohstoffen suchen.

Auf multilateraler Ebene ist Österreich bemüht, durch aktives Engagement in den zuständigen internationalen Gremien bzw. durch Förderung von Initiativen, die auf eine teilweise oder umfassende Regelung der Rohstoffproblematik gerichtet sind, politische und wirtschaftliche Faktoren zu stärken, die für eine Stabilisierung der internationalen Rohstoffmärkte bei einem ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Rohstoffexporteuren und Rohstoffimporteuren maßgeblich sind.

Internationale Rohstoffpolitik

Integriertes Rohstoffprogramm

Nachdem die Verhandlungen über die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds, dem im Rahmen des von der 4. Welthandelskonferenz beschlossenen Integrierten Rohstoffprogramms eine zentrale Rolle zukommt, 1980 erfolgreich beendet worden waren, wurde das Abkommen bis Ende 1981 von 75 Staaten unterzeichnet und von 18 Staaten ratifiziert. Da zum Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds die Ratifizierung durch insgesamt mindestens 90 Staaten erforderlich ist, wird das ursprünglich mit 31. März 1982 vorgesehene Inkrafttreten voraussichtlich nicht möglich und dessen Verschiebung erforderlich sein. Österreich hat das Abkommen am 8. Juli 1981 unterzeichnet und das Ratifikationsverfahren eingeleitet.

Entsprechend einem Auftrag der Verhandlungskonferenz über den Gemeinsamen Fonds hat eine Vorbereitungskommission in mehreren Tagungen im Laufe des Jahres 1981 verschiedene administrative und finanzpolitische Fragen erörtert, deren weitgehende Klärung für das Funktionieren des Fonds vor dessen Inkrafttreten erforderlich ist. Die Arbeit dieser Vorbereitungskommission wird auch 1982 fortgesetzt.

Über den Sitz des Gemeinsamen Fonds, um den sich weiterhin Großbritannien (für London), die Niederlande (für Amsterdam) und die Philippinen (für Manila) bewerben, ist noch keine Entscheidung gefallen.

Rohstoffübereinkommen

Der Internationale Kaffeerat in London beschloß im September 1981 das Internationale Kaffeeübereinkommen 1976, welches am 30. September 1982 ausläuft, um ein weiteres Jahr bis 30. September 1983 zu verlängern. Dieser Beschluß bedarf der Annahmeerklärung der bisherigen Mitglieder.

Im November 1981 faßte der Rat der Internationalen Zuckerorganisation den Beschluß, grundsätzlich das Internationale Zuckerübereinkommen 1977, welches Ende 1982 ausläuft, um zwei Jahre zu verlängern, anstatt eine Neuverhandlung in Angriff zu nehmen. Dieser Verlängerungsbeschluß ist auch unter dem Aspekt einer eventuellen Teilnahme der EG zu sehen, da die Mitglieder des Übereinkommens der Auffassung sind, sich gegenüber der EG im Falle eines Übereinkommens, welches nicht unmittelbar vor dem Auslaufen steht, in einer besseren Verhandlungsposition zu befinden.

Das am 23. Oktober 1980 provisorisch in Kraft getretene Internationale Kautschukübereinkommen 1979 wurde im Verlaufe des Jahres 1981 von mehreren Staaten, darunter den USA und der BRD ratifiziert.

Internationale Rohstoffpolitik

Österreich ist derzeit nicht Mitglied des erwähnten Übereinkommens.

Das Ende 1980 im Rahmen der UNCTAD ausgehandelte 3. Internationale Kakaoübereinkommen ist am 1. August 1981 provisorisch in Kraft getreten. Ein definitives Inkrafttreten war bisher wegen der Nichtteilnahme des wichtigsten Produzenten, der Elfenbeinküste, die mit mehr als 20% der Weltproduktion über eine Sperrminorität bezüglich des Inkrafttretens verfügt, nicht möglich. Auch auf Konsumentenseite ist der wichtigste Abnehmer, die USA, dem Abkommen bisher ferngeblieben. (Die USA verfügen jedoch über keine Sperrminorität.) Infolge des provisorischen Inkrafttretens wurden die Aktivitäten des Ausgleichslagers (An- und Verkäufe von Kakao zur Preisstabilisierung) bereits aufgenommen.

Obwohl Österreich derzeit nicht Mitglied des 3. Internationalen Kakaoübereinkommens 1980 ist, wurde es eingeladen, an den Sitzungen der Internationalen Kakaoorganisation als Beobachter teilzunehmen.

Vor dem Hintergrund des im Juni 1982 auslaufenden 5. Internationalen Zinnübereinkommens konnte im Juni 1981 nach langwierigen im Rahmen der UNCTAD in Genf geführten Verhandlungen ein Konsens über den Text eines 6. Internationalen Zinnübereinkommens herbeigeführt werden. Auch dieses Übereinkommen sieht zum Zwecke der Preisstabilisierung ein Ausgleichslager vor. Im Unterschied zum 5. Übereinkommen, unter welchem die Kosten für das Ausgleichslager nur von den Produzenten getragen wurden, sollen diese nunmehr von Produzenten und Konsumenten gemeinsam getragen werden.

Eine Konferenz von Regierungsvertretern hat in London am 6. März 1981 den Text des Protokolls 1981 über die sechste Verlängerung des Übereinkommens betreffend Weizenhandel 1971 um weitere zwei Jahre bis zum 30. Juni 1983 angenommen. Diese Verlängerung war notwendig geworden, da ansonsten das bereits fünfmal verlängerte Übereinkommen betreffend Weizenhandel 1971 mangels Einigung über den Abschluß eines das bisherige Übereinkommen ersetzenden Internationalen Weizenübereinkommens mit 30. Juni 1981 ausgelaufen wäre.

Österreich hat das Protokoll über die sechste Verlängerung des Übereinkommens am 7. Mai 1981 unterzeichnet und die Ratifikationsurkunde hiezu am 29. Dezember 1981 hinterlegt.

Zwei gleichfalls im UNCTAD-Rahmen 1981 stattgefundene Tagungen einer Konferenz zur Aushandlung eines Abkommens über Jute führten bisher noch nicht zum Abschluß eines Rohstoffabkommens, doch liegen die Positionen der Verhandlungspartner nicht mehr sehr weit auseinander. Das Abkommen wird voraussichtlich nur Maßnahmen im Bereiche des „2. Fensters“ des Gemeinsamen Fonds (Produktverbesser-

Internationale Rohstoffpolitik

rung, Forschung, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit etc.) und keine preisstabilisierenden Maßnahmen mit Ausgleichslager vorsehen.

Vorbereitende UNCTAD-Tagungen fanden 1981 für die Rohstoffe Baumwolle und Hartfasern statt, ohne daß die bestehenden Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Nützlichkeit preisstabilisierender Maßnahmen für diese Rohstoffe ausgeräumt werden konnten.

Ähnliches gilt für eine Tagung des Wolframkomitees; dieser Rohstoff ist allerdings nicht vom Integrierten Rohstoffprogramm erfaßt. Tagungen bezüglich Fleisch und Pflanzliche Öle und Ölfrüchte führten zu dem Ergebnis, über bestehende organisatorische Strukturen der FAO Finanzierungen für Programme betreffend diese Rohstoffe durch das „2. Fenster“ des Gemeinsamen Fonds anzustreben.

Im Dezember 1981 wurde im Rahmen des GATT in Genf Einigung darüber erzielt, das 1974 abgeschlossene und in Kraft getretene, 1978 erstmals verlängerte Multifaserabkommen (MFA I bzw. MFA II) neuerlich, und zwar bis 31. Juli 1986 zu verlängern (MFA III). Das Multifaserabkommen bezweckt eine Ausweitung und Liberalisierung des Handels auf dem Textilsektor sowie seine geordnete und ausgewogene Entwicklung unter Vermeidung von Zerrüttungserscheinungen. Mit Hilfe des Multifaserabkommens sollen im Umweg über bilaterale Selbstbeschränkungsabkommen zwischen Ausfuhr- und Einfuhrländern die Ausfuhren von Textilwaren mit Ursprung in Niedrigkostenländern in Grenzen gehalten werden.

Das neue Übereinkommen (MFA III) unterscheidet sich vom MFA II durch eine ausgeprägtere Vertragssprache sowie durch die Verfeinerung des verfügbaren Instrumentariums. Als solches stehen nunmehr Quotenregelungen, die Anpassung der Exportzuwachsrate an die jeweilige Textilmarktentwicklung, die Hintanhaltung einer allzu raschen Inanspruchnahme unausgenützter Lieferquoten, weiters Einschränkungen der Freizügigkeit in der Quotenhandhabung, eine differenzierte Behandlung der textilexportierenden Länder je nach deren Entwicklungsstand sowie eine betontere Bedachtnahme auf die textilmarktpolitische Verantwortung einiger großer Lieferländer der Dritten Welt zur Verfügung.

Die Laufzeit des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1980, welchem Österreich als Mitglied angehört, wurde über Beschluß einer Konferenz von Regierungsvertretern vom März 1981 mittels des Protokolls 1981 über die erste Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1980 um zwei Jahre bis 30. Juni 1983 verlängert. Österreich hat dieses Protokoll am 7. Mai 1981 unterzeichnet und die Ratifikationsurkunde hiezu am 29. Dezember 1981 hinterlegt. Somit setzt Österreich seinen Beitrag im Ausmaß von 20 000 t jährlich zur

Internationale Rohstoffpolitik

Nahrungsmittelhilfe, die die internationale Gemeinschaft zugunsten der hilfsbedürftigen Entwicklungsländer leistet, auch in den Jahren 1982 und 1983 fort, woran ein außen-, entwicklungs- und agrarpolitisches Interesse besteht.

Nach den in den vergangenen Jahren erfolgten Lieferungen an Ägypten und Tansania ist nunmehr eine Hilfeleistung an die Staaten Mozambique, Nepal, Guinea-Bissau und Cap Verde vorgesehen.

*Entwicklungspolitik***Entwicklungspolitik**

Die Rezession in den Industriestaaten, die im Verlauf des Jahres 1981 alle für den Welthandel bedeutenden Volkswirtschaften (mit Ausnahme Japans, wo sich das Wirtschaftswachstum lediglich geringfügig abflachte) erfaßte, wirkte sich auf die weitgehend von den Märkten ihrer traditionellen Exportprodukte abhängigen Entwicklungsländer äußerst negativ aus. Während die rückläufige Ausnützung von Industriekapazitäten in den hochindustrialisierten Ländern des „Nordens“ sowohl mengen- wie preismäßige Rückschläge für die traditionellen Exporte von Rohstoffen und Halbfertigwaren mit sich brachte, stieß gleichzeitig der Absatz von Konsumwaren aus den „jungen“ Industrien der Entwicklungsländer auf konjunkturell schwache Nachfrage und zunehmende protektionistische Tendenzen. Obwohl die fieberhafte Suche nach eigenen Energiequellen, die schon im Gefolge des ersten „Erdölshocks“ eingesetzt hatte, erste Erfolge zeitigte (Erdöl in Indien, Erdgas in Thailand und Bangladesh, erhöhte Kohlenproduktion, Ausbau der Produktionsstätten für Kraftalkohol) konnte von einer echten Entschärfung der Energieproblematik in den nicht erdölexportierenden Entwicklungsländern noch keine Rede sein. Erst gegen Jahresende führte der kontinuierliche Rückgang der Erdölimporte durch die Industriestaaten zu einem Abbröckeln der Erdölpreise, das aber bei weitem nicht ausreicht, um das strukturelle Defizit der nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer zu korrigieren (1980 rund 70 Mrd. US-Dollar). Hingegen dürfte der Zahlungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder seinen Höhepunkt überschritten haben.

Weltweit gesehen mußten die Entwicklungsländer eine weitere Verlangsamung der Zuwachsrates ihres Nationalproduktes hinnehmen, die in den Notstandsregionen Schwarzafrikas zu einem echten Rückgang des pro Kopf zur Verfügung stehenden Einkommens in der Größenordnung von mindestens 1% geführt hat. Die Zahl der nach den internationalen Kriterien in absoluter Not (unterhalb der Hungergrenze) dahinvegetierenden Menschen, die von der Weltbank auf ca. 780 Mio. geschätzt wird, dürfte daher trotz einzelner lokaler Fortschritte (Indien, Südostasien) weltweit gleichgeblieben sein.

Unter diesen Vorzeichen konnten selbst die Krisenerscheinungen, von denen sowohl der OECD-Raum wie auch das östliche Wirtschaftssystem heimgesucht wurden, die Probleme des Nord-Süd-Gefälles nicht von der Tagesordnung der internationalen Organisationen verdrängen. 1981 war ein Jahr intensiver multilateraler Beratungen, ohne daß echte Lösungen für die Probleme der Dritten Welt gefunden werden konnten.

*Nord-Süd-Dialog***Nord-Süd-Dialog**

Vor dem Hintergrund wachsender Wirtschaftsprobleme in den meisten Industriestaaten und Entwicklungsländern konzentrierten sich die Bemühungen der Staatengemeinschaft einerseits auf den Versuch einer mittelfristigen, umfassenden Lösung der weltweiten Wirtschaftsprobleme durch die Eröffnung globaler Nord-Süd-Verhandlungen, andererseits auf die Bewältigung besonders dringender länderspezifischer oder sektorieller Probleme, wie z. B. die sehr ernste Lage der 31 am wenigsten entwickelten Staaten oder die Möglichkeit einer besseren Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen bei gleichzeitiger Schonung der begrenzten Erdölvorkommen.

Was die globale Verhandlungsrunde betrifft, so zeitigten die intensiven Bemühungen des Präsidenten der 35. Generalversammlung (Botschafter von Wechmar, BRD) bis Mitte September 1981 nicht das erhoffte Resultat, nämlich Einigung über die Tagesordnung und die prozedurale Vorgangsweise bei den globalen Verhandlungen. Hierbei stellte die von der neuen amerikanischen Administration eingeleitete Überprüfung ihrer gesamten Politik auf dem Gebiet der Nord-Süd-Beziehungen ein wesentliches, retardierendes Element dar.

Wenngleich die Initiatoren des Cancun-Gipfels von vornherein nicht beabsichtigten, bei ihren Beratungen der Frage der globalen Verhandlungen breiten Raum zu geben, ging die Zusammenfassung der Co-Vorsitzenden der Gipfelkonferenz auch auf dieses Thema positiv ein.

Kurze Zeit nach Ende der Gipfelkonferenz nahm die 36. Generalversammlung intensive Konsultationen auf, die darauf abzielten, unter entsprechenden Garantien für die US-Position – die übrigen Industriestaaten hätten schon die bisher vorliegenden Lösungsvorschläge akzeptieren können – eine auch für die 126 Entwicklungsländer akzeptable Lösung zu finden.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten der Generalversammlung war Österreich aktiv in Konsultationen mit der Gruppe der 77 und den USA eingeschaltet, die zur Ausarbeitung von Textvorschlägen führten, welche einerseits den amerikanischen Vorstellungen weitgehend Rechnung trugen, andererseits jedoch ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Verhandlungskompetenz der Sonderorganisationen und der von der Gruppe der 77 geforderten zentralen Rolle der Konferenz zum Ausdruck brachten. Wenngleich auf diese Weise eine weitere Annäherung der Positionen erzielt werden konnte, erwies sich eine Einigung vor Jahresende als nicht mehr möglich. Dies war u. a. auf die Präokkupation der USA mit den Entwicklungen im Nahen Osten und in Polen und darauf zurückzuführen, daß die Entwicklungsländer in der knap-

Cancun

pen zur Verfügung stehenden Zeit keine einheitliche Position mehr entwickeln konnten.

Die Frage, ob die 36. Generalversammlung im Jahre 1982 zu einer Entscheidung über eine – zumindest präliminäre Eröffnung der globalen Nord-Süd-Verhandlungen kommen wird, ist derzeit nicht zu beantworten, da sie weitgehend vom Ausgang der noch im Gange befindlichen Meinungsbildung unter den Entwicklungsländern abhängt.

Abschließend ist hervorzuheben, daß bei den sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen alle Seiten spürbar bemüht waren, Konfrontationen zu vermeiden.

Ein ähnlich verständnisvolles Verhandlungsklima herrschte auch bei den beiden großen Vereinten-Nationen-Konferenzen des Jahres 1981 über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris 1. bis 14. September 1981), und über neue und erneuerbare Energiequellen (Nairobi, 10. bis 21. August 1981). Die Tatsache, daß die Erkenntnis, daß den am wenigsten entwickelten Ländern rasch und in erhöhtem Maße geholfen werden muß, bei der Pariser Konferenz in ein internationales Aktionsprogramm Eingang gefunden hat, zählt zweifellos zu den Aktivposten der diesjährigen Nord-Süd-Verhandlungen. Österreich hat dieser Erkenntnis durch Zusage einer Steigerung seiner Leistungen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung getragen.

Österreich hat seit geraumer Zeit den Standpunkt vertreten, daß eine Lösung der ausstehenden weltwirtschaftlichen Probleme unter Ausklammerung der Energieprobleme nicht möglich ist. Es ist daher besonders zu begrüßen, daß die Vereinten Nationen durch die Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen sich erstmalig dieser Frage gewidmet, Anstöße zu nationalen und internationalen Bestandsaufnahmen auf diesem Gebiet gegeben und durch das Aktionsprogramm von Nairobi die Basis für weitere Anstrengungen im Interesse der gesamten Staatengemeinschaft gegeben haben.

Gipfelkonferenz von Cancun

Wie beim ersten vorbereitenden Treffen der Gruppe der 11 Außenminister im November 1980 beschlossen worden war (siehe außenpolitischer Bericht 1980, S. 115), trat diese Gruppe am 13. März 1981 wiederum in Wien unter Vorsitz des Bundeskanzlers zusammen, um die Vorbereitung für die Gipfelkonferenz weiterzuführen. Zwischen diesen beiden Sitzungen konsultierten Vertreter der beiden Initiatoren des Gipfeltreffens (ein mexikanischer und ein österreichischer Diplomat) sowohl die Regierungen der meisten für eine Teilnahme in Aussicht genommenen Entwicklungsländer wie auch eine Reihe westlicher Industriestaaten. Auf der Basis dieser diplomatischen Vorbereitungsarbei-

Cancun

ten konnten sich die 11 Außenminister relativ rasch über die wichtigsten Aspekte des in Aussicht genommenen Gipfeltreffens einigen: in Bestätigung der schon im November beim ersten Vorbereitungstreffen angestellten Überlegungen wurde beschlossen, daß das Gipfeltreffen (offizieller Titel „Internationales Treffen über Zusammenarbeit und Entwicklung“) angesichts seiner vorwiegend politischen Rolle so informell wie möglich verlaufen sollte (keine strikte Tagesordnung, keine umfangreiche Dokumentation, keine formelle Abschlußerklärung), wobei jedoch die Betonung einiger Schwerpunkte nicht ausgeschlossen wurde. Auch über die schwierige Frage des Teilnehmerkreises wurde Einvernehmen erzielt, und der Text des Einladungsschreibens der beiden Co-Vorsitzenden ausgearbeitet.

Die endgültige Liste der einzuladenden Staats- und Regierungschefs lautete in der Reihenfolge des englischen Alphabets:

Algerien	Guiana	Saudi Arabien
Österreich	Indien	Schweden
Bangladesh	Elfenbeinküste	Tansania
Brasilien	Japan	Großbritannien
Kanada	Mexiko	USA
China	Nigerien	Venezuela
Frankreich	Philippinen	Jugoslawien
BRD		

Da von Seiten der Sowjetunion im Zeitpunkt des zweiten Vorbereitungstreffens noch keine Reaktion auf die diplomatischen Sondierungen hinsichtlich ihrer Teilnahmebereitschaft vorlag, beschlossen die 11 Außenminister, der Sowjetunion ihren einstimmigen Wunsch nach der Teilnahme des Staats- oder Regierungschefs dieser Großmacht zu übermitteln. Bundeskanzler Kreisky benützte die Gelegenheit des offiziellen Besuches, den ihm der sowjetische Ministerpräsident Tichonov kurz nachher abstattete, um diese Botschaft der 11 Außenminister auf höchster Ebene zu übermitteln; Ministerpräsident Tichonov sagte eine Befassung der sowjetischen Führungsspitze zu, doch erfolgte keine offizielle Beantwortung dieser Anfrage, so daß es bei der oben wiedergegebenen Liste von 22 Teilnehmern blieb.

Um allen teilnehmenden Staaten die Gelegenheit zu geben, am Vorbereitungsprozeß aktiv teilzunehmen, wurde für Anfang August ein Außenministertreffen aller Teilnehmerstaaten in Cancun vereinbart. Aufgabe dieses formellen Vorbereitungstreffens war es daher,

- a) einen Meinungsaustausch über den Stand des Nord-Süd-Dialogs durchzuführen;
- b) die Themenstellung des Gipfels zu definieren und
- c) die Vorbereitungen auch in administrativer Hinsicht abzuschließen.

Cancun

Die Debatte über den Stand des Nord-Süd-Dialogs stand weitgehend im Zeichen des vorangegangenen Gipfeltreffens der sieben führenden Industriestaaten in Ottawa, wobei sich der Umstand, daß das Schlußkommuniqué des Ottawa-Gipfels den Nord-Süd-Beziehungen breiten Raum einräumte und auch eine grundsätzlich positive Stellungnahme zur Eröffnung der globalen Verhandlungsrunde im Rahmen der Vereinten Nationen enthielt, positiv auf die Atmosphäre auswirkte. In der konkreten Vorbereitung des Cancun-Gipfels wurde nach längeren, aber sehr konstruktiven Diskussionen (unter abwechselndem Vorsitz des mexikanischen und des österreichischen Außenministers) völlige Eini-gung erzielt. Es wurde zwar ausdrücklich festgehalten, daß das Gipfel-treffen keine formelle Tagesordnung haben würde und sich ganz allge-mein mit der „Zukunft der internationalen Entwicklungszusammenar-beit und der Wiederbelebung der Weltwirtschaft“ befassen soll, gleich-zeitig aber doch die wichtigsten Einzelthemen, wie sie schon anlässlich der 2. Konsultationsrunde in Wien von Mexiko hervorgehoben worden waren, ausdrücklich erwähnt (Sicherung der Ernährung; Rohstoff-Fra-gen, Handel und Industrialisierung; Energie; monetäre und finanzielle Probleme).

Auch die schwierige Frage des formellen Konferenzabschlusses wurde in zufriedenstellender Weise beantwortet: Anstelle eines gemeinsamen Abschlußkommunikés wurden die Co-Vorsitzenden gebeten, in eige-ner Verantwortung eine Zusammenfassung der Konferenzergebnisse vorzulegen.

Das Gipfeltreffen selbst fand wie vorgesehen am 22. und 23. Oktober in Cancun statt.

Eine Erkrankung des Bundeskanzlers und die dadurch bedingte Ab-sage seiner Teilnahme in letzter Minute stellte Österreich vor eine Reihe schwieriger Probleme, da dem Bundeskanzler als Co-Präsident besondere Aufgaben zugefallen wären. Außer dem Bundeskanzler mußten auch die Staatspräsidenten von Bangladesh, Brasilien und der Elfenbeinküste sowie der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt ihre Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen absagen. Diese Länder waren so wie Österreich durch ihre Außenminister vertreten. Über Vorschlag des Bundeskanzlers wurde an seiner Stelle der kanadische Premiermi-nister Trudeau zum Co-Präsidenten bestimmt.

Nach kurzen allgemein gehaltenen Einleitungserklärungen der meisten Teilnehmer (die teilweise auf eingehendere schriftliche Darstellungen Bezug nahmen) wurden die oben erwähnten vier Schwerpunktthemen besprochen. Auch der Bundeskanzler hatte seine Ideen schriftlich nie-dergelegt, so daß sie als Konferenzdokument allen Teilnehmern zur Kenntnis gebracht werden konnten (siehe Anhang). Bundesminister Dr. Pahr führte diese Gedankengänge mündlich weiter aus. Zusätzlich

Cancun

wurde der österreichische Vorschlag zur Verbesserung von Infrastruktur und wirtschaftlichen Basissektoren in den Entwicklungsländern als Dokument zirkuliert (siehe Anhang).

Die Ergebnisse der Konferenz wurden vereinbarungsgemäß von den beiden Co-Präsidenten zusammengefaßt. In diesem „Kurzbericht“ schätzten sie die Atmosphäre der Konferenz als außerordentlich konstruktiv und positiv ein. Die Hauptaufgabe habe darin bestanden, einen Meinungsaustausch über die wichtigsten Probleme auf höchster Ebene zu führen sowie mögliche Lösungen zu beurteilen und zu unterstützen. Besonders konstruktive Ergebnisse seien in den Beratungen über die Probleme der Nahrungsmittelsicherung und der landwirtschaftlichen Entwicklung erzielt worden. Die Co-Präsidenten hoben die Eigenanstrengungen und die Entwicklung nationaler Nahrungsmittelstrategien in den Entwicklungsländern als die wichtigsten Faktoren zur Lösung dieses Problems hervor. Zu den Bereichen Rohstoffe, Handel und Industrialisierung betonten sie unter anderem die Notwendigkeit, die Verfahren zur Errichtung des Gemeinsamen Fonds abzuschließen, neue Anstrengungen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise sowie der Exporterlöse zu unternehmen und die Handelshemmnisse weiter abzubauen. Im Energiebereich soll die Weltbank die Ausleihmöglichkeiten für Investitionen in den Entwicklungsländern erweitern; in diesem Zusammenhang wurde auch die Einrichtung einer Energie-Filiale der Weltbank befürwortet, gegen die sich nur die Vereinigten Staaten ausgesprochen hatten. Zur Frage „globaler Verhandlungen“ gaben die beiden Co-Präsidenten eine von allen Teilnehmern akzeptierte Kompromißformel wieder.

Eine objektive Bewertung des Gipfeltreffens von Cancun führt zu dem Ergebnis, daß es die realistischen Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Atmosphäre des Nord-Süd-Dialogs durch einen politischen Impuls erfüllt hat. Konkrete Verhandlungsergebnisse waren, wie aus der Darstellung des Vorbereitungsprozesses ersichtlich ist, nicht vorgesehen; schon wegen des limitierten Teilnehmerkreises, der naturgemäß keine Beschlüsse treffen konnte, hätten sie die Staatengemeinschaft nicht binden können.

Die Bedeutung Cancuns liegt vor allem darin, daß sich zum ersten Mal in der Geschichte Spitzenpolitiker aus so vielen Industrie- und Entwicklungsländern persönlich mit Nord-Süd-Fragen beschäftigt haben, was verschiedentlich (z. B. auch von Präsident Reagan) als wichtiger Lernprozeß qualifiziert wurde. Entgegen vereinzelt Befürchtungen verlief das Treffen in einer ausgesprochen positiven Atmosphäre, in der alle Teilnehmer sichtlich bemüht waren, den Standpunkt der anderen zu verstehen und unsachliche Polemiken ebenso wie Gruppenbildungen nach dem Schema mancher UN-Konferenzen zu vermeiden. Die Her-

Konferenz der Vereinten Nationen

ausarbeitung echter Prioritäten wie der Ernährungsproblematik und der Energiefragen sollte positive Auswirkungen auf die weiteren Arbeiten in den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen haben. Wenn auch in der von den Entwicklungsländern als besonders vordringlich betrachteten Frage der Ingangsetzung der globalen Verhandlungsrunde keine entscheidend neue Weichenstellung möglich war, bestand doch Einhelligkeit über die Notwendigkeit einer globalen Behandlung der ungelösten Probleme im Rahmen der Vereinten Nationen bzw. ihrer Spezialorganisationen. Die Ausführungen Präsident Reagans schufen Klarheit über die Bedingungen, unter denen die Vereinigten Staaten zu einer Beteiligung an diesen Verhandlungen bereit wären. Dadurch erhielten die konkreten Vorbereitungsarbeiten im Rahmen der UN eine neue Orientierung, die zwar im Verlauf der 36. Generalversammlung noch nicht in einen Konsensbeschluß umgemünzt werden konnte, aber doch Möglichkeiten für einen Kompromiß eröffneten.

Konferenz der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder

Die 5. Welthandelskonferenz in Manila hatte sich erstmals in vertiefter Form mit den Problemen der am wenigsten entwickelten Länder befaßt und u.a. die Einberufung einer eigenen Konferenz für diese Ländergruppe beschlossen. Zu dieser gehören die nach mehreren Kriterien (sehr geringes Pro-Kopf-Einkommen, besonders hohe Analphabetenzahl, verschwindender Anteil der Fertigwarenerzeugung am Nationalprodukt) ausgewählten 31 ärmsten Entwicklungsländer, von denen etwa zwei Drittel in Afrika liegen.

Der Konferenz gingen unter der Ägide der UNCTAD umfangreiche Vorbereitungsarbeiten auf regionaler und globaler Ebene voraus. So fand beispielsweise das regionale Vorbereitungstreffen der am wenigsten entwickelten Länder aus dem asiatischen und pazifischen Raum über Einladung der Österreichischen Bundesregierung im März 1981 im Wiener Internationalen Konferenzzentrum statt. Für diese Tagung, die von Bundeskanzler Dr. Kreisky eröffnet wurde, hatte Österreich einen Großteil der Kosten übernommen.

An der Konferenz selbst, die vom 1. bis 14. September in Paris stattfand, nahm Österreich mit einer Delegation unter Leitung von Staatssekretär Univ.-Prof. DDr. Nussbaumer teil. Der Konferenz gelang die Erarbeitung eines „Substantiellen neuen Aktionsprogramms“ zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder. Den Kern dieses Programms bildet eine Formel für erhöhte Hilfeleistungen an die am wenigsten entwickelten Länder: bis 1985 soll die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Hilfe an diese Länder insgesamt verdoppelt werden, wobei einige Geberländer das Ziel eines 0,15 %-Anteiles öffentlicher Hilfe am

OECD

BNP für diese Ländergruppe, andere wiederum eine Verdoppelung ihrer Hilfe in absoluten Zahlen erreichen wollen. Diese flexible Formel, die individuellen Schwierigkeiten einzelner Geberländer Rechnung trug, erlaubte die Annahme des Programms im Konsenswege durch alle teilnehmenden Staaten. Darüber hinaus enthält das Programm Abschnitte über Entwicklungsziele, die auch die primäre Eigenverantwortung dieser Länder für ihre Entwicklung betonen, sowie über einen Rahmenplan für Folgemaßnahmen der Konferenz bis zum Dekadenende, der individuelle und globale Maßnahmen vorsieht.

Die Konferenz wurde von allen teilnehmenden Ländergruppierungen insgesamt als Erfolg gewertet, da ihr Ergebnis einen von Empfänger- und Geberländern vertretbaren Kompromiß ihrer Zielsetzungen darstellt und sie in einem guten Verhandlungsklima stattfand.

Österreich hat seinen Willen, künftighin mehr für diese Ländergruppe zu tun, nicht nur durch die Durchführung der oben erwähnten Vorbereitungstagung in Wien, sondern vor allem durch die Zusage einer zusätzlichen finanziellen Hilfe in der Höhe von 35 Mio. S unter Beweis gestellt. Diese Zusage wurde von Staatssekretär Univ.-Prof. DDr. Nussbaumer in seiner Erklärung vor dem Plenum der Pariser Konferenz abgegeben und von dieser sehr positiv aufgenommen.

OECD

1981 intensivierte die im September 1979 als Schaltstelle der Koordination der westlichen Industriestaaten in der politischen Diskussion der Nord-Süd-Verhandlungen wiederbegründete Nord-Süd-Gruppe die Vorbereitungen und Auswertung der parallel bei den Vereinten Nationen laufenden Diskussionen über Verfahren und Tagesordnung für die geplante Verhandlungsrunde. Einen besonderen Stellenwert nahm darin das Gipfeltreffen von Cancun ein. Im Sinn ihrer Koordinationsfunktion beteiligte sich die Nord-Süd-Gruppe an den Vorbereitungsarbeiten für die beiden UN-Konferenzen für neue und erneuerbare Energiequellen und die am wenigsten entwickelten Länder, wofür sie auf Beiträge der Arbeitsgruppe der IEA für internationale Energiebeziehungen sowie des Entwicklungshilfekomitees (DAC) zurückgreifen konnte. Gleichzeitig wurde eine systematische Untersuchung der Interdependenzfrage in Angriff genommen.

Dementsprechend stand neben konzeptuellen und analytischen Beiträgen zu den Debatten in der Nord-Süd-Gruppe die substantielle Vorbereitung der UN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder im Vordergrund der Arbeiten des DAC und seiner Arbeitsgruppe für Beistandsprobleme.

UNCTAD

Im Licht der Intensivierung der internationalen Diskussion um Volumen und Zielsetzungen der Entwicklungshilfe beschäftigte sich das DAC eingehend mit entwicklungspolitischen Problemen im engeren technischen Sinn. Neben der kontinuierlichen Weiterführung der Diskussion über den Ressourcentransfer wurde dem Fragekomplex der Evaluierung der Entwicklungshilfe-Effizienz verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet, die ihren Niederschlag in den Arbeiten einer DAC-Korrespondentengruppe von Evaluationsexperten fand. Die im Rahmen des DAC etablierten ständigen Kontakte zwischen westlichen Industriestaaten und arabischen Geberinstitutionen wurden auch 1981 in einem zweitägigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch über gemeinsame Probleme bei der Gewährung von Entwicklungshilfe an afrikanische Länder fortgesetzt und gefestigt.

Kernstück der Aufgaben des DAC ist die Prüfung der entwicklungspolitischen Leistungen der einzelnen westlichen Geberstaaten. Diese Prüfung findet für die größeren Geberstaaten jährlich, für die kleinen und mittleren Geber in Abständen von zwei Jahren statt, seit 1980 ergänzt durch eine jährliche Kollektivprüfung einzelner Ländergruppen. Von diesen Prüfungen gehen wichtige Impulse auf die Entwicklungspolitik der einzelnen Geber aus.

UNCTAD

Obwohl die von allen Delegationen zur 22. UNCTAD-Ratstagung (Genf, 9. bis 20. März 1981) sehr pessimistisch beurteilte Weltwirtschaftssituation zweifellos auch für die Arbeit der UNCTAD eine Belastung darstellt, konnten bei der 22. Ratstagung

- eine umfangreiche Regelung über strukturelle und organisatorische Verbesserungen der Arbeitsmethoden beschlossen,
- eine einvernehmliche Lösung über die weitere Behandlung der Probleme des Protektionismus und der Strukturanpassung ausgearbeitet und
- hinsichtlich der Probleme des Technologietransfers und der restriktiven Geschäftspraktiken gewisse Fortschritte erzielt werden.

Bei der 23. Ratstagung (Genf, 28. September bis 12. Oktober 1981), bei der der Leiter der österreichischen Delegation zu einem der Vizepräsidenten des Rates gewählt wurde, konnte die amerikanisch-kubanische Kontroverse um die Einladung von UNCTAD VI nach Havanna in folgender Weise beigelegt werden:

Die 6. Welthandelskonferenz wird in Afrika und zwar, wie mittlerweile feststeht, in Libreville, Gabun, im Mai/Juni 1983 stattfinden; UNCTAD VII (1987) soll dann in Lateinamerika stattfinden, wobei der Tagungsort noch zu bestimmen sein wird; Kuba hat die Absicht,

UNCTAD

auch die 7. Welthandelskonferenz nach Havanna einzuladen, bereits bekanntgegeben.

Der Generalsekretär der UNCTAD präsentierte erstmalig den „Bericht über Handel und Entwicklung“, der eine Übersicht über die einschlägigen Nord-Süd-Probleme gibt und Anlaß zu einer Generaldebatte bot. Der Bericht, der von allen Staatengruppen begrüßt wurde, soll in Hinkunft jährlich erscheinen.

Ein weiterer Schwerpunkt der 23. Ratstagung war die Diskussion über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen (Tokiorunde), die sich zu einer Grundsatzdebatte über die künftige Struktur des Welthandels und dessen Beeinflussung durch die UNCTAD ausweitete.

Der Rat nahm schließlich zwei Resolutionen über die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen, die von regionalen zwischenstaatlichen Organisationen anerkannt sind, durch Ausarbeitung von Studien der UNCTAD, mit Mehrheitsvotum an.

Auf dem Gebiet des Technologietransfers wurde u.a. die Einsetzung einer Expertengruppe über Technologietransfer auf dem Energiesektor beschlossen.

Bemühungen eines eigens zu diesem Zwecke eingesetzten Sessionalkomitees, zu einer Einigung über einen Resolutionstext betreffend Handel zwischen Ländern mit verschiedenen Wirtschafts- und Sozialsystemen zu gelangen, zeitigten angesichts der Interessengegensätze zwischen COMECON-Staaten und Entwicklungsländern keine wesentlichen Ergebnisse.

Im Rahmen der seit 1978 laufenden Verhandlungen einer UN-Konferenz zur Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für den Internationalen Technologietransfer hat im April 1981 eine 4. Tagung stattgefunden, der allerdings keine endgültige Einigung über einen Abkommenstext gelang. Ziel des Kodex ist es, die Anwendung neuer Technologien in Entwicklungsländern zu ermutigen, deren Transfer aus entwickelten Ländern zu erleichtern und auch den Mißbrauch beherrschender Marktpositionen hintanzuhalten. Einer Einigung standen bisher sehr weitgehende Forderungen der Entwicklungsländer in wenigen noch offenen, allerdings zentralen Fragen entgegen, die für die bedeutenden Technologiestaaten nicht annehmbar sind. Der geringe Fortschritt bei der Aushandlung des Kodex macht sich in zunehmendem Maße durch die einseitige Erlassung von Gesetzen über Technologietransfer durch verschiedene Entwicklungsländer bemerkbar, was der Zielsetzung des Kodex, einheitliche Bestimmungen zu schaffen, entgegenwirkt.

Aufgrund eines Beschlusses der 36. UN-Generalversammlung wird im Frühjahr 1982 ein Interimskomitee der Konferenz auf technischer Ebene eine Lösung der ausstehenden Fragen versuchen.

*Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)***Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)**

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat im Berichtszeitraum eine Organisations- und zwei Haupttagungen abgehalten. Österreich gehörte 1981 dem Rat nicht an, entsandte jedoch zu seinen Tagungen jeweils Beobachter. Am 16. Oktober 1981 wurde Österreich, das zuletzt von 1976 bis 1978 im Rat vertreten war, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen neuerlich für eine Funktionsperiode vom 1. Jänner 1982 bis 31. Dezember 1984 in den ECOSOC gewählt. Österreich wird dadurch Gelegenheit haben, sich an einer Reihe von Fragen aktiver zu betätigen, als es einem Beobachter möglich ist.

Die erste vom 14. April bis 8. Mai 1981 in New York abgehaltene Tagung war wie im Vorjahr primär menschenrechtlichen und sozialen Fragen gewidmet. Die zweite Haupttagung des ECOSOC fand in der Zeit vom 1. bis 24. Juli 1981 in Genf statt und befaßte sich hauptsächlich mit wirtschafts-, entwicklungspolitischen und den Rat betreffenden organisatorischen Fragen.

Die Tätigkeit des ECOSOC im Berichtszeitraum zeigte erneut, daß sich einerseits das Arbeitsprogramm des Rates mehr und mehr auf entwicklungspolitische Probleme konzentriert, andererseits der zunehmende Verlust einer eigenständigen Rolle des ECOSOC Reformbestrebungen immer mehr in den Vordergrund rückt. Die Frage der Revitalisierung des Rates war demgemäß auch eine der zentralen Fragen bei der Sommertagung. Wenn auch der Rat – und die anschließende Generalversammlung – nicht in der Lage waren, eine substantielle Entscheidung darüber zu treffen, zeigte die Debatte doch, daß immer mehr Mitgliedstaaten an einer Reform interessiert sind.

Die Empfehlungen und Entscheidungen des Rates bildeten die Grundlage für die einschlägigen Beratungen und Beschlüsse der 36. Generalversammlung.

Im Berichtszeitraum gehörte Österreich nur dem ECOSOC-Unterorgan „Statistische Kommission“ an, beobachtete jedoch die Arbeit der meisten anderen dem Rat bei- bzw. untergeordneten Gremien.

Bei den im Rahmen der ersten Haupttagung abgehaltenen Wahlen in die ECOSOC-Unterorgane wurde Österreich ab 1. August 1981 für eine 3-Jahres-Periode in den UNICEF-Exekutivrat gewählt und ab 1. Jänner 1982 ebenfalls für eine 3-Jahres-Periode in den Verwaltungsrat des UNDP wiedergewählt. Bei den Wahlen für die UN-Suchtgiftkommission hat Österreich die für eine Mitgliedschaft erforderliche Stimmenanzahl nur relativ knapp verfehlt.

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)

Die Sommertagung (1. bis 24. Juli 1981, Genf) war trotz der Vielzahl der auf entwicklungspolitischem, sozialem und wirtschaftspolitischem Gebiet erarbeiteten Entscheidungen von der Suche nach der Rolle und Funktion des ECOSOC im UN-Gefüge gekennzeichnet.

In seiner Rede anlässlich der Eröffnung der ECOSOC-Sommertagung zeigte Generalsekretär Waldheim die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft angesichts der Strukturprobleme der Industrieländer und der Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Entwicklungsländer auf. Die Zahlungsbilanzdefizite der erdölimportierenden Entwicklungsländer von bisher ungeahntem Ausmaß und die Anzahl von 800 Mio. Menschen, die 1990 von ärgster Not betroffen sein werden, zeige erschreckend deutlich die Notwendigkeit auf, den Rüstungswettlauf einzuschränken. Falls es gelänge, nur 5% der 1980 für Rüstungszwecke aufgebrauchten 500 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe zu verwenden, so könnte die Zielsetzung der Dritten Entwicklungshilfestrategie (IDS) als erreicht angesehen werden. Der Generalsekretär beklagte den mangelnden Kooperationswillen und die zunehmend protektionistische Haltung der Industrieländer. Eine Annäherung an die Zielsetzung der Internationalen Entwicklungsstrategie erfordere Kooperation auf vier wesentlichen Gebieten, nämlich Nahrung, Energie, Handel und Finanzierung:

- die Errichtung eines Internationalen „Nahrungs-Sicherheitsnetzes“ angesichts der alarmierenden Situation auf dem Nahrungsmittelhilfessektor sei von immer größerer Bedeutung;
- auf dem Energiesektor sollte neben den existierenden bilateralen Kooperationsvereinbarungen zwischen erdölexportierenden und erdölimportierenden Entwicklungsländern die Süd-Südkooperation noch weiter verstärkt werden;
- die Erhaltung eines liberalen Handelssystems sei notwendig, denn nur so könne es den Entwicklungsländern gelingen, den Prozeß einer autarken Entwicklung einzuleiten; jegliche Form von Protektionismus gefährde die gesamte Weltwirtschaft;
- es sei notwendig, eine Lösung des Problems der Investitionsfinanzierung in den Entwicklungsländern zu finden. Ein gleichmäßiger wenn nicht ansteigender Ressourcentransfer zugunsten der Entwicklungsländer, vor allem aber zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder, sei von größter Bedeutung.

Im Rahmen der Generaldebatte wurde die Frage der Gründung bzw. Errichtung einer Energiefiliale im Rahmen der Weltbank aufgeworfen. Die EG sowie die nordischen Staaten richteten einen Appell an die COMECON-Staaten, ihre bisher sehr bescheidenen Mittel auf dem Entwicklungshilfessektor aufzustocken. Die Bedeutung der Pariser Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder wurde von allen

Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung

Entwicklungsländern unterstrichen, obgleich auch davor gewarnt wurde, durch die Schaffung immer neuer Kriterien zur Definition weiterer Entwicklungsländerkategorien die Einheit der Gruppe der 77 in Frage zu stellen. Gleichzeitig wurde von Seite der Gruppe der 77 die Forderung nach einem ehestmöglichen Beginn der globalen Verhandlungsrunde gestellt, um damit die schwerwiegendsten Probleme der Entwicklungsländer einer Lösung näher zu bringen.

Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung

Eines der wichtigsten Anliegen der Entwicklungsländer ist es, die Bedingungen für die Indienststellung von Wissenschaft und Technik für die Realisierung ihrer Entwicklungsaufgaben und -ziele substantiell zu verbessern und zwar insbesondere durch Änderung der bestehenden, die Industriestaaten begünstigenden Strukturen der internationalen Beziehungen im Bereich Wissenschaft und Technik sowie durch gezielte und vermehrte Hilfeleistungen seitens der Industriestaaten (Technologietransfer, Ressourcentransfer) und seitens des UN-Systems.

Das von der UN-Konferenz für Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung (UNCSTD) (Wien, August 1979) mit Konsens angenommene „Wiener Aktionsprogramm“ sowie die Schaffung des „Zentrums für Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung“, des „Zwischenstaatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik“, eines „Internationalen Beraterkomitees für Wissenschaft und Technik“ und eines Finanzierungssystems im Rahmen der Vereinten Nationen hatten erstmals einen globalen Rahmen für gezielte Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene geschaffen, um unter Mitwirkung des gesamten UN-Systems eine schrittweise Verwirklichung der Anliegen der Entwicklungsländer in Angriff zu nehmen.

Das Zwischenstaatliche Komitee beschloß im Frühjahr 1981 einen Durchführungsplan zum Wiener Aktionsprogramm, der folgende acht Programmbereiche umfaßt:

- Wissenschafts- und Technologiepolitik,
- Schaffung bzw. Ausbau der Infrastrukturen in EL,
- Auswahl, Erwerb und Transfer von Technologie,
- Ausbildungswesen,
- Finanzierung von Wissenschaft und Technik,
- Informationsfluß im Bereich von Wissenschaft und Technik,
- Stärkung von R&D in und für Entwicklungsländer,
- Kooperation zwischen EL sowie zwischen IS und EL.

An der Vorbereitung des Durchführungsplanes war maßgeblich auch das Internationale Beratungskomitee für Wissenschaft und Technik beteiligt, in dem Österreich durch den Generalsekretär der Österreichi-

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

schen Akademie der Wissenschaften, Univ.-Prof. DDr. h.c. Leopold Schmetterer vertreten ist.

Das zur Erarbeitung eines langfristigen Finanzierungssystems eingesetzte Expertenkomitee, in welchem Österreich durch Rat Dr. Luschin, Bundesministerium für Finanzen, vertreten war, hielt 1981 mehrere Tagungen ab und schloß seine Arbeiten ab. Seine Empfehlungen bildeten die Grundlage weiterer Beratungen im Zwischenstaatlichen Komitee und in der Generalversammlung. Diese beschloß im Dezember des Berichtsjahres, den für die Jahre 1980/81 geschaffenen Interimsfonds (zu dem Österreich 2 Mio. US-Dollar beigetragen hatte) wie ursprünglich vorgesehen mit Ende 1981 in das langfristige Finanzierungssystem überzuführen. Die Strukturen desselben sollen unter weitgehender Berücksichtigung der Erfahrungen und Expertise des Interimsfonds im Frühjahr 1982 im Rahmen einer zwischenstaatlichen Sondertagung festgelegt werden.

Zur Verwirklichung des Wiener Aktionsprogrammes unternimmt Österreich diverse Anstrengungen auf bilateraler und multilateraler Ebene, wie Ausbildungskurse, Betreuung von Fachschulen in Entwicklungsländern, Patentrecherchenprogramm, Förderung technisch-wissenschaftlicher Projekte in Entwicklungsländern, Joint Ventures etc. Von einem speziellen Ausschuß bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unter Vorsitz von Generalsekretär Univ.-Prof. DDr. Schmetterer wurde unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ein umfassendes Konzept für einen Forschungsschwerpunkt „Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung“ ausgearbeitet, welches als Grundlage für eine stärkere Einbindung der österreichischen Forschung in entwicklungspolitisch relevante Aufgaben dienen soll.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Zwischen 13. und 26. Mai 1981 fand in Nairobi die 9. Tagung des UNEP-Verwaltungsrates statt. Neben der Erörterung aktueller internationaler Umweltprobleme wurde hierbei auch insbesondere die für Mai 1982 angesetzte UNEP-Sondertagung vorbereitet, die anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Stockholmer Umweltkonferenz eine Adaptierung der internationalen Umweltstrategie an die Erfordernisse der 80er Jahre erarbeiten soll.

Österreich, das seit 1981 nur mehr als Beobachter dem UNEP-Verwaltungsrat angehört, beteiligte sich insbesondere an den Arbeiten dieser Organisation über Kohlendioxydmissionen sowie der Ausarbeitung eines internationalen Umweltrechtes.

HABITAT – UNU – UNITAR

Zentrum der Vereinten Nationen für das menschliche Siedlungswesen (HABITAT, Nairobi)

Die hauptsächlich der Raumplanung und Stadtassanierung in Entwicklungsländern dienende UN-Organisation hielt ihre 4. Kommissionstagung zwischen 27. April und 6. Mai in Manila ab. Österreich war im Berichtsjahr als Beobachter in der HABITAT-Kommission vertreten. HABITAT-Exekutivdirektor Dr. Arcot Ramachandran hielt sich im Juli zu einem Informationsgespräch mit Mitgliedern der Bundesregierung in Wien auf.

UN-Universität (UNU)

Der im Jahre 1980 bestellte Rektor Soedjatmoko hat dem Rat der Universität im Berichtsjahr weitreichende Änderungen betreffend Ziele und Arbeitsweise der Universität im Hinblick auf die mittelfristige Planung 1982 bis 1987 vorgeschlagen. Österreichischerseits wird diese Initiative, die noch nicht voll ausgereift ist, mit Interesse verfolgt.

Das österreichische Interesse an der UNU wird auch dadurch unterstrichen, daß es im Rat der Universität durch Univ.-Prof. Dr. Stephan Verosta vertreten ist und einen jährlichen freiwilligen Beitrag in der Höhe von 1,5 Mio. S leistet.

Institut der Vereinten Nationen für Ausbildung und Forschung (UNITAR)

Aufgabe des UNITAR ist die Schulung von internationalen Beamten und Diplomaten aus Entwicklungsländern sowie die Durchführung bzw. Unterstützung von Forschungsprojekten über Materien der internationalen Zusammenarbeit.

Der österreichische Beitrag zum UNITAR im Jahr 1981 betrug 400 000,- S und diente in erster Linie der Durchführung eines Seminars über das Thema „Multilaterale Diplomatie und die Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ in Wien. An diesem Seminar nahmen 14 junge Diplomaten aus Entwicklungsländern teil.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Probleme der Entwicklungszusammenarbeit nehmen einen immer höheren Stellenwert im gesamten Bereich der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen ein. Die wachsende Bedeutung der Entwicklungsländer sowohl als Rohstofflieferanten wie auch als Absatzmärkte für die Investitions- und Konsumgüter der Industriestaaten

Entwicklungszusammenarbeit

fördert die Erkenntnis der weltweiten Interdependenz auch dort, wo bisher moralische Argumente im Sinne einer Mitverantwortung für die Menschen in der Dritten Welt auf unfruchtbaren Boden gefallen waren.

Aufgrund des Bundesministeriengesetzes (BGBl. Nr. 389/73) und des Entwicklungshilfegesetzes (BGBl. Nr. 474/74) fallen die Angelegenheiten der Entwicklungshilfe, soweit hiefür nicht das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, in die Kompetenz des Bundeskanzleramtes. Dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten obliegt jedoch in allen Fragen der Entwicklungshilfe der Verkehr mit dem Ausland, die Verhandlung von Staatsverträgen, die Vertretung österreichischer Interessen in internationalen Organisationen im UN-System und der Verkehr mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, denen bei der Vorbereitung und Überwachung der einzelnen Projekte eine wichtige Rolle zukommt.

Weiters ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Beirat für Entwicklungshilfe, im Exportfinanzierungs- und im Starthilfekomitee vertreten und wirkt bei der Fortschreibung des Dreijahresentwicklungsprogramms, das der mittelfristigen Planung dient, mit.

Für die Weltbank (IBRD) und die ihr angeschlossenen Organisationen, die IDA und die IFC sowie für die regionalen Entwicklungsbanken ist das Bundesministerium für Finanzen federführend.

Die Abwicklung der österreichischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe bedingt eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen und fallweise auch anderen Bundesdienststellen unter aktiver Einschaltung der österreichischen Vertretungsbehörden bei den internationalen Organisationen und in den Entwicklungsländern.

Grundsätze

Österreich ist bestrebt, seine quantitativ noch relativ geringen finanziellen Leistungen nicht nur durch eine dem internationalen Interessenausgleich verpflichtete Außenpolitik zu ergänzen, sondern auch durch die besondere Betonung qualitativer Elemente im Endeffekt zu verbessern. Die Grundsätze der österreichischen Entwicklungshilfepolitik sind die Prinzipien der Partnerschaft und Solidarität: Sie verfolgt das Ziel, bestehende Abhängigkeiten abzubauen ohne neue zu schaffen, soziale und wirtschaftliche Gefälle auszugleichen und die Selbstbestimmung der Entwicklungsländer und ihrer Menschen zu fördern. Als neutraler Kleinstaat ohne koloniale Vergangenheit mit einer hochentwickelten Technologie und einer Wirtschaftsstruktur, die durch ein Überwiegen von Klein- und Mittelbetrieben, die keine Bedrohung für die Eigenentwicklung der Entwicklungsländer darstellen, gekennzeichnet ist, kann Österreich daher trotz der Beschränktheit der zur Verfügung ste-

Entwicklungszusammenarbeit

henden Mittel vielfach als attraktiver Partner für die jungen Staaten der Dritten Welt auftreten.

Mit diesen Grundsätzen im Einklang steht die sachliche und regionale Schwerpunktbildung, die auch im Berichtsjahr weiter verfolgt wurde. Die vorhandenen Budgetmittel wurden einerseits vorwiegend auf den Gebieten der Erziehung im weitesten Sinn (gewerbliche Fortbildung, Facharbeiterausbildung, Ausbildung von Technikern und Fremdenverkehrsexperten sowie der Heranbildung akademischer Fachkräfte) eingesetzt, wobei sowohl der Betrieb technischer Lehranstalten in den Entwicklungsländern, die Entsendung von Experten dorthin als auch die Durchführung von Kursen an diversen spezialisierten Lehranstalten in Österreich und die Vergabe von Stipendien an Studenten und Jungakademiker hierher gehören.

Von den in den Entwicklungsländern selbst durchgeführten Projekten entfiel der größte Prozentsatz auf die Land- und Forstwirtschaft sowie auf die Förderung der Infrastruktur, die als Voraussetzung für eine sinnvolle Industrialisierung Priorität genießt. Daneben wurden noch das Gesundheitswesen und die soziale Betreuung unterprivilegierter Bevölkerungsschichten gefördert.

In regionaler Hinsicht konzentriert Österreich seine Entwicklungsbestrebungen auf die mit unserem Land traditionell verbundenen nordafrikanischen und maghrebischen Staaten und auf einige der besonders bedürftigen schwarzafrikanischen Staaten, wobei 1981 Fortschritte bei der Förderung großräumiger Entwicklungsprojekte (vor allem die beginnende Zusammenarbeit mit der Kagera River Valley Development Organization in Ostafrika) zu verzeichnen sind. Ein Rahmenabkommen zwischen dem Bundeskanzleramt und der genannten Organisation konnte im November 1981 unterzeichnet werden. Ebenso wurde der Beschluß zur Durchführung einer Feasibility Studie über die Erfordernisse des Eisenbahnverkehrs in dieser Region (Gesamtwert: etwa 8 Mio. S) gefaßt, welche von Österreich, Italien und dem UNDP gemeinsam finanziert und realisiert werden soll.

Im Sinn der Empfehlungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen und der V. Welthandelskonferenz (UNCTAD V) ist Österreich auch bestrebt, einen größeren Prozentsatz seiner für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel den ärmsten Entwicklungsländern (least developed countries) zukommen zu lassen.

Österreichs Leistungen für die Entwicklungsländer

Im Sinn der Berechnungsmethoden der OECD, dessen Entwicklungshilfekomitee (DAC) Österreich gemeinsam mit fast allen westlichen Geberländern angehört, werden hier nicht nur die Projekte der techni-

Entwicklungszusammenarbeit

schen Hilfe im engeren Sinn, sondern auch die Aufwendungen für staatlich subventionierte Kredite an Entwicklungsländer angeführt, die es diesen erst ermöglichen, trotz ihrer Devisenknappheit für ihre Entwicklung notwendige Lieferungen und Leistungen aus den Industriestaaten zu beziehen. Schließlich werden hier auch die Ausgaben für diejenigen Studenten aus Entwicklungsländern, die in Österreich zwar keine Stipendien beziehen, aber die aus dem Budget finanzierte Einrichtungen der Universitäten und Hochschulen mitbenützen, und der direkte Verwaltungsaufwand für die Durchführung der Entwicklungshilfe erfaßt.

Im Jahre 1980 erreichten die öffentlichen Leistungen an Entwicklungsländer, mit dem Fachausdruck der internationalen Organisationen als ODA (official development assistance) bezeichnet, 2,25 Mrd. S, wovon rund 1 882 Mio. S bilaterale Leistungen, 69 Mio. S Beiträge an multilaterale Finanzierungsinstitutionen und 296 Mio. S Beiträge an andere internationale Organisationen, die Entwicklungshilfe durchführen, waren. Dieses Gesamtvolumen entsprach 0,23 % des österreichischen Bruttonationalprodukts, was eine Steigerung von 20 % gegenüber 1979 (0,19 %) bedeutet. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die Zunahme der bilateralen Finanzhilfe und insbesondere der Exportkredite mit einem Anteil technischer Hilfe (grant element) zurückzuführen. Bei den privaten Leistungen an Entwicklungsländer steht einer Steigerung der karitativen Zahlungen ein weiterer Rückgang der Nettoleistungen der Wirtschaft (Exportkredite und Direktinvestitionen) gegenüber, so daß die gesamten nichtstaatlichen Leistungen, die in den vorangegangenen Jahren zwischen 4 und 6 Mrd. S geschwankt hatten, im Jahr 1979 noch 2 018 Mio. S und im Jahr 1980 nur mehr 1 448 Mio. S erreichten.

Von den Entwicklungsländern werden, neben den freiwilligen Beiträgen der Industriestaaten zu multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen, insbesondere die bilateralen Leistungen der technischen Hilfe im engeren Sinn als Gradmesser für die Aufgeschlossenheit eines Landes zur Nord-Süd-Problematik im allgemeinen und für die Qualität der bilateralen Beziehungen im besonderen herangezogen.

Folgende Liste gibt einen vergleichswisen Überblick über die Gesamtleistungen der bilateralen technischen Hilfe an alle Staaten, bei welchen diese Leistungen 1 Mio. S überschreiten. In diesen Zahlen sind alle gemäß OECD-Richtlinien anrechenbaren Leistungen, u. a. Einsätze von Entwicklungshelfern und Experten, EH-Stipendien wie auch die von Österreich subventionierten Studienplätze ausländischer Studenten, Flüchtlingshilfe und bilaterale Nahrungsmittelhilfe enthalten.

*Entwicklungszusammenarbeit***Gesamtleistungen der Bilateralen Technischen Hilfe im Jahr 1980**

	in Mio. öS		in Mio. öS
Afrika	126,88	Asien	78,26
Zambia	30,03	Iran	55,12 ¹⁾
Ägypten	23,4	Vietnam	17,55 ²⁾
Kenia	9,88	Philippinen	7,15
Sudan	8,71	Irak	6,11
Obervolta	7,67	Papua-Neuguinea	5,59
Tansania	7,15	Korea	5,07
Nigerien	6,24	Syrien	5,07
Tunesien	5,98	Indien	4,55
Lesotho	4,55	Saudi Arabien	3,77
Algerien	4,55	Indonesien	3,64
Senegal	2,86	Jordanien	3,38
Angola	2,73	Israel	2,6
Ghana	1,82	Pakistan	2,47
Zaire	1,3	Afghanistan	2,21
Zentralafrikanische Republik	1,3	Thailand	1,82
Kamerun	1,17	Bhutan	1,82
Marokko	1,04	China	1,04
Rwanda	1,04	Nepal	1,04
Lateinamerika	38,35		
Guatemala	14,3	Chile	2,6
Mexiko	14,17	Peru	2,47
Nikaragua	7,67	Ekuador	2,34
Brasilien	7,34	Venezuela	2,08
Bolivien	5,2	Argentinien	1,95
Kolumbien	2,86	Paraguay	1,3

Das Gesamtergebnis der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfeleistungen für 1981 liegt noch nicht vor, da die Berechnung der Exportkredite und anderer anrechenbarer Leistungen noch nicht abgeschlossen ist. Es ist jedoch nur mit einer geringfügigen Änderung des ODA-Anteils gegenüber dem Vorjahr zu rechnen.

Österreich liegt somit mit seinen Gesamtleistungen weiterhin unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten (0,34 %). Es wird in den nächsten Jahren großer Anstrengungen bedürfen, um dem international anerkannten Ziel eines jährlichen Transfers von 0,7 % des Bruttonationalproduktes an die Entwicklungsländer, allein aus öffentlichen Mit-

¹⁾ Für 902 iranische Studenten in Österreich.

²⁾ Flüchtlingshilfe.

Entwicklungszusammenarbeit

teln, nahezukommen. Auch Österreich hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen verpflichtet, dieses Ziel bis zum Ende der laufenden 3. Entwicklungsdekade, also vor 1990, zu erreichen.

Übersicht über die wichtigsten multilateralen und bilateralen*) Entwicklungshilfeleistungen 1981

Beiträge zu internationalen Finanzinstitutionen

Internationale Finanzkorporation (IFC)	13,6 Mio. S
Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA)	517,1 Mio. S
Regionale Wirtschaftsbanken	99,5 Mio. S
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	33,0 Mio. S
EFTA-Fonds für Portugal	50,0 Mio. S

Beiträge zu sonstigen multilateralen Programmen

Nahrungsmittelhilfeübereinkommen (FAC)	110,0 Mio. S
UN Development Programme (UNDP) (6 Mio. US-Dollar)	95,0 Mio. S
Welternährungsprogramm (WFP)	33,8 Mio. S
UN-Interimsfonds für Wissenschaft und Technik (1 Mio. US-Dollar)	17,2 Mio. S
UNIDO-Industrialisierungsfonds (UNIDF)	11,8 Mio. S
UN-Kinderhilfswerk (UNICEF)	12,0 Mio. S
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	15,8 Mio. S

Österreichische Programme (weltweit)

Universitätsstipendien und Spezialkurse für Angehörige von Entwicklungsländern in Österreich, teilweise in Zusammenarbeit mit UNESCO, UNIDO und WIPO (Ausbildung von Geologen, Experten für Patentedokumentation, Fremdenverkehrsfachleuten, Post- und Zollbeamten u.a.)	24,0 Mio. S
Beiträge zur Entsendung von Entwicklungshelfern	36,0 Mio. S

*) Die Aufstellung der Projekte der bilateralen technischen Zusammenarbeit enthält nur die im Jahr 1981 genehmigten Einzelprojekte ab einem Wert von 2 Mio. S. Eine detailliertere Beschreibung dieser und anderer Entwicklungshilfeleistungen ist in den einzelnen Länderbeiträgen im Anhang zu finden. Bei den Gesamtzahlen für die Regionen sind aus statistischen Gründen alle im Jahr 1981 genehmigten bilateralen Projekte, nicht aber EH-Stipendien und die Kosten für den Einsatz von Entwicklungshelfern berücksichtigt.

*Entwicklungszusammenarbeit***Projekte der bilateralen technischen Zusammenarbeit**

AFRIKA	73 900 000,— S
davon	
Ägypten	
Lieferung von 50 österreichischen Traktoren für eine Großfarm	12 500 000,— S
Feasibility-Studie über die Erweiterung eines Sodakomplexes in Alexandria	2 900 000,— S
Musteranlage zur Herstellung von Baladi-Brot	2 100 000,— S
Lieferung von 70 Zuchtstieren zur genetischen Verbesserung des ägyptischen Rinderbestandes	2 100 000,— S
Angola	
Einsatzverlängerung eines Rinderzuchtexperten um drei Jahre	3 200 000,— S
Äthiopien	
Beitrag zu UNICEF-Projekt zur Wasserversorgung ländlicher Gebiete	6 500 000,— S
Alphabetisierungskampagne	3 000 000,— S
Cap Verde	
Finanzierung eines ILO-Projektes Wasserkonservierung in Sao Vincento	9 200 000,— S
Mali	
Lieferung von Pumpen für ein Bewässerungsprojekt	2 400 000,— S
Marokko	
Ausbildung von marokkanischen Lehrern am BPI Mödling	2 100 000,— S
Obervolta	
Betriebsaufwendungen für eine Berufsschule in Ouagadougou	2 700 000,— S
Sambia	
Maschinenausstattung für eine Rinderfarm	3 200 000,— S
Einsatzverlängerung eines Rinderzuchtexperten um zwei Jahre	3 100 000,— S
Tansania	
Nahrungsmittelbeihilfe – Beitrag zu den Transportkosten	7 500 000,— S
Errichtung eines Schlachthofes in Arusha	2 000 000,— S

UNDP

LATEINAMERIKA	18 700 000,- S
davon:	
Mexiko	
Errichtung einer höheren Lehranstalt für Forstwesen und holzverarbeitende Lehr- und Industriebetriebe	12 600 000,- S
Nikaragua	
Kinderbibliothek in Managua	4 700 000,- S
ASIEN	10 500 000,- S
davon:	
Bhutan	
Lieferung von 18 Haflinger Zuchtpferden	2 000 000,- S
Jordanien	
Feasibility-Studie über die Errichtung einer Natriumkarbonat- bzw. Natriumchloridanlage	5 000 000,- S

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Die Entwicklungshilfe im Rahmen der Vereinten Nationen wird durch das „United Nations Development Programme“ – UNDP – finanziert und koordiniert; welche Bedeutung der multilateralen technischen Hilfe im Rahmen der Vereinten Nationen zukommt, erhellen die erst kürzlich veröffentlichten globalen Zahlen für das Jahr 1980: In diesem Jahr wurden weltweit rund 677 Mio. \$ aufgewendet, womit mehr als 5 200 Einzelprojekte finanziert werden konnten, wovon je etwa 1 000 auf den land- und forstwirtschaftlichen und auf den Erziehungssektor entfielen. Regional gesehen entfiel der größte Anteil (etwa $\frac{1}{3}$) auf Afrika. Das UNDP schätzt, daß durch diese Projekte allein im Jahre 1980 Investitionen von mehr als 4 Mrd. \$ ermöglicht wurden.

Im Jahre 1981 zeichneten sich ernste Schwierigkeiten für die Finanzierung der für die dritte fünfjährige Planungsperiode (1982 bis 1986) erstellten Pläne ab, was vor allem auf die weltweite Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, die einerseits durch die Budgetrestriktionen in vielen Industriestaaten zu einer deutlichen Verlangsamung des Zuflusses an neuen Finanzierungsmitteln, andererseits zu steigenden Anforderungen der wirtschaftlich schwächeren Entwicklungsländer an die technische Hilfe führte. Gleichzeitig brachte der Anstieg des Dollarkurses zusätzliche Probleme, die nicht rein buchhalterischer Natur waren, sondern eine echte Schere zwischen den (aus aller Welt stammenden und daher zum Großteil nicht in Dollar budgetierten) Einnahmen des Program-

UNDP

mes und den schon wegen des Sitzes der Verwaltung in New York zu einem erheblichen Teil in der US-Währung fakturierten Ausgaben öffneten. Die 28. Tagung des Verwaltungsrates stand weitgehend im Zeichen dieser Problematik. Wie der Administrator Morse in seinen einleitenden Ausführungen feststellte, könne anstatt des auf der Basis des 14%igen Wachstumszieles errechneten Mittelflusses von 6,7 Mrd. \$ während dieser 5-Jahres-Periode nur mit einem Gesamtvolumen an verfügbaren Mitteln von ungefähr 5,1 Mrd. gerechnet werden. Dies würde angesichts der hohen Fixkosten für den Verwaltungsapparat die Finanzierung von höchstens 80% der vorgesehenen Programme in den Entwicklungsländern ermöglichen.

Nach langen Beratungen, in deren Verlauf vor allem die Sprecher der Entwicklungsländer auf die schwerwiegenden Auswirkungen hinwiesen, die eine Kürzung des in Aussicht genommenen Programmvolumens auf ihren Entwicklungsprozeß haben müßte, beschloß der Rat, daß der Administrator seine Konsultationen mit den Geberländern fortsetzen solle, um das ursprünglich vorgesehene Planziel einer 14%igen jährlichen Erhöhung der Mittel zu erreichen. Alle Länder, insbesondere diejenigen, deren Beiträge bisher ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht entsprochen hatten, wurden aufgefordert, ihr Beitragsniveau entschieden zu erhöhen. Weiters sind Einsparungen bei den Verwaltungskosten vorgesehen. Das geplante Programm soll allerdings unter Berücksichtigung der Einnahmensituation möglichst weitgehend verwirklicht werden.

Weiters genehmigte der Rat bei seiner 28. Tagung eine Reihe von Länderprogrammen, darunter das Programm für Bangladesh, das mit über 200 Mio. \$ dotiert wurde und das Programm für Vietnam (118 Mio.), das ebenso wie das wesentlich kleinere 5-Jahres-Programm für Kuba erst nach längeren politischen Kontroversen und mit gewissen besonderen Auflagen hinsichtlich der Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung approbiert wurde. Zu den vom UNDP verwalteten Sonderfonds, deren Budgets und Arbeitsweise ebenfalls vom Verwaltungsrat des UNDP geprüft und genehmigt werden müssen, gehören in erster Linie:

a) UN-Fonds für Bevölkerungsaktivitäten (UNFPA)

Neben der Mithilfe bei der Familienplanung gehören verbesserte Mutter- und Kindvorsorge, Herabsetzung der Kindersterblichkeit, verbesserter Zugang zu Erziehung und Bildung, insbesondere für Frauen, zu den Prioritäten, die einen Übergang von hohen zu niedrigen Geburtsraten fördern und damit das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern mit den vorhandenen Lebensmöglichkeiten in Einklang bringen sollen. Im Jahre 1980 konnte der Fonds hierfür annähernd

UNDP – UNICEF

150 Mio. \$ einsetzen, wovon 37 % auf den besonders überbevölkerten asiatisch-pazifischen Raum entfielen.

b) UN-Kapital-Entwicklungsfonds (UNCDF)

Dieser Sonderfonds gewährt Kleinkredite an die ärmsten Entwicklungsländer für produktive Investitionen.

c) UN-Fonds für Naturschätze (UNRFRNRE)

Dieser Fonds operiert auf der Basis der Rückzahlung der für die Auffindung von mineralischen Bodenschätzen aufgewandten Mittel nach Fündigwerden, und befindet sich, da er erst seit zwei Jahren praktisch tätig ist und daher noch keine Rückflüsse eingesetzt haben, in einer akuten Finanzkrise.

d) Energiefonds

Auch bei der diesjährigen Ratstagung kam keine Einigung über die Schaffung eines eigenen Energiefonds zustande; der Rat ermächtigte den Administrator lediglich, die Verwaltung eines zukünftigen Energiefinanzierungs-Mechanismus zu übernehmen, falls die Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen (siehe dort) einen solchen Beschluß fassen sollte.

Österreich ist derzeit Mitglied des UNDP-Verwaltungsrates und nahm an der 28. Tagung aktiven Anteil; vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC), der für die Zusammensetzung des Verwaltungsrates zuständig ist, wurde Österreich bei seiner Sommertagung für eine weitere 3-Jahres-Periode (1982 bis 1985) wiedergewählt.

Der österreichische Beitrag zum UNDP betrug im Jahre 1981 6 Mio. \$, gegenüber einem Beitrag von 5,5 Mio. \$ im Jahre 1980. Der starke Anstieg des Dollarkurses bewirkte jedoch in budgetärer Hinsicht eine viel stärkere Steigerung der für diesen Beitrag aufgewendeten Mittel (95 Mio. S gegen 70 Mio. S 1980). Für 1982 konnte wegen der erwähnten Wechselkursentwicklung keine weitere Steigerung des Dollarbeitrages angekündigt werden.

UN-Kinderhilfswerk (UNICEF)

Seit Jahren war Österreich bemüht, in den Verwaltungsrat des 1946 gegründeten UN-Kinderhilfswerkes gewählt zu werden, da es an den Arbeiten dieses humanitär-entwicklungspolitischen Hilfswerkes der Vereinten Nationen regen Anteil nimmt. In den letzten Jahren waren diese Bemühungen daran gescheitert, daß im Exekutivrat, der nur aus 30 Mitgliedern besteht, stets zu wenige Sitze für die westliche Ländergruppe vorhanden waren, so daß Österreich seine Kandidatur mehrmals zurückzog. Neben dem (beim Bundesministerium für Soziale

Regionale Entwicklungsbanken

Verwaltung budgetierten) Beitrag der österreichischen Bundesregierung bringt ein aus österreichischen Persönlichkeiten bestehendes Nationalkomitee durch seine Aktivitäten (am bekanntesten davon ist wohl der Verkauf der UNICEF-Weihnachtskarten) namhafte Beträge für das Programm der UNICEF auf.

Bei der diesjährigen Frühjahrstagung des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) in New York gelang es Österreich, mit seiner Kandidatur durchzudringen, so daß es an der im Oktober in New York abgehaltenen Sondertagung bereits als Vollmitglied teilnehmen konnte.

Die Sondertagung war notwendig geworden, da der Verwaltungsrat bei seiner regulären Tagung keine Einigung über das Budget und den Postenplan erzielen konnte. Bei der Sondertagung wurde nach längeren Diskussionen, bei denen die österreichische Delegation mehrmals eine Mittlerstellung einnehmen konnte, ein Finanzplan verabschiedet, der die bisherige Rolle des UNICEF als aktionsorientierte, auf die praktische Tätigkeit in den Entwicklungsländern ausgerichtete Organisation wahrt, aber doch eine geringfügige Verstärkung der administrativen Struktur zuläßt (das Budget für die 2-Jahres-Periode 1982 bis 1983 beläuft sich auf rund 170 Mio. \$, wovon, nach allgemeinen UN-Kriterien berechnet, der echte Verwaltungsaufwand nur etwa 9% beansprucht).

Der österreichische Beitrag konnte für 1981 auf 12 Mio. S angehoben werden; darüber hinaus hat sich Österreich bereit erklärt, aus Mitteln der bilateralen Entwicklungshilfe zu einem Projekt des UNICEF (Bewässerungsprojekt in Äthiopien) beizutragen.

Regionale Entwicklungsbanken

In Lateinamerika, Asien und Afrika bestehen regionale Entwicklungsbanken, die der Entwicklungsfinanzierung dienen und die Tätigkeit der Weltbank auf diesem Gebiet ergänzen. Um neue Finanzquellen zu erschließen, haben die Interamerikanische und die Asiatische Entwicklungsbank auch nichtregionalen Staaten die Mitgliedschaft eröffnet.

Seitens der Afrikanischen Entwicklungsbank wurde eine Statutenänderung über die Zulassung nichtregionaler Mitglieder vorbereitet. Eine hierfür erforderliche $\frac{3}{4}$ -Mehrheit des Stammkapitals konnte bisher aber noch nicht erreicht werden. Österreich hat, wie die Mehrheit der westlichen Industriestaaten, die Absicht, der Afrikanischen Entwicklungsbank so bald wie möglich beizutreten. Die innerstaatlichen Voraussetzungen für diesen Beitritt wurden bereits geschaffen.

Dem Afrikanischen Entwicklungsfonds ist Österreich am 30. Dezember 1981 beigetreten. Die Zahlung des ersten Beitrages ist für Anfang 1982 in Aussicht genommen.

Expertenbüro

In der Interamerikanischen Entwicklungsbank bildet Österreich mit den nichtregionalen Mitgliedern Japan, Spanien, Schweiz, Jugoslawien und Israel eine Stimmrechtsgruppe und stellt zum ersten Mal in den Jahren 1981 und 1982 einen stellvertretenden Exekutivdirektor der Bank. Der österreichische Anteil am Stammkapital dieser Bank beträgt 14,9 Mio. \$. Zum Sonderfonds der Bank, an welchem Österreich mit einem Stammanteil von 10,9 Mio. \$ beteiligt ist, wurde im Jahre 1981 ein österreichischer Beitrag in der Höhe von 1,48 Mio. \$ geleistet.

In der Asiatischen Entwicklungsbank bildet Österreich mit der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien eine Stimmrechtsgruppe. Der österreichische Anteil am Stammkapital dieser Bank beträgt 38,7 Mio. \$, wobei sich der österreichische Beitrag im Jahre 1981 auf insgesamt 7,7 Mio. S belief. Zum Asiatischen Entwicklungsfonds, an welchem sich Österreich mit insgesamt 30,5 Mio. \$ beteiligt, wurde im Jahre 1981 ein Betrag von 67 Mio. S geleistet. Dieser Fonds gewährt den ärmsten Mitgliedsländern Kredite zu besonders weichen Bedingungen.

Expertenbüro

Ein Expertenbüro im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten fungiert als Vermittlungsstelle für den Einsatz österreichischer Fachleute im Rahmen der Programme der Technischen Zusammenarbeit der Vereinten Nationen. In vorwiegend vom UNDP finanzierten Projekten waren im Jahre 1980 108 österreichische Experten tätig. Die entsprechenden Zahlen für 1981 liegen derzeit noch nicht vor.

Aufgrund des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Österreich über die Beistellung von Hilfsexperten, BGBl. Nr. 80/80, finanziert Österreich nach Maßgabe der im Budget des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung stehenden Mittel den Einsatz junger österreichischer Fachleute im Rahmen der vorerwähnten Programme. Im Jahre 1981 waren drei Hilfsexperten auf den Fachgebieten der Wirtschafts- und Raumplanung in Panama und Guinea-Bissau sowie der Entwicklung der Kleinindustrie in Vanuatu eingesetzt. Zwei haben ihre Tätigkeit mittlerweile beendet, Neueinsätze sind vorgesehen.

*Auslandskulturpolitik***Auslandskulturpolitik**

Die kulturellen Auslandsbeziehungen werden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst sowie für Wissenschaft und Forschung betreut. Die Zusammenarbeit ist traditionell sehr gut.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat im Berichtsjahr die Broschüre „Österreichs kulturelle Auslandsbeziehungen“ herausgebracht, in der erstmals nach 11 Jahren die Ziele der österreichischen Auslandskulturpolitik neu formuliert, der derzeit zur Verfügung stehende Apparat (Kulturinstitute, Kulturräte, Vertretungsbehörden) vorgestellt und dessen Aufgaben dargelegt wurden. Zweck dieser Broschüre ist es, interessierten Kreisen im In- und Ausland – Kulturschaffenden, Journalisten und kulturellen Institutionen – einen Informationsbehelf an die Hand zu geben.

Hauptziel der Auslandskulturarbeit war auch 1981 die Vermittlung eines aktuellen Österreichbildes. Um weiterwirkende Kontakte zu schaffen, wurde getrachtet, Veranstaltungen nicht einseitig zu präsentieren, sondern soweit wie möglich in echter Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Künstlern und Institutionen des Gastlandes durchzuführen.

Die Veranstaltungstätigkeit im Ausstellungsbereich hielt sich im Rahmen des Vorjahres (rund 100 Ausstellungen, die an mehr als 350 Orten gezeigt wurden). Die Zahl der Symposien hat zugenommen (1979: 30, 1980: 70, 1981: über 90). Besondere Anstrengungen wurden im Filmbereich unternommen: für 3,2 Mio. S (1980: 2,5 Mio. S) wurden 180 (1980: 150) neue Filmkopien angekauft. Für die schon traditionellen Buchaktionen wurden 1,1 Mio. S (1980: 0,7 Mio. S) aufgewendet.

Das Schwerpunktprogramm in seiner ersten, vierjährigen Konzeption (1978 bis 1982) für Osteuropa, Skandinavien und die Iberische Halbinsel trat mit Herbst 1981 in seine Endphase. Zwischenerhebungen haben ergeben, daß es in der weit überwiegenden Zahl der betroffenen Länder erfolgreich war und von der Ausrichtung her – Konzentration der Mittel für eine bestimmte Zeit auf eine beschränkte Anzahl von Ländern – richtig ist. Hervorgehoben sei die im Berichtsjahr in Angriff genommene Einrichtung kleiner Leihbibliotheken in Prag und Budapest sowie die Einrichtung von Sprachkursen am Kulturinstitut Budapest mit Herbst 1981. Mit einer teilweisen örtlichen Verlagerung des Schwerpunktprogramms ab Herbst 1982 insbesondere auf Nordamerika wird auch eine noch konsequentere Konzentration der Mittel auf die Schwerpunktländer Platz greifen. Die Ausarbeitung von möglichst detaillierten Programmen wurde bereits in Angriff genommen.

Bildende Kunst

Im Sinne der bei der „Auslandskulturenquete 1980“ gemachten Anregungen fand im Rahmen der jährlichen Auslandskulturtagung, an der auch 1981 wieder rund 30 Bedienstete von Kulturinstituten und Vertretungsbehörden teilnahmen, ein Round-table-Gespräch mit Kulturschaffenden und Journalisten statt. Bei diesem Meinungsaustausch erklärten die Gäste, welche Unterstützung und Förderung sie sich durch den Apparat des Außenministeriums im Ausland erwarten; die Bediensteten des Ressorts legten die Möglichkeiten und Grenzen dar, die bei der Erfüllung solcher Wünsche gegeben sind. Weitere Diskussionspunkte waren die Koordination der Arbeit der verschiedenen im Ausland tätigen österreichischen Institutionen, die Sensibilisierung der Massenmedien für Anliegen der Auslandskulturpolitik mit dem Ziel, einerseits eine bessere Information der österreichischen Öffentlichkeit über die kulturellen Aktivitäten im Ausland zu erreichen und andererseits die Wirtschaft für eine wenigstens bescheidene Unterstützung der kulturellen Präsenz Österreichs im Ausland (Sponsoren) zu gewinnen.

Im Rahmen der erwähnten Tagung trat auch das Kontaktkomitee zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern zusammen, wodurch den Vertretern der Länder Gelegenheit zu direkter Kontaktnahme mit den im Ausland tätigen Bediensteten geboten und die Möglichkeiten der Unterstützung von Länderinitiativen erörtert wurde.

Der speziell auf den kulturellen Bereich abgestimmte Apparat des Außenministeriums (Kulturinstitute und Kulturräte) erfuhr im Berichtsjahr keine Veränderung.

Kunst

Bildende Kunst

Im Ausstellungsbereich wurde auch im Berichtsjahr darauf Bedacht genommen, möglichst alle Bereiche der Bildenden Kunst zu berücksichtigen. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit wurde Wanderausstellungen Priorität gegeben. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gab selbst vor allem wiederum Photodokumentationsausstellungen in Auftrag.

Durch Photodokumentationsausstellungen, die meist aus einem bestimmten Anlaß (Gedenkjahr) angeboten werden, ist es auch möglich, auf wichtige Ereignisse des österreichischen kulturellen Lebens hinzuweisen und Impulse zu geben, die – wie die Erfahrung zeigt – vielfach im Ausland zu weiteren Veranstaltungen durch ausländische Partner Anstoß geben.

Literatur

Im Laufe des Jahres 1981 konnten rund 100 Ausstellungen in insgesamt über 350 Orten gezeigt bzw. für eine Präsentation vermittelt werden (siehe Übersicht im Anhang).

Seit Mai 1981 befinden sich zwei neue Photodokumentationsausstellungen (Stefan Zweig, Arthur Schnitzler) im Einsatz, wobei die Zweig-Ausstellung auf größere Aufnahmebereitschaft gestoßen ist. Da die Nachfrage nach einer Hundertwasser-Graphikausstellung vor allem in Lateinamerika besonders groß war, wurde gemeinsam mit dem Künstler eine kleine hängefertige Graphikausstellung zusammengestellt, die im Berichtszeitraum in vier Ländern Südamerikas gezeigt wurde. Die Akademische Druck- und Verlagsanstalt in Graz hat sich auf Initiative des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bereit erklärt, eine Ausstellung in drei Exemplaren zusammenzustellen, durch die die international anerkannten Spitzenprodukte der genannten Firma auf dem Gebiete der Herstellung von Faksimiledrucken äußerst wertvoller und gefährdeter alter Manuskripte dokumentiert werden. Dieses neue Projekt stieß im Jahr 1981 auf äußerst interessierte Aufnahme.

Die hängefertigen Dokumentationsausstellungen bleiben auch über das eigentliche Gedenkjahr hinaus einsatzfähig und werden dann vor allem ausländischen Facheinrichtungen auch in Provinzstädten angeboten. Anschließend finden sie oft auch in Österreich (Schulen) Verwendung.

Literatur

Abgesehen von Veranstaltungen, die noch in Zusammenhang mit dem Robert Musil-Jahr 1980 durchgeführt wurden, stand vor allem die zweite Jahreshälfte 1981 im Zeichen des 100. Geburtstages von Stefan Zweig, der nach wie vor der meistübersetzte österreichische Schriftsteller ist. Dieses Jubiläum fand auch in der internationalen Presse einen Niederschlag, der nur mit der Reaktion auf die Verleihung des Literaturnobelpreises 1981 an Elias Canetti vergleichbar ist, dessen starke Beziehung zu Wien gewürdigt wurde. Die Nobelpreisverleihung veranlaßte das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, neben der üblichen Buchaktion für ausländische Universitäten auch eine Sonderaktion mit Werken Canettis durchzuführen.

Die Entsendung von österreichischen Germanisten und Schriftstellern zu Symposien, Vorträgen und Lesungen vor allem an germanistischen Instituten ausländischer Universitäten entspricht nach Umfang und Streuung dem Vorjahr: 32 Autorenlesungen haben stattgefunden. Die Hälfte der insgesamt 92 Symposien und Seminare sowie der rund 160 Vorträge hatte literarische Themen zum Gegenstand, was die Bedeutung unterstreicht, die der zeitgenössischen Literatur in der Auslandskulturarbeit beigemessen wird (siehe Übersicht im Anhang).

Musik

Übersetzungen

1981 wurden Subventionsmittel im Ausmaß von rund 120 000,- S der Förderung von Übersetzungen der Werke österreichischer Autoren in andere Sprachen gewidmet. Konkreter Anlaß dafür ist oft ein Aufführungsprojekt einer ausländischen Bühne. Hervorzuheben wäre etwa die Übersetzung von Stücken Thomas Bernhards in den USA, die erfolgreiche Inszenierungen zur Folge hatte. Das aufwendigste Projekt, an dessen Kosten sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beteiligt, ist derzeit eine Neuübersetzung von Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ ins Amerikanische.

Theater

Erwähnenswert ist vor allem eine Nestroy-Tournée, in deren Verlauf das Wiener Ensemble TEAM 65 an acht britischen Universitäten gastierte. Außerdem wurden verschiedentlich Schauspieler als Interpreten von Texten österreichischer Autoren eingesetzt.

Musik

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist bemüht, bei jenen Konzertveranstaltungen im Ausland, die in Zusammenarbeit mit österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturinstituten, bzw. mit einer finanziellen Unterstützung aus Mitteln des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten durchgeführt werden – im Berichtsjahr waren es rund 160*) –, jeweils auch Werke lebender österreichischer Komponisten zu berücksichtigen.

Zur Propagierung zeitgenössischer österreichischer Musik wurde im Jahr 1981 erstmalig mit dem Ankauf einer größeren Anzahl von Schallplattenaufnahmen österreichischer Gegenwartsmusik begonnen. Diese Schallplatten werden durch die Vertretungsbehörden und Kulturinstitute an ausländische Musikhochschulen als Geschenk der Republik Österreich weitergegeben.

Demselben Zweck dient auch die gelegentliche Kostenübernahme von Notenleihgebühren für Aufführungen zeitgenössischer österreichischer Musik durch ausländische Orchester, besonders in Ländern, in denen ansonsten solche Konzerte mangels finanzieller Möglichkeiten der Orchester nicht realisiert werden könnten.

*) Detailinformationen sind im BMfAA, Kulturpolitische Sektion, erhältlich.

Film

Film und audiovisuelle Mittel

Erneuerung der Filmbestände

Der Ankauf österreichischer Filmproduktionen konnte intensiviert werden: Für 3,2 Mio. S wurden rund 180 Filmkopien, davon 33 neue Titel, zur Erweiterung der Filmothek in der Zentrale oder zum ständigen Verbleib bei den österreichischen Kulturinstituten angekauft.

Diese Filme behandeln – entsprechend dem im Ausland gezeigten Interesse – aktuelle Themen aus Gebieten der Geschichte, Landes- und Volkskunde, Musik, bildende Kunst, der Literatur und des Sports. Dem Bereich „Spielfilm“ – insbesondere dem „jungen österreichischen Film“ – wurde im Verhältnis zu Informations- und Dokumentarfilmen mehr Platz eingeräumt. Es handelt sich bei diesen Neuerwerbungen einerseits um Spielfilme, die sich mit Problemen und Erscheinungen unserer Zeit auseinandersetzen, andererseits um Produktionen, die das neue österreichische Filmschaffen eindrucksvoll dokumentieren und auch bereits im Ausland Aufmerksamkeit erregten.

Österreichische Filmwochen

Der Veranstaltung von Filmwochen auf bilateraler Basis wurde erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Dies geschieht entweder im Rahmen der zwischenstaatlichen Kulturabkommen oder auf Grund spezieller Vereinbarungen. Auf diesem Gebiet wirkt sich die fruchtbare Zusammenarbeit von Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Bundesministerium für Unterricht und Kunst besonders positiv aus, wobei das Bundesministerium für Unterricht und Kunst wesentlichen Anteil an der Organisation und Finanzierung hat.

Besonders erfreulich war die Verwirklichung einer ersten „Österreichischen Filmwoche“ in der DDR, bei der die gezeigten österreichischen Produktionen überaus interessiert aufgenommen wurden. Im Anschluß an diese Veranstaltung wurde eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem Gebiet des Filmwesens angeregt.

In Erfüllung des Kulturabkommens fand im Rahmen des „XII. Internationalen Moskauer Filmfestivals“ die Premiere des österreichischen Films „Der Schüler Gerber“ statt, der vom sowjetischen Publikum mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Im abgelaufenen Jahr konnte auch die langwierige Vorbereitung österreichischer Filmwochen im lateinamerikanischen Raum abgeschlossen werden: Es wurde ein aus acht neu angekauften Filmen bestehendes Filmpaket zusammengestellt, das einen repräsentativen Querschnitt durch das österreichische Filmschaffen von 1927 bis zur Gegenwart gibt. Unter Beteiligung des „Instituto Nacional de Bellas Artes“

Film

(INBA) wurden diese Filme in Mexiko mit spanischen Untertiteln versehen. Im Mai 1981 gelangte das Filmpaket in Mexiko-City zum ersten Mal zum Einsatz und fand eine sehr gute Aufnahme. An diese Veranstaltung schloß sich eine Tournee durch mehrere mexikanische Provinzstädte an, die ebenfalls überaus erfolgreich war. Auf Grund der großen Nachfrage wurden diese Filmwochen mit einer nochmaligen Vorführung in Mexiko-City abgeschlossen.

Im Jahr 1982 wird das Filmpaket in weiteren lateinamerikanischen Ländern präsentiert werden.

Filmfestivals

Im Berichtsjahr gelangten bei verschiedenen Filmfestivals etwa 70 österreichische Filmproduktionen in 18 Ländern (darunter Ägypten, Belgien, Bulgarien, CSSR, BRD, Finnland, Frankreich, Indien, Hongkong, USA, UdSSR u. a.) zur Aufführung.

Aus der Vielzahl der stattgefundenen Festivals mit österreichischer Beteiligung sind einige auf Grund des für Österreich überaus erfreulichen Erfolgs besonders hervorzuheben.

Im Mai 1981 beteiligte sich Österreich nach langer Unterbrechung erstmals wieder am „Festival de Cannes“ (Internationale Woche der Filmkritik), u. a. mit den Filmen „Egon Schiele“, „Anima“ und „Den Tüchtigen gehört die Welt“. Im Anschluß daran wurden noch eine weitere Woche hindurch in einem speziell dafür gemieteten Kino österreichische Filme einem breiteren Publikum vorgestellt, um den Bekanntheitsgrad des „jungen österreichischen Films“ zu heben.

Beim Internationalen Filmfestival in Figueira de Foz (Portugal) stand Österreich unter 22 teilnehmenden Ländern an vierter Stelle und wurde in der portugiesischen Presse als „die Überraschung“ bezeichnet. Es erschien auch eine speziell dem österreichischen Film gewidmete Publikation mit einer Würdigung des österreichischen Filmschaffens der letzten 10 Jahre.

Hinsichtlich besonderer Erfolge einzelner Filme, die im Rahmen von internationalen Festivals gezeigt wurden, ist besonders „Der Bockerer“ zu erwähnen, der beim „XII. Internationalen Moskauer Filmfestival“ vorgeführt wurde. Der Schauspieler Karl Merkatz wurde dabei mit dem 1. Preis für die beste Darstellung einer männlichen Rolle ausgezeichnet.

Beim „Internationalen Festival für Bild und Ton“ in Lüttich errang der Beitrag „Der König der Philippinen“ des Amateurfilmers Dr. Kurt Keil den 1. Preis. Der ebenfalls von dem Genannten gedrehte Film „König

Film

in Togo“ wurde bei den IV. Internationalen Filmfestwochen in Coimbra (Portugal) ebenfalls mit einem Preis bedacht.

Der Film „Military“ des Amateurfilmers Dr. Eduard Tschokl fand durch den Preis der ungarischen staatlichen Fremdenverkehrsbüros IBUSZ, gestiftet anlässlich des „Internationalen Sportfilmfestivals“ in Budapest, Anerkennung.

Filmleihverkehr

Die Filmothek des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten umfaßte Ende 1981 346 Filme mit 195 Titeln (Ankäufe 1981: 180 Filme/33 Titel). Aus Eigenbeständen wurden im Berichtsjahr rund 450 Filme an Vertretungsbehörden verliehen, die sie ihrerseits jeweils an mehrere Interessenten weiterverliehen; aus Fremdbeständen wurden rund 130 Filme beschafft.

Den – teilweise veralteten – Filmotheken bei den zehn österreichischen Kulturinstituten, die jeweils rund 50 Kopien umfassen, wurden im Berichtsjahr insgesamt 62 Kopien zugewiesen, wodurch die Institute den Bedarf im eigenen Wirkungsbereich besser und rascher decken können. Die Erneuerung und Erweiterung der Bestände der Filmothek der Kulturinstitute wird fortgesetzt.

In mehr als 900 Vorführungen im Rahmen von Veranstaltungen der Vertretungsbehörden wurden im Berichtsjahr rund 75 000 Besucher gezählt. In dieser Summe sind die Besucherzahlen von Veranstaltungen der Kulturinstitute, bei denen Filme aus den eigenen Filmotheken gezeigt wurden, sowie die Besucher von österreichischen Filmwochen nicht enthalten. Ferner liegen für insgesamt 117 Filme, die ausländischen Fernsehstationen zur Verfügung gestellt worden sind, naturgemäß keine Zuseherzahlen vor.

Unter den bereitgestellten Filmen befanden sich auch vier Folgen des von der Austria Wochenschau Ges. m. b. H. im Auftrag des Bundeskanzleramts-Bundespressediens hergestelltten Auslandsmagazins „Österreich heute“, welches in drei Sprachversionen zur Verfügung steht. Es handelt sich dabei um Kurzfilme über aktuelle Themen, die durch ausländische Fernsehanstalten und als Vorspann in Kinos gezeigt und so einem breiten Publikumskreis zugänglich gemacht werden können.

Schließlich sei auch der Informationsfilm über die Alpinen Ski-Weltmeisterschaften 1982 in Schladming erwähnt, der seit Oktober 1981 Vertretungsbehörden in Teilnehmerstaaten zur Verfügung steht und der sich regen Interesses erfreut.

Österreichwochen

Tonbänder

In der Berichtsperiode befanden sich bei 20 österreichischen Vertretungsbehörden insgesamt 1 526 (1980: 1 495) Tonbänder des Bundespressedienstes mit 66 verschiedenen Programmen in fünf Sprachversionen im Einsatz. Eine ziffernmäßige Breitenwirkung dieser Tonbandprogramme kann nicht abgeschätzt werden, da diese Tonbänder zusätzlich von ausländischen Rundfunkanstalten und Universitäten (Germanistischen Instituten u. a.) kopiert und je nach Bedarf eingesetzt werden.

Vorarbeiten zur Erstellung einer Tonbandreihe mit Hörspielen zeitgenössischer österreichischer Autoren sind im Gange.

Diapositive

Zusätzlich zu den drei bei den Vertretungsbehörden und Kulturinstituten im Einsatz befindlichen Dia-Reihen („Österreichische Bundesmuseen“, „Maria Theresia und ihre Zeit“, „Internationales Zentrum Wien [UNO-City]“) konnte im Jahre 1981 die Dia-Reihe „Österreichische Bundesländer“, bestehend aus neun Serien zu je 25 Dias, bereitgestellt werden. Hauptsächliche Zielgruppen dieser neuen Dia-Reihe sind Schüler und Studenten. Vorarbeiten zur Erstellung einer großen Dia-Reihe über österreichische Kunst in den letzten hundert Jahren sowie einer Dia-Reihe über die Fotodokumentationsausstellung „Österreich heute“ sind im Gange.

Österreichwochen

In letzter Zeit hat sich der Wunsch nach besserem Kennenlernen fremder Länder in einer breiten Öffentlichkeit sehr verstärkt. Diesem Trend folgend, besteht im Ausland verschiedentlich auf kommunaler Ebene der Wunsch, auch Österreichwochen oder Österreichtage zu organisieren.

Mit Unterstützung der österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturinstitute, aber auch der österreichischen Handelsdelegationen und Fremdenverkehrsvertretungen im Ausland gelingt es immer wieder, vielseitige und abgerundete Programme in der von den einzelnen lokalen Veranstaltern gewünschten Form zu realisieren. Allein im Jahre 1981 fanden in diesem Sinne 9 derartige Österreichwochen statt: Revin (Frankreich), Besançon (Frankreich), Braunatal (BRD), Noordoostpolder (Niederlande), Woronesch (UdSSR), Ridderkerk (Niederlande), Avila (veranstaltet durch das spanisch-österreichische Institut), Johannesburg (Südafrika) und Jakarta (Indonesien).

Österreichwochen

Ähnlich den vorerwähnten Österreichwochen im Ausland entfaltet der Wiener Fremdenverkehrsverband zahlreiche Aktivitäten zur Propagierung der Bundeshauptstadt und ihrer Einrichtungen (Ausstellungen über das historische und das moderne Wien, Altstadtsanierung, soziale Einrichtungen, sowie mit einem Modell der Wiener Innenstadt von 6 Metern Durchmesser, Filmvorführungen, kulinarische Spezialitäten, Wiener Kaffeehaus), die auf die jeweiligen örtlichen Bedürfnisse und Interessen abgestimmt werden. Üblicherweise werden diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt.

Der Wiener Fremdenverkehrsverband konnte auf diese Weise und mit organisatorischer Unterstützung der jeweils zuständigen österreichischen Dienststellen im Ausland im Laufe des Berichtszeitraumes folgende Wien-Präsentationen verwirklichen: In Lissabon, 25. 4. bis 17. 5. 1981, mit 30 000 Besuchern; in Palma de Mallorca, 22. 8. bis 27. 9. 1981, mit 150 000 Besuchern; in Bordeaux, 7. bis 22. 11. 1981, mit 30 000 Besuchern.

Außerdem wurde im Mai 1981 aus Anlaß des Weltkongresses des lateinamerikanischen Reisebüroverbandes (COTAL) am Konferenzort in einem Hotel in Malaga ein „Café Vienna“ eingerichtet.

Organisatorisch und finanziell unterstützt wurden auch die „Salzburg-Tage in Litauen“, die das Land Salzburg in der Zeit vom 20. bis 27. April 1981 in Wilnius veranstaltete.

Auch bei den „Klagenfurt-Tagen in Dessau“ (DDR), die zwischen 22. und 25. Oktober 1981 stattfanden, trat die zuständige Vertretungsbehörde als Mitveranstalter auf, und das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten leistete einen finanziellen Beitrag.

Dies sind Beispiele für das verstärkte Bemühen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Initiativen der Bundesländer im Ausland zu unterstützen.

Wissenschaft

Symposien, Seminare und Workshops

Im abgelaufenen Jahr wurden von den Kulturinstituten und Vertretungsbehörden in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern 92 Symposien, Seminare und Workshops mit sehr breit gestreuter Thematik durchgeführt*). Diese Veranstaltungsformen werden vor allem aus der Erwägung forciert, daß dabei die ausländischen Teilnehmer veran-

*) Eine Übersicht wird im Anhang gegeben.

Austauschprogramme

laßt werden, sich aktiv mit dem betreffenden Thema auseinanderzusetzen. Bei Workshops und Seminaren spielt aber auch die Absicht mit, im Hinblick auf die einen wesentlichen Kostenanteil darstellenden Reisekosten der mitwirkenden österreichischen Fachleute deren Anwesenheit optimal auszunützen.

Vortragsreisen und Autorenlesungen

Vorträge und Lesungen ermöglichen eine Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden und Kulturinstitute mit sehr unterschiedlichen Institutionen, vorwiegend im Universitätsbereich. Aus ökonomischen Gründen wird dabei angestrebt, die Reisen der österreichischen Vortragenden jeweils zu einer den Nahbereich des ausländischen Ausgangspunkts erfassenden Tournée auszubauen.

Bücheraktionen

Für die Bücheraktion für Universitäten wurden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1981 rund 1,13 Mio S aufgewendet.

In der Beteiligung mit Büchern bilden naturgemäß Staaten mit Kulturinstituten und Kulturräten aufgrund der dortigen Nachfrage einen Schwerpunkt, wobei v. a. dem verstärkten Interesse an österreichischer Literatur an polnischen, ungarischen und italienischen Universitäten Rechnung getragen wurde. Besonders berücksichtigt wurden 1981 auch Spanien und Portugal sowie Bulgarien, Kenia, Pakistan und Indien.

Anläßlich der Verleihung des Nobelpreises für Literatur an Elias Canetti wurden im Rahmen der Buchaktion Sets von Werken dieses Autors an Vertretungsbehörden und Kulturinstitute zur Weitergabe an Universitäten zur Verfügung gestellt.

Durch Büchereinkäufe im Wert von ca. 150 000,- S wurde 1981 ein erster Schritt zur Errichtung von kleinen Leihbibliotheken an der Botschaft in Prag und am Kulturinstitut Budapest gemacht.

Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen und sonstigen bilateralen Vereinbarungen (finanziert durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung)

Die innerstaatlich vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung durchgeführten und finanzierten Austauschprogramme für Wissenschaftler, Universitätslehrer, Studierende und Experten erfuhren 1981 eine Konsolidierung. Wurden einerseits in einigen Fällen wegen finanzieller Schwierigkeiten von Vertragspartnern die Quoten nicht zur

Austauschprogramme

Gänze erfüllt, so gelang es im Austausch mit anderen Ländern im Jahr 1981 erstmals den geplanten Umfang zu erreichen. Mit einigen Vertragspartnern gibt es auf Grund unterschiedlicher Auslegung der Vereinbarungen administrative Schwierigkeiten, die gelegentlich zu Verzögerungen bei der Durchführung der Austauschaktionen führen. Die österreichischen Vertretungsbehörden sind in die Bewältigung dieser oft schwer zu bereinigenden Probleme eingeschaltet.

Experten- und Delegationsaustausch

Diese Aktivitäten wurden mit Erfolg weitergeführt. Entsprechend den bilateralen Vereinbarungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Experten für Hochschulwesen, Bibliothekswesen, Archive, Denkmalschutz und Museumswesen zum Erfahrungsaustausch ins Ausland entsandt, bzw. in Österreich empfangen. Parallel zum Personenaustausch wird auch ein umfangreicher Austausch von Dokumentations- und Informationsmaterial durchgeführt.

Universitätslehreraustausch

Für das Studienjahr 1981/82 wurden 81 Professoren, bzw. Dozenten aus 21 Ländern entsprechend den Vereinbarungen zum Besuch österreichischer Universitäten und Hochschulen eingeladen; eine entsprechende Anzahl österreichischer Professoren, bzw. Dozenten hat auf Einladung ausländischer Vertragspartner ausländische Universitäten und Hochschulen besucht und dort Vorträge gehalten. Gemäß den Vereinbarungen mit der DDR, Bulgarien, BRD, Norwegen und UdSSR wurden jüngere Universitätslehrer, bzw. Wissenschaftler zu ein- bis zweimonatigen Forschungsaufenthalten entsandt bzw. empfangen.

Lektorenaustausch

Über 70 junge österreichische Akademiker sind auch im Studienjahr 1981/82 als Lektoren für deutsche Sprache und österreichische Literatur an ausländischen Universitäten tätig. Sofern die von den ausländischen Institutionen gebotenen Gehälter die Lebenshaltungskosten nicht decken, werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Zuschüsse gewährt. Dankenswerterweise ist ein Großteil dieser österreichischen Lektoren über die Verpflichtung an der ausländischen Universität hinaus bemüht, zur Verbreitung eines der Gegenwart angepaßten Österreichbildes beizutragen; sie werden hiebei durch Beistellung von Informations- und Lehrmaterial sowohl von den österreichischen Vertretungsbehörden als auch vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unterstützt.

Austauschprogramme

Stipendien

Wie in den vergangenen Jahren wurden im Rahmen von Austauschprogrammen vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unter Einschaltung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten etwa 145 Jahres- und 100 Kurzstipendien an ausländische Bewerber vergeben, bzw. für ausländische Stipendien eine entsprechende Anzahl österreichischer Bewerber nominiert. Erstmals erhielten Akademiker aus der VR Albanien Stipendien zum Studium an österreichischen Universitäten.

Abgesehen von den Austauschaktionen führt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung im Wege des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten einseitige Stipendienprogramme für ausländische Bewerber durch und bietet dadurch u. a. einigen österreichischen Kulturinstituten die Möglichkeit, Bewerber für Kurzstipendien, zum Besuch von Sprachkursen oder für Archiv- und Bibliotheksarbeiten über spezifisch österreichische Belange vorzuschlagen. Unter den Internationalen Studienprogrammen für österreichische Bewerber, die vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Stipendien erhalten, figurierte neben dem Europa-College in Brügge und dem Bologna Center erstmalig das „Instituto de Estudios Superiores de la Empresa“ in Barcelona.

Den österreichischen Vertretungsbehörden obliegt es, einerseits die Bewerbungsunterlagen der ausländischen Bewerber zu prüfen und sich andererseits um Studienplätze für die österreichischen Kandidaten zu bemühen.

Gastbesuche ausländischer Wissenschaftler

Im Rahmen der Aktion des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung „Gastbesuche ausländischer Wissenschaftler“, die zur Unterstützung der Kulturarbeit der österreichischen Vertretungsbehörden bzw. Kulturinstitute eingerichtet wurde, erhielten 1981 18 ausländische Wissenschaftler aus 13 Ländern, die sich um die österreichische Auslandskulturarbeit verdient gemacht haben, bzw. Persönlichkeiten, von denen ein entsprechender Einsatz für österreichische Belange erwartet werden konnte, auf Antrag der Vertretungsbehörden Zuschüsse zu Aufenthaltskosten in Österreich, um ihnen eine Intensivierung bestehender wissenschaftlicher Kontakte oder Fortführung von Studien zu ermöglichen.

Wissenschaftlich-technischer Austausch

Im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen wurden 1981 rund 90 österreichische Wissenschaftler zur Ausarbeitung und Fortführung gemeinsamer Projekte vom Bundesministerium für Wissenschaft und For-

Publikationen

schung an wissenschaftlichen Institutionen der Vertragspartner entsandt und eine annähernd gleiche Anzahl ausländischer Wissenschaftler in Österreich empfangen (Bulgarien, Ungarn, DDR). Auch der Personenaustausch gemäß Vereinbarung mit der Japan Society for Promotion of Science wurde erfolgreich weitergeführt.

Publikationen

Wie in den vergangenen Jahren hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auch im Berichtszeitraum die Herausgabe wissenschaftlicher Arbeiten und Artikel im Wege seiner Kulturinstitute gefördert; es sind dies:

Österreichisches Kulturinstitut London:

„Anthology of Austrian Literature“

„Studies in Modern Austrian Literature“

Schulausgabe über Ödon von Horvath

Unterrichtsbehelf „Ein Bruderzwist in Habsburg“

Unterrichtsbehelf „Des Meeres und der Liebe Wellen“

Drucklegung der Beiträge des Georg Trakl-Symposiums an der Universität London

Drucklegung der Beiträge des Hofmannsthal-Symposiums an der Universität London

Drucklegung der Beiträge des Musil-Symposiums an der Universität London

Österreichisches Kulturinstitut New York:

Drucklegung der Beiträge des Stefan Zweig-Symposiums am State University College Fredonia

Stefan Zweig-Sondernummer der Zeitschrift „Modern Austrian Literature“

„Österreich in amerikanischer Sicht“: das Österreich-Bild im amerikanischen Schulsystem, 2. Folge

Österreichisches Kulturinstitut Paris:

Drucklegung der Beiträge des Arthur Schnitzler-Symposiums an der Sorbonne, Paris

Österreichisches Kulturinstitut Rom:

(Gemeinsame Finanzierung durch Bundesministerium für Auswärtige

Austauschprogramme

Angelegenheiten und Österreichische Akademie der Wissenschaften): „Römische Historische Mitteilungen“, Heft 23, sowie den Sonderdruck zur Jubiläumsfeier des Kulturinstituts

„Die mittelalterlichen Grabmäler in Rom und Latium“

„Nuntiatur des Germanico Malaspina und des Giovanni Andrea Valigari (1582 bis 1587)“

Bildung

Sprachkurse

Die von den Kulturinstituten in Paris, Rom, Warschau und Teheran eingerichteten Sprachkurse wurden weitergeführt, wobei die Hörerzahlen etwa gleichgeblieben sind. Am Kulturinstitut in Budapest wurde im Herbst 1981 erstmals mit der Abhaltung von Sprachkursen begonnen, die befriedigend angelaufen sind.

Austauschprogramme im Rahmen von Kulturabkommen und sonstigen bilateralen Vereinbarungen (finanziert durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst)

Experten- und Delegationsaustausch

In Durchführung bilateraler Vereinbarungen wurden auch 1981 vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst Experten des Schulwesens, der außerschulischen Jugenderziehung, der Erwachsenenbildung sowie Kulturschaffende zu Studienaufenthalten entsandt, bzw. die entsprechenden Ausländer in Österreich empfangen, wobei sich die Tendenz durchsetzt, in erster Linie erfahrene Fachleute auszutauschen, die mit der Planung und koordinierenden Verwaltung der angegebenen Bereiche betraut sind und somit ein gewisses feed-back des Erfahrungsaustausches zu erwarten ist. Ergänzt wird dieser Personenaustausch durch den zum Teil sehr umfangreichen Austausch von Dokumentations- und Informationsmaterial im Wege des Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Bezüglich Vergleich von Schulbüchern zwecks allfälliger Berichtigung Österreich betreffender Passagen, Lehrplänen, Schulabschlüssen und akademischen Titeln wurden die laufenden Aktivitäten fortgesetzt.

Sprachassistentenaustausch

Der Austausch von Sprachassistenten mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien wurde vereinbarungsgemäß weitergeführt. Ende 1981 waren 141 Österreicher als Sprachassistenten an Schulen im Ausland eingesetzt; 207 ausländische Sprachassistenten sind im Schuljahr

Austauschprogramme

1981/82 an österreichischen Schulen tätig. Im Hinblick auf den Vorrang, den der Englischunterricht in den österreichischen Lehrplänen einnimmt, kommt der überwiegende Teil der Sprachassistenten aus Großbritannien und den USA.

Deutschlehreraustausch

Zur Förderung des Deutschunterrichts in Schweden wurden abermals 4 österreichische Deutschlehrer für je 3 Monate nach Schweden entsandt und 4 schwedische Deutschlehrer vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst zu Fortbildungskursen nach Österreich eingeladen.

Das Österreichbild in ausländischen Lehrbüchern

Auf Ersuchen des finnischen Deutschlehrerverbandes wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine Broschüre „Länderkunde Österreichs“ überarbeitet. Das ÖKI New York hat im Rahmen seiner Publikationen einen Artikel über „Das Österreichbild im amerikanischen Schulunterricht“ veröffentlicht, der an amerikanische Germanisten und Deutschlehrerverbände versandt wurde.

Subventionslehrer des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst stellte für das Schuljahr 1981/82 43 Lehrkräfte für das St. Georgs-Kollege in Istanbul, 23 für das Instituto Austriaco Guatemalteco in Stadt Guatemala sowie einen Deutschlehrer für die Deutschkurse des ÖKI Warschau zur Verfügung. Weiters sind 19 österreichische Subventionslehrer an deutschen Auslandsschulen tätig, wobei an die Schulen in New York, Athen, Barcelona und Bogotá erstmalig je ein österreichischer Subventionslehrer entsandt wurde. Die Entsendung von Subventionslehrern durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst erfolgt als österreichischer Beitrag zu den Schulerhaltungskosten, um Kindern österreichischer Staatsbürgerschaft den Zugang zu diesen deutschsprachigen Schulen zu erleichtern.

Jugend

Die von den zuständigen österreichischen Stellen (Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Landesjugendreferate und -sekretariate und Österreichischer Bundesjugendring) getragenen Austauschaktionen wurden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretungsbehörden nach Bedarf weitgehend unterstützt. In Be-

Kulturabkommen

langen der internationalen Jugendpolitik besteht weiterhin ein ständiger Kontakt des Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zum Bundesjugendring.

Sport

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden waren in eine Reihe von administrativen Arbeiten im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ski-Weltmeisterschaft 1982 in Schladming und der österreichischen Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft in Spanien 1982 eingeschaltet.

Kulturabkommen und vertragliche Vereinbarungen

Im Jahre 1981 sind folgende bilaterale Vereinbarungen auf kulturellem, bzw. wissenschaftlich-technischem Gebiet in Kraft getreten:

Regierungsübereinkommen in Durchführung von Kulturabkommen: Bulgarien (BGBl. Nr. 139/1981, Norwegen (BGBl. Nr. 147/1981), Rumänien (BGBl. Nr. 339/1981)

Protokolle:

- a) in Durchführung von Kulturabkommen: mit Belgien, CSSR, Frankreich, Großbritannien, Mexiko und Spanien;
- b) in Durchführung von wissenschaftlich-technischen Abkommen: mit Bulgarien und Ungarn.

Mit der DDR wurde ein Abkommen über die Gleichwertigkeit von Reifezeugnissen unterzeichnet. Dieses Abkommen bedarf noch der Ratifikation.

Am 31. Dezember 1981 standen somit auf kulturellem, bzw. wissenschaftlich-technischem Gebiet folgende bilaterale Vereinbarungen in Kraft:

- 19 Kulturabkommen: Ägypten, Belgien, Bulgarien, CSSR, DDR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indonesien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Polen, Rumänien, Spanien, UdSSR, Ungarn;
- 3 wissenschaftlich-technische Abkommen: Bulgarien, Frankreich, Ungarn;
- 1 Zusatzprotokoll zum Kulturabkommen mit Italien betreffend wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit;

UNESCO

- 8 Abkommen über Gleichwertigkeit von Reifezeugnissen, bzw. im Universitätsbereich: Bulgarien (2), Finnland, Italien, Jugoslawien (2), Liechtenstein und Rumänien;
- 2 Regierungsübereinkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit: DDR und Rumänien;
- 8 Regierungsübereinkommen zur Durchführung bestehender Kulturabkommen: Ägypten, Bulgarien, DDR, Jugoslawien, Norwegen, Polen, Rumänien, UdSSR;
- 1 Regierungsübereinkommen mit den USA über Erziehungs- und Kulturaustauschprogramme;
- 10 Protokolle zur Durchführung bestehender Kulturabkommen: Belgien, CSSR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Mexiko, Spanien und Ungarn;
- 4 Protokolle zur Durchführung bestehender wissenschaftlich-technischer Abkommen bzw. Regierungsübereinkommen: Bulgarien, DDR, Rumänien und Ungarn.

Österreichische Mitarbeit in der UNESCO

Im Vordergrund der laufenden Zusammenarbeit mit der UNESCO stand im Berichtsjahr die Beantwortung des Fragebogens zum 2. Mittelfristplan der Organisation (1984 bis 1989). In einer Reihe von Vorbesprechungen und interministeriellen Sitzungen mit den zuständigen Ressorts und der Österreichischen UNESCO-Kommission, deren Fachausschüsse maßgeblich an der Abklärung der österreichischen Haltung zu den Sachfragen mitgewirkt haben, wurde die österreichische Stellungnahme erarbeitet, wobei der Vielseitigkeit der UNESCO-Tätigkeit in den Hauptsektoren Erziehung, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Kultur und Kommunikation Rechnung zu tragen war. Ferner war die Tätigkeit des Exekutivrates der UNESCO, in dem Österreich derzeit nicht vertreten ist, zu verfolgen. Der laufende Kontakt zum UNESCO-Sekretariat erfolgte im Wege der Ständigen Vertretung Österreichs bei der UNESCO in Paris.

Besonders zu erwähnen ist die österreichische Teilnahme an den wissenschaftlichen Forschungsprojekten der UNESCO, „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB), das „Internationale Hydrologische Programm“ (IHP) und das „Internationale Geologische Korrelationsprogramm“ (IGCP).

Österreich ist derzeit in drei Organen der UNESCO vertreten: Im Allgemeinen Informationsprogramm der UNESCO, im Zwischenstaatlichen Rat für das Hydrologische Programm und im Zwischenstaatlichen Rat des Kommunikationsentwicklungsprogrammes.

UNESCO

Die österreichische Beitragsquote zum Budget der UNESCO wurde für das Triennium 1981/82/83 mit 0,7% der Gesamtsumme, d. s. 4 182 360,- \$, festgesetzt.

Österreich hat als Initiator des Wiener Kongresses über die Lehre der Menschenrechte (vergleiche: Außenpolitischer Bericht 1980) und Mitbringer der Resolution bei der 20. Generalkonferenz der UNESCO, die die Einführung eines freiwilligen Hilfsfonds für die Lehre der Menschenrechte vorsieht, für das Triennium 1981/82/83 einen freiwilligen Beitrag in der Höhe 120 000,- \$ an den Fonds geleistet.

Der von der 18. Generalkonferenz der UNESCO 1974 gegründete Internationale Kulturförderungsfonds der UNESCO, dessen Zielsetzungen auf die Förderung der nationalen Kulturen, des künstlerischen Schaffens und der regionalen und internationalen kulturellen Kooperation ausgerichtet sind, wurde von Österreich mit einem freiwilligen Beitrag in der Höhe von 10 000,- \$ unterstützt.

Die österreichische Bundesregierung hat der UNESCO einen einmaligen Beitrag von 1 000 000,- \$ für die Weiterführung der UNWRA/UNESCO-Schulen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten zur Verfügung gestellt. Ebenfalls hat Österreich, einem Apell des UNESCO-Generaldirektors zur Erhaltung der Kunstdenkmäler im Kathmandu-Tal folgend, in den für diesen Zweck errichteten Sonderfonds 46 500,- \$ einbezahlt.

Im Berichtszeitraum wurde für die UNESCO der 7. Post-graduate-Lehrgang in Limnologie (Süßwasser- und Seenkunde), der für Angehörige aus Entwicklungsländern bestimmt ist, durchgeführt. Die Technische Universität Graz führte in Graz den 8. Universitätslehrgang über die Anwendung von Grundwassermarkierungsstoffen durch, der ebenfalls für Angehörige der Entwicklungsländer bestimmt war.

Im Rahmen des Internationalen Jahres der Behinderten hat sich Österreich an zahlreichen Aktivitäten beteiligt und war auch bei der Weltkonferenz über Behinderte in Torremolinos vertreten.

*Schutz und Hilfe für Österreicher***Konsular- und Rechtsfragen**

Die steigende Reisetätigkeit der Österreicher bringt es mit sich, daß sowohl die Vertretungsbehörden im Ausland als auch das Außenministerium selbst immer mehr „Serviceleistungen“ erbringen. Im Vordergrund stehen dabei die Bemühungen, unseren Landsleuten schnell, wirksam und unbürokratisch zu helfen. Besonderes Gewicht kommt auch Schutzmaßnahmen in Krisengebieten zu. Kontinuierliches Anliegen bleibt die Betreuung der Auslandsösterreicher.

Schutz und Hilfe für Österreicher

Die Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaften und der Konsulate zur Betreuung von Österreichern, die im Ausland der Hilfe bedürfen oder in Schwierigkeiten geraten, ist umfangreich: Sie umfaßt u. a. den Rechtsschutz in straf- und zivilrechtlichen Angelegenheiten, Unterstützung bei Erkrankung, Unfall oder sonstiger Notlage, Gefängnisbesuche und Häftlingsbetreuung ebenso wie die Informierung in Staatsbürgerschaftsfragen, die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen, Pässen und Sichtvermerken, die Durchführung von Rechtshilfeersuchen, Amtshilfeersuchen und Todfallsaufnahmen, die Sicherung von Nachlässen, die Unterstützung in Pensions-, Vaterschafts- und Vormundschaftsangelegenheiten, die Verfolgung von Unterhaltsansprüchen, die in manchen Staaten besonders schwierig ist, Gebühreneinhebungen und die Weiterleitung von Strafregisterausügen, Personenstandsurkunden und sonstiger Dokumente.

Auf einzelnen Gebieten (z. B. Patentangelegenheiten, Kfz-Dokumente) wurde im Berichtsjahr die Weiterleitung von Unterlagen durch eine Verstärkung des direkten Verkehrs zwischen den Vertretungsbehörden und den österreichischen Inlandsbehörden beschleunigt.

In Staaten, in denen besonders viele Konsular- und Rechtsschutzfälle anhängig sind, hat sich zur Intensivierung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit die periodische Durchführung sogenannter Konsularkonferenzen unter Teilnahme von Vertretern des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Inneres sowie der betreffenden österreichischen Vertretungsbehörden als nützlich erwiesen. Im Jahre 1981 haben solche Konferenzen in Athen, Bonn, London und Madrid stattgefunden. Hierbei kam erneut zum Ausdruck, welch wertvolle Tätigkeit die österreichischen Honorarkonsulate in aller Welt zur Betreuung österreichischer Staatsbürger im Ausland sowie zur Wahrnehmung österreichischer Interessen auf

Schutz und Hilfe für Österreicher

wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und in anderen Bereichen ausüben.

Die Zahl der Heimsendungen stieg gegenüber 1980 um 3% auf 1 116 Fälle. Etwa im gleichen Maße ist die Zahl der gewährten Unterstützungsdarlehen (über 800) gestiegen. Bei Heimsendungen und Unterstützungsdarlehen stehen die Vertretungsbehörden in Athen und New Delhi an der Spitze. 89 Unterstützungsdarlehen im Gesamtbetrag von 109 500,- S wurden 1981 als uneinbringlich auf Etat übernommen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 1981 in zahlreichen Ländern eine Betreuung österreichischer Häftlinge durchgeführt, die sich nicht nur auf die Vermittlung von Anwälten und auf regelmäßige Gefängnisbesuche erstreckte, sondern auch fallweise finanzielle Unterstützungen, die Übersendung von Paketen und in bestimmten Ländern weiters die Beteiligung mit eigenen Merkblättern (Informierung über Rechtsmittel, Besuchsregelung, Kontaktanschriften usw.) umfaßte.

Im Jahr 1981 waren rund 800 Haftfälle erfaßt. Bei den bekanntgewordenen neuen 329 Haftfällen fällt gegenüber dem Vorjahr erfreulicherweise ein Rückgang an Suchtgiftdelikten auf (1980: 178 Fälle, 1981: 79 Fälle). Gegenüber den bisherigen Schwerpunktländern Spanien (1980: 30, 1981: 17), Griechenland (1980: 22, 1981: 13), Marokko (1980: 21, 1981: 3), Indien (1980: 12, 1981: 9) und Italien (1980: 4, 1981: 4) sind 1981 die meisten neuen Suchtgiftdelikte in der BRD (23 Verhaftungen) zu verzeichnen. In Indien gab es auch 1981 wieder zahlreiche Betreuungsfälle aufgrund von Erkrankungen durch Suchtgifte. Die Frage der Entsendung eines Sozialreferenten (Mediziners) an die Botschaft New Delhi zur Betreuung von Drogenabhängigen wird geprüft.

Sieben Österreicher (1980: 19) wurden wegen Kapitalverbrechen im Ausland verhaftet.

Verkehrsdelikte und Verkehrsunfälle, in denen österreichische Staatsbürger im Ausland involviert sind, können statistisch nur in den osteuropäischen Staaten annähernd erfaßt werden. Hierbei war 1981 ein Ansteigen der Fälle in Ungarn und Jugoslawien und ein Rückgang in der CSSR und in Polen zu registrieren. Besonders bedauerlich sind zwei Verkehrsunfälle in Jugoslawien mit 12 Toten (jugoslawische Staatsbürger) bzw. mit drei Toten (österreichische Staatsbürger) sowie ein Unfall in Bulgarien mit drei bulgarischen Verkehrstoten.

Die Zahl der Verurteilungen von Österreichern in osteuropäischen Staaten wegen sogenannter Fluchthilfe ist im Berichtsjahr zurückgegangen; hingegen haben Schmuggeldelikte (insbesondere in der CSSR und in Ungarn) erheblich zugenommen.

Schutz und Hilfe für Österreicher

Trotz entsprechender Aufklärungen und Warnungen wurden in Saudi-Arabien wiederum 4 Österreicher wegen Alkoholschmuggels verhaftet. Für einen seit 1979 in Schuldhaft gehaltenen Österreicher wurde bei den saudi-arabischen Stellen wiederholt und nachdrücklich, auch auf hoher Ebene, interveniert. Ein sehr schwieriges Problem stellt der Fall eines bereits seit längerem in Afghanistan verurteilten und inhaftierten Österreichers dar.

Zur Erwirkung der Freilassung dreier im November 1981 im nördlichen Irak entführter Österreicher erfolgten sofortige Interventionen bei den betreffenden ausländischen Regierungsstellen. In weiterer Folge fand ein Erfahrungsaustausch mit Regierungen anderer Staaten, die mit ähnlichen Entführungsfällen bereits konfrontiert waren, statt. Zudem entsandte der Außenminister den Presserat der Österreichischen Botschaft London, Dr. Hennerbichler, als Sonderbeauftragten, der sich im engen Kontakt mit verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen an Ort und Stelle um die Freilassung bemühte. *)

Die Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden mit den beiden Automobilklubs ÖAMTC und ARBÖ hat sich bewährt. Die Vertretungsbehörden sind seit 1979 ermächtigt, Klubmitgliedern, die einen Schutzbrief (ÖAMTC) oder einen Sicherheitspaß (ARBÖ) vorweisen, Vorschüsse in der Landeswährung auf die von den beiden Klubs garantierten Leistungen zu gewähren.

In einer beträchtlichen Anzahl von Fällen haben österreichische Vertretungsbehörden die österreichische Ärzteflugambulanz bei der Heimbeförderung erkrankter oder verunglückter Österreicher unterstützt.

Im Jahre 1981 wurden ungefähr 248 521 Sichtvermerke durch die Vertretungsbehörden erteilt (1980: 340 000). Hievon entfallen auf Prag 62 048, Preßburg 31 842, Moskau 18 433, München 21 634, Berlin (Ost-) 17 635, Düsseldorf 11 598, Hongkong 9 825 und London 9 062.

Als legislative Maßnahme ist das Bundesgesetz vom 6. Mai 1981, mit dem das Konsulargebührengesetz 1967 geändert wird (BGBl. Nr. 294/1981), zu erwähnen.

Maßnahmen zum Schutz österreichischer Staatsbürger in Krisengebieten

In Polen war es nach der Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 für die Österreichische Botschaft Warschau infolge der Sperre der Telephon- und Fernschreibverbindungen bis zum Ende des Berichtsjahres schwierig, den Kontakt mit den in ihrem Amtsbereich

*) Diesen Bemühungen war am 1. Feber 1982 Erfolg beschieden.

Schutz und Hilfe für Österreicher

lebenden Österreichern aufrechtzuerhalten. Obwohl die Botschaft seit Ausbruch der Krise in der Ausübung ihrer diplomatischen und konsularischen Tätigkeit weitgehend behindert war, war es ihr dank dem intensiven persönlichen Einsatz aller ihrer Angehörigen möglich, in Polen weilenden Österreichern in ihren Bemühungen zur Rückkehr in die Heimat behilflich zu sein.

Neben Iran, Irak, Libanon, Afghanistan, Zimbabwe und Namibia waren es im Laufe des Berichtsjahres Gambia, Ghana und Liberia, in denen innenpolitische Ereignisse Maßnahmen zum Schutz der dort befindlichen Österreicher angezeigt erscheinen ließen.

Da für Österreicher im Ausland keine Registrierungspflicht besteht, wurden die Österreicher-Kolonien in sämtlichen Krisengebieten von den betreffenden österreichischen Vertretungsbehörden genauestens erfaßt und unter Mitwirkung aller lokalen österreichischen Dienststellen (insbesondere der Außenhandelsstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, in Teheran auch des Österreichischen Kulturinstituts) ein System von Kontaktstellen geschaffen, um eine ständige Kommunikation zwischen den Botschaften und den Kolonienmitgliedern so weit wie möglich sicherzustellen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurden von mehreren Vertretungsbehörden zweisprachige Schutzbriefe und Klebeplaketten in den österreichischen Nationalfarben mit der Aufschrift „AUSTRIA“ zur Kennzeichnung des persönlichen Eigentums der Österreicher ausgegeben. Die Botschaft Teheran hat darüber hinaus auch Lichtbildausweise in der Landessprache zur Bestätigung der österreichischen Staatsbürgerschaft herstellen lassen. Schutzbriefformulare und „AUSTRIA“-Plaketten in arabischer und englischer Sprache wurden vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die Vertretungsbehörden im arabischsprachigen Raum zur Verteilung gebracht.

Die zuständigen Behörden befreundeter Staaten, wie der Schweiz, Schwedens, Großbritanniens und der BRD, die über ein weiterreichendes Flugverkehrsnetz als die österreichische Luftfahrt verfügen, wurden ersucht, die in den einzelnen Krisengebieten befindlichen Österreicher notfalls in die Maßnahmen zur Evakuierung ihrer eigenen Staatsangehörigen einzubeziehen. Wenn auch die Kosten einer Evakuierung grundsätzlich durch die Betroffenen selbst zu tragen sind, so hat Österreich dennoch für den Fall, daß diese hierzu nicht sofort in der Lage sind und eine Bevorschussung der Repatriierungskosten geboten erscheint, den betreffenden Staaten eine subsidiäre Kostenübernahme zugesagt.

Sicherung österreichischen Vermögens

Sicherung österreichischen Vermögens

Die wichtigste noch offene Vermögensfrage auf Grund der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges besteht im Verhältnis zur DDR. Im Juni 1981 fanden in Wien weitere Experten- und Regierungsverhandlungen statt, wobei vor allem das Problem der österreichischen Liegenschaften erörtert wurde. Weitere Expertengespräche wurden vereinbart.

Die Abwicklungsfrist des österreichisch-ägyptischen Vermögensvertrages vom 23. 12. 1971 (BGBl. Nr. 433/1973), die am 31. Juli 1981 abgelaufen wäre, wurde im Einvernehmen mit den ägyptischen Behörden verlängert, um die Erledigung noch offener Fälle zu ermöglichen.

In Fällen der Verstaatlichung oder Beschlagnahme von Vermögen österreichischer Staatsbürger im Ausland wurde im Wege der österreichischen Vertretungsbehörden Rechtsschutz gewährt.

In zahlreichen Nachlaßangelegenheiten konnten durch Einschaltung österreichischer Vertretungsbehörden und ausländischer Vertrauensanwälte positive Ergebnisse erzielt werden. Zwei sehr wertvolle Gemälde („Madonna und Kind mit der heiligen Dorothea“ von Van Dyck und „Die Rückkehr des verlorenen Sohnes“ von Domenico Fetti), die dem Kunsthistorischen Museum in Wien auf Grund eines Legates von Graf Seilern vermacht und mit Rücksicht auf die Überschuldung des Nachlasses von den britischen Behörden zunächst nicht freigegeben wurden, konnten schließlich dem genannten Museum ausgefolgt werden.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Mangels einer Legaldefinition des Begriffes „Auslandsösterreicher“ werden darunter Personen österreichischer Staatsbürgerschaft verstanden, die dauernd oder auf unbestimmte Zeit im Ausland leben und dort ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der Ausbau und die Festigung der Verbindung zwischen der Heimat und den Auslandsösterreichern ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. Obwohl Österreich nicht zu den typischen Auswanderungsländern zählt, leben doch rund eine Million aus Österreich stammender Personen um den ganzen Erdball verstreut, von denen ca. 360 000 noch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Der größte Teil der Auslandsösterreicher lebt in der Bundesrepublik Deutschland (nahezu 175 000 österreichische Staatsbürger) und in der Schweiz (ca. 32 000). In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Brasilien wohnen je rund 20 000, in Südafrika, Kanada und Australien ungefähr je 10 000 österreichische Staatsbürger.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Unter den osteuropäischen Staaten steht die DDR mit rund 2 500 Auslandsösterreichern, von denen mehr als die Hälfte infolge der dortigen Gesetzgebung Doppelbürger sind, an erster Stelle, gefolgt von der CSSR (1 200), Ungarn (130), Rumänien (50) und Polen (16). In diesen Staaten haben die Österreicher nach wie vor keine Möglichkeit, sich zu Österreicher-Vereinen zusammenzuschließen.

Als Service-Organisation für alle Auslandsösterreicher fungiert das Auslandsösterreicherwerk in Wien, das im Jahr 1981 durch den Bund und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft mit je einer Million Schilling subventioniert wurde. Die auf Anregung des Bundespräsidenten 1979 ins Leben gerufene Aktion „Wiedersehen mit Österreich“ für betagte und mittellose Auslandsösterreicher, die in Staaten mit nicht konvertibler Währung leben, wurde 1979 mit der Einladung einer Gruppe bedürftiger Personen aus der Volksrepublik Ungarn zu einem einwöchigen Besuchsaufenthalt in Wien fortgesetzt.

Durch das Auslandsösterreicherwerk wurde auch im Berichtsjahr das Magazin für Auslandsösterreicher „ROT WEISS ROT“ herausgegeben, das zweimonatlich in einer Auflagenhöhe von 15 000 Exemplaren erschienen ist. Diese Zeitschrift wurde nicht nur den Auslandsösterreicher-Vereinen und Gesellschaften von Freunden Österreichs kostenlos zur Verfügung gestellt, sondern auch regelmäßig an die österreichischen Vertretungsbehörden, Kulturinstitute und Außenhandelsstellen sowie an zahlreiche einzelne Auslandsösterreicher verteilt.

Das traditionelle Auslandsösterreicher-Treffen, das vom „Weltbund der Österreicher im Ausland“, der Dachorganisation aller Österreicher-Vereine, jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten veranstaltet wird, hat im September 1981 in Innsbruck stattgefunden. Nahezu 500 Vertreter des „10. Bundeslandes“ waren zur Hauptversammlung des Weltbundes gekommen, die einen neuen Vorstand wählte, zu dessen Vorsitzenden ein weiteres Mal der Präsident der Vereinigung der Österreicher in Portugal, Dante Bernardin, berufen wurde.

Ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ist die soziale Betreuung der Auslandsösterreicher, für die bereits im Jahre 1967 ein eigener „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ ins Leben gerufen wurde, der durch den Bund und die Länder subventioniert wird. Auf Grund des Fondserichtungsgesetzes (BG vom 16. November 1967, BGBl. Nr. 381/67) besteht die Möglichkeit, bedürftigen österreichischen Staatsbürgern im Ausland zur Überbrückung vorübergehender oder zur Linderung andauernder Not einmalige oder periodische Zuwendungen zukommen zu lassen.

Betreuung der Auslandsösterreicher

Im Jahre 1981 konnten 1 067 bedürftige Auslandsösterreicher in 46 Staaten der Welt durch Zuwendungen aus den Mitteln dieses Fonds im Gesamtausmaß von 6 858 200,— S unterstützt werden. Die Auszahlung der Zuwendungen erfolgte im Wege des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten durch die örtlich zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden.

In Anbetracht der ständig wachsenden Zahl hilfsbedürftiger Auslandsösterreicher, bei denen es sich zum überwiegenden Teil um schwere Härtefälle handelt, hat das für die Betreuung der Auslandsösterreicher zuständige Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten sich ganz besonders für eine laufende Aufstockung der Fondsmittel eingesetzt. 1981 wurden 4 200 000,— S allein aus Bundesmitteln für den Fonds bereitgestellt (1970: 1 500 000,— S).

Um eine möglichst rasche und unbürokratische Hilfeleistung durch den Fonds sicherzustellen, hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine Novelle zum Fondserrichtungsgesetz ausgearbeitet. Durch diese Gesetzesänderung, die am 1. Juli 1981 in Kraft getreten ist, wird der Geschäftsführer des Fonds in die Lage versetzt, Einzelzuwendungen in Härtefällen bis zu einem Gesamtbetrag von 12 000,— S pro Jahr – d. h. doppelt so viel wie bisher – im Einvernehmen mit zwei Mitgliedern des Kuratoriums des Fonds zu genehmigen.

Die Bundesregierung hat in der Sitzung am 7. Juli 1981 aufgrund des Vorschlages des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten den mit Ende Juni 1981 in den Ruhestand getretenen Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, ao. und bev. Botschafter i. R. Dr. Alois Reitbauer, anstelle des verstorbenen 1. Vizepräsidenten der Österreichischen Nationalbank, Nationalratspräsident a. D. und Bundesminister a. D. Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner, gemäß § 8, Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 16. November 1967, BGBl. Nr. 381/1967, zum Vorsitzenden und Mitglied des Kuratoriums des „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ für die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Neben den Zuwendungen aus den Mitteln des Fonds hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auch im Berichtsjahr aus eigenen Budgetmitteln eine Weihnachtsaktion für besonders bedürftige Auslandsösterreicher durchgeführt, in deren Rahmen Sach- und Geldspenden in einer Gesamthöhe von 204 200,— S an 879 Auslandsösterreicher, größtenteils hochbetagte, alleinstehende, hilflose und kranke Personen, im Wege der Vertretungsbehörden verteilt wurden.

*Konsularabkommen und vertragliche Vereinbarungen***Konsularabkommen und vertragliche Vereinbarungen****Konsularische Zusammenarbeit mit der Schweiz**

Das am 1. 1. 1980 für zwei Jahre in Kraft getretene Abkommen über die Zusammenarbeit auf konsularischem Gebiet wurde auf unbestimmte Zeit verlängert. Es sieht eine begrenzte Zusammenarbeit in jenen Drittstaaten vor, in denen einer der beiden Vertragsstaaten über keine Vertretung verfügt. So übernimmt die Schweiz den konsularischen Schutz für österreichische Staatsbürger in Guinea, Bangladesh, Rwanda und – seit November 1981 – auch in Liberia; Österreich nimmt die entsprechenden Interessen für schweizerische und liechtensteinische Staatsangehörige in Afghanistan, Samiba, in den französischen Niederlassungen Ozeaniens und auf Kreta wahr.

Konsularische Betreuung der schwedischen Staatsangehörigen in Afghanistan

Über schwedisches Ersuchen nimmt seit Oktober 1979 die Österreichische Botschaft in Kabul den konsularischen Schutz und Beistand auch für schwedische Staatsangehörige in Afghanistan wahr.

Schutzmachtstätigkeit

Österreich hat auch 1981 die diplomatischen und konsularischen Interessen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, der Volksrepublik Bulgarien und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Israel sowie die diplomatischen und konsularischen Interessen der Volksrepublik Bulgarien und der Ungarischen Volksrepublik in der Republik Chile vertreten. Der Schutz der diplomatischen Interessen der Arabischen Republik Ägypten in der Volksrepublik Bulgarien, der seit 1978 ausgeübt wird, wurde ebenfalls weiterhin wahrgenommen.

Vertragliche Vereinbarungen

Die 1981 in Kraft getretenen Verträge scheinen in der im Anhang folgenden Vertragsübersicht auf.

Unterzeichnet bzw. Notenwechsel durchgeführt wurden:

mit den **Bahamas**:

ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht
(4. 11. 1981)

mit der **Bundesrepublik Deutschland**:

ein Notenwechsel über die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen am Grenzübergang Braunau am Inn (7. 12. 1981)

Konsularabkommen und vertragliche Vereinbarungen

mit **Liechtenstein:**

ein Abkommen über Arbeitslosenversicherung (24. 7. 1981)

mit der **Sowjetunion:**

ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (10. 4. 1981)

mit **Spanien:**

ein Abkommen über Soziale Sicherheit (6. 11. 1981)

mit **Südafrika:**

ein Abkommen über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken (11. 5. 1981)

mit **Ungarn:**

ein Vertrag zur Änderung des Vertrages über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze (23. 10. 1981)

*Humanitäre Außenpolitik***Humanitäre Außenpolitik**

Der österreichischen Neutralitäts- und Friedenspolitik liegt ein tiefes Bekenntnis zu den Menschenrechten zugrunde. Friede und Menschenrechte stehen in einer Wechselwirkung: genauso wie ohne echten Frieden die Menschenrechte nicht gesichert sind, genauso ist der Friede gefährdet, wo die Menschenrechte mißachtet werden. Die Bemühungen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, das konkrete Eintreten für den Einzelnen, die Interventionen in Härtefällen, die Flüchtlings- und Asylpolitik und die Solidarität in Katastrophenfällen sind bestimmende Faktoren der österreichischen Außenpolitik.

Humanitäre Außenpolitik bedeutet einerseits aktiver Beitrag zur Bewußtseinsbildung in Menschenrechtsfragen auf regionaler und globaler Ebene im Rahmen internationaler Organisationen, andererseits konkreter Einsatz für das Individuum, für den einzelnen Menschen, dem geholfen werden soll.

Österreich lehnt es ab, Menschenrechte als Mittel der Politik zu verwenden. Wir bekennen uns daher zu einer stillen Diplomatie, von der wir glauben, daß sie wirksamer ist als generelle Verurteilungen von Staaten in der Öffentlichkeit. Wir handeln damit im Sinne der Ausführungen des ehemaligen Staatssekretärs im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten, Albert Weitenauer, in einem Vortrag in Wien am 7. Oktober 1981: „In wohlgesetzten Worten von der Verletzung der Menschenrechte zu sprechen und sie zu verurteilen, tönt gewiß sehr schön; ein einziges Menschenleben wirklich und dauerhaft zu retten, ist unendlich viel besser.“

Menschenrechte

Österreich hat auch 1981 aktiv an der Erörterung von Menschenrechtsfragen in internationalen Gremien teilgenommen. Das österreichische Engagement ist insbesondere beim Europarat und bei den Vereinten Nationen zutage getreten.

Im Europarat hat sich Österreich nachhaltig dafür eingesetzt, die Menschenrechte in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen auszudehnen, um den veränderten Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Zu diesem Zwecke wurde österreichischerseits der 68. Tagung des Ministerkomitees (April 1981) das im Anhang wiedergegebene Memorandum unterbreitet, welches konkrete Vorschläge für den Schutz des Einzelnen enthält.

Auf österreichisches Betreiben wurde das Leitungskomitee für Menschenrechte beauftragt, ehestmöglich den Entwurf eines weiteren Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu erstellen.

Menschenrechte

len, der das Verbot der Todesstrafe enthält. Auch in den Vereinten Nationen ist Österreich, wie in den vergangenen Jahren, für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten. Zusammen mit befreundeten Staaten ist es gelungen, von der 36. Generalversammlung eine Resolution annehmen zu lassen, welche die UN-Menschenrechtskommission auffordert, ein 2. Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte betreffend die Abschaffung der Todesstrafe auszuarbeiten. Die Annahme dieser Resolution ist angesichts der großen Zahl von Staaten, die noch immer Befürworter der Todesstrafe sind, als Erfolg zu werten.

Die Arbeiten der Vereinten Nationen an einer Konvention zur Beseitigung der Folter wurden unter österreichischer Mitarbeit vorangetrieben, wobei der Europarat nicht ohne Erfolg die Haltung seiner Mitgliedstaaten zu dieser Frage koordiniert hat.

Bei der Bewertung der Mitwirkung Österreichs an der Fortentwicklung der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen sind auch eine Reihe von Stellungnahmen zu erwähnen, die in Entsprechung einschlägiger Empfehlungen der Generalversammlung und anderer Gremien der Weltorganisation abgegeben wurden. In diesem Zusammenhang sind anzuführen:

- Die österreichische Stellungnahme zur GV-Resolution 34/49, in der den Vereinten Nationen Informationen über nationale Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte unterbreitet wurden.
- Die österreichische Stellungnahme zur Entscheidung Nr. 437 der 35. Generalversammlung betreffend die Zweckmäßigkeit eines 2. Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte. In dieser Stellungnahme wurden die österreichischen Vorstellungen betreffend das weitere Verfahren dargelegt, das eingeschlagen werden sollte, um die Todesstrafe weltweit abzuschaffen.
- Der österreichische Bericht zur GV-Resolution 35/170, in dem Maßnahmen aufgezeigt werden, die österreichischerseits ergriffen wurden, um den Verhaltenskodex für Rechtsdurchsetzungsorgane im nationalen Bereich zum Durchbruch zu verhelfen.
- Die österreichische Stellungnahme zur GV-Resolution 35/200, betreffend Maßnahmen gegen den Faschismus, den Nazismus und andere totalitäre Regierungsformen.
- Die Stellungnahme zur Resolution 3 (XXXIII) der Minderheitenschutzkommission, in der als österreichische Antwort jene Maßnahmen genannt werden, die eine mißbräuchliche Freiheitsbeschränkung geistig Behinderter verhindern sollen. Diese Stellungnahme war im

Humanitäre Härtefälle

Zusammenhang mit dem Fragenkomplex „Menschenrechte und wissenschaftlich-technologischer Fortschritt“ abgegeben worden.

Hinsichtlich der Implementierung und der Weiterentwicklung der Menschenrechte sind ferner jene Berichte zu erwähnen, die Österreich aufgrund seiner Stellung als Vertragspartei einer Anzahl internationaler Konventionen zum Schutz der Menschenrechte gegenüber den Menschenrechtsorganen der Vereinten Nationen bzw. den betreffenden Konventionsorganen gegenüber abgegeben hat.

So wurde 1981 der 5. Bericht nach der Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (BGBl. Nr. 277/1972) dem Komitee für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung, dem Botschafter Dr. Nettel als Mitglied angehört, zugeleitet. In diesem Bericht werden in Entsprechung des Art. 9 der Konvention im einzelnen jene Maßnahmen aufgezeigt, welche zur Durchsetzung der von Österreich in der Konvention übernommenen Verpflichtungen ergriffen wurden. Der österreichische Bericht wird aller Voraussicht nach in der ersten Hälfte des Jahres 1982 vom Komitee behandelt werden.

1981 gelangte der bereits 1980 fertiggestellte österreichische Bericht über die Durchsetzung des Internationalen Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (BGBl. Nr. 590/1978) im ECOSOC zur Erörterung. Hierbei wurde anerkannt, daß Österreich den im Pakt enthaltenen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Der nach dem Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte (BGBl. Nr. 591/1978) von Österreich geforderte Implementierungsbericht wurde 1981 fertiggestellt und dem aufgrund von Art. 28 des Paktes geschaffenen Ausschuß für Menschenrechte, dem Univ.-Prof. Dr. Ermacora als Mitglied angehört, zugeleitet. Dieser Bericht, der Aufschluß über die Durchführung des Paktes im österreichischen Rechtsbereich gibt, wird aller Voraussicht nach in der ersten Jahreshälfte 1982 vom Ausschuß behandelt werden.

Alle oben angeführten Stellungnahmen und Berichte können im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten eingesehen werden.

Humanitäre Härtefälle

Auch im Jahr 1981 ersuchte eine große Anzahl von Personen, die sich bei den Behörden osteuropäischer Staaten um die Bewilligung von Familienzusammenführungen, Eheschließungen und Besuchsreisen bemühten, um offizielle Unterstützung ihrer Anliegen. Offizielle Interventionen in derartigen Anliegen erfolgten nicht nur laufend durch die betreffenden Vertretungsbehörden, sondern auch auf hoher politischer Ebene im Rahmen offizieller Besuche.

Humanitäre Härtefälle

Unverändert standen Ansuchen an Rumänien im Vordergrund, gefolgt von solchen an die DDR, die ČSSR und an Bulgarien. Ein stärkeres Ansteigen diesbezüglicher Härtefälle wurde im Verhältnis zur UdSSR festgestellt, während gegenüber Ungarn und Polen eine relativ geringe Anzahl von Fällen zu verzeichnen ist. Allgemein kann eine etwas steigende Tendenz in der Zahl positiv abgeschlossener Anliegen registriert werden: 1981 113 Fälle, 1980 108, 1979 78; infolge zahlreicher während des Berichtsjahres neu hinzugekommener Anliegen ist die Gesamtzahl der mit Jahresende offenen Härtefälle jedoch fast unverändert geblieben (176 Fälle).

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Interventionstätigkeit in humanitären Härtefällen.

Humanitäre Härtefälle 1981

		Interventions- fälle	positiv erledigt	anhängig
Bulgarien:	FZF	5	2	3
	BR	22	11	11
	ES	1	1	—
DDR:	FZF	13	9	4
	BR	30	11	16
	ES	20	5	14
Polen:	FZF	7	5	1
	BR	3	2	1
	ES	—	—	—
Rumänien:	FZF	96	37	56
	BR	22	5	14
	ES	27	12	13
ČSSR:	FZF	7	1	4
	BR	20	4	16
	ES	1	—	1
UdSSR:	FZF	9	—	9
	BR	9	—	9
	ES	—	—	—
Ungarn:	FZF	8	4	3
	BR	5	3	1
	ES	1	1	—
		316	113	176

FZF = Familienzusammenführung

BR = Besuchsreise

ES = Eheschließung

*Flüchtlings- und Asylpolitik***Flüchtlings- und Asylpolitik**

Die Zahl der Asylansuchen in Österreich nahm 1981 mit 34 557 (1980: 9 259, 1979: 5 627) unerwartete Ausmaße an. Der Hauptanteil der Asylwerber stammt aus Polen (29 091), die ihr Land größtenteils mit der Absicht verließen, nach Übersee auszuwandern. Der Anteil an Asylwerbern aus der CSSR von 3 241 im Vorjahr ist auf 2 196 zurückgegangen. 1 316 Asylwerber stammten aus Rumänien, 1 225 aus Ungarn, 257 aus Vietnam, 108 aus Bulgarien. Darüber hinaus gab es noch Asylwerber aus 40 weiteren Staaten. Eine Übersicht über die Leistungen Österreichs als Asylland findet sich im Anhang.

Nachdem das Flüchtlingslager Traiskirchen, ebenso wie die anderen vom Bundesministerium für Inneres betreuten Lager, bereits Anfang 1981 überfüllt war, mußten nach und nach Asylwerber in über 600 Beherbergungsbetrieben untergebracht werden. Der beim Bundesministerium für Inneres veranschlagte Budgetansatz von 142 819 000,- S wurde um ein Vielfaches überschritten.

Ein Hauptanliegen der österreichischen Außenpolitik ist es, den Asylwerbern die Weiterreise in ein Aufnahmeland ihrer Wahl zu ermöglichen, soweit sie sich nicht für eine Rückkehr in ihre Heimat oder zum Verbleiben in Österreich entschließen. Die von den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien in Aussicht genommenen Quoten reichten für die unerwartet hohe Zahl von Asylwerbern nicht aus. Daher stieg seit Frühjahr 1981 die Zahl der in Österreich befindlichen Asylwerber sehr rasch an. Die Sommermonate brachten wie in den Vorjahren den Höhepunkt der Flüchtlingswelle (5 176 allein im August 1981). Die Ereignisse in Polen hatten zur Folge, daß es danach nicht wie in den früheren Jahren zu einem Absinken kam, sondern weiterhin monatlich fast 5 000 Asylanträge gestellt wurden.

Nachdem die Aufnahmeländer durch die zahlreichen österreichischen Interventionen alarmiert worden waren, richtete der Bundesminister für Inneres anläßlich der 46. ICM-Ratstagung Anfang Juli einen eindringlichen Apell an die Staatengemeinschaft. In der Folge wurde die amerikanische Quote noch im Fiskaljahr 1980/81 von 4 500 auf 6 900 erhöht und die kanadische Quote für das Kalenderjahr 1981 von 4 000 auf 5 500, wobei diese Zahlen jeweils für Flüchtlinge aus ganz Osteuropa galten.

Der Bundeskanzler richtete persönliche Schreiben an Präsident Reagan und Premierminister Trudeau, in denen er auf die Notwendigkeit weiterer Hilfsmaßnahmen hinwies. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nützte seine offiziellen Besuche in den USA und Kanada zu weiteren diesbezüglichen Vorstellungen. Die Botschaften der Aufnahmeländer in Wien wurden laufend befaßt, zwei amerikanische

Flüchtlings- und Asylpolitik

Kongreßdelegationen sowie zahlreiche weitere offizielle Persönlichkeiten kamen nach Österreich und wurden über die Lage der Flüchtlinge entsprechend informiert. Als Ergebnis wurde die amerikanische Quote für das Fiskaljahr 1981/82 mit 9 000 festgesetzt, was zwar eine Verdoppelung der ursprünglichen Quote des Vorjahres bedeutet, die Problematik jedoch nicht wesentlich entschärfen konnte. Die kanadische Quote für 1982 sieht 6 000 Einwanderer aus Osteuropa vor. Darüber hinaus besteht für weitere Flüchtlinge die Möglichkeit, mittels „private sponsorships“ nach Kanada zu gelangen.

Der Bundesminister für Inneres unternahm im November 1981 eine Reise nach Australien, um die Aufnahme von mehr Flüchtlingen zu erreichen. Tatsächlich wird Australien um 1 000 mehr, insgesamt 4 000 Flüchtlinge, von Österreich übernehmen.

Die österreichischen Vertretungen führten auftragsgemäß zahlreiche Interventionen, auch in anderen als den genannten Staaten durch. Einige europäische Staaten setzten daraufhin Hilfsmaßnahmen wie etwa die Aufnahme von je 25 behinderten Flüchtlingen durch Dänemark und Norwegen.

Als Folge dieser Bemühungen konnten 1981 9 072 Asylwerber aus Österreich in Drittländer ausreisen. 1980 waren es 5 424 Personen gewesen. Nach Ländern aufgeschlüsselt reisten 1981 in die USA 3 372 Flüchtlinge (1980: 1 528) weiter, nach Kanada 2 389 (1 130), nach Australien 2 241 (2 272), nach Südafrika 197 (—), in die Bundesrepublik Deutschland 677 (392) und in sonstige Staaten 196 (102).

Am 1. Jänner 1982 befanden sich noch 27 492 Flüchtlinge bzw. Asylwerber in Österreich, 85,2% davon aus Polen.

Auch auf internationaler Ebene war das Jahr 1981 durch ein Anhalten der weltweiten Flüchtlingsproblematik gekennzeichnet. Zugunsten der über 5 Millionen Flüchtlinge in Afrika wurde in der Zeit vom 9. bis 10. April 1981 in Genf eine Konferenz im Rahmen der UNO einberufen (ICARA). Trotz der laufenden Ausreisen in Aufnahmeländer befand sich zu Jahresende noch etwa eine Viertelmillion Flüchtlinge in Südostasien. Die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan, deren Zahl zwischen 1,5 und 2 Millionen liegt, warten weiter auf die Möglichkeit der Rückkehr. Ebenso hat die Problematik der palästinensischen Flüchtlinge nichts von ihrer Bedeutung verloren.

Österreich gehört dem Exekutivrat des UNHCR an und hat dessen Tagungen zur Darstellung der Lage der Polenflüchtlinge und für einen Apell an die Solidarität der anderen Mitgliedstaaten benützt. Am 24. Dezember 1981 erging ein Fernschreiben des Bundeskanzlers an den UNHCR, das die Aufstockung des UNHCR-Büros in Wien, einen

Katastrophenhilfe

Appell des UNHCR an 24 Staaten und eine finanzielle Beihilfe aus dem „emergency fund“ des UNHCR in der Höhe von 2 Mio. US-Dollar zur Folge hatte.

Die Belastung, die Österreich aus seiner Rolle als Erstasylland erwuchs, machte es unmöglich, sich im Berichtsjahr an den Sonderprogrammen des UNHCR zu beteiligen. Der österreichische Beitrag zum UNHCR betrug 1981 insgesamt 1 520 700,- S.

Als eines der ältesten Mitglieder gehörte Österreich zuletzt regelmäßig sowohl dem Rat als auch dem Exekutivausschuß des „Intergovernmental Committee on Migration“ (ICM) an. Diese Organisation, deren ursprüngliche Aufgabe die Beförderung europäischer Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg war, führt heute weltweit den Transport fast aller Flüchtlinge in die Aufnahmestaaten durch. Für Österreich ist dabei besonders wertvoll, daß sich ICM nicht auf anerkannte politische Flüchtlinge beschränkt. Anlässlich des 30jährigen Jubiläums der Organisation am 1. Dezember 1981 wurde in einer Grußbotschaft des Bundespräsidenten die Anerkennung der Verdienste des ICM zum Ausdruck gebracht. Der österreichische Beitrag zum Budget des ICM betrug 1981 insgesamt 1 871 887,- S.

Katastrophenhilfe

Den Schwerpunkt der österreichischen Katastrophenhilfe 1981 bildete die Erdbebenhilfe für Süditalien. Die Verdoppelungsaktion der Bundesregierung ermöglichte den österreichischen Organisationen, insbesondere der Caritas, dem Roten Kreuz, der Volkshilfe, dem Bauorden und zahlreichen anderen, Projekte im Gesamtwert von ca. 250 Mio. S durchzuführen. Viele weitere Projekte waren bei Jahresende noch nicht abgeschlossen; mit 31. Dezember 1981 ist die Frist zum Einreichen neuer Projekte abgelaufen.

Die karitativen österreichischen Organisationen haben 1981 durch ihren Einsatz in Katastrophengebieten, aber auch durch die Flüchtlingsbetreuung in einer Reihe von Ländern in einem nicht hoch genug einzuschätzenden Maße zur Linderung der Not und zur Förderung des Ansehens Österreich in der Welt beigetragen.

Die Hilfe beim Wiederaufbau in den jugoslawischen Erdbebengebieten wurde fortgesetzt.

Neben der Hilfe für Süditalien stellte die Bundesregierung am 24. April 2 Mio. S für die Volksrepublik China (Überschwemmungen) und am 12. November 850 000 S für Nicaragua (Hilfsprogramm des Solidaritätskomitees) bereit.

Polenhilfe – IKRK

Polenhilfe

Österreichische Hilfsorganisationen haben mit zunehmender Verschärfung der Lage in Polen laufend Hilfssendungen nach Polen abgefertigt. Nach Ausrufung des Kriegsrechtes konstituierte sich am 17. Dezember 1981 unter dem Ehrenschatz des Bundespräsidenten das „Österreichische Nationalkomitee für Polenhilfe“, in dessen Exekutivausschuß Caritas, Österreichisches Rotes Kreuz, Volkshilfe und ORF vertreten sind, zur Organisation der Hilfe für Polen und Polenflüchtlinge. Die Bundesregierung beschloß am 22. Dezember 1981 die Verdoppelung der durch das Nationalkomitee aufgebrauchten Beträge. Der erste Hilfstransport erfolgte bereits in den ersten Tagen des Jahres 1982.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Der Aufgabenbereich des IKRK ist durch die zahlreichen Konflikte der letzten Jahre stetig gewachsen. Er umfaßt heute nicht nur die Betreuung von Kriegsgefangenen und der Opfer von Bürgerkriegen und ähnlichen Konflikten, sondern auch die Betreuung von politischen Gefangenen in allen Erdteilen, vor allem aber in Afrika, Lateinamerika und in Asien. Ganz besondere Bedeutung kommt dem IKRK dort zu, wo amtliche internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder private Hilfsorganisationen keinen Zugang haben, was in unmittelbaren Konfliktgebieten meist der Fall ist.

Österreich unterstützt die humanitären Aktivitäten des IKRK durch jährliche Beitragsleistungen. 1981 leistete Österreich einen regulären Beitrag zum IKRK-Budget von 1,3 Mio. S, einen Sonderbeitrag von 555 000,- S sowie einen Beitrag zugunsten der Betreuung von politischen Gefangenen von 100 000,- sfr, insgesamt also 2,7 Mio. S. Anlaßlich seines Staatsbesuches in der Schweiz am 2. September 1981 besuchte der Bundespräsident auch den Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. An der 24. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz, Manila, 1. November 1981, war Österreich auch durch Regierungsdelegierte vertreten.

*Internationales Zentrum Wien***Österreich: Ort der Begegnung**

Wesentliches Anliegen unserer Außenpolitik ist es, die Stellung Österreichs als Ort der internationalen Begegnung zu festigen, wobei hierfür sicherheitspolitische Gründe maßgebend sind. Die Tatsache, daß internationale Organisationen in Wien ihren Amtssitz haben und auch internationale Konferenzen und Kongresse abgehalten werden, trägt zur Verankerung Österreichs im internationalen Bewußtsein als neutraler Staat und Ort des Ausgleichs und damit zur Stärkung der sicherheitspolitischen Lage unseres Landes bei.

Darüber hinaus hat die Anwesenheit internationaler Organisationen in Österreich auch positive Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Eine Erhebung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hat ergeben, daß 1980 die in Wien niedergelassenen internationalen Organisationen etwa 575 Mio. S, ihre Beamten etwa 990 Mio. S in Österreich ausgegeben haben.

Die Zahl der Bediensteten der in Österreich angesiedelten internationalen Organisationen hat sich von 1979 bis 1981 um mehr als 20% erhöht (1979: 3 665; 1980: 3 862; 1981: 4 418).

Die Beziehungen zu den internationalen Organisationen in Österreich, deren meritorische Tätigkeit in einem eigenen Kapitel unter „Multilaterale Zusammenarbeit“ beschrieben wird, sind weiter ausgebaut worden:

Mit dem OPEC-Fonds wurde am 21. April 1981 ein eigenes Amtssitzabkommen unterzeichnet. Über Vermittlung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hat der OPEC-Fonds das Deutschmeisterpalais am Parkring (ehemalige Bundespolizeidirektion) von der Stadt Wien gekauft. Das Gebäude wird gegenwärtig als Amtssitz des Fonds adaptiert.

Am 8. Juni 1981 wurde in Wien das International Institute für Resource Development (IIRD) gegründet, eine Institution, deren Ziel die Verbesserung der Kenntnisse der Entwicklungsländer über ihre Lagerstätten vor allem durch die Veranstaltung von Kursen für Fachleute aus Entwicklungsländern ist. Das Institut befindet sich derzeit in der Aufbauphase.

Internationales Zentrum Wien

Die Abkommen mit den VN und der IAEO über ihre Amtssitze im IZW wurden am 19. Jänner 1981 in Wien unterzeichnet und sind am 1. Oktober 1981 in Kraft getreten. Das ebenfalls am 19. Jänner 1981 unterzeichnete Abkommen mit den VN und der IAEO über die Errich-

Konferenzen und Kongresse

tung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im IZW ist rückwirkend mit 1. Jänner 1981 in Kraft getreten.

Die Anzahl der Funktionäre der Internationalen Organisationen, die im IZW beschäftigt sind, ist 1981 auf 3 791 gegenüber 3 301 im Jahre 1980 und 3 163 im Jahre 1979 angestiegen. (Detaillierte Statistik im Anhang.)

Um die schulische Betreuung der Kinder der internationalen Beamten in Wien sicherzustellen, hat der Bund am 4. Mai 1981 mit dem Schulträger der Internationalen Schule Wien eine Vereinbarung abgeschlossen, durch die die finanziellen Voraussetzungen für den Weiterbestand der Schule geschaffen wurden. Die Planung für den Neubau dieser Schule, der 1984 fertiggestellt sein soll, wurde fortgeführt. Das Wachstum der Internationalen Schule Wien, die nunmehr von über 1 000 Schülern besucht wird, ist so stark gewesen, daß die Bundesstellen der Internationalen Schule ein weiteres provisorisches Schulgebäude zur Verfügung stellen mußten.

Zur Verbesserung der Kontakte zwischen den Internationalen Beamten und den Wiener Bürgern trugen wesentlich die vielfältigen Veranstaltungen von „Wien International“ bei.

Konferenzen und Kongresse

Der Konferenzbetrieb im Internationalen Zentrum Wien hat in guter Zusammenarbeit zwischen den Konferenzabteilungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der UNIDO bzw. der IAEO weiterhin zugenommen.

Als bedeutendste Konferenzen der Vereinten Nationen müssen hier das Seminar über die Rechtlichen und Praktischen Konsequenzen des Inkrafttretens der Konvention gegen die Diskriminierung der Frauen (13. bis 15. Juli 1981) und das Weltsymposium über die Behinderten (12. bis 23. Oktober 1981) angesehen werden.

Zur Vorbereitung der beiden großen UN-Konferenzen des Jahres 1982 (Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen, UNISPACE 82 – 2. Konferenz der Vereinten Nationen für die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraumes) haben bereits 1981 wiederholt Sitzungen über sachliche und organisatorische Belange dieser beiden Großkonferenzen stattgefunden.

Bedingt durch Umbauarbeiten standen die Redoutensäle im Jahre 1981 nur in beschränktem Umfang zur Verfügung, wobei insbesondere das Außenministertreffen vom 13. und 14. März 1981 zur Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels in Cancun im Mittelpunkt des Interesses stand.

Konferenzen und Kongresse

Unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Kreisky nahmen die Außenminister von Algerien, der Bundesrepublik Deutschland, von Frankreich, Indien, Jugoslawien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich, Schweden und Tansania an dieser Tagung teil.

Besonderes Augenmerk wurde auch weiterhin auf die Tätigkeit der OPEC in Wien gelegt. Bei der Veranstaltung verschiedenster größerer und kleinerer Begegnungen der OPEC wurde die Mithilfe des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wiederholt in Anspruch genommen. Erwähnt sei hier insbesondere das Treffen der OPEC-Finanzminister vom 30. Jänner 1981 und das OPEC-Seminar über Energie- und Entwicklungshilfe vom 24. bis 26. November 1981.

Die organisatorische Betreuung der regelmäßigen Sitzungen der Truppenabbaugespräche zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO (MURFAAMCE) wurde vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten fortgeführt.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten veranstaltete im August 1981 das 24. Internationale Diplomatenseminar auf Schloß Kleßheim. Die Teilnehmer, 37 Diplomaten aus 29 Ländern, hatten Gelegenheit, mit UN-Funktionären, Wissenschaftlern und Politikern zum Generalthema „Die Vereinten Nationen und der Weltfrieden“ zu debattieren. Als Vortragende konnten unter anderem gewonnen werden: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kurt Waldheim, der Untergeneralsekretär für besondere politische Angelegenheiten Brian Urquhart, der Richter am Internationalen Gerichtshof (und ehemalige Präsident des Gerichtshofs) Manfred Lachs, der Direktor des Schwedischen Instituts für Friedensforschung (SIPRI) Rolf Björnerstedt, der Präsident der International Peace Academy und ehemalige UNEF-Kommandant sowie Militärberater von U Thant, Generalmajor a.D. Indarjit Rikhye, der Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds Jacques de Larosière de Champfeu und der ehemalige spanische Außenminister Marcelino Oreja-Aguirre.

Über Einladung des Bundeskanzlers fand in der Zeit vom 12. bis 14. Oktober 1981 in den Räumen des Konferenzzentrums Laxenburg (welches dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse angehört) die diesjährige Plenartagung des Clubs de Dakar statt. Beim Club de Dakar handelt es sich um eine lose Vereinigung bedeutender Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus Industrie- und Entwicklungsländern. Die Abhaltung dieser Sitzung in Laxenburg unterstrich die besondere Bedeutung, die österreichischerseits der Nord-Süd-Problematik beigemessen wird.

Öffentlichkeitsarbeit im Inland

Information

Im Bereich der Presse- und Informationstätigkeit erfüllt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine doppelte Aufgabe: Information des Inlands und des Auslands über die Grundsätze und Ziele der österreichischen Außenpolitik und die Rolle Österreichs in der Welt.

Öffentlichkeitsarbeit im Inland

Zur Unterstützung der Realisierung der außenpolitischen Anliegen Österreichs bemüht sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, seine Aktivitäten und vor allem die Grundlagen und Ziele der österreichischen Außenpolitik einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen.

Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, das Interesse der österreichischen Jugend an außenpolitischen Fragen zu wecken. In der Informationsarbeit haben die Bundesländer einen hohen Stellenwert.

Der Außenpolitische Bericht selbst ist ein wichtiges Mittel der umfassenden Information, da er noch im ersten Quartal nach dem Ende des Berichtsjahres erscheint, wird er von vielen Institutionen als aktuelle außenpolitische Informationsquelle geschätzt und¹ verwendet.

Der Bedeutung der Tätigkeit der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen im Sinne dieses Bemühens entsprechend, wurde diese Institution auch 1981 vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten finanziell und organisatorisch unterstützt.

Um den direkten Kontakt mit dem Staatsbürger zu verbessern, wurde 1981 gemäß den Empfehlungen der Verwaltungsreformkommission eine Auskunftsstelle im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten errichtet, die Informationsmaterial verschickt und Anfragen an die zuständigen Spezialisten weiterleitet.

Die im Paßformat gehaltene Broschüre „Tips für Auslandsreisende“ wurde überarbeitet und in einer Auflage von 350 000 Exemplaren hergestellt. Sie gelangt über Grenzkontrollstellen, Reisebüros und andere Verteilerorganisationen an die interessierte Öffentlichkeit. Die „Tips“ geben der steigenden Zahl österreichischer Touristen über die Möglichkeiten und Grenzen konsularischer Hilfe im Ausland Auskunft. Ein zentrales Thema der Informationstätigkeit im Jahre 1981 ergab sich aus der Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels in Cancun, insbesondere anlässlich des 2. Wiener Vorbereitungstreffens vom 13. bis 15. März 1981. Darüber hinaus stand die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit

Österreichbild im Ausland

den 1982 in Wien stattfindenden UN-Konferenzen, der UNISPACE 82 und der Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen, im Vordergrund.

Österreichbild im Ausland

Um das Verständnis des Auslands für die Haltung Österreichs zu internationalen Fragen zu vertiefen und das Interesse an Österreich zu erwecken, stellt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Bundespressedienst ein umfangreiches Angebot an Informationsmaterial zur Verfügung und setzt es über die österreichischen Vertretungsbehörden gezielt ein.

Besonders bewährt hat sich die initiativ durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit in den USA, wo es trotz der allgemeinen Einschränkung des redaktionellen Raumes für Auslandsmeldungen gelungen ist, die Österreichberichterstattung auf einem – im Vergleich zu Staaten ähnlicher Größenordnung – überdurchschnittlichen Niveau zu halten. Der ständig wachsenden Bedeutung der Telemedien in den USA wird durch Rundfunk und Fernsehsendungen Rechnung getragen, die vom österreichischen Informationsdienst produziert und in kommerziellen Stationen untergebracht werden. Auf diese Weise konnten etwa 70 Millionen Menschen angesprochen werden. Die Informationstätigkeit in den USA berücksichtigt die zunehmende Bedeutung des Westens und Südens der USA.

In den französischen Medien kam es nach der Rede des französischen Ministerpräsidenten Pierre Mauroy am 15. 9. 1981 vor der französischen Nationalversammlung, in der er vom „Modell Österreich“ sprach, zu einem sprunghaften Ansteigen des Interesses an Österreich. Die Informationstätigkeit der Österreichischen Botschaft Paris hat sich entsprechend intensiviert.

Der „APA-Nachrichten-Block“, der von der Presse- und Informationsabteilung täglich zusammengestellt wird, informierte 1981 bereits 62 österreichische Vertretungsbehörden in Kurzform über die wichtigsten Agenturmeldungen über Österreich.

Einen weiteren wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im Ausland stellen die Einladungen ausländischer Journalisten nach Österreich dar. Diese Informationsreisen werden von den österreichischen Vertretungsbehörden vorgeschlagen, und in Zusammenarbeit zwischen dem Bundespressedienst und der Abteilung Presse und Information des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten durchgeführt. Im Jahre 1982 wurden 101 ausländische Journalisten nach Österreich eingeladen. Weitere 878 ausländische Journalisten nahmen im Zuge ihrer

Information des Parlaments

Reisen nach Österreich entweder die Dienste der österreichischen Vertretungsbehörden, der Presse- und Informationsabteilung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten oder des Bundespresse Dienstes in Anspruch, sei es zur Vermittlung von Interviews, Herstellung von Kontakten oder zur Bereitstellung von Informationsmaterial.

Dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Sponsor ist es gelungen, mit dem Informationswerk „Modern Austria“ ein repräsentatives englischsprachiges Buch herzustellen, das ein ausgewogenes Bild des gegenwärtigen Österreichs aus politischer, wirtschaftlicher und kultureller Sicht vermittelt. Für das kommende Jahr ist die Herausgabe einer ähnlichen Publikation für die frankophone Welt geplant.

Information des Parlaments

Neben den Beratungen über das Budgetkapitel „Äußeres“ und der Behandlung von Regierungsvorlagen führte insbesondere die Behandlung des Außenpolitischen Berichtes zu einer umfassenden Information und zu einem eingehenden Meinungsaustausch. Zusätzlich bot der Rat für Auswärtige Angelegenheiten für alle im Nationalrat vertretenen Parteien die Möglichkeit einer Aussprache über außenpolitische Grundsatzzfragen. Einer weiteren Abstimmung mit den im Nationalrat vertretenen Parteien dienten die regelmäßigen Kontaktgespräche der außenpolitischen Sprecher mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, denen auch regelmäßig Berichte der österreichischen Vertretungsbehörden übermittelt werden. Den Klubs der im Parlament vertretenen Parteien standen Beamte des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zu Erläuterungen österreichischer Positionen laufend zur Verfügung.

Organisation

Auswärtiger Dienst

Der Auswärtige Dienst ist Instrument für die Durchführung der österreichischen Außenpolitik. Ihm kommt gerade in Zeiten erhöhter politischer Spannungen und wirtschaftlicher Krisen größte Bedeutung in der Vertretung österreichischer Interessen zu. Seine umfassende Aufgabenstellung erfordert eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des hohen beruflichen Standards seiner Angehörigen. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten legt daher besonderes Gewicht auf die Auswahl, Ausbildung und Fortbildung seiner Beamten.

Organisation

Die Besorgung der Geschäfte der obersten Bundesverwaltung auf dem Gebiet der Auswärtigen Angelegenheiten obliegt, soweit das Bundesministeriengesetz 1973, BGBl. Nr. 389, nichts anderes bestimmt, dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemäß den Weisungen und unter der Verantwortung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten. Die Vertretungsbehörden (diplomatische Missionen, das sind Botschaften und Gesandtschaften; Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen; Konsularische Vertretungen, das sind Generalkonsulate, Konsulate und Vizekonsulate; Vertretungsbehörden besonderer Art, z. B. Delegation in Berlin), die Kulturinstitute und die Diplomatische Akademie sind dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstellt. Im inneren Dienstbetrieb wird das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als „Zentrale“ bezeichnet, die Vertretungsbehörden und die Kulturinstitute unter der Bezeichnung „Vertretungen“ zusammengefaßt. Ein Organisationsplan der Zentrale, eine Übersichtskarte der österreichischen Berufsvertretungen und eine Übersichtskarte der österreichischen Honorarkonsulate finden sich im Anhang.

Dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstehen 98 Vertretungen im Ausland (Stand 1. Jänner 1982):

- 66 Botschaften, die in 146 Staaten akkreditiert sind,
- 5 Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen,
- 16 Generalkonsulate und Konsulate,
- 1 Delegation in Berlin,
- 10 Kulturinstitute.

Der österreichische Botschafter beim Fürstentum Liechtenstein residiert in Wien.

Darüber hinaus besteht ein Netz von 179 Honorarkonsulaten.

Organisation

Während die Honorargeneralkonsulate Paris und Rotterdam sowie das Honorarkonsulat Cali aufgelassen wurden, ist an folgenden Orten die Errichtung eines Honoraramtes vorgesehen: Katmandu, Acapulco, Accra, in der Algarve und allenfalls Trondheim. Das Honorarkonsulat Buffalo wurde Anfang 1982 eröffnet. Unbesetzt sind derzeit: Johannesburg, Tripoli, Vaduz, Managua, Monrovia, Adelaide, Paramaribo und Chur.

Personal

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte im Jahre 1981 durchschnittlich 1 426 Mitarbeiter, von denen rund ein Drittel in Wien und zwei Drittel an den Vertretungsbehörden und Kulturinstituten im Ausland tätig waren.

Dem Höheren Dienst im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gehören 356, darunter 39 weibliche Bedienstete an (das sind etwa 11%). Dem Gehobenen Dienst gehören 217, darunter 78 weibliche (= 36%) Bedienstete an. Unter den weiblichen Bediensteten des Höheren und des Gehobenen Dienstes befinden sich:

- 1 Sektionsleiter (Kulturpolitische Sektion)
- 2 Botschafter (Dublin, Sofia),
- 1 Generalkonsul (London),
- 4 Referatsleiter,
- 1 Leiter des Europaratsbüros,
- 1 Ministre-Conseiller (Prag),
- 9 Zugeteilte an Botschaften und Kulturinstituten,
- 2 stellvertretende Abteilungsleiter,
- 2 stellvertretende Kulturinstitutsleiter,
- 3 Presse- und Kulturräte (-attachés),
- 1 administrativer Leiter der Diplomatischen Akademie,
- 10 Referenten in der Zentrale,
- 1 Konsularabteilungsleiter (Kapstadt).

Auf Grund des Bundesgesetzes über die Ausschreibung bestimmter leitender Funktionen, BGBl. Nr. 700/74, wurden 1981 7 Abteilungsleiterposten nach Durchführung des entsprechenden Verfahrens neu besetzt. Weiters wurden 81 Versetzungen von der Zentrale zu Vertretungen, 35 Versetzungen von einer Vertretung zu einer anderen Vertretung im Ausland und 65 Versetzungen von einer Vertretung in die Zentrale, somit insgesamt 181 Versetzungen verfügt.

Im Zuge der planmäßigen Heranbildung eines entsprechenden Nachwuchses wurden für den Höheren Auswärtigen Dienst 2 Eignungsfeststellungen durchgeführt. Ihnen unterzogen sich 20 Kandidaten, von denen 9 aufgenommen wurden.

Organisation

Unterbringung der Vertretungen im Ausland

Die Unterbringung der österreichischen Berufsvertretungsbehörden erfolgt zum Teil in Objekten im Eigentum der Republik Österreich, zum Teil in Mietobjekten. In 91 Objekten im Eigentum der Republik Österreich sind 56 Residenzen von Missionschefs bzw. Amtsleitern, 40 Büros und 69 Amtswohnungen für zugeteilte Mitarbeiter untergebracht. Angekauft wurden im Jahre 1981 die bereits vorher gemieteten Residenzen in London (Kulturinstitut) und Straßburg. Neu bezogen wurden die angekauften und adaptierten Residenzen in Manila, Bangkok, Kapstadt, Triest sowie die Büroetage in Dublin. Die bereits angekauften Objekte für die Residenz in Salisbury und die Büroräumlichkeiten in Madrid werden nach Durchführung von Adaptierungsarbeiten 1982 bezogen. In Planung bzw. in Bau befinden sich die Botschaftsgebäude in New Delhi, Canberra und ein Kanzleigebäude in Athen.

In Mietobjekten, in denen die Republik Österreich als Mieter auftritt, sind 45 Residenzen, 59 Büros und 135 Amtswohnungen untergebracht. Der Großteil der zugeteilten Bediensteten der österreichischen Vertretungsbehörden ist in privat angemieteten Wohnungen untergebracht.

Im Jahre 1981 sind die Mietpreise weltweit weiter angestiegen. Um den dadurch zum Teil enorm steigenden Mietaufwand zu begegnen, werden im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen die bisherigen Bemühungen um langfristige Anmietung von Amtswohnungen und um Ankauf bzw. Neubau von Objekten für die Unterbringung österreichischer Vertretungsbehörden und ihrer Mitarbeiter fortgesetzt. Zu diesem Zwecke stehen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für das Jahr 1982 rund 52 Mio. S zur Verfügung. Aus den gleichen Überlegungen der Wirtschaftlichkeit (Einsparung von Übersiedlungskosten) ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bemüht, nach Maßgabe vorhandener finanzieller Mittel Amtswohnungen, insbesondere in entfernten Ländern, zunehmend auf Amtskosten einzurichten.

Fernmeldeverbindungen

Die Zentrale ist durch Fernschreibanschlüsse mit den Vertretungen und Honorarkonsulaten im Ausland verbunden. (65 Fernschreibanschlüsse bei diplomatischen Vertretungsbehörden, 14 bei Berufskonsulaten, 7 bei Ständigen Vertretungen bei Internationalen Organisationen, 1 bei der Delegation in Berlin und 79 bei Honorarkonsulaten.) Darüber hinaus sind 7 diplomatische Vertretungen (Lagos, Lissabon, New Delhi, Pretoria, Peking, Rom, Tel Aviv) zusätzlich mit Funkanlagen ausgestattet.

Diplomatische Akademie

Zwischen der Zentrale und den Vertretungen in New York und Genf bestehen zusätzlich Verbindungen durch Fernkopiergeräte, welche vor allem für die Durchgabe von Dokumenten und Resolutionstexten eingesetzt werden. Diese Kommunikationsform hat erhebliche Einsparungen gebracht.

Budget

Im Bundesvoranschlag 1981 waren 1 286 763 000,- S, das sind 0,38 % des Gesamtbudgets, für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten präliminiert. Aus dieser Summe wurden auch die Beiträge Österreichs zu den Internationalen Organisationen 212,24 Mio. S und für die Diplomatische Akademie 8,53 Mio. S bestritten.

Inspektion

Botschafter i. R. Dr. Gredler führte 1981 eine Inspektion der Berufs- und Honorarvertretungen in Lateinamerika und Nordafrika durch, wobei er insbesondere über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bediensteten sowie über die Lage der Auslandsösterreicher berichtete.

Diplomatische Akademie

Am 10. Juni 1981 erhielten die Akademiker des 16. Lehrganges vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr das Diplom, mit dem ihnen der erfolgreiche Abschluß ihrer Studien bescheinigt wurde. Damit hat der erste Lehrgang, der unter der neuen Studienordnung ausgebildet wurde, die Diplomatische Akademie verlassen.

Unter den Absolventen des 16. Lehrganges befanden sich 11 Österreicher und 11 Ausländer (Herkunftsländer: Ägypten, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Honduras, Niederlande, Schweiz und Sierra Leone.) Derzeit studieren von den im Wintersemester 1980/81 eingetretenen Akademikern des 17. Lehrganges 9 Österreicher und 13 Ausländer, darunter sieben Akademikerinnen, bereits im zweiten Studienjahr. 15 haben den Bildungszweig „Diplomatischer Dienst und Internationale Organisationen“ und 7 den Bildungszweig „Internationale Wirtschaft und internationales Finanzwesen“ gewählt. Die Ausländer kommen aus folgenden Ländern: Belgien, Bolivien, Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Marokko, Polen, Senegal, Spanien, Türkei und aus den USA.

Der 18., im Oktober 1981 eingetretene Lehrgang besteht aus 23 Akademikern (darunter 7 Akademikerinnen), 11 Österreichern und 12 Ausländern mit folgenden Herkunftsländern: Belgien, Frankreich,

Sicherheitsmaßnahmen

Griechenland, Iran, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Senegal, Syrien, Togo und Ungarn.

Im Mai wurde die traditionelle Studienfahrt durch die österreichischen Bundesländer durchgeführt. Über Initiative der Studentenvertretung verbrachte der 17. Lehrgang dank einer Einladung der Europäischen Akademie Berlin im Dezember eine Studienwoche in Berlin. Während der Sommermonate besuchten die Akademiker die Kurse, die traditionellerweise der Diplomatischen Akademie im Rahmen des Austauschprogramms mit der Escuela Diplomática in Madrid und der Ecole Nationale d'Administration in Paris angeboten werden. Die Unterbringung in Paris erfolgte im Studentenheim des Österreichischen Kulturinstitutes. Die Diplomatische Akademie beherbergte ihrerseits ein Ost-West-Seminar der Verwaltungsakademie Bonn sowie die Tagung der Leiter der österreichischen Kulturinstitute im Ausland. Sie empfing die Studentengruppe der Ecole Nationale d'Administration und der Escuela Diplomática, für die jeweils ein besonderes Studien- und Besuchsprogramm ausgearbeitet wurde.

Im Juni fand die Jahrestagung der Direktoren von Diplomatischen Akademien und Instituten für Internationale Beziehungen in der Diplomatischen Akademie statt, an der diesmal Vertreter von 23 Institutionen aus der ganzen Welt teilnahmen.

Durch den baulichen Um- und Ausbau des sogenannten Unteren Stöckl Traktes, der im vergangenen Jahr große Fortschritte gemacht hat, bestehen nunmehr konkrete Aussichten, daß gegen Ende 1982 eine neue, voll funktionsfähige und erweiterte Bibliothek mit entsprechender Betreuung sowie anderer für den Unterricht wichtige Räumlichkeiten zusätzlich zur Verfügung stehen werden.

Die Herausgabe einer neuen Informationsbroschüre in deutscher, englischer und französischer Sprache, die alle einschlägigen Auskünfte enthält und durch ein jährlich neu aufgelegtes Einlageblatt auch näheres über die aktuell geplanten Lehrveranstaltungen aussagt, hat bereits vermehrte Anfragen und eine größere Anzahl von Studienbewerber gebracht.

Sicherheitsmaßnahmen

Seit Ende der 60er Jahre, als der internationale Terrorismus auf diplomatische Vertretungen übergriff, hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Absicherung der österreichischen Vertretungen im Ausland intensiviert. Laut einer vom amerikanischen Außenministerium veröffentlichten Statistik nehmen Terroranschläge auf Diplomaten weltweit zu. 1975 waren 30% aller Terroranschläge auf

Volksanwaltschaft

Diplomaten gerichtet, 1980 54 %, wobei bei einem Fünftel aller Anschläge Verletzte oder Todesopfer zu verzeichnen waren.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat das Sicherheitssystem an Vertretungsbehörden (Zutrittsschutzvorkehrungen, Alarmeinrichtungen und ergänzende technische Sicherheitsmaßnahmen) weiter ausgebaut. Besonderes Augenmerk wurde der Schaffung von Fluchtwegen zugewandt, um in Bedrängnisfällen den Bediensteten das sichere und rasche Verlassen der Objekte zu ermöglichen. Weiters wurde aufgrund besonderer Verhältnisse an einzelnen Dienstorten Vorsorge getroffen, den Nachrichtenaustausch durch Ausbau der Kommunikationsmittel (Funksprechverkehr) auch für den Fall sicherzustellen, daß die herkömmlichen Möglichkeiten ausfallen.

Volksanwaltschaft

Seitens der Volksanwaltschaft wurden im Berichtsjahr insgesamt 9 Fälle an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten herangetragen. Dies stellt weniger als 2 Promille der Gesamtzahl der Beschwerden und Anfragen an die Volksanwaltschaft und damit den weitaus geringsten Prozentsatz sämtlicher Zentralstellen dar. Während die Gesamtzahl der bei der Volksanwaltschaft anhängig gemachten Fälle zugenommen hat, ist beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein Rückgang festzustellen (1978: 19, 1979: 20, 1980: 14, 1981: 9).

Bei den Eingaben handelte es sich größtenteils nicht um Beschwerden, sondern um Ersuchen, um Auskunft, Rat oder Unterstützung etwa in Vermögens- und Rechtsfragen, mit welchen sich die Parteien direkt oder parallel zum Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die Volksanwaltschaft wandten. Diese Eingaben konnten positiv erledigt oder die gewünschten Rechtsauskünfte erteilt werden. In einem Fall mußte darauf hingewiesen werden, daß die Angelegenheit nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten fällt. In zwei Fällen wurden Beschwerden über österreichische Vertretungsbehörden im Ausland, in einem Fall gegen ein Honorarkonsulat vorgebracht, die jedoch nach genauer Prüfung als ungerechtfertigt entkräftet werden konnten.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstützte die Volksanwaltschaft wieder in ihren internationalen Kontakten, z. B. bei einem Besuch in der BRD. Die österreichischen Vertretungsbehörden beschaffen auch regelmäßige Informationsmaterial über vergleichbare Institutionen in anderen Staaten. Zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der Volksanwaltschaft besteht eine klaglose Zusammenarbeit.

Anhang

Karten

Übersichten

Dokumente

Grundsatzklärungen

Tätigkeitsberichte

Länderbeiträge

Bericht der parlamentarischen Delegation beim Europarat

Bundesminister

Kabinett

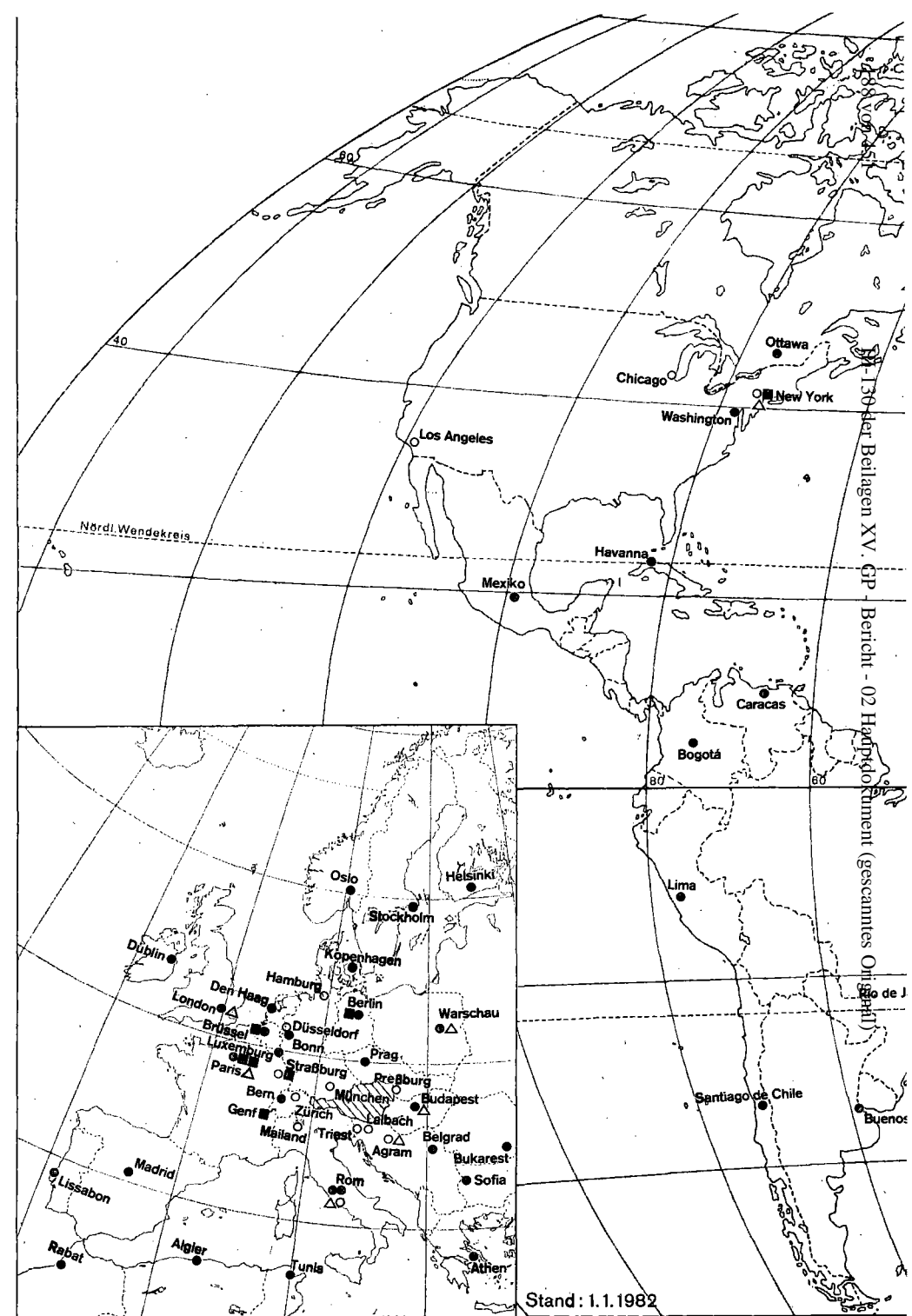
Generalsekretär

Generalsekretariat

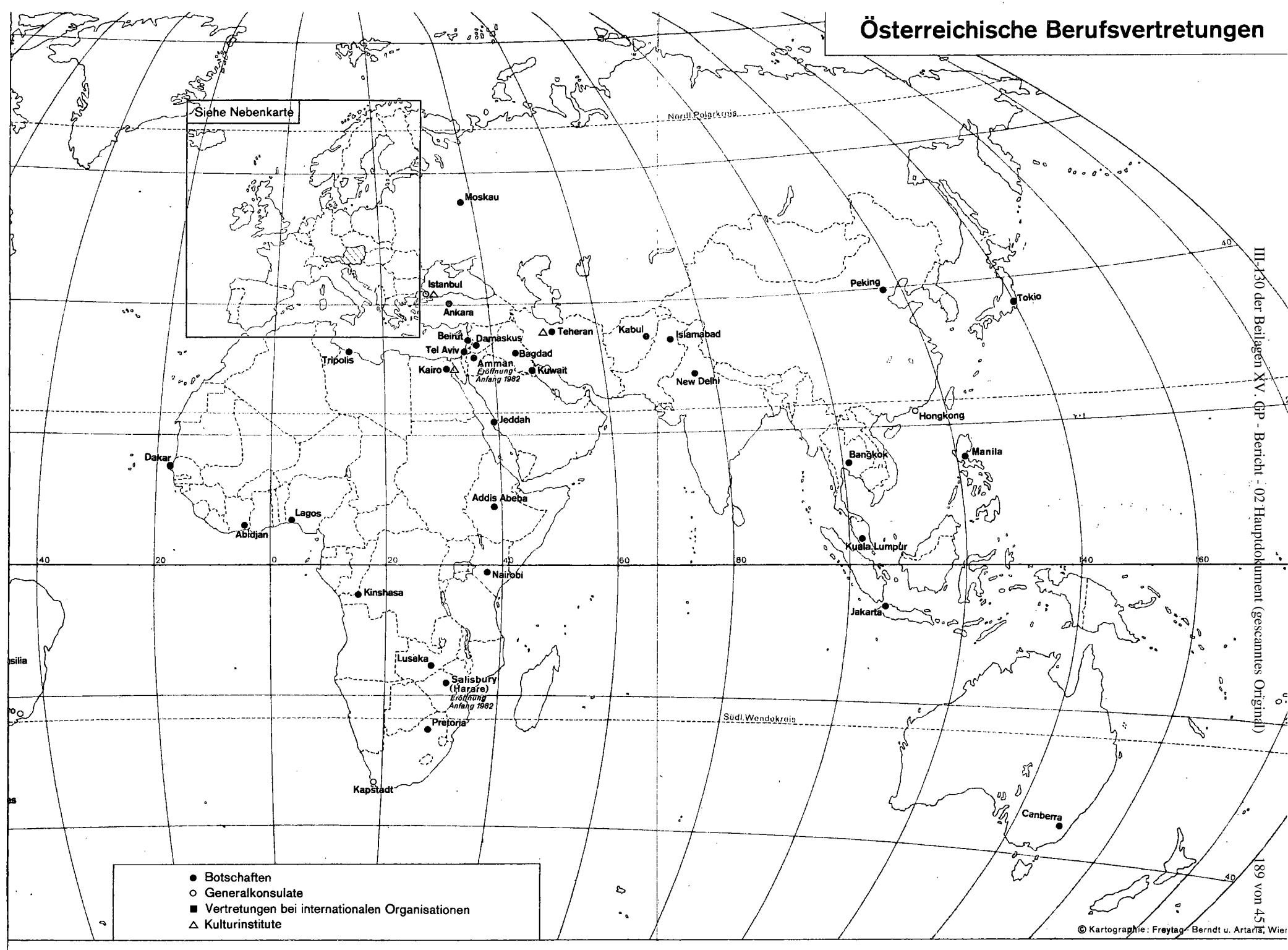
I Zentrale Angelegenheiten	II Politische Sektion	III Wirtschaftspolitische Sekt.	IV Rechts- u. Konsularsektion	V Kulturpolitische Sektion	VI Administrative Sektion
I.1 Protokoll I.1 a Orden Ehrenzeichen I.1 b Privilegien Immunitäten I.1 c Veranstaltungen	II.1 Westabteilung	III.1 Bilaterale und allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten	IV.1 Rechtsschutz Rechts-Amtshilfe	V.1 Bilaterale und allgem. Auslands-kulturangelegenheiten V.1 a Wissenschaft und Erziehung	VI.1 Personalangelegenheiten VI.1 a Individuelle Dienstrechts-angelegenheiten VI.1 b Personal-maßnahmen
I.2 Völkerrechtsbüro I.2 a Allg. Völkerrecht I.2 b Int. Wirtschaftsrecht Menschenrechte Volksgruppen I.2 c Staatsnotariat	II.2 Südtirol-Südeuropaabteilung	III.2 Wirtschaftliche Integration	IV.2 Reise-Grenzverkehr Staatsbürgerschafts-angelegenheiten IV.2 a Paß- Sicht-vermerkwesen	V.2 Multilaterale Auslands-kulturangelegenheiten V.2 a Europarat EG	VI.2 Besoldungs- u. sozial-versicherungsrechtliche Angelegenheiten VI.2 a Sozialversicherung-rechtl. Angelegenheiten, Nebengebühren
I.3 Presse Information I.3 a Dokumentation	II.3 Ostabteilung	III.3 Multilaterale Wirtschaftsangelegenheiten	IV.3 Sozialpolitische und Vermögensangelegenheiten IV.3 a Sozialpolitische Angelegenheiten	V.3 Administrative Angelegenheiten der Auslands-kulturpolitik	VI.3 Budgetangelegenheiten VI.3 a Dienstreisen u. Übersiedlungen VI.3 b Voranschlag Kreditgebarung
I.4 Internationale Konferenzen Angelegenheiten intern. Organisationen	II.4 Afrika Asien Ozeanien II. 4 a Naher Osten	III.4 Entwicklungshilfe III.4 a Expertenbüro	IV.4 Auslandsösterreicher Schutzmacht-angelegenheiten	V.4 Ausstellungswesen und Filmangelegenheiten V.4 a Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen im Ausland	VI.4 Unterbringung und Ausstattung
I.5 Sicherheitsfragen	II.5 Int. Organisationen II.5 a Koordination Außenpolitischer Bericht Außen-politischer Rat	III.5 Verkehrsangelegenheiten		Kontaktstelle	VI.5 Organisation VI.5 a Kurierdienst
I.6 Koordination der multi-lateralen sozialen u. bestimmter anderer Angelegenheiten	II.6 Europarat Weltraum Kernenergie Büro der parlament. Europaratsdelegation	III.6 ECE Energie Umwelt-schutz Raumordnung			VI.6 Telekommunikation VI.6 a Schulungswesen
	II.7 Sicherheitspolitik				
	II.8 Rüstungsbegrenzung Abrüstung				

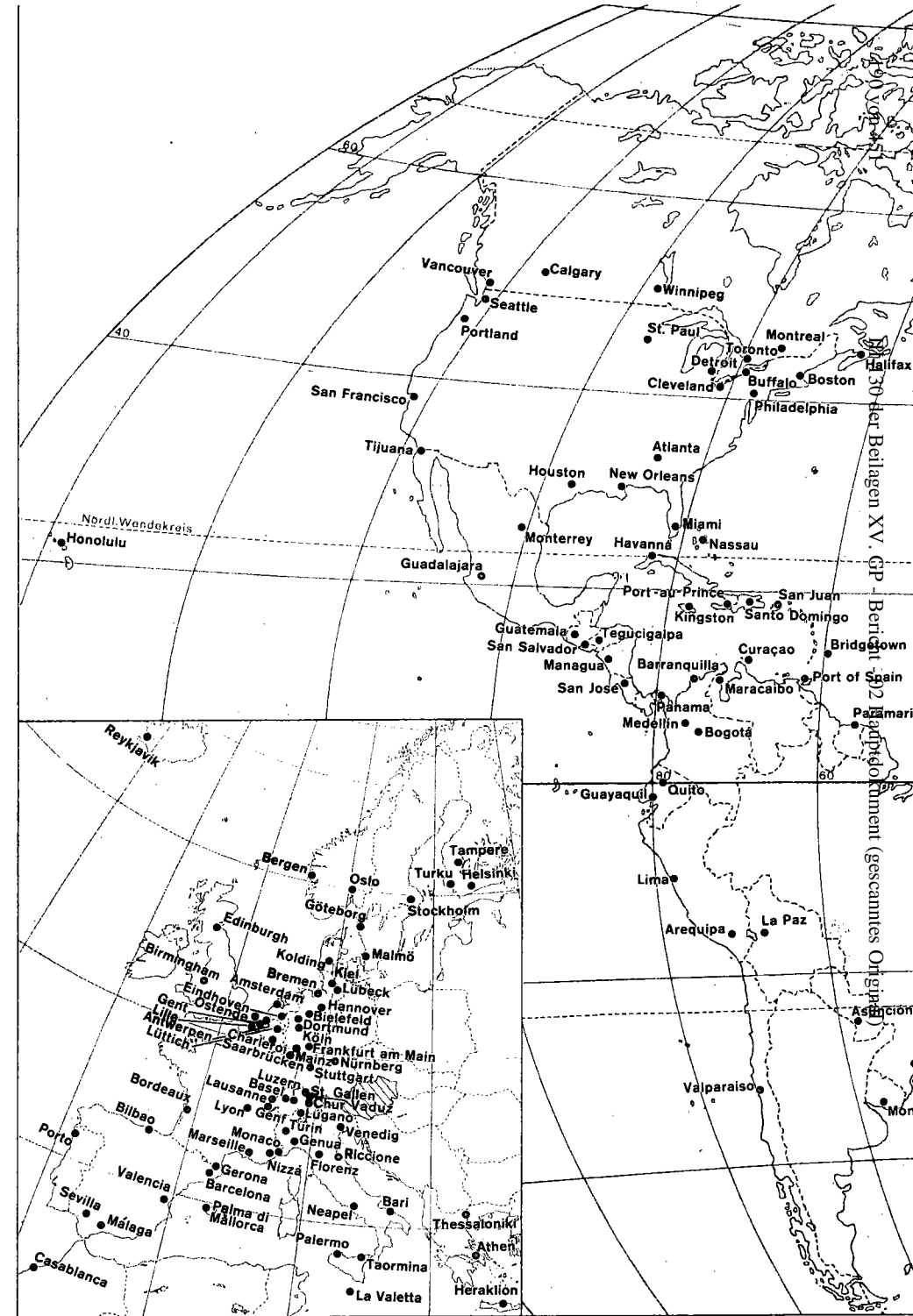
Stand 1. 1. 1982

Organisationsplan des Außenministeriums

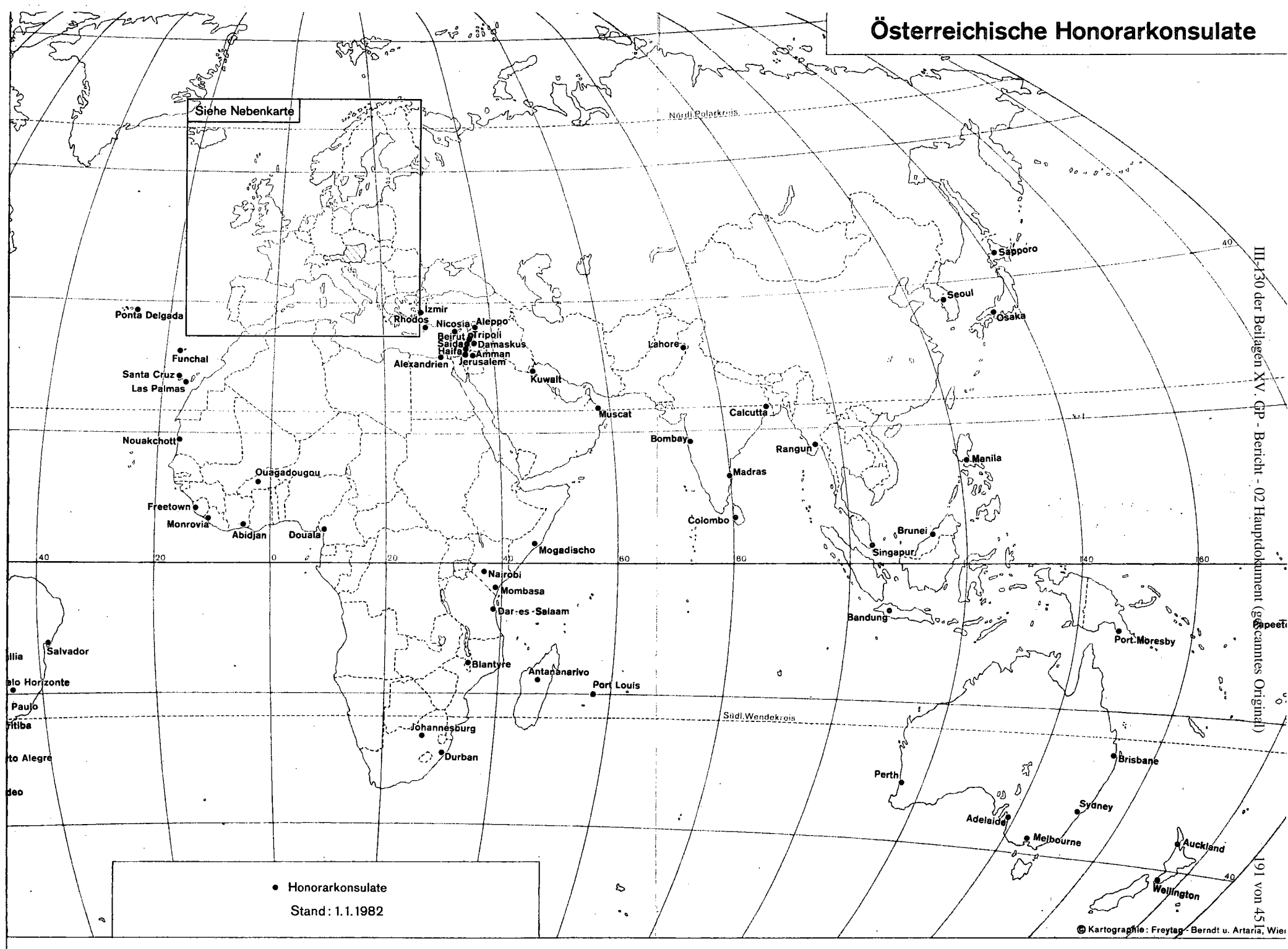


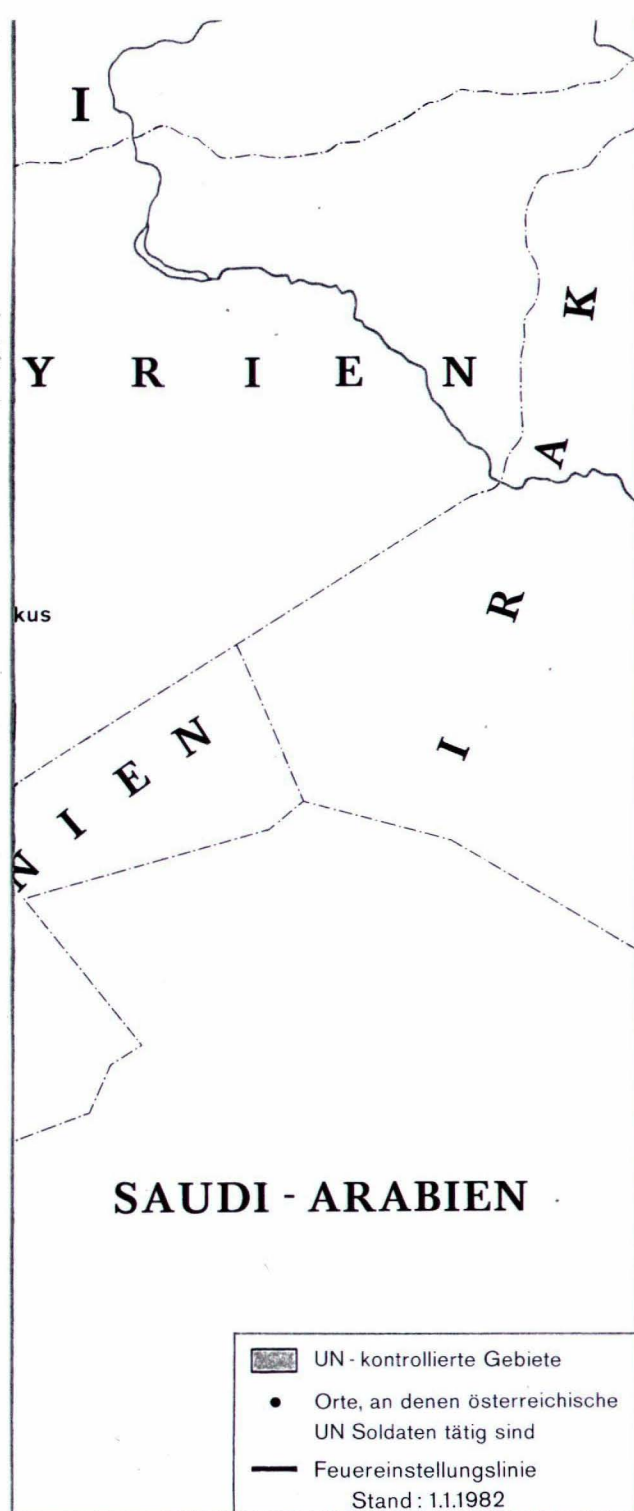
Siehe Nebenkarte





Österreichische Honorarkonsulate





Österreich und die friedenserhaltenden UN-Operationen

Derzeitige Einsätze

UNDOF

(UN-Disengagement Observer Force)

Kontingente bzw. Funktionen:

Teilnahme seit 1974 (4 Nationen, ca. 1250 Mann)

- AUSBATT (Austrian Battailon)
Nordabschnitt GOLAN vom Mt. HERMON (2.800 m) bis KUNEITRA (ca. 40 km): 18 Stützpunkte, 7 Außenposten, 15 Patrouillen täglich.
Bataillonslager: Camp FAUAR (Syrien)
- Personal für Hauptquartier in DAMASKUS; Österreich stellt den Chief of Staff.

Stärke

530
(42% von UNDOF)

UNFICYP

(UN-Force in Cyprus)

Teilnahme seit 1964 (7 Nationen, ca. 2500 Mann)

- AUSCON (Austrian Contingent) seit 1972; vorher mit einem Feldlazarett (55 Mann)
Ostteil der Insel, insbes. DHERINIA-ATHNA-Linie (ca. 20 km) 9 Beobachtungsposten, 2 Verbindungsposten im KARPAS-Gebirge. Bataillonslager: Camp Duke Leopold V (türkisch-cypriotische Zone).
- Personal für Hauptquartier in NICOSIA; Österreich stellt den Force Commander, Generalmajor Dipl.-Ing. GREINDL.

299
(12% von UNFICYP)

UNTSO

(UN-Truce Supervision Organization)

Teilnahme seit 1968 (17 Nationen, ca. 300 Mann)

- Überwachungsaufgaben in den Grenzgebieten zu den Nachbarstaaten Israels, Personalabstellungen zu UNDOF und UNIFIL.
- 10 Offz und 3 Sanitätsunteroffiziere (Medical Assistants).
Hauptquartier: JERUSALEM

13
(4% von UNTSO)

842 Österreicher

Frühere Einsätze

ONUC
(Organisation des Nations Unies au Congo)

- Teilnahme vom Nov. 1960 bis Sept. 1963 mit einem Feldlazarett (55 Mann).

UNEF II
(United Nations Emergency Force II)

- Teilnahme vom Okt. 1973 bis Juni 1974 mit einem Bataillon (ca. 500 Mann) und noch bis Aug. 1975 mit Personal für Hauptquartier

Mit Stand 1. 1. 82 kamen insgesamt **15.397** österreichische UN-Soldaten zum Einsatz (ONUC: 166; UNFICYP: 6.860; UNTSO: 127; UNEF II: 720; UNDOF: 7.524)



*Übersichten – Ausländische Vertretungen***Ausländische Vertretungen in Österreich**

In Österreich sind 125 Botschaften akkreditiert. Davon haben 72 ihren Sitz in Wien, 32 in Bonn, 6 in London, je 2 in Bern, Paris, Rom, Brüssel, Budapest, Genf und je einen in Belgrad, Madrid, Kopenhagen.

Von den 72 in Wien residierenden diplomatischen Vertretungsbehörden repräsentieren 18 asiatische, 13 lateinamerikanische und 9 afrikanische Staaten. Die restlichen 32 vertreten europäische Länder, USA, Kanada, Australien und Neuseeland.

1981 haben 35 neuernannte Botschafter dem Bundespräsidenten ihr Beglaubigungsschreiben überreicht.

Bei den diplomatischen Missionen mit Sitz in Wien sind 675 Mitglieder des diplomatischen Personals, 1249 Familienangehörige mit diplomatischem Status, 878 Mitglieder des Verwaltungspersonals, ausländischer Staatsangehörigkeit, 730 Familienangehörige desselben und 587 Personen sur place-Personal österreichischer Staatsbürgerschaft gemeldet.

Bei den diplomatischen Missionen mit Sitz im Ausland sind 287 Mitglieder des diplomatischen Personals gemeldet.

Neben den Konsularabteilungen der Botschaften nehmen 17 Berufskonsulate (5 in Salzburg, je 3 in Tirol und Vorarlberg, je 2 in der Steiermark und Kärnten und je eines in Wien und Oberösterreich) und 126 Honorarkonsulate (44 in Wien, 21 in Salzburg, 17 in Tirol, 16 in Oberösterreich, 9 in der Steiermark, je 7 in Vorarlberg und Kärnten, 4 im Burgenland und eines in Niederösterreich) konsularische Aufgaben in Österreich wahr.

*Internationale Organisationen***Internationale Organisationen in Österreich**

In Wien, dem dritten Zentrum der Vereinten Nationen neben New York und Genf, haben eine Reihe von Organisationen und Sekretariatseinheiten ihren Sitz und beschäftigen (1. 1. 1982) 3791 internationale Beamte.

Bei den übrigen nicht dem UN-System angehörigen internationalen Organisationen sind 627 Personen beschäftigt.

Bei der IAEA sind 82 (20 aus Asien, 15 aus Lateinamerika, 13 aus Afrika), bei der UNIDO 95 (24 aus Asien, 23 aus Afrika, 16 aus Lateinamerika) ständige Vertretungen akkreditiert. Büros unterhalten Kenia, der Heilige Stuhl, die Europäischen Gemeinschaften und die PLO.

Von den ständigen Vertretungen bei der IAEA haben 68 den Sitz in Wien (50 sind mit der diplomatischen Mission ident, 18 haben eine eigene ständige Vertretung), von den ständigen Vertretungen bei der UNIDO haben 71 den Sitz in Wien (davon sind 54 mit der diplomatischen Mission ident und 17 haben eigene ständige Vertretungen).

UN-Organisationen und Sekretariatseinheiten

	Österreicher	Total
Internationale Atomenergieorganisation (International Atomic Energy Agency-IAEA)	647	1701
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organisa- tion-UNIDO)	417	1406
Büro der Vereinten Nationen in Wien (United Nations Office in Vienna-UNOV)	42	95
Zentrum für Soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (Centre for Social Development and Humanitarian Affairs – CSDHA)	29	67
Abteilung für Internationales Handelsrecht (United Nations Commission on International Trade Law – UNCITRAL)	7	60
Postverwaltung der Vereinten Nationen (United Nations Postal Administration – UNPA of Vienna)	28	41
Suchtgiftabteilung (Division of Narcotic Drugs – DND)	9	76
Internationaler Suchtgiftkontrollrat (International Narcotics Control Board – INCB)	14	16

Internationale Organisationen

Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (United Nations Fund for Drug Abuse Control – UNFDAC)	10	36
Wissenschaftliches Komitee der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen von Atomstrahlen (United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation – UNSCEAR)	3	6
Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East – UNRWA)	32	272
Büro des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR)	7	8
Internationale Arbeitsorganisation: Material und Techniken für die Ausbildung von Genossenschaftsverwaltern (International Labour Office: Material and Techniques for Cooperative Management Training – MATCOM)	–	7
Summe	1 245	3 791

Andere Internationale Organisationen

	Österreicher	Total
Organisation der Erdölexportierenden Länder (Organisation of Petroleum Exporting Countries – OPEC)	70	182
OPEC-Fonds für internationale Entwicklung (OPEC-Fund for International Development – OFID)	18	45
Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse (International Institute for Applied System Analysis – IIASA)	123	393
Zwischenstaatliches Komitee für Wanderung (Intergovernmental Committee for Migration – ICM)	5	7
Summe	216	627
Gesamt	1 461	4 418

*Besuche in Österreich***Besuche in Österreich****Besuche ausländischer Staatsoberhäupter im Jahre 1981**

9. 6.–12. 6.

Rumänien

Präsident Nicolae Ceausescu

Besuche ausländischer Regierungschefs im Jahre 1981

5. 1.–7. 1.

Kanada

Pierre Elliott Trudeau

10. 2.–12. 2.

Luxemburg

Dr. Pierre Werner

2. 4.–4. 4.

Jugoslawien

Veselin Djuranovic

6. 4.–10. 4.

Sowjetunion

Nikolay A. Tichonow

24. 5.–25. 5.

Tschechoslowakei

Lubomir Strougal

23. 7.–27. 7.

Liechtenstein

Hans Brunhart

1. 8.–4. 8.

Singapur

Lee Kuan Yew

17. 9.–19. 9.

Malta

Dom Mintoff

Besuche ausländischer Außenminister im Jahre 1981

13. 3.–14. 3.

Wiener Außenministergespräche
betreffend die Abhaltung eines
internationalen Treffens über
Zusammenarbeit und Entwicklung;

Algerien: Mohamed Seddik
Benyahia

BRD: Hans-Dietrich Genscher

Frankreich: Jean Francois-Poncet

Indien: P.V. Narasimha Rao

Jugoslawien: Josip Vrhovec

Mexiko: Jorge Castaneda

Kanada: Mark McGuigan P.C.

Nigeria: P.O. Bolokor

Schweden: Ola Ullsten

Tanzania: Salim A. Salim

1. 6.–3. 6.

Nikaragua

Padre Miguel d'Escoto
Brockmann S.J.

26. 6.–28. 6.

Ungarn

Frigyes Puja

17. 8.–18. 8.

Großbritannien

Lord Carrington

9. 11.–11. 11.

Polen

Jozef Czyrek

15. 11.–18. 11.

Tunesien

Beji Caid Essebsi

*Besuche in Österreich***Besuche im Ausland****Besuche des Bundespräsidenten im Jahre 1981**

7. 9.–10. 9.
Schweiz

Besuche des Bundeskanzlers im Jahre 1981

14. 2.–17. 2.
Ägypten

5. 5.–7. 5.
Saudiarabien

12. 5.–15. 5.
Bulgarien

18. 11.–20. 11.
Ungarn

5. 12.–9. 12.
Kuwait, Bahrain, Vereinigte
Arabische Emirate, Katar

Besuche des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1981

26. 1.–28. 1.
Bulgarien

18. 3.–21. 3.
Pakistan

23. 3.–25. 3.
Indien

26. 3.–28. 3.
Thailand

27. 4.–30. 4.
Ungarn

17. 5.–20. 5.
Sambia

20. 5.–22. 5.
Simbabwe

27. 5.–28. 5.
Kenia

6. 7.–8. 7.
Zypern

8. 7.–10. 7.
Griechenland

7. 9.–10. 9.
Schweiz

4. 10.–6. 10.
Kanada

26. 10.–27. 10.
USA

Österreich in Zahlen

Österreich in Zahlen

Gegenstand, Einheit	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	
					1977 = 100	
Fläche des Bundesgebietes, km ²	83 853	83 853	83 853	83 853	83 853	x
Gemeinden, Anzahl	2 300	2 301	2 301	2 300	2 300	100
Bevölkerungsstand ²⁾ , 1 000	7 518	7 508	7 503	7 505	7 555	100
Lebendgeborene, 1 000 ...	86	85	86	91	93	108
Gestorbene, 1 000	92	95	92	92	92	100
Schüler, 1 000	1 475	1 462	1 436	1 410	1 410	96
Lehrer, 1 000	93	92	98	100	100	108
Studierende an Universitäten und Hochschulen, 1 000	98	106	115	121 ³⁾	...	123
Unselbständig Beschäftigte, 1 000	2 737	2 758	2 774	2 789	2 799	102
Arbeitslosenrate	1,8	2,1	2,0	1,9	2,4	x
Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer brutto, Monatsdurchschnitt S	11 280	12 080	12 750	13 480	14 490	128
Tariflohnindex, Ø 1976 = 100	108,0	115,5	121,4	127,9	137,1	127
Verbraucherpreisindex, Ø 1976 = 100	105,5	109,3	113,3	120,5	128,7	122
Fertiggestellte Wohnungen, 1 000	45	52	53	78 ⁴⁾	...	173
Kraftfahrzeugbestand, 1 000	3 099	3 192	3 320	3 384	3 489	113
Brutto-Inlandsprodukt, laufende Preise, Mrd. S ...	796,19	842,69	923,00	995,93	1 045,2	131
Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner, 1 000 S	106	112	123	133	138	130
Landwirtschaftlich genützte Fläche, 1 000 ha	3 771	3 789	3 728	3 741	3 733	99

Österreich in Zahlen

Gegenstand, Einheit	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	
					1977 = 100	
Forstwirtschaftlich genützte Fläche, 1 000 ha	3 266	3 266	3 282	3 282	3 282	100
Energieverbrauch	695	718	764	753	712	102
Index der Industrieproduktion, Ø 1976 = 100 ..	104,0	106,6	114,4	117,6	116,0	112
Einfuhren, Mrd. S	235	232	270	316	335	143
Ausfuhren, Mrd. S	162	176	206	226	252	156
Gästenächtigungen, Mio.	105	108	113	119	121	115
darunter Ausländer, Mio.	78	81	85	90	93	119
Leistungsbilanzabgang, Mrd. S	-28,9	-6,2	-17,1	-21,2	-16,2	56
Einlagen von inländischen Nichtbanken, Mio. S	507 066	583 773	636 548	706 134	796 628	157
Direktkredite an inländische Nichtbanken, Mio. S	511 522	588 522	685 305	773 476	867 605	170
Bundesrechnungsab-schluß/-voranschlag, Mrd. S						
Ausgaben	237	266	288	306	335	141
Einnahmen	195	215	238	259	285	146
Devisenmittelkurse, S:						
1 US-\$	16,53	14,52	13,37	12,94	15,92	96
100 DM	711,70	722,90	729,35	711,90	704,77	99
100 sfr	689,40	815,53	803,95	771,92	811,77	118

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

1) Daten aus 1981 sind meist vorläufig.

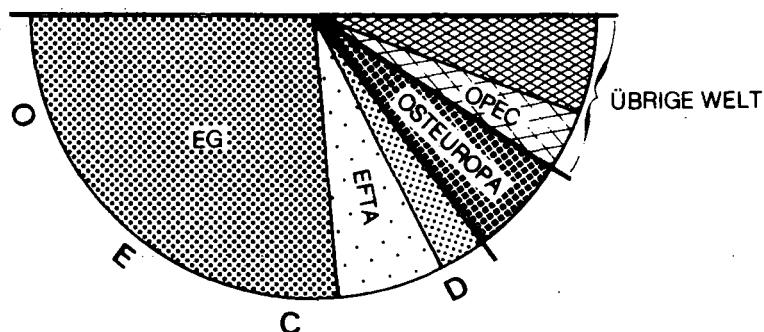
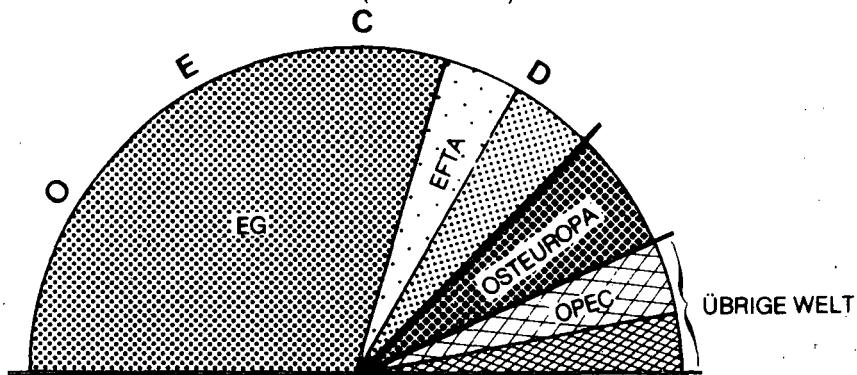
2) 1981: Volkszählung, vorher Bevölkerungsfortschreibung.

3) Vorläufige Zahl.

4) Mit Nachmeldungen aus 1972 bis 1979. - x = Datenausweisung nicht sinnvoll. - ... = Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Österreichs Außenhandel 1981

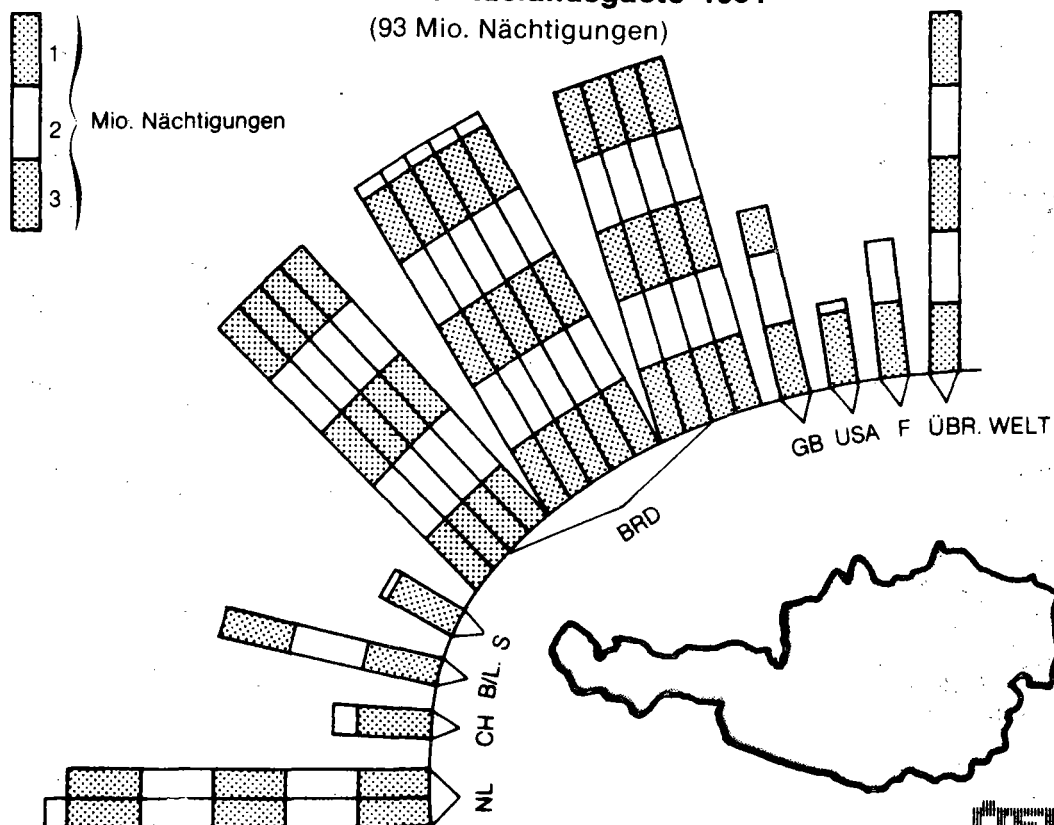
Einfuhr (335 Mrd. S)



Ausfuhr (252 Mrd. S)

Österreichs Auslandsgäste 1981

(93 Mio. Nächtigungen)



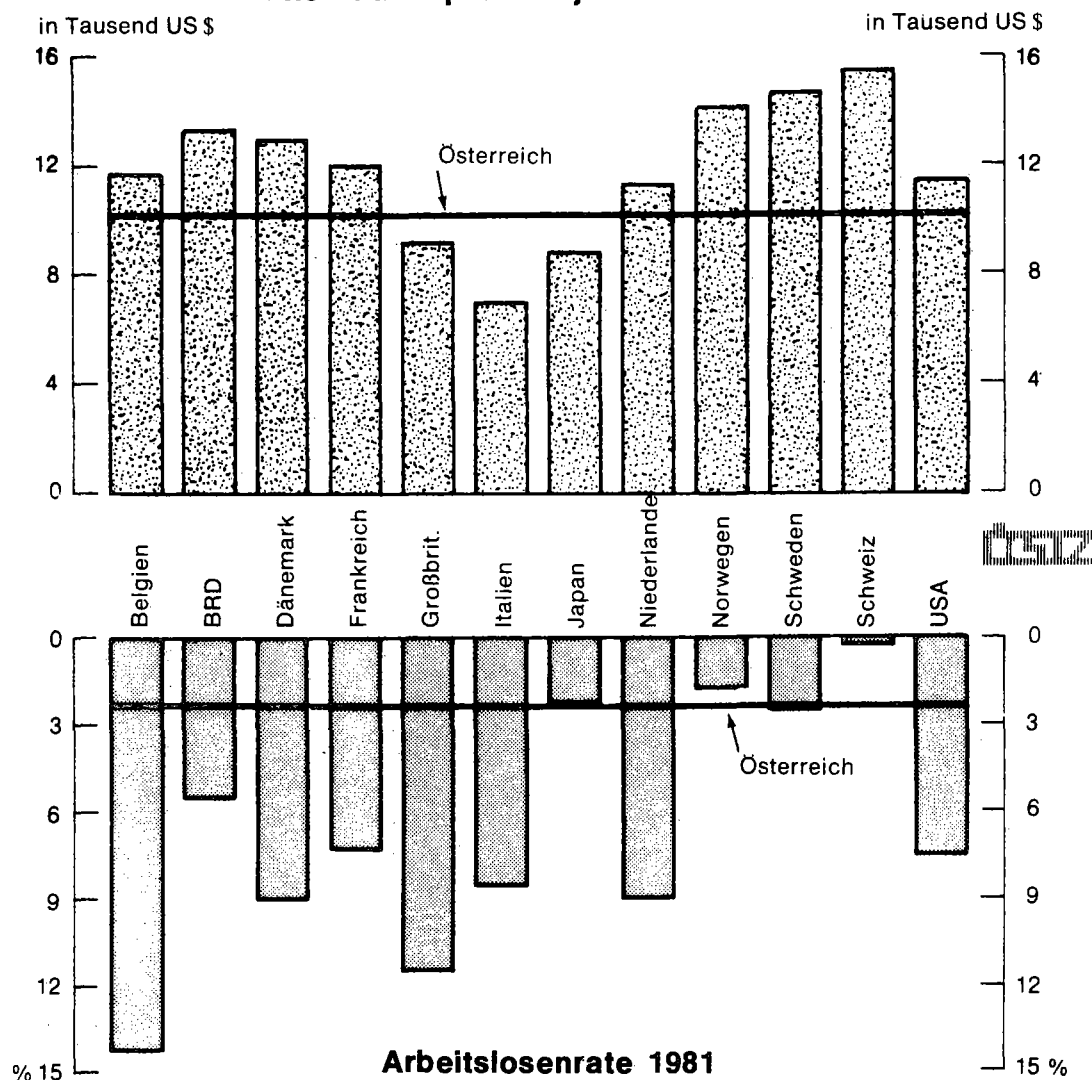
Energieimporte 1980–1981

Energieträger, Einheit	1980	1981
Erdöl und Erdölerzeugnisse, Mio. S	37 463	43 894
<i>davon in % aus:</i> Saudi-Arabien	16	29
UdSSR	13	17
BRD	10	9
Libyen	11	9
Algerien	5	8
Italien	7	6
Irak	19	4
Iran	–	3
Ungarn	3	2
Nigerien	4	2
ČSSR	2	2
Tunesien	–	2
DDR	2	1
Rumänien	1	1
Vereinigte Arabische Emirate	1	1
übrige Länder	6	4
Gas, Mio. S	5 940	11 327
<i>davon in % aus:</i> UdSSR	95	97
BRD	4	2
übrige Länder	1	1
Kohle, Koks, Briketts, Mio. S	5 164	6 603
<i>davon in % aus:</i> USA	5	23
ČSSR	27	22
BRD	16	18
Polen	26	17
Jugoslawien	4	5
DDR	4	4
Italien	2	3
UdSSR	14	3
Frankreich	0	2
übrige Länder	2	3
Brennstoffe, Energie insgesamt, Mio. S	48 947*)	62 404*)

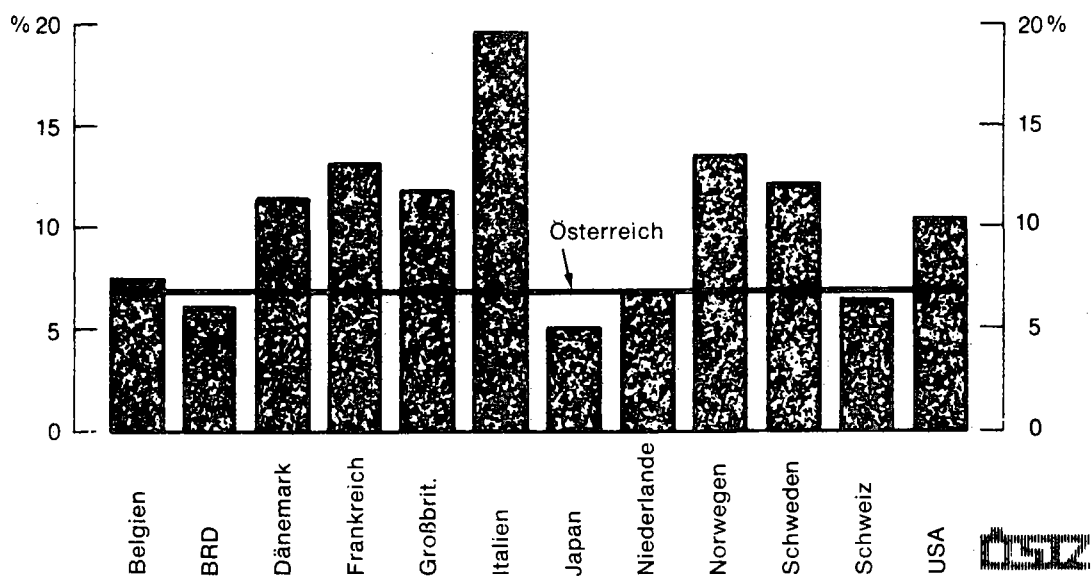
Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

*) Mit elektrischem Strom.

Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner 1980



Steigerung der Verbraucherpreise 1981



*Übersichten – Asylland***Asylland Österreich**

Von 1945 bis 1981 war Österreich Asylland für mehr als 1,7 Millionen Menschen¹⁾. Von 1945 bis 1955 haben rund 1 260 000, von 1956 bis 1969 rund 380 000 (davon 200 000 Ungarn 1956 und 100 000 Tschechoslowaken 1968), von 1970 bis 1981 rund 70 000 Menschen in unserem Land Asyl gesucht. Allein im Zeitraum 1970 bis 1981 hat Österreich rund 1,5 Milliarden Schilling öffentlicher Mittel für Asylwerber ausgegeben.

Jahr	Anzahl der Asylwerber	Budgetmittel
1970	3 085	29 204 848,-
1971	2 075	26 936 134,-
1972	1 838	26 935 947,-
1973	1 576	35 601 016,-
1974	1 712	41 732 551,-
1975	1 502	49 976 048,-
1976	1 818	70 179 033,-
1977	2 566	74 836 607,-
1978	3 412	87 358 907,-
1979	5 627	98 387 000,-
1980	9 259	172 891 938,-
1981	34 557	713 000 000,-
	<hr/> 69 027	<hr/> 1 427 040 029,-

Herkunft der Asylwerber

Jahr	Polen	%	ČSSR	%	Ungarn	%	Rumänien	%	sonstige	%
1978	778	23	515	15	525	15	958	28	636	19
1979	1 095	19	1 834	33	580	10	976	17	1 142	21
1980	2 181	24	3 241	35	1 043	11	1 023	11	1 771	19
1981	29 091	84	2 196	6	1 225	4	1 316	4	729	2

Weiterwanderung von Asylwerbern²⁾

Jahr	insges.	USA	%	Kanada	%	Australien	%	sonstige	%
1978	1 779	1 052	59	326	18	173	10	228	13
1979	2 332	1 190	51	386	17	499	21	257	11
1980	5 424	1 528	28	1 130	21	2 272	42	494	9
1981	9 072	3 372	37	2 389	26	2 241	25	1 070	11

¹⁾ Diese Statistik berücksichtigt nicht die Zahl der jüdischen Durchwanderer aus der UdSSR.

²⁾ Behördlich vermittelt.

Österreich in den Sonderorganisationen

	Organisation	Amtssitz	Leiter
FAO	Ernährungs- und Landwirtschafts-organisation	Rom	Generaldirektor: Edouard Saouma (Libanon)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen ¹⁾	Genf	Generaldirektor: Arthur Dunkel (Schweiz)
IAEA	Internationale Atomenergie-organisation ²⁾	Wien	Generaldirektor: Hans Blix (Schweden)
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)	Washington	Präsident: Alden W. Clausen (USA)
ICAO	Internationale Zivilluftfahrtorganisation	Montréal	Generalsekretär: Yves Lambert (Frankreich)
IFAD	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	Rom	Präsident: Abdelmuhsin M. Al-Sudeary (Saudi-Arabien)
ILO	Internationale Arbeitsorganisation	Genf	Generaldirektor: Francis Blanchard (Frankreich)
IMCO	Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation	London	Generalsekretär: Chandrika Prasad Srivastava (Indien)
IMF	Internationaler Währungsfonds	Washington	Direktor: Jacques de Larosiere de Champfeu (Frankreich)
ITU	Internationale Fernmeldeunion	Genf	Generalsekretär: M. Mili (Tunesien)
UNESCO	Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen	Paris	Generaldirektor: Amadou-Mahtar M'Bow (Senegal)
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung ³⁾	Wien	Exekutivdirektor: Abd-El Rahman Khane (Algerien)
UPU	Weltpostverein	Bern	Generaldirektor des Internationalen Büros: M. I. Sobhi (Ägypten)
WHO	Weltgesundheitsorganisation	Genf	Generaldirektor: H. T. Mahler (Dänemark)
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum	Genf	Generaldirektor: Arpad Bogsch (USA)
WMO	Weltorganisation für Meteorologie	Genf	Generalsekretär: A. C. Wiin-Nielsen (Dänemark)
WTO	Welt-Fremdenverkehrsorganisation ⁴⁾	Madrid	Generalsekretär: Robert C. Lonati (Frankreich)

¹⁾ GATT ist keine Spezialorganisation, zählt aber zur UN-Familie

²⁾ IAEA ist keine Spezialorganisation im engeren Sinn, weil sie hinsichtlich der Pflicht zur Berichterstattung nicht dem ECOSOC sondern der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstellt ist.

³⁾ UNIDO ist formell noch keine Spezialorganisation. Die Statuten der UNIDO als Spezialorganisation werden in naher Zukunft inkraft treten.

* Quelle: Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1981 II. Teil (Beilage P: Mitgliedschaft Österreichs bei Internationalen Institutionen; unter „Beitrag“ sind die Voranschlagsziffern für 1981, unter „gesetzlicher Grundlage“ die Bundesgesetzblattnummern angeführt.)

der Vereinten Nationen

Sitz im Rat	Beitrag 1981*	Ressort	gesetzliche Grundlage*
1961–1964	15,950.000	BMLF	181/1950 Art. XVIII (Beitritt) 72/1956 Art. XVII (Beitragsleistung) 40/1955 (Privilegien und Immunitäten)
--	4,000.000	BMHGI	254/1951; 86/1958 Mitglied seit 19. Oktober 1951
1965–1967 1977–1979	8,934.000	BMAA	23/1958 (Beitritt) 216/1957, 126/1963 (Statuten) 82/1958 (Amtssitzabkommen)
⁵⁾	Kapitalanteil 310 Mio. US Dollar	BMF	105/1949, 65/1966, 345/1969, 40/1955 (Priv. u. Imm.)
--	1,700.000	BMV	97/1949 40/1955 (Priv. u. Imm.) 138/1971
1981–1983 ⁶⁾	Beitragszusagen für 1981–1983 ⁷⁾ 5,2 Mio. US Dollar	BMLF/BMF	38/1978
--	12,500.000	BMsV	234/1920 (Beitritt) 223/1949 (Wiederbeitritt; Beitragsleistung: Art. 13)
--	60.000	BMV	464/1975
⁵⁾	Kapitalanteil 495 Mio. SZR ⁸⁾	BMF	189/1978, 40/1955 (Priv. u. Imm.)
--	1,300.000	BMV, GDPT	413/1977 40/1955 (Priv. u. Imm.)
1972–1976	14,700.000	BMAA	49/1949 40/1955 (Priv. u. Imm.)
1967–1982	3,500.000	BMAA	120/1956, 245/1967 (Amtssitzabkommen)
1964–1974	610.000	BMV, GDPT	350/1965, 470/1976 40/1955 (Priv. u. Imm.)
1953–1956 1970–1973	23,587.000	BMGU	96/1949, 27/1961 (Beitragsleistung: Kap. XII der Satzung) 40/1955, 98/1958, 8/1959 (Priv. u. Imm.)
1976–1982	2,283.000	BMHGI	397/1973; 399/1973 und 400/1973.
--	1,800.000	BMWF	64/1958 (Beitragsleistung: Art. 24) 40/1955 (Priv. u. Imm.)
--	1,500.000	BMHGI	Satzung: 343/1976

⁴⁾ WTO hat nicht den Status einer Spezialorganisation, arbeitet aber mit der UN zusammen.

⁵⁾ Im Gouverneursrat der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sind alle Mitgliedstaaten vertreten.

⁶⁾ Stellvertretendes Mitglied

⁷⁾ Vorbehaltlich parlamentarische Genehmigung

⁸⁾ Sonderziehungsrecht (per 30. 12. 1981: 1 SZR 4 18,45 öS)

*Vertragsübersicht 1981***Vertragsübersicht 1981**

Diese Übersicht wurde auf Grund der Vertragskartei des Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten erstellt und soll einen Überblick über die Entwicklung der vertraglichen Beziehungen Österreichs im Jahre 1981 geben. Sie enthält Verträge, Übereinkommen, Notenwechsel, Abkommen und Vereinbarungen, die im Jahre 1981 in Kraft getreten sind bzw. gekündigt wurden.

Hinweise auf Verträge etc., die in Verhandlung stehen bzw. die unterzeichnet wurden und noch nicht in Kraft getreten sind, finden sich im jeweiligen Länderbeitrag.

I. BILATERAL**Argentinien**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Argentinischen Republik über die Ableistung des Militärdienstes von Doppelbürgern, Buenos Aires, 13. 9. 1979

Inkraft 1. 12. 1981, BGBl. Nr. 450/1981

Bahamas

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und dem Commonwealth der Bahamas betreffend die Wiederanwendung des österreichisch-britischen Auslieferungsvertrages vom 1. 9. 1963, Wien, 11. 5. 1979 / Nassau, 23. 8. 1979

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 125/1981

Belgien

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR, Brüssel, 2. 9. 1980 / Wien, 30. 3. 1981

Inkraft 30. 3. 1981, BGBl. Nr. 250/1981

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von Natriumhydroxyd der Kl. 8, Rn. 2801, Z 31 a, in freitragenden Säcken aus Polypropylengewebe mit einem dicht verschlossenen Innensack aus Polyäthylen, Brüssel, 22. 9. 1981 / Wien, 4. 2. 1981

Inkraft 4. 2. 1981, BGBl. Nr. 171/1981

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 10602 betreffend die Beförderung in kubischen Tankcontainern aus Metall mit einem Fassungsraum von 0,25 m³ bis 3 m³, Brüssel, 30. 10. 1979 / Wien, 27. 4. 1981

Inkraft 27. 4. 1981, BGBl. Nr. 319/1981

Vertragsübersicht 1981

Vereinbarung zwischen dem Verkehrsminister des Königreiches Belgien und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Zulassung zur Beförderung von Dicumylperoxid mit einem Peroxidgehalt von mehr als 95 %, Brüssel, 13. 4. 1981 / Wien, 13. 7. 1981

Inkraft 13. 7. 1981, BGBl. Nr. 391/1981

Bulgarien

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung in den Jahren 1981, 1982 und 1983, Sofia, 27. 1. 1981

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 139/1981

China

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik China über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, Wien, 5. 11. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 544/1980

Dänemark

Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Dänemark zur Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954, Kopenhagen, 8. 11. 1979

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 41/1981

Bundesrepublik Deutschland

Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Dezember 1971 über die Führung von geschlossenen Zügen (Zügen unter Bahnverschluß) der Österreichischen Bundesbahnen über Strecken der Deutschen Bundesbahn in der Bundesrepublik Deutschland, Wien, 5. 4. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 505/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Durchführung des Art. 1 Abs. 2 lit. a des Vertrages, Wien, 5. 4. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 506/1980

Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchssteuer- und Monopolanangelegenheiten, Wien, 12. 12. 1979

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 126/1981

Vertragsübersicht 1981

Notenwechsel betreffend die Ergänzung des Abschnittes I der Anlage I zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben, Wien, 30. 1. 1981/10. 2. 1981

Inkraft 10. 11. 1981, BGBl. Nr. 463/1981

Vereinbarung gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. 9. 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Bayrischzell, Bonn, 5. 11. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 572/1980

Vereinbarung gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. 9. 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen am Grenzübergang Freilassing-Saalbrücke, Bonn, 5. 11. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 573/1980

Vereinbarung gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. 9. 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Passau-Voglau, Bonn, 16. 1. 1981

Inkraft 1. 3. 1981, BGBl. Nr. 95/1981

Vereinbarung gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. 9. 1955 zwischen der Republik Österreich und der BRD über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr über die Errichtung vorgeschobener österreichischer und deutscher Grenzdienststellen am Grenzübergang Schwarzbach – Autobahn/Walserberg – Autobahn, Bonn, 18. 3. 1981

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 205/1981

Vereinbarung gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. 9. 1955 zwischen der Republik Österreich und der BRD über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen von Bregenz, Bonn 25. 6. 1981

Inkraft 1. 8. 1981, BGBl. Nr. 371/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Verpackung von Schwefelnatrium in Gewebesäcken mit Innensack aus geeignetem Kunststoff bei Beförderung in geschlossener Ladung, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 62/1980

Vertragsübersicht 1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von pulverförmigen Schädlingsbekämpfungsmitteln in Aluminiumgefäßen mit einem Fassungsraum von 2 100 Litern, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 63/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Beförderung von flüssigen Schädlingsbekämpfungsmitteln in kleinen Flüssigkeitsbehältern (-containern), Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 64/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Beförderung bestimmter Stoffe der Klasse 6.1, Rn. 2601, Ziffer 21, und der Klasse 8, Rn. 2801, Ziffer 21, in festverbundenen Tanks, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 65/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Beförderung von Silicofluorwasserstoffsäure der Klasse 8, Rn. 2801, Ziffer 8, in festverbundenen Tanks, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 66/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR betreffend die Beförderung von Tetrachlorkohlensstoff, Chloroform und Äthylenchlorid, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 67/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Beförderung von Isocyanaten und Diaminen in Straßentankfahrzeugen, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 68/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von „Thiodan 35“ in freitragenden Kunststoffsäcken, Bonn, 11. 7. 1979 / Wien, 20. 12. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 69/1980

Vertragsübersicht 1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Verpackung von flüssigen Schädlingsbekämpfungsmitteln der Klasse 6.1, Rn. 2601, Ziffern 82 und 83, in Blechkannen mit einem Fassungsraum von höchstens 60 Litern, Bonn, 12. 7. 1979 / Wien, 22. 2. 1980

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 175/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 10 602 des ADR betreffend die Beförderung von Acrylamide-Monomere in Tankfahrzeugen, Bonn, 17. 4. 1979 / Wien, 26. 2. 1980

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 177/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Erhöhung der Mengen an Peroxiden je Beförderungseinheit, Bonn, 16. 7. 1979 / Wien, 27. 2. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 178/1980

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 10 602 des ADR über die Beförderung von Bleiverbindungen der Klasse 6.1, Rn. 2601, Ziffer 72, in loser Schüttung in Silofahrzeugen, Bonn, 19. 3. 1981 / Wien, 30. 3. 1981

Inkraft 30. 3. 1981, BGBl. Nr. 253/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Phosphorpentachlorid der Klasse 8, Ziffer 12, in freitragenden Kunststoffgefäßen, Bonn, 25. 9. 1980 / Wien, 3. 4. 1981

Inkraft 3. 4. 1981, BGBl. Nr. 252/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Zulassung bestimmter neuer organischer Peroxide zum Straßentransport, Bonn, 25. 5. 1981 / Wien 13. 7. 1981

Inkraft 13. 7. 1981, BGBl. Nr. 390/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR über die Beförderung von Butadien-1,2 in Tankfahrzeugen, Bonn, 3. 6. 1981 / Wien, 19. 10. 1981

Inkraft 19. 10. 1981, BGBl. Nr. 511/1981

Vertragsübersicht 1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Cyanurchlorid (Kristallin) in Transportgefäßen aus Kunststoffen mit einem Fassungsraum von höchstens 1250 Litern, Bonn 27. 10. 1978 / Wien, 29. 10. 1981

Inkraft 29. 10. 1981, BGBl. Nr. 543/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Schwefelsäure mit höchstens 75% reiner Säure in freitragenden Kunststoffgefäßen mit einem Fassungsraum von höchstens 60 Litern, Bonn, 27. 10. 1981 / Wien, 28. 12. 1981

Inkraft 28. 12. 1981, BGBl. Nr. 68/1982

Kündigung:

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Verkleinerung der Gefahrzettel, Bonn, 16. 12. 1981

Inkraft 16. 12. 1981, BGBl. Nr. 73/1982

Deutsche Demokratische Republik

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Luftverkehr, Wien, 11. 11. 1980

Inkraft 10. 1. 1981, BGBl. Nr. 543/1980

Langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik samt Briefwechsel, Wien, 11. 11. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 20/1981

Europäische Gemeinschaften

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und den Europäischen Gemeinschaften über die Anerkennung des EG-Ausweises als Reisedokument in Österreich, Brüssel, 11. 7. 1980

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 113/1981

Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Anschluß an den Beitritt der Republik Griechenland zur Gemeinschaft, Brüssel, 28. 11. 1980

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 35/1981

Vertragsübersicht 1981

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwecks Berücksichtigung der vierten Erzeuger-Milchpreiserhöhung, Brüssel, 6./7. 4. 1981

Inkraft 1. 6. 1981, BGBl. Nr. 244/1981

Abkommen – in Form eines Briefwechsels – zur erneuten Abweichung von Art. I des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich, Brüssel, 6. 3. 1981.

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 370/1981

Europäische Weltraumorganisation

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Weltraumorganisation (Assoziierungsabkommen), Wien, 17. 10. 1979

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 93/1981

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Weltraumorganisation betreffend die Teilnahme am Programm SIRIO-2, Wien, 24. 4. 1980

Inkraft 1. 8. 1981, BGBl. Nr. 281/1981

Finnland

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Finnland über den grenzüberschreitenden Straßenverkehr für Personen und Güter, Wien, 25. 3. 1980

Inkraft 24. 10. 1981, BGBl. Nr. 451/1981

Griechenland

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Hellenischen Republik über Soziale Sicherheit, Wien, 14. 12. 1979

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 420/1981

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Hellenischen Republik über Soziale Sicherheit samt Anlage, Wien, 17. 1. 1980

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 421/1981

Kündigung:

Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Minister für Handel der Hellenischen Republik andererseits über die An-

Vertragsübersicht 1981

erkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich, Athen, 30. 4. 1981

Außerkraft 21. 12. 1981, BGBl. Nr. 488/1981

Hongkong

Vereinbarung zwischen Österreich und Hongkong über Exporte bestimmter Textilerzeugnisse nach Österreich, Wien, 16. 12. 1980 / Hongkong, 30. 12. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 33/1981

Vereinbarung zwischen Österreich und Hongkong über ein Exportauthorisations-system, Wien, 16. 12. 1980 / Hongkong, 30. 12. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 34/1981

Indien

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung Indiens über Finanzhilfe an Indien, New Delhi, 9. 9. 1981

Inkraft 9. 9. 1981

Indonesien

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Indonesien über technische Zusammenarbeit, Djakarta, 27. 10. 1980

Inkraft 1. 6. 1981, BGBl. Nr. 220/1981

IAEO – Internationale Atomenergie-Organisation

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation im Internationalen Zentrum Wien, Wien, 19. 1. 1981

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 336/1981

Jugoslawien

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Regelung bestimmter vermögensrechtlicher Fragen, Wien, 19. 3. 1980

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 499/1980

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzdokumente für die Abschnitte I und IV der gemeinsamen Staatsgrenze samt Anlagen, Wien, 27. 10. 1979/3. 3. 1980

Inkraft 1. 8. 1981, BGBl. Nr. 288/1981

Vertragsübersicht 1981

Kanada

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, Wien, 9. 12. 1976

Inkraft 17. 2. 1981, BGBl. Nr. 77/1981

Korea Republik

Änderung des Notenwechsels zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und der Koreanischen Botschaft Wien gem. Art. 4 des Abkommens über den Internationalen Handel mit Textilien, Wien, 15. 12. 1980/23. 1. 1981

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 32/1981

Kuba

Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Republik Österreich und dem Minister des Staatlichen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Republik Kuba über die Finanzierung von Pumpen, Motorpumpen und Motoren, Wien, 11. 11. 1980

Inkraft 1. 1. 1981

Luxemburg

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg über den Austausch von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf die Beglaubigung, Luxemburg, 16. 10. 1979

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 112/1981

Marokko

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung Seiner Majestät des Königs von Marokko über den Luftverkehr, Rabat, 22. 10. 1975

Inkraft 29. 3. 1981

Mexiko

Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Handelsminister von Mexiko andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich, Wien, 5. 12. 1980

Inkraft 16. 1. 1981, BGBl. Nr. 4/1981

Vertragsübersicht 1981

Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Republik Österreich und dem Ministerium für Unterricht der Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Errichtung der Höheren Lehranstalt für Forsttechnik „Mexiko – Österreich“ und holzverarbeitender Lehr-Industriebetriebe im Bundesstaate Durango, Wien, 3. 3. 1981

Inkraft 1. 6. 1981

Nauru

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Nauru betreffend die Weiteranwendung des österreichisch-britischen Rechtshilfeabkommens vom 31. März 1931, London, 17. 1. / 23. 8. 1980

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 527/1980

Niederlande

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 7. März 1974 zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit, Den Haag, 5. 11. 1980

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 408/1981

Norwegen

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Königreiches Norwegen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, des Erziehungswesens und der Wissenschaft, Oslo, 14. 1. 1981

Inkraft 1. 4. 1981, BGBl. Nr. 147/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrsminister des Königreiches Norwegen nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Barium- und Bleiverbindungen der Klasse 6.1, Ziffer 71 und 72, in flexiblen Schüttgutbehältern, Wien, 23. 9. 1980 / Oslo, 18. 8. 1981

Inkraft 18. 8. 1981, BGBl. Nr. 464/1981

Panama

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Panama über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, Wien, 3. 6. 1981

Inkraft 3. 9. 1981, BGBl. Nr. 320/1981

*Vertragsübersicht 1981***Philippinen**

Aussetzung der Art. 1 und 2 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Philippinen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, Philippinische Botschaft, Wien, 21. 5. 1981

Inkraft 26. 5. 1981, BGBl. Nr. 405/1981

Polen

Langfristiges Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über Getreidelieferungen, Warschau, 2. 5. 1980

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 204/1981

Notenwechsel über die Aussetzung der Anwendung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, Warschau, 4. 12. 1981

Inkraft 8. 12. 1981, BGBl. Nr. 529a/1981

Portugal

Abkommen zur Änderung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der portugiesischen Regierung über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges vom 14. 12. 1954, Lissabon, 10. 12. 1981

Inkraft 15. 12. 1981, BGBl. Nr. 41/1982

Vereinbarung betreffend Selbstbeschränkung Portugals beim Export von Hemden nach Österreich, Wien, 30. 1. 1981

Inkraft 16. 2. 1981, BGBl. Nr. 67/1981

Rumänien

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 1981 – 1982, Wien, 12. 6. 1981

Inkraft 1. 9. 1981, BGBl. Nr. 339/1981

Sambia

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Sambia über den Verzicht auf Forderungen aus dem von der Österreichischen Bundesregierung der Republik Sambia am 8. 10. 1975 gewährten Darlehen von 18,5 Millionen Schilling, Lusaka, 19. 5. 1981

Inkraft 1. 6. 1981, BGBl. Nr. 372/1981

*Vertragsübersicht 1981***Schweden**

Vereinbarung zwischen dem Industrieminister des Königreiches Schweden und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR betreffend die Zulassung von Dicetylperoxydicarbonat in wässriger Dispersion mit 20% Dicetylperoxydicarbonat zur Beförderung auf der Straße in festverbundenen Tanks oder Aufsatztanks, Stockholm, 25. 11. 1980 / Wien, 9. 2. 1981

Inkraft 9. 2. 1981, BGBl. Nr. 170/1981

Schweiz

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Schadendeckung bei Verkehrsunfällen, Wien, 23. 5. 1979

Inkraft 1. 6. 1981, BGBl. Nr. 186/1981

Abkommen zur Änderung des Abkommens zwischen Österreich und der Schweiz gemäß Art. XXVIII des GATT betreffend bestimmte Käse samt Anhängen sowie Briefwechsel und Liste XXXII – Liste Österreich, Wien/Bern, 24. 3. 1981

Inkraft 1. 6. 1981, BGBl. Nr. 245/1981

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gegenseitigkeit in Amtshaftungssachen, Wien, 23. 5. 1979

Inkraft 1. 11. 1981, BGBl. Nr. 424/1981

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Barium- und Bleiverbindungen der Klasse 6.1, Ziffer 71 und 72, in flexiblen Schüttgutbehältern, Wien, 23. 6. 1980 / Bern, 29. 6. 1981

Inkraft 29. 6. 1981, BGBl. Nr. 423/1981

Sowjetunion (UdSSR)

Langfristiges Programm über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die Jahre 1981 bis 1990, Moskau, 9. 1. 1981

Inkraft 19. 1. 1981

Spanien

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Spanien zur Ergänzung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, Wien, 14. 11. 1979

Inkraft 1. 8. 1981, BGBl. Nr. 280/1981

Vertragsübersicht 1981

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 23. Oktober 1969 zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit, Wien, 14. 11. 1979

Inkraft 1. 3. 1981, BGBl. Nr. 90/1981

Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 14. 5. 1970 zur Durchführung des Abkommens vom 23. Oktober 1969 zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit, Madrid, 19. 6. 1980

Inkraft 1. 3. 1981, BGBl. Nr. 91/1981

Tansania

Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Republik Österreich und dem Finanzminister der Vereinigten Republik von Tansania über die Finanzierung einer Einrichtung zur Entwicklung einer Stein- und Betonindustrieproduktion in Dodoma in der Vereinigten Republik von Tansania, Wien, 23. 1. 1981

Inkraft 23. 1. 1981

Tschechoslowakei

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über konsularische Beziehungen, Prag, 14. 3. 1979

Inkraft 1. 2. 1981, BGBl. Nr. 526/1980

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und sonstigen auf die Herkunft hinweisenden Bezeichnungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse, Wien, 11. 6. 1976 und Zusatzprotokoll, Wien, 30. 11. 1977

Inkraft 26. 2. 1981, BGBl. Nr. 75/1981

Übereinkommen zur Durchführung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und sonstigen auf die Herkunft hinweisenden Bezeichnungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse, Prag, 7. 6. 1979

Inkraft 26. 2. 1981, BGBl. Nr. 76/1981

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens, Prag, 14. 3. 1979

Inkraft 13. 7. 1981, BGBl. Nr. 510/1981

Vertragsübersicht 1981

Ungarn

Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrs- und Postminister der Volksrepublik Ungarn nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Barium- und Bleiverbindungen der Klasse 6.1, Ziffern 71 und 72, in flexiblen Schüttgutbehältern, Wien, 23. 9. 1980 / Budapest, 22. 5. 1981

Inkraft 22. 5. 1981, BGBl. Nr. 362/1981

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit samt Protokoll über Sachleistungen, Wien, 22. 7. 1980

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 117/1981

Durchführungsvereinbarung zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit samt Protokoll über Sachleistungen, Newcastle upon Tyne, 10. 11. 1980

Inkraft 1. 5. 1981, BGBl. Nr. 118/1981

Vereinbarung zwischen dem Minister des Vereinigten Königreichs und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß ADR Rn. 10 602 betreffend die Zulassung von Natriumnitritsuspension der Klasse 5.1, Ziffer 8, zur Beförderung in Tankfahrzeugen, London, 19. 9. 1980 / Wien, 13. 3. 1981

Inkraft 13. 3. 1981, BGBl. Nr. 203/1981

Vereinbarung zwischen dem Minister für Verkehr des Vereinigten Königreiches und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von Azodiisobutyronitril als Stoff der Klasse 4.1, London, 26. 2. 1981 / Wien, 30. 3. 1981

Inkraft 30. 3. 1981, BGBl. Nr. 251/1981

Vereinte Nationen

Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien (samt Notenwechsel), Wien, 19. 1. 1981

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 365/1981

Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und den Vereinten Nationen über die Fortführung des Europäischen Zentrums für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt, New York, 23. 7. 1981

Inkraft 21. 9. 1981, BGBl. Nr. 31/1982

Vertragsübersicht 1981

Vereinte Nationen – IAEO

Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation gemeinsamen Amtssitzbereich im Internationalen Zentrum Wien, Wien, 19. 1. 1981

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 363/1981

Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien samt Notenwechseln, Wien, 19. 1. 1981

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 364/1981

IAEO

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation im Internationalen Zentrum Wien

Inkraft 1. 10. 1981, BGBl. Nr. 366/1981

Weltorganisation für geistiges Eigentum

Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Republik Österreich und dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum über die gemeinsame Durchführung eines Trainingskurses im Gebrauch der Patentdokumentation als Quelle technologischer Information für Experten aus Entwicklungsländern, Wien, 2. 6. 1981 / Genf, 24. 6. 1981

Inkraft 24. 6. 1981

II. MULTILATERAL

Übereinkommen über die Durchführung des Art. VII des GATT, Genf, 12. 4. 1979

Inkraft 1. 1. 1981, BGBl. Nr. 31/1981

Konzertierungsabkommen Gemeinschaft – COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm (Aktion 68 bis), Brüssel, 26. 7. 1979

Inkraft 8. 1. 1981, BGBl. Nr. 183/1981

Protokoll zum Übereinkommen über die Durchführung des Art. VII des GATT, Genf, 1. 11. 1979

Inkraft 6. 4. 1981, BGBl. Nr. 236/1981

Vertragsübersicht 1981

Protokoll zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im Internationalen Straßengüterverkehr (CMR), Genf, 5. 7. 1979

Inkraft 20. 5. 1981, BGBl. Nr. 192/1981

Europäisches Übereinkommen betreffend die an Verfahren vor der Europäischen Kommission oder die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen, London, 6. 5. 1969

Inkraft 18. 8. 1981, BGBl. Nr. 490/1981

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, Genf, 12. 4. 1979

Inkraft 23. 9. 1981, BGBl. Nr. 452/1981

Allgemeine Verfahrensordnung, Vertrag und Abkommen des Weltpostvereins Rio de Janeiro, 26. 10. 1979

Inkraft 7. 10. 1981, BGBl. Nr. 504/1981

Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung:

Regelung Nr. 28, inkraft 30. 5. 1981, BGBl. Nr. 617/1981

Regelung Nr. 37, inkraft 9. 11. 1981, BGBl. Nr. 616/1981

Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds, Abidjan, 29. 11. 1972

Inkraft 30. 1. 1981, BGBl. Nr. 37/1982

Kündigung:

Konvention vom 15. 12. 1950 über den Zollwert von Waren (samt Anlage I bis III)

Außerkraft 26. 3. 1981, BGBl. Nr. 233/1980

*Dokumente – Cancun – Erklärung des Bundeskanzlers***Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky vor dem Internationalen Treffen über Zusammenarbeit und Entwicklung am 22. Oktober 1981*)**

Unser Treffen findet in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen und wachsender politischer Instabilität und Spannungen in vielen Regionen der Welt statt. Die schweren Probleme der Entwicklungsländer – Hunger, Unterernährung, akute Armut, ernste Zahlungs- und Verschuldungsprobleme, die fortgesetzte Verschlechterung der Terms of Trade – werden durch eine wachsende Rezession, Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten in den industrialisierten Ländern verschlechtert. Das ist die wahre Realität der Interdependenz. Die Notwendigkeit internationaler Konsultationen und konzertierter Aktionen ist offensichtlich. Im Gegensatz zu dem wachsenden Bewußtwerden dieser Realität haben Versuche, konstruktive Lösungen für das Nord-Süd-Problem zu finden, in den letzten Jahren immer weniger Früchte getragen und der Nord-Süd-Dialog ist praktisch fast zum Stillstand gekommen. In dieser Situation hatte die Brandt-Kommission den Versuch unternommen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung in einer umfassenden und koordinierten Weise in den Griff zu bekommen. Die Arbeit und der Bericht der Brandt-Kommission haben neue Perspektiven aufgezeigt und letztlich Präsident Lopez Portillio und mich angeregt, dieses Treffen vorzuschlagen.

Allein die Tatsache unseres Treffens hier in Cancun auf höchster Ebene zeigt die Bedeutung, die wir gangbaren Lösungen für die Nord-Süd-Beziehungen beimessen. Dies, sowie auch das weltweite Interesse, das unser Treffen gefunden hat, ist eine Quelle des Optimismus und der Inspiration aber auch des Verantwortungsgefühls. Wenn es uns nicht gelingt, uns der Welle der Ereignisse entgegenzustemmen, werden Friede und Sicherheit in unserer Welt in immer größere Gefahr geraten.

Die Probleme sind vielfältig und außerordentlich kompliziert. Auf den umfangreichen Gebieten der Ernährungssicherheit und Landwirtschaft, Handel und Industrialisierung, Monetär- und Finanzsystem, Energie und Rohstoffe bestehen Verbindungen, die es erforderlich machen, Lösungen mittels einer integrierten, globalen Vorgangsweise zu finden. Der Gedanke globaler Verhandlungen selbst, spiegelt die Interdependenz der Staaten und der Problemstellungen wider. Was wir hier in Cancun behandeln müssen, ist die Art und Weise, wie wir den politischen Anstoß herbeiführen können, der die bestehenden internationalen Institutionen in Bewegung setzen wird.

Wir müssen uns auch mit der Frage befassen, wie die Erfahrungen aller Staaten sowie auch der Beitrag universeller, regionaler Organisationen und von Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und anderer Institutionen, wie dem Weltwährungsfonds und der OPEC, am besten in den weiteren Vorbereitungsprozeß der Globalverhandlungen einfließen und nutzbar gemacht werden können.

*) Wurde als Dokument IMCD/INF./18, 22. 10. 81 zirkuliert. Originalfassung Englisch.

Dokumente – Cancun – Erklärung des Bundeskanzlers

Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Konzept globaler Verhandlungen eine Reihe von Problemen hervorruft. Nichtsdestoweniger wird anerkannt, daß umfassende Verhandlungen über alle oben erwähnten Probleme unter Berücksichtigung einer Interdependenz erforderlich sind.

Das sollte selbstverständlich nicht die Möglichkeit ausschließen, in separate Verhandlungen über Fragen von besonderer Dringlichkeit einzutreten. Zu diesem Zweck erscheint es notwendig, in einem geeigneten Forum und in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen und Institutionen, die sich aktiv mit Entwicklungsproblemen beschäftigen, den Umfang, die Priorität sowie die Arbeitsmethoden für diese Verhandlungen festzulegen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang hinzufügen, daß ich, welche Form auch immer die absolut notwendige Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialoges nunmehr erhält, die bestehende institutionelle Struktur für ausreichend halte und, im Großen und Ganzen, keine Notwendigkeit für neue institutionelle Mechanismen sehe.

Sollten wir alle diesen Gedankengängen zustimmen können, könnte ein Vorschlag dieses Treffens an die Vereinten Nationen, in dieser Richtung weiterzuarbeiten, es ermöglichen, den derzeitigen Stillstand zu überwinden und ein neues Kapitel der Nord-Süd-Beziehungen zu eröffnen.

Indem ich mich nunmehr zur Substanz der Probleme der Zusammenarbeit der Entwicklung zuwende, ist es meine persönliche Überzeugung, daß eine dringliche und gemeinsame Vorgangsweise in folgenden Bereichen möglich und essentiell wäre:

- Programm und Maßnahmen zur Ernährungssicherung, insbesondere die Produktionsstärkung in besonders nahrungsmittelarmen Gebieten;
- Stärkung und Weiterentwicklung des offenen Welthandelssystems mit besonderer Berücksichtigung der Exportinteressen der Entwicklungsländer;
- umfassende Behandlung von Finanzfragen mit dem Ziel zur Erleichterung des Wachstums der Produktion und des Wohlstandes in den Entwicklungsländern;
- Energiesicherheit für alle Länder, besonders im Hinblick auf solche, die im Aufbau einer Industriestruktur stehen.

Wir müssen erwarten, daß auch unter der Voraussetzung des besten Willens Verhandlungen in diesen spezifischen Bereichen in den zuständigen Gremien Zeit und Geduld erfordern. Aber besonders die ärmsten und meist gefährdeten Entwicklungsregionen bedürfen sofortiger Maßnahmen. Wir in Österreich glauben daher, daß parallel zu diesen Bemühungen ein Sofortprogramm für Entwicklungsländer ins Auge gefaßt werden sollte. Unsere Überlegungen sind natürlich durch unsere eigenen Erfahrungen während der äußerst schwierigen Zeit des Wiederaufbaus meines Landes nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst. Damals hat das so großzügige Programm zum Wiederaufbau Europas, der sogenannte Marshall-Plan, es uns ermöglicht, unsere Wirtschaft schnell und effizient wieder aufzubauen.

Ich möchte hinzufügen, daß die österreichische Wirtschaft auch heute noch von den Counterpart-Mitteln des Marshall-Plans profitiert. Diese so positive Erfahrung veranlaßt uns, zu glauben, daß ein großangelegtes Sofortprogramm für

Dokumente – Cancun – Erklärung des Bundeskanzlers

Entwicklungsländer diesen durch umfangreiche Investitionen dabei helfen würde, die Nutzung ihrer eigenen Ressourcen entscheidend zu verbessern. Dies wäre ein Zeichen der Entschlossenheit der Industriestaaten, mit den Entwicklungsländern enger zusammenzuarbeiten. Dies würde auch die Atmosphäre der Nord-Süd-Verhandlungen wesentlich verbessern.

Es ist die allgemeine Auffassung und wir schließen und dieser an, daß die Nahrungsmittelproduktion vor allem in Entwicklungsländern und die weltweite Energieversorgung rasch zunehmen müssen. Ernährung und Energie sind für die wirtschaftliche Infrastruktur aller Länder von besonderer Bedeutung. Diese Zunahme bedarf jedoch der Unterstützung durch gut funktionierende Strukturen im Bereich des Transports und des Telekommunikationswesens, der Ausbildung usw.

Das Sofortprogramm wäre darauf ausgerichtet, diese Infrastrukturen zu schaffen, die Industrieaktivität sowohl in Industrie- wie auch Entwicklungsländern zu stärken und eine Verbindung zu Maßnahmen herzustellen, welche später als Folge von internationalen Verhandlungen in diversen Gremien in Kraft treten würden.

Wir zirkulieren daher in einem separaten Dokument unsere Ideen über ein umfangreiches Programm für eine Beschleunigung der Entwicklung von Infrastrukturen in Entwicklungsländern und für die Finanzierung dieses Programms, welche den Bedürfnissen der einzelnen Länder und Projekte entspricht.

Ich bin mir natürlich der großen Hindernisse bewußt, denen solche und andere Vorschläge in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Weltlage gegenüberstehen. Aber, wenn wir auf die letzten 40 Jahre unserer Geschichte zurückblicken, wenn wir uns des Weges erinnern, auf welchem die Welt die dunklen Jahre des Zweiten Weltkrieges überwunden hat, den Weg, auf welchem neue Staaten ihren rechtmäßigen Platz in der internationalen Gemeinschaft eingenommen haben, wenn wir an alle Krisen denken, die wir in der Lage waren, unter Kontrolle zu bringen, wäre es zuviel, zu erwarten, daß wir auch dieser Herausforderung begegnen werden? Ich bin der tiefsten Überzeugung, daß dieses Treffen einen Wendepunkt in der Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen darstellen könnte. Das Ergebnis unserer Gespräche in diesem kleinen, aber repräsentativen Kreis wird seinen Widerhall in der ganzen Welt finden. Lassen Sie uns diese einzigartige Gelegenheit nützen und die Erwartungen im Norden und im Süden erfüllen, und lassen Sie uns ein neues Kapitel in unseren Beziehungen beginnen.

Nur ein couragiertes und ein ideenreiches Herangehen an unsere gemeinsamen Probleme wird es uns ermöglichen, die derzeitige globale Krise zu überwinden.

*Dokumente – Cancun – Österreichische Vorschläge***Österreichischer Vorschlag für ein Programm zur Verbesserung von Infrastruktur und wirtschaftlichen Basissektoren in Entwicklungsländern*)****I.**

Auch wenn der vorgesehene Dialog zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern über internationale Wirtschaftsfragen von beiderseitigem Interesse rasch in Gang kommen sollte, wird es doch einige Zeit dauern, bis dieser zu konkreten Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer führt. Es erscheint deshalb angezeigt, ein Programm zugunsten der ärmsten Länder und der mit besonderen Problemen kämpfenden Entwicklungsländer in Angriff zu nehmen, von dem rasch konkrete Erfolge erwartet werden können. Die Realisierung eines solchen Programmes wäre auch ein sichtbares Zeichen der Entschlossenheit der Industriestaaten, mit den Entwicklungsländern enger zu kooperieren, und ihres guten Willens, mehr als bisher zu unternehmen, um die Wohlfahrt der Bevölkerung der ärmeren Länder zu heben. Ein solches Programm würde auch das Klima für die künftigen Beratungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern entscheidend verbessern.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß rasch etwas getan werden muß, um die Produktion von Nahrungsmitteln auf der Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, zu stimulieren und um die weltweite Energieversorgung zu verbessern. Diese beiden Gebiete zählen zu den wichtigsten Fundamenten der Wirtschaft und der Infrastruktur aller Länder. Ihr Aufbau benötigt allerdings auch die Unterstützung durch ein gut funktionierendes Transportwesen, Telekommunikation sowie wichtige Basiseinrichtungen in Erziehung, Berufsausbildung und Gesundheitswesen. Alle diese Einrichtungen der materiellen und menschlichen Infrastruktur sind eng miteinander verbunden, bedingen einander und erlauben es, in weiterer Folge eine moderne Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie aufzubauen.

Österreich schlägt deshalb ein groß angelegtes Programm zur Beschleunigung des Aufbaues der Infrastruktur und der wirtschaftlichen Basissektoren in armen und besonders bedürftigen Entwicklungsländern vor. Die Verwirklichung dieses Programmes, welches vor allem die Realisierung von regionalen Großprojekten zum Ziele haben soll, erfordert zusätzliche Mittel, welche in einer den Bedürfnissen jedes Landes und Projektes angepaßten Form zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Orientierung an konkretisierten Projekten, die von den Entwicklungsländern selbst vorgeschlagen werden, soll eine rasche Wirksamkeit unter vorrangiger Bedachtnahme der Entwicklungsziele der Empfängerländer sichern.

Die Projekte sollten die Wachstumschancen in den Entwicklungsländern verbessern und durch die zu erwartende Steigerung des Welthandelsvolumens dazu beitragen, eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten zu stimulieren. Das ins Auge gefaßte Programm soll die Fähigkeit der Entwicklungsländer, aus ihren eigenen Ressourcen Nutzen

*) Originalfassung Englisch (Dokument IMCD/INF. 9, 21. 10. 81).

Dokumente – Cancun – Österreichische Vorschläge

zu ziehen, verbessern und die Anstrengungen, die die Entwicklungsländer selbst unternehmen, um ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, unterstützen. Der Grundgedanke dieses Vorschlages besteht darin, den Entwicklungsländern zu helfen, sich selbst zu helfen. Das Programm soll überdies Vorsorge dafür treffen, daß bestehende Kapazitäten in den Industriestaaten des Nordens im Interesse der Entwicklungsländer eingesetzt werden.

Die zu erwartende wirtschaftliche Belebung sowie die engere Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten würden auch die Voraussetzungen für private Auslandsinvestitionen wesentlich verbessern. Dies würde dazu beitragen, private Kapitalströme in die Entwicklungsländer zu vermehren und die Bereitschaft der Industrieunternehmungen erhöhen, in Entwicklungsländern zu investieren und einen größeren Beitrag zu deren Wachstum und Wohlstand zu leisten.

II.

1. Ziel des vorgeschlagenen Programmes ist die Finanzierung und Durchführung von Großprojekten zur Verbesserung der Infrastruktur und des Wachstumspotentials von Entwicklungsländern.

Es sollen Großprojekte insbesondere auf den Gebieten des Transport- und Kommunikationswesens, der Energieversorgung, der Bewässerung und Landwirtschaft, aber auch Investitionen in Industrie und Bergbau, die mit dem Aufbau der Infrastruktur unmittelbar verbunden sind, gefördert werden. Diese Projekte sollen die Beschäftigung und Versorgungslage in den Entwicklungsländern nachhaltig verbessern und einen Beitrag zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen entweder durch erhöhte Exporte oder durch die Substitution von Importen, auch auf dem Energiesektor, leisten.

2. Die Finanzierung soll in erster Linie durch Schenkungen in Höhe von etwa 100 Mrd. Dollar, aufgeteilt auf 15 Jahre, erfolgen. Pro Jahr kämen daher etwa 7 Mrd. Dollar zum Einsatz. Für die Aufbringung dieser Summe durch die Industrieländer wären Quoten festzulegen, die sich etwa an dem Schlüssel zur Aufteilung der OECD-Mitgliedsbeiträge orientieren könnten.

Die Finanzierung durch Schenkungen soll durch Kredite, die zu weichen Konditionen vergeben werden und den Erfordernissen der jeweiligen Länder und Projekte angepaßt sind, ergänzt werden. Es wäre anzustreben, daß sich auch die Erdöl exportierenden Länder an der Aufbringung von Kreditmitteln in gleichem Maß wie die Industriestaaten beteiligen.

Nimmt man an, daß Schenkungen und Kredite zu weichen Bedingungen rund im selben Ausmaß zur Verfügung stehen, so würde das Gesamtprogramm 200 Mrd. Dollar umfassen, hievon 100 Mrd. Dollar aus Schenkungen und weitere 100 Mrd. Dollar aus Krediten, wobei letztere jeweils zur Hälfte von den Industriestaaten und von den Erdöl exportierenden Ländern bereitgestellt werden.

Bei einem Programm dieses Volumens und dieser Art sollte es gelingen, die Infrastrukturausstattung und die wirtschaftlichen Entwicklungschancen primär der besonders bedürftigen, aber auch anderer Entwicklungsländer entscheidend zu verbessern.

Dokumente – Cancun – Österreichische Vorschläge

Kredite sollen neben Schenkungen in dem Programm deshalb vorgesehen werden, denn sie bewirken:

- bessere Anpassung der Finanzierung an Erfordernisse der einzelnen Projekte und Länder,
- Gesamtvolumen dadurch erheblich erhöht bzw. verdoppelt,
- im Sinn einer projektbezogenen Kooperation Möglichkeit einer Beteiligung der Erdöl exportierenden Staaten,
- erhöhter Anreiz zu rationeller Disposition der Mittel,
- Brücke zu privater Anschlußfinanzierung, insbesondere im direkt produktiven Sektor.

3. der organisatorische Rahmen sollte möglichst klein gehalten werden. Das Gesamtprogramm sollte von einem Board, dem Projektauswahl und Entgegennahme der Projektberichte einschließlich Entlastung der projektdurchführenden Stellen und Organisationen obliegen, geleitet werden; der Board wird von einem Sekretariat unterstützt. Für jedes einzelne Projekt wäre ein Projekt-Board zu schaffen, der für die Durchführung des Projektes sorgt und dem jene Empfängerländer und Geberstaaten angehören, die sich an dem konkreten Projekt beteiligen. Empfänger und Geber sollen in der Regel über eine gleiche Stimmenzahl verfügen, innerhalb beider Gruppen sollte die Aufteilung gemäß ihrem Anteil am Projekt bzw. dessen Finanzierung erfolgen.

Die Überwachung und Überprüfung der einzelnen Projekte sollte in erster Linie durch Heranziehung bereits bestehender Organisationen (wie etwa UNDP-Resident Representatives, regionale Büros der Weltbank) sichergestellt werden; ist dies im Einzelfall nicht möglich, wären entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

4. Da Projektfinanzierung angestrebt wird, soll kein zentraler Fonds geschaffen werden. Vielmehr sollen die finanzierenden Länder und Stellen ihre Beiträge direkt für konkrete Projekte ihrer Wahl widmen. Hierbei ist allerdings für die Möglichkeit einer Übertragung von Mitteln von einem Projekt auf das andere ebenso Vorsorge zu treffen, wie für die Zusammenarbeit mit den bestehenden internationalen Finanzinstitutionen.

Auch lokale Kosten sollen teilweise in Hartwährung finanziert werden, um auf diese Weise die Devisenbilanz der teilnehmenden Entwicklungsländer positiv zu beeinflussen. Schenkungen und Finanzierungen mit langfristigen, niedrig verzinslichen Krediten sollten in den Empfängerländern auch zur Bildung von Counterpart-Funds Anlaß geben, aus denen vor allem lokale oder wiederkehrende Kosten im Inland finanziert werden können.

Eine enge Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Finanzierungsinstitutionen wird angestrebt, um aus deren Erfahrung Nutzen zu ziehen, die finanzielle Basis zu erweitern und die wirtschaftliche Effizienz im wohlbegründeten Interesse der Entwicklungsländer zu stärken.

5. Erhöhung des Handels zwischen allen beteiligten Ländern ist ein weiteres Ziel dieses groß angelegten Entwicklungsprogrammes.

Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich daher zu einer an den Grundsätzen der Öffnung der Märkte orientierten Handelspolitik; es sollte insbesondere für

Dokumente – Cancun – Österreichische Vorschläge

einen Abbau der Zollschränken gegenüber jenen Produkten der Entwicklungsländer eingetreten werden, die durch dieses Programm exportfähig werden.

Dies sollte auch zu einer steigenden Bereitschaft zu privaten Investitionen in Entwicklungsländern beitragen und ein positives Investitionsklima schaffen.

6. Drittlandskooperationen mit Ländern, deren Industrialisierungsprozeß bereits weiter fortgeschritten ist, können die Möglichkeiten bieten

- den Handel zwischen Entwicklungsländern schneller auszubauen,
- die Kosten der Projekte zu senken und
- überdies Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen in jenen Entwicklungsländern zu schaffen, welche Leistungen in anderen Ländern gegen Bezahlung aus den Projektmitteln erbringen.

Die Realisierung der Programme soll deshalb nicht nur durch Zusammenarbeit zwischen Industriestaaten des Nordens und den Empfängerländern erfolgen, sondern auch unter Einschaltung von stärker industrialisierten Entwicklungsländern.

III.

Wir schlagen vor, daß alle Länder, die an dem erläuternden Programm für sofort wirksame Maßnahmen interessiert sind, sowohl jene, die hier vertreten sind, ebenso wie andere interessierte Länder, Besprechungen über die Verwirklichung dieses Programmes aufnehmen. Auch internationale Financial and Executive Agencies sollen eingeladen werden, an den Vorbereitungsarbeiten für dieses Programm mitzuwirken. Ziel sollte die Vorbereitung des Textes für ein offenes multilaterales Abkommen sein, welches dann in Kraft tritt, wenn durch die Mitwirkung einer ausreichenden Zahl von Ländern jene Mittel aufgebracht werden können, die zur Realisierung beispielgebender Projekte erforderlich sind.

*Dokumente – Abrüstung – Arbeitspapier***Österreichisches Arbeitspapier betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Verlässlichkeit und Objektivität der Information im militärischen Bereich*)**

1. In der von verschärften Spannungen, verstärkten Rüstungsanstrengungen und stockenden Abrüstungsbemühungen gekennzeichneten Gegenwartssituation muß jedes Mittel eingesetzt werden, das zu einer Umkehr dieser gefährlichen Trends beitragen könnte. Unzureichende Information über militärische Angelegenheiten war in der Vergangenheit immer wieder die Ursache von Fehleinschätzungen und Mißverständnissen im Verhältnis zwischen Staaten. Diesem Arbeitspapier liegt die Überzeugung zugrunde, daß durch Maßnahmen in diesem Bereich das Mißtrauen und die Furcht in den Beziehungen zwischen den Staaten wesentlich verringert und damit der Rüstungswettlauf gebremst werden könnten. Solche Maßnahmen wären kein Ersatz für Abrüstungsabkommen. Sie könnten jedoch durch die Schaffung einer Vertrauensbasis die Erfolgsaussichten von Abrüstungsverhandlungen erheblich verbessern.

2. Nationale Sicherheit bedeutet im bestehenden internationalen System noch immer in erster Linie militärische Sicherheit. Obwohl durch die wachsende wirtschaftliche Interdependenz der Staaten immer mehr nicht-militärische Faktoren in den Vordergrund treten, bleibt das zentrale Anliegen doch auch heute noch die Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff. Die Art der Maßnahmen eines Staates zur Abschreckung und Abwehr eines solchen Angriffes und die Menge der Ressourcen, die diesem Zweck gewidmet werden, sind wesentlich von der Einschätzung der Absichten und der militärischen Machtmittel anderer Staaten bestimmt. Die Beurteilung der Absichten ergibt sich aus dem breiten Spektrum der gesamten zwischenstaatlichen Beziehungen, aus der historischen Erfahrung, dem gegenwärtigen Verhalten und den mutmaßlichen zukünftigen Interessen. Falls bereits ein Element von Mißtrauen gegenüber einem Staat besteht, wird sein militärisches Potential zu einem maßgeblichen Kriterium seiner Intentionen. Dessen Beurteilung wird durch die Geheimhaltung militärisch relevanter Daten beeinträchtigt.

3. Wegen des Mangels an verlässlichen Informationen kommen die Schätzungen der militärischen Stärke und der Absichten anderer Staaten selten zu eindeutigen Ergebnissen. Ihre elementare Bedeutung um die nationale Sicherheit führt dazu, daß im Zweifelsfall die militärische Stärke eines potentiellen Gegners eher zu hoch als zu niedrig angesetzt wird. Um die Gefahr negativer Überraschungen möglichst auszuschließen, werden Beschlüsse über Rüstungsprogramme häufig auf der Basis der Annahme „des schlechtest möglichen Falles“ getroffen. Ebenso wird jeder Maßnahme des Gegners die schlechtest mögliche Motivation unterstellt. Die negativen Auswirkungen dieses Syndroms von Informationsmangel, Unsicherheit, Mißtrauen und Überreaktion werden durch das spiegelgleiche Verhalten der anderen Seite noch potenziert. Die Annahme des „schlechtest möglichen Falles“ führt zu ihrer eigenen Erfüllung, da die auf ihr

*) 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Originalfassung Englisch (Dokument A/C.1/36/14, 24. 11. 1981).

Dokumente – Abrüstung – Arbeitspapier

beruhenden Rüstungsmaßnahmen in einem Aktions-Reaktions-Muster den Rüstungswettlauf eskalieren und die internationalen Spannungen verschärfen.

4. Das eben geschilderte Verhaltensmuster war ein beschleunigendes Element in allen Rüstungswettläufen der Geschichte. Heute sind die Gefahren unendlich höher. Der Mangel an verlässlichen und zutreffenden Beurteilungen der militärischen Stärke war ein entscheidender Faktor in der Anhäufung von 50.000 Kernwaffen mit einer akkumulierten Explosivkraft, die zur mehrfachen Vernichtung der gesamten Menschheit ausreicht. Er ist heute eine wesentliche Ursache des qualitativen Wettrüstens und ein Element der regionalen Rüstungswettläufe, die wegen der zunehmenden Verknüpfung der regionalen Krisen auch die globale Sicherheit bedrohen.

5. Unzureichende Information ist schließlich eines der größten Hindernisse für Bemühungen, das Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen. Militärisch wirklich signifikante Abkommen über die Begrenzung oder Reduktion von Waffen und Truppen setzen ein Einverständnis über die vorhandene Kräfteverteilung in den betreffenden Bereichen voraus, welches mangels verlässlicher Information äußerst schwer herzustellen ist. Die Vereinbarung einer von beiden Seiten akzeptierten Aufstellung der strategischen Nuklearwaffen der Supermächte ist eine der wesentlichsten Errungenschaften des SALT-Prozesses. Sie war in einem Bereich möglich, in dem „nationale Mittel“ (d. h. Satelliten) äußerst genaue und verlässliche Informationen ermitteln können. Auf Gebieten, für die dies nicht zutrifft, führen oft langwierige und schwierige Verhandlungen nicht zu greifbaren Resultaten. Die Wiener Verhandlungen über die Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa sind ein Paradebeispiel für diese Situation. In Bereichen, wo wenig Daten durch nationale Mittel in Erfahrung gebracht werden können, sind Regierungen in der Regel nicht zur Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen bereit.

6. Unsicherheit im Bereich der Information und einseitige Interpretationen des militärischen Gleichgewichts erweisen sich daher als schädlich für den Abrüstungsprozeß und sind mitverantwortlich für die gegenwärtige Krise der internationalen Sicherheit. Bemühungen zur Vergrößerung des Flusses an Information und um die Erhöhung ihrer Objektivität und Verlässlichkeit sind daher ein aussichtsreicher Ansatz zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage. Die letzten Jahrzehnte brachten bedeutende technologische Errungenschaften im Bereich der Sammlung und Vermittlung von Information und die Weiterentwicklung und verbreitete Anwendung statistischer Methoden. Das enorme Potential dieser Entwicklungen für die Verbesserung des Informationsflusses über militärische Aktivitäten und Machtmittel ist noch nicht hinreichend erforscht. Es bestehen jedoch in diesem Bereich eine Reihe vielversprechender Ansätze:

Die Ausarbeitung eines standardisierten Berichterstattungssystems für Militärausgaben stellte einen wichtigen Fortschritt dar. Seine weitere Verfeinerung und Anwendung unter breiterer Beteiligung von Staaten könnte das Wissen über die tatsächlichen für militärische Zwecke eingesetzten Ressourcen erheblich erweitern und damit eine wichtige Quelle von Fehleinschätzungen und Mißtrauen beseitigen.

Dokumente – Abrüstung – Arbeitspapier

Die Schaffung einer Internationalen Satellitenkontrollagentur wäre ebenfalls eine wertvolle Maßnahme, um objektive Information über militärische Angelegenheiten zu ermöglichen. Neben ihrer Funktion für die Verifikation der Einhaltung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen könnte die Agentur durch die Überwachung militärischer Aktivitäten in Spannungsgebieten zur Beilegung internationaler Krisen beitragen. Sie könnte ferner durch die Verbreitung verlässlicher Informationen über militärische Arsenale und Truppenstärken Aufgaben im Bereich der Vertrauensbildung übernehmen.

Andere bedeutende Vorschläge zur Verringerung der Mißverständnisse und Fehleinschätzungen der militärischen Kräfteverhältnisse finden sich in der Studie über Vertrauensbildende Maßnahmen.

7. Alle erwähnten und andere Initiativen und Vorschläge in diesem Bereich verdienen eingehende Erwägung. Wo immer möglich sollten die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Österreich tritt für den Beginn eines Prozesses ein, der auf die graduelle Erhöhung der Quantität und Qualität der Information über militärische Angelegenheiten ausgerichtet ist.

8. Neben Schritten zur Förderung größerer Offenheit im militärischen Bereich sollten darin auch Maßnahmen zur Einrichtung objektiver Mechanismen für die Beurteilung militärischer Situationen enthalten sein. Nach österreichischer Auffassung könnten in spezifischen Fällen objektive Beurteilungen der militärischen Situationen durch unabhängige Organe auf der Basis der Kooperation aller beteiligten Staaten zum Abbau der Spannungen, zur Schaffung von Vertrauen und zur Förderung des Friedens beitragen. Solche auf regionaler, interregionaler und globaler Ebene gleichermaßen anwendbare Mechanismen könnten ferner für die Herstellung einer objektiven Aufstellung der Arsenale spezifischer Waffen bzw. Truppenstärken eingesetzt werden, um Abrüstungsvereinbarungen vorzubereiten. Die institutionellen Vorkehrungen für derartige Mechanismen wären an den spezifischen Bedingungen und Erfordernissen des jeweiligen Anwendungsbereichs auszurichten. In diesem Zusammenhang kommt den Vereinten Nationen eine führende Rolle zu. Sicherheitsrat und Generalversammlung könnten Entscheidungen über die Entwicklung und Anwendung solcher Maßnahmen treffen. Die in den Vereinten Nationen mit „fact finding“-Methoden und Studiengruppen gesammelten Erfahrungen bieten wertvolle Hinweise für die Einrichtung solcher Mechanismen.

9. Österreich hofft, daß die bevorstehende 2. Sondergeneralversammlung für Abrüstung der Förderung der Offenheit und Objektivität im militärischen Bereich besondere Aufmerksamkeit schenken wird. Das grundlegende Ziel aller dieser Bemühungen ist im Paragraph 44 der Studie über Vertrauensbildende Maßnahmen besonders treffend formuliert:

„Rationalität und Stabilität in internationalen Beziehungen als wesentliche Charakteristika des Vertrauensbildungs-Prozesses werden wesentlich erhöht, wenn subjektive Faktoren, die häufig zu Fehleinschätzungen führen und jedenfalls starken Schwankungen unterworfen sind, langfristig durch objektive Elemente ersetzt werden; in anderen Worten: wenn Spekulation durch Wissen verdrängt wird.“

*Dokumente – Menschenrechte – Memorandum***Memorandum der österreichischen Delegation
über Menschenrechte*)**

Drei Jahrzehnte sind seit der Annahme der Europäischen Menschenrechtskonvention vergangen. Während dieses Zeitraumes haben soziale, wirtschaftliche und andere Entwicklungen die Ausweitung der Menschenrechte in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich für den Schutz des Einzelnen notwendig gemacht.

Die Erklärung über die Menschenrechte, die vom Ministerkomitee am 27. April 1978 anlässlich seiner 62. Tagung angenommen wurde, bedeutet einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Geiste des Art. 3 des Statuts des Europarates.

Durch die Annahme dieser Erklärung haben die Regierungen der Mitgliedstaaten die überragende Rolle bekräftigt, welche dem Europarat bei der vollen Verwirklichung und dem Schutz der Menschenrechte zukommt. Sie haben ferner die Notwendigkeit einer Erweiterung der Rechte des Einzelnen anerkannt, die von der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen relevanten europäischen Konventionen zu schützen sind. Insbesondere sind dies Rechte auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Es muß jedoch mit Bedauern festgestellt werden, daß die Realisierung dieser Erklärung nur bescheidene Fortschritte gebracht hat. Die mit der Durchführung der Erklärung betrauten Leitungskomitees konnten bis jetzt die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Wegen des langsamen Fortschrittes in diesen Komitees hat das Verfahren zur Realisierung der Erklärung an Elan verloren. Alle Organe, die in diesen Prozeß eingegliedert sind, müssen einen neuen politischen Anstoß erhalten. Das Leitungskomitee für Menschenrechte soll beauftragt werden, den entsprechenden Teil der Erklärung rasch durchzuführen, so daß ein Zusatzprotokoll zur Konvention, das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthält, ehestmöglich angenommen werden kann.

Alle diese Maßnahmen erscheinen umso notwendiger, weil die volle Durchführung der Erklärung von 1978 nicht zuletzt deshalb entscheidend ist, um zu verhindern, daß der Europarat nicht nur bei seinen Mitgliedstaaten, sondern auch bei der Weltgemeinschaft an Glaubwürdigkeit verliert.

Gleichzeitig soll mit Nachdruck dafür gesorgt werden, daß das 6. Zusatzprotokoll zur Konvention noch zu Beginn des Jahres 1982 zur Unterzeichnung aufliegt. Alle Maßnahmen müssen so ausgeführt werden, daß sie das einheitliche System der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht sprengen. Wenn das erreicht ist, sollen weitere Arbeiten auf dem Gebiete der bürgerlichen und politischen Rechte unternommen werden.

Weitere Maßnahmen müssen in Erwägung gezogen und unverzüglich durchgeführt werden, um die in der Konvention vorgesehenen Rechtsdurchsetzungsmechanismen zu verbessern, damit der Gerechtigkeit klar und wirksam zum

*) 68. Tagung des Ministerkomitees des Europarates. Originalfassung Englisch (Dokument CM[81]93, 27. 4. 1981).

Dokumente – Menschenrechte – Memorandum

Durchbruch verholten werden kann. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die Einmaligkeit des von der Konvention vorgesehenen Rechtsschutzsystems zu bewahren.

Mit Sorge muß festgestellt werden, daß der Erfahrungsaustausch in Menschenrechtsfragen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates nicht zu greifbareren Ergebnissen geführt hat. Verstärkte Bemühungen um eine gemeinsame Haltung zu globalen Problemen auf dem Gebiete der Menschenrechte könnten Beispielswirkung auf die Staatengemeinschaft haben und dazu beitragen, die Positionen in der gegenwärtig stattfindenden Diskussion über die Konzeption der Menschenrechte klarzustellen.

Mehr Nachdruck sollte auch auf die Erziehung auf dem Gebiete der Menschenrechte gelegt werden, insbesondere muß die Kunde von den Menschenrechten jungen Leuten zur Kenntnis gebracht werden; sie sollten auf die grundlegende Bedeutung dieser Rechte in einer demokratischen Gesellschaft ebenso aufmerksam gemacht werden, wie auf die aus diesen Rechten fließenden Verpflichtungen; sie sollten im Geiste der Toleranz und im Geiste des Respektes für die Rechte anderer erzogen werden.

Wenn die Mitgliedstaaten des Europarates an die Berufung der Organisation glauben, nicht nur die bestehenden Menschenrechte und Grundfreiheiten zu erhalten, sondern sie weiter zu verwirklichen, so haben sie den Rat mit jenem Instrumentarium auszustatten, das für die Erfüllung dieser Berufung notwendig ist. Die vorrangige Bedeutung, welche den Menschenrechten beigemessen wird, hat ihren Niederschlag im Arbeitsprogramm und im Budget dieser Organisation zu finden, damit sie alle jene Aufgaben erfüllen kann, die ihr übertragen sind.

Maßnahmen zu einer Verbesserung der Dokumentation auf dem Gebiete der Menschenrechte sind dringend erforderlich. Der Vorschlag des Generalsekretärs, ein Dokumentationszentrum im Direktorat für Menschenrechte einzurichten, muß daher begrüßt und im Rahmen des Organisationsschemas für 1982 realisiert werden.

Die genannten Maßnahmen sollten so bald wie möglich ergriffen werden, damit der Europarat seiner Rolle auf dem Gebiet der Menschenrechte gerecht wird.

*Dokumente – Polen – Erklärung***Erklärung des österreichischen Vertreters beim
2. KSZE-Folgetreffen in Madrid, am 18. 12. 1981*)**

Wenn wir uns heute für einige Wochen zu einer Denkpause vertagen, welche wohl für den Ausgang des Madrider Folgetreffens der KSZE von entscheidender Bedeutung sein wird, so können wir gleichzeitig nicht umhin festzustellen, daß die Situation in Polen uns mit wachsender Besorgnis erfüllt. Meine Regierung hat mich beauftragt, diese ernste Besorgnis, welche besonders durch die jüngsten Meldungen über eine Reihe von Todesopfern und zahlreiche Verletzte in Polen verstärkt wurde, hier vor dem Madrider Folgetreffen zum Ausdruck zu bringen. Die österreichische Delegation verleiht der dringenden Erwartung Ausdruck, daß es in Polen ehestens zur Herstellung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Sinne der Schlußakte von Helsinki und der VN-Menschenrechtspakte kommt und daß insbesondere alle widerrechtlich ihrer Freiheit beraubten Personen raschest enthaftet werden.

Trotz der außerordentlich ernsten Situation ist die österreichische Bundesregierung überzeugt, daß das polnische Volk in der Lage ist, seine Probleme selbst mit eigenen Kräften und ohne jegliche Intervention von außen zu lösen.

Angesichts der großen Not des polnischen Volkes sind nach österreichischer Ansicht verstärkte Anstrengungen der Staatengemeinschaft erforderlich, um diese Not zu lindern. Bei gleicher Gelegenheit appelliert die österreichische Bundesregierung auch in diesem Forum an alle in Betracht kommenden Staaten, Österreich bei der Bewältigung des Problems der polnischen Flüchtlinge in unserem Land verstärkt behilflich zu sein.

*) Folgt dem Inhalt der Erklärung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 17. 12. 1981.

*Dokumente – UNO-Generalsekretär – Erklärung***Erklärung des Ständigen Vertreters Österreichs
bei den Vereinten Nationen anlässlich der Wahl
des neuen Generalsekretärs der Vereinten Nationen
am 15. Dezember 1981*)**

Im Namen der österreichischen Delegation möchte ich Herrn Javier Perez de Cuellar zu seiner Wahl als Generalsekretär der Vereinten Nationen sehr herzlich gratulieren. Wir begrüßen ihn als einen hervorragenden Vertreter seines Heimatlandes Peru und ganz Lateinamerikas wie auch als Staatsmann, dessen große Kenntnisse und Erfahrungen in internationalen Angelegenheiten ihn für dieses so wichtige Amt besonders qualifiziert erscheinen lassen. Seine beeindruckende Karriere als Diplomat, seine großen Leistungen als internationaler Beamter und seine außergewöhnlichen menschlichen Qualitäten werden ihm helfen, dieses schwierige und fordernde Amt auszufüllen. Wir kennen und schätzen seine intellektuelle Integrität, seine Entschlossenheit und Objektivität und seinen Einsatz für die Prinzipien und Ziele der Vereinten Nationen. Bei seinen früheren und oft sehr schwierigen Aufgaben hat er besondere Fähigkeiten an den Tag gelegt, einen Sinn für Realismus gepaart mit einem Talent zum Kompromiß. Für seine neue schwere Aufgabe wünschen wir ihm viel Erfolg und persönliche Erfüllung. Wir versichern ihm unserer ganzen Unterstützung in seinen Bemühungen um Frieden und Zusammenarbeit aller Völker.

Als Vertreter des Heimatlandes des scheidenden Generalsekretärs ist es uns eine Pflicht und ein besonderer Wunsch, Herrn Generalsekretär Kurt Waldheim unseren tief empfundenen Dank für seine aufopfernde 10jährige Tätigkeit im Dienste unserer Organisation auszusprechen. Sein Beispiel und die hohe Auffassung von diesem Amt haben neue Maßstäbe für die Leitung der Vereinten Nationen gesetzt.

Meine geschätzten Vorredner aus allen regionalen Gruppen haben mit großer Eloquenz die Leistungen der Vereinten Nationen während der letzten 10 Jahre dargestellt. Sie haben uns wieder einmal die großen Gefahren und schwierigen Probleme, welchen sich die Vereinten Nationen in dieser Periode gegenübersehen haben, in Erinnerung gerufen. Sie haben verdeutlicht, daß unter der Führung Kurt Waldheims diese oft außergewöhnlich schwierigen Situationen im gemeinsamen Streben nach Frieden und Gerechtigkeit gemeistert werden konnten. Sein unermüdliches Streben, die Vereinten Nationen zu einem wirksamen Instrument zur Durchführung aller in der Charta niedergeschriebenen Aufgaben zu machen, ist allgemein anerkannt, seine Bemühungen zur Bildung von Vertrauen werden von allen Mitgliedstaaten in hohem Maße geschätzt.

Wenn ich mir hier die Freiheit nehme, so lange über die Verdienste Generalsekretär Waldheims zu sprechen, so berufe ich mich dabei auf seine Rede, welche er vor 10 Jahren anlässlich seiner Bestellung zu diesem wichtigen und schwieri-

*) Originalfassung Englisch (Dokument A/36/PV.105).

Dokumente – UNO-Generalsekretär – Erklärung

gen Amt hier gehalten hat. Damals sagte er, daß seine Wahl nicht nur ein Zeichen des Vertrauens aller Mitgliedstaaten in seine Person sei, sondern auch ein Ausdruck der Ehrung und der Anerkennung seines Heimatlandes Österreich.

Es ist mir eine angenehme Aufgabe, im Namen meines Landes und meiner Regierung dem scheidenden Generalsekretär unseren tief empfundenen Dank für seine Arbeit in den letzten 10 Jahren auszusprechen, welche das große österreichische Engagement gegenüber der Weltorganisation widerspiegelt. Wir sind stolz auf seine Leistungen und danken ihm für seine Tätigkeit.

*Grundsatzserklärungen – Bundespräsident – Neujahrsansprache***Neujahrsansprache des Bundespräsidenten
Dr. Rudolf Kirchschläger an das Diplomatische
Corps am 13. Jänner 1981**

Ich danke Ihnen aufrichtig für die guten Wünsche, die Sie für das begonnene Jahr an das österreichische Volk und an mich und meine Familie gerichtet haben.

Mit Recht haben Sie sich, hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, in Ihren sehr grundsätzlichen Worten auf die sehr wertvolle Friedensbotschaft Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zum 1. Jänner 1981 berufen. Denn in der Tat, die Freiheit ist, so wie die Gerechtigkeit, eine der Voraussetzungen für die Bewahrung des Friedens zwischen den Menschen, zwischen menschlichen Gemeinschaften und zwischen den Staaten.

Die Republik Österreich und ihre Bürger haben im vergangenen Jahr vieler geschichtlicher Ereignisse gedacht. Die Erinnerung an den 60jährigen Bestand unserer demokratischen Verfassung, an den 35. Jahrestag des Wiedererstehens unserer Republik und an die vor 25 Jahren erfolgte Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages und die Begründung der immerwährenden Neutralität Österreichs standen dabei im Vordergrund. Wir haben diese Gedenktage nicht allein aus Freude am Feiern von Jubiläen festlich begangen, sondern sie auch zu einer ernsten Rückbesinnung und zu einer Bestandaufnahme für die Gegenwart benutzt. Gerade diese Gedenktage haben uns damit auch die Bedeutung des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit sowie die Werte der Demokratie verstärkt zum Bewußtsein gebracht.

Ohne Selbstgefälligkeit, die uns wenig anstünde, darf doch festgestellt werden, daß Österreich seine wiedergewonnene Freiheit und Unabhängigkeit in den vergangenen Jahren benützt hat, um auf der Grundlage seiner immerwährenden Neutralität, seines Bekenntnisses zur Charta der Vereinten Nationen und seiner Zugehörigkeit zur westlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung als ein Land der Mitte und der Begegnung einen bestmöglichen Beitrag zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit und zur Schaffung einer dauernden auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden internationalen Friedensordnung zu leisten.

Daß der Beitrag manchmal nur klein sein konnte und auch nicht immer und überall zu einem Erfolg geführt hat, darf und wird uns nie Anlaß sein, die Bemühungen einzustellen, sondern nur Ansporn, diese Bemühungen zu verbessern und zu intensivieren.

Die Welt von heute bietet kein gutes Bild, sie ist voll von Spannungen. Kriegerische Auseinandersetzungen werden für selbstverständlich genommen und der Umfang der Rüstung nimmt auf globaler und regionaler Ebene im gleichen Maße zu wie das gegenseitige Mißtrauen. So wie das Verhältnis zwischen den Staaten und Staatengruppen, ebenso ist auch das Verhältnis zwischen den Staaten und ihren eigenen Staatsbürgern und zwischen den Menschen untereinander: Trotz feierlicher internationaler Erklärungen und Vertragswerke werden menschliche Grundfreiheiten und fundamentale politische und religiöse Rechte in vielen Teilen der Welt mißachtet, verletzt oder in Frage gestellt.

Grundsatzserklärungen

Österreich hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organen stets tatkräftig für eine Einhaltung des Völkerrechts ebenso wie für eine Gewährung der Grundfreiheiten und Grundrechte eingesetzt und hat dies auch in dem Bewußtsein getan, daß es nicht nützt, mit erhobenem Zeigefinger auf andere Länder zu deuten, sondern daß auch die eigene Rechtsordnung und die eigene Praxis immer wieder aufs neue darnach überprüft werden muß, ob den Menschen tatsächlich alle jene Rechte und Freiheiten zukommen, die nicht nur den Gesetzen entsprechen, sondern auch der Würde des Menschen angemessen sind.

Angesichts der Armut von hunderten Millionen Menschen wird uns zusätzlich schmerzlich bewußt, daß ein menschenwürdiges Dasein auch die Freiheit von Hunger und Not voraussetzt. Trotz jahrzehntelanger Bemühung auf multilateraler und bilateraler Ebene ist es der Staatengemeinschaft bis heute nicht gelungen, einen entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen das Elend in der Welt zu erzielen oder wenigstens den Abstand zwischen armen und reichen Nationen zu einem Teil zu verringern.

Viele von uns sind aber auch Zeugen der Tatsache, daß auch wirtschaftlicher Wohlstand Gefährdungen der menschlichen Freiheit und damit auch des Friedens mit sich bringen kann, wenn nicht zu rechter Zeit wirtschaftlichen Konsumzwängen, der Mißachtung sittlicher Werte oder dem Desinteresse und der Abstinenz des Staatsbürgers gegenüber dem politischen Geschehen im eigenen Staat und in der Welt gewehrt wird.

Im europäischen Bereich haben die im Jahre 1975 unterzeichneten Schlußakte von Helsinki einen von großen Hoffnungen begleiteten Weg vorgezeichnet. Durch Verstärkung der staatlichen Zusammenarbeit wie auch der zwischenmenschlichen Beziehungen, durch Respektierung der Menschenrechte sowie durch vertrauensbildende Maßnahmen auf dem militärischen Sektor sollte Friede und Sicherheit auf diesem Kontinent dauerhaft gewährleistet werden. Leider wurde der in Helsinki begonnene Weg in den letzten Jahren nicht so fortgesetzt, wie wir uns dies erwartet hatten. Die bekannten Ereignisse und Entwicklungen der letzten Zeit haben ihre Schatten auch auf das Madrider KSZE-Treffen geworfen. Und dennoch: Trotz der bisher äußerst schwierigen Verhandlungen könnte dieses Treffen zur Einberufung einer Konferenz über Fragen der militärischen Vertrauensbildung und Abrüstung sowie auch zu anderen wichtigen Beschlüssen zur Sicherstellung und Verbesserung des Entspannungsprozesses führen. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, hängt letztlich von der Einsicht und vom politischen Willen aller beteiligten Staaten und Staatsmänner ab.

Den politischen Willen zum Frieden werden wir aber auch zur Lösung aller anderen Probleme brauchen, die sich heute so zahlreich vor uns auftürmen und von denen ich nur einige wenige erwähnt habe. Wir werden, um eine friedliche Welt zu schaffen, auch nicht um den Respekt vor dem Recht und den Versuch einer Verwirklichung der Gerechtigkeit herumkommen. Und wir alle, die wir irgendwo in der Welt politische, militärische, wirtschaftliche, aber auch kulturelle Verantwortung tragen, werden uns fortschreitend bewußt werden müssen, daß nicht Machtausbreitung das Ziel politischen Wirkens sein darf, sondern die Sorge um die Menschen.

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten

Ich will Ihnen, Exzellenzen, sehr verehrte Damen und Herren Missionschefs, am Beginn dieses Jahres mit Überzeugung versichern, daß sich Österreich bemühen wird, seinen bescheidenen, aber ehrlichen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt zu leisten.

Im Geiste internationaler Solidarität und in aufrichtiger freundschaftlicher Gesinnung wünsche ich Ihnen, hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, Ihnen, Exzellenzen, und allen Mitgliedern des Diplomatischen Corps, ein wahrhaft gutes glückliches Jahr 1981 und bitte Sie, diese von Herzen kommenden Wünsche auch den Staatsoberhäuptern und Souveränen zu unterbreiten, die Sie, meine verehrten Damen und Herren Missionschefs, in der Republik Österreich vertreten.

Möge das Jahr 1981 ein Jahr des Friedens für alle Völker werden!

*Grundsatzserklärungen – Bundeskanzler – OPEC-Seminar***Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky
anlässlich der Eröffnung des OPEC-Seminars 1981
am 24. November**

Wenn Sie den österreichischen Bundeskanzler einladen, das OPEC-Seminar über „Energie und Entwicklung: Optionen für Globale Strategien“ durch einige Worte einzuleiten, dann müssen Sie in Kauf nehmen, daß meine Ausführungen wenigstens zu einem kleinen Teil ein bißchen austrozentrisch sind.

Auch in Österreich hat Öl und zwar das österreichische Öl, eine sehr entscheidende politische Rolle gespielt. In dem Staatsvertragsentwurf, der während vieler Jahre von den Alliierten, die Österreich in den ersten 10 Jahren nach dem Krieg besetzt hielten, ausgearbeitet wurde, gab es bezüglich des österreichischen Öls, das damals (1955) in einer Menge von mehr als 3 Millionen Tonnen gefördert wurde, Bestimmungen, die, wenn sie nicht abgeändert worden wären, zum Teil noch heute Gültigkeit hätten; denn so hieß es damals:

„Die Sowjetunion erhält für eine Geltungsdauer von dreißig Jahren Konzessionen auf Ölfelder, die 60% der Ölförderung in Österreich im Jahre 1947 entsprechen, sowie Eigentumsrechte an allen Gebäuden, Konstruktionen, Ausrüstung und anderen Vermögensschaften . . . auf 60% aller im östlichen Österreich gelegenen Schurfgebiete, wobei sie das Recht hat, in den in diesem Paragraph erwähnten Schurfgebieten acht Jahre hindurch Schurfarbeiten durchzuführen und anschließend durch einen Zeitraum von 25 Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Öl zu gewinnen.“

Diese Bestimmungen konnten durch die Verhandlungen der österreichischen Staatsvertragsdelegation, der anzugehören ich die Ehre hatte, dahingehend geändert werden, daß hierfür eine Lösung in folgender Weise gefunden wurde:

„Die sowjetische Delegation nimmt den Vorschlag der österreichischen Delegation an, wonach die österreichische Regierung für die an Österreich übergebenen und von der UdSSR innegehabten Ölfelder und Ölraffinerien eine Bezahlung durch Lieferungen von Rohöl im Ausmaß von 1 Million Tonnen jährlich innerhalb von 10 Jahren, also von insgesamt 10 Millionen Tonnen an die Sowjetunion leisten wird.“

Die Menge von 10 Millionen Tonnen Erdöl, die von Österreich an die Sowjetunion zu liefern war, wurde nachträglich sogar noch auf 6 Millionen Tonnen herabgesetzt.

Ich bin mir dessen bewußt, daß es sich hier um Mini-Quantitäten für das, was Sie gewöhnt sind, handelt, aber ich erzähle diese Episode deshalb, um Ihnen zu zeigen, wie sehr ich mir der Bedeutung des Öls immer bewußt war, denn ich war es, der damals Klarheit bezüglich der österreichischen Ölquellen verlangt hat.

Diese Problematik hat auch dazu geführt, daß ich mich sehr gründlich mit dem Erdölproblem beschäftigt habe und dabei feststellen konnte, daß eine der damals aktuellsten und interessantesten Studie von der ECE in Genf, die damals unter der Führung von Professor Myrdal stand, ausgearbeitet wurde – eine Studie, die allerdings nicht nach allen Seiten hin volle Zustimmung fand.

Grundsatzserklärungen – Bundeskanzler – OPEC-Seminar

Als in den sechziger Jahren die Frage der Verlegung des OPEC-Sekretariats aus Genf nach Wien diskutiert wurde, habe ich damals als Außenminister, wissend und ahnend um die Bedeutung des Öls für die Weltwirtschaft, eine sehr positive Haltung in der Frage einer Übersiedlung nach Wien in der österreichischen Bundesregierung herbeigeführt, und ich war daher sehr froh, als am 24. Juli 1965, also vor 16 Jahren, zwischen mir und dem damaligen Generalsekretär Loutfi das Amtssitzabkommen unterzeichnet werden konnte, wobei dann einige Monate später die Ratifizierung erfolgte. Dieses Amtssitzabkommen wurde im Jahre 1974 unter dem damaligen Außenminister Dr. Kirchschläger wesentlich verbessert.

Ich möchte diese Gelegenheit benützen um meiner Freude Ausdruck zu geben, daß die OPEC, die zu den wichtigsten Organisationen gehört, die die Welt heute besitzt, ihren Sitz in Wien hat.

Sie haben sich zusammengefunden, um einige sehr wichtige Aspekte der Energiesituation der Welt zu behandeln. Ich möchte nicht den Ehrgeiz entwickeln, mir einzubilden, hier einen wesentlichen Beitrag leisten zu können, aber ein paar allgemeine Reflektionen zur Weltlage überhaupt möchte ich gerne anstellen.

Es ist sicher keine Frage, daß die Erdölfrage seit ungefähr 7 Jahren eine außerordentlich entscheidende Rolle in der Weltpolitik zu spielen begonnen hat, wobei keineswegs nur die Preisfrage, wie es oft den Anschein hat, hier von entscheidendster Bedeutung ist. Es ist eine Tatsache, die unbestritten ist, daß die Energiewirtschaft der europäischen Industriestaaten westlicher Prägung auf Gedeih und Verderb vom Funktionieren der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten des Mittleren Ostens verbunden ist. Von den 600 Millionen Tonnen Öl, die die europäischen Industriestaaten verbrauchen, kommen 400 Millionen Tonnen aus den Mitgliedstaaten der OPEC. Es war daher für mich von allem Anfang an – abgesehen von meiner grundsätzlichen Einstellung zu den Problemen des Mittleren Ostens – überhaupt nur eine Frage der Zeit, bis sich auch die europäischen Regierungen der politischen Implikation im vollen Ausmaß bewußt werden.

Wenn es dennoch einige Mühe gekostet hat, diesen Prozeß herbeizuführen, so liegt es in dem historischen Umstand begründet, daß sich die europäischen Demokratien und die Staatsmänner der europäischen Länder ganz gleich, ob sie in Regierungsstellung oder zeitweilig in Opposition waren, in irgendeiner Weise verantwortlich gefühlt haben, für die Verbrechen, die gegenüber den Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft in Europa begangen wurden. Es war vor allem dieses Gefühl der Verantwortung, das sie gehindert hat, die wirtschaftliche Realität früh genug zu erkennen. Hier bahnt sich im Augenblick eine nicht unwesentliche Veränderung an, die letztlich auch auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika ihre Wirkung haben wird.

Ich glaube somit, daß hier ein interessanter und bemerkenswerter Prozeß des Umdenkens längst eingesetzt hat und relativ rasch entsprechende politische Folgen zeitigen wird. Der Umstand dieser starken wirtschaftlichen Interdependenz zwischen den europäischen Industriestaaten und den Mitgliedsstaaten der OPEC – und hier handelt es sich vor allem um Staaten der islamischen Welt – muß zwangsläufig zu einem höheren Maß an gesamtwirtschaftlicher Kooperation füh-

Grundsatzserklärungen – Bundeskanzler – OPEC-Seminar

ren. Das ist bereits in einem hohen Maße der Fall und wird noch ausgeprägter in den nächsten Jahren dann der Fall sein, wenn in diesen Regionen der Krieg oder kriegsähnliche Entwicklungen verhindert werden können. Es ist also ein Gebot der Vernunft, daß immer wieder nach friedlichen Lösungen oder zumindest nach Lösungen gesucht wird, die eine gewisse Ruhigstellung in diesem Teil der Welt herbeizuführen geeignet sind.

Es ist keine Frage, und das möchte ich offen aussprechen, daß die beiden Supermächte, obwohl sie in dieser Region geographisch nicht verankert sind, immer wieder ihr entscheidendes Interesse auf die eine oder andere Art an dieser Region bekunden. So wie die Welt heute aussieht, neigen die Supermächte zu einer Politik der Konfrontation, jedenfalls einer partiellen, aber die Geschichte lehrt uns auch, daß da und dort diese Konfrontation durch eine Politik der Teilung, jedenfalls temporär, überwunden werden kann. Beispiele hiefür sehen Sie in Europa, das in einen westlichen und östlichen Teil aufgespalten wurde, wobei nur einige wenige paktfreie Staaten übriggeblieben sind, hoch oben im Norden die finnische und schwedische Kalotte, in der Mitte Europas eine Region der Neutralität von der Pannonischen Tiefebene bis zum französischen Jura und auf der anderen Seite das paktfreie Jugoslawien. Sonst aber ist Europa in zwei Paktssysteme zerfallen und, wie immer Sie die Konferenz von Helsinki sehen wollen, sie hat den Status quo, wie er nach dem Krieg entstanden ist, weithin sichtbar konfirmiert. Das ist der realpolitische Sinn der Helsinki-Konferenz, und als solche war sie natürlich der Höhepunkt der in Europa stattgefundenen Entspannungspolitik.

Aber am Anfang stand die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands muß korrekterweise hinzugefügt werden. Ähnliche Lösungen sollten ja auch anderwärts gefunden werden. Denken Sie an Korea. Daß Vietnam nicht geteilt wurde, hängt mit dem unbändigen Kampfwillen des vietnamesischen Volkes zusammen, das diese Lösung nicht akzeptieren wollte und das dabei natürlich mächtige Verbündete gefunden hat.

Es ist meine Überzeugung, daß überall dort, wo eine Konfrontation der Supermächte besteht, auch potentiell ähnliche Lösungen nicht ganz ausgeschlossen werden können, auch dann wenn es die jeweiligen Machthaber nicht offen zugeben. Um derartigen Entwicklungen entgegenzuwirken, gibt es meiner Meinung nach nur eine Antwort, nämlich, daß eine Lösung und Ruhigstellung aus der Region heraus gefunden werden muß, wobei man klugerweise und unter Berücksichtigung der realpolitischen Situation die Supermächte nicht ganz ausschließen können. Ich werde mich natürlich hüten, heute hier irgendeinen Plan zu unterstützen, weiß ich doch, wie umstritten Pläne immer wieder sind. Aber das prinzipiell Richtige muß ich zum Ausdruck bringen, und das besteht darin, daß jedem Plan, der die Ruhigstellung oder gar die Herbeiführung friedlicher Verhältnisse in der Region zum Gegenstand hat, natürlich besondere Bedeutung zukommt.

Lassen Sie mich noch ein Wort in dem Zusammenhang zur Energiefrage sagen, die gleichfalls einen politischen Aspekt hat. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Energiewirtschaft Europas im hohen Maße auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen beeinflusst werden kann.

Grundsatzserklärungen – Bundeskanzler – OPEC-Seminar

Sie wissen alle, daß der europäische Osten relativ reich an Energierohstoffen ist. Die Kohlenvorräte Polens sind bekanntlich sehr groß und die Energieressourcen der Sowjetunion gewaltig. Bei der Sowjetunion handelt es sich allerdings auch im hohen Maße à la longue um eine Kostenfrage, die nicht unterschätzt werden darf und bei Polen um eine politische Frage.

Die Energieressourcen der westlichen Industriestaaten sind unwesentlich große Ressourcen. Es gibt nur in Norwegen und in Großbritannien größere Vorkommen, wobei Frankreich durch die starke Entwicklung der Atomkraft eine besondere Stellung hat. Was wäre also naheliegender als eine weitgefächerte Zusammenarbeit in diesem Bereich zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen anzustreben, wobei ja der europäische Osten für seine Lieferungen an Energierohstoffen volle Kompensation auf die verschiedenste Art erhält. Um hier aber zu einer maximalen Zusammenarbeit zu gelangen, hängt vor allem davon ab, ob die Entspannungspolitik in Europa weitere Fortschritte macht. Nur dann wird es jene Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Interdependenz geben, sonst aber wird die Scheu vor der Abhängigkeit, der energiepolitischen Abhängigkeit, Derartiges, wie wir sehen, verhindern. Dazu kommt noch das spezifische Problem Polens, zu dem ich nur eines sagen möchte:

Es muß das Interesse der europäischen Industriestaaten sein, Polen bei der Bewältigung seiner wirtschaftlichen Probleme zu helfen, wobei allerdings mit großer Behutsamkeit vorgegangen werden muß, um jeden Eindruck einer Intervention in die inneren Verhältnisse, um jeden Verdacht zu vermeiden. Sosehr die westlichen Industriestaaten diese Haltung beobachten müssen, so eindeutig muß aber auch gesagt werden, daß jeder Versuch von außen her, die Entwicklung in Polen mit Gewalt zu beeinflussen, unweigerlich das Ende der Entspannungspolitik in Europa zur Folge haben müßte und das auf lange Zeit. Ich glaube, daß wenn Derartiges einträte, ein Rüstungswettlauf in Gang gesetzt würde, dessen Folgen schwer abzusehen sind.

Und so möchte ich gerne zum Abschluß meiner einleitenden Betrachtungen auch in ein paar Sätzen mich mit einem Phänomen beschäftigen, das im Augenblick beträchtliche Aufmerksamkeit findet und auf manchen Seiten sogar eine gewisse Unruhe und Unsicherheit ausgelöst hat. Es handelt sich dabei um den rasch aufkeimenden Pazifismus, der keineswegs nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist, sondern eigentlich in allen demokratischen Staaten einen gewissen Nährboden hat. Vor allem erlauben Sie mir zu sagen, daß die Sehnsucht nach dem Frieden und nach einer friedensbewahrenden Politik nichts ist, was an sich geeignet sein müßte, Unruhe auszulösen. Das Fatale dabei ist nur, daß hier zwei Dinge verwechselt werden, daß nämlich die Sehnsucht nach dem Frieden und die Demonstration dieser Sehnsucht noch lange nicht den Frieden gewährleistet oder den Krieg verhindert. Leute meiner Generation haben das alles schon erlebt. Wir haben gesehen, wie 1938 nach der Begegnung Chamberlains und Daladiers mit Hitler und Mussolini eine Friedenswelle über Europa gegangen ist, die jeden von uns, der vor Illusionen gewarnt hat – dazu habe ich auch schon damals gehört – als Kriegshetzer erscheinen ließ. Damals hat man mir in einem Kongreß zugerufen – bei dem ich als österreichischer Emigrant gesprochen habe – „Wir sind nicht dazu da, um in den Schützengräben Eure Freiheit wieder zu erobern.“ Es ist längst nicht mehr um unsere Freiheit, sondern um die Freiheit der Europäer, der Freiheit der Holländer, der Bel-

Grundsatzserklärungen – Bundeskanzler – OPEC-Seminar

gier, der Franzosen, der Engländer, der Dänen und der Norweger gegangen. Drei Wochen später nach dieser denkwürdigen Diskussion ist der Krieg ausgebrochen.

So bitter die Erkenntnis auch sein mag, so bleibt in dieser Zeit keine andere Friedenspolitik als die eines Gleichgewichtes realistisch. Und so können wir in diesem Augenblick nur hoffen, daß durch Verhandlungen der Supermächte dieser Gleichgewichtszustand mehr oder weniger irgendwo wieder sich einpendelt; und es wird sich irgendwie das Wort aus Matthäus 26 Vers 52 bewahrheiten: „Stecke Dein Schwert in die Scheide, denn alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen.“

Sie werden in den nächsten Tagen einige der wichtigsten Fragen der Weltwirtschaft diskutieren. Die OPEC trägt eine große Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft. Wir stehen ja gegenwärtig mitten in einer Krisenentwicklung der Weltwirtschaft und ich bin der Letzte, der behaupten würde, wie das so häufig geschieht, daß ausschließlich die Energiepolitik schuldtragend sei. Hier gibt es längst andere Krisenursachen, wenn es auch hier nicht am Platze ist, darüber zu sprechen.

Und so möchte ich doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihr Seminar mit-
hilft, Wege zu finden, die uns nach Überwindung der Krise den Schritt in eine neue Weltwirtschaftsordnung allmählich erlauben. Diesem Ziel sollte ja auch die Zusammenkunft in Cancun dienen, an der ich leider durch Krankheit verhindert war, teilzunehmen. Wie immer man die Ergebnisse auch beurteilen mag, ich bin hier keineswegs pessimistisch. Sicher war die Befürchtung Präsident Reagans, von einer „hostile atmosphere“ umgeben zu sein, nicht begründet. Ganz im Gegenteil, man hat mir berichtet, daß die Atmosphäre ausgesprochen freundlich war. Ich glaube, daß auch Ihr Seminar in einer ähnlich freundlichen Atmosphäre vor sich gehen wird. Was wir in Österreich dazu beitragen können, wollen wir jedenfalls tun. Seien Sie in diesem Sinne herzlich willkommen.

*Grundsatzserklärungen – Außenminister – Europarat***Erklärung des Bundesministers für Auswärtige
Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr vor der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
am 13. Mai 1981**

In diesen Tagen sind es 25 Jahre, daß Österreich dem Europarat, einer Organisation, mit der ich mich auch persönlich ganz besonders verbunden fühle, angehört. Das ist ein Anlaß zurückzublicken, aber insbesondere auch ein Anlaß, in die Zukunft zu schauen, in die Zukunft Europas und seiner Stellung in der Welt.

Als Österreich am 16. April 1956 dieser Organisation mit einem feierlichen Bekenntnis zu Europa beitrug, war sie noch von dem Geist erfüllt, den Winston Churchill in seiner berühmten Rede vor der Zürcher Universität am 19. April 1946 heraufbeschworen hat, als er erstmals von einem Europarat sprach.

Dieser Geist, diese Begeisterung für die uns allen gemeinsamen Ideale, für Europa und seine geistigen und sittlichen Werte, verbunden mit jenem Optimismus, der uns in dieser Zeit noch zu eigen war, hat den Europarat befähigt, unglaubliche Leistungen zu erbringen, Leistungen, die auf vielen Gebieten geradezu Pioniertaten waren. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist die Europäische Menschenrechtskonvention, die nicht nur ein entscheidender Schritt zur Internationalisierung der Menschenrechte war, ein Prinzip, das heute allgemein anerkannt ist, sondern auch wichtiger Beitrag zur Mediatisierung des Völkerrechts. Vieles was der Europarat in jener Zeit hervorgebracht hat, ist heute so selbstverständlich, daß niemand mehr weiß, daß es ihm zu verdanken ist. Wer denkt heute noch daran, daß die Abschaffung des Paßzwanges im Reiseverkehr zwischen den Mitgliedstaaten ein Werk des Europarates ist.

Das war nur möglich, weil man das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt hat und bereit war, sich der großen Idee eines Vereinten Europas unterzuordnen. Heute fehlt diese Bereitschaft und hat jene Begeisterung nachgelassen, die damals große Taten ermöglicht hat. Heute wäre es nicht mehr möglich, ein Werk wie die Europäische Menschenrechtskonvention in recht kurzer Zeit zustandezubringen. Heute würde manches Werk der Rechtsvereinheitlichung am Perfektionismus der Technokraten scheitern. Ich glaube, wir sollten uns dieser Schwäche bewußt werden, denn nur dann, wenn wir uns dieser Schwäche bewußt sind, können wir dagegen ankämpfen und wieder jenen Idealismus und Optimismus zurückgewinnen, der unsere Organisation gerade in ihren Kindheits- und Jugendjahren beherrscht hat.

Natürlich war damals die Zeit eine andere. Wir standen alle noch unter dem Eindruck der furchtbaren Erschütterung des Weltkrieges und hatten nur ein Ziel, eine glücklichere und friedlichere Zukunft zu bauen. Heute nach 35 Jahren Frieden in Europa und einem Leben in Wohlstand und Sicherheit sind unsere Herzen verhärtet. Europa, das große Europa Coudenhove-Kalergis, war viel radikaler durch einen Eisernen Vorhang getrennt als dies heute nach Jahren der Entspannung der Fall ist. Es war daher nur natürlich, daß die pluralistisch-demokratischen Staaten des Westens enger zusammengedrückt sind und die Gemeinsamkeiten viel stärker betont haben als heute.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Europarat

Jetzt, in einer Zeit, in der die Grenzen der Entspannung erreicht werden, erscheint es angezeigt, sich dieser Gemeinsamkeiten wieder bewußt zu werden, um jener Verantwortlichkeit gerecht zu werden, die Europa für sich und seine Völker und darüber hinaus für die ganze Welt hat. Ich denke dabei an Karl Czernetz, jenen großen Europäer und Österreicher, der nicht nur einmal gesagt hat, daß es gerade die Verantwortung Europas ist, die uns dazu zwingt, „unserer Politik eine gewisse Einheitlichkeit, eine gemeinsame Richtung, einen bestimmten Charakter zu geben.“

Wenn wir über die Verantwortung Europas sprechen, müssen wir klären, welches Europa wir meinen. Das Europa der Europäischen Gemeinschaften, das Europa des Europarates, das geographische Europa? Das Europa der 10, der 21 oder das Europa der 33? Jeder dieser Europabegriffe ist ein Faktum, in unterschiedlichem Maße auch eine Realität. Zu jedem dieser Europabegriffe hat Österreich eine besondere Beziehung:

- Mit dem Europa der 10, unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, sind wir gemeinsam mit den anderen EFTA-Staaten in ein Europäisches Freihandels-system eingebunden,
- dem Europa der 21, einer Gesinnungsgemeinschaft auf der Grundlage pluralistischer, demokratischer Werte, sind wir durch 25jähriges, aktives Engagement für die europäische Einigung, zutiefst verpflichtet,
- dem großen Europa, dem Europa Coudenhove-Kalergis sind wir nicht nur durch geschichtliche Tradition und menschliche und kulturelle Bande verbunden, sondern wir, die wir an der Grenze zum Osten leben, wissen, welche Bedeutung dieser Kontinent als Ganzes für unsere Sicherheit, ja für die Sicherheit in der Welt hat.

Diese Europabegriffe stehen zueinander in dynamischer Wechselwirkung auf dem Weg der Verwirklichung der europäischen Idee, politisches Ziel aller Europäer. Daß dieser Weg ein langwieriger, komplexer Prozeß sein wird, hat schon Paul Henri Spaak vorausgesagt: „Nur diejenigen können entmutigt werden, die sich einbilden, daß Europa durch ein „Sesam öffne Dich“ oder durch eine riesige Welle des Enthusiasmus geschaffen werden könnte. Nichts dergleichen wird geschehen. Ein organisiertes und vereinigt Europa wird das Ergebnis langer und mühevoller Anstrengungen sein.“ Spaak hat nur zu recht behalten.

Wenn wir von der Verantwortung Europas sprechen, müssen wir uns auch die Frage stellen, Verantwortung wofür? Meine Antwort lautet: Verantwortung für den Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit nicht nur in Europa, sondern in der Welt, Verantwortung für das Überleben der Menschheit unter menschenwürdigen Bedingungen. Konkret ausgedrückt und auf die gegenwärtige Weltlage eingehend: Beitrag zum Dialog, zur Verständigung und zum Ausgleich zwischen Ost und West, in der Erkenntnis, daß die großen Herausforderungen unserer Zeit, Entwicklung, Menschenrechte und Abrüstung, nur gemeinsam – im Einvernehmen mit und zwischen den Supermächten – gemeistert werden können.

Dieser Verantwortung kann sich Europa nicht entziehen. Diese Verantwortung muß Europa annehmen. Es hat keine andere Wahl, wenn es seiner Aufgabe und Rolle, die ihm Geschichte, Tradition, Einsicht und Humanität vorgibt, gerecht werden will.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Europarat

Europa ist heute wohl nicht mehr Zentrum des Weltgeschehens und der Weltpolitik. Aber ist es nicht gerade deshalb in der Lage, seinen ausgleichenden Einfluß geltend zu machen? Hat es nicht gerade deshalb eine neue Chance und eine neue Rolle insbesondere in bezug auf die Länder der Dritten Welt? Sind nicht seine historischen Erfahrungen, sein Wissen um das Wechselspiel zwischen Aufstieg und Niedergang, sein Verstehen für das Anderssein fremder Völker und Kulturen, seine im eigenen Bereich gewachsene Toleranz und Weltoffenheit, seine Universalität und nicht zuletzt seine ungebrochene geistige, kulturelle und wissenschaftliche Ausstrahlung unschätzbare Werte, die es in den Dienst einer interdependenten, komplexen und instabilen Welt stellen kann und muß?

Europa hat aber nicht nur eine ungebrochene geistige, kulturelle und wissenschaftliche Ausstrahlung, sondern auch eine wiedergewonnene wirtschaftliche. Dies verdanken wir nicht zuletzt der Weitsicht der Vereinigten Staaten, die nach dem 2. Weltkrieg erkannt haben, daß politische Stabilität und ein gesicherter Frieden nur über normale, gesunde wirtschaftliche Verhältnisse in der Welt herbeigeführt werden kann. Ich glaube, gerade in einer Zeit, in der sich legitime Interessensunterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa – bei unvermindert fortdauernder Solidarität, die sich aus dem gemeinsamen Bekenntnis zur pluralistisch-demokratischen Staatenwelt und der Zugehörigkeit zu einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung ergeben – offenbaren, möchte ich die folgenden Worte aus der historischen Rede Staatssekretärs George Marshall vor der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 betreffend das Wiederaufbauprogramm für Europa in Erinnerung rufen:

„Unsere Politik ist nicht gegen irgendein Land oder eine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos gerichtet. Ihr Zweck soll es sein, die Weltwirtschaft wiederherzustellen, um das Entstehen politischer und sozialer Verhältnisse zu ermöglichen, unter welchen frei Institutionen existieren können.“ Haben diese Worte angesichts der derzeit wogenden transatlantischen Debatte nicht eine höchst aktuelle Relevanz?

Die Meisterung der wirtschaftlichen Krise in Europa – es gibt kaum ein Land, das nicht unter Arbeitslosigkeit, Inflation, Wachstumsrückgang, Zahlungsbilanz- und Budgetproblemen leidet – kann nicht mehr im engen europäischen Kontext, sondern nur über einen Beitrag Europas zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, insbesondere der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt, erfolgen. Heute wie damals ist das Rezept nicht Protektionismus, sondern Liberalismus, nicht Egoismus, sondern Solidarität. In diesem Sinne sind auch die Gedanken Bundeskanzler Kreiskys über ein großangelegtes Programm für den Ausbau der Infrastruktur der Dritten Welt zu verstehen, die er vor der Parlamentarischen Versammlung am 5. Mai 1976 entwickelt hat.

Die Verantwortung Europas für das Überleben der Menschheit schließt Verantwortung für die Abrüstung mit ein. Haben wir vergessen, daß wir in einer Zeit leben, in der es möglich ist, durch den Einsatz von konventionellen, atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungsmitteln große Teile der Menschheit innerhalb kürzester Zeit zu vernichten? Eine atomare Auseinandersetzung in Europa allein würde in einem Zeitraum von wenigen Stunden 200 Millionen Menschen das Leben kosten.

Gerade in Europa wirkt sich der Rüstungswettlauf, insbesondere auf dem Gebiet eurostrategischer Waffen, mit besonderer Intensität aus. Alle europäischen

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Europarat

Staaten müssen es sich in dieser Dekade zur Aufgabe machen, Rüstungs- und Abrüstungsfragen vordringlich Beachtung zu schenken: Abrüstung und Sicherheitsfragen dürfen nicht länger exklusive Domäne Weniger bleiben. Sie müssen vielmehr Anliegen der ganzen europäischen Öffentlichkeit werden.

Die Verantwortung Europas liegt auch in der Bekämpfung des um sich greifenden Terrorismus. Kein Land ist mehr von ihm verschönt. Nur durch gemeinsames Handeln, nur durch energisches Eingreifen können wir dieser Geisel unserer Zeit, die sich auf niederträchtige Weise in individuellen und kollektiven Gewalttaten manifestiert, Herr werden.

Wenn also Europa eine Verantwortung hat, sowohl nach innen als auch nach außen, dann ergibt sich daraus eine Mission. Und aus dieser Mission ein politischer Auftrag. Diesen Auftrag kann und soll nicht das Europa der 10 allein übernehmen, dieser Auftrag kann angesichts der ideologischen, politischen und militärischen Teilung unseres Kontinents auch nicht das Europa im geographischen Sinn erfüllen. Nur das Europa der 21, die Gesamtheit der westeuropäischen pluralistisch-demokratischen Staaten, kann und muß ihn durchführen. Hier liegt die politische Aufgabe und die spezifische Rolle des Europarates, die Karl Czernetz vorschwebte, als er sagte: „Die Verantwortung Europas zwingt uns, unserer Politik eine gewisse Einheitlichkeit, eine gemeinsame Richtung, einen bestimmten Charakter zu geben.“

Auch Generalsekretär Karasek ist seit seiner Amtsübernahme unermüdlich für den Ausbau und die Entwicklung der politischen Rolle des Europarates eingetreten. Wir danken ihm für seinen überzeugenden Bericht über den „Fortschritt der Europäischen Zusammenarbeit“, in dem das politische Potential unserer Organisation klar zum Ausdruck kommt. Der Europarat ist tatsächlich – wir stimmen mit der Wertung des Generalsekretärs überein – das ideale Forum, in dem die Mitglieder der großen Gemeinschaft europäischer Nationen dieselbe Auffassung von der Demokratie teilen, zum gegenseitigen Vorteil einen Meinungsaustausch über internationale Fragen und Probleme, die sich aus ihrer Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt ergeben, durchführen können.

Daß dabei die Vielfalt der Meinungen ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist, möchte ich besonders hervorheben. Die Themen für unseren politischen Dialog ergeben sich aus der Verantwortung Europas: Ost-West und Nord-Süd-Beziehungen, Zusammenarbeit mit der für Europa so wichtigen mediterranen und arabischen Region, Verhältnis zu Osteuropa und Nordamerika, die politische Dimension von Entwicklungs- und Abrüstungsfragen und der Bekämpfung des Terrorismus habe ich bereits erwähnt.

Wenn wir also in dem politischen Ziel übereinstimmen, die Rolle des Europarates als Forum der westeuropäischen Staaten zu entwickeln, sind einige offene Worte, auch kritische Bemerkungen, angebracht. Wir verstehen die Probleme der Europäischen Gemeinschaft, die sich im Zuge der Erweiterung auf 12 Mitglieder ergeben. Wir verstehen die Notwendigkeit der Stärkung der innergemeinschaftlichen Koordination in einer krisengeprägten Zeit. Wir verstehen aber nicht Tendenzen, den Europarat gewissermaßen auf ein Nebengleis der europäischen Einigungsbemühungen abzuschieben. Wir verstehen auch nicht Bestrebungen, das Budget des Europarates auf ein Nullwachstum einzufrieren. Eine nüchterne Analyse der Interessenslage jedes einzelnen der Mitgliedstaaten des Europarates muß zu dem Schluß kommen, daß nicht nur die Neutralen, nicht nur die außerhalb der EG stehenden Staaten den Europarat brauchen.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Europarat

Wir alle brauchen ihn.

Prioritäten unserer künftigen Arbeit liegen klar vor uns: Politischer Dialog und Menschenrechte.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte hat der Europarat Pionierleistungen vollbracht, die weltweit anerkannt sind und beispielgebend auf andere Regionen gewirkt haben. Heute mehr denn je setzt sich die Erkenntnis durch, daß Friede und Menschenrechte in enger Wechselwirkung stehen: Wenn die Menschenrechte nicht gesichert sind, ist der Frieden gefährdet. Wenn der Frieden nicht gesichert ist, sind die Menschenrechte gefährdet. Dieser Überlegung liegt der weitere Menschenrechtsbegriff zugrunde, der sowohl bürgerliche und politische als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einschließt.

Eben diese Gedanken hat auch der Heilige Vater, Johannes-Paul II., in seiner Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 2. Oktober 1979 in klaren Worten zum Ausdruck gebracht, als er folgendes ausführte: „Das Gesamt der Menschenrechte entspricht der Substanz der Menschenwürde in ihrem umfassenden Verständnis und nicht in einer Beschränkung auf nur eine einzige Dimension.“

Die große europäische Leistung des Europarates, die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, bezieht sich allerdings nur auf die bürgerlichen und politischen Rechte. Wenn Europa und der Europarat auf dem Gebiet der Menschenrechte weiterhin beispielgebend und richtungsweisend bleiben wollen, müssen wir vordringlich auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in den Menschenrechtskatalog der Konvention aufnehmen. Meine Delegation hat dem Ministerkomitee ein Memorandum in diesem Sinne unterbreitet und als Dokument zirkuliert, das auch die Aufmerksamkeit der Parlamentarischen Versammlung verdient.*)

Wir alle, die wir hier versammelt sind, wissen, daß Toleranz und Menschenrechte die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft sind. Deshalb ist das Engagement der Jugend für die Menschenrechte, die im Zentrum der europäischen Idee stehen und deren Ausstrahlungskraft in andere Regionen sichern, von entscheidender Bedeutung. Die Erziehung der Jugend im Geist der Menschenrechte ist und bleibt vordringliche Aufgabe des Europarates.

Ich habe aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums unserer Europaratsmitgliedschaft über Österreich und Europa und die Welt gesprochen. Ich habe mich mit der Verantwortung Europas und dem daraus folgenden politischen Auftrag des Europarates auseinandergesetzt. Lassen Sie mich mit den Worten Bundeskanzlers Raab abschließen, die er am 26. Oktober 1955 in seiner Rede vor dem Nationalrat anläßlich der Verabschiedung des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs gesprochen hat und unser Bekenntnis zu Europa und zum Europarat erneuern: „Durch eine mehr als tausendjährige Geschichte unverbrüchlich zum europäischen Abendland gehörig, kann und wird das österreichische Volk durch seine selbstbewußte Existenz in seinem selbständigen Staat die soziale Gerechtigkeit im Inneren voll und ganz verwirklichen, mit allen seinen Nachbarn in freundschaftlichen, wenn möglich sehr freundschaftlichen Beziehungen leben und in voller Freiheit und dauernder Neutralität seinen besonderen Beitrag zur europäischen Friedensordnung erbringen.“

*) Der Wortlaut des Memorandums scheint unter „Dokumente“ auf.

*Grundsatzserklärungen – Außenminister – Kambodscha***Erklärung des Bundesministers für Auswärtige
Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr als Vorsitzender
der Internationalen Kambodscha-Konferenz
am 13. Juli 1981**

Erlauben Sie mir, Ihnen allen zunächst für Ihre Entscheidung zu danken, mich zum Präsidenten dieser Konferenz zu wählen. Ich sehe in meiner Wahl in erster Linie die Anerkennung der unparteiischen Rolle, die Österreich als neutraler Staat in der internationalen Staatengemeinschaft zu spielen bemüht ist und insbesondere seiner Bemühungen innerhalb der Vereinten Nationen, zur Sicherung und Erhaltung des internationalen Friedens und der Förderung der Menschenrechte beizutragen. Ich werde alles tun, um das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß ich bei der Bewältigung der schwierigen Aufgaben, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen dieser Konferenz übertragen hat, Ihre Hilfe, Unterstützung und Ihr Verständnis benötigen werde. Ich bin sicher, daß ich auch auf die aktive Unterstützung durch Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim zählen kann, dem ich aufrichtig für die Vorbereitung der Konferenz danken möchte. Lassen Sie mich gleich am Anfang dieser Konferenz auch darauf hinweisen, daß schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, Entscheidungen, die einen Geist des Kompromisses und des gegenseitigen Verständnisses erfordern werden, wenn wir uns dem Ziel dieser Konferenz nähern wollen.

Die Lage in Kampuchea hat die Vereinten Nationen in den letzten beiden Jahren, sowohl im Sicherheitsrat wie auch in der Generalversammlung, intensiv beschäftigt. Gerade das Problem Kampuchea berührt fundamentale Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang das Prinzip der Unzulässigkeit der Androhung oder Anwendung von Gewalt, das Prinzip der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und das Prinzip der allgemeinen Anerkennung und Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Und letztlich wird das uns alle verpflichtende ethische Prinzip der menschlichen Solidarität für die Hungernden und Leidenden direkt angesprochen.

Die Resolution Nr. 35/6 der 35. Generalversammlung hat in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Lösung internationaler Konflikte durch friedliche Mittel dieser Konferenz einen klaren und ausdrücklichen Auftrag für die Einberufung erteilt. Wir sind in Erfüllung dieses Auftrages zusammengetreten. Ziel und Zweck der Konferenz sind in der genannten Resolution vorgegeben, nämlich den Weg für eine friedliche und verhandelte politische Lösung des Kampuchea-Problems unter Teilnahme aller in den Konflikt involvierten Parteien und anderer Betroffener zu ebnen. Eine politische Lösung würde zu einer Stabilisierung der Gesamtsituation in der Region Südostasien führen und die Entwicklung aller Staaten in diesem Raum zu Frieden und Wohlstand garantieren. Vor allem müssen wir auf eine Lösung hinarbeiten, die dem kambodschanischen Volk nützt und seinen unsagbaren Leiden ein Ende bereitet.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Kambodscha

Eine derartige Lösung kann nur auf politischer Grundlage und unter Beiziehung aller Betroffenen und interessierten Parteien gesucht und gefunden werden. Aus diesem Grunde bedauern wir es, daß nicht alle an der Konferenz teilnehmen. Wir sehen es daher als eine der vordringlichsten Aufgaben der Konferenz an, den Dialog mit allen betroffenen Staaten und, so wie dies auch die Resolution Nr. 35/6 vorsieht, mit den Konfliktparteien in Kampuchea zu suchen. Durch einen Dialog werden wir einer Lösung näherkommen und dem Geist der konstruktiven Zusammenarbeit, wie er in der Satzung der Vereinten Nationen verankert ist, entsprechen.

Die grundsätzlichen Elemente der Lösung des Kampuchea-Problems sind von der Generalversammlung bereits vorgezeichnet. Gestatten Sie mir, daß ich sie nochmals kurz zusammenfasse:

- Vor allem ist es unser Ziel, die Einstellung aller Feindseligkeiten zu erreichen und eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, die eine politische Lösung erleichtern würde;
- der Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea als eine unabdingbare Voraussetzung, die es dem Volk von Kampuchea ermöglicht, sein Recht auf freie Entscheidung über seine politische Zukunft auszuüben;
- eine solche freie Entscheidung des Volkes von Kampuchea kann am besten durch die Durchführung von freien Wahlen unter UN-Aufsicht gewährleistet werden;
- in der Übergangsphase könnte es notwendig sein, daß die Vereinten Nationen eine entscheidende vertrauensbildende Rolle einnehmen;
- die Suche nach einem qualifizierten Status für die Unabhängigkeit Kampuchreas könnte von besonderer Bedeutung für die Sicherheit und die künftige Entwicklung des Landes und der ganzen Region sein.

Der Konferenz kommt eine entscheidende Rolle in der Vorbereitung dieser Lösung zu. Wir müssen daher unser Ziel vor Augen behalten und uns vor allem der Zukunft zuwenden statt in die Vergangenheit zu blicken.

Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist außerordentlich schwierig. Erschwert wird sie zudem durch die allgemeine weltpolitische Situation, in der eine Tendenz zur Konfrontation und Politik der Stärke immer mehr über eine Politik des Friedens, der Zusammenarbeit und der Entspannung die Oberhand gewinnt, welche die einzige Garantie für Friede und Sicherheit in der Welt ist. Das allgemeine Klima, in dem wir unsere Beratungen beginnen, wird daher unsere Aufgabe wahrscheinlich nicht erleichtern.

Trotz dieser Situation und, ich würde sagen, gerade deshalb, müssen wir alle unsere Anstrengungen und unsere Bereitschaft zum Beginn eines Dialogs verdoppeln, der letztlich den einzig möglichen Weg darstellt, uns der Lösung des Kampuchea-Problems näherzubringen. Dies würde auch ein Signal der Hoffnung auf ein besseres internationales Klima und eine Erneuerung der internationalen Zusammenarbeit zur Verminderung von Spannungen setzen.

Eine friedliche Lösung des Kampuchea-Problems wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Stärkung des Weltfriedens.

*Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen***Erklärung des Bundesministers für Auswärtige
Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr vor der
36. Generalversammlung der Vereinten Nationen
am 1. Oktober 1981**

Als erstes darf ich Ihnen die aufrichtigen Glückwünsche zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der 36. Generalversammlung entbieten. Im Hinblick auf die schwierigen Aufgaben, denen wir in den kommenden Monaten gegenüberstehen, sind wir daher besonders froh, daß die Generalversammlung unter der Leitung eines so erfahrenen Diplomaten steht, dessen politischer Sachverstand, Geschick für Verhandlungen und Sinn für Ausgleich so allgemein geschätzt werden.

Wir sehen in Ihrer Wahl nicht nur eine Anerkennung Ihrer Person und Ihres Landes, mit dem Österreich in traditioneller Freundschaft verbunden ist. Die Übernahme der Präsidentschaft der Generalversammlung durch Sie stellt auch eine Anerkennung der Rolle der blockfreien Bewegung durch die gesamte Staatengemeinschaft dar. Österreich, als ein immerwährend neutraler Staat, betrachtet die Bewegung als einen sehr bedeutenden Faktor der Stabilität in den internationalen Beziehungen. Anlässlich des 20. Jahrestages ihres Bestehens möchte ich der blockfreien Bewegung im Namen der österreichischen Regierung die besten Glückwünsche übermitteln.

Dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, möchte ich den aufrichtigen Dank meiner Regierung für seine unermüdliche Arbeit für den Weltfrieden übermitteln. Wir glauben, daß seine Erfahrung, gerade in einer Zeit der erhöhten Spannungen, der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Krisen, ein unschätzbarer Wert für die Staatengemeinschaft darstellt.

Durch die Aufnahme von Vanuatu und Belize hat unsere Organisation einen beeindruckenden Mitgliederstand von 156 Staaten erreicht. Wir richten herzliche Glückwünsche an die Delegationen der neuen Mitgliedstaaten und geben unserer Hoffnung auf eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit Ausdruck.

Vor fünf Jahren hatte ich zum ersten Mal die Ehre, der Generalversammlung den Standpunkt Österreichs zur Weltlage darzulegen. Damals war das politische Klima noch von dem gemeinsamen Wunsch der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geprägt, die Politik der Entspannung fortzuführen. Es bestand die berechtigte Hoffnung, daß die von der Konferenz von Helsinki angenommenen Grundsätze in der Praxis respektiert und alle Bereiche der gegenseitigen Beziehungen durchdringen würden.

Inzwischen haben die Beziehungen zwischen Ost und West sich ernsthaft verschlechtert. Mißtrauen über die jeweiligen Absichten und Pläne lastet schwer auf den Beziehungen der beiden Supermächte und schafft ein weltweites Gefühl der Unsicherheit. Wir hoffen jedoch, daß sowohl die Gespräche zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem amerikanischen Staatssekretär Haig als auch der Beginn der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen Ende November zur Wiederaufnahme eines substantiellen Dialogs führen wird, der von der Einsicht in unser aller Interesse an der gemeinsamen Verantwortung der Verhandlungsparteien für Frieden und Überleben der Welt ausgeht.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

Wir hoffen auch, daß das Madrider-Folgetreffen der KSZE, das nun schon seit über einem Jahr tagt, von der Aufnahme der bilateralen Gespräche zwischen der USA und der UdSSR beeinflusst wird. Bisher haben die Beratungen in Madrid in einem gespannten politischen Klima stattgefunden. Es herrscht weitverbreiteter Pessimismus bezüglich der Möglichkeit, die noch offenen Fragen im Hinblick auf ein substantielles Schlußdokument zu lösen.

Ich teile diese pessimistische Ansicht nicht. Schon das bisher Erreichte, insbesondere auf den Gebieten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, im humanitären und Informationsbereich ist so wichtig, daß es nicht mehr verlorengehen darf. Darüber hinaus ist der Helsinki-Prozeß als solcher für Europa und die Welt zu wichtig, als daß er gefährdet werden dürfte. Wir sollten daher alle unsere Energie darauf verwenden, die noch offenen Probleme zu lösen. Österreich wird in Zusammenarbeit mit anderen neutralen und den blockfreien Staaten Europas alles in seiner Macht stehende tun, um bedeutsame Ergebnisse zu erzielen und die Fortsetzung dieses Prozesses zu sichern.

Wenn ich das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR in den Vordergrund meiner Erklärung rücke, so deshalb, weil wir überzeugt sind, daß die großen Anliegen der Weltorganisation nur unter der Voraussetzung eines Minimums an Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen allen ihren Mitgliedern und vor allem der beiden größten Mächte gelöst werden könne.

Eine objektive Analyse der Entwicklungen der Weltpolitik untermauert zudem unsere Überzeugung, daß es keine sinnvolle Alternative zu einer konstruktiven weltweiten Entspannungspolitik auf der Grundlage eines funktionierenden Kräftegleichgewichts gibt. Sie ist der einzig vernünftige Weg, ein sicheres Zusammenleben und eine fruchtbare Kooperation zwischen den Staaten und den Völkern zu erreichen. Sie ist die Voraussetzung für die schrittweise Errichtung einer Weltordnung, in der die Interessen von Nord und Süd, Ost und West ausgeglichen und harmonisiert werden.

Wenn wir von Entspannung sprechen, so meinen wir damit einen kontinuierlichen, dynamischen Prozeß, in dem Konflikt und Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ordnungen gleichzeitig, nebeneinander und abwechselnd auftreten. Sie bedeutet nicht das Ende aller Konflikte.

Der Ausdruck „Détente“ ist vielleicht irreführend, als er zu ungerechtfertigter Hoffnung Anlaß gibt. Vielleicht sollten wir in Zukunft von einem „Modus Vivendi“ für Koexistenz und Kooperation sprechen.

Welchen Ausdruck wir auch immer für diese Politik wählen, für uns ist sie auf jeden Fall nicht etwas Abstraktes und Fernes, sondern etwas Konkretes und Nahes. Wir erleben ihre Konsequenzen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, wenige Kilometer von unserer Bundeshauptstadt entfernt.

Unsere Beziehungen zur Schweiz, zu Liechtenstein, der Bundesrepublik Deutschland, Ungarn und Jugoslawien sind eng und im wesentlichen problemlos. Unsere Beziehungen zur CSSR haben leider dieses Stadium noch nicht erreicht und werden von einer Reihe von Problemen und Ereignissen überschattet. Dennoch verpflichten uns die lange gemeinsame Grenze und unsere menschlichen und kulturellen Bindungen, in pragmatischen Gesprächen gut-

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

nachbarschaftliche Beziehungen anzustreben. Österreich hat größtes Interesse an ungestörten und freundschaftlichen Beziehungen zur CSSR. Den Erklärungen von Politikern der CSSR, die gestern durch die Erklärung von Außenminister Chnoupek bestätigt wurden, glauben wir entnehmen zu können, daß ein gleiches Interesse auch auf tschechoslowakischer Seite besteht. Auf der Grundlage dieses gemeinsamen Wunsches nach Verständigung sollte es nicht schwer sein, zufriedenstellende Lösungen für bestehende Probleme zu finden.

In unseren Beziehungen zu Italien, einem Staat, mit dem uns gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen verbinden, kommt dem Südtirol-Problem besondere Bedeutung zu. Die Einigung zwischen Österreich und Italien über eine Neuordnung der Autonomie Südtirols wurde schon vor 12 Jahren erzielt. Trotzdem steht die volle Durchführung noch immer aus. Im Vorjahr habe ich dieser Generalversammlung von der Ungeduld der Südtiroler Bevölkerung und der zunehmenden Besorgnis der österreichischen Regierung über diese Verzögerung berichtet. Es tut mir leid, heute mitteilen zu müssen, daß sich die Situation seither nicht verbessert hat und daß kein weiterer wesentlicher Fortschritt erzielt werden konnte.

Besondere Bedeutung muß einer Angelegenheit beigemessen werden, die im Zentrum der Bemühungen um den Schutz jeder ethnischen Gruppe liegt, nämlich der Gebrauch der Muttersprache vor Gerichten und Behörden: zwei Drittel der Südtiroler Bevölkerung haben dieses Recht noch nicht. Das bedeutet, daß eines der wichtigsten Elemente der Einigung zwischen Österreich und Italien noch nicht verwirklicht wurde. Ministerpräsident Spadolini hat bei seinem Amtsantritt vor dem italienischen Parlament zugesichert, die noch ausstehenden Maßnahmen so rasch wie möglich und in enger Absprache mit den Vertretern der betroffenen Volksgruppen zu verwirklichen. Aus diesen Zusicherungen und den bisher vom italienischen Ministerpräsidenten gesetzten Bemühungen leiten wir die Erwartung ab, daß in unser aller Interesse in naher Zukunft substantielle Fortschritte erzielt werden. Das bedeutet insbesondere die Fortsetzung des Prozesses, der von den beiden Ländern in Konsultationen mit den Südtirolern im Jahre 1969 gemeinsam begonnen wurde. Sonst würden nämlich ernsthafte Zweifel aufkommen, ob Italien bereit und willens ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen und in Übereinstimmung mit den in den Resolutionen 1497 (XV) und 1661 (XVI) aufgestellten Richtlinien zu handeln.

Ich berichte Ihnen über unsere Politik der guten Nachbarschaft deshalb, weil wir glauben, daß Bemühungen zur Förderung des Friedens im eigenen Haus, in der unmittelbaren Nachbarschaft beginnen müssen. Dies enthebt uns aber nicht der Pflicht, unseren Beitrag zu Gewährleistung von Frieden und Sicherheit auch in allen anderen Regionen zu leisten. Die Realität der Interdependenz führt dazu, daß destabilisierende Ereignisse in jedem Teil der Welt unmittelbare Folgen für die ganze Welt haben. Österreich ist daher an der friedlichen Beilegung aller Konflikte im höchsten Maß interessiert und bereit, einen aktiven Beitrag zu ihrer Lösung zu leisten.

Die Lage im Nahen Osten bleibt eine große Gefahrenquelle für den Weltfrieden und erfüllt uns mit tiefer Besorgnis. Die arabisch-israelische Auseinandersetzung hat eine neue und gefährliche Zuspitzung erfahren. Die Aktionen Israels im Süden Libanons, die Bombardierung von Zielen in Beirut und der Angriff

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

auf den irakischen Atomreaktor bei Bagdad stellen neue Verletzungen des Völkerrechtes dar. Die Siedlungspolitik und die Versuche Israels, den Status Jerusalems einseitig zu ändern, stellen nach wie vor ernste Hindernisse auf dem Weg zu einer friedlichen Regelung dar. Im Kernproblem des Nahostkonflikts, der Palästinenserfrage, zeichnet sich nach wie vor keine Lösung ab. Die Tatsache, daß eine Waffenstillstandsvereinbarung im Libanon unter Einbeziehung der PLO möglich war und derzeit noch anhält, bestätigt die Grundsätze unserer Nahostpolitik, wie sie von Bundeskanzler Kreisky und mir auf der 34. Generalversammlung dargelegt wurden. Wir sind heute mehr denn je der Überzeugung, daß eine friedliche Regelung im Nahen Osten nur auf der Grundlage von direkten Gesprächen zwischen Israel und dem palästinensischen Volk, vertreten durch die PLO, möglich ist. Diese Gespräche könnten in einer späteren Phase zu Verhandlungen in einem größeren Forum unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einmünden.

Die illegale Besetzung Afghanistans bedroht weiterhin die Stabilität der Region und belastet die Entspannungspolitik schwer. In Übereinstimmung mit der von einer überwältigenden Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen ausgedrückten Haltung tritt Österreich für den Abzug aller fremden Truppen ein und spricht sich für eine politische Lösung aus, die das Recht auf Selbstbestimmung für das afghanische Volk sicherstellt.

Die explosive Situation im Nahen Osten und der Stellenwert, den Afghanistan in der Weltöffentlichkeit einnimmt, dürfen uns nicht die Tragödie des kambodschanischen Volkes vergessen lassen, das Opfer von Menschenrechtsverletzungen in unvorstellbarem Ausmaß und einer ausländischen militärischen Invasion geworden ist. Österreichs Gefühle der Solidarität und des Mitgefühls mit Kambodscha werden weitgehend geteilt. Die große Teilnehmerzahl an der internationalen Kambodscha-Konferenz legt dafür Zeugnis ab. Die Empfehlungen dieser Konferenz werden der Generalversammlung zur Indorsierung vorgelegt werden. An dieser Stelle möchte ich nur wiederholen, was ich als Vorsitzender der Konferenz als Leitmotiv betrachtet habe: sie ist gegen niemanden gerichtet, sie will vielmehr zu einer politischen Lösung des Kambodscha-Problems beitragen. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, die Aufnahme eines Dialogs mit den nicht teilnehmenden Parteien einzuleiten. Darf ich diese Gelegenheit benützen, an alle von Ihnen zu appellieren, diese Einladung anzunehmen.

Die militärische Invasion Südafrikas in Angola, die wir als eine grobe Verletzung der Grundsätze der Vereinten Nationen verurteilen, hat wieder einmal die Vordringlichkeit einer Lösung des Namibia-Problems gezeigt. Die Notstands-Generalversammlung betreffend Namibia hat neuerlich die Verantwortung des Sicherheitsrates für die Durchführung des UN-Planes für die Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der Resolution 435 unterstrichen. Wir verstehen und teilen die Ungeduld der afrikanischen Staaten, hoffen aber noch immer, daß die Verhandlungen der westlichen Kontaktgruppe so rasch als möglich zu einem Ergebnis führen werden. Es wird wahrlich ein großer Tag für unsere Organisation sein, wenn wir ein unabhängiges Namibia als neuen Mitgliedstaat begrüßen werden können.

Die tragische Auseinandersetzung zwischen dem Iran und dem Irak dauert weiter an. Wir möchten den Generalsekretär der Vereinten Nationen und seinen

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

Sonderbeauftragten ebenso wie die islamischen und blockfreien Staaten ermutigen, ihre Bemühungen zur Förderung einer beiden Teilen gerecht werdenden Lösung fortzusetzen.

Wie wichtig Verhandlungen bei der Lösung von Spannungen und Krisen sind, zeigte sich besonders deutlich im Fall Zypern. Wir begrüßen die Tatsache, daß die interkommunalen Gespräche durch die Vermittlertätigkeit des Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten wiederaufgenommen wurden und regelmäßig weitergeführt werden. Wir hoffen, daß auf der Grundlage realistischer Vorschläge Fortschritte in Richtung auf eine umfassende Lösung gemacht werden können.

Internationale Krisenherde beschränken sich nicht nur auf Asien und Afrika. Die Ereignisse in Zentralamerika geben zu besonderer Anteilnahme Anlaß. Soziale Gerechtigkeit und politischer Pluralismus sind Grundvoraussetzungen für eine Verbesserung der Situation in diesem Teil der Welt. Diese Voraussetzungen werden nur in Zusammenarbeit mit allen sozialen und politischen Kräften eines Landes einschließlich der Opposition geschaffen werden können. Das gilt vor allem für El Salvador. Ich hoffe, daß auch dort einer der wichtigsten Grundsätze unserer Charta respektiert werden wird: das Recht jeden Volkes, seine eigene Zukunft ohne Einmischung von außen – von welcher Seite auch immer – zu bestimmen.

Die Grundsätze, die für Zentralamerika gelten, gelten auch für Europa. Die volle Anerkennung des Grundsatzes der Selbstbestimmung und Nichteinmischung ist von genauso dringlicher Wichtigkeit im Hinblick auf die Situation in Polen, ein Land, dessen Schicksal für uns von besonderer Bedeutung ist. Wir sind zuversichtlich, daß das große polnische Volk, mit dem Österreich durch starke historische Bande verbunden ist, die Fähigkeit hat, seine Probleme selbst und durch eigene Bemühungen zu lösen.

Diese kurze Bestandsaufnahme der ernstesten internationalen Krisen zeigt, wie weit wir von den erklärten Zielen unserer Organisation – Friede, Sicherheit und Gerechtigkeit – entfernt sind.

Das bisherige Versagen, substantielle Ergebnisse auf drei Hauptgebieten – Abrüstung, Entwicklung und Menschenrechte – zu erreichen, ist in erster Linie dafür verantwortlich, daß wir diese Ziele noch nicht erreicht haben.

Generalsekretär Waldheim hat in seinem Jahresbericht über die Arbeit der Vereinten Nationen zu Recht seine tiefe Besorgnis über den eskalierenden Rüstungswettlauf ausgedrückt. Ist es nicht eine der bedrückendsten Tatsachen, daß wir in den drei Jahren seit der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung, trotz allgemeiner Einigkeit über die Dringlichkeit des Problems, keine substantiellen Erfolge erzielen konnten.

Wir stehen hier offenbar vor einem Dilemma, für das wir bisher noch keinen Ausweg finden konnten: dieselben Regierungen, die sich für Abrüstung und Rüstungskontrolle aussprechen, haben keine Hemmungen, einen genau gegenteiligen Kurs in ihrem tatsächlichen Verhalten zu verfolgen, wenn sie das Gefühl haben, daß ihre Sicherheit dies verlangt. Jedermann stimmt darin überein, daß Abrüstung langfristig die Sicherheit erhöhen würde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber versucht jeder Staat seine Sicherheit durch militärische Maßnahmen zu erhöhen.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

Immerhin scheint allgemeine Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß Abrüstung als ein Prozeß fortschreitender und ausgeglichener Reduzierung des Rüstungsniveaus, wünschenswert wäre. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung der tatsächlichen militärischen Stärke von Staaten von entscheidender Bedeutung. Die Schwierigkeit besteht darin, wie man militärische Stärke definiert und feststellt.

Ich bin der Auffassung, daß Unsicherheit bezüglich der wahren militärischen Stärke von Staaten einer der Hauptgründe für das anhaltende Wettrüsten und für das Scheitern der Bemühungen um eine ausgewogene Abrüstung ist. Wenn es uns gelingt, objektive Verfahren zur Feststellung und Verifizierung des wahren Rüstungsniveaus in der Welt zu entwickeln, so könnten wir einen greifbaren Fortschritt in Richtung auf ausgewogene Abrüstung erzielen. In der bestehenden internationalen Praxis und den vorhandenen Institutionen finden sich ausreichende Mechanismen für die Feststellung und Bewertung der relevanten Fakten. Ich möchte daher vorschlagen, daß die Vereinten Nationen die Möglichkeit prüfen, diese oder ähnliche Mechanismen dazu zu verwenden, um den tatsächlichen Zustand der Rüstung auf einer objektiven Basis zu verifizieren und zu beurteilen.

Meine Delegation würde Reaktionen auf diesen Vorschlag begrüßen und möchte sich das Recht vorbehalten, den Vorschlag im Laufe der Generalversammlung zu konkretisieren.

Nach österreichischer Auffassung ist die Nord-Süd-Problematik heute ein zentrales Problem der Weltpolitik. Wenn auch gegenwärtig der Ost-West-Gegensatz im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu stehen scheint, wäre es verfehlt, das Nord-Süd-Problem als zweitrangig zu betrachten.

Bei der Behandlung der Entwicklungsprobleme sollten wir nicht in die Vergangenheit, sondern vielmehr in die Zukunft blicken, für die wir alle eine gemeinsame Verantwortung tragen. Im Hinblick auf den unbefriedigenden Fortschritt während der letzten Jahre verstehen wir die Ungeduld und Frustration der Entwicklungsländer. Wir treten daher mit allem Nachdruck dafür ein, daß noch in dieser Generalversammlung eine Einigung über die globalen Verhandlungen erzielt wird.

Wenn auch der für Oktober in Cancun geplante Gipfel von Staats- und Regierungschefs aus Entwicklungsländern und Industriestaaten in keinem formellen Zusammenhang mit den globalen Verhandlungen steht, hoffen wir doch, daß er diese positiv beeinflussen und ihnen einen politischen Impetus verleihen wird.

Der Gipfel, der unter dem gemeinsamen Vorsitz des mexikanischen Staatspräsidenten José López Portillo und des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky stehen wird, ist kein Verhandlungsforum. Er soll vielmehr Gelegenheit bieten, einen Gedankenaustausch über das Gesamtproblem der Nord-Süd-Fragen auf höchster Ebene abzuwickeln. Unmittelbare substantielle Beschlüsse sollten wir uns daher vom Gipfel nicht erwarten. Die Idee des Gipfels ist es vielmehr, eine positivere politische Atmosphäre für Nord-Süd-Beziehungen und damit jenen politischen Willen zu schaffen, der Voraussetzung für die Einleitung und Führung von Verhandlungen über eine umfassende Politik für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist.

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

Österreich war immer der Auffassung, daß globale Wirtschaftsfragen nur dann sinnvoll und aktionsorientiert behandelt werden können, wenn wir auch das Energieproblem in die Diskussion einbeziehen. Wir begrüßen das Aktionsprogramm der Nairobi-Konferenz über Neue und Erneuerbare Energiequellen als einen ersten wichtigen Schritt seitens der Vereinten Nationen, diese Frage im Gesamtzusammenhang der Nord-Süd-Beziehungen zu behandeln. Wir unterstützen alle Ideen und Initiativen, die darauf abzielen, die internationale Zusammenarbeit im Energiebereich auf regionaler wie auch globaler Ebene zu fördern. Wir unterstützen daher auch die Errichtung einer Energiefiliale der Weltbank.

Wir hoffen auch, daß diese Generalversammlung in der Lage sein wird, einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Interessen der ärmsten unter den Entwicklungsländern zu leisten. Wir unterstützen das substantielle Aktionsprogramm der Konferenz von Paris.

Im Streben der Menschheit nach einer Welt, in der die Menschenrechte und die Würde des Menschen geachtet werden, spielen die Vereinten Nationen eine sehr wichtige Rolle. Papst Johannes Paul II. hat darauf in seiner richtungsweisenden Ansprache vor dieser Generalversammlung vor zwei Jahren besonders treffend verwiesen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß Friede und Menschenrechte unteilbar sind. Wenn die Menschenrechte nicht gesichert sind, ist der Friede gefährdet, und wenn es keinen Frieden gibt, dann sind die Menschenrechte gefährdet.

Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt, die durch politische und militärische Konflikte und Unruhen verschärft werden, zeigen diesen Zusammenhang deutlich auf. Das menschliche Leid nimmt oft katastrophale Ausmaße an – wir sind uns alle der wachsenden tragischen Flüchtlingsströme bewußt, der sinnlosen Gewalt- und Terrorakte, der willkürlichen Angriffe auf die Würde des Menschen, der willkürlichen Verhaftungen, der Folterungen, der Geiselnahmen, Zwangsumsiedlungen und Hinrichtungen im Schnellverfahren.

In diesem Zusammenhang möchte ich der Generalversammlung einen Vorschlag unterbreiten, der von der vierten Armand Hammer-Konferenz in Aix-en-Provence im August d. J. eingehend erörtert und allgemein gutgeheißen wurde. Es handelt sich um die Einsetzung eines internationalen Corps von Prozeßbeobachtern innerhalb des UN-Systems, deren Aufgabe es sein sollte, bei allen Verfahren, in denen Menschenrechte berührt werden, anwesend zu sein und darüber Bericht zu erstatten. Sie sollten keinesfalls die auf diesem Gebiet erfolgreiche Tätigkeit zahlreicher NGO's ersetzen, sondern diese vielmehr in jenen Fällen ergänzen, in denen diese nicht zugelassen werden. Wir würden es begrüßen, wenn die Mitgliedstaaten zu diesem Vorschlag Stellung nehmen würden, damit wir ihn im Lichte dieser Reaktionen in der 3. Kommission der Generalversammlung weiterverfolgen können.

Unter den vielen Menschenrechtsverletzungen möchte ich auf zwei im besonderen verweisen.

Wir sind gerade in der Gegenwart Zeuge einer Renaissance der Todesstrafe, dieser unmenschlichsten aller Strafen, die nur zu häufig unter Umgehung der Grundsätze eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens angewandt wird. Wir unter-

Grundsatzserklärungen – Außenminister – Vereinte Nationen

stützen voll und ganz alle Bemühungen zur Abschaffung dieser Strafe und gratulieren Frankreich zu der jüngst getroffenen Entscheidung in dieser Hinsicht.

Ebenso sind wir Zeugen einer wachsenden und alarmierenden Tendenz zur religiösen Intoleranz in vielen Teilen der Welt. Wir begrüßen jede Aktion gegen diese unmenschliche Entwicklung. Alle jene, die Intoleranz propagieren, stellen Hindernisse für den Frieden dar.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Probleme der heutigen Zeit nur durch den Wandel auf friedlichem Wege gelöst werden können. Dieses Prinzip ist in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt, es liegt allen Friedensbemühungen der Weltorganisation zugrunde. Wir alle – Staaten, Regierungen und internationale Organisationen und jeder einzelne – müssen uns dieser Herausforderung stellen.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***Vereinte Nationen****1. 36. Generalversammlung**

Die 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 15. September 1981 eröffnet und am 18. Dezember 1981 vertagt. Die österreichische Delegation wurde in der Zeit vom 23. September bis 4. Oktober vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, vom 2. bis 11. Dezember 1981 vom Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter DDR. Gerald Hinteregger, und während der übrigen Zeit vom Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dkfm. Dr. Thomas Klestil, geleitet.

Als Delegierte fungierten die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Ludwig Steiner, Dr. Hans Hesele, Dr. Wendelin Ettmayer, Dr. Hilde Hawlicek und Dr. Josef Höchtl sowie die Botschafter Dr. Karl Fischer, Dr. Friedrich Bauer und Dr. Georg Reisch. Als stellvertretende Delegierte gehörten der österreichischen Delegation die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Friedhelm Frischenschlager und Walter Grabher-Meyer sowie Botschafter Dr. Kurt Herndl, die Gesandten Dr. Alexander Otto, Dr. Erich M. Schmid, Dr. Klaus R. Zielger, Dr. Hans-Georg Rudofsky und Dr. Peter Klein und Legationsrat Dr. Gerhard Pfanzer an.

Als Sonderberater nahm Gesandter-Botschaftsrat Dr. Adolf Kuen teil. Als Berater agierten Botschafter Dr. Peter Müller, Botschafter Dr. Anton Prohaska, Generalkonsul Dr. Thomas Nowotny, Gesandter-Botschaftsrat Dr. Wilfried Almoslechner, die Botschaftsräte Dr. Eva Nowotny und Dr. Doris Muck, die Botschaftssekretäre Dr. Hans-Dietmar Schweisgut, Dr. Stefan Lehne und Dr. Otto Ditz, Oberstleutnant des Generalstabs Guntmar Heck, Presserat Dr. Peter Marboe, Presseattaché Ulf Pacher und Dr. Alfred Landau.

Bundesminister Dr. Pahr hat Gespräche mit dem Staatsoberhaupt von Panama und den Außenministern folgender Staaten geführt:

Arabische Republik Jemen, Argentinien, Brasilien, CSSR, DDR, Demokratisch-Kampuchea, Finnland, Frankreich, Guyana, Indien, Indonesien, Irland, Israel, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Kamerun, Malaysia, Mexiko, Niederlande, Philippinen, Pakistan, Polen, Schweden, Senegal, Singapur, Spanien, Surinam, Syrien, Thailand, USA, UdSSR, Ungarn, Volksrepublik China und Zypern.

1.1. Organisatorische Fragen

Antigua und Barbuda, Belize und Vanuatu wurden bei der 36. Generalversammlung als Mitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen, womit sich die Zahl der Mitgliedstaaten auf 157 erhöhte.

Präsident der 36. Generalversammlung war der irakische Staatssekretär Ismat T. Kittani. Anstelle der fünf mit Ende 1981 aus dem Sicherheitsrat ausgeschiedenen Mitglieder wählte die 36. Generalversammlung Guyana, Jordanien, Polen, Togo, Zaire. In den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) wurden anstelle von 18 ausscheidenden Mitgliedern für eine Funktionsperiode von drei Jahren gewählt: Benin, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechen-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

land, Japan, Qatar, Kolumbien, Liberien, Mali, Österreich, Pakistan, Portugal, Rumänien, St. Lucia, Swasiland, Tunesien und Venezuela.

Botschaftsrat Dr. Eva Nowotny wurde zum Vizevorsitzenden der Politischen Spezialkommission gewählt.

1.1.1. Bestellung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen

Angesichts des Auslaufens seiner zweiten Amtsperiode mit 31. Dezember 1981 hatte Generalsekretär Waldheim am 10. September in einer Presseerklärung bekanntgegeben, daß er auf Drängen zahlreicher Mitgliedstaaten bereit wäre, das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für eine weitere Periode auszuüben, sofern dies der Wunsch des Sicherheitsrates und der Generalversammlung sei.

Im Oktober und November kam es hierauf zu insgesamt 16 Wahlgängen zwischen dem Generalsekretär und dem Außenminister von Tansanien, Salim, der als Kandidat der OAU bzw. der Arabischen Liga und der blockfreien Staaten-Gruppe auftrat. In diesen Wahlgängen erhielt Generalsekretär Waldheim jeweils die erforderliche Stimmenanzahl zur Wiederbestellung, wurde jedoch von einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates vetiert. Salim kam zwar in 4 Wahlgängen auf die notwendige Stimmenanzahl, erhielt aber ebenfalls in allen Wahlgängen das negative Votum eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates.

Auf Grund dieses Ergebnisses, das eine Blockierung des Sicherheitsrates in der Frage der Bestellung des Generalsekretärs und damit eine konstitutionelle Krise der Weltorganisation befürchten ließ, richtete Generalsekretär Waldheim am 3. Dezember 1981 das Ersuchen an den Präsidenten des Sicherheitsrates, daß sein Name bei weiteren Wahlgängen nicht mehr einbezogen werden solle. Außenminister Salim tat eine Woche später das Gleiche.

Hierauf kam es am 11. Dezember zu einer Abstimmung über 9 weitere Kandidaten, unter denen der frühere Botschafter Perus bei den Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, 10 positive Stimmen ohne Veto erreichte und damit der Generalversammlung als neuer Generalsekretär für eine Amtsperiode vom 1. 1. 1982 bis 31. 12. 1986 empfohlen wurde. Die Generalversammlung bestätigte die Empfehlung am 15. Dezember per acclamationem. Gleichzeitig wurde Generalsekretär Waldheim von der Generalversammlung der Dank für die 10 Jahre seiner Amtsführung ausgesprochen.

Der österreichische Vertreter gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der die Verdienste Waldheims hervorgehoben und ihm der Dank der österreichischen Bundesregierung für sein Wirken an der Spitze der Weltorganisation zum Ausdruck gebracht und der neue Generalsekretär Perez de Cuellar zu seiner Wahl beglückwünscht wurde. (Wortlaut der Erklärung unter „Dokumente“.)

1.2. Politische Fragen

1.2.1. Die Lage in Kampuchea

Die 36. Generalversammlung hatte sich mit der Kampucheafrage zunächst unter dem Aspekt der Vertretung dieses Landes in den Vereinten Nationen zu beschäftigen, die sowohl von den Vertretern des Demokratischen Kampuchea

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

(Ieng Sary) wie auch von der mit Unterstützung Vietnams gegründeten Volksrepublik Kampuchea (Heng Samrin) beansprucht wurde. Die 36. Generalversammlung wiederholte die bereits in den Vorjahren getroffene Entscheidung, daß die Vertretung des Demokratischen Kampuchea als die legitime Delegation des Landes anzusehen sei, wobei sogar ein kleiner Stimmenzuwachs zu verzeichnen war. In Entsprechung der bei der 34. und 35. Generalversammlung festgelegten österreichischen Haltung hat sich Österreich bei dieser Entscheidung der Stimme enthalten, wobei diese Position mit den massiven Menschenrechtsverletzungen der einen und der Machtergreifung durch ausländische militärische Intervention der anderen Regierung begründet wurde.

Das Ergebnis der Kambodscha-Konferenz hat die Behandlung der Kambodscha-Frage in der Generalversammlung maßgeblich beeinflußt und wurde von der Mehrzahl der Mitgliedstaaten als konstruktiver Schritt in Richtung auf eine Verhandlungslösung gewürdigt. Vietnam wurde zwar nach wie vor – und insbesondere von den Vereinigten Staaten – als Aggressor gebrandmarkt, doch fand auch das Bemühen Vietnams um eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den anderen Staaten der Region Anerkennung. Die von den ASEAN-Staaten ausgearbeiteten Resolutionsentwürfe indorsierten das von der Kambodscha-Konferenz erstellte Programm und wurden mit noch größerer Stimmenmehrheit als im Vorjahr angenommen. (Siehe auch „Weltpolitische Entwicklungen“.)

1.2.2. Afghanistan

Die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, eine verhandelte und politische Lösung der Afghanistanfrage zu erreichen, wurden im Jahr 1981 intensiv fortgesetzt, ohne jedoch zu dem gewünschten Erfolg zu führen. (Siehe „Weltpolitische Entwicklungen“.) Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen in Ausübung seiner guten Dienste und sein Sonderbeauftragter für Afghanistan Perez de Cuellar verfolgten dieses Ziel weiter.

Die von der 36. Generalversammlung mit mehr positiven (116) Stimmen als im Vorjahr (111) angenommene Resolution zur Afghanistanfrage bekräftigt erneut jene Elemente, die als unerläßlich für eine politische Lösung angesehen werden: neben der Betonung der Souveränität und territorialen Integrität Afghanistans enthält sie wieder die Forderung nach einem Truppenabzug und nach einem echten und verifizierten Akt der Selbstbestimmung des afghanischen Volkes.

1.2.3. Das Nahostproblem und seine Aspekte

Die Vereinten Nationen haben im abgelaufenen Jahr dem Nahostproblem gegenüber eine abwartende Haltung eingenommen. Diese Position erschien einerseits durch die Amtsübernahme der neuen amerikanischen Regierung berechtigt, der Zeit gegeben werden sollte, ihre Position zum Nahostkonflikt zu überdenken bzw. neu zu formulieren. Andererseits erschwerte auch die Spaltung der arabischen Staaten die Formulierung eines gemeinsamen Standpunktes und die Durchsetzbarkeit neuer Vorschläge. (Siehe Kapitel „Weltpolitische Entwicklungen“.)

Der Sicherheitsrat hat im Jahr 1981 die grundsätzliche Debatte über die Rechte des palästinensischen Volkes nicht weitergeführt, sich jedoch mit verschiedenen Aspekten des ungelösten arabisch-israelischen Konfliktes beschäftigt. Hier sind vor allem die israelischen Militärationen im Libanon, die Attacke auf den ira-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

kischen Atomreaktor in Tammouz sowie die de facto-Annexion des Golan zu erwähnen. In allen Fällen trug der Sicherheitsrat in konsensualen Beschlüssen der einhelligen Verurteilung dieser Aktionen Israels durch die internationale Staatengemeinschaft Rechnung.

Das Komitee über die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes setzte 1981 seine Tätigkeit fort, sieht seine Funktion jedoch vor allem in verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und versucht durch zahlreiche Publikationen und die Abhaltung von regionalen Seminaren die internationale öffentliche Meinung zu mobilisieren.

Die 36. Generalversammlung hat sich mit dem Nahostkonflikt unter sechs verschiedenen Tagesordnungspunkten befaßt, die teils im Politischen Sonderausschuß, teils im Plenum der Generalversammlung debattiert wurden.

Unter TOP 60 „UNRWA“ wurde nicht nur die Tätigkeit des Palästinenserhilfswerks selbst behandelt, sondern darüber hinaus die Ursachen des Flüchtlingsproblems der Palästinenser und die Verantwortungsfrage beleuchtet. Die bedauerliche finanzielle Lage der Organisation, welche das Jahr 1982 mit einem nicht zu bewältigenden Defizit beginnt, entwickelte sich zu einem zentralen Problem der Debatte. (Vergleiche Kapitel „Internationale Organisationen in Wien“.) In 8 weiteren Resolutionen nahm die Generalversammlung zur Lage der palästinensischen Flüchtlinge im allgemeinen wie auch zur Situation im Gazastreifen, zur Frage der dislozierten Personen und zu Problemen in den palästinensischen Universitäten Stellung. Österreich konnte die Mehrzahl der Resolutionen durch Abgabe einer positiven Stimme unterstützen.

TOP 64 „Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten beeinträchtigen“ diente zu einer ausführlichen Debatte aller israelischer Maßnahmen in den besetzten arabischen Gebieten. Hier herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß die 4. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf die besetzten arabischen Gebiete anwendbar ist und die israelische Politik in der Westbank und im Gazastreifen, insbesondere die Siedlungspolitik, Enteignung von Grundbesitz, die Repression der arabischen Bevölkerung und die Ausweisung und Festnahme von gewählten lokalen Politikern, Verletzungen der 4. Genfer Konvention darstellen, die zu verurteilen sind. Alle diese Aspekte wurden auch in den Resolutionen zu diesem Tagesordnungspunkt beleuchtet, die mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurden und deren Großteil auch Österreich unterstützen konnte.

Eine neue Frage wurde über jordanischen Antrag unter TOP 136 „Israelischer Kanalbau zwischen Mittelmeer und dem Toten Meer“ behandelt. Nach jordanischer Darlegung würde dieser geplante Kanalbau nicht nur die Interessen der Bevölkerung im besetzten Gazastreifen berühren und dadurch die 4. Genfer Konvention verletzen, sondern es würden auch durch das Ansteigen des Wasserspiegels im Toten Meer und umweltverändernde Begleiterscheinungen jordanische Wirtschaftsinteressen beeinträchtigt werden. Die Generalversammlung hat diesen Standpunkt anerkannt und Israel aufgefordert, von dem Projekt Abstand zu nehmen. Österreich hat diese Entscheidung unterstützt.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

In der Behandlung von TOP 31 „Palästinafrage“ und TOP 33 „Die Lage im Nahen Osten“ sind weder in der Debatte noch in den Resolutionen neue Elemente gegenüber den Vorjahren zutage getreten, wobei Österreich angesichts zahlreicher kontroversieller Elemente zu den meisten Resolutionen Stimmenthaltung vornahm. Österreich hat allerdings in einer Erklärung vor der 36. Generalversammlung erneut seinen Standpunkt vorgetragen, wonach eine Lösung der Krise im Nahen Osten die Anerkennung des Existenzrechtes Israels und des Vertretungsanspruches der PLO sowie die Aufnahme von direkten Gesprächen zwischen diesen hauptsächlich betroffenen Parteien voraussetzt.

Die israelische Militärattacke auf den irakischen Atomreaktor von Tammouz wurde über Betreiben des Irak ebenfalls auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt. Obwohl sich die internationale Staatengemeinschaft in der Verurteilung dieses Angriffes, der gleichzeitig als Angriff auf den Nonproliferationsvertrag und das Inspektionssystem der IAEA gesehen wurde, einig war und auch die Verurteilung im Sicherheitsrat einstimmig getroffen werden konnte, führte die irakische Delegation in den Resolutionsentwurf zahlreiche kontroversielle Elemente ein, die vor allem von den westlichen Staaten nicht mehr unterstützt werden konnten. Österreich hat zwar in einer Erklärung vor der Generalversammlung den Akt verurteilt und auf seine weitreichenden Implikationen hingewiesen, zur Resolution selbst jedoch Stimmenthaltung vorgenommen.

1.2.4. Die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung

Im Mai 1981 wurde in Paris unter den Auspizien der Vereinten Nationen sowie der OAU eine Sanktionenkonferenz abgehalten, die dem Problem der Apartheidpolitik größere Publizität verschaffen sollte.

Der Sicherheitsrat befaßte sich mit Südafrika und den Auswirkungen der Apartheidpolitik. Er richtete einen Appell an die südafrikanische Regierung zur Begnadigung verurteilter Führer der Widerstandsbewegung ANC (African National Congress) und verurteilte die Gründung des neuen Bantustans „Ciskei“. Das Sanktionskomitee des Sicherheitsrates zur Überwachung des Waffenembargos hat seine Tätigkeit fortgesetzt, jedoch in der Bearbeitung konkreter Verletzungen des Waffenembargos keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

Die 36. Generalversammlung verurteilte in einer langen und heftigen Debatte die Apartheidpolitik Südafrikas einhellig und in schärfster Form. Diese Verurteilung bezog sich nicht nur auf die innenpolitische Repression und die gesetzlich verankerte rassische Diskriminierung, sondern beleuchtete auch die Auswirkungen der Apartheidpolitik auf die gesamte politische Lage im südlichen Afrika und die von Südafrika ausgehenden militärischen Aggressionsakte gegen Angola, Zambia und Moçambique. Wie in den vergangenen Jahren wurde den westlichen Staaten die wirtschaftliche, politische und auch militärische Zusammenarbeit mit Südafrika in scharfer Form vorgeworfen und die Forderung nach umfassenden Sanktionen in eindringlicher Weise wiederholt.

Die von der 36. Generalversammlung angenommenen Resolutionen spiegelten zwar die scharfe und einhellige Verurteilung der Apartheidpolitik wieder, enthalten jedoch einen so weitreichenden Maßnahmenkatalog, daß sich die westlichen Staaten trotz der prinzipiellen Ablehnung der institutionalisierten Rassendiskriminierung diesen Forderungen nicht mehr anschließen konnten.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***1.2.5. Namibia**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in enger Zusammenarbeit mit der Kontaktgruppe der fünf westlichen Staaten (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Kanada und BRD) sowie mit den Regierungen der Frontlinienstaaten und SWAPO seine Bemühungen um eine friedliche Lösung des Namibiaproblems auf der Basis des Übergangsplanes der Vereinten Nationen, der in Resolution 435/1978 festgelegt und indorsiert wurde, fortgesetzt.

Diese Bemühungen fanden im Jänner 1981 sichtbaren Ausdruck in der Abhaltung der sogenannten „Preimplementation Conference“ in Genf, an der alle an der Frage interessierten Parteien, auch die internen Parteien Namibias, teilnahmen. Dieser Konferenz wurde in der Hoffnung entgegengesehen, daß sie neben der Lösung einiger offener organisatorischer Probleme ein Datum für das Inkrafttreten des Waffenstillstandes und den eigentlichen Beginn der Namibiaoperation festsetzen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, da weder Südafrika noch die internen Parteien Namibias eine bindende Zusicherung geben wollten und als Begründung hierfür mangelndes Vertrauen in die Unparteilichkeit der Vereinten Nationen in den Vordergrund stellten. Das Scheitern dieser Konferenz wurde von den afrikanischen Staaten als neuerlicher Beweis gewertet, daß Südafrika an einer friedlichen Lösung der Namibiafrage nicht interessiert wäre und stets neue Bedenken finden würde, den Beginn der Operation hinauszuzögern, und führte zu einer Befassung des Sicherheitsrates im März 1981. Nach einer ausführlichen Debatte im Sicherheitsrat legte die afrikanische Gruppe vier Resolutionsentwürfe dem Sicherheitsrat vor, die ein detailliertes Programm von mandatorischen Sanktionen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art enthielten. Diese Resolutionsentwürfe wurden durch das vereinte Veto der westlichen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates abgelehnt. In einer in Folge des Vetos einberufenen Notstands-Sondergeneralversammlung indorsierte jedoch die Mehrheit der Mitgliedstaaten die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen gegenüber Südafrika im Sinne des Kapitels VII der Satzung der Vereinten Nationen.

Die amerikanische Regierung hat die von ihren Amtsvorgängern eingegangene Verpflichtung in der Namibiafrage voll akzeptiert und darüberhinaus versucht, den festgefahrenen Verhandlungen neue Impulse zu geben. Sie nahm die Ausarbeitung eines Prinzipienkataloges in Ergänzung der Sicherheitsrat-Resolution 435/1978 vor, der Grundsätze für die Verfassung Namibias und die Tätigkeit und Zusammensetzung der zu wählenden gesetzgebenden Versammlung enthält. Diese Prinzipien wurden grundsätzlich von Südafrika, SWAPO und den Frontlinienstaaten akzeptiert und scheinen geeignet, die von Südafrika erhobenen Bedenken weitgehend zu zerstreuen. Eine weitere Verhandlungsrunde wird zu Beginn 1982 stattfinden.

Obwohl dadurch eine friedliche Lösung des Namibiaproblems wieder in greifbare Nähe gerückt scheint, hat diese Entwicklung in der 36. Generalversammlung noch keinen Niederschlag gefunden. Die von der Generalversammlung verabschiedeten Resolutionen wiederholen die scharfe Verurteilung Südafrikas und sparen auch nicht mit Kritik an den westlichen Staaten, denen Kollaboration mit Südafrika und stillschweigende Unterstützung der südafrikanischen Politik zum Vorwurf gemacht wird.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***1.2.6. Zypern**

Im Hinblick auf die in Gang befindlichen interkommunalen Gespräche wurde das Zypernproblem als solches von der 36. Generalversammlung nicht behandelt. Erwähnenswert ist jedoch einerseits die Übermittlung einer „Evaluierung“ der jüngsten türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen Verhandlungsvorschläge in den interkommunalen Gesprächen durch Generalsekretär Waldheim, verbunden mit neuen Vorschlägen des Generalsekretärs an die beteiligten Parteien; andererseits wurde von der 36. Generalversammlung eine Resolution zu einem Teilaspekt der Zypernfrage, nämlich jenem der Verschollenen, beschlossen. Diese Resolution, die auf Initiative Zyperns zustandekam, hat zum Ziel, die Arbeiten des 1981 eingesetzten Komitees zur Behandlung der Verschollenenfrage, die nur langsam vorankommen, zu beschleunigen.

Ende 1981 ist eine weitere Mandatsverlängerung der UN-Friedenstruppe auf Zypern (UNFICYP) erfolgt, an der Österreich seit 1973 mit einem Kontingent teilnimmt. UNFICYP steht seit März 1981 unter dem Kommando des Österreichers Generalmajor Günther Greindl.

1.2.7. Abrüstung

Wie nie zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges überschattete der Ost-West-Konflikt die Abrüstungsdebatte der 36. Generalversammlung (vgl. Kapitel „Weltpolitische Entwicklungen“). Die heftige Auseinandersetzung zwischen den Delegationen der Supermächte kontrastierte mit ersten Anzeichen einer Wiederbelebung des Rüstungskontrollprozesses außerhalb der Vereinten Nationen (Treffen der Außenminister Haig und Gromyko in New York, Wiederaufnahme des TNF-Dialoges etc.). In der Generalversammlung war die Einigung zwischen USA und UdSSR über eine Neufassung eines von Mexiko eingebrachten Resolutionsentwurfes betreffend die Fortsetzung des SALT-Prozesses ein allerdings isoliertes Indiz für eine abrüstungsfreundlichere Grundstimmung zwischen den Militärblöcken.

Im Gegensatz zum Engagement der Warschauerpakt- und NATO-Staaten hatte die 36. Generalversammlung für die meisten blockfreien und neutralen Staaten eher routinehaften Charakter. Diese Delegationen brachten zwar in ihren Debattenbeiträgen die Sorge über die nukleare Bedrohung und die Verschwendung von Ressourcen durch das Wettrüsten zum Ausdruck, ihr vorrangiges Interesse richtete sich jedoch bereits auf die für Juni 1982 angesetzte 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung, von der sie sich Weichenstellungen für die Zukunft der multilateralen Abrüstungsdiplomatie erwarten.

Von den 49 Abrüstungsresolutionen der 36. Generalversammlung (1980: 43) setzten 39 Initiativen der Vorjahre fort. 7 der 10 gegenüber dem Vorjahr neuen Abrüstungsresolutionen der 36. Generalversammlung gingen auf Ostblockvorschläge zurück. Die höhere Zahl der Ostblockvorschläge und die konfrontationsbereitere Linie der amerikanischen Delegation führte zum Rückgang des Anteils von Konsensbeschlüssen von fast der Hälfte im Vorjahr auf etwa ein Drittel (17).

Wie in den vergangenen Jahren lag das Schwergewicht der Debatte im Bereich der nuklearen Abrüstung. Neben dem bereits erwähnten mexikanischen Resolutionsentwurf betreffend SALT stand hier ein von Außenminister Gromyko in

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

seiner Erklärung im Plenum eingeführter Deklarationsentwurf, mit welchem der Ersteinsatz von Kernwaffen zu einem Verbrechen gegen die Menschheit erklärt werden sollte, im Mittelpunkt des Interesses. Die westlichen Bündnisstaaten lehnten diesen auf der Asymmetrie der strategischen Doktrinen der Militärbündnisse in Europa beruhenden Vorschlag wegen seines propagandistischen Charakters und seiner Unvereinbarkeit mit dem in der Satzung der Vereinten Nationen normierten Recht auf Selbstverteidigung ab. Die Mehrzahl der blockfreien Delegationen entschlossen sich nach anfänglichem Zögern, einer in ihrem Sinne modifizierten Fassung des Textes zuzustimmen, nachdem sich die Ostblockstaaten im Gegensatz zu ihrer Haltung in früheren Jahren bereitfanden, einen indischen Resolutionsentwurf über die völkerrechtliche Illegalität jeder Verwendung von Kernwaffen zu unterstützen. Mit der Verurteilung der Neutronenwaffe durch die Generalversammlung und der Wiederholung der Aufforderung zum Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen in zusätzlichen Staaten gelang es dem Ostblock, weitere im Kontext der gegenwärtigen europäischen Diskussion relevante Initiativen durchzusetzen. Bei der Entscheidung über die drei genannten Resolutionsentwürfe, die eher Elemente des Ost-West-Konfliktes als Beiträge zum Abrüstungsprozeß darstellten, enthielt sich Österreich der Stimme.

Hingegen konnte die österreichische Delegation wie im Vorjahr einem sowjetischen Resolutionsentwurf über den Beginn umfassender Verhandlungen im CD (Committee on Disarmament) über nukleare Abrüstung zustimmen. Dieser Vorschlag stößt zwar weiterhin auf den Widerstand der NATO-Staaten, die an der Zweckmäßigkeit multilateraler Verhandlungen über Kernwaffen zweifeln, findet jedoch positive Aufnahme bei den neutralen und blockfreien Delegationen, die eine aktivere Einschaltung des CD in den Abrüstungsprozeß befürworten.

1981 blieben die Verhandlungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien über einen „Umfassenden Vertrag über die Einstellung von Nuklearwaffentests“ unterbrochen. Die Aufnahme multilateraler Diskussionen über diesen Gegenstand im CD scheiterte an der negativen Haltung der USA. In einer von Australien vorgelegten (und von Österreich miteingebrachten) Resolution bekräftigt die Generalversammlung die hohe Priorität eines „Umfassenden Teststoppverbots“ und fordert das CD auf, im Rahmen einer Arbeitsgruppe diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen. Ein mexikanischer Text enthält darüber hinaus einen Aufruf zu einem Moratorium für alle Kernwaffentests bis zum Abschluß der Vertragsverhandlungen.

In der Frage der „negativen Sicherheitsgarantien“ (d. h. Verpflichtungen zum Verzicht auf Einsatz von Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearwaffenstaaten) gelang es dem Abrüstungskomitee auch 1981 nicht, dem Abschluß effektiverer und verbindlicherer Maßnahmen näherzukommen. Der 36. Generalversammlung lagen daher neuerlich ein sowjetischer und ein pakistanischer Resolutionsentwurf betreffend die Erneuerung des Mandats des CD vor. Während der sowjetische Text wie im Vorjahr eine Präjudizierung der Verhandlungsergebnisse zugunsten des Abschlusses eines multilateralen Vertrages darstellte, führten Konsultationen über den pakistanischen Entwurf zu einer ausgewogenen Neufassung, die die Zustimmung sämtlicher westlichen Staaten mit Ausnahme der USA und Großbritanniens fand.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Sechs Resolutionen der 36. Generalversammlung befaßten sich mit der Einrichtung nuklearwaffenfreier Zonen in verschiedenen Erdteilen. Hinsichtlich Lateinamerikas, der einzigen vertraglich begründeten, allerdings noch nicht in Kraft befindlichen, nuklearwaffenfreien Zone kritisierte die Generalversammlung die verzögerte Ratifizierung des Zusatzprotokolls II des Vertrags von Tlatelolco durch Frankreich, das die Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten zur Respektierung des kernwaffenfreien Charakters Lateinamerikas enthält. Unter Bezugnahme auf die OAU-Deklaration des Jahres 1964 über die Denuklearisierung Afrikas legte Nigerien neuerlich zwei Resolutionsentwürfe vor, in welchen die Besorgnis über das südafrikanische Nuklearprogramm zum Ausdruck gebracht und zur Einstellung jeder Zusammenarbeit mit Südafrika auf nuklearem Gebiet aufgefordert wird. Die infolge des indisch-pakistanischen Gegensatzes blockierte pakistanische Initiative auf Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Süd-asien wurde durch eine mit der vorjährigen Resolution textgleichen Entschlie-ßung fortgesetzt. Bezüglich des Zonenprojektes für den Mittleren Osten scheiterten die Versuche der ägyptischen Delegation, auf der Basis des im Vorjahr erstmals erzielten Konsensbeschlusses einer Konkretisierung des Planes näher-zukommen, an einigen arabischen Staaten, die durch ihre Insistenz auf eine Verurteilung des israelischen Angriffes gegen den irakischen Reaktor einen Konsensbeschluß über den ägyptischen Resolutionsentwurf zu verhindern drohten. Während sich Ägypten im Interesse einer Erhaltung der Konsensbasis in der Folge mit einem rein prozeduralen Text abfand, brachte die Generalver-sammlung in einem von Irak zum selben TOP vorgelegten Resolutionstext ihr Bedauern über die negativen Auswirkungen der gegenständlichen israelischen Aktion auf die Verwirklichungschancen der nuklearwaffenfreien Zone zum Ausdruck.

Die bedeutendste substantielle Neuerung der 36. Generalversammlung liegt in der erstmaligen Befassung der 1. Kommission mit der Problematik des Wettrü-stens im Weltraum. Die sowjetische Delegation legte den Entwurf einer multila-teralen Konvention über das Verbot der Stationierung von Waffen aller Art im Weltraum vor und schlug in einem begleitenden Resolutionsentwurf vor, das Abrüstungskomitee mit der Verhandlung eines diesbezüglichen Vertragstextes zu beauftragen. Ein in Reaktion darauf von einer Reihe westlicher Delegationen unter Führung der Niederlande und Italiens ausgearbeiteter Resolutionsentwurf sah ebenfalls ein Mandat des CD für Verhandlungen über Maßnahmen zur Ver-hinderung des Wettrüstens im Weltraum vor. Während der sowjetische Ver-tragsentwurf einen ausdrücklichen Hinweis auf das Verbot der Bewaffnung der „Space Shuttles“ enthielt, betonte der westliche Resolutionsentwurf die Priorität des Verbots der Antisatellitenwaffen, hinsichtlich derer die UdSSR einen tech-nologischen Vorsprung besitzen soll. Beide Entwürfe wurden in der Folge ange-nommen, wobei sich die Mitglieder der Militärbündnisse zum Entwurf der je-weils anderen Seite der Stimme enthielten.

Im Mittelpunkt der Diskussion des Problemkreises der chemischen und bakte-riologischen Waffen stand neuerlich die angebliche Verwendung chemischer Kampfstoffe durch sowjetische und vietnamesische Truppen in Afghanistan und Südostasien. Die im Vorjahr mit der Untersuchung der diesbezüglichen Berichte beauftragte Expertengruppe kam zwar in ihrem Bericht an die 36. Generalver-sammlung zu keinen schlüssigen Ergebnissen. Nach polemischer Diskussion

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

konnte die Verlängerung der Untersuchung bis zur 37. Generalversammlung durchgesetzt werden. Die Ostblockstaaten beantworteten diesen westlichen Vorstoß mit einem Resolutionsentwurf zur Verurteilung der Produktion und Stationierung neuer Typen von chemischen Waffen, insbesondere der (in den USA entwickelten) „binären“ Waffen. In einem dritten von Delegationen aller Staatengruppen (darunter der österreichischen) eingebrachten Resolution begrüßte die Generalversammlung den relativ positiven Verlauf der Arbeit des Abrüstungskomitees über ein „Umfassendes Verbot chemischer Waffen“ während des Jahres 1981 und forderte das Komitee auf, die Verhandlungen mit hoher Priorität weiterzuführen.

Nachdem einige konventionell hochgerüstete blockfreie Staaten, die die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich möglichst auf die Thematik der Kernwaffen einschränken wollen, ihren jahrelangen Widerstand aufgegeben hatten, beschloß die 36. Generalversammlung auf der Basis eines dänischen Resolutionsentwurfes, eine umfassende Studie über konventionelle Rüstung und Abrüstung durchzuführen, die der 38. Generalversammlung vorgelegt werden soll.

Das Ziel einer Reduktion der Militärbudgets war neuerlich Gegenstand zweier von Rumänien bzw. Schweden ausgehenden Resolutionsentwürfe, die die unterschiedlichen Ansätze der beiden Staaten reflektierten. Neben einem Appell an alle Staaten zur Zurückhaltung hinsichtlich ihrer Militärausgaben enthielt der rumänische Text eine Erneuerung des Mandats der Abrüstungskommission zur Formulierung von Prinzipien, die als Grundlage für die Vereinbarung von Kürzungen der Militärausgaben dienen sollten. Der schwedische Text forderte demgegenüber zu einer stärkeren Beteiligung der Mitgliedstaaten an dem seit 1980 operativen Berichterstattungssystem der Vereinten Nationen für Militärausgaben auf, durch das deren Vergleichbarkeit ermöglicht und damit eine der Voraussetzungen für die Verifizierung von Reduktionsabkommen geschaffen werden soll.

Der 36. Generalversammlung lagen ferner eine Reihe von Studien über Abrüstungsthemen vor. Die über schwedische Initiative durchgeführte Studie über die verschiedenen Aspekte des Zusammenhangs zwischen Abrüstung und Entwicklung stellt das bisher größte Forschungsprojekt der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich dar. Sie wird der diesbezüglichen Diskussion der 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung als Basis dienen. Eine unter intensiver österreichischer Beteiligung zustandegekommene Forschungsarbeit leistet erstmals eine über den europäischen Bereich hinausgehende konzeptuelle Darstellung des Fragenkomplexes der vertrauensbildenden Maßnahmen. Eine Arbeit über die institutionellen Arrangements der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich hat ebenfalls primär im Zusammenhang der von der 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung zu erwartenden Reform der Abrüstungsmaschinerie der Vereinten Nationen Bedeutung.

Eine Reihe von vor allem von blockfreien Delegationen vorgelegten Resolutionsentwürfen betrafen direkt die Vorbereitung der 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung. So wurde der Termin der Sondergeneralversammlung für 7. Juni bis 9. Juli 1982 festgesetzt, die Durchführung einer letzten Tagung des Vorbereitungskomitees in der Zeit vom 26. April bis 14. Mai 1982 beschlossen. Das Abrüstungskomitee wurde beauftragt, seine Arbeit am Entwurf des „Um-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

fassenden Abrüstungsprogrammes“, welches das zentrale Element der Sondergeneralversammlung darstellen soll, bei seiner Frühjahrstagung abzuschließen. Die Kernwaffenstaaten wurden eingeladen, der Sondergeneralversammlung Vorschläge für Maßnahmen zur Verhinderung eines Nuklearkrieges zu unterbreiten. Der Beginn einer „Weltabrüstungskampagne“ anlässlich der Sondergeneralversammlung wurde angeregt und eine Revision der Mitgliedschaft des CD im Zuge der Sondergeneralversammlung vorgeschlagen.

In seiner Erklärung im Plenum der 36. Generalversammlung vertrat der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, die Auffassung, daß das mangelnde Wissen um die realen militärischen Kräfteverhältnisse ein treibendes Element des Wettrüstens und eines der größten Hemmnisse für die Abrüstungsbemühungen sei. Die österreichische Delegation in der 1. Kommission setzte sich in der Folge für größere Transparenz im militärischen Bereich und für internationale Mechanismen zur objektiven Beurteilung der Kräfteverhältnisse ein. In einem zu diesem Thema vorgelegten Arbeitspapier wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung diesem Fragenkomplex besondere Aufmerksamkeit schenken wird. (Siehe Dokumententeil.)

1.2.8. Internationale Sicherheit

Analog zu den Vorjahren legte Jugoslawien gemeinsam mit anderen blockfreien Delegationen einen Entwurf über die Durchführung der „Deklaration über die Festigung der internationalen Sicherheit“ vor. Darin wurde die Besorgnis über die Gefährdung des Entspannungsprozesses und den unzureichenden Beitrag der zentralen Organe der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung zum Ausdruck gebracht, die Bedeutung der Prinzipien der Satzung und der Deklaration bekräftigt und einige aktuelle Bemühungen und Projekte zur Verbesserung der internationalen Lage hervorgehoben (Friedenszonen im Indischen Ozean und im Mittelmeer, KSZE, Stärkung des Sicherheitsrates etc.). Da der Entwurf gegenüber den Texten der Vorjahre wesentlich ausgewogener formuliert war, und sich Jugoslawien im Konsultationsprozeß als konzessionsbereit erwies, entschlossen sich erstmals eine Reihe von westlichen Staaten (darunter Österreich) zu einer positiven Stimme.

Hinsichtlich der zweiten blockfreien Initiative in diesem Bereich – Ausarbeitung einer Deklaration über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten – setzten sich bei der 36. Generalversammlung die Vertreter der harten Linie unter den Sponsoren durch, die eine Finalisierung der Deklaration auch gegen den Widerstand der westlichen Staaten forderten. Ein kurz vor Ende der Generalversammlung vorgelegter Deklarationsentwurf, der eine Reihe von mit westlichen Vorstellungen von Menschenrechten, Pressefreiheit und Marktwirtschaft unvereinbaren Bestimmungen enthielt, wurde mit den Stimmen der Dritten Welt und des Ostblocks durchgesetzt.

1.2.9. Informationsfragen

Seit der 33. Generalversammlung werden alle den Fragenkomplex Information betreffenden Probleme in einer gemeinsamen Debatte behandelt. In dieser Debatte sind zwei Tendenzen feststellbar: Einerseits dient sie der Behandlung

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

konkreter Sachfragen wie Gestaltung und Verteilung der Publikationen der Vereinten Nationen, der Tätigkeit der Informationszentren der Vereinten Nationen, andererseits befaßt sie sich mit Fragen der neuen Weltinformationsordnung.

Die Sacharbeit für die Vorbereitung der Debatte in der Generalversammlung leistet das Informationskomitee der Vereinten Nationen, das aus 61 Mitgliedern besteht und an dessen Arbeit Österreich als Beobachter teilnimmt.

Die grundsätzlichen Standpunkte der Mitgliedstaaten zu diesem Fragenkomplex lassen sich in drei großen Gruppen zusammenfassen: Die westlichen Staaten stehen auf dem Standpunkt, daß das den westlichen pluralistischen Demokratien zugrunde liegende Prinzip der völligen Freiheit des Informationsflusses und der Meinungsbildung nicht angetastet werden dürfte, verbinden jedoch damit den Ausdruck der Bereitschaft, am Ausbau der Kommunikationssysteme in Entwicklungsländern mitzuhelfen. Von der Sowjetunion und den ihr nahestehenden Staaten wird stets die These der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit der Medien zur Rechtfertigung der Regierungskontrolle über Journalisten und Nachrichtenorgane vorgebracht. Die Staaten der Dritten Welt verbinden mit der Forderung nach dem Ausbau ihrer eigenen Kommunikationssysteme eine sehr grundsätzliche Forderung nach einem Abgehen vom Informationsmonopol westlicher Mediensysteme und einem gerechteren und ausgewogeneren Informationsfluß. Österreich hat in dieser Debatte sowohl im Bereich der Vereinten Nationen wie auch in der eigentlich zuständigen Sonderorganisation UNESCO stets Verständnis für die Forderung der Entwicklungsländer nach einem ausgewogenerem Informationsfluß und verstärkter technologischer Hilfe beim Ausbau von Agenturen und Mediensystemen bekundet, andererseits aber die Freiheit der Presse und der Information als unantastbaren Teil der Grundrechte des Menschen betont.

Da in diesem Fragenbereich sehr konkrete Interessen der westlichen Staaten berührt werden, wurden Verhandlungen über einen Resolutionsentwurf bereits lange vor der Generalversammlung aufgenommen. In diesen Verhandlungen, die sich äußerst schwierig gestalteten, ist auch die Ausarbeitung eines Textes gelungen, der den verschiedenen Aspekten und Standpunkten Rechnung trug und der in der für die Bearbeitung dieser Frage zuständigen Kommission, dem Politischen Sonderausschuß, mit Konsens angenommen werden konnte.

Die USA haben bei der Behandlung der Frage im Plenum der Generalversammlung den im politischen Sonderausschuß gefundenen Konsens, dem sie sich nur zögernd angeschlossen hatten, durchbrochen und angesichts der finanziellen Implikationen gegen die Resolution gestimmt.

1.2.10. Weltraumangelegenheiten

Diese Sachfrage ist für Österreich unter zwei Aspekten von besonderem Interesse: erstens steht die Kommission für die friedliche Nutzung des Weltraums seit ihrer Gründung unter österreichischem Vorsitz, der derzeit von Botschafter Dr. Jankowitsch eingenommen wird, zweitens wurde bei der 34. Generalversammlung beschlossen, UNISPACE 82 – 2. Konferenz der Vereinten Nationen für die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums vom 9.–21. August 1982 in Wien abzuhalten.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Hauptthemen der Tagungen der Kommission für die friedliche Nutzung des Weltraumes und ihrer beiden Unterausschüsse – wissenschaftlich-technischer Unterausschuß und Rechtsausschuß – waren die Erdfernerkundung durch Satelliten, die Nutzung der geostationären Umlaufbahn, die Direkt-Fernsehübertragung durch Satelliten, die Verwendung von nuklearen Energiequellen im Weltraum, die Entwicklung neuer Transportsysteme in den Weltraum sowie die Vorbereitung der Zweiten Weltraumkonferenz der Vereinten Nationen. In der Frage der Erstellung eines Prinzipienkatalogs, welcher die Direkt-Fernsehübertragungen durch Satelliten regeln soll, ist es zu einer schwerwiegenden Auseinandersetzung mit den Vertretern der Dritten Welt gekommen, die die Arbeit der Weltraumkommission in eine ernste Krise brachte. Angesichts der technischen Durchführbarkeit der Direkt-Fernsehübertragung durch Satelliten haben die Entwicklungsländer nicht nur eine beschleunigte Fertigstellung des Prinzipienkataloges, sondern auch Bestimmungen zum Schutz der souveränen Rechte der Staaten gefordert. Die USA, einer der wenigen Staaten, denen die technischen Möglichkeiten zur Durchführung der Direkt-Fernsehübertragung gegeben ist, stehen jedem internationalen Regulativ ihrer nationalen Aktivitäten auf diesem Gebiet ablehnend gegenüber.

Während in den meisten Fragen aufgrund ihrer weitreichenden politischen Implikationen kein Durchbruch erzielt werden konnte, gelang es, die Vorbereitung der Zweiten Weltraumkonferenz voranzutreiben. Diese Konferenz wird sich vor allem mit drei Aspekten zu befassen haben: erstens mit dem derzeitigen Stand der Wissenschaft, zweitens mit der Anwendbarkeit der Weltraumtechnologie auf den Entwicklungsprozeß und zum Nutzen der Entwicklungsstaaten und drittens mit der Möglichkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit. Die Resolutionen zu diesem Sachbereich werden in Konsultation mit den anderen Mitgliedern der Weltraumkommission stets von der österreichischen Delegation ausgearbeitet. Die Verhandlungen über die beiden Resolutionsentwürfe gestalteten sich angesichts der divergierenden Interessen der Weltraummächte und der Entwicklungsländer äußerst schwierig. Dennoch ist es gelungen, allgemein akzeptierbare Formulierungen zu finden und dadurch das Konsensprinzip, mit dem die Weltraumkommission stets gearbeitet hat, aufrecht zu erhalten.

1.2.11. Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme

In der Debatte und in den nationalen Stellungnahmen zum Fragenkreis der politischen Hintergründe großer Flüchtlingsbewegungen und verstärkter internationaler Zusammenarbeit zur Vermeidung bzw. Bewältigung neuer Flüchtlingsströme, ist die Sorge der internationalen Staatengemeinschaft über das Phänomen des Massenexodus und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zu dessen Verhinderung bzw. Bewältigung zum Ausdruck gekommen. Dennoch wurde, insbesondere von mehreren blockfreien Delegationen, Bedenken erhoben, daß das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Staaten verletzt werden könnte. Darüberhinaus wurden Meinungsverschiedenheiten über die Methoden sowie die Mechanismen deutlich, die zur Bewältigung dieser Frage zu schaffen wären. Keinesfalls dürfe die Arbeit des Flüchtlingshochkommissärs der Vereinten Nationen durch die neue Initiative gefährdet oder beeinträchtigt werden.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Die 36. Generalversammlung setzte zur Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfes über diese Frage eine Arbeitsgruppe ein, welche unter dem Vorsitz von Botschaftsrat Dr. Eva Nowotny in ihrer Funktion als Vizevorsitzende des Politischen Sonderausschusses stand. In dieser Arbeitsgruppe ist es gelungen, auf der Basis eines von der BRD-Delegation vorbereiteten Papieres zu einer Resolution zu kommen, die in der Generalversammlung ohne Abstimmung angenommen werden konnte. Diese Resolution verankert einerseits die Prinzipien, welche für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme relevant sind und sieht als zweiten Schritt die Einsetzung eines Expertenkomitees vor, das bis zur 37. Generalversammlung eine Durchsicht der bestehenden Normen des Völkerrechtes vorzunehmen hat, die Gebiete, in denen eine Ergänzung der völkerrechtlichen Bestimmungen notwendig ist, identifizieren soll und gleichzeitig die Ausarbeitung erster Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme in Angriff nehmen muß.

1.3. Wirtschafts- und Entwicklungsfragen

Neben den beiden großen UN-Konferenzen im Berichtszeitraum – Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen (Nairobi, 10.–21. August 1981) und Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder (Paris, September 1981) bildeten die anhaltenden Bemühungen, eine Einigung über den Beginn der globalen Verhandlungen herbeizuführen, den Schwerpunkt der Arbeiten im Wirtschaftsbereich. Besondere Bedeutung kam dabei dem Cancun-Gipfeltreffen zu, von dem allgemein wichtige Impulse für den künftigen Nord-Süd-Dialog erhofft wurden.

1.3.1. Globale Verhandlungsrunde

Trotz der bis Jahresende fortgesetzten, intensiven Bemühungen aller Staaten konnte der bereits vor zwei Jahren bei der 34. Generalversammlung gefaßte Grundsatzbeschluß über die Aufnahme von globalen Verhandlungen betreffend den Gesamtkomplex der Nord-Süd-Fragen (Rohstoffe, Handel, Energie, Entwicklung, Währung und Finanzen) mangels einer Einigung über die Modalitäten der Konferenz (Tages- und Verfahrensordnung) noch immer nicht realisiert werden.

Obwohl die neue amerikanische Regierung zu keiner endgültigen Stellungnahme vor dem Cancun-Gipfel bereit war, wurde doch schon bald klar, daß die USA dem Konzept von globalen Verhandlungen wegen der darin zum Ausdruck kommenden „dirigistischen“ Aspekte, die mit den Prinzipien der freien Marktwirtschaft schwer vereinbar sind, eher ablehnend gegenüberstanden, während sich die übrigen OECD-Staaten u.a. bei der OECD-Ministertagung (16./17. Juni 1981) positiv aussprachen.

Da die in den bisherigen Verhandlungen zutage getretenen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über das Konzept einer solchen Verhandlungsrunde auch in Cancun nicht überbrückt werden konnten, mußte es vor allem darum gehen, in der Generalversammlung einen konkreten politischen Grundsatzbeschluß – unter Einbindung der Vereinigten Staaten – über den Beginn globaler Verhandlungen in der ersten Jahreshälfte 1982 herbeizuführen. Die Annahme

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

der Tages- und Verfahrensordnung sowie der Richtlinien für die Detailverhandlungen in den Spezialfora sollte demnach der Konferenz über globale Verhandlungen selbst vorbehalten bleiben.

Da Präsident Reagan in Cancun jedoch die amerikanische Teilnahme davon abhängig machte, daß die globalen Verhandlungen, auf Basis eines neuen Vorbereitungsprozesses, auf eine pragmatische Problemlösung und die Schaffung von Wohlstand in Entwicklungsländern statt auf Umverteilung und Systemreform abzielen müßten und gleichzeitig keinerlei Einschränkung der Zuständigkeit der Spezialorganisationen (IMF, GATT) erfolgen dürfe, konnte nicht an eine rein prozedurale Entscheidung ohne entsprechende Garantien für die amerikanische Position gedacht werden.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten der Generalversammlung war Österreich aktiv in Konsultationen mit der Gruppe der 77 und den USA eingeschaltet, die zur Ausarbeitung von Textvorschlägen führten, welche einerseits den amerikanischen Vorstellungen weitgehend Rechnung trugen, andererseits jedoch auch ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Verhandlungskompetenz der Sonderorganisationen und der von der Gruppe der 77 geforderten zentralen Rolle der Konferenz zum Ausdruck brachten.

Auf dieser Grundlage konnte sodann in einer Kontaktgruppe des Präsidenten der Generalversammlung eine gewisse Annäherung der Positionen erzielt werden, doch waren weder die Vereinigten Staaten noch die Gruppe der 77 in der Lage, bindende Zusicherungen abzugeben. Erst in einer Sitzung des National Security Council am 30. November wurde eine von Präsident Reagan genehmigte amerikanische Position festgelegt, die außer der klaren Verankerung der ausschließlichen Verhandlungskompetenz der Sonderorganisationen vor allem den vorläufigen ('preliminary') Charakter der Konferenz betont und damit eine ausdrückliche Bedingung für den effektiven Beginn der globalen Verhandlungen enthält. Da die Meinungsunterschiede innerhalb der Gruppe der 77 keine eindeutige Position der Gruppe der 77 ermöglichten und andererseits die Vereinigten Staaten durch die Situation in Polen und die Ereignisse im Nahen Osten zu sehr in Anspruch genommen waren, um der Frage der globalen Verhandlungen entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken, war es nicht mehr möglich, noch 1981 zu einer Einigung zu gelangen. Nach einer Bewertung der Situation durch die Gruppe der 77 werden die Beratungen daher im Rahmen der wiederaufgenommenen Tagung der Generalversammlung 1982 weitergeführt werden. Die Erfolgsaussichten werden dabei wesentlich davon abhängen, ob sich innerhalb der Gruppe der 77 diejenigen Kräfte durchsetzen, die einen politischen Grundsatzbeschluß höher einschätzen als die Verteidigung bekannter Gruppenpositionen oder ob sich unter den Entwicklungsländern die Meinung durchsetzt, daß das derzeitige Klima und vor allem die Haltung der USA eine unmittelbare Weiterverfolgung der Initiative zur Abhaltung globaler Verhandlungen nicht rechtfertigen.

1.3.2. Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung

Einen Schwerpunkt bildete die bereits bei der UNCSTD (Wien, August 1979) grundsätzlich beschlossene Errichtung eines langfristigen Finanzierungssystems für Wissenschaft und Technik, das den mit Jahresende 1981 ausgelaufenen Inte-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

rimsfonds ersetzen soll. Schon bei der August-Tagung des Zwischenstaatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik traten weitreichende Meinungsverschiedenheiten bei der Diskussion der Empfehlungen der vor 2 Jahren von der Generalversammlung eingesetzten Expertengruppe für das Finanzierungssystem, in der auch Österreich vertreten war, zutage. Die zentrale Empfehlung der Expertengruppe sieht ein unabhängiges Finanzierungssystem vor, dem ein jährlicher Gesamtbetrag von mindestens 200 Millionen US-Dollar für den Zeitraum 1983–85 zur Verfügung stehen soll. Dieser Betrag würde nach dem IFAD-Muster auf drei Beitragskategorien (Industriestaaten, OPEC-Länder, Entwicklungsländer) aufgeteilt werden. Durch ein System von derart festgesetzten Beiträgen könnte eine Wiederholung der Erfahrung mit dem Interimsfonds, dem für den Zeitraum 1980/81 statt der vereinbarten 250 Millionen US-Dollar lediglich ca. 40 Millionen US-Dollar an freiwilligen Beiträgen zur Verfügung standen, vermieden werden.

Während sich im Zwischenstaatlichen Komitee noch keinerlei Annäherung zwischen den vor allem von den Entwicklungsländern im wesentlichen indorsierten Auffassungen der Experten und der Auffassung einer Reihe von Industriestaaten, daß das Finanzierungssystem auf dem Prinzip jährlicher freiwilliger Beiträge beruhen solle, abzeichnete, gelang es im Laufe der Generalversammlung unter aktiver österreichischer Beteiligung zumindest, alle Staaten dazu zu bewegen, der Errichtung eines langfristigen Finanzierungssystems mit 1. Jänner 1982 zuzustimmen und eine Reihe von Richtlinien dafür festzulegen. Zur Ausarbeitung konkreter Empfehlungen über die institutionellen, organisatorischen und finanziellen Aspekte des Systems wurde eine allen Staaten offen stehende hochrangige Verhandlungsgruppe eingesetzt, die im März und April 1982 zwei Tagungen abhalten wird und deren Ergebnis der nächsten Tagung des Komitees im Mai 1982 vorliegen wird.

1.3.3. UN-Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen

Aufgrund des in Nairobi gefaßten Beschlusses, eine endgültige Entscheidung über den institutionellen Nachfolgemechanismus der Konferenz erst bei der 37. Generalversammlung zu treffen, beschränkten sich die Entscheidungen der Generalversammlung auf die Indorsierung des Aktionsprogramms von Nairobi und die Errichtung einer vorläufigen Sekretariatsstruktur, die das bei der Konferenz beschlossene Interim-Komitee bei seiner einmaligen Tagung in der ersten Hälfte 1982 unterstützen soll. Aufgabe des Interim-Komitees wird es sein, der nächsten Generalversammlung entsprechende Empfehlungen über die Durchführung des Aktionsprogramms und insbesondere die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel zu unterbreiten. Die Koordination der Aktivitäten des UN-Systems im Bereich neuer und erneuerbarer Energiequellen wurde dem Generaldirektor für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übertragen.

1.3.4. UN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder

Die Konferenz von Paris wurde in der Debatte einhellig als Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit in einem besonders dringenden Bereich hervorgehoben. Die Generalversammlung indorsierte das substantielle Aktionsprogramm und forderte alle Geberländer auf, ihre in Paris eingegangenen Verpflichtungserklä-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

rungen einzulösen. Nach einigem Widerstand der Entwicklungsländer wurde auch die im Aktionsprogramm enthaltene klare und unmißverständliche Eigenverantwortung der betroffenen Länder für ihren Entwicklungsprozeß erneut bekräftigt. Die Konferenz selbst sah keinen ständigen eigenen Nachfolgemechanismus zur Durchführung ihrer Ergebnisse vor, so daß sich die Generalversammlung auf die Präzisierung der Bestimmungen über die Koordination der Maßnahmen im Rahmen bestehender Institutionen des UN-Systems beschränken konnte. Erneut hervorgehoben wurde auch die Bedeutung der Errichtung von Konsultativgruppen auf Initiative der einzelnen Entwicklungsländer dieser Kategorie, die einen neuartigen Überprüfungsmechanismus auf der jeweiligen Länderebene darstellen.

1.3.5. Sonstiges

Weitere Schwerpunkte der Arbeit der 2. Kommission waren

- die Rolle der UNIDO im Industrialisierungsprozeß;
- die Bewertung der Entwicklungshilfeaktivitäten der Vereinten Nationen, wobei vor allem das Zurückbleiben der freiwilligen Beiträge hinter den Wachstumszielen von den Entwicklungsländern beklagt wurde;
- Ernährungsfragen, insbesondere Nahrungsmittelhilfe, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Entwicklungsländern und Agrarhandelsfragen, wobei vor allem die Frage der Subventionen wieder zu großen Meinungsverschiedenheiten Anlaß gab;
- die internationale Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes;
- die Koordination von Katastrophenhilfsmaßnahmen im Rahmen des UN-Systems.

1.4. Soziale und menschenrechtliche Fragen

Während der 36. Generalversammlung hatte die für soziale und menschenrechtliche Fragen zuständige 3. Kommission insgesamt 56 Resolutionsentwürfe und 4 Prozeduralentscheidungen zu behandeln.

Markante Themen waren: Beseitigung der religiösen Intoleranz, Jugend und Recht auf Arbeit, sozialer Wandel, Abschaffung der Todesstrafe, medizinische Ethik, das Recht auf Entwicklung als Menschenrecht, Schaffung eines Hochkommissars für Menschenrechte, Beteiligung der Frauen am internationalen Geschehen, Gleichberechtigung der Frau im Beruf, neue humanitäre Ordnung sowie die menschenrechtliche Situation in Chile, El Salvador und Guatemala, ferner die Flüchtlingsfragen. Für das in Wien ansässige UN-Zentrum für Soziale Entwicklung und Humanitäre Angelegenheiten waren die Resolutionen im Sozialbereich (Jugend, Ältere, Behinderte, Frauendekade, Verbrechensbekämpfung) von besonderer Bedeutung, für die gleichfalls in Wien angesiedelten UN-Suchtgifteinheiten die Resolution über den Drogenmißbrauch.

1.4.1. Menschenrechtsfragen

Als eines der wesentlichsten Ergebnisse der 36. Generalversammlung im menschenrechtlichen Bereich kann die mit Konsens erfolgte Annahme der Deklaration über die Eliminierung aller Formen religiöser Intoleranz angesehen werden.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Bedeutsam ist weiters die auf Initiative der CSSR angenommene Resolution über die Sicherung des Rechtes auf Arbeit für die Jugend. Ein gewisser Erfolg konnte ferner in der Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe mit der Sicherstellung der Behandlung einer Initiative der Bundesrepublik Deutschland betreffend ein Zusatzprotokoll zu einem der Menschenrechtspakte durch die 37. Generalversammlung verzeichnet werden. Andererseits mußte gerade an diesem Beispiel festgestellt werden, wie sehr der islamische Fundamentalismus zu einem bestimmenden Faktor geworden ist, der überall dort einen Konsens verhindert, wo nationale, mit dem Koran jedoch nicht in Einklang zu bringende Maßnahmen erforderlich wären. Den zunehmenden Bestrebungen, im menschenrechtlichen Bereich vor allem den Prozeß des sogenannten „standard setting“ zu forcieren, kam auf niederländische Initiative der überarbeitete Entwurf eines Kodex medizinischer Ethik entgegen. Ferner ist in diesem Zusammenhang den Arbeiten an einer Folterkonvention, an einer Konvention über Gastarbeiter und an einem Deklarationsentwurf über die Rechte von Nicht-Staatsbürgern des Aufenthaltsstaates große Bedeutung beizumessen.

Im Bereich der Länderkritik auf menschenrechtlichem Gebiet waren die Debatten und Resolutionstexte der 36. Generalversammlung u. a. vom zunehmenden Ost-West-Spannungsverhältnis aber auch von Auffassungsunterschieden zwischen den westlichen Ländern geprägt. Letzteres wurde in der Debatte zur Resolution über die Menschenrechtssituation in El Salvador besonders deutlich, in der alle Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere durch paramilitärische Regierungsorganisationen und andere bewaffnete Gruppen bedauert und die involvierten salvadorianischen Parteien zur Erzielung einer politischen Lösung im Verhandlungswege aufgefordert wurde. Während die Vereinigten Staaten, lediglich unterstützt von der Türkei und einer Reihe von Entwicklungsländern, gegen die Resolution stimmten, sprach sich der Großteil der westeuropäischen Staaten (darunter auch Österreich) dafür aus. Eine ähnliche Situation ergab sich hinsichtlich der Resolutionen über Guatemala und Chile.

Die allgemeine Anerkennung des sogenannten „Rechts auf Entwicklung“ als Menschenrecht wurde vor allem von den Entwicklungsländern bzw. den Blockfreien in den Vordergrund gestellt. Die Debatte könnte für das Grundkonzept der Menschenrechte insofern von grundlegender Bedeutung sein, als sich daraus auf lange Sicht eine Überlagerung der traditionellen Menschenrechte und Grundfreiheiten des Einzelnen durch kollektive Rechte ergeben könnte.

Die österreichische Delegation hat der Behandlung der menschenrechtlichen Fragen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, hat in seiner Erklärung in der Generaldebatte der 36. Generalversammlung einen Vorschlag betreffend die Einsetzung von UN-Prozeßbeobachtern im Interesse einer besseren Sicherung der Menschenrechte von Angeklagten unterbreitet, der nunmehr im Rahmen der 3. Kommission bzw. der Menschenrechtskommission weiterverfolgt wird. (Die Erklärung findet sich im Kapitel „Grundsatzserklärungen“.)

1.4.2. Menschenrechtspakte

So wie in den vergangenen Jahren forderte eine dem Stand der Ratifikation der Internationalen Pakte über bürgerliche und politische sowie über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte gewidmete Resolution die Staaten, die den

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Pakten noch nicht beigetreten sind, zum Beitritt auf. Die Vertragsstaaten werden eingeladen, die Möglichkeit der Abgabe der in Artikel 41 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte vorgesehenen Erklärung zu prüfen.

1.4.3. Flüchtlingsprobleme

In einer Resolution zum Bericht über die Internationale Konferenz über Flüchtlingshilfe in Afrika, die im Frühjahr 1981 in Genf stattfand, würdigt die Generalversammlung die Anstrengungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und aller beteiligten internationalen Organisationen, besonders des UNHCR und dankt den Teilnehmerstaaten für die großzügigen finanziellen Beiträge. Eine weitere Resolution befaßt sich mit der Arbeit des UNHCR. Österreich hat in einer Erklärung auf seine zunehmende Belastung durch Asylwerber und auf seine bedeutende finanzielle und verwaltungstechnische Anstrengungen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms hingewiesen.

1.4.4. Frauenfragen

Die auf der 36. Generalversammlung von Algerien eingebrachte Resolution zur Frauendekade (1975–1985) konnte ohne Abstimmung angenommen werden. In dieser Resolution wird die Verwirklichung des von der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen 1980 beschlossenen Aktionsprogramms für die 2. Hälfte der UN-Frauendekade behandelt, die Bedeutung der Arbeit der Kommission für den Status der Frau hervorgehoben, eine adäquate strukturelle Stärkung des in Wien ansässigen Zentrums für Soziale Entwicklung und Humanitäre Angelegenheiten (CSDHA) verlangt und auf die Vorbereitung der zum Ende der Frauendekade (1985) in Aussicht genommenen weiteren Weltfrauenkonferenz Bezug genommen. Weitere Resolutionen sind der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß, dem Internationalen Forschungs- und Trainingsinstitut für die Förderung der Frau, sowie der Gleichberechtigung von Ehepartnern von diplomatischem und konsularischem Personal bzw. von internationalen Beamten bei Verfolg einer eigenen Berufslaufbahn gewidmet. Für das CSDHA in Wien von besonderem Interesse ist schließlich eine Resolution über den freiwilligen Fonds für die UN-Frauendekade. Das CSDHA ist bestrebt, den Fonds organisatorisch am Sitz in Wien (dzt. Sitz New York) zu integrieren. Mit dieser Resolution wurde – u. a. dank aktiver österreichischer Bemühungen – ein wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt.

1.4.5. Kinder und Jugend

Die 36. Generalversammlung räumte in einer Resolution der Ausarbeitung einer Konvention über die Rechte des Kindes höchste Priorität ein und beschloß die Abhaltung einer Tagung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung dieser Konvention.

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Initiativen zur Sicherung des Rechtes auf Erziehung, zum Beitrag der Jugend zum besseren gegenseitigen Verständnis der Staaten und die schwedische Initiative über Adoption und Bereitstellung von Pflegeplätzen für Kinder wurden in der 36. Generalversammlung weiterbehandelt.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

Die 36. Generalversammlung befaßte sich auch mit den Vorbereitungen, die zur Begehung des Internationalen Jugendjahres (1985) getroffen werden. In dem von Rumänien stammenden Resolutionstext wird unter anderem auf die im Frühjahr 1981 in Wien abgehaltene Tagung des Vorbereitungskomitees für das Internationale Jugendjahr bezug genommen, die Mitgliedstaaten und einschlägigen internationalen Organisationen werden zur aktiven Mitarbeit bei der Vorbereitung des Jugendjahres eingeladen.

1.4.6. Ältere Menschen

Die Frage der älteren und alten Menschen wurde auf Initiative Maltas erstmals auf der 24. Generalversammlung (1969) behandelt. Im Resolutionstext der 36. Generalversammlung werden den Mitgliedstaaten, in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen, die Formulierung von Programmen zur Wohlfahrt der älteren Menschen, Maßnahmen zur Forschungsförderung betreffend die älteren Bevölkerungsschichten, vor allem in Entwicklungsländern, sowie vermehrte technologische Kooperation auf diesem Gebiet unter den Entwicklungsländern und ein verbesserter Erfahrungsaustausch vorgeschlagen.

Im Sommer 1982 wird in Wien die „Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen“ abgehalten werden. Mit der Vorbereitung dieser Konferenz, die eine Initiative der USA darstellt, befaßt sich ein von der amerikanischen Delegation ausgearbeiteter Resolutionstext.

1.4.7. Behinderte

1981 war das Internationale Jahr der Behinderten; die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten und Programme wurden tatkräftig vom in Wien ansässigen UN-Zentrum für Soziale Entwicklung und Humanitäre Angelegenheiten wahrgenommen, und zwar unter der Leitung von Frau Letitia Shahani (Philippinen), die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Sonderbevollmächtigten für dieses Internationale Jahr bestellt worden war.

In einem von Libyen unterbreiteten Resolutionstext wurde den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen die Anerkennung für die verschiedenen Maßnahmen auf diesem Gebiet – darunter verbesserte Vorbeugung und Rehabilitation sowie Förderung der vollen Integration der Behinderten in die Gesellschaft – ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß das in Vorbereitung befindliche „Aktionsprogramm für die Behinderten“ die begonnenen Initiativen wirkungsvoll fortsetzen werde. Die Möglichkeit einer „Dekade für die Behinderten“ (1983–1992) soll geprüft werden.

1.4.8. Sozialer Fortschritt

Die 36. Generalversammlung verabschiedete zwei auf mongolischen Anträgen basierende Resolutionstexte, die der Förderung des sozialen Fortschritts gewidmet sind. Der eine Resolutionstext soll das – vor allem landwirtschaftliche – Genossenschaftswesen fördern, der andere Text ist dem vermehrten Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wohlfahrtsförderung, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, gewidmet.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***1.4.9. Kontrolle des Suchtgiftmißbrauchs**

Die Behandlung dieses Gegenstandes geht bereits auf die 32. Generalversammlung (1977) zurück, als die Suchtgiftkommission der Vereinten Nationen beauftragt wurde, ein Programm zur Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauchs auf internationaler Ebene zu erstellen. Die Kommission hat daraufhin ein Langzeitprogramm ausgearbeitet, das den Titel „Strategy and Policies for Drug Control“ trägt. Dieses Programm wurde von der 36. Generalversammlung gutgeheißen und angenommen. Außerdem hat die 36. Generalversammlung auf Initiative Boliviens die Mitgliedstaaten und einschlägigen internationalen Organisationen aufgerufen, verstärkt Maßnahmen gegen den illegalen internationalen Drogenhandel zu ergreifen. Österreich ist auf diesem Gebiet mit Forschungsprogrammen aktiv und pflegt eine enge Kooperation mit den in Wien ansässigen UN-Suchtgifteinheiten.

1.4.10. Rassismusfragen

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der 3. Kommission sind die auf die Eliminierung des Rassismus gerichteten Bestrebungen. Die 36. Generalversammlung verabschiedete zu diesem Thema wieder eine Anzahl von Resolutionstexten, die u. a. die Durchführung des Programmes der Dekade zur Bekämpfung des Rassismus und der rassischen Diskriminierung (1973–1983) zum Gegenstand haben, ferner die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Sicherung ihrer Unabhängigkeit – unter Berücksichtigung kolonialer Aspekte, aber auch des Phänomens fremder Militärherrschaft – weiters die Arbeit des Rassendiskriminierungskomitees (CERD) und die Fortschritte im Zusammenhang mit der Apartheid-Konvention.

Leider war auch auf der 36. Generalversammlung noch kein Konsens über einzelne der Texte möglich, in denen Formulierungen betreffend den bewaffneten Kampf gegen Rassismus oder die praktische Gleichsetzung des Rassismus mit dem Zionismus verwendet wurden. Dennoch konnte erfreulicherweise auf der abgelaufenen Generalversammlung ein gewisser Fortschritt bei der Suche nach allgemein akzeptablen Texten verzeichnet werden.

1.4.11. Maßnahmen gegen Nazismus und Faschismus sowie alle anderen Formen totalitärer Ideologien

Dieser Resolutionstext geht auf eine bereits 1967 begonnene Initiative zurück, die von der DDR verfolgt wird. In den gegenständlichen Arbeiten ist auch die Menschenrechtskommission eingeschaltet. Ziel der Initiative ist im wesentlichen die Sicherung demokratischer Strukturen in den UN-Mitgliedstaaten durch Ergreifung von geeigneten nationalen Maßnahmen gegen das Aufkommen nazistischer und faschistischer Bewegungen sowie überhaupt jeglicher Formen totalitärer Ideologien.

1.5. Kolonial- und Treuhandschaftsfragen

Der Prozeß der friedlichen Dekolonisierung geht als einer der positivsten Erfolge der Tätigkeit der Vereinten Nationen, dem ungefähr zwei Drittel der bestehenden internationalen Staatengemeinschaft ihre Existenz verdankt, dem Ende zu. Dies wurde im Rahmen der 36. Generalversammlung erneut bestätigt

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

durch die Aufnahme der jüngst unabhängig gewordenen Mitgliedstaaten, Belize, Antigua und Barbuda und Vanuatu, durch die sich die Gesamtmitgliederzahl der Vereinten Nationen auf 157 erhöhte. Abgesehen von noch anstehenden größeren Dekolonisierungsproblemen, wie die Frage der Westsahara, die Frage Osttimors und einigen Sonderfragen, die in der 4. Kommission gesondert behandelt werden, beschäftigt sich das Plenum der Generalversammlung in einer ausführlichen Debatte mit der Gesamtproblematik des Dekolonisierungsprozesses.

1.5.1. Westsahara

In der Westsaharafrage hat sich im abgelaufenen Jahr eine Änderung der Situation ergeben, als bei der 18. Gipfelkonferenz der OAU eine Entscheidung getroffen werden konnte, die auch die Zustimmung Marokkos fand. Diese Entscheidung sieht die Einleitung eines verifizierbaren Selbstbestimmungsprozesses durch die Abhaltung eines Referendums in der Westsahara unter internationaler Beobachtung vor. (Siehe Kapitel „Weltpolitische Entwicklungen“.)

Nach einer ausführlichen und mit großer Heftigkeit geführten Debatte in der 36. Generalversammlung legte die algerische Delegation mit Unterstützung anderer blockfreier Staaten einen Resolutionsentwurf vor, der jedoch in wesentlichen Elementen über die Beschlüsse der OAU hinausging. Diesem Standpunkt gegenüber stand eine Gruppe der Mitgliedstaaten, die den von der OAU eingeleiteten Prozeß nicht unterminieren wollte und auf Entscheidungen im Rahmen der Generalversammlung drängte, die den Beschlüssen der OAU zur Gänze entsprachen. Nach einer prozeduralen Auseinandersetzung entschloß sich die kenianische Delegation mit der Unterstützung anderer OAU-Mitglieder zur Vorlage eines kurzen prozeduralen Entscheidungsentwurfes, der auf die Entscheidungen der OAU und den durch sie in Gang gesetzten Prozeß verwies und die Generalversammlung zur Unterstützung dieses Prozesses aufforderte. Dieser Entscheidungsentwurf wurde mit Konsens in der Generalversammlung angenommen. Der algerische Resolutionstext, der trotz mehrfacher Interventionen von der algerischen Delegation nicht zurückgezogen wurde, gelangte zur Abstimmung und wurde mit lediglich 76 positiven Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 57 Enthaltungen angenommen. Die hohe Zahl der Stimmenthaltungen zeigt deutlich die Bedenken der Mitgliedstaaten gegenüber dem sehr weitgehenden algerischen Resolutionsentwurf. Österreich, Australien, Finnland und Schweden, die bei der 35. Generalversammlung den algerischen Resolutionsentwurf zur Westsahara noch voll unterstützt haben, sind in dieser Situation zu einer Stimmenthaltung übergegangen, um hiedurch die Unterstützung für den von der OAU aufgenommenen Prozeß auszudrücken.

1.5.2. Osttimor

Die Verhandlungen zwischen Portugal und Indonesien über die politische Zukunft Osttimors haben im abgelaufenen Jahr noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt.

Die Lage in Osttimor selbst ist unübersichtlich und genauere Informationen sind nicht zu erhalten, da Indonesien weder dem Internationalen Roten Kreuz noch anderen Hilfsorganisationen wie Amnesty International oder auch dem UNHCR das Betreten des Gebietes erlaubt hat. Nach Aussage von Kirchenver-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

tretern und Organisationen, die ohne offiziellen Deckmantel in Osttimor operiert haben, hat sich die Lage in dem Territorium einigermaßen konsolidiert, die Versorgungssituation und die medizinische Betreuung der Bevölkerung ist etwas besser geworden. Dennoch dauern die Guerillakämpfe weiter an. Die 36. Generalversammlung nahm zur Osttimorfrage einen Resolutionsentwurf an, der das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung verankerte, aber darüber hinaus vor allem die humanitären Aspekte des Problems betonte. Österreich hat sich, wie die meisten vergleichbaren Staaten, der Stimme enthalten.

1.5.3. Kleine Territorien

Die Liste der sogenannten kleinen, nicht-selbständigen Territorien, vor allem der Inselstaaten in der Karibik und im Pazifischen Ozean, hat sich durch die Erlangung der Unabhängigkeit Vanuatus (vormals Neue Hebriden) sowie Antiguas und Barbudas neuerlich verringert. In der Debatte der 36. Generalversammlung standen die Vorbereitung der Unabhängigkeit Bermudas, der Virgin Islands, Guams und American Samoas im Vordergrund, wobei vor allem die militärischen Einrichtungen in diesen Gebieten und ihre Auswirkung auf den Prozeß der Dekolonisierung ausführlich diskutiert wurden. In langwierigen Verhandlungen ist es jedoch gelungen, wie in den Vorjahren zu allen kleinen Territorien Beschlüsse auszuarbeiten, die der Lage in den Gebieten entsprechen und mit Konsens angenommen werden konnten.

1.5.4. Ausländische Wirtschaftsinteressen in nicht-selbstständigen Gebieten

Unter diesem Tagesordnungspunkt sollten eigentlich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Interessen der Verwaltungsmächte in den von ihnen kontrollierten Gebieten untersucht werden. Dennoch setzte sich auch im Verlaufe der 36. Generalversammlung die in den Vorjahren begonnene Tendenz fort, diese Debatte zu einem Vorwurf an die westlichen Industriestaaten zu benützen. (Vergleiche: Außenpolitischer Bericht 1980.)

Dennoch setzte sich ein von radikalen blockfreien Staaten ausgearbeiteter scharfer Resolutionstext mit großer Stimmenmehrheit durch, der insbesondere westliche Industriestaaten wegen ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Südafrika verurteilt. Österreich hat sich, wie andere gleichgesinnte Staaten, zu diesem Resolutionsentwurf der Stimme enthalten.

1.6. Administrative und budgetäre Fragen

1.6.1. Programmbudget 1982/83

Obwohl der Generalsekretär der Vereinten Nationen den Forderungen der großen Geberländer folgend ein Real-Nullwachstumsbudget vorgeschlagen hatte und das der Generalversammlung schließlich zur Beschlußfassung vorliegende Programmbudget 1982/83 im wesentlichen diesem Erfordernis entsprach, stimmten die meisten der großen Beitragsgeber gegen den Voranschlag (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Japan, Sowjetunion und übrige Oststaaten) oder enthielten sich der Stimme (u.a. Frankreich, Italien, Belgien). Ihr Stimmverhalten begründeten sie damit, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eine rationellere und sparsamere Verwen-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

dung der Budgetmittel am Platz gewesen wäre. Die Entwicklungsländer hingegen wiesen darauf hin, daß die derzeitige Rezession der Weltwirtschaft verstärkte finanzielle Anstrengungen seitens der Vereinten Nationen erfordert hätte und kritisierten in diesem Zusammenhang die dem Budget 1982/83 zugrundeliegende Theorie des realen Nullwachstums.

Das von der Generalversammlung mit 120 Pro- (darunter Österreich), 15 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen genehmigte Programmbudget 1982/83 sieht Ausgaben in Höhe von 1 506 241 800 Dollar vor, denen – neben den Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten – Einnahmen von lediglich 284 553 000 Dollar gegenüberstehen. Diese Budgetansätze entsprechen einer nominellen 12,2 %igen Erhöhung gegenüber dem Budget der abgelaufenen Budgetperiode 1980/81. Alle jene Mitgliedstaaten, die gegen den Voranschlag gestimmt haben, bringen zusammen 74,42 %, d. h. nahezu drei Viertel des Gesamtbudgets, auf.

Der von Österreich zu bedeckende Anteil von 0,71 % des UN-Budgets beträgt für 1982 4 291 852 Dollar. Hiezu kommt noch ein Betrag von 426 000 Dollar, der sich aus der Aufstockung des als Barreserve der Vereinten Nationen dienenden Working Capital Funds von bisher 40 Millionen Dollar auf nunmehr 100 Millionen Dollar ergibt.

1.6.2. Beitragsquoten

Die Mitgliedstaaten tragen zum regulären Budget der Vereinten Nationen gemäß den vom Beitragskomitee im wesentlichen aufgrund des jeweiligen Nationaleinkommens festgesetzten Quoten bei. Die derzeitige Beitragsskala gilt bis Ende 1982.

Die Ausarbeitung neuer Kriterien zur Festlegung der Beitragsquoten bildete einen der Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit der 5. Kommission. Seitens der Gruppe der 77 wurde eine Reihe von Veränderungen zugunsten der Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen gefordert. Die westliche Staatengruppe bestand jedoch darauf, daß Veränderungen in den Kriterien der Beitragsfestsetzungen von kurzfristigen Überlegungen unabhängig und erst nach eingehenden Beratungen vorgenommen werden sollten. Der von der Gruppe der 77 in der Folge eingebrachte Resolutionsentwurf, welcher u. a. eine Verlängerung der statistischen Basisperiode zur Erfassung des Nationaleinkommens von bisher 7 auf 10 Jahre sowie eine Erhöhung des Freibetrages für Länder mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen von 1 800 Dollar auf 2 100 Dollar vorsieht, wurde mit 118 zu 22 Gegenstimmen (gesamte WEOGruppe, darunter auch Österreich) angenommen.

Inoffiziellen Berechnungen zufolge wird sich die österreichische Beitragsquote aufgrund dieser Resolution ab 1983 von bisher 0,71 % auf 0,74 % erhöhen.

1.6.3. Personalpolitik

Ausgelöst durch Fälle von Verhaftungen von Angehörigen des UN-Sekretariates bzw. der Spezialorganisationen wurde dieses Jahr dem Fragenkomplex „Privilegien und Immunitäten internationaler Beamter“ erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Als Ergebnis der oft kontroversiellen Debatte wurde mit 117 bei 17 Enthaltungen (Ostblock und einige Entwicklungsländer) ein Resolutionsentwurf angenommen, welcher an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen appel-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

liert, die funktionale Immunität internationaler Beamter zu respektieren, und im Falle von Verhaftungen den Vereinten Nationen bzw. den Spezialorganisationen die Möglichkeit der Durchführung von Haftbesuchen einzuräumen.

1.6.4. Pensionssystem der Vereinten Nationen

Das Pensionssystem der Vereinten Nationen umfaßt rund 49 000 Versicherte und ca. 15 000 Empfänger von Alterspensionen und anderen Renten. Die Leistungen an die Versicherten, die bei den Vereinten Nationen selbst oder bei den Sonderorganisationen beschäftigt sind, werden aus Beiträgen bestritten, die 21 % der dem Pensionsabzug unterworfenen Lohnsumme entsprechen sowie aus den Einkommen von selbständigem Vermögen des Pensionsfonds, das Ende 1980 ca. die Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar erreicht hat.

Zwei von Österreich angeregte Verbesserungen in den Leistungen an Pensionisten, die in den ersten Jahren des Bestehens des Fonds die Organisation verlassen haben, wurden von der Generalversammlung angenommen.

1.6.5. Optimale Nutzung des Internationalen Zentrums Wien

Im Rahmen des Programmbudgets 1982/83 hat die Generalversammlung einen Betrag von 40 071 000 Dollar für Instandhaltung und Betriebskosten des IZW genehmigt.

Darüberhinaus hat die Generalversammlung das zwischen den Vereinten Nationen, der IAEA und Österreich im Jänner 1981 abgeschlossene Übereinkommen über die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen des IZW zur Kenntnis genommen.

1.6.6. Finanzierung der UN-Friedenstruppen im Nahen Osten

Die 36. Generalversammlung hat zur Finanzierung von UNDOF (Einsatzbereich Golan), deren Mandat vom 1. Dezember 1981 bis 31. Mai 1982 verlängert wurde, einen Betrag von 15 974 000 Dollar genehmigt. Gemäß dem geltenden Beitragsschlüssel entfallen davon auf Österreich 112 022 Dollar.

Zur Finanzierung von UNIFIL (Einsatzbereich Libanon), deren Mandat vom 19. Dezember 1981 bis 18. Juni 1982 verlängert wurde, hat die 36. Generalversammlung einen Betrag von 83 491 000 Dollar genehmigt. Davon entfällt auf Österreich ein Betrag von 515 295 Dollar, der zugunsten der Einsatzkosten des österreichischen Kontingentes bei UNDOF kompensiert wird.

Im Gegensatz zu den oben angeführten friedenserhaltenden Operationen wird UNFICYP (Einsatzbereich Zypern) nur aus freiwilligen Beiträgen finanziert. Die bisherigen Einnahmen konnten die tatsächlichen Kosten von UNFICYP bei weitem nicht abdecken, so daß mit Dezember 1981 ein Defizit von ca. 91,5 Mio. Dollar besteht. Die für das vom Sicherheitsrat verlängerte UNFICYP-Mandat (15. Dezember 1981–14. Juni 1982) veranschlagten Einsatzkosten betragen 14,6 Mio. Dollar. Österreichs freiwilliger Beitrag hierfür von 125 000 Dollar wird zugunsten der Einsatzkosten des österreichischen Kontingentes bei UNFICYP kompensiert.

Im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung wird sich China ab 1982 erstmals an der Finanzierung von bestehenden friedenserhaltenden Operationen beteiligen.

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

1.7. Völkerrechtliche Fragen

1.7.1. Völkerrechtskommission

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen (ILC) hat 1981 ihre 33. Tagung abgehalten. Sie hat auf dieser Tagung ein weiteres, seit Jahren diskutiertes Kodifikationsvorhaben abgeschlossen, nämlich den Entwurf von Artikeln über die Staatennachfolge in andere Angelegenheiten als Staatsverträge (Staatseigentum, -Archive und -Schulden). Hiezu hat Österreich eine eingehende Stellungnahme abgegeben, die im Bericht der ILC abgedruckt ist. Die Generalversammlung hat in diesem Zusammenhang einstimmig beschlossen, daß zur endgültigen Annahme der Artikel über die Staatennachfolge hinsichtlich Staatseigentum, -Archive und -Schulden eine Bevollmächtigtenkonferenz im Jahre 1983 einberufen werden soll. Der Ort dieser Konferenz wird von der Generalversammlung auf ihrer kommenden Tagung im Herbst 1982 festgelegt werden. Österreich wird in der Zwischenzeit mit den Vereinten Nationen klären, ob diese Konferenz nach Wien eingeladen werden kann. Eine Einladung der Konferenz nach Wien würde an die Tradition anknüpfen, daß alle Kodifikationskonferenzen der VN seit 1960 in Wien stattgefunden haben (1961 diplomatische Beziehungen, 1963 konsularische Beziehungen, 1968 und 1969 Recht der Verträge, 1975 Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen, 1977 und 1978 Staatennachfolge in Verträge).

Im Lauf ihrer 33. Tagung hat die ILC aber auch andere Kodifikationsvorhaben, wie etwa den Entwurf von Artikeln über die Verträge internationaler Organisationen mit Staaten und internationalen Organisationen untereinander, weitertreiben können. Die Kommission hat hiebei versucht, die langdauernden Kodifikationsvorhaben schon im Hinblick auf das Ablaufen des Mandats ihrer Mitglieder möglichst zu einem zumindest vorläufigen Abschluß zu bringen, was freilich nicht vollkommen gelungen ist. Weiterverfolgt werden die Kodifikationsanliegen der Staatenverantwortlichkeit, der Staatenimmunität, des Status des diplomatischen Kuriers und des diplomatischen Kuriergepäcks und der völkerrechtlichen Haftung für nichtrechtswidrige Schadenszufügungen.

Die Generalversammlung hat den Bericht der ILC, der das Resultat der Arbeiten der Kommission enthält, einstimmig zur Kenntnis genommen und einzelne Direktiven für die Zukunft erteilt.

Anläßlich der fälligen Neuwahlen der Kommission hat die Generalversammlung auch entschieden, die Mitgliederzahl der Kommission von 25 auf 34 zu erhöhen. Die westliche Staatengruppe hat geschlossen gegen diese Erweiterung gestimmt, da die Erweiterung nach westlicher Auffassung geeignet ist, die bisher allseits als zufriedenstellend empfundene Arbeit der Kommission, die das wichtigste Organ der Kodifikation des Völkerrechts ist, zu beeinträchtigen. Im Rahmen der Sitzvermehrung konnte die westliche Gruppe ihren Besitzstand zwar geringfügig verbessern, doch sind von den neun zusätzlichen Sitzen acht für Asien, Afrika und Lateinamerika bestimmt.

Anschließend hat die Generalversammlung die nunmehr 34 Mitglieder der ILC auf fünf Jahre neu gewählt. Univ. Prof. Dr. Stephan Verosta, der 1976 in die ILC gewählt worden war, hat nicht mehr kandidiert. Österreich ist ab 31. 12. 1981 in der ILC nicht vertreten.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***1.7.2. Wahlen in den Internationalen Gerichtshof**

Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat mußten 1982 insgesamt sieben von den 15 Richterposten im IGH neu besetzen. Drei dieser Posten waren durch Tod, vier durch Ablauf des Mandats frei geworden. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat wählten am 15. 1. 1981 die Herren Schwebel (USA) und El Khani (Syrien) und am 5. 11. 1981 die Herren de Lacharrière (Frankreich), Jennings (Vereinigtes Königreich), Kéba M'baye (Senegal), Singh (Indien) und Ruda (Argentinien) zu Richtern am IGH.

1.7.3. Bericht des Sonderausschusses über die Satzung der Vereinten Nationen und über die Stärkung der Rolle dieser Organisation

Im Jahre 1981 hat der 1974 eingesetzte Sonderausschuß, dessen Mandat alljährlich verlängert worden war, seine 7. Tagung abgehalten. Er hat hiebei den Entwurf einer Erklärung über die friedliche Streitbeilegung weiter diskutiert. Einige Bestimmungen dieses Deklarationsentwurfes mußten jedoch offenbleiben. In der Generalversammlung wurde die Behandlung des Deklarationsentwurfes einer Arbeitsgruppe der 6. Kommission zugewiesen. Diese Arbeitsgruppe wird sich im kommenden Jahr erneut mit dem Entwurf befassen, wobei angenommen wird, daß es 1982 zur Annahme der Deklaration kommen dürfte.

Der Bericht des Sonderausschusses enthält auch eine lange Liste von Detailproblemen, die im Rahmen einer generellen Überprüfung der konkreten Durchführung der Bestimmungen der Satzung der Vereinten Nationen weiter zu erörtern sein werden. Ein abschließendes Resultat konnte der Sonderausschuß nicht vorlegen. Vielmehr wurde sein Mandat neuerlich verlängert. Dieses Mandat dürfte auch in den kommenden Jahren weiterhin zeitlich erstreckt werden, weil die Fragen einer Änderung der Satzung der Vereinten Nationen viel zu komplex und politisch umstritten sind, um einer baldigen Lösung zugeführt werden zu können.

1.7.4. Schutz und Sicherheit diplomatischer und konsularischer Missionen und Vertreter

Dieser Punkt war 1980 auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt worden und hatte unter wesentlicher Mitwirkung Österreichs zu einer Resolution geführt, die die Staaten auffordert, alles zu unternehmen, um die Verletzung des Status völkerrechtlich geschützter Personen hintanzuhalten. Die Fortsetzung der Diskussion auf der 36. Generalversammlung mündete wiederum in die einstimmige Annahme einer Resolution, an deren Ausarbeitung Österreich gleichfalls großen Anteil hatte. Diese Resolution folgt den Linien der Resolution des Vorjahres und enthält darüber hinaus Elemente eines Überwachungsmechanismus, indem der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt wird, Staaten, in denen Verletzungen der Völkerrechtsnormen über diplomatische oder konsularische Vertreter vorgekommen sind, zur Berichterstattung aufzufordern.

*Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen***1.7.8. Sonderausschuß zur Ausarbeitung einer Konvention gegen das Söldnerwesen**

Das Mandat des 1980 eingesetzten Sonderausschusses zur Ausarbeitung einer Konvention gegen das Söldnerwesen wurde einstimmig verlängert. Dieser Sonderausschuß, der bereits den Entwurf eines Teiles einer einschlägigen Konvention erarbeitet hat, soll bis zur nächsten Generalversammlung einen Gesamtentwurf vorlegen.

2. Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat, dem im Jahr 1981 neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, UdSSR, USA und das Vereinigte Königreich die zehn nicht-ständigen Mitglieder DDR, Irland, Japan, Mexico, Niger, Panama, Philippinen, Spanien, Tunesien und Uganda angehörten, trat im abgelaufenen Jahr zu 60 Sitzungen zusammen.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Sicherheitsrates lagen wie in den Vorjahren auf dem Nahostproblem und der Lage im Südlichen Afrika. Insgesamt 21 Sitzungen waren dem arabisch-israelischen Konflikt in all seinen Aspekten, 20 der Namibia-Frage und den südafrikanischen Aggressionsakten gegen Nachbarstaaten gewidmet.

Die verstärkte Einflußnahme regionaler und überregionaler Organisationen auf die Arbeit des Sicherheitsrates hat sich im abgelaufenen Jahr weiter fortgesetzt und sowohl den Konsultationsprozeß als auch die unabhängige Beschlußfassung im Sicherheitsrat beeinträchtigt. Das dreifache westliche Veto (USA, Frankreich, Vereinigtes Königreich) zu der Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika anläßlich der Stagnation der Namibia-Verhandlungen hat der Kritik am Gebrauch des Vetos und den Bestrebungen der blockfreien Staaten, strukturelle Änderungen im Sicherheitsrat herbeizuführen, neuen Impuls gegeben. Diese Versuche, die in verschiedenen Gremien der Generalversammlung betrieben werden, konnten jedoch bisher durch geschlossenen westlichen Widerstand abgewehrt werden.

3. Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)

Die beiden jährlichen Tagungen des ECOSOC, von denen die Frühjahrstagung (New York, 14. April–8. Mai 1981) primär menschen- und sozialrechtlichen Fragen gewidmet war, während sich die Sommertagung (Genf, 1.–24. Juli 1981) auf den wirtschafts- und entwicklungspolitischen Bereich konzentrierte, dienten im wesentlichen der Vorbereitung der Arbeiten der Generalversammlung auf diesem Gebiet.

Die Tätigkeit des ECOSOC im Berichtszeitraum zeigte erneut, daß sich einerseits das Arbeitsprogramm des Rates mehr und mehr auf entwicklungspolitische Probleme konzentriert, andererseits der zunehmende Verlust einer eigenständigen Rolle des ECOSOC Reformbestrebungen immer mehr in den Vordergrund rückt. Die Frage der Revitalisierung des Rates war demgemäß auch eine der zentralen Fragen bei der Sommertagung. Wenn auch der Rat – und die an-

Tätigkeitsberichte – Vereinte Nationen

schließende Generalversammlung – nicht in der Lage waren, eine substantielle Entscheidung darüber zu treffen, zeigte der Debatte doch, daß immer mehr Mitgliedsstaaten an einer Reform interessiert sind.

Österreich, das zuletzt von 1976–1978 im Rat vertreten war, wurde für eine neuerliche Dreijahresperiode ab 1. 1. 1982 in den ECOSOC gewählt und wird dadurch Gelegenheit haben, sich an einer Reihe von Fragen aktiver zu beteiligen als es einem Beobachter möglich ist.

Österreich wurde vom ECOSOC heuer erstmalig in den UNICEF-Rat gewählt (ab 1. Jänner 1982) und ist von den Fachkommissionen des Rates in der Statistischen Kommission vertreten. An den Arbeiten der übrigen untergeordneten Komitees nahm Österreich als Beobachter teil.

4. Treuhandschaftsrat

Der Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen hielt im Mai/Juni 1981 seine 48. Sitzung in New York ab und behandelte die Entwicklungen im letzten Treuhandschaftsgebiet der Vereinten Nationen, den mikronesischen Inseln im Pazifischen Ozean, welche 1982 aus der Treuhandschaft entlassen werden sollen.

Der Treuhandschaftsrat billigte in seiner 48. Tagung die Vorbereitungen, die von den USA für die Unabhängigkeit der Territorien auf der Basis der Verträge auf freie Assoziation dieser Gebiete mit den USA getroffen wurden. Diese Entscheidung erfolgte gegen den Widerstand der UdSSR, die die Verträge auf freie Assoziation als amerikanisches Manöver bezeichnete, um die Kontrolle über die strategisch wichtigen Inseln auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Ein Versuch der UdSSR, in der 36. Generalversammlung eine Diskussion über das Treuhandschaftsgebiet im Dekolonisierungskontext herbeizuführen, blieb ohne Erfolg.

5. Seerechtskonferenz

Die 10. Tagung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen fand in zwei Teilen und zwar vom 2. März bis 24. April in New York und vom 3. bis 28. August 1981 in Genf statt.

Zum neuen Präsidenten der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen wurde Tommy Koh (Singapur) gewählt. Unter seiner tatkräftigen Leitung konnten die Konferenzarbeiten praktisch abgeschlossen werden. Ungelöst ist aber die Frage, welche Änderungen am Vertragswerk seitens der Vereinigten Staaten von Amerika gewünscht werden: Denn die amerikanische Delegation erklärte in den Verhandlungen, daß sie das Vertragswerk in seiner gegenwärtigen Form nicht für ratifizierbar halte. Jedoch wurden die internen amerikanischen Konsultationen noch nicht zum Abschluß gebracht.

Die Gruppe der Binnenländer und geographisch benachteiligten Staaten, deren Vorsitz Österreich weiter inne hat, setzte ihre aktive Zusammenarbeit hinsichtlich der aus dem Verhandlungsverlauf resultierenden Probleme fort. Die Überzeugung, daß die Gruppe der Binnenländer und geographisch benachteiligten Staaten auch nach Abschluß der Konferenz ihre Rechte wahrzunehmen haben wird, hat sich weiter vertieft.

*Tätigkeitsbericht – Vereinte Nationen***6. Mitgliedschaft Österreichs in Organen der Vereinten Nationen
(Stand 1. 1. 1982)****Generalversammlung – seit 1955**

Komitee für die friedliche Nutzung des Weltraums
 Committee on the Peaceful Uses of Outer Space
 Sonderkomitee für friedenserhaltende Maßnahmen
 Special Committee on Peacekeeping Operations
 UN-Kommission für Internationales Handelsrecht (1978–1983)
 United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)
 Ad-Hoc-Komitee für die Weltabrüstungskonferenz
 Ad Hoc Committee on the World Disarmament Conference
 Komitee für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung (1979–1982)
 Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD)
 Konferenzkomitee (1981–1983)
 Committee on Conferences
 Komitee für Menschenrechte (1981–1984)
 Human Rights Committee
 Abrüstungskommission
 DC, Disarmament Commission
 Abrüstungskomitee – Ad-Hoc-Gruppe Seismologischer Experten
 Committee on Disarmament – Ad hoc Group of Seismological Experts
 Expertengruppe für Wirtschaftliche und Soziale Konsequenzen des Wettrü-
 stens und der Rüstungsausgaben
 Group of Experts on the Economic and Social Consequences of the Arms
 Race and of Military Expenditures
 Expertengruppe für geographische Bezeichnungen
 Group of Experts on Geographical Names
 Zwischenstaatliches Komitee für Wissenschaft und Technik im Dienst der
 Entwicklung
 Intergovernmental Committee on Science and Technology for Devel-
 opment
 Vorbereitungskomitee für die 2. Sondergeneralversammlung für Abrüstung
 Preparatory Committee for the 2nd Special Session of the General
 Assembly devoted to Disarmament

Sicherheitsrat – 1973–1974

UNTSO – United Nations Truce Supervision Organisation
 UNDOF – United Nations Disengagement Observer Force
 UNIFIL – United Nations Interim Force in Lebanon
 UNFICYP – United Nations Force in Cyprus

*Tätigkeitsbericht – Vereinte Nationen***ECOSOC – Economic and Social Council****Wirtschafts- und Sozialrat 1963–1965; 1976–1978, 1982–1984**

Statistische Kommission (1980–1983)

Statistical Commission

Wirtschaftskommission für Europa

Economic Commission for Europe (ECE)

Beratendes Komitee für Wissenschaft und Technik im Dienst der Entwicklung (1981–1983)

Advisory Committee on Science and Technology for Development

UNHCR – Office of the United Nations High Commissioner for Refugees**Büro des UN-Hochkommissärs für Flüchtlinge**

Exekutivkomitee

Executive Committee

UNICEF – United Nations Children's Fund**Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen**

Exekutivrat (1982–1984)

Executive Board

UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development**Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung**

Handels- und Entwicklungsrat

Trade and Development Board

Grundstoffkomitee

Committee on Commodities

Halb- und Fertigwarenkomitee

Committee on Manufactures

Komitee für Finanzfragen und unsichtbare Transaktionen

Committee on Invisibles and Financing related to Trade (CIFT)

Komitee für Technologietransfer

Committee on Transfer of Technology

Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern

Committee on Economic Cooperation among Developing Countries

UNDP – United Nations Development Programme**Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen**

Verwaltungsrat (1982–1984)

*Tätigkeitsberichte – Europarat***Europarat****1. Organisatorische Fragen****1.1. Ministerkomitee**

Das Ministerkomitee des Europarates hat 1981 am 14. Mai und 19. November Tagungen abgehalten, die beide unter dem Vorsitz des Schweizer Außenministers Aubert standen (die erste in Vertretung des damals verhinderten schwedischen Außenministers Ullsten). Österreichischerseits nahm an beiden Tagungen Bundesminister Dr. Willibald Pahr teil. Beide Tagungen standen im Zeichen von Bestrebungen zur Ausweitung der politischen Diskussion im Europarat. Während bei der ersten Tagung weiters das Bekenntnis zu den Menschenrechten und Bemühungen um die Ausweitung derselben sowie um den Kampf gegen Terrorismus eine große Rolle spielten, beschäftigte sich die zweite Tagung auch mit der Abgrenzung des Europarats gegenüber den Europäischen Gemeinschaften und mit der Frage, wie man die Tätigkeit des Europarates, namentlich auf kulturellem Gebiet, noch weiter verbessern und rationalisieren könnte. Das Ministerkomitee beschloß eine „Erklärung über Intoleranz – eine Gefahr für die Demokratie“ und eine Empfehlung an die Regierungen über Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zur Justiz.

Am 18. November fand ein Kolloquium zwischen Außenministern und Vertretern der parlamentarischen Versammlung statt, bei welchem vor allem die Lage in der Türkei sowie Beziehungen mit anderen parlamentarischen Demokratien erörtert wurden.

Auf der Ebene der Ministerdelegierten hielt das Ministerkomitee im Jahr 1981 14 Tagungen ab (328. bis 341.).

1.2. Beratende (parlamentarische) Versammlung

Auf den Bericht der Parlamentarischen Delegation beim Europarat wird verwiesen.

1.3. Fachministerkonferenzen

Im Jahr 1981 fanden 6 Fachministerkonferenzen statt:

1. Die 3. Konferenz europäischer Sportminister vom 8. bis 10. April 1981 in Palma de Mallorca. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Johann Altenhuber, Bundesministerium für Unterricht und Kunst.
2. Die 3. Konferenz europäischer Kulturminister vom 15. bis 17. Mai 1981 in Luxemburg. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Sektionschef Dr. Hermann Lein, Bundesministerium für Unterricht und Kunst.
3. Die 17. Konferenz der europäischen Familienminister vom 20. bis 22. Mai 1981 in Rom. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Leopold Wohlmann, Bundesministerium für Finanzen.
4. Die 12. Konferenz europäischer Erziehungsminister vom 3. bis 4. Juni 1981 in Lissabon. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Sektionschef Mag. Leo Leitner, Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Langkeitsberichte – Europarat

5. Die 1. Konferenz europäischer Gesundheitsminister vom 22. bis 24. September 1981 in Madrid, auf der Österreich durch Bundesminister Dr. Kurt Steyrer vertreten war.
6. Ein informelles Treffen der europäischen Justizminister am 10. September 1981 in Montreux, bei dem Österreich durch Bundesminister Dr. Christian Broda vertreten war.

1.4. Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas

Vom 27. bis 29. Oktober 1981 fand in Straßburg die 16. Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas statt. Die österreichische Delegation, der unter anderem der Landeshauptmann von Kärnten, Wagner, und der Wiener Stadtrat Schieder angehörten, stand unter der Leitung des Bürgermeisters von Innsbruck, Dr. Lugger. Die Konferenz, die im Zeichen einer weiteren Stärkung des Selbstbewußtseins und inneren Konsolidierung der europäischen Gemeinden und Regionen stand, verabschiedete eine Reihe von Resolutionen, darunter u. a. Vorschläge betreffend die Revision ihrer Charta, Regionalpolitik der Mitgliedstaaten des Europarates und der europäischen Institutionen und Prinzipien der Gemeindeselbstverwaltung.

1.5. Budget

Das ordentliche Budget des Europarates für 1981 wurde mit FF 236 Millionen festgelegt. Die österreichische Quote des durch Beiträge der Mitgliedstaaten aufzubringenden Betrages belief sich auf 2,38% oder FF 5,4 Millionen.

2. Politische Fragen

2.1. Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten

2.1.1. Österreich

Das besondere Interesse Österreichs am Europarat bzw. der Wunsch Österreichs, im Europarat eine aktive Rolle zu spielen, kam 1981 u. a. darin zum Ausdruck, daß von den sechs Mitgliedern aus Mitgliedstaaten, die vor der Parlamentarischen Versammlung Reden hielten, drei aus Österreich kamen.

So sprach Frau Bundesminister Firnberg am 27. Jänner 1981 vor der Parlamentarischen Versammlung über neue Aufgaben der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik (und später noch einmal vor der parlamentarisch-wissenschaftlichen Konferenz des Europarates vom 3. bis 5. Juni 1981 in Helsinki).

Bundesminister Pahr hielt aus Anlaß des 25. Jahrestages der Mitgliedschaft Österreichs beim Europarat am 13. Mai 1981 eine Rede von der Parlamentarischen Versammlung, in der er ein Bekenntnis zum Europarat ablegte, gleichzeitig Europa jedoch zur Besinnung auf seine Verantwortung aufrief. In dieser Rede sowie in seinem Diskussionsbeitrag vor dem Ministerkomitee am 14. Mai erinnerte Bundesminister Pahr auch an die Bedeutung der Menschenrechte im Europarat und an die Leistungen, die der Europarat auf diesem Gebiet vollbracht habe und plädierte für eine abermalige Ausweitung des Kataloges der Menschenrechte. (Wortlaut unter „Grundsatzserklärungen“.)

Tätigkeitsberichte – Europarat

Am 7. Oktober 1981 berichtete Bundesminister Dr. Staribacher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates der EFTA über die Tätigkeit dieser Organisation im abgelaufenen Jahr und sprach sich hiebei u. a. für eine Aufrechterhaltung des Freihandels in Europa aus.

Bundesminister Pahr rief vor dem Ministerkomitee am 19. November 1981 dazu auf, eine ständige Verbesserung der Arbeit des Europarates mit dem Ziel zu suchen, mit weniger Aufwand mehr Leistung zu erbringen.

Am 3. und 4. Dezember 1981 stattete Generalsekretär Karasek Österreich einen offiziellen Besuch ab, in dessen Rahmen er von Bundespräsident Kirchschläger, dem Präsidenten des Nationalrates Benya, Bundeskanzler Kreisky, Bundesminister Pahr, Bundesminister Salcher und Bürgermeister Gratz empfangen wurde und sich in das Goldene Buch der Stadt Wien eintrug. Die sich ergebenden Gespräche boten Gelegenheit, das Verhältnis Österreichs zum Europarat einerseits und andererseits die Möglichkeiten einer Reform des Europarates und der Verbesserung seiner Arbeitsweise ausführlich zu behandeln.

Am 5. und 6. November 1981 fand über Einladung der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich ein vom Leitungskomitee des Europarates für Gemeinde- und Regionalangelegenheiten organisiertes Kolloquium über „Reformen der kommunalen Gebietskörperschaften und Regionen in Europa; Theorie, Praxis und kritische Auswertung“ statt.

Vom 1. bis 3. Dezember 1981 fand im Rahmen der Stadterneuerungskampagne des Europarates in Wien ein internationales Seminar zum Thema „Bürgerbeteiligung und Stadterneuerung: die Rolle der Gemeinden“ statt, das von der Stadt Wien und der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen organisiert wurde und auf dem Fragen der Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen (Bund, Land, Gemeinde) sowie der Bürgerbeteiligung an Stadtplanung und Stadtentwicklung zur Diskussion gelangten.

2.1.2. Menschenrechte

Das bedeutendste Ereignis im Berichtsjahr war die Anerkennung der individuellen Menschenrechtsbeschwerde nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Spanien und Frankreich. Frankreich entsandte aus diesem Anlaß und auch im Zusammenhang mit der Abschaffung der Todesstrafe Justizminister Badinter und den Minister für europäische Angelegenheiten Chandernagor nach Straßburg, die beide vor der Parlamentarischen Versammlung das Bekenntnis Frankreichs zum Europarat und zu den Menschenrechten erneuerten. Damit haben nunmehr 16 von 21 Mitgliedstaaten des Europarates die individuelle Menschenrechtsbeschwerde anerkannt.

Im Jahre 1981 wurde auch die Errichtung eines Dokumentationszentrums für Menschenrechte beschlossen, die den mit Menschenrechten befaßten Organen des Europarates eine wesentliche Erleichterung ihrer Arbeit bringen und gleichzeitig die Informationsarbeit auf diesem Gebiet übernehmen wird.

Die Arbeiten im Leitungskomitee für Menschenrechte sowie im zuständigen Expertenkomitee zur Ausweitung der Menschenrechte wurden fortgesetzt. Wie schon erwähnt, plädierte Bundesminister Pahr vor der Parlamentarischen Versammlung und vor dem Ministerkomitee eindringlich für eine derartige Ausweitung, um dem Europarat seine führende Stellung auf diesem Gebiet zu erhalten.

Tätigkeitsberichte – Europarat

Als besonderer Fortschritt ist der Beschluß zu werten, einen Entwurf für ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten auszuarbeiten.

2.1.3. Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und Terrorismus

Hier wäre vor allem die vom Ministerkomitee auf seiner 68. Tagung am 14. Mai 1981 verabschiedete „Erklärung über Intoleranz – eine Gefahr für die Demokratie“ zu erwähnen, in welcher für gemeinsame Bemühungen zur Bekämpfung totalitärer und rassistischer Ideologien und aller Formen der Intoleranz plädiert wurde. Diese Erklärung gab den Anstoß für zahlreiche Folgemaßnahmen in Komitees des Europarates, namentlich den Leitungskomitees für Menschenrechte und Massenmedien.

2.1.4. Türkei

Wie bereits im Vorjahr nahmen die Ereignisse in der Türkei 1981 einen zentralen Platz in den Diskussionen, namentlich der Parlamentarischen Versammlung und des Ministerkomitees, ein. So berichtete der türkische Außenminister Türkmen vor der 68. und 69. Tagung des Ministerkomitees sowie auf einem Kolloquium mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung am 18. November 1981 wie auch der Ständige Vertreter der Türkei bei jeder Tagung der Ministerdelegierten über die Lage in der Türkei und die Fortschritte beim Prozeß zur Wiederherstellung der Demokratie (Einberufung und Tätigkeit der verfassungsgebenden Versammlung). An diese Berichte schloß sich jeweils eine lebhafte Debatte an, wobei namentlich die Außenminister an ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie, Vorherrschaft des Rechts und Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten erinnerten.

2.2. Beziehungen, die über den Rahmen der Mitgliedstaaten hinausgehen

2.2.1. Beziehungen zwischen Europarat und Europäischen Gemeinschaften

Auch im Jahr 1981 fanden zwischen den Organen des Europarates und den Europäischen Gemeinschaften laufend Kontakte zur gegenseitigen Information bzw. zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch statt, von denen insbesondere eine gemeinsame Sitzung des Büros der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europaparlaments am 10. März 1981, die Teilnahme des Präsidenten der EG-Kommission Gaston Thorn an der 68. Tagung des Ministerkomitees am 14. Mai 1981 sowie des Generalsekretärs der EG-Kommission, Noël, an einer Tagung der Ministerdelegierten zu erwähnen sind, wobei beide einen Bericht über die Fragen der Gemeinschaft gaben.

2.2.2. KSZE

Der Verlauf der Madrider Konferenz und die Entwicklung der KSZE-Prozesses bildeten ein zentrales Thema der Tagungen des Ministerkomitees. Wie in den Vorjahren fand 1981 aber auch zweimal ein Gedankenaustausch im Rahmen der Tagungen der Ministerdelegierten über Fragen der KSZE unter Beiziehung der Experten der Außenministerien der Mitgliedstaaten statt (22. Jänner und

Tätigkeitsberichte – Europarat

21. Oktober 1981), der vor allem einer Bilanz des bisher Erreichten, einem Ausblick auf die weiteren Aussichten und einem Austausch der gegenseitigen Meinungen und Standpunkte gewidmet war.

2.2.3. Vereinte Nationen

Am 26. Jänner und am 26. Juni fand im Rahmen von Tagungen der Ministerdelegierten – wie in früheren Jahren – ein Gedankenaustausch über Fragen der Vereinten Nationen unter Beiziehung von Experten der einzelnen Mitgliedstaaten statt, bei denen ein Rückblick auf die 35. bzw. ein Ausblick auf die 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen das Hauptthema war.

2.2.4. USA

Am 29. und 30. Juni 1981 fand unter der Ägide des Europarates in Straßburg ein Kolloquium über die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA statt, bei welchem zahlreiche führende Vertreter von Politik und Presse beider Teile die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA sowie den Schutz der Menschenrechte und der pluralistischen Demokratie behandelten.

3. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

3.1. Menschenrechte

Durch die Anerkennung der Individualbeschwerde gem. Art. 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention seitens Spaniens und Frankreichs hat, wie schon unter Pkt. 2.1.2. ausgeführt, das unter der Ägide des Europarates errichtete Schutzsystem einen bedeutenden Fortschritt erfahren. 16 Mitgliedstaaten haben nunmehr die Individualbeschwerde und 17 die obligatorische Gerichtsbarkeit (Art. 46) anerkannt.

Bei der Europäischen Menschenrechtskommission (österreichisches Mitglied ist bis 1984 Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Dr. F. Ermacora) wurden 1981 von 2 672 eingebrachten Anträgen 402 neue Individualbeschwerden registriert, das sind rund 15,4% (1980: 390, 1979: 378, 1978: 335). Von der Kommission wurden 343 Beschwerden ohne Zustellung und 25 Beschwerden nach Einholung der Stellungnahmen der Parteien für unzulässig erklärt, 3 weitere nach Einholung einer Information von der Regierung. Ferner wurden 15 Beschwerden ohne und 22 nach Zustellung wegen Nichtweiterverfolgung aus der Liste gestrichen. 21 Beschwerden, davon 1 gegen Österreich, wurden als zulässig anerkannt. Die Kommission hat weiters 13 Berichte nach Art. 31 (über 22 Beschwerden) und 3 Berichte nach Art. 30 (darunter 1 über eine Beschwerde gegen Österreich) angenommen. Vor der Kommission fanden im Berichtszeitraum insgesamt 18 mündliche Verhandlungen, davon 4 in österreichischen Fällen, statt (siehe unten).

Gegen die Republik Österreich wurden 1981 95 Beschwerden eingebracht, davon 29 (d. s. 30,5%) registriert (1980: 28, 1979: 23, 1978: 27). Drei Beschwerden wurden der österreichischen Regierung zur Stellungnahme über die Zulässigkeit (Nr. 8658/79, 8790/79, 8998/80), eine weitere zur Einholung einer Information (Nr. 9222/80) zugestellt. 28 gegen Österreich gerichtete Beschwer-

Tätigkeitsberichte – Europarat

den wurden für unzulässig erklärt, darunter eine nach Einholung von Informationen von der Regierung (Nr. 9222/80), zwei nach Einholung schriftlicher Stellungnahmen der Parteien (Nr. 8201/78 und 8652/79) und eine nach einer mündlichen Verhandlung, die im Dezember 1981 vor der Kommission stattfand (Nr. 8803/79; Fall Lingens/Leitgeb betreffend die angebliche Verletzung von Verfahrensgarantien; Art. 6 MRK) und des Rechts auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 MRK) in einem Privatanklageverfahren wegen übler Nachrede in der Presse gemäß § 111 (2) StGB.

Für zulässig erklärte die Kommission die Beschwerde Nr. 8490/79 (Fall Zimmermann betreffend rückwirkende Auslegung eines Strafgesetzes und Anklageüberschreitung). In diesem Fall fand in der Folge eine mündliche Verhandlung über die Frage, ob die Beschwerde begründet ist, statt.

In zwei weiteren bereits früher für zulässig erklärten Beschwerdefällen (Peschke und Andorfer Tonwerke) fanden ebenfalls mündliche Verhandlungen statt. Im Fall Peschke (Nr. 8289/78; das Verfahren betraf die Anwesenheit des inhaftierten Angeklagten bei der Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gerichtshof) wurde in der Folge eine gütliche Einigung der Parteien erzielt und darüber ein Bericht gem. Art. 30 der Konvention angenommen, der dem Ministerkomitee zur Kenntnis gebracht wurde. Die gütliche Regelung hat u. a. eine Verpflichtung der österreichischen Regierung zum Inhalt, dem Nationalrat eine entsprechende Änderung der Strafprozeßordnung vorzuschlagen. Im Fall Andorfer Tonwerke (Nr. 7987/77; das Verfahren betraf die Dauer eines Außerstreitverfahrens über die Festsetzung einer Enteignungsentschädigung) steht der Bericht der Kommission noch aus.

Am 31. Dezember 1981 waren vor der Kommission vier Fälle gegen Österreich anhängig, in denen die Parteien zu Stellungnahmen aufgefordert wurden (Nr. 8658/79 betreffend die Stellung der Sachverständigen im Lebensmittelstraßprozeß, Nr. 8695/79 betreffend angebliche Diskriminierung des unehelichen Kindes im Anerbenrecht, Nr. 8790/79 betreffend die Einhaltung der Garantien des Art. 6 MRK in einem Verfahren vor einer Landesgrundverkehrskommission und Nr. 8998/80 betreffend die Einhaltung der Garantien des Art. 6 MRK in einem Verwaltungsstrafverfahren).

Ferner sind insgesamt 33 weitere Fälle gegen Österreich anhängig. In einem dieser Fälle (Nr. 9156/80) hat die Kommission die Vertagung der Entscheidung beschlossen, in den übrigen Fällen (6 aus 1980 und 26 aus 1981) ist noch keinerlei Entscheidung ergangen.

Dem Ministerkomitee lagen im Berichtsjahr eine Reihe von Beschwerdefällen zur Entscheidung gem. Art. 32 der Europäischen Menschenrechtskonvention vor. Weiters hatte es in mehreren Fällen gem. Art. 54 der Europäischen Menschenrechtskonvention den Vollzug des Urteils des Gerichtshofs für Menschenrechte zu überwachen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (österreichischer Richter ist bis 1986 Univ.-Prof. DDr. F. Matscher) wählte zum Nachfolger seines Ende 1980 verstorbenen langjährigen Präsidenten G. Balladore Pallieri den bisherigen Vizepräsidenten Prof. Gerard J. Wiarda. Der Gerichtshof hat 1981 insgesamt sieben Urteile gefällt. Unter den entschiedenen Fällen erscheint die Sache *Le Compte, van Leuven und de Meyere* gegen Belgien, in der der Gerichtshof

Tätigkeitsberichte – Europarat

wegen der nicht öffentlichen mündlichen Verhandlung und Urteilsverkündung im Verfahren vor dem ärztlichen Berufungsgericht eine Verletzung von Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention fand, von besonderem Interesse, ebenso der Fall Young, James und Webster gegen Großbritannien, der die „closed-shop“-Regelung betraf, die es ermöglicht, Betriebsangehörige im Falle der Weigerung, den zuständigen Gewerkschaften beizutreten, zu entlassen. Im Fall Gustav Adolf gegen Österreich (behauptete Verletzung der Unschuldsvermutung im Falle der Einstellung eines Gerichtsverfahrens gem. § 42 StGB wegen Geringfügigkeit), der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung sowohl von der Kommission als auch von der Bundesregierung gem. Art. 48 MRK an den Gerichtshof weitergezogen worden war, fand im November 1981 eine mündliche Verhandlung statt. Das Urteil des Gerichtshofs ist für das Frühjahr 1982 zu erwarten.

3.2. Soziale und sozio-ökonomische Fragen

Während der Geltungsbereich der Europäischen Sozialcharta und des Europäischen Übereinkommens über Soziale Sicherheit keine Erweiterung erfahren hat, wurde die Europäische Ordnung für Soziale Sicherheit von Griechenland ratifiziert (13 Vertragsstaaten) und von Portugal samt Protokoll unterzeichnet.

Zur Verbesserung der Überwachung der Durchführung der Sozialcharta wurde vom Ministerkomitee ein revidierter Fragebogen beschlossen, der bereits 1982 für die Erstellung der nationalen Zweijahresberichte im Rahmen des VII. Überwachungszyklus Anwendung findet. Vom 19. bis 21. Oktober fand in Turin aus Anlaß des 20. Jahrestages der Unterzeichnung der Sozialcharta ein Festakt statt. Die Arbeiten des Leitungskomitees für Soziale Angelegenheiten auf dem Gebiet der Erweiterung der in der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie in der Sozialcharta niedergelegten Individualrechte sind so weit gediehen, daß das Leitungskomitee die Ausarbeitung eines Protokollentwurfs zur Einbeziehung derartiger Rechte in das Schutzsystem der Sozialcharta in Angriff nehmen kann.

Im November fand unter Teilnahme von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung eine vom Internationalen Institut für Menschenrechte (Straßburg) gemeinsam mit dem Aspen Institut für Humanistische Studien (New York) veranstaltete Konferenz über Wirtschafts- und Sozialrechte in westlichen Demokratien zum Vergleich ihrer Anwendung in den Mitgliedstaaten des Europarates und in den USA statt.

Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit wurden die Arbeiten zur Revision der Europäischen Ordnung für soziale Sicherheit erfolgreich fortgesetzt und Möglichkeiten zur Verbesserung des Kontrollverfahrens geprüft.

Das Leitungskomitee für Soziale Angelegenheiten hielt eine außerordentliche und zwei ordentliche Tagungen ab. Die außerordentliche Tagung war vor allem den abschließenden Beratungen über die Formulierung neuer Individualrechte, aber auch über die Möglichkeiten, der Sozialcharta sowie dem Europäischen Übereinkommen über soziale und medizinische Hilfe zu einer verstärkten Anerkennung zu verhelfen, gewidmet. Die Arbeiten des Leitungskomitees während seiner zwei ordentlichen Tagungen betrafen verschiedene Fragen der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die vom Leitungskomitee ausgearbeitete Empfeh-

Tätigkeitsberichte – Europarat

lung über Hilfsmaßnahmen für bestimmte vom Niedergang bedrohte Handwerksberufe (Empfehlung R [81] 3) wurde vom Ministerkomitee angenommen, ein Empfehlungsentwurf über den Schutz vor Arbeitslosigkeit ist weitgehend fertiggestellt. Weitere Beratungsthemen waren u. a. die soziale Situation und soziale Maßnahmen zugunsten von Asylwerbern und Flüchtlingen (worüber ein Expertenbericht als Europaratsbroschüre veröffentlicht wird), Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme geistig Behinderter am Arbeitsleben und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage älterer Arbeiter.

Die Parlamentarische Versammlung hat im Sozialbereich Empfehlungen über die soziale Lage von Häftlingen (Empfehlung 914), über die Lage der Gastarbeiter in den Empfangsstaaten (Empfehlung 915) und über den Schutz der Arbeiter im Fall des Konkurses (Empfehlung 919) beschlossen, die nun dem Ministerkomitee zur Behandlung vorliegen.

Die Arbeiten auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes führten zur Ausarbeitung eines Empfehlungsentwurfes über die Ausbildung von beruflichen und freiwilligen Konsumentenberatern, der dem Ministerkomitee zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Die Behandlung von Fragen der Automatisierung und Computerverwendung in der Verteilung wurde weitergeführt.

Das Leitungskomitee für Bevölkerungsstudien untersuchte die jüngsten Bevölkerungsentwicklungen in den Mitgliedstaaten, schloß seine Studie über Struktur und Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ab, beschloß die Veröffentlichung von Expertenberichten über die Stadtbevölkerung in nord- und mitteleuropäischen sowie in nordeuropäischen Städten und befaßte sich mit der Vorbereitung der für Herbst 1982 geplanten Europäischen Bevölkerungskonferenz in Straßburg.

Das Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung der Wanderarbeiter, für dessen Inkrafttreten fünf Ratifikationen erforderlich sind, wurde von der Türkei als viertem Land nach Schweden, Portugal und Spanien ratifiziert. Unterzeichnet wurde diese Konvention weiters von Belgien, der BRD, Griechenland, Luxemburg und den Niederlanden.

Das Leitungskomitee für innereuropäische Wanderung behandelte verschiedene Fragen der Integration der Gastarbeiter in den Gastländern, wobei die Schwerpunkte bei den Problemen der Wanderarbeiter der zweiten Generation sowie bei der Aufrechterhaltung der kulturellen Bande mit den Herkunftsländern und Freizeiteinrichtungen lagen, worüber Empfehlungsentwürfe ausgearbeitet werden. Besondere Bedeutung kommt ferner den Schulfragen, der Berufsausbildung und dem Sprachenunterricht zu, wobei vor allem mit dem Leitungskomitee für kulturelle Zusammenarbeit ein wechselseitiges Kooperationsverhältnis hergestellt wurde.

Auch im Schuljahr 1981/82 unterstützt der Europarat mit finanzieller Hilfe Versuchsklassen für Gastarbeiterkinder in den Mitgliedstaaten, darunter wieder ein Projekt in Österreich (Wien).

Nachdem bereits verschiedene Aktivitäten zur Durchführung der Beschlüsse der ersten Ministerkonferenz für Wanderungsfragen, die 1980 in Straßburg stattfand, eingeleitet worden sind, hielt im Herbst ein Komitee Hoher Beamter zur

Tätigkeitsberichte – Europarat

Vorbereitung der zweiten derartigen Konferenz, die voraussichtlich 1983 in Italien stattfinden wird, seine erste Tagung ab, um Themenvorschläge auszuarbeiten.

Auch die Parlamentarische Versammlung behandelte den Fragenkomplex der Wanderarbeiter und beschloß die Empfehlung 915 über die Lage der Gastarbeiter in den Empfangsstaaten, worin den Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen zur Erleichterung der Integration der Wanderarbeiter in den Aufnahmeländern empfohlen wird. Das Ministerkomitee hat die Leitungskomitees für innereuropäische Wanderung sowie für kulturelle Zusammenarbeit beauftragt, entsprechende Vorschläge in diesem Sinn zu machen.

Der Wiederansiedlungsfonds, dem Österreich, ebenso wie Großbritannien und Irland noch nicht angehören, feierte 1981 sein 25jähriges Bestehen. Durch seine Darlehen, die zum Teil als niedrigverzinsten „Sozialdarlehen“ vergeben werden, hat der Fonds auch im Berichtsjahr eine bedeutende Anzahl von Projekten in den Mitgliedstaaten finanziert, wobei eine Akzentverschiebung in Richtung eines Ausgleichs sozio-ökonomischer Ungleichgewichte eingetreten ist. Um den zahlreichen Anträgen rascher entsprechen zu können, wurde 1981 eine weitere Kapitalerhöhung beschlossen.

Im Mai fand in Rom die Europäische Familienministerkonferenz über das Thema „Zeit für die Arbeit – Zeit für die Familie“ statt, wobei die Probleme der berufstätigen Frau, die Kosten der Kindererziehung sowie die Probleme behinderter Kinder im Mittelpunkt standen.

Im Bereich des Teilabkommens für Soziale Angelegenheiten, an dem Österreich mitarbeitet, hat das Ministerkomitee die Resolution AP (81) 5 über Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter vor Asbeststaub verabschiedet.

3.3. Bildung, Kultur und Sport

Dem Rat (Leitungskomitee) für kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) standen zur Finanzierung seiner Aktivitäten im Rahmen des Jahresprogramms 1981 aus dem Kulturfonds rund 22 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Vertreter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurde für 1982 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Der CDCC behandelte in zwei Tagungen mehrere, zum Teil auch von anderen Leitungskomitees vorbereitete Empfehlungsentwürfe über Erwachsenenbildung, über die Aufrechterhaltung der kulturellen Bindungen der Wanderarbeiter mit ihrem Heimatland und über die Wanderarbeiter der zweiten Generation. Die Empfehlung Nr. R (81) 17 über Erwachsenenbildung wurde vom Ministerkomitee angenommen. Im wesentlichen war der CDCC jedoch mit der Diskussion seiner laufenden Projektarbeiten im Bereich der Bildung und Kultur sowie der Auswahl und Definition neuer Projekte befaßt. Folgende neue Projekte wurden ausgearbeitet: ein Schulerziehungsprojekt für die Primärstufe der 5- bis 12jährigen Kinder, ein Projekt „Erwachsenenbildung für Entwicklung“, ein Anschlußprojekt „Moderne Fremdsprachen“ sowie ein Kulturprojekt zur Förderung der Kreativität unter Berücksichtigung der Entwicklung der Kulturindustrien.

Tätigkeitsberichte – Europarat

Der Europäische Schultag, an dem jährlich rund 2 Millionen Schüler aus den Mitgliedstaaten teilnehmen, fand unter namhafter finanzieller Beteiligung der Europäischen Gemeinschaften erstmals unter der Ägide des Europarats statt.

Auf dem Gebiet der Bildung wurde im März in Straßburg eine Konferenz über die Situation ausländischer Studenten in den Mitgliedstaaten sowie im Oktober in Laxenburg eine Konferenz über akademische Mobilität abgehalten. Die für das Berichtsjahr vorgesehenen Konferenzen zur Auswertung der Projekte „Vorbereitung auf das Leben“ und „Moderne Fremdsprachen“ mußten aus budgetären Gründen auf 1982 verschoben werden. Es wurde weiters eine Reihe von Seminaren, Kolloquien und Workshops, darunter im Rahmen des Projekts für Mittelschulbildung „Vorbereitung auf das Leben“ ein Symposium in Neusiedl über „Europa in den Lehrplänen für Mittelschulen“ veranstaltet.

Das Ministerkomitee beschloß die im Rahmen des Projekts über Vorschulerziehung erarbeitete Empfehlung R (81) 3 über die Fürsorge und Erziehung von Kindern von der Geburt bis zum Alter von acht Jahren.

Bezüglich der weiteren europäischen Koproduktion von Lehr- und Lernbehelfen wurde beschlossen, diese Tätigkeit mit 1981 zu beenden und nur die in Ausarbeitung befindlichen Unterlagen fertigzustellen. Das Stipendienprogramm für Lehrer wurde durch das Angebot von 12 Stipendien von Portugal erweitert.

Einen besonderen Platz im Tätigkeitsprogramm des CDCC nehmen die Probleme der Wanderarbeiter im Erziehungs- und Kulturbereich ein, denen ein eigenes Projekt (Nr. 7) gewidmet ist. In dessen Rahmen werden die Beziehungen zwischen der Familie (Eltern als Gastarbeiter) und der Schule, die Beziehungen zwischen Kultur und Erziehung und Erwachsenenbildung für Wanderarbeiter behandelt. Auch die Arbeiten auf dem Gebiet der Ausbildung von Lehrkräften, die Kinder von Gastarbeitern unterrichten, wurden fortgesetzt und weitere Ländermonographien über die schulische und kulturelle Situation in den Gast- und Herkunftsländern zur Information der Lehrer veröffentlicht.

Die Ständige Konferenz für Hochschulfragen, die paritätisch aus hohen Beamten und Vertretern der Universitäten zusammengesetzt ist, hielt im Frühjahr ihre 4. Tagung ab. Auf dem Gebiet der Analysen, Studien und Konferenzen wurden aufgrund der im Vorjahr geleisteten Arbeit im März in Straßburg eine Konferenz über die Situation ausländischer Studenten in den Mitgliedstaaten des CDCC abgehalten, ein Bericht über die Aufgaben und den rechtlichen Status der Studentenorganisationen ausgearbeitet und Studien über die Rolle der Forschung an Universitäten sowie über neue Kommunikationstechniken im Fernunterricht durchgeführt. Im Bereich der akademischen Mobilität wurden die Arbeiten zur Errichtung eines Informationssystems über Mobilität und Gleichwertigkeit im Universitätsbereich und die Koordination des Stipendiensystems für Höhere Bildung fortgesetzt. Die schon erwähnte Konferenz über akademische Mobilität war insbesondere Fragen der Zulassung zu den Universitäten und der Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich gewidmet.

Die Themen des post-universitären Ausbildungsprogramms erstreckten sich auf die Gebiete Schutz des kulturellen Erbes, Energiefragen, Umwelt und Raumordnung, Gesundheit und soziale Fragen sowie Menschenrechte.

Tätigkeitsberichte – Europarat

Im Bereich der außerschulischen Erziehung erwies sich das Projekt für moderne Fremdsprachen, das mit Englisch begonnen wurde und als Multimediakurs („Follow me“) eine beachtliche Anzahl von Hörern und Zusehern erreichte, als besonders erfolgreich. Nach einer Konferenz zur Auswertung dieses Projekts im Frühjahr 1982 soll es mit einer neuen Sprache weitergeführt werden. Die Arbeiten auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung haben mit der Annahme der bereits erwähnten Empfehlung R (81) 17 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten, in der die Bedeutung und die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung im Prozeß der Demokratisierung der Bildung hervorgehoben werden, einen besonderen Fortschritt erzielt.

Das Europäische Dokumentations- und Informationssystem für Bildung (EUDISED) auf der Basis automatischer Datenverarbeitung arbeitet seit 1981 mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften unter deren finanzieller Beitragsleistung zusammen. In diesem Rahmen wird vor allem in Zusammenarbeit mit dem Bildungsinformationsnetz der Europäischen Gemeinschaft EURYDICE die weitere Entwicklung des mehrsprachigen EUDISED-Thesaurus von Index-Schlüsselworten durchgeführt werden.

Die Ständige Konferenz der europäischen Erziehungsminister hielt im Juni in Lissabon ihre 12. Tagung ab, deren Hauptthema die Vorschulerziehung (der 3- bis 8jährigen) war. Weiters behandelten die Minister Fragen der europäischen Zusammenarbeit sowie der Chancengleichheit für Mädchen und Frauen auf dem Gebiet der Erziehung.

Die Arbeiten des CDCC auf dem Gebiet der Kultur, und zwar die Projekte betreffend Kultur und Medien, die mit einem Kolloquium in Belgien abgeschlossen wurden sowie über die Bedeutung der Kulturindustrien, bildeten die Grundlage für zwei Resolutionen, die bei der 3. Konferenz der europäischen Kulturminister im Mai in Luxemburg verabschiedet wurden. Die Minister beschlossen weiters Resolutionen über die kulturelle Zusammenarbeit in Europa sowie über eine europäische Erklärung über die kulturellen Zielsetzungen, wodurch die kulturelle Zusammenarbeit in Europa im Rahmen des Europarates neue Impulse erhalten soll.

Auf Anregung des Europäischen Parlaments haben sowohl das Ministerkomitee als auch die Parlamentarische Versammlung in Empfehlung 917 beschlossen, 1985 zum Jahr der Musik zu erklären und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament zu gestalten.

Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für die 17. und 18. Europäische Kunstausstellung begonnen, die beide 1983, die eine in Portugal über das Thema „Die portugiesischen Entdeckungen und das Europa der Renaissance“, die andere über „Anatolische Zivilisationen“ in der Türkei veranstaltet werden.

Der Europäische Museumspreis wurde für 1981 an das Monaghan County Museum in Irland verliehen.

Das Leitungskomitee für die Entwicklung des Sports, dessen Aktivitäten aus dem Sportfonds finanziert werden, schloß die Vorbereitungen für die 3. Ministerkonferenz ab und befaßte sich mit Problemen von Sport und Erholung in Beziehung mit Naturschutz sowie der Erstellung von Richtlinien für den sozialen Schutz freiwillig Sport Treibender. Das Ministerkomitee beschloß die vom Lei-

Tätigkeitsberichte – Europarat

tungskomitee ausgearbeitete Empfehlung R (81) 8 über Sport und Erholung und Naturschutz in Binnenwassergebieten.

Die europäischen Sportminister hielten im April ihre 3. Konferenz in Palma de Mallorca ab. Die Minister diskutierten verschiedene Entwicklungen im Sport seit der letzten Ministertagung 1978 in London und aktuelle, den internationalen Sport betreffende politische Fragen, wie die Ausschaltung rassistischer, religiöser und jeder anderen Form von Diskriminierung, die Verbesserung der Nord-Süd-Chancengleichheit und die Verwendung nationaler Symbole im internationalen Sport. Weiters beschlossen die Minister eine Reihe von Resolutionen zur Förderung des Sports von Frauen und verschiedener anderer Zielgruppen wie Gastarbeiter und Behinderte.

3.4. Jugendfragen

Das Europäische Jugendzentrum, dessen leitendes Organ nach der Formel des „co-management“ aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Jugendorganisationen zusammengesetzt ist (Österreich wird nach vierjähriger Pause im Direktionsrat während der Periode 1982 bis 1985 durch einen Regierungsvertreter repräsentiert sein), konnte sein Programm gegenüber dem Vorjahr um einen Sprachkurs erweitern. Es wurden 30 Studientagungen und 5 Kolloquien über aktuelle Themen, 1 Trainingskurs für Jugendführer, 2 Sprachkurse für Englisch (je einer für Jugendführer und junge Arbeiter), 2 für Französisch (davon ein Wiederholungskurs) und 1 Kurs für Italienisch, Beratertagungen sowie eine Tagung der nationalen Korrespondenten für Jugendfragen abgehalten. Das Ministerkomitee hat beschlossen, ab 1982 anstelle der nationalen Korrespondenten ein ad hoc-Komitee für Jugendfragen einzusetzen, in dem alle Mitgliedstaaten vertreten sind. So wird es allen Staaten, auch wenn sie aufgrund des Rotationsystems zeitweilig in den Organen von Jugendwerk und Jugendzentrum nicht vertreten sind, ermöglicht, aktiv an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugend teilzunehmen. An den Veranstaltungen des Jugendzentrums nahmen insgesamt 1 233 Personen (1980: 1 259 Personen), darunter 54 Österreicher (1980: 64), teil.

Das Europäische Jugendwerk, ein Fonds, zu dem die Mitgliedstaaten gesonderte Beiträge leisten, unterstützte 1981 insgesamt 104 Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten mit rund 4 000 jugendlichen Teilnehmern. 25% der Fondsmittel wurden zur Subventionierung der Verwaltungsausgaben von 32 internationalen Jugendorganisationen aufgewendet. Veranstaltungen der folgenden 8 Organisationen (1980: 5) wurden in Österreich abgehalten:

- Internationale Union der Sozialistischen Jugend (IUSY), Wien (ca. 500 Teilnehmer),
- Internationale Falkenbewegung (IFM-SEI), Brunn am Gebirge (44 Teilnehmer),
- Europäischer Verband für interkulturelles Lernen (EFIL), Salzburg (60 Teilnehmer),
- Naturfreundejugend International (NFJI), Wien (ca. 45 Teilnehmer),
- Katholische Arbeiterjugend Österreichs (KAJÖ), Gosseldorf (64 Teilnehmer),
- Internationaler Freier Gewerkschaftsbund (ICFTU), Ossiach (44 Teilnehmer),

Tätigkeitsberichte – Europarat

- Internationaler Verband des Amateurtheaters (IATA), Stainz (61 Teilnehmer),
- Europäische Jugend des Blauen Kreuzes (EBY), Seeboden (18 Teilnehmer).

Der österreichische Beitrag zum Budget des Jugendwerkes (rund 5,5 Millionen FF) betrug 128 233 FF (2,3%). Darüber hinaus leistete Österreich einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag von 10 000 FF, wodurch das Jugendwerk freiwillige Beiträge in der Höhe von rund 750 000 FF (1980: 970 000) erhielt. Österreich war in der Periode 1980/81 in dem aus Vertretern internationaler und nationaler Jugendorganisationen zusammengesetzten Beratenden Komitee durch den Österreichischen Bundesjugendring vertreten.

3.5. Gesundheitswesen

Das Leitungskomitee für Gesundheit und seine Fachexpertenkomitees befaßten sich mit Problemen der Gesundheitsverwaltung, Vorsorgemedizin, Bluttransfusion und Drogenmißbrauch sowie mit Rechtsfragen im Gesundheitsbereich.

Das Ministerkomitee hat folgende vom Leitungskomitee ausgearbeitete Empfehlungen und Entschlüsse angenommen:

- Empfehlung R (81) 5 über die Anwendung von Anti-D-Immunoglobulin in der Schwangerschaft,
- Empfehlung R (81) 14 über die Verhinderung der Übertragung ansteckender Krankheiten durch den internationalen Austausch von Blut und Blutbestandteilen,
- Resolution (81) 7 über die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Europäischen Blutbank für seltene Blutgruppen in Amsterdam.

Weiters hat das Leitungskomitee Empfehlungsentwürfe über die Verhütung von Drogensucht und die besondere Rolle der Gesundheitserziehung, über die Verhütung von Problemen in bezug auf Alkohol, besonders bei Jugendlichen, und über die Hilfe für kleine Staaten auf dem Gebiet der Ausbildung von Personal im Gesundheitsdienst ausgearbeitet und dem Ministerkomitee zur Annahme zugeleitet. Ein Empfehlungsentwurf über die Behandlung und Resozialisierung Drogensüchtiger, über den bei seiner ersten Vorlage im Ministerkomitee keine Einigung erzielt werden konnte, wurde überarbeitet und liegt nun dem Ministerkomitee neuerlich zur Beschlußfassung vor.

Im Bereich des Teilabkommens, an dessen Arbeiten Österreich teilnimmt, beschloß das Ministerkomitee eine Ergänzung zur Resolution (78) 1 über Haltbarkeitsdauer und Verfallsdatum von Arzneimitteln, drei Resolutionen zur Verminderung der Gefahren durch Pestizide (Resolutionen AP (81) 1–3), Resolution AP (81) 4 betreffend Aufklärung über Gefahren der mikrobiologischen Kontamination von Lebensmitteln, Resolution AP (81) 5 über den Schutz der Arbeiter vor Asbeststaub und Resolution AP (81) 6 über Warnungen auf bestimmten Kategorien von Medikamenten. Weitere Resolutionsentwürfe, z. B. über klinische Versuche an Menschen und über den sicheren Gebrauch von Desinfektionsmitteln in der Lebensmittelhygiene, sind in Ausarbeitung. Weitere Arbeiten betrafen u. a. Publikationen über Kosmetika und ihre Inhaltsstoffe und über Reihenuntersuchungen zu angeborenen Stoffwechselkrankheiten bei Neugeborenen. Zwei Tagungen waren den Arbeiten am Europäischen Arzneibuch

Tätigkeitsberichte – Europarat

gewidmet. Der erste Teil der 2. Ausgabe wird in elf der insgesamt 15 diesem Teilabkommen angehörenden Staaten am 1. 1. 1983, in Österreich und drei weiteren Ländern am 1. 1. 1985 in Kraft gesetzt.

Im September fand in Madrid eine erste Konferenz der europäischen Gesundheitsminister statt. Die Minister behandelten u. a. die Rolle der staatlichen Gesundheitspolitik, Fragen der Vorbeugung und Gesundheitserziehung, insbesondere im Zusammenhang mit Alkohol- und Nikotinkonsum sowie Medikamenten- und Drogensucht und die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, wofür sie dem Ministerkomitee eine Reihe von Aktivitäten vorschlugen.

Im Rahmen des neuen Teilabkommens zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs („Pompidou-Gruppe“), dem 1981 Griechenland beigetreten ist, fand im November eine Ministertagung seiner zwölf Mitgliedstaaten statt. Ihre Hauptthemen waren Drogen- und Medikamentenmißbrauch in Europa, Kontrolle des illegalen Drogenhandels und Behandlung von schwer Drogensüchtigen.

3.6. Natur- und Umweltschutz, Raumordnung und Denkmalschutz

3.6.1. Natur- und Umweltschutz

Das anlässlich der Umweltministerkonferenz 1979 in Bern von 18 Mitgliedstaaten unterzeichnete Europäische Übereinkommen zum Schutz wild wachsender Pflanzen und wild lebender Tiere ist bisher von Liechtenstein, den Niederlanden und der Schweiz ratifiziert worden und wird voraussichtlich 1982 in Kraft treten können. Zypern hat 1981 unterzeichnet.

Das Europäische Komitee für Naturschutz (Leitungskomitee) und seine Expertenkomitees arbeiteten eine Reihe von Studien über verschiedene Tierarten und Vegetationsformen sowie Empfehlungen über Umwelterziehung, bedrohte Süßwasserfische und Torfgebiete in Europa aus, die vom Ministerkomitee angenommen wurden. Weiters wurden im September in Luxemburg ein europäisches Kolloquium über Umwelterziehung und eine Konferenz über Tourismus, Umweltschutz und -erziehung im Oktober in Malta sowie mehrere Seminare und Kolloquien abgehalten.

Die Bemühungen um eine Einigung über ein europäisches Übereinkommen zum Schutz internationaler Wasserläufe vor Verschmutzung wurden fortgesetzt, doch konnten noch nicht alle kontroversiellen Punkte geklärt werden.

3.6.2. Raumordnung und Denkmalschutz

Auf dem Gebiet der Raumordnung wurde vom Komitee der Hohen Beamten die Vorbereitung der 6. Ministerkonferenz, die im Herbst 1982 in Spanien Fragen der Küstengebiete behandeln sowie eine europäische Raumordnungscharta beschließen soll, begonnen.

Das Leitungskomitee für Raumordnung legte im Rahmen seines Arbeitsprogramms folgende Aktivitäten als vorrangig fest: Beitrag zur Vorbereitung der Raumordnungsministerkonferenz, Vorbereitung eines europäischen Raumordnungskonzepts einschließlich langfristiger Vorschau, ausgeglichene Entwicklung in Europa und Hilfsmittel der Raumordnung.

Tätigkeitsberichte – Europarat

Im Dezember fand in Straßburg ein gemeinsam vom Europarat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften veranstaltetes Seminar über „Raumordnung und Umwelt in Europa“ statt, an dem Hohe Beamte und Experten beider Fachgebiete teilnahmen.

Das neugeschaffene Leitungskomitee für städtische Fragen und architektonisches Erbe hielt 1981 seine erste Tagung ab, die vor allem der Beratung des Arbeitsprogramms diente.

Das Organisationskomitee für die anlässlich der Raumordnungsministerkonferenz im Oktober 1980 in London eröffnete Europäische Kampagne zur Stadterneuerung hielten drei Tagungen ab, veranstaltete Seminare in Swansea, Madrid, Delphi und Wien sowie einen Filmwettbewerb, und bereitete die Abschlußkonferenz, die im März 1982 in Berlin stattfinden wird, vor.

Das Handwerkszentrum der Stiftung „Pro Venetia Viva“ hat nach Übernahme seiner neuen Räumlichkeiten auf der Insel San Servolo seine Arbeit mit Hilfe von Stipendien erfolgreich fortgesetzt.

3.7. Gemeinde- und Regionalangelegenheiten

Das anlässlich der Europäischen Konferenz der für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Minister im Mai 1980 in Madrid von acht Staaten unterzeichnete Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften wurde von der BRD, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden ratifiziert und ist im Dezember in Kraft getreten. Sechs weitere Mitgliedstaaten, darunter Österreich, haben bisher unterzeichnet.

Das Leitungskomitee für Gemeinde- und Regionalangelegenheiten widmete einen Großteil seiner Arbeiten der Vorbereitung der 5. Europäischen Konferenz der für Gemeindeangelegenheiten zuständigen Minister (Oktober 1982 in Lugano), deren Hauptthemen Fragen der Gemeindeautonomie sowie den Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften betreffen. Weiters stellte das Komitee einen durch Beschlüsse früherer Ministerkonferenzen angeregten Empfehlungsentwurf über Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene fertig, der vom Ministerkomitee angenommen wurde. Mit dieser Empfehlung R (81) 18 werden den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme und Anteilnahme der Menschen an den Entwicklungen in den Gemeinden sowie zur Verbesserung der Einbeziehung ausländischer Bewohner in das Leben in den Gemeinden vorgeschlagen.

Ein Kolloquium über „Reform der Gemeinde- und Regionalbehörden in Europa – Theorie, Praxis und Ergebnisse“ fand Anfang November in Linz statt.

Der Europapreis der Parlamentarischen Versammlung, die höchste Auszeichnung, die einer Gemeinde für ihre Verdienste um den Europagedanken, insbesondere auf dem Gebiet der Städtepartnerschaften, verliehen werden kann, wurde 1981 der Stadt Braunfels (BRD) und die Europafahne an 25 Städte und Gemeinden in Belgien, der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden verliehen.

*Tätigkeitsberichte – Europarat***3.8. Juridische Zusammenarbeit**

3.8.1. Die europäischen Justizminister hielten im September in Montreux eine informelle Tagung ab, bei der vor allem der Schutz der Persönlichkeit im Computerzeitalter und Probleme der Strafprozeßdauer erörtert wurden.

3.8.2. Zivil- und öffentliches Recht

Das Ministerkomitee beschloß folgende vom Leitungskomitee für juridische Zusammenarbeit (CDCJ) vorbereitete Empfehlungen:

- Empfehlung R (81) 1 betreffend Datenschutz bei medizinischen Datenbanken,
- Empfehlung R (81) 2 über den rechtlichen Schutz von Verbraucherinteressen durch Verbraucherverbände,
- Empfehlung R (81) 7 über Zugang zum Recht,
- Empfehlung R (81) 15 über die Rechte der Ehegatten betreffend die eheliche Wohnung und den Hausrat,
- Empfehlung R (81) 20 über die Rechtsharmonisierung betreffend das Erfordernis schriftlicher Beweismittel und die Beweiskraft von auf Mikrofilmen aufgenommenen oder computergespeicherten Dokumenten.

Österreich hat den Vorbehalt erklärt, die Empfehlung R (81) 20 nicht anzuwenden, da sie die Möglichkeit bietet, derart reproduzierten Dokumenten einen gegenüber dem Original geringeren Beweiswert zuzumessen.

Darüber hinaus hat das CDCJ einen Empfehlungsentwurf über die Vorschußzahlung durch den Staat im Fall der Nichterfüllung von Unterhaltsverpflichtungen für Kinder beschlossen, der dem Ministerkomitee zur Annahme vorgelegt wurde.

Im Rahmen seines Arbeitsprogramms hat das CDCJ und seine Expertenkomitees Fragen betreffend den Datenschutz, die Rechte der Kinder und Ehegatten sowie des Handels-, Wirtschafts- und Verwaltungsrechts und Rechtsfragen im medizinischen Bereich behandelt. Das CDCJ hat auch ein Modellprotokoll, mit dessen Hilfe den Europäischen Gemeinschaften der Beitritt zu drei Europaratsübereinkommen im Gesundheitsbereich ermöglicht werden soll, ausgearbeitet, das vom Ministerkomitee gebilligt wurde.

Das 11. Kolloquium über europäisches Recht fand im Juli in Messina statt und war der Behandlung rechtlicher Probleme betreffend unverheiratete Paare gewidmet.

Auf dem Gebiet des Tierschutzes wurden die Arbeiten am Übereinkommensentwurf zum Schutz von Tieren bei Tierversuchen fortgesetzt und eine eigene Tagung zur Behandlung der Probleme beim internationalen Transport von Schlachtpferden unter Teilnahme von Beobachtern aus den Hauptlieferländern Osteuropas sowie von Algerien abgehalten.

3.8.3. Strafrecht

Das Leitungskomitee für Strafrechtsfragen (CDPC) und seine Expertenkomitees behandelten eine Vielzahl von Fragen auf den Gebieten Verbrechensverhütung und Strafvollzug, Wirtschaftskriminalität und internationale Zusammenarbeit

Tätigkeitsberichte – Europarat

bei Straftaten betreffend Kunstgegenstände, wo ein Übereinkommensentwurf in Ausarbeitung ist.

Die vom CDPC ausgearbeitete Empfehlung R (81) 12 über Wirtschaftskriminalität wurde vom Ministerkomitee angenommen, über den Empfehlungsentwurf zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus konnte das Ministerkomitee im Berichtsjahr jedoch keine Einigung erzielen. Dem Europäischen Übereinkommen über Bekämpfung des Terrorismus, das Österreich 1977 als erster Staat ratifiziert hat, sind im Berichtsjahr Luxemburg, Portugal und die Türkei beigetreten.

Im September wurde unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Broda in Wien ein Seminar über „Entlassung auf Bewährung und Entlassenenfürsorge für ausländische Häftlinge“ abgehalten. Das 5. Kriminologische Kolloquium in Straßburg im November hatte als Thema „Entwicklungstendenzen bei Verbrechen: vergleichende Studien und technische Probleme“.

3.8.4. Territorialasyl und Flüchtlinge

Das zuständige Expertenkomitee arbeitete einen Empfehlungsentwurf über die Harmonisierung der nationalen Verfahren auf dem Gebiet der Asylgewährung aus, der vom Ministerkomitee angenommen wurde. Weiters wurden Fragen des „Erstasyllandes“ und die Entwicklung des Territorialasyls, vor allem im Zusammenhang mit den Arbeiten der Vereinten Nationen, behandelt.

3.8.5. Identitätsdokumente und Personenverkehr

Auf diesem Gebiet setzte das zuständige Expertenkomitee seine Arbeiten betreffend die Harmonisierung der nationalen Identitätskarten und Reisedokumente fort, befaßte sich mit Problemen der internationalen Anerkennung nationaler Identitätskarten, dem rechtlichen Schutz von Reisepässen und offiziellen Identitätsdokumenten, dem Reiseverkehr von Kindern und der Frage der Standardisierung der Bestimmungen für Kleinimporte im Reiseverkehr.

3.8.6. Massenmedien

Der Bereich der Massenmedien wurde ab 1981 der Direktion für Menschenrechte zugeordnet und das ad-hoc-Komitee zum Leitungskomitee erhoben. Seine Hauptaufgaben sind die Ausarbeitung von Studien (z. B. im Berichtszeitraum über Finanzierung und wirtschaftliche Lage der Massenmedien, Werbung in Radio- und Fernsehen sowie Interdependenz und Selbstdisziplin der Medien), die Prüfung der rechtlichen Aspekte von Problemen betreffend Kabel- und Satellitenfernsehen oder andere neue technische Entwicklungen sowie der Möglichkeiten der Massenmedien, soziale Unterschiede zu verringern. Seine Arbeiten werden geleitet von den Grundprinzipien der freien Meinungsäußerung, des freien Informationsflusses und der Informationsvielfalt.

3.8.7. Situation der Frauen

Aufgrund der Vorschläge des ad hoc-Komitees über die Situation der Frauen hat das Ministerkomitee ein Komitee für Gleichheit zwischen Frauen und Männern als Koordinations- und Beratungsorgan auf diesem Gebiet eingesetzt, eine Botschaft an alle Leitungs- und ad-hoc-Komitees beschlossen, bei der Planung

Tätigkeitsberichte – Europarat

und der Durchführung ihrer Tätigkeiten die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu berücksichtigen sowie die Empfehlung R (81) 6 angenommen, in der die Mitgliedstaaten eingeladen werden, in verstärktem Maße auch weibliche Vertreter in die Komitees des Europarates zu entsenden. Das ad hoc-Komitee hat weiters Vorschläge für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation der Frauen im Europaratssekretariat ausgearbeitet.

*Tätigkeitsberichte – Kultur***Kulturelle Veranstaltungen im Ausland*)****1. Bildende Kunst****1.1. Museumsausstellungen**

Ausstellung „Wiener Biedermeier“ in Laibach und in Belgrad im Rahmen des österreichisch-jugoslawischen Kulturübereinkommens (BMfWF).

Ausstellung „Oskar Kokoschka“ in Rom (BMfWF).

Ausstellung „600 Jahre europäische Druckgraphik – Meisterwerke aus dem Besitze der graphischen Sammlung Albertina Wien“ im Nationalmuseum Tokio (BMfWF).

Ausstellung „Max Klinger“ im Wiener Künstlerhaus im Rahmen des Kulturübereinkommens zwischen Österreich und der DDR (Gegenausstellung/BMfWF).

Ausstellung „Gegenwartskunst der DDR“ in der Wiener Secession im Rahmen des Kulturübereinkommens zwischen Österreich und der DDR (Gegenausstellung/BMfUK).

Ausstellung von Meisterwerken des 17. Jahrhunderts aus den staatlichen Sammlungen Leningrads und Moskaus im Kunsthistorischen Museum Wien im Rahmen des Kulturübereinkommens zwischen Österreich und der Sowjetunion (Gegenausstellung/BMfWF).

Ausstellung „Schatzkammer Georgiens – mittelalterliche Kunst aus dem staatlichen Museum in Tiflis“ im Wiener Künstlerhaus im Rahmen des internationalen Byzantinistenkongresses in Wien bzw. im Rahmen des österreichisch-sowjetischen Kulturübereinkommens (Gegenausstellung/BMfWF).

Ausstellung „Die Daker – archäologische Funde aus Rumänien“ im österreichischen Museum für Völkerkunde im Rahmen des österreichisch-rumänischen Kulturübereinkommens (Gegenausstellung/BMfWF).

Ausstellung des österreichischen Theatermuseums „Viennese-Dances“ in London (BMfWF und BMfAA).

Bereitstellung von Museumsleihgaben durch Unterstützung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für:

Ausstellung „Die Kuenringer – das Werden des Landes Niederösterreich“ (Niederösterreichische Landesausstellung Stift Zwettl).

Ausstellung „Reformation – Emigration; Protestanten in Salzburg“ (Ausstellung des Amtes der Salzburger Landesregierung auf Schloß Goldegg).

Ausstellung „Guido Reni“ (Graphische Sammlung Albertina, Wien).

*) Sofern nicht das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Kostenträger ist, ist dieser gesondert vermerkt. BMfWF = Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; BMfUK = Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Tätigkeitsberichte – Kultur

1.2. Einzel- und Kollektivausstellungen

André Verlon: Istanbul und Edirne.
 Willi Hengl: Istanbul, Edirne und Lissabon.
 Helga Aichinger: Istanbul.
 Austrian Artists Group Show: ÖKI New York.
 Georg Eisler: Rom und Tel Aviv.
 Otto Beckmann: Agram, Novi Sad und Sibenik.
 „Ödon von Horvath“: Helsinki.
 Ernst Degasperri: Kairo, Alexandrien und Los Angeles.
 Wolfgang Hölbling: Kairo.
 Josef Hoffmann: ÖKI New York.
 „Heimito von Doderer“: Bonn.
 Raimund Stillfried: Agram, Bihac und Mostar.
 Photoausstellung „Die österreichische Landschaft“: Frankreichtournee.
 Walter Fölkser: Stockholm.
 Freie Werkstatt Linz: Bonn.
 „Klagenfurt – eine Stadt und ihre Maler“: Titograd, Skopje, Novi Sad.
 Wilhelm Kaufmann: Rom.
 Paul Flora: Rom.
 Cary Hauser: Rom.
 „Zehn Künstler aus Tirol“: Rom.
 „Zehn Künstler aus Salzburg“: Rom.
 Sr. Gertraud Kriebel: Rom.
 Gertrud Promither: Rom.
 Valerie Stoppäck: Rom.
 Alfred Hrdlicka: London.
 Sigmund-Freud-Ausstellung: London.
 „Kunst auf Seide“: London.
 „Kinder malen Musik“: New York.
 Gottfried Salzmann: New York.
 Berthold Loeffler: New York.
 Roland Strasser: Ottawa.
 Magda Brunner-Hoyos: Madrid.
 „Fünf Steirische Maler“: Tarragona.

1.3. Ausstellungsbeiträge

Internationale Kalenderausstellung: Kalkutta.
 Internationale Graphikbiennale Seoul.
 Internationale Kunstbiennale Sao Paulo (BMfUK).
 8. Internationale Ausstellung moderner Kunst: New Delhi (Mitfin. BMfUK).
 11. Internationale Kinderkunstaussstellung: Tokio (Nippon Television Network).
 2. Woche des Filmbuches und der Filmzeitschrift: Santander.
 Briefmarkenausstellung beim 12. Musikfestival von Campos do Jordao (Brasilien).
 Internationale Buchausstellung, Bonn.
 Internationale Kinderbuchausstellung, Boston.
 Die schönsten Bücher der Welt, Buenos Aires.
 „Sport baut Brücken der Freundschaft“, Ausstellung anlässlich der Tischtennisweltmeisterschaften in Novi Sad (Jugoslawien).

Tätigkeitsberichte – Kultur

Ausstellung „Kinder der Welt“: Oslo.

Internationale Fallschirmspringerausstellung, Lake Elsinore bei Los Angeles.

Ausstellung „Probleme der Verhehrten und Behinderten in der Welt“, Lissabon.

Internationale Krippenausstellung, Ovar (Portugal).

1.4. Wanderausstellungen

„Stefan Zweig“: Brasilia, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Massachusetts, New York, Minnesota, Mailand, Bozen, Oslo, Tromsø, Bergen, Berlin, Pretoria, Durban, Witwatersrand, London, Moskau, Tel Aviv.

„Arthur Schnitzler“: Luxemburg, Agram, Osijek, Laibach, Budapest, Stockholm, Jakarta, Bonn, Paris.

Faksimileausstellung der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz: Santiago, Valparaiso, Concepcion, Sofia, Jakarta, Kuala Lumpur, Bochum, Münster, Saarbrücken.

„Robert Musil“: Dublin, Galway, Stockholm, Brig, Lausanne, Halle, Salamanca, Bologna, Parma, Pisa, La Spezia, Coimbra, Porto, Matsuyama, Yamagata, Nagoya, Shok, Miyazaki, Nihon Dokkyo, Havanna, Rio de Janeiro, Brasilia, Toronto, Montreal, Winnipeg, Kairo, New Delhi, Hyderabad, Bangkok, New South Wales, Melbourne, Adelaide.

„Gustav Mahler“: Amsterdam, Utrecht, Budapest, Görz, Mailand, Dresden, Fukuoka, Tokio, Osaka, Sapporo, Laibach, Luxemburg, Sofia, Moskau, London, Luzern, Dublin, Bogotá, Quito, Santiago, Havanna, Piestany, Prag, Aarhus, Kopenhagen, Istanbul, Izmir, Ankara, Bukarest, Orléans, Puteaux, Ville d'Avray, Rouen, Revin, Metz, Straßburg, Mulhousen, Châteauroux, Boulogne, Bouceau-les-Mines, Duisburg, Hemer, Regensburg, Bad Hersfeld, Frankfurt, Düsseldorf, Schondorf, Saarlouis, Kassel.

„Jedermann in Europa“: Hamburg, Schondorf, Trier, Duisburg, Regensburg, Wermelskirchen, Rom, Kortrijk, Löwen, Brüssel, Antwerpen, Rouen, Orléans, Le Mans, Châteauroux, Magdeburg.

„25 Jahre Staatsvertrag“: Lille, Brest, Lyon, Orléans, Châteauroux, Plaisir, Angers, New York, Minnesota, Montana, Utah, California, Basel, Aarau, Bero-münster, Madrid, Kopenhagen, Algier, Mexiko, Agnascalientes, Zacatecas, Sao Paulo, Seguro, Curitiba, Rio de Janeiro.

Faksimileausstellung „Meisterwerke der Albertina“: Istanbul und zahlreiche Städte Australiens.

Faksimileausstellung „Klimt/Schiele“: Mexiko City, Monterrey, Guadalajara, Lissabon, Porto, Funchal, Coimbra, Figueira, Santarem, Hämeenlinna, Kuopio und Harjavalta.

„Österreichische Holzschneider – heute“: Frankental, Lahr, Offenbach, Landau, Dillingen, Braunatal, Rüsselsheim, Weinheim, Lörrach, Kuopio, Mikkeli, Riben, Agram.

„Franz Schubert“: Brest, Revin, Ville d'Avray, Puteaux, Bourges, Touraine, St. Céré, Dourdan.

„Österreichische Architektur 1860–1930“: Madrid, Lissabon, Funchal, Mexiko-City, Merida, Celje, Laibach, Agram, Belgrad, Sarajevo, Sirmione, Varese.

Tätigkeitsberichte – Kultur

„Österreichische Architektur 1945–1975“: Bozen, Mailand, Marseille, Budapest, Sofia.

„Wiener Studien – missing link“: ÖKI Warschau, Breslau, Bialystok, Posen, Istanbul, Edirne, Izmir, Eskisehir, Ankara.

„Lebensgerechtes Bauen“ (Ausstellung Prof. Roland Rainer): Stuttgart, Lüneburg, Koblenz, Göttingen, Mainz, Ludwigshafen, Ulm, München.

„Entwürfe am Institut für Wohnbau“: Bremen, Würzburg, Erlangen, Düsseldorf, Stuttgart, Uelzen, Lüneburg.

„Moderne Ikonen“: London und Galway.

„Österreichische Landschaft“: Revin, Mont Saint-Aignan, Château de Plaisir, Epinay-sur-Seine, Angers.

„Hommage à Maria Theresia“: Valladolid, Burgos, Plasencia, Agram, Osijek.

„Wolfgang Hutter – Druckgraphik“: Westberlin, Osnabrück, Marburg, Weinheim, Passau, Würzburg, Luxemburg.

„Arik Brauer – Graphik“: Noordoostpolder.

„Österreichischer Widerstand“: Lille, Brest, Limoges, Orléans, Besançon, Nice, Nantes, Epinay-sur-Seine.

„Österreich zeigt den Kontinenten Hundertwasser“: Köln, Ostberlin, Helsinki, Bukarest.

„Hundertwasser-Graphik“: Brest, Le Mans, Lyon, Marseille, Cumana, Maracaibo, Valparaiso, Santiago, Bogotá, Guayaquil (Ecuador).

2. Wissenschaft

2.1. Symposien, Seminare, Workshops

Veterinärmedizinisches Symposium, Kairo.

„Literatur und Wirklichkeit aus österreichischer Sicht“, Kairo.

Literaturwissenschaftliches Symposium mit Gernot Wolfgruber, Kairo.

Adolf-Loos-Symposium, Buenos Aires.

„Robert Musil“, Brüssel, Halle, Helsinki, Stockholm.

„Stefan Zweig“, Rio de Janeiro, Metz, Beersheva, New York, Cleveland, London, Moskau.

Gerichtsmedizinisches Symposium, Berlin.

„Arthur Schnitzler“, Paris, London, Bari, Stockholm.

„Aspekte des Komischen im österreichischen Theater des 18. bis 20. Jahrhunderts“, Nancy.

„Ödon von Horvath“, Nantes.

„Die Rolle der Wissenschaft in der österreichischen Literatur des 20. Jahrhunderts“, Triest.

„Kafka – ein europäischer Schriftsteller“, Neapel.

„Italien und Österreich um die Jahrhundertwende“, Rom.

Österreich-Symposium beim Kongreß japanischer Germanisten, Tokio.

Biedermeier-Symposium, Belgrad.

Symposium über österreichische Gegenwartskultur, Belgrad.

3. österreichisch-jugoslawisches Neogen-Symposium, Negotin.

Tätigkeitsberichte – Kultur

„Österreichische Literatur der Jahrhundertwende – ihre Bedeutung für die Gegenwart“, Krakau.
 „Literatur des Expressionismus“, Thorn.
 „Erhaltung des kulturellen Erbes“, Madrid.
 „Österreich und Spanien in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts“, Salamanca.
 „Österreichisch-türkische historische Beziehungen und ihre Aspekte für die Gegenwart“, Ankara.
 „Die österreichisch-türkischen Beziehungen zur Zeit Atatürks“, Istanbul.
 „Sprache und Erzählen am Beispiel österreichischer Gegenwartsliteratur“, Istanbul.
 Symposium über zeitgenössische österreichische Musik, Moskau.
 Symposium über zeitgenössische österreichische Bühnenliteratur, Moskau.
 „Vergleichende Geschichte Wien–Budapest vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938“, Budapest.
 „Grenzüberschreitende Elemente in der österreichischen und ungarischen Literatur“, Budapest.
 „Kafka and the modern Novel“, Stony Brook.
 „War and Society in East Central Europe in the Revolution 1777–1856“, New York.
 „The Political Economy of Austria“, Washington.
 „Austria – Time of Troubles 1938–1945“, Minneapolis.
 Föderalismus-Symposium in Belgrad.
 „Austrian Success Story: Its Culture, Lifestyle, Economy“, Washington.
 „Karl Popper und die Wissenschaft heute“, Paris.
 Ärzte-Seminar, Kairo und Alexandrien.
 Graphik-Workshop mit Prof. Degasper, Kairo und Alexandrien.
 Deutschlehrerfortbildungsseminar, Poitiers und Reims.
 Seminar mit österreichischen Lektoren, London.
 Stifter „Nachsommer“, Mailand.
 Jazz-Workshop, Zagreb.
 „Österreichische Literatur des 20. Jahrhunderts“, Osijek.
 „The World of Vienna 1880–1914“, Montreal.
 Senior Management-Seminar, Nairobi.
 „Anwendung von Wassermarkierungsstoffen“, Mexiko.
 Industrial Design, Mexiko.
 Österreichische Gegenwartsliteratur, Dakar.
 Germanistenseminar, Madrid.
 „Pädagogik und Bildungspolitik in Österreich“, Istanbul.
 „Die Wiener Klassik und die symphonische Musik Beethovens“, Izmir.
 „Österreich und die deutsche Sprache“, Eskisehir.
 „Missing Link – Wiener Studien“, Ankara.
 Blockseminar über Robert Musil, Lissabon und Coimbra.
 Graphik-Workshop (Siebdruck), Proč.
 „Tourismus-Hotelbau“, Piran.
 Österreich-Seminar in Besançon.
 „Kaiser Franz Josephs Außenpolitik“, Leeds.
 Seminar über österreichische Literatur, London.
 Österreichische archäologische Forschung in Ägypten, verschiedene Universitäten in Großbritannien.

Tätigkeitsberichte – Kultur

Seminar über österreichische Landeskunde, Birmingham.
Seminar über neochemische Forschung, Oxford und London.
Wittgenstein-Seminar, Oxford.
Seminar über Adalbert Stifter, verschiedene Universitäten in Großbritannien.
Workshop Metallrestaurierung, Ankara und Hacettepe.
Seminar über Radioisotopentechnik, Istanbul.
Workshop Klavierinterpretation, Bangkok.
Seminar „Radiation und natürliche Radioaktivität und deren karzinogene Auswirkung auf den Menschen“, Istanbul.
Seminar „Theoretische Chemieforschung in Österreich“, verschiedene Universitäten in Großbritannien.
Seminar über österr. Lektorentätigkeit in Großbritannien, London.
Blockseminare über Materialwissenschaften, Lagos, Nsukka und Ife.
„Das österreichische Avantgarde-Theater“, Nocera-Inferior (Italien).
Seminar über Hydrogeologie, Caracas.
Seminar über Neue Österreichische Tunnelbauweise, Caracas.
Workshop über Industrial Design, Guadalajara (Mexico).
Workshop über Holzbildhauerei, Baunatal (BRD).

2.2. Vorträge

Da eine umfassende Darstellung aller vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1981 durchgeführten und unterstützten Vortragsreisen mit Angabe der Vortragenden und der Themen zu umfangreich wäre, werden nachstehend nur die Themenkreise der insgesamt 159 einschlägigen Veranstaltungen*) angeführt:

- 72 Vorträge über literarische Themen,
- 26 Vorträge über kunstgeschichtliche,
- 10 über musikwissenschaftliche,
- 19 über geschichtliche Themen (inkl. Zeitgeschichte),
- 13 Vorträge über andere geisteswissenschaftliche (Psychologie, Philosophie etc.),
- 11 über naturwissenschaftliche und
- 8 über sonstige Themen.

*) Detailinformationen sind im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Kulturpolitische Sektion, erhältlich.

*Afghanistan – Ägypten***Länderbeiträge****Afghanistan****Mittlerer Osten 647 497 km² 21,3 Mio. 170 \$¹⁾ Kabul ÖB²⁾**

Das Fortbestehen der mit der Invasion sowjetischer Truppen im Dezember 1979 eingeleiteten politischen Situation hat eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen verhindert. Der in Teheran residierende österreichische Botschafter, dessen Mitbeglaubigung in Kabul vorgesehen ist, hat sein Beglaubigungsschreiben in Afghanistan noch nicht überreicht. Die österreichischen Exporte stiegen um 121,4% auf 20,42 Mio. S, während die Importe um 28,8% auf 41,07 Mio. S³⁾ zurückgingen. Afghanistan bezog aus Österreich vor allem Papier und Papiererzeugnisse, Österreich importierte insbesondere Teppiche und Felle.

Ägypten**Naher Osten 1 001 449 km² 41,9 Mio. 460 \$ Kairo ÖB, KI, HK, AHST**

Der intensive Besuchsaustausch zwischen Österreich und Ägypten wurde fortgesetzt und hat seinen Höhepunkt im offiziellen Besuch von Bundeskanzler Dr. Kreisky (14. bis 17. Feber) gefunden. Der Besuch sollte von Präsident Sadat noch 1981 erwidert werden, wozu es jedoch wegen der Ermordung des ägyptischen Staatsoberhauptes nicht mehr kommen konnte. Die Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten im Oktober 1981 waren Anlaß für die Teilnahme einer Regierungsdelegation unter Führung von Vizekanzler Dr. Sinowatz und Außenminister Dr. Pahr in Kairo.

Die österreichischen Ausfuhren erreichten eine bisher nicht gekannte Höhe (1,79 Mrd. S, + 99,1%). Ägypten ist damit zum zweitgrößten Abnehmer österreichischer Waren im nordafrikanischen Raum geworden. Hauptsächlichste Lieferpositionen waren wie in den Vorjahren Maschinen aller Art, Eisen und Stahl sowie Chemikalien. Auch die Einfuhren wiesen eine Steigerungsrate (+ 42,2%) auf und erreichten einen Wert von 534,25 Mio. S, wovon über die Hälfte auf Erdölbezüge (Spotkäufe) entfiel. Die Importe textiler Oberbekleidung haben die traditionellen ägyptischen Lieferwaren Baumwolle und Frühlsgemüse bereits bei weitem überflügelt.

Die österreichische Entwicklungshilfe in Ägypten fand durch die Zusage und Lieferung von 50 Steyr-Traktoren und von 70 Zuchtstieren insbesondere auf dem Landwirtschaftssektor eine starke Intensivierung. Österreich ist damit in dem 2 500 ha bzw. 10 000 Stück Rinder umfassenden Projekt in West-Noubaria bei Alexandrien für den Ausbau der landwirtschaftlichen Nutzung (Futterbewirtschaftung) in Beratung und Durchführung maßgeblich beteiligt. An der Fea-

1) Pro-Kopf-Einkommen laut Weltbankbericht 1981 (Österreich: 8.630 \$).

2) Österreichische institutionelle Präsenz: Botschaften (ÖB), Berufsgeneralkonsulate (GK), Kulturinstitute (KI), Honorarkonsulate (HK) und Außenhandelsstellen (AHST).

3) Die österreichischen Außenhandelsdaten 1981 wurden vom Statistischen Zentralamt zur Verfügung gestellt.

Albanien

sibility Studie über die Errichtung von Kleinkraftwerken in der größten Oase Ägyptens wurde weitergearbeitet. Die geplante Errichtung eines Baustoffwerkes in Abassia bei Kairo unter Heranziehung von Counterpart-Mitteln einer österreichischen Zuckerlieferung aus dem Jahre 1978 wurde vertraglich fixiert. Eine österreichische Consulting-Firma wird eine Feasibility-Studie über die Erweiterung einer Soda-Ash-Produktionsanlage in Alexandrien erstellen, nach deren Fertigstellung Folgeaufträge für österreichische Firmen erhofft werden. Die Bereitstellung von technischer Einrichtung und Hilfspersonal für die Errichtung einer Großbäckerei im Wert von insgesamt S 2 135 000,- wurde zugesagt.

Durch das Kulturabkommen (1973) erhält die kulturelle Zusammenarbeit vor allem im wissenschaftlichen Bereich immer neue Impulse. Österreich verfügt in Ägypten über ein Kulturinstitut, das neben künstlerischen Programmen auch wissenschaftliche Veranstaltungen – u. a. ein veterinärmedizinisches Symposium und ein neurochirurgisch-anatomisches Ärzteseminar – durchgeführt hat. Weiters fanden zwei Literatursymposien unter Mitwirkung österreichischer Schriftsteller statt. Die Zweigstelle des Österreichischen Archäologischen Institutes koordiniert sehr erfolgreich die Arbeit österreichischer Archäologen in Ägypten.

Der mit 31. Juli 1981 ablaufende österreichisch-ägyptische Vermögensvertrag wurde einvernehmlich verlängert, um die Erledigung der noch offenen Fälle zu ermöglichen. Es wurden die Voraussetzungen zur Nutzung blockierter österreichischer Konten mit Ägypten geschaffen.

Bundesminister Dr. Pahr traf anlässlich der Trauerfeierlichkeiten des verstorbenen Präsidenten Sadat in Kairo mit Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten Boutros Ghali zu einem Gedankenaustausch zusammen. Staatssekretär DDr. Nussbaumer vertrat aus Anlaß einer Tagung der Geberländer Ägyptens im Rahmen der Weltbank am 20. und 21. Jänner in Assuan die österreichische Bundesregierung. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Haiden stattete seinem ägyptischen Ressortkollegen vom 28. bis 31. Jänner einen offiziellen Besuch ab, der die schon erwähnte Intensivierung der Beziehungen auf dem Landwirtschaftssektor durch Unterzeichnung eines zukunftsweisenden Protokolls weiter förderte. Generaldirektor der Post- und Telegraphenverwaltung Dr. Übleis war vom 26. bis 31. Jänner Gast der ägyptischen Postverwaltung. Ägyptischerseits besuchte der Staatsminister für Kultur, Information und Präsidentenangelegenheiten, Mansour Hassan, Bundeskanzler Kreisky im August 1981. Der Präsident der ägyptischen Postverwaltung Kamal El Din Faizi war ebenfalls im August offiziell in Österreich zu Gast. Die ägyptische Partei Liberaler Sozialisten entsandte zur 25-Jahr-Feier der FPÖ eine vom Stellvertretenden Parteiführer, Abg. Botschafter General El Feki, angeführte Delegation nach Salzburg und Wien.

Albanien

Südost-Europa 28 748 km² 2,7 Mio. 840 \$ Tirana ÖB Belgrad

Die Tendenz zu einer Intensivierung der österreichisch-albanischen Beziehungen hat sich fortgesetzt. Beide Länder sind bemüht, die bereits bestehenden Kontakte, vor allem auf dem Gebiet der Kultur und Wissenschaft, weiter auszubauen. Die österreichischen Exporte (Eisen- und Stahlprodukte, Papier, Industrieprodukte) stiegen um 21,1 % auf 105,81 Mio. S, während die Importe (Obst, Gemüse, Chromerze, Textilien) um 6,7 % auf 81,07 Mio. S zurückgingen. In der

Algerien

Zeit vom 10. bis 12. Juni 1981 besuchte der albanische Minister für Außenhandel, Nedin Hoxha, als Leiter einer Regierungsdelegation für Handel Österreich. Als Ergebnis der stattgefundenen Gespräche wurde am 12. Juli 1981 ein Protokoll über den Handel zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Volksrepublik Albanien über den Warenaustausch für das Jahr 1981 unterzeichnet.

Die in den letzten Jahren angeknüpften Kontakte zwischen wissenschaftlichen Institutionen wurden im Jahre 1981 fortgesetzt. In der Zeit vom 2. bis 15. Mai 1981 fand eine Exkursion des Institutes für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Wirtschaftsuniversität Wien nach Tirana statt. Über Einladung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst besuchten zwei albanische Experten, der Generalsekretär des albanischen Komitees für kulturelle und freundschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, Ferdi Karagjozi, und der Österreichreferent im albanischen Außenministerium, Idris Bardhi, die Bundeshauptstadt.

Die albanischen Gäste erörterten anlässlich dieses Besuches auch Fragen der Vorbereitung eines Kulturaustauschprogrammes zwischen Österreich und Albanien. Eine Gruppe von Spezialisten des albanischen Ministeriums für Bildung und Kultur besuchte im abgelaufenen Jahr eine Reihe von österreichischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck.

Algerien

Nord-Afrika 2 381 741 km² 19,1 Mio. 1580 \$ Algier ÖB, AHST

Die problemfreien Beziehungen zu Algerien konnten weiter ausgebaut werden. Ein intensiver Gedankenaustausch erfolgte in Nord-Süd-Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Cancun-Gipfels. Dem für 1981 geplanten und wegen Termenschwierigkeiten auf das Jahr 1982 verschobenen offiziellen Besuch von Bundeskanzler Kreisky wird algerischerseits besondere Bedeutung beigemessen.

Die österreichischen Exporte erreichten den Wert von 1,48 Mrd. S (+ 25 %). Durch die verstärkte Einfuhr von algerischem Erdöl, verbunden mit den gestiegenen Erdölpreisen, stiegen die Importe auf 3,37 Mrd. S (+ 82,7 %). Bei den Exporten standen bearbeitete Waren, Maschinen und chemische Produkte an der Spitze. Die weitgestreute Palette von Investitions- und Konsumgütern im Export konnte gewahrt werden. Die Verschlechterung der bilateralen Handelsbilanz hat die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft veranlaßt, eine Wirtschaftsmission nach Algerien zu entsenden und sich an der 18. Internationalen Messe in Algier zu beteiligen. Mit der Unterzeichnung eines Finanzierungsabkommens am 6. Juli 1981 in Algier wurde ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit auf dem Eisenbahnsektor gesetzt.

Die österreichischen Hilfeleistungen für die von der Erdbebenkatastrophe in El Asnam betroffene Bevölkerung wurden fortgesetzt. So wurde von der Organisation „Volkshilfe“ die Einrichtung für eine Gehörlosenschule gespendet und vom Österreichischen Roten Kreuz ein Kindergarten errichtet. Die „Volkshilfe“ zeigte sich auch mit den saharischen Flüchtlingskindern in Tindouf/Algerien solidarisch, für die sie eine Schule mit 18 Klassenräumen baute. Die feierliche Übergabe dieser Schule erfolgte Anfang Dezember 1981 durch den Stellvertretenden Vorsitzenden der SPÖ, Abgeordneter zum NR Karl Blecha, und den Präsidenten der „Volkshilfe“, Stadtrat Fritz Hofmann. Der österreichische Soli-

Amerika, Vereinigte Staaten von

daritätsfonds für Kinder der Dritten Welt beschloß, sich an einem Schulbauprojekt der österreichischen Organisation „Rettet das Kind“ in El Asnam zu beteiligen. Diese Hilfsaktionen wurden von der algerischen Regierung und der betroffenen Bevölkerung mit Dankbarkeit registriert.

Staatssekretär DDr. Nussbaumer hat im Jänner 1981 mit mehreren algerischen Regierungsmitgliedern einen intensiven Meinungsaustausch über politische und wirtschaftliche Fragen gehabt. Durch den Besuch einer Delegation der SPÖ unter Leitung ihres Stellvertretenden Vorsitzenden, Abgeordneter zum NR Karl Blecha, wurden die Kontakte zur algerischen Einheitspartei FLN mit nützlichen Auswirkungen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf staatlicher Ebene intensiviert.

Amerika, Vereinigte Staaten von

**Nordamerika 9 363 123 km² 227,6 Mio. 10 820 \$ Washington
ÖB, 3 GK, KI, 15 HK, 3 AHST**

Die österreichisch-amerikanischen Beziehungen wurden mit der Regierung Präsident Reagans positiv weiterentwickelt. Sie erhielten insbesondere durch den offiziellen Besuch Bundesminister Dr. Pahrs in Washington und die Konsultationen im Zusammenhang mit dem Cancun-Gipfel neue Impulse. Der politische Gedankenaustausch zwischen den beiden Staaten wurde intensiv fortgeführt. Präsident Sallinger traf im November mit Mitgliedern der Regierung Reagan zusammen; die Abgeordneten zum NR Dr. Steiner und Dr. Höchtel sowie Generalsekretär DDr. Hinteregger und Botschafter Dr. Bauer führten im Oktober und November Gespräche mit Vertretern des US-Kongresses und im State Department.

Der Warenaustausch mit den USA entwickelte sich trotz des weiterhin bestehenden großen Handelsbilanzdefizits insofern positiv, als die österreichischen Ausfuhren um 32,1% auf 6,51 Mrd. S anstiegen, was weitgehend darauf zurückzuführen ist, daß die angesichts des jahrelang unterbewerteten Dollars auf einigen Sektoren verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit wieder zurückgewonnen werden konnte. Aber auch die österreichischen Importe aus USA haben sich in ähnlichem Maße um 28,1% auf 13,66 Mrd. S erhöht, was vor allem auf den Ankauf von Flugzeugen und auf vermehrte Kohlekäufe (bedingt durch den Ausfall der polnischen Kohlelieferungen) zurückzuführen ist. Langfristig gesehen ist das österreichische Aktivum von 1972 in der Höhe von 138 Mio. S zu einem Passivum von 5,7 Mrd. S im Jahre 1980 geworden. Auch die jüngste Entwicklung läßt ein weiteres Anwachsen des österreichischen Handelsbilanzpassivums, nicht zuletzt auf Grund der zunehmend protektionistischen Tendenzen der amerikanischen Handelspolitik, befürchten.

Die im laufenden Jahr begonnene „Import Surge“-Untersuchung gegen die VEW betreffend Werkzeugstahleinfuhren ist auf Grund der österreichischen Argumente eingestellt worden. Allerdings hat die US-Edelstahlindustrie im Dezember 1981 einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Österreich wegen unfairer Handelspraktiken gestellt, über dessen Annahme oder Abweisung das Amt des US-Handelsbeauftragten noch nicht entschieden hat. Auf Einladung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des US-Kongresses erläuterte Staatssekretär Prof. Dkfm. Hans Seidel am 2. Juni 1981 in Washington als erster

Amerika, Vereinigte Staaten von

Vertreter einer ausländischen Regierung vor diesem Forum die österreichische Wirtschaftspolitik. Auf Grund dieser Ausführungen wurde die österreichische Politik in der Folge vom Vorsitzenden des genannten Ausschusses als beispielgebend für erfolgreiche Inflationsbekämpfung und Zinspolitik angeführt. Am 1. und 2. Oktober 1981 fand im Anschluß an die jährliche Tagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im renommierten American Enterprise Institute ein Seminar über die österreichische Wirtschaftspolitik statt, an der von österreichischer Seite u. a. Staatssekretär Prof. Dkfm. Seidel, der Präsident der Nationalbank Prof. Dr. Koren und die Generaldirektoren der ÖIAG Dkfm. Dr. Grünwald und der Österreichischen Kontrollbank Prof. Dr. Haschek teilnahmen. Die Ergebnisse des Seminars werden in Buchform veröffentlicht werden.

Die kulturellen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind auch ohne ein formelles Kulturabkommen sehr umfangreich und vielschichtig. Das 1956 gegründete Kulturinstitut in New York präsentierte eine Reihe zeitgenössischer österreichischer Künstler sowie eine Josef Hoffmann-Ausstellung, die von etwa 3 000 Interessenten besucht wurde. In der Galerie St. Etienne in New York war eine Ausstellung über „The Austrian Expressionism“ zu sehen, in der Horn Gallery wurden Zeichnungen von Karl Korab ausgestellt. In Washington fanden Ausstellungen von Friedensreich Hundertwasser, Arik Brauer und Gottfried Helnwein statt. Besonders die Vertreter der „Wiener Schule des phantastischen Realismus“ erregen nach wie vor die Aufmerksamkeit vieler Besucher. Auf dem literarischen Sektor ist die Abhaltung des „Austrian-German-Swiss Semester“ an der University of Southern California in Los Angeles erwähnenswert, an der heuer u. a. H. C. Artmann, Helmut Qualtinger und Peter Turrini teilnahmen, die anschließend noch Vorlesungstourneen durch die Vereinigten Staaten unternahmen. Weitere Vortragsreisen absolvierten Erika Mitterer und Gerhard Amanshauser. Das Schnitzler-Stück „Das weite Land“ wurde unter dem Titel „Undiscovered Country“ in Hartford, Conn. gezeigt und Thomas Bernhards „Vor dem Ruhestand“ wurde unter dem Titel „Eve of Retirement“ in Minneapolis aufgeführt. Stefan Zweig war aus Anlaß seines 100. Geburtstages Thema von Symposien und Seminaren an verschiedenen Universitätsinstituten und einer Sondernummer der in NY erscheinenden Zeitschrift „Modern Austrian Literature“. Maximilian Schells Film „Tales from the Vienna Woods“ stand in einem kommerziellen Kino in New York auf dem Spielplan. Im musikalischen Sektor sind Tourneen von Alfred Brendel, dem Wiener Kammerorchester, von Christa Ludwig und Ingrid Hebler zu verzeichnen. Ein Symposium im „National Press Club“ in Washington unter dem Titel „Austrian Success Story. Its economy, lifestyle and culture“ ermöglichte eine Betrachtung Österreichs in umfassender Form. Unter dem Titel „Austria, time of troubles, 1938–1945“ fand am Center for Austrian Studies an der Universität von Minneapolis ein Symposium statt, an dem zahlreiche österreichische Persönlichkeiten teilnahmen. Im Rahmen des Fulbright-Programmes 1981/82 kamen 22 Professoren und Dozenten und 41 Studenten in die Vereinigten Staaten, 8 amerikanische Professoren und 18 amerikanische Studenten reisten nach Österreich.

Im Zusammenhang mit dem Ansteigen der Zahl polnischer Asylwerber in Österreich fanden zahlreiche Kontakte im Hinblick auf die Aufnahme eines Teils dieser Personengruppe in den Vereinigten Staaten statt. Zwei Delegationen des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses und eine Delegation von Mitarbeitern des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses

Angola

besuchten Flüchtlingslager in Österreich. Auch bei den Besuchen von Bundesminister Dr. Pahr und Generalsekretär Botschafter DDr. Hinteregger in Washington sowie beim Besuch des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, Zablocki, in Wien, wurde das Flüchtlingsproblem eingehend erörtert. Die Vereinigten Staaten erhöhten im Fiskaljahr 1981 ihre Quote für Flüchtlinge aus Osteuropa von 4 500 auf 6 900. Für das am 1. Oktober 1981 beginnende Fiskaljahr 1982 wurde die Quote mit 9 000 festgesetzt.

Im Rahmen der Expertenbesprechungen zum Abschluß eines österreichisch-amerikanischen Abkommens über Soziale Sicherheit fand eine zweite Verhandlungsrunde vom 14. bis 20. Oktober in Washington statt. In Buffalo, Staat New York, wurde ein neues österreichisches Honorarkonsulat errichtet. Der ORF eröffnete in Washington ein ständiges Büro, wodurch die Rundfunk- und Fernsehberichterstattung über die Vereinigten Staaten ausgeweitet wurde.

Der Wiener Vizebürgermeister Dr. Busek und der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Schwaiger trafen im Februar bzw. im Mai in Washington mit amerikanischen Kongreßmitgliedern und Vertretern des State Department zusammen. Anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich besuchte eine Delegation der Burgenländischen Landesregierung unter der Leitung von Landeshauptmann Kery mehrere Burgenländervereinigungen in den Vereinigten Staaten. Über Einladung der amerikanischen Behörden unternahm eine Gruppe steirischer Agrarpolitiker, darunter Landesrat Koiner, im Juli eine Informationsreise durch die Vereinigten Staaten. Bürgermeister Gratz nahm im Juni an einer Tagung des Internationalen Städtebundes in Columbus, Ohio, teil und führte daran anschließend in Detroit Gespräche über österreichische Zulieferungen an General Motors. In ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionäre nahmen der Präsident des Nationalrates Benya sowie die Bundesminister Dallinger und Sekanina im Laufe des Jahres an amerikanischen Gewerkschaftskongressen in New York bzw. Washington teil. Im April führte Generaldirektor Dr. Fremuth in Washington Gespräche über Energiefragen. Ferner besuchten Kardinal DDr. König und Bischof DDr. Laszlo die Vereinigten Staaten. Im April besuchte eine Delegation des Energie- und Handelsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses Wien, um sich u. a. über das IIASA, die IAEO und die OPEC zu informieren. Im Anschluß an den Dialogkongreß „Westeuropa-USA“ in Alpbach besuchten Deputy Secretary of State Clark und der für Europa zuständige Assistant Secretary of State Eagleburger Wien und führten Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und Bundesminister Dr. Pahr. Der Leiter der amerikanischen Delegation zur KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, Botschafter Kampelman, kam im Oktober zu einem Meinungsaustausch mit dem politischen Direktor nach Wien. Auf Einladung der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft unternahmen die Gouverneure von New Jersey, New York und Oklahoma im Oktober eine Österreich-Reise.

Angola

Afrika 1 246 700 km² 7 Mio. 440 \$ Luanda AHST, ÖB Lusaka

Die bilateralen Beziehungen sind im Hinblick auf die außenpolitische Ausrichtung und das vornehmlich regionale Engagement des Landes derzeit nur bedingt

Äquatorial-Guinea – Arabische Emirate, Vereinigte

ausbaufähig. Die erste Mitakkreditierung eines österreichischen Botschafters in Angola erfolgte im August. Angola hat bisher keinen Botschafter in Österreich mitakkreditiert.

Trotz Andauerns eines bürgerkriegsähnlichen Zustandes in verschiedenen Landesteilen und der Situation an der Grenze zu Namibia ist Angola, sobald sich die Diamantenpreise wieder erholt haben und die neuen Erdölfunde in Produktion gegangen sein werden, ein interessanter Wirtschaftspartner, der besonders an Ausrüstungen und Technologie aus Westeuropa interessiert ist. Im Anschluß an die teilweise aus Entwicklungshilfemitteln finanzierte Durchführbarkeitsstudie konnte eine österreichische Firma einen Auftrag zur Wiederinstandsetzung eines Erzbergwerkes gewinnen. Die erste Eisenerzlieferung Angolas seit Erlangung der Unabhängigkeit im Ausmaß von 130 000 Tonnen ging im September nach Österreich. Die österreichischen Importe haben sich dadurch gegenüber 1980 mehr als verzehnfacht und erreichten einen Wert von 65,3 Mio. S (1980: 5,6 Mio. S). Die österreichischen Exporte betrugen 40,26 Mio. S (–17,1%). Im Rahmen der Entwicklungshilfe steht ein österreichischer Rinderzuchtspezialist zur Rehabilitierung der angolanischen Rinderzucht seit 1979 im Einsatz. Seine Entsendung wurde nunmehr bis 1983 verlängert.

Äquatorial-Guinea

Afrika 28 051 km² 0,36 Mio. 340 \$ Malabo ÖB Lagos

Das noch immer unter den Folgen einer jahrelangen Abschließung gegenüber der Umwelt leidende Land beginnt wieder, seine Kontakte mit überseeischen Ländern zu pflegen und Beziehungen aufzunehmen. In Österreich ist kein Botschafter mitakkreditiert; bilaterale Kontakte erfolgen fallweise über die jeweiligen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York. Der Außenhandel ist bescheiden. Die österreichischen Exporte betrugen 648 000 S, die Importe 211 000 S.

Arabische Emirate, Vereinigte

**Naher Osten 83 600 km² 0,87 Mio. 15 590 \$ Abu Dhabi
AHST, ÖB Jeddah**

Die Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten haben einen beachtlichen Aufschwung erfahren, der in einem privaten Besuch des Staatspräsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate im Juni in Österreich und in einem offiziellen Besuch Bundeskanzlers Dr. Kreisky vom 7. bis 9. Dezember zum Ausdruck kam. Hierbei wurden vor allem den Nahen Osten und die Golfregion betreffende Fragen sowie der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtert.

Die österreichischen Exporte sind im Vergleich zum Vorjahr um 130% auf 743,17 Mio. S gestiegen. Die Steigerung der Importe auf 496,32 Mio. S (+47,6%) geht hauptsächlich auf erstmalige Erdölbezüge zurück. Österreichische Firmen haben wieder Großaufträge erhalten.

Argentinien

Die anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Dr. Kreisky von den Bundesministern Dr. Staribacher und Dr. Steyrer geführten Gespräche betrafen vor allem die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und im Gesundheitswesen. Auch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hielt sich im Februar zu einem Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf, wobei beide Seiten ihr Interesse an einer Fortsetzung der geknüpften Kontakte betonten.

Argentinien

Südamerika 2 776 889 km² 27 Mio. 2 280 \$ Buenos Aires ÖB, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und Argentinien haben sich weiter entwickelt, wobei sich stärkere Kontakte besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ergeben haben.

Die argentinische Regierung hat in einer Reihe von Fällen, für die sich Österreich aus humanitären Erwägungen interessierte, Verständnis und Entgegenkommen gezeigt.

Die österreichischen Exporte stiegen um 27,1 % auf 984,68 Mio. S, die Importe gingen um 29,1 % auf 221,25 Mio. S zurück. Diese Zunahme der Exporte ist bemerkenswert, weil die Gesamtimporte Argentiniens infolge der restriktiven Devisenpolitik stagnierten. Wichtigste Exportprodukte waren Arbeitsmaschinen, (Straßen-)fahrzeuge, Kautschukwaren, photographische Apparate, Molke-reierzeugnisse; wichtigste Importgüter Schafwolle, Textilien, Gemüse und Früchte, Lederwaren, Fleisch.

Nicht erfaßt sind beträchtliche indirekte Lieferungen österreichischer Erzeugnisse nach Argentinien, insbesondere Zulieferungen zum argentinischen Atomkraftwerk Atucha II über den deutschen Generalunternehmer KWU.

Die lebhaften kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Argentinien konnten im abgelaufenen Jahr weiter ausgebaut werden. Der Schwerpunkt lag dabei im Bereich der Musik. Überaus erfolgreiche Gastspiele des Mozarteum-Orchesters Salzburg, des Wiener Kammerorchesters, der Neuen Wiener Solisten, der Wiener Sängerknaben sowie der Pianistin Ingrid Haebler, der Dirigenten Kurt Wöss und Dietfried Bernet sowie des Regisseurs Frederik Mirdita sorgten für eine nachhaltige Präsenz Österreichs auf der argentinischen Musikszene. Der Österreichische Bundestheaterverband und das Kultursekretariat der Stadt Buenos Aires vereinbarten ein einmonatiges Gastspiel der Wiener Volksoper in Buenos Aires. An Ausstellungen sind besonders die Adolf Loos-Ausstellung und eine Gemäldeausstellung mit eigenen Werken des österreichischen Botschafters im Teatro Colón zu erwähnen. Der Austausch von Wissenschaftlern war im Berichtsjahr besonders rege, wobei sich eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Technischen Universität Wien und der Ingenieur fakultät der Universität Buenos Aires anbahnte.

Landwirtschaftsminister Zorruguieta, Unterstaatssekretär für internationale wirtschaftliche Angelegenheiten im Außenministerium Figuerero Antequeda und der Europadirektor im Außenministerium Keller Sarmiento absolvierten Besuche in Österreich.

*Äthiopien – Australien***Äthiopien****Afrika 1 221 900 km² 32,6 Mio. 130 \$ Addis Abeba ÖB**

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei, wenn auch im Hinblick auf die außenpolitische Ausrichtung und das vornehmlich regionale Engagement Äthiopiens als Kernland am Horn von Afrika nicht intensiv.

Die Handelsbeziehungen haben sich günstig entwickelt. Die österreichischen Exporte betrugen 71,83 Mio. S (+ 40,4%), die Importe 64,14 Mio. S (+ 277%). Exportiert wurden vor allem Papier und Pappe, importiert Baumwolle, Gemüse und Kaffee.

Österreich hat 1981 erstmals einen Beitrag aus öffentlichen Mitteln für die erfolgreich verlaufende und von der UNESCO ausgezeichnete äthiopische Alphabetisierungskampagne geleistet. Auch wurden von privater Seite (Caritas) finanzierte Entwicklungsprojekte aus öffentlichen Mitteln verdoppelt. Sechs äthiopische Stipendiaten nahmen an Kursen der Fremdenverkehrsschule in Kleßheim bzw. anderen Spezialkursen für Angehörige aus Entwicklungsländern teil. Ein österreichischer Beitrag in der Höhe von 6,5 Mio. S zu einem UNICEF-Projekt zur ländlichen Wasserversorgung der Südprovinzen Äthiopiens wurde zugesagt.

Australien**Australien 7 686 420 km² 14,6 Mio. 9 120 \$ Canberra ÖB, 5 HK*), AHST**

Die politischen Beziehungen zwischen Österreich und Australien sind problemfrei. Es besteht eine enge Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene. Vom 22. bis 25. November stattete Bundesminister Lanc als erstes österreichisches Regierungsmitglied Australien einen offiziellen Besuch ab, der in erster Linie der Erörterung einer verstärkten Aufnahme polnischer Flüchtlinge aus Österreich diente. Auf Grund der Gespräche entschloß sich Australien, bis 30. Juni 1982 zusätzlich 1 000 Polenflüchtlinge aus Österreich – somit (bis dahin) insgesamt 4 000 – aufzunehmen.

Der Warenverkehr hat sich aus österreichischer Sicht positiv entwickelt: Obwohl die früher traditionell führende Einzelposition, nämlich Edelstahl, erneut um rund 25% verlor, sind die österreichischen Exporte nach Australien insgesamt um 40,1% angestiegen und erreichten den Rekordwert von 881,45 Mio. S. Vor allem der Export von Maschinen hat sich verdoppelt, Textilien sowie Papier und Pappe verzeichneten Zunahmen um 50 bzw. 75%. Die österreichischen Einfuhren waren wegen geringerer Fleisch-, Obst- und Gemüsebezüge leicht rückläufig (-5,1%) und beliefen sich auf 479,02 Mio. S. Der steigenden Bedeutung Australiens als Rohstofflieferant trug im März der Besuch einer österreichischen Delegation zur Erörterung österreichischer Dampfkohlenimporte Rechnung. Ferner begab sich eine österreichische Wirtschaftsmission für Investitionsgüter, Industriebedarf und Kooperation im November nach Australien.

Die kulturellen Beziehungen mit Australien beschränken sich auf Einzelaktionen: Das wichtigste Ereignis war die „Robert Musil-Ausstellung“, die in Sydney, Melbourne und Adelaide gezeigt wurde. Das Wiener Schubert-Duo gab

*) HK Adelaide derzeit unbesetzt.

Bahamas – Bahrain – Bangladesh

Konzerte in mehreren Städten. Auf dem Gebiet des Wintersports bestehen seit Jahren fruchtbare Kontakte.

Im April nahmen die Abgeordneten zum NR DDr. König, DDr. Hesele und Dr. Ofner an der Vorkonferenz der Interparlamentarischen Union in Canberra teil. Im selben Monat hielt sich eine ÖVP-Delegation unter der Führung von Bundesparteiobermann Dr. Mock in dessen Eigenschaft als Präsident der Europäischen Demokratischen Union (EDU) zu Gesprächen mit der australischen Liberal Party in Canberra auf. Der australische Generalgouverneur, Sir Zelman Cowen, stattete im Mai Österreich einen privaten Besuch ab. Eine Reihe hoher australischer Bundes- und Landespolitiker besuchte inoffiziell bzw. privat im Rahmen von fact finding missions durch europäische Länder auch Österreich.

Bahamas

Karibik 13 935 km² 0,24 Mio. 2 780 \$ Nassau HK, ÖB Washington

Die Beziehungen zwischen Österreich und den Bahamas haben sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1978 problemfrei entwickelt. Am 4. November 1981 wurde mit den Bahamas ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht unterzeichnet, das am 1. Februar 1982 in Kraft treten wird. Der Warenaustausch ist gering. Ausfuhren von 2,83 Mio. S (+ 13,7%) standen Importe von 7,11 Mio. S (+ 51,9%) gegenüber.

Bahrain

Naher Osten 622 km² 0,35 Mio. 5 460 \$ Manama ÖB Jeddah

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in Begleitung von Bundesminister Dr. Staribacher und Bundesminister Dr. Steyrer in der Zeit vom 6. bis 7. Dezember einen offiziellen Besuch abgestattet, wobei vor allem den Nahen Osten und die Golfregion betreffende Fragen, sowie die Möglichkeiten einer bilateralen Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen erörtert wurden.

Aufgrund seiner strategischen Lage am Golf, den ausgezeichneten Flugverbindungen mit Westeuropa und dem Fernen Osten, sowie des hervorragenden Satelliten-Kommunikationssystems hat Bahrain in den vergangenen Jahren zunehmende wirtschaftliche Bedeutung, vor allem im internationalen Bankverkehr, erlangt. Die Handelsbeziehungen mit Österreich bewegen sich allerdings noch in einem bescheidenen Rahmen, erscheinen aber ausbaufähig. Die österreichischen Exporte, hauptsächlich Papier und Papierwaren sowie Maschinen, betrugen 1981 56,67 Mio. S (+ 74,4%).

Bangladesh

Südasiens 143 998 km² 88,6 Mio. 100 \$ Dacca ÖB New Delhi

Die Beziehungen zwischen Bangladesh und Österreich sind problemfrei. Österreich, das sich mehrfach in internationalen Belangen für Bangladesh eingesetzt hat, genießt dort viel Sympathie. Zu engeren Kontakten kam es im Zuge der Vorbereitung des Cancun-Gipfels.

Barbados – Belgien

Dieses stark überfüllte und rohstoffarme Land, das noch vor nicht allzu langer Zeit überwiegend von internationalen Hilfsmaßnahmen abhängig war, konnte in den letzten Jahren eine bescheidene, aber dennoch bemerkenswerte Konsolidierung seiner Wirtschaftslage erzielen. Der österreichische Außenhandel ist allerdings nach wie vor minimal und erreichte auf der Exportseite 26,2 Mio. S (+43,6%), während er auf der Importseite mit 4,25 Mio. S gleich blieb. Im Oktober fanden zwischen einer Delegation aus Bangladesh und Vertretern von 25 österreichischen Firmen und Banken sowie des von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bei der UNIDO eingerichteten Investitionsförderungsbüros Gespräche über die Möglichkeit der Beteiligung österreichischer Firmen an der Industrialisierung Bangladeshs statt.

Anlässlich der Abhaltung der Wiener Vorbereitungstagung für die Pariser Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder kam es zwischen der bangladeschen Delegation und Vertretern Österreichs auch zu bilateralen Gesprächen, die der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit galten. Bewerber aus Bangladesh, dem bevölkerungsreichsten unter den am wenigsten entwickelten Ländern, wird bei der Auswahl von Stipendiaten im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe besondere Aufmerksamkeit gewidmet; 1981 wurden zehn solche Stipendien zuerkannt.

Barbados

Karibik 431 km² 0,25 Mio. 2 400 \$ Bridgetown HK, ÖB Caracas

Die Beziehungen haben insbesondere auf wirtschaftlichem Sektor Früchte getragen. Im November erfolgte die Eröffnung der Baustelle für die neue Zementfabrik von Barbados, die durch die VÖEST-Alpine errichtet werden wird (Auftragswert über 1 Mrd. S). Der bilaterale Handelsaustausch, der exportseitig 3,94 Mio. S (+5,8%), importseitig 2,81 Mio. S (+108,7%) betragen hat, dürfte durch die 1982 einsetzenden Zulieferungen für das gegenständliche Großprojekt eine bedeutende Steigerung zugunsten Österreichs erbringen.

Belgien

Europa 30 513 km² 9,9 Mio. 10 890 \$ Brüssel, ÖB, 5 HK, AHST

Zwischen Österreich und Belgien bestehen traditionell problemfreie Beziehungen.

Die bilateralen Handelsbeziehungen entwickelten sich trotz der Belgien stark berührenden internationalen Wirtschaftskrise relativ stabil; die Exporte sind um 2,1% auf 3,17 Mrd. S gesunken; die Importe haben sich um 6,7% auf 6,66 Mrd. S erhöht. Mit Hilfe einer intensiven Betreuung des belgischen Marktes durch Seminare, Ausstellungen, Beteiligungen an Wirtschaftsmessen etc. bemüht sich die österreichische Exportwirtschaft, ihren Marktanteil zu halten. Belgien ist nach der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden das Land mit dem stärksten Touristenaufkommen (mehr als 300 000 Besucher 1981) in Österreich.

Benin – Bhutan

Die durch ein Kulturabkommen aus dem Jahre 1953 geregelten Beziehungen konnten durch eine Anzahl von repräsentativen Veranstaltungen weiter vertieft werden, unter denen ein Symposium zum Thema „Die Aktualität Robert Mulsils“ in Brüssel hervorzuheben wäre. Beim 11. Salon der europäischen Kunstakademie in Charleroi und bei der 5. Biennale des Internationalen Festivals für Bild und Ton in Lüttich erhielten österreichische Beiträge höchste Preise. Der Austausch von Universitätsprofessoren, von Sprachassistenten und von Unterrichtsexperten wurde fortgesetzt. Wie jedes Jahr, studierten auch heuer wieder einige österreichische Studenten am Europa College in Brügge.

Bundespräsident Dr. Kirchschräger nahm am Europa-Kongreß von B'nai B'rit, der im Dezember in Brüssel stattfand, teil. In seinem Festvortrag vor diesem Forum ging er insbesondere auf die geistige und gesellschaftliche Situation in Europa von heute ein. Während seines inoffiziellen Besuches führte der Bundespräsident auch Gespräche mit König Baudoin und dem EG-Präsidenten Thorn. Der Vortrag von Bundeskanzler Dr. Kreisky im September vor dem Europa College in Brügge fand großen Widerhall in den belgischen Medien. Der Bundeskanzler nahm zum Verhältnis Europas zu den USA Stellung und plädierte für einen fruchtbaren Dialog zwischen den beiden Zentren der westlichen Hemisphäre.

Benin

Afrika 112 622 km² 3,57 Mio. 250 \$ Porto Novo ÖB Abidjan

Die Beziehungen zu Benin sind problemfrei und haben sich auf wirtschaftlichem Gebiet weiter intensiviert. Das Land verfolgt einen pragmatischen wirtschaftlichen Kurs, der insbesondere einen prosperierenden Einzelhandel ermöglicht und auch die Entwicklung der österreichischen Exporte positiv beeinflusst hat. So stiegen die Ausfuhren (hauptsächlich Tülle und Stickereien) auf 2,62 Mrd. S und haben sich damit gegenüber 1980 mehr als verdoppelt (+ 109,5%). Bei den Exporten handelt es sich zum überwiegenden Teil um Transitwaren. Die österreichischen Importe waren unbedeutend (1,41 Mio. S gegenüber 0,14 Mio. S im Vorjahr).

Bhutan

Südasiens 47 000 km² 1,27 Mio. 80 \$ Thimphu ÖB New Delhi

Mit dem zum Amtsbereich der Botschaft New Delhi gehörenden Königreich Bhutan bestehen zwar keine diplomatischen Beziehungen, doch wurde es im Rahmen österreichischer Entwicklungshilfeleistungen verstärkt berücksichtigt. Sonstige bilaterale Kontakte ergeben sich fallweise über die jeweiligen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York.

Österreich exportierte im Berichtsjahr nach Bhutan Waren im Wert von 5,2 Mio. S (1980 keine Ausfuhren); Importe wurden nicht getätigt.

Aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe wurden Bhutan 18 Haflingerzuchtpferde zur Verfügung gestellt. Das Pferdezuchtprogramm der bhutanischen Regierung sieht u. a. Maßnahmen zur genetischen Verbesserung der loka-

Bolivien – Botswana

len Pferde vor; bisherige Zuchtversuche mit Haflingern haben sich als sehr erfolgreich erwiesen. Die im Rahmen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft Ende 1980 genehmigte Lieferung von fünf Seilkränen konnte im Oktober 1981 von den zuständigen bhutanischen Stellen in Empfang genommen werden.

Bhutan ist besonders an Stipendien im Bereich des Tourismus interessiert; es konnten auch im Berichtsjahr wieder einige Stipendien für Studienaufenthalte an der Fremdenverkehrsschule Kleßheim vergeben werden.

Im Rahmen der im September in Paris abgehaltenen UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder führte Staatssekretär DDr. Nussbaumer mit der bhutanischen Delegation Gespräche über Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

Bolivien

Südamerika 1 098 581 km² 5,6 Mio. 550 \$ La Paz HK, ÖB Buenos Aires

Die allgemeinen bilateralen Beziehungen sind korrekt. Sollten sich die politischen Verhältnisse weiterhin stabilisieren, so würde Bolivien auch auf wirtschaftlichem Gebiet größere Aufmerksamkeit verdienen. Die nach wie vor ungünstige Wirtschaftslage des Landes beeinflusst auch die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

Die österreichischen Exporte (Spezialmaschinen, Baumaterialien, Werkzeuge) gingen um 18,9% auf 69,61 Mio. S zurück. Die Importe (Zinn, Kaffee) stiegen um 32,9% auf 23,72 Mio. S. Österreich verfolgt derzeit verschiedene Projekte auf dem Bergbau- und Energiesektor, die jedoch nur unter verbesserten Finanzierungsbedingungen realisiert werden könnten.

Auf dem Entwicklungshilfesektor wird die Übergabe der von Österreich in Oruro gegründeten Bergbauschule in bolivianische Hände vorbereitet. Im Osten des Landes ist eine Anzahl von österreichischen Entwicklungshelfern tätig; mit vom Land Salzburg zur Verfügung gestellten Mitteln wurden dort Impfungen der Landbevölkerung, Verbesserungen der Ernährung und der Trinkwasserversorgung durchgeführt. Die Vergabe von Entwicklungshilfestipendien wurde fortgesetzt.

Botswana

Afrika 600 372 km² 0,82 Mio. 720 \$ Gaborone ÖB Lusaka

Die problemfreien Beziehungen sind durch geringe Intensität gekennzeichnet. Durch sein pluralistisches System, seine gemäßigte Außenpolitik, seine effiziente Verwaltung und sein geordnetes Finanz- und Wirtschaftswesen ist Botswana als ansprechender Partner für die Zukunft zu bezeichnen.

Da Botswana Mitglied der südafrikanischen Zollunion ist, sind die Statistiken über den bilateralen Warenverkehr kaum aufschlußreich, weil ein Großteil der österreichischen Exporte und Importe über Südafrika erfolgt. Laut den stati-

Brasilien

stisch ausgewiesenen Daten stiegen die österreichischen Exporte auf 8,89 Mio. S (1980: 0,19 Mio. S). Die Importe sanken von 220 000 S 1980 auf 69 000 S (-69,5%).

Im September besuchte der Vizepräsident der EDU, Professor E. Mayer, im Auftrag von Bundesparteiobermann Dr. Mock Gaborone, um politische Kontakte zur Regierungspartei anzuknüpfen.

Brasilien

**Südamerika 8 511 965 km² 123,03 Mio. 1 780 \$ Brasilia
ÖB, GK, 6 HK, 2 AHST**

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei und insbesondere im wirtschaftlichen Bereich entwicklungsfähig.

Im Außenhandel konnte ungeachtet des nach wie vor bestehenden restriktiven brasilianischen Außenhandelsregimes eine Verbesserung des für Österreich strukturell stark passiven bilateralen Austauschverhältnisses von 1:4,1 auf 1:3,8 erzielt werden. Die Ausfuhren erhöhten sich um 15,2% auf 550,58 Mio. S, die Einfuhren um 4,8% auf 2,07 Mrd. S. Wichtigste Exportgüter waren Maschinen sowie Eisen- und Stahlfertigwaren, Hauptpositionen auf der Importseite waren Kaffee und Erze. Auf Einladung von Bundesminister Lauscher hielt sich der brasilianische Transportminister Eliseu Resende in Begleitung des Präsidenten der brasilianischen Staatsbahnen vom 21. bis 24. Juli 1981 zu einem offiziellen Besuch in Österreich auf, wobei es u. a. zum Abschluß eines Vertrages mit der Firma Plasser & Theurer über die Lieferung von Gleisbaumaschinen im Werte von 237 Mio. S kam. Weitere größere Projekte betreffen die teilweise ab 1982 wirksam werdenden Lieferungen von Schienenmaterial, Bergbau-Vortriebsmaschinen für die brasilianischen Kohlengruben, Gas-Großmotoren, Kompressoren, Förder- und Bohrgeräte für die Erdölindustrie sowie einen Liefer- und Kooperationsvertrag im Chemiefaserbereich.

An kulturellen Aktivitäten sind die von der österreichischen Botschaft Brasilia organisierten Dokumentationsausstellungen „25 Jahre Staatsvertrag“, „Robert Musil“, „Stefan Zweig“ und die vom Generalkonsulat Sao Paulo organisierte Mozart-Ausstellung hervorzuheben. Die österreichischen Vertretungsbehörden wirkten ferner bei der Organisation eines Mozart-Festkonzertes und eines Konzertes der Wiener Sängerknaben mit. Neben dem bereits an der Universität in Curitiba bestehenden österreichischen Lektorat wurde ein zweites österreichisches Lektorat an der Universität Sao Paulo geschaffen. Ferner wurde ein zweiter österreichischer Mittelschullehrer an die deutschsprachigen Mittelschulen in Sao Paulo entsandt. Der Austausch von Wissenschaftlern, die Gewährung österreichischer Stipendien an Brasilianer, die Förderung des Deutschunterrichtes in den altösterreichischen Siedlungen durch Sachspenden und finanzielle Zuwendungen und der Einsatz von Filmen, Dias und Schallplatten wurden fortgesetzt.

Im April besuchte eine österreichische Juristendelegation unter Führung des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Univ.-Prof. DDr. Erwin Melichar,

Bulgarien

auch Brasilien und führte Gespräche mit Vertretern des brasilianischen Justizministeriums und der obersten brasilianischen Gerichtshöfe. Im Mai besuchte der Staatssekretär für Handel des brasilianischen Bundesstaates Amazonas über Einladung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreich.

Bulgarien

Europa 110 912 km² 8,86 Mio. 3 690 \$ Sofia ÖB, AHST

Die positive Entwicklung der österreichisch-bulgarischen Beziehungen kam in den offiziellen Besuchen von Bundesminister Dr. Pahr (26. bis 28. Jänner) und von Bundeskanzler Dr. Kreisky (12. bis 15. Mai) zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit diesen Besuchen konnten auch eine Reihe humanitärer Anliegen erledigt werden.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben sich weiter intensiviert. Die Ausfuhren stiegen um 24,1% auf 1,89 Mrd. S, die Einfuhren um 19,9% auf 712,18 Mio. S. Der kontinuierliche Aufschwung der österreichischen Exporte, die sich seit 1978 verdoppelt haben, beruht auf Geschäften kleinerer und mittlerer Größenordnung. Verhandlungen über verschiedene Großprojekte auf dem Anlagen- und Fremdenverkehrssektor könnten eine weitere Exportsteigerung bringen. Im Rahmen des Besuches des Bundeskanzlers wurde am 15. Mai in Sofia ein Vertrag über die gegenseitige Zusammenarbeit und den gegenseitigen Schutz von Investitionen, ferner ein privatrechtliches Abkommen über die Kooperation zwischen der VÖEST-Alpine AG und einem aus bulgarischen Wirtschafts- und Außenhandelsorganisationen gebildeten Konsortium unterzeichnet. Vom 12. bis 16. Oktober fand in Sofia die XII. Tagung der Gemischten Österreichisch-Bulgarischen Kommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unter Vorsitz der beiden Handelsminister statt. An weiteren Aktivitäten wären u.a. die Wirtschaftsmissionen der Bundeskammer unter Leitung des Vizepräsidenten Schönbichler (April) sowie des Donaueuropäischen Institutes (März) zu nennen. Im März fand in Sofia die erste Verhandlungsrunde zum Abschluß eines Abkommens über die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen statt.

Die kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit Bulgarien sind durch entsprechende Abkommen geregelt. Hinzu kommen ein Abkommen über die Gleichwertigkeit im Universitätsbereich sowie ein Abkommen zwischen den Akademien der Wissenschaften. Bundesminister Dr. Pahr hat am 27. Jänner 1981 in Sofia mit der Vorsitzenden des Komitees für Kultur, Ljudmilla Schivkova, das Übereinkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung für die Jahre 1981 bis 1983 unterzeichnet. Im Oktober wurde ein Zweijahresprogramm für den wissenschaftlich-technischen Bereich erstellt. Aus dem künstlerischen Bereich seien die Ausstellungen „Gustav Mahler“, Faksimile der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz und „Österreichische Architektur 1945 bis 1975“ sowie die bulgarische Erstaufführung von Werken des Grazer Komponisten Karl Haidmayer hervorzuheben.

Burma – Burundi

Der Besuchsaustausch zeichnete sich im Jahre 1981 durch besondere Intensität aus. Bundesminister Lausecker stattete vom 23. bis 25. September über Einladung seines Amtskollegen Tsanov Bulgarien einen offiziellen Besuch ab. Weiters hielten sich Bundesminister Sekanina in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft (August) und als Präsident des Österreichischen Fußballverbandes (November) sowie die Staatssekretäre Schober (Juni) und Albrecht (Juli) in Bulgarien auf. Abgeordneter Blecha, Präsident der Österreichisch-Bulgarischen Gesellschaft, nahm an den offiziellen Feierlichkeiten zum 1300jährigen Jubiläum der bulgarischen Staatsgründung teil und überreichte der Universität Sofia ein Sprachlabor als Geschenk. Nationalbankpräsident Univ.-Prof. Dr. Koren besuchte Sofia im September. – Die Vorsitzende des Komitees für Kultur, Schivkova, stattete vom 11. bis 14. Juni, und Justizminister Daskalova vom 17. bis 20. Juli Österreich einen offiziellen Besuch ab. Weiters hielten sich der Stellvertretende Ministerpräsident Jordanov und der Minister für Volksbildung Fol (Februar), der Vorsitzende des staatlichen Komitees für Tourismus Evtimov (Juni) und der 1. Stellvertreter des Außenhandelsministers Ginev (Juni und November) in Österreich auf.

Burma

Südasiens 676 552 km² 32,91 Mio. 160 \$ Rangun HK, ÖB Bangkok

Die Beziehungen, deren Schwerpunkt auf wirtschaftlichem Gebiet liegt, haben sich weiter intensiviert. Die Realisierung einer von der VÖEST-Alpine AG gelieferten 450 Mio. S Urea-Anlage zur Düngemittelerzeugung hat begonnen. Die Verhandlungen betreffend die Errichtung einer Methanolanlage mit einem österreichischen Lieferanteil von 655 Mio. S konnten abgeschlossen werden. Abgesehen von den erwähnten Großprojekten erreichte der bilaterale Handel nur ein bescheidenes Volumen. Die österreichischen Exporte beliefen sich insgesamt auf 150,65 Mio. S (gegenüber 10 Mio. S 1980), die Importe auf 2,15 Mio. S (+ 72,4%).

Burundi

Afrika 27 834 km² 4,51 Mio. 180 \$ Bujumbura ÖB Kinshasa

Die problemfreien Beziehungen konnten vor allem durch das österreichische Engagement auf dem Sektor der Regionalentwicklung bedeutend ausgebaut werden: Burundi ist Mitglied der Kagera-River-Basin-Organisation, für die österreichische Entwicklungshilfeleistungen in größerem Umfang vorgesehen sind (siehe Tansania). Der Außenhandel bewegt sich auf bescheidenem Niveau. Österreichischen Exporten von 6,72 Mio. S (+ 106,5%) standen Importe im Werte von 3,43 Mio. S (–85,7%) gegenüber. Importiert wurde ausschließlich Kaffee. Im Rahmen der im September in Paris abgehaltenen UN-Konferenz über die am wenigstens entwickelten Länder führte Staatssekretär DDr. Nussbaumer mit der burundischen Delegation Gespräche über die österreichische Beteiligung an Studien für den Bau einer Eisenbahnlinie.

*Chile – China***Chile**

Südamerika 756 945 km² 11,1 Mio. 1 690 \$ Santiago ÖB, HK, AHST

In den politischen Beziehungen zwischen Österreich und Chile sind keine nennenswerten Änderungen feststellbar.

Auf Grund der besonderen österreichischen Anstrengungen ist es gelungen, die Exporte um 85,3 % auf 243,15 Mio. S zu steigern. Die Importe wuchsen um 36,2 % auf 393,19 Mio. S. Die Bemühungen der österreichischen Wirtschaft, einen größeren Teil der für die österreichische Industrie wichtigen Rohstoffe aus Chile mit dem Export österreichischer Investitions- und Konsumgüter zu bezahlen, wurden intensiv fortgesetzt. Bei der Internationalen Messe in Santiago („FISA“) im Herbst 1981, deren Eröffnung auch der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Ing. Rudolf Sallinger, beiwohnte, war Österreich mit 80 Teilnehmerfirmen vertreten; dies stellte das stärkste Ausstellerkontingent Österreichs außerhalb Europas im Jahre 1981 dar.

In Chile unterstützt der österreichische Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt über die Organisation „Terres des Hommes“ ein Jugendausbildungsprogramm von der Grundausbildung bis zur selbständigen Erwerbsfähigkeit.

Auf kulturellem Gebiet war es möglich, die auch bisher gegebene österreichische Präsenz zu gewährleisten bzw. teilweise sogar weiter auszubauen.

China

Ferner Osten 9 560 779 km² 982 Mio. 260 \$ Peking ÖB, AHST

Die positive Entwicklung der Beziehungen zur Volksrepublik China konnte anlässlich des Besuchs einer österreichischen Freundschaftsdelegation unter Leitung von Vizekanzler Dr. Sinowatz festgestellt werden. In das Berichtsjahr fiel das 10jährige Jubiläum des Bestandes diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Volksrepublik China (26. Mai 1971).

Der bilaterale Warenverkehr war durch einen Rückgang der österreichischen Ausfuhren um 34,2 % auf 733,41 Mio. S sowie durch eine beträchtliche Steigerung der chinesischen Ausfuhren nach Österreich um 59,5 % auf 680,9 Mio. S gekennzeichnet. Maßgebend für diese Entwicklung ist in erster Linie der Ausfall von österreichischen Edeltahllieferungen sowie der Umstand, daß die Auslieferung der größtenteils Ende 1978 bestellten österreichischen Maschinen mit Jahresmitte 1981 abgeschlossen war. Die Entwicklung fiel zusammen mit den Regulierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, die die chinesische Wirtschaftspolitik derzeit kennzeichnen und deren Fortführung die chinesische Regierung für weitere 5 Jahre ins Auge faßt. Dennoch kann angenommen werden, daß – langfristig gesehen – eine gewisse Steigerung der österreichischen Exporte nach China auf Grund der laufenden Verbindungen zwischen österreichischen und chinesischen Unternehmungen und Organisationen eintreten wird. Um neue Kooperationsmöglichkeiten zu erkunden, entsandten eine Reihe österreichischer Firmen Delegationen oder Einzelvertreter nach China. Durch die Abhaltung von wissenschaftlich-technischen Symposien wurden interessierte chinesische Stellen auf die Produktionspalette und das technologische Know-How wichtiger österreichischer Exportbetriebe aufmerksam gemacht.

China

Die Beziehungen zur Volksrepublik China auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet konnten im Jahre 1981 intensiviert werden. Der Austausch von Wissenschaftlern, vor allem in den technischen Disziplinen, stieg an. In einigen Fällen war es möglich, eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen chinesischen und österreichischen Institutionen anzubahnen. Zwei österreichische Lektoren unterrichteten an den Universitäten Peking und Wuhan Germanistik und – zum ersten Mal – österreichische Literatur des 20. Jahrhunderts. Hervorzuheben ist auch das zweiwöchige Gastspiel des österreichischen Pantomimen Prof. Samy Molcho, dessen Darbietungen sowohl in chinesischen Künstlerkreisen als auch beim breiten Publikum auf großes Interesse stießen. Eine besonders starke Erweiterung erfuhr der Austausch von Wissenschaftlern zwischen den beiden Staaten. Studienreisen österreichischer Wissenschaftler umfaßten die Gebiete: Technische Physik, Geodäsie, Nachrichtentechnik, Normungswesen und Nomenklatur, Maschinenbau, Psychiatrie und Sinologie. In einer Reihe von Fällen konnte die Basis für eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden chinesischen und österreichischen Institutionen gelegt werden. Von chinesischer Seite ist vor allem der Österreichbesuch Prof. Wang Yaos, eines der bedeutendsten Tibetologen der Volksrepublik China, hervorzuheben (September). Im Rahmen des Studentenaustausches studierten während des Studienjahres 1980/1981 sieben österreichische Studenten in der Volksrepublik China, im Studienjahr 1981/82 sind acht österreichische Studenten an chinesischen Universitäten und Hochschulen inskribiert. Weiters wurde der regelmäßige im Juli und August abgehaltene Intensivsprachkurs des Peking Sprachinstituts von fünf österreichischen Studenten besucht. Für mehr als 30 chinesische Studenten konnten österreichischerseits Stipendien bzw. Studienplätze zur Verfügung gestellt werden. Anlässlich des Besuches der österreichischen Freundschaftsdelegation im April in Peking las die österreichische Schriftstellerin Barbara Frischmuth im Rahmen einer Veranstaltung in der österreichischen Botschaft vor einem Publikum, das sich vor allem aus chinesischen Studenten und Professoren der deutschen Sprache und der deutschsprachigen Literatur zusammensetzte, aus eigenen Werken. Der Universität Peking überreichte Vizekanzler Dr. Sinowatz eine österreichische Bücherspende.

Im April besuchte eine Delegation der Europäischen Demokratischen Union unter der Leitung von Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock auf Einladung des Instituts für Internationale Beziehungen die Volksrepublik China. Eine Delegation des Österreichischen Gewerkschaftsbundes unter der Leitung von Vizepräsident Roman Rautner führte Gespräche mit Ni Zhifu, dem Präsidenten des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes (April). Prof. Franz Hoppichler hielt im Frühjahr 1981 ein zweitägiges, erfolgreiches Symposium mit chinesischen Skisportlern und Funktionären des Chinesischen Wintersportverbandes. Im Mai stattete eine chinesische Parlamentarierdelegation unter Leitung von Yang Shangkun, einem der Vizevorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, im Rahmen einer Europareise Österreich einen Besuch ab. Auf Einladung des Bundespressedienstes bzw. der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft besuchten weiters zwei chinesische Journalistendelegationen Österreich (Mai, Oktober). Eine Delegation der Chinesischen Freundschaftsgesellschaft unter der Leitung von Vizepräsident Xie Bangding stattete Österreich aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China (ÖGCF)

Costa Rica – Dänemark

einen Besuch ab (Oktober). Mehrere chinesische Expertengruppen und Fachdelegationen besuchten Österreich, um sich mit den neuesten Entwicklungen in verschiedenen Zweigen der österreichischen Wirtschaft vertraut zu machen.

Auf Grund eines Appells der UNDRO anlässlich von Überschwemmungskatastrophen stellte die Bundesregierung der Volksrepublik China Medikamente im Wert von 2 Mio. S zur Verfügung.

Costa Rica

Mittelamerika 50 700 km² 2,21 Mio. 1 820 \$ San José HK, ÖB Mexiko

In den Beziehungen zwischen Österreich und Costa Rica haben sich keinerlei Probleme ergeben. Auf Grund seiner demokratischen Tradition stellt Costa Rica einen privilegierten politischen Gesprächspartner für Österreich in Zentralamerika dar. Das Interesse Costas Ricas an Österreich wird durch die Unterhaltung einer eigenen diplomatischen Vertretungsbehörde in Österreich dokumentiert.

Mit Exporten von 77,24 Mio. S (+ 159,3%) war Costa Rica wichtigster Abnehmer österreichischer Erzeugnisse in Mittelamerika. Hauptausfuhrprodukte sind Eisen und Stahl, LKW, Alu-Ronden sowie Papierwaren. Die österreichischen Importe beliefen sich im selben Zeitraum auf 280,08 Mio. S (+ 17,1%) und bestanden vor allem aus Bananen und Kaffee. Die anhaltend kritische Wirtschafts- und Devisenlage veranlaßte die Regierung, den Colón von 8,60 pro US-Dollar auf Colón 20,- pro US-Dollar abzuwerten. Es besteht allgemeine Importlizenzpflcht.

Dänemark

Europa 43 074 km² 5,12 Mio. 11 900 \$ Kopenhagen ÖB, HK, AHST

Die bilateralen Beziehungen zwischen Dänemark und Österreich sind problemfrei.

Die Rezession in Dänemark und damit die schwache Inlandsnachfrage bewirkten im 1. Halbjahr 1981 einen deutlichen Rückgang der Importe, von dem auch die österreichischen Lieferungen betroffen waren. Seit Mitte des Jahres verbesserten sich die Exportergebnisse, so daß das Berichtsjahr mit einer österreichischen Exportsteigerung von 6,2% auf 2,75 Mrd. S abgeschlossen werden konnte. Die stärksten Zunahmen waren bei Düng- und Pflanzenschutzmitteln sowie bei Rohstoffen für die Kunststoffindustrie, weiters bei Papier und Fernsehgeräten zu verzeichnen. Die Importe aus Dänemark waren hingegen um 5,4% rückläufig (2,04 Mrd. S), wodurch sich das österreichische Handelsaktivum vergrößerte. Österreich bezog aus Dänemark vor allem Nahrungsmittel, Papiererzeugnisse, Fußbodenbeläge, landwirtschaftliche Maschinen und Möbel.

Dänemark zählte in der Berichtsperiode zu den Schwerpunktländern der Auslandskulturpolitik. Musikalischer Höhepunkt war ein Konzert der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Leonhard Bernstein. Außerdem fanden Konzerte mit Prof. L. Streicher und ein Klavierabend mit Alfred Brendel statt. Willi

Deutschland, Bundesrepublik

Boskovsky gastierte als Dirigent eines Konzertes mit dem Seeländischen Sinfonieorchester. Prof. Erik Werba hielt in Kopenhagen Meisterkurse ab und trat auch in zwei Konzerten an die Öffentlichkeit.

Zwei Delegationen des Magistrats der Stadt Wien (Stadtplanung und Rechtsangelegenheiten) waren Gäste des Kopenhagener Oberbürgermeisters und informierten sich über den modernen Bau von Wohn- und Krankenhäusern bzw. über die dänische Beurteilung gewisser Rechtsangelegenheiten.

Deutschland, Bundesrepublik

**Nachbarstaat 248 139 km² 61,56 Mio. 11 730 \$ Bonn
ÖB, 3 GK, 12 HK, 4 AHST**

Die gutnachbarlichen und störungsfreien Beziehungen zwischen Österreich und der BRD haben sich weiterhin positiv entwickelt. Die vielfältigen Kontakte auf allen Ebenen, darunter insbesondere auch zwischen den beiden Staatsoberhäuptern, den Regierungschefs und weiteren Regierungsmitgliedern sind fortgesetzt worden. Höhepunkte waren hierbei der inoffizielle Besuch des deutschen Bundespräsidenten Professor Dr. Carstens in Salzburg anlässlich der Mozart-Woche am 30. und 31. Jänner sowie der Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Schmidt in Wien am 22. und 23. September. Im Vordergrund der Gespräche der Regierungschefs standen neben bilateralen wirtschaftlichen Fragen vor allem weltpolitische und weltwirtschaftliche Themen. Der deutsche Vizekanzler und Außenminister Genscher traf wiederholt mit Bundesminister Dr. Pahr zusammen – so auch anlässlich der Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfeltreffens, bzw. am 13. März in Wien und dann in Cancun – und am 6. November zu einem allgemeinen Meinungsaustausch wieder in Wien.

Die Bundesrepublik ist der weitaus wichtigste Handelspartner Österreichs. Trotz des derzeitigen Nullwachstums in der BRD wuchsen die österreichischen Exporte um 5,1 % auf 73,31 Mrd. S. Da gleichzeitig die Importe um 0,9 % auf 129,99 Mrd. S zurückgingen, verringerte sich das Außenhandelsdefizit gegenüber der BRD auf 56,68 Mrd. S. Der deutsche Fremdenverkehr nach Österreich deckt schon seit Jahren mehr als die Hälfte dieses bilateralen Handelsbilanzdefizits ab. Nicht zuletzt dank intensiver Bemühungen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, die einschließlich Berlin sieben Außenstellen unterhält, war dieses erfreuliche Ergebnis auch 1981 zu verzeichnen. Anfang März 1981 fand an der Botschaft in Bonn wieder eine Konsularkonferenz unter Teilnahme der Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten und Inneres, der Bundeswirtschaftskammer und der Fremdenverkehrswerbung statt, bei der neuerlich nützliche Konzepte zur Förderung der österreichischen Exportbemühungen und des Fremdenverkehrs erarbeitet werden konnten. Der österreichischen Exportwirtschaft ist es auch dank dieser fortgesetzten, gemeinsamen Bemühungen der Außenhandelsstellen, Honorarkonsuln, Generalkonsulate und der Botschaft selbst, gelungen, ihre Ausfuhren in die BRD während der letzten 5 Jahre zu verdoppeln.

In den Bereichen Kultur und Wissenschaft wurden die bestehenden engen Beziehungen weiter vertieft. Besuche des Staatssekretärs im Bonner Bundesministerium für Forschung und Technologie, Hans-Hilger Haunschild, im März 1981

Deutschland, Bundesrepublik

in Wien, des Bonner Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, bei Vizekanzler Bundesminister Dr. Sinowatz in Wien und bei Bundesminister Dr. Firnberg, die auch Berlin (West) besuchte, trugen zur Intensivierung der Kooperation auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet bei. Die Fachverhandlungen bezüglich eines bilateralen Abkommens über Äquivalenzen im Hochschulbereich wurden abgeschlossen. Eine Reihe österreichischer Ausstellungen wurde in der BRD präsentiert, so „Experiment Weltuntergang“ mit 35 000 Besuchern in Hamburg, Arnulf Rainer, Arik Brauer, Friedensreich Hundertwasser, Aspekte der Zeichnungen Österreichs, Wolfgang Hutter, Ernst Fuchs, Johann Fruhmann, Josef Mikl, Markus Prachensky, Arthur Schnitzler, Faksimile der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz usw. Österreichische Autorenlesungen standen teils im Zeichen des Schnitzlerjahres oder dienten der Vertiefung des Literaturaustausches. Im Bereich der Musik gastierte eine Vielzahl österreichischer Solisten, Ensembles und Orchester in der BRD. Hervorzuheben sind Gastspiele der Wiener Philharmoniker und des Burgtheaters, die Botschaft Bonn bereitete zusammen mit dem Westdeutschen Rundfunk ein Konzert avantgardistischer österreichischer Komponisten (Friedrich Cerha, Klaus Ager, Herbert Lauermann) vor. Der gegenseitige Austausch von Universitätsprofessoren und Wissenschaftlern war weiterhin intensiv. Etwa 400 österreichische Universitätsprofessoren wirken derzeit in der BRD.

Der Ausbau der vertraglichen Beziehungen wurde fortgesetzt. Hinsichtlich des Vertrages über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen vom 18. November 1980 konnte das beiderseitige Ratifikationsverfahren im Verlauf des Jahres 1981 abgeschlossen werden, so daß ein Austausch der Ratifikationsurkunden Anfang 1982 möglich sein wird. Das österreichische Ratifikationsverfahren betreffend den Vertrag auf dem Gebiet des Konkurs- und Ausgleichsrechts vom 25. Mai 1979 konnte bereits im Jahre 1980 abgeschlossen werden. Der Vertrag bedarf jedoch vor seiner Inkraftsetzung eines Ausführungsgesetzes in der BRD. Das Ratifikationsverfahren betreffend das Dritte Zusatzabkommen vom 29. August 1980 zum österreichisch-deutschen Abkommen vom 22. Dezember 1966 über Soziale Sicherheit ist im Gange. Paraphiert werden konnte am 15. Juli 1981 in München ein Vertrag über den Schutz von Herkunftsangaben und anderen geographischen Bezeichnungen samt Zusatzvereinbarung und Protokoll. Am 13. November 1981 wurde in Innsbruck der Entwurf eines Vertrages zur Änderung des Vertrages vom 31. Mai 1967 über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Stautufen und Grenzbrücken ergeben, paraphiert, wobei noch Abklärungen zu einzelnen Punkten des Vertrages erforderlich sind. Im Juli 1981 haben in Bonn Verhandlungen über eine Revision des österreichisch-deutschen Doppelbesteuerungsabkommens aus dem Jahre 1974 stattgefunden, die im Jahre 1982 in Wien fortgesetzt werden sollen. Die Verhandlungen auf schriftlichem Wege bzw. Kontakte zwischen den beiden Staaten hinsichtlich einer weiteren Anzahl von Materien, deren vertragliche Regelung in Aussicht genommen ist, wurden im abgelaufenen Jahr fortgesetzt. So hinsichtlich eines Vertrages über Rechts- und Amtshilfe in Verwaltungssachen, eines Vertrages über wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau, eines Vertrages über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen, eines neuen Abkommens über den Kleinen Grenz- und Ausflugsverkehr, das an

Deutschland, Bundesrepublik – Deutsche Demokratische Republik

die Stelle bisheriger einschlägiger Abkommen aus den Jahren 1954 und 1955 treten soll; und eines Abkommens über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballons im grenzüberschreitenden Luftverkehr.

Der bisherige intensive Besuchsaustausch zwischen Österreich und der BRD wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer hielt sich am 9. und 10. November 1981 zu einem offiziellen Besuch in Bonn auf. Bei seinen Gesprächen mit dem deutschen Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, wurden u.a. Drogenprobleme, Fragen des Alkoholismus in beiden Ländern, die Arzneimittelgesetzgebung, die Tabakwerbung, die Säuglingssterblichkeit und die Ärzteausbildung mit Anerkennung eventueller Gegenseitigkeit erörtert. Die Volksanwälte Dr. Bauer und Dr. Zeillinger hielten sich vom 29. September bzw. 30. September bis 1. Oktober in der BRD auf. Dieser erste Besuch der Volksanwälte erfolgte auf Einladung des Deutschen Bundestages und diente der Kontaktnahme mit der Volksanwaltschaft etwa vergleichbaren Institutionen (Petitionsausschuß des Bundestages, Wehrbeauftragter). Von der großen Anzahl österreichischer Besuche in der BRD wären zusätzlich noch folgende anzuführen: Wiederholte Aufenthalte von Bundeskanzler Dr. Kreisky, darunter aus Anlaß einer Präsidiumstagung der Sozialistischen Internationale vom 14. bis 16. Juli auch in Bonn und zu einer Gedenkrede für die Opfer des 20. Juli in Berlin; Besuch von Bundesminister Dr. Staribacher in Berlin im März; Aufenthalt des Landeshauptmannes von Steiermark, Dr. Krainer, in Düsseldorf im März und in Berlin Anfang September; Studienreise einer Delegation der deutsch-österreichischen Kulturgesellschaft unter der Leitung ihres Präsidenten, des Stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesrates, Univ.-Prof. Dr. Schambeck, im Juni/Juli. Die Delegation wurde auch von Bundespräsident Carstens und Bundestagspräsident Stücklen empfangen; Studienreise einer Delegation unter der Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schranz im Mai; Besuch von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner in Hamburg im September; Besuch des Bürgermeisters der Stadt Linz, Hillinger, in Linz am Rhein und Bonn im Mai. – Bundesjustizminister Schmude kam im Juli 1981 auf Einladung von Bundesminister Broda zu einem offiziellen Besuch nach Wien. Im Mai tagte in Salzburg eine Konferenz der deutschen und österreichischen Landtagspräsidenten. Bundestagspräsident Stücklen, Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Bundesinnenminister Baum und weitere Mitglieder der deutschen Bundesregierung sowie Ministerpräsidenten deutscher Bundesländer, darunter der bayrische Ministerpräsident Strauß, hielten sich im Jahre 1981 ebenfalls in Österreich auf. Staatssekretär Van Well führte am 27. Jänner in Wien Gespräche mit Botschafter Dr. Bauer.

Deutsche Demokratische Republik

Europa 108 181 km² 16,74 Mio. 6 430 \$ Berlin ÖB, AHST

Die Beziehungen zur DDR haben sich im Jahre 1981 auf Grundlage des im November 1980 stattgefundenen Staatsbesuches des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, der als Höhepunkt der kontinuierlichen Entwicklung des bilateralen Verhältnisses seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972 zu sehen ist, weiter intensiviert. Die Beziehungen

Deutsche Demokratische Republik

haben heute ein für beide Seiten durchaus zufriedenstellendes Niveau erreicht. Trotz der verschiedenen Gesellschaftsordnungen ist auf vielen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Bereiches eine fruchtbare Zusammenarbeit aufgebaut worden. Eine Gelegenheit zur Bestandsaufnahme in den bilateralen Beziehungen sowie zu einer Erörterung der internationalen Lage bot das anlässlich der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im September stattgefundene Treffen zwischen Bundesminister Dr. Pahr und Außenminister Fischer.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR haben sich in allen Bereichen ausgeweitet: Die österreichischen Exporte stiegen um 12,9% auf 3,34 Mrd. S, die Importe um 21% auf 2,58 Mrd. S, wobei sich diese Steigerungen auf den gesamten Warenbereich erstreckten. Von DDR-Seite wurden hiebei in zunehmendem Maße auch kleinere und mittlere Betriebe, insbesondere des Konsumgütersektors, einbezogen. Charakteristisch für die Entwicklung der Handelsbeziehungen war die Vergabe einer Reihe von Großprojekten an österreichische Unternehmungen des Industriebaus. So konnte im März anlässlich eines Besuchs der Leipziger Frühjahrmesse durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Josef Staribacher, ein Vertrag über die Errichtung eines Konverterstahlwerkes durch die VÖEST-Alpine AG in Eisenhüttenstadt mit einer Gesamtauftragssumme von rund 12 Mrd. S sowie ein weiterer Vertrag über die Errichtung einer Schüttgutanlage für den Rostocker Hafen durch die Firma WAAGNER-BIRO mit einer Auftragssumme von 160 Mio. S unterzeichnet werden. Von besonderer Bedeutung für die Gestaltung der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen ist die Zusammenarbeit auf Drittmärkten, an der die Unternehmungen beider Seiten außerordentlich interessiert sind. Gegenwärtig sind gemeinsame Drittlandprojekte vor allem in Nordafrika, Lateinamerika, im Nahen und Fernen Osten in Vorbereitung. Realisiert wurden im Berichtsjahr gemeinsame Projekte in Angola, Mosambik und Indien. Das große Interesse österreichischer Firmen an einer weiteren Entwicklung des Handels mit der DDR wurde durch die starke österreichische Beteiligung an den beiden Leipziger Messen dokumentiert: Bei der Frühjahrmesse waren ca. 130 und zur Herbstmesse annähernd 90 österreichische Firmen vertreten, so daß Österreich die zweite bzw. dritte Position unter den westlichen Ausstellern einnahm.

Fortschritte ergaben sich auch im Bereich der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen, die sich auf das 1979 in Kraft getretene Kulturabkommen sowie das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit aus dem Jahre 1978 stützen. Im Berichtsjahr fand insbesondere eine Reihe bedeutender künstlerischer Veranstaltungen statt, darunter die „Tage des österreichischen Films in der DDR“, die Präsentation der Ausstellung „Friedensreich Hundertwasser“ sowie ein weiteres Gastspiel des Wiener Burgtheaters im Rahmen der Berliner Festtage. Eine weitere Intensivierung erfuhr auch der Austausch von Professoren und Wissenschaftlern. Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Hertha Firnberg, führte im Rahmen eines offiziellen Besuchs der DDR im Juli einen Meinungsaustausch mit dem Minister für Wissenschaft und Technik und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Dr. Herbert Weiz, sowie dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Prof. Hans-Joachim Böhme. Bundesminister Dr. Firnberg und Minister

Dominikanische Republik

Böhme unterzeichneten ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Reifezeugnissen. Der Minister für Volksbildung der DDR, Margot Honecker, hielt sich im September 1981 über Einladung des Bundesministers für Unterricht und Kunst, Vizekanzler Dr. Fred Sinowatz, zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch in Österreich auf und besuchte bei dieser Gelegenheit eine Reihe österreichischer Bildungseinrichtungen.

Über die offenen vermögensrechtlichen Fragen wurden im Juli in Wien weitere Expertengespräche und Regierungsverhandlungen geführt, die jedoch nicht ein abschließendes Ergebnis erbrachten. Im Oktober fand in Berlin eine weitere Runde von Expertengesprächen zur Vorbereitung eines Abkommens über den Transfer nichtkommerzieller Zahlungen statt. Eine Reihe humanitärer Härtefälle wurde, wenn auch mit Verzögerungen, erledigt. In anderen Fällen konnte trotz längerer Wartezeiten noch keine positive Lösung erzielt werden.

Zusätzlich zu den bereits genannten wären noch folgende Besuche besonders hervorzuheben: Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dipl.-Ing. Günter Haiden, stattete im Juni und November der DDR einen offiziellen Besuch ab. Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR, Heinz Kuhrig, hielt sich Ende September/Anfang Oktober offiziell in Österreich auf. Als Ergebnis dieser Besuche wurde eine Intensivierung des Erfahrungsaustausches in verschiedenen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft vereinbart. Während seines offiziellen Besuches im Oktober führte der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, Dr. Kurt Steyrer, einen Erfahrungsaustausch mit dem Minister für Gesundheitswesen, Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dr. Hans Reichelt. Im Oktober 1981 hielt sich aus Anlaß des 10. Gründungstages der Gesellschaft Österreich-DDR der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Gerald Götting, in Wien auf und wurde bei dieser Gelegenheit auch von Bundespräsident Dr. Kirchschräger zu einem Gespräch empfangen.

Dominikanische Republik

**Mittelamerika 48 734 km² 5,43 Mio. 990 \$ Santo Domingo
HK, ÖB Caracas**

Die bilateralen Beziehungen gestalteten sich frei von Problemen. Die Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiet wurden fortgesetzt, konnten jedoch infolge des Fehlens von Großprojektbeteiligungen nicht auf der Höhe von 1980 gehalten werden. Die österreichischen Exporte gingen um 60,5% auf 26,02 Mio. S, die Importe um 16,6% auf 18,01 Mio. S zurück. Die dominikanische Wirtschaft, die bisher über keinerlei Rohstoffe und Energiequellen verfügt und deren Hauptexportprodukt Zucker ist, könnte bei Abbauwürdigkeit kürzlich gefundener Kohlevorkommen eine begrenzte Umstrukturierung erfahren.

*Ekuador – Elfenbeinküste***Ekuador**

**Südamerika 283 561 km² 8,35 Mio. 1 050 \$ Quito
2 HK, AHST, ÖB Bogotá**

Die bilateralen Beziehungen haben sich weiter intensiviert und keine Probleme ergeben. Im beiderseitigen Handelsverkehr gelang trotz starker internationaler Konkurrenz eine österreichische Exportsteigerung um 10,6% auf 86,29 Mio. S. Die Importe sanken um 44,5% auf 138,45 Mio. S. Hauptimportwaren sind Kakao und Kaffee, die wichtigsten Exportprodukte Metall- und Holzverarbeitungsmaschinen, Polyestergarne und Milchpulver. Der Einsatz einer Gruppe österreichischer Entwicklungshelfer im Rahmen ländlicher Entwicklungsprojekte wurde fortgeführt. Dem relativ großen ekuadorianischen Interesse an österreichischer Kultur wurde durch die Präsentation zweier Wanderausstellungen, der Gustav Mahler-Fotogedenkausstellung und der Hundertwasser-Graphikausstellung entgegengekommen.

Elfenbeinküste

Afrika 322 463 km² 7,97 Mio. 1 040 \$ Abidjan ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen zur Elfenbeinküste sind problemlos und entwickeln sich positiv. Durch den Beschluß der Elfenbeinküste, in Wien eine eigene Botschaft zu errichten, wurde einem seit längerem geäußerten österreichischen Wunsch Rechnung getragen.

Die österreichischen Exporte erreichten 51,25 Mio. S (–7,4%), die Importe 332,02 Mio. S (+32,2%). Einem österreichischen Unternehmen ist es gelungen, einen Vertrag zur Errichtung einer Hefefabrik zu unterzeichnen; weitere wirtschaftliche Projekte, so insbesondere der Bau eines bedeutenden Wasserkraftwerkes, werden weiterverfolgt. Im November fand in Abidjan eine österreichische Fremdenverkehrsausstellung statt; zur gleichen Zeit wurde im größten Hotel der Hauptstadt eine österreichische gastronomische Woche veranstaltet. In den österreichischen Exportziffern kommt nicht nur die relativ schwache Verankerung Österreichs auf dem Markt der Elfenbeinküste zum Ausdruck, sondern es spiegelt sich darin auch die angespannte wirtschaftliche Lage des Landes wider, welches seine Gesamteinfuhren – ohne Berücksichtigung der Energieimporte – beachtlich verringern mußte. Bedeutende off-shore Erdölfunde, deren Erschließung rasche Fortschritte macht, lassen jedoch schon jetzt erkennen, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten der Elfenbeinküste vorübergehender Natur sind und relativ rasch überwunden werden dürften.

Kulturelle Aktivitäten von größerer Breitenwirkung gestalten sich in der Elfenbeinküste auf Grund des noch wenig entwickelten Interesses für fremde Kulturen wie auch der nahezu ausschließlichen Ausrichtung der in Frage kommenden Kreise nach Frankreich schwierig. Die österreichische Botschaft unterhält jedoch gute und enge Beziehungen zu Professoren des Germanistischen Instituts der Universität und der Pädagogischen Hochschule. Schwerpunkte sind dabei Bücherspenden, Filmvorführungen und Stipendien.

*El Salvador – Finnland***El Salvador****Mittelamerika 21 041 km² 4,81 Mio. 670 \$ San Salvador HK, ÖB Mexiko**

Obwohl die Entwicklung der Beziehungen zu El Salvador angesichts der politischen Wirren in diesem Lande in Mitleidenschaft gezogen ist, gestalten sich die diplomatischen Beziehungen korrekt. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage in El Salvador konnten die österreichischen Ausfuhren um 213,6% auf 28,79 Mio. S gesteigert werden. Die österreichischen Importe gingen im selben Zeitraum um 5,4% auf 257,22 Mio. S zurück. Hauptexportgüter sind Kunststoffe, Papierwaren, Alu-Ronden und Industriechemikalien. Hauptimportprodukt ist Kaffee.

Finnland**Europa 337 009 km² 4,78 Mio. 8 160 \$ Helsinki ÖB, 3 HK, AHST**

Die Beziehungen zwischen Österreich und Finnland konnten weiter intensiviert werden. Das gute Verhältnis, das zwischen den beiden neutralen Staaten besteht, kam insbesondere in den engen Kontakten im Rahmen der KSZE in Madrid und bei den Vereinten Nationen zum Ausdruck.

Der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern entwickelt sich weiterhin erfreulich. Die österreichischen Ausfuhren stiegen um 17,5% auf 2,46 Mrd. S, die Einfuhren erhöhten sich um 3,3% auf 1,5 Mrd. S. Das teilweise Mitziehen der Finnmark mit der Kursentwicklung des US-Dollars bewirkte eine bedeutende Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit österreichischer Erzeugnisse auf dem finnischen Markt. Die bedeutendste Position der österreichischen Ausfuhr erzielten wieder Textilien, während die stärksten Zuwachsraten bei Schuhen, bearbeiteten Waren und sonstigen Fertigwaren erzielt wurden. Auf der Importseite wurden die größten Zuwächse bei Nahrungsmitteln registriert; die bedeutendsten Einzelpositionen waren Papier und Papiererzeugnisse. Die Zusammenarbeit zwischen österreichischen und finnischen Firmen auf Drittmärkten, besonders im Ostblock, in Indien und auf den Philippinen, konnte weiter ausgebaut werden.

Vom österreichischen Generallieferanten des Projektes Pashkow (Zellstoffkombinat in der CSSR) wurden Subaufträge an die finnischen Unternehmungen im Gesamtvertrage von ca. 300 Mio. S vergeben. Der Pashkow-Abschluß beläuft sich auf ca. 3,8 Mrd. S. Für die Papieranlage Syktyvkar in der Sowjetunion wurden gleichfalls einige Subaufträge im Frühjahr an Finnland vergeben. Zwei Ferrochromhütten, und zwar auf den Philippinen und in Indien, werden nach dem Verfahren des finnischen Bergbauunternehmens Outokumpu in Zusammenarbeit mit einem österreichischen Unternehmen errichtet.

Das große Interesse, das von finnischer Seite österreichischen Kulturveranstaltungen entgegengebracht und auch durch häufige Berichterstattung in den finnischen Massenmedien dokumentiert wird, ist weiter gestiegen. Im Rahmen des für die skandinavischen Länder durchgeführten Schwerpunktprogrammes wurde ein breites Spektrum österreichischer Kultur angeboten. Hervorzuheben sind ein Gastspiel der Wiener Philharmoniker, die Ausstellung „Österreich zeigt den

Frankreich

Kontinenten Hundertwasser“ und ein Robert Musil-Symposium. Prof. Viktor Frankl hielt einen Vortrag über Logotherapie.

Vom 23. bis 27. März 1981 stattete der Bundesminister für Landesverteidigung, Rösch, Finnland einen offiziellen Besuch ab. Im Juni besuchte Frau Bundesminister Dr. Firnberg anlässlich der parlamentarischen wissenschaftlichen Konferenz des Europarates Finnland.

Frankreich

**Europa 547 026 km² 53,58 Mio. 9 950 \$ Paris
ÖB, GK, KI, 6 HK, 2 AHST**

Die Wahl von François Mitterrand zum französischen Staatspräsidenten am 10. Mai 1981 hat das Interesse des offiziellen Frankreich an Österreich sichtbar verstärkt. Bereits im Juli traf der Bundeskanzler in Paris mit Präsident Mitterrand und Außenminister Cheysson zu einem Meinungsaustausch über die österreichische Wirtschaftspolitik zusammen. Ein Besuch des französischen Staatspräsidenten, in Erwiderung des Besuches von Bundespräsident Jonas im Jahre 1972, ist für 1982 in Aussicht genommen.

Frankreich ist der viertgrößte Handelspartner Österreichs. Auch 1981 haben sich die bilateralen Handelsbeziehungen positiv entwickelt. Dies gilt besonders für das österreichische Außenhandelsdefizit, das erheblich gesenkt werden konnte. Dies erfolgte durch eine Ausweitung der Exporte um 14,5 % auf 8,97 Mrd. S, während gleichzeitig die österreichischen Importe aus Frankreich mit 12,52 Mrd. S gegenüber dem Vorjahr stagnierten (+ 0,5 %), was insbesondere auf verminderte Kfz-Einfuhren zurückzuführen ist. Besondere Export-Steigerungen konnten im Bereich der Kapitel Lederwaren, Kraftmaschinen, Nachrichtengeräte und elektrische Maschinen erzielt werden. Beachtlich ist das Anwachsen der Exporte im Ernährungsbereich. Nach der 10. Tagung der Gemischten österreichisch-französischen Kommission vom 19. bis 20. September 1979 wurde im Juni 1981 eine weitere halbjährliche Zwischenbilanz durchgeführt, bei der sowohl die Entwicklung der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen als auch der Ausbau der bilateralen Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen großzügiger Projekte erörtert sowie die Zusammenarbeit in Drittländern beraten wurde.

Im April 1981 fand in Paris eine Tagung der Gemischten Kommission in Durchführung des 1947 abgeschlossenen Kulturabkommens statt. Die Aktivitäten des 1954 gegründeten Kulturinstitutes richteten sich im Jahr 1981 in vermehrtem Ausmaß auch auf die Betreuung der französischen Provinz, wobei vor allem der Kontakt mit den Universitäten gepflegt wurde. Literarische Symposien fanden in Metz, Nantes und in Nancy statt. Starke internationale Beachtung fand ein großes Symposium über Sir Karl Popper sowie über Arthur Schnitzler, das gemeinsam mit der Sorbonne veranstaltet wurde. Das österreichische Theater findet in Frankreich mehr und mehr Interesse. Als Beispiel dafür seien die Aufführungen „Geschichten aus dem Wienerwald“ von Ödön von Horvath, „Der Präsident“ von Thomas Bernhard und einer Theaterfassung von Peter Handkes „Begrüßung des Aufsichtsrates“ angeführt. Insgesamt 10 Wanderausstellungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurden in mehreren

Frankreich

französischen Städten gezeigt. Einzelausstellungen waren den Künstlern Curt Stenvert (Paris) und Karl Steiner (Brest) gewidmet. 21 Lektoren arbeiten an französischen Universitäten, 70 Sprachassistenten an französischen Schulen. Für französische Deutschlehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen fanden in Reims und Poitiers Fortbildungstagungen statt, die das Kulturinstitut organisierte. Dieses veranstaltete auch gut besuchte Deutschkurse. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich erstreckte sich vor allem auf die Gebiete Chemie, Physik, Medizin, Metallurgie, Geologie, Mineralogie und Weltraumforschung.

Die Verhandlungen über ein Übereinkommen betreffend die Verfassung des Lycée Français konnten nahezu abgeschlossen werden. Das Übereinkommen wird den Status des Lycée Français in Wien sowie gewisse schul- und arbeitsrechtliche Fragen regeln.

In der Zeit vom 9. bis 11. Dezember fand in Paris das 2. Seminar des Österreichisch-Französischen Zentrums für Begegnungen aus europäischen Ländern mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen über Fragen des „Marketing im Ost-West-Handel“ statt, an dem 24 Experten aus Österreich, Frankreich, Polen und Ungarn teilnahmen.

Am 15. Mai 1981 übermittelte das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der französischen Botschaft in Wien einen überarbeiteten Entwurf eines Regierungsabkommens über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr.

Zwecks Verbesserung der konsularischen Betreuung österreichischer Staatsbürger in Frankreich wurde anstelle des per 30. Juni 1981 geschlossenen bisherigen Honorargeneralkonsulates in Paris eine effektive Konsularabteilung der Botschaft errichtet. Das Honorarkonsulat Marseille wurde zusätzlich mit Paßbefugnis ausgestattet.

Der Besuchsaustausch zwischen Österreich und Frankreich hat sich im Berichtszeitraum wie folgt gestaltet: Im Jänner 1981 empfing Bundesminister Dr. Pahr den damals für Europafragen zuständigen Staatssekretär im französischen Außenministerium, Pierre Bernard-Reymond, zu einem Gespräch. Besuch einer Delegation der Bundeswirtschaftskammer unter Federführung der Kärntner Handelskammer, an der auch Landeshauptmann Leopold Wagner teilnahm; gleichzeitig hielt sich eine von Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan Knafl geleitete Delegation der Bundesstraßenverwaltung Kärnten zu Fachgesprächen über Unterflurstraßen an Autobahnen in Paris auf (20. Mai). In der Zeit vom 20. bis 24. Oktober besuchte eine österreichische Parlamentsdelegation unter Leitung des Präsidenten des Nationalrates, Anton Benya, über Einladung der französisch-österreichischen Freundschaftsgruppen der Nationalversammlung und des Senates Frankreich. Präsident Benya wurde von Premierminister Mauroy und dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Mermaz, zu einem Meinungsaustausch empfangen. Vom 27. bis 29. November stattete als erstes Mitglied der neuen französischen Regierung der Staatsminister für nationale Solidarität, Frau Nicole Questiaux, über Einladung des Bundesministers für soziale Verwaltung Österreich einen offiziellen Besuch ab. Frau Minister Questiaux wurde auch vom Bundeskanzler zu einem Gespräch empfangen.

Gabun – Gambia – Ghana – Grenada

Im Rahmen der Vorbereitungen der im August 1981 stattgefundenen Nord-Süd-Konferenz in Cancun nahm der damalige französische Außenminister François-Poncet im März 1981 in Wien an einer Außenministertagung teil. Im Juni 1981 führte Bundesminister Dr. Pahr anlässlich eines Privatbesuchs in Paris eine Unterredung mit dem neuernannten französischen Außenminister, Claude Cheysson, bei der die Konferenz von Cancun, die Situation im Nahen Osten und das Kambodscha-Problem im Mittelpunkt standen. Am 23. Juli informierte der Sonderberater von Präsident Mitterrand, Jacques Attali, den Bundeskanzler aus erster Hand über den Weltwirtschaftsgipfel von Ottawa und die Erörterung des Nord-Süd-Problems.

Gabun

Afrika 267 667 km² 0,55 Mio. 3 280 \$ Libreville ÖB Kinshasa

Die Beziehungen sind problemfrei. Die bilaterale Handelsstatistik weist nur geringe, stagnierende österreichische Warenlieferungen aus (5,3 Mio. S; -4,7%), was in erster Linie auf die Marktdominanz der französischen Handelshäuser zurückzuführen ist. Die Importe aus Gabun waren rückläufig (-23,7%) und erreichten 12,1 Mio. S.

Gambia

Afrika 11 295 km² 0,6 Mio. 260 \$ Banjul ÖB Dakar

Der mit senegalesischer Hilfe unterdrückte Umsturzversuch in Banjul Ende Juli/Anfang August hat zu schweren Beeinträchtigungen des Wirtschaftslebens geführt, die sich auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich ausgewirkt haben. Die österreichischen Exporte nach Gambia sind um 59,7% auf 6,91 Mio. S zurückgegangen. Die Hilfe Österreichs beim Aufbau der Fremdenverkehrswirtschaft in Gambia wurde im Studienjahr 1981/82 durch die Aufnahme zweier Stipendiaten in den Fremdenverkehrslehrgang in Kleßheim fortgesetzt.

Ghana

Afrika 238 537 km² 11,45 Mio. 400 \$ Accra AHST, ÖB Lagos

Ein am 31. Dezember durchgeführter Putsch beseitigte die im Jahre 1979 durch freie Wahlen an die Macht gekommene Zivilregierung. Die bilateralen Beziehungen blieben problemfrei, die Handelsbeziehungen haben sich trotz der fortgesetzt schwierigen Wirtschaftssituation des Landes positiv entwickelt. Die österreichischen Exporte erreichten einen Wert von 36,1 Mio. S (+98,9%), wobei fast die Hälfte auf Verkehrsmittel und Maschinen entfiel. Die Importe, vornehmlich Kaffee und Holz, verringerten sich um 17,6% auf 81,76 Mio. S.

Grenada

Karibik 344 km² 0,1 Mio. 630 \$ Saint George's ÖB Caracas

Die Beziehungen gestalten sich ohne Probleme. Die Wirtschaftsbeziehungen hielten sich wie bisher auf bescheidenem Niveau.

*Griechenland – Großbritannien und Nordirland***Griechenland****Europa 131 944 km² 9,7 Mio. 3 960 \$ Athen ÖB, 4 HK, AHST**

Die problemfreien Beziehungen zwischen Griechenland und Österreich haben durch den offiziellen Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr (8. bis 10. Juni) neue Impulse insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet erhalten. Der neue griechische Ministerpräsident Papandreu, dessen PASOK-Partei in den Parlamentswahlen 172 von 300 Sitzen erhielt, hat einen Besuch in Österreich in Aussicht gestellt.

Der österreichische Außenhandel mit Griechenland konnte 1981 einen Exportzuwachs von 27,5% auf 2,27 Mrd. S und einen Importzuwachs von 30% auf 863,04 Mio. S verzeichnen. Bedingt durch den EG-Beitritt Griechenlands mußte zwar ein Rückgang auf dem Nahrungsmittelsektor hingenommen werden, der jedoch durch eine 60%ige Zunahme der österreichischen Exporte bei Papier und Papiererzeugnissen kompensiert werden konnte. Dank der Errichtung eines VÖEST-HELLAS-Büros konnten die österreichischen Stahllieferungen verdoppelt werden.

An den diesjährigen Athener Festspielen nahmen das NÖ. Tonkünstlerorchester und das Wiener Staatsopernbalett teil. Im Rahmen von österreichischen Kulturtagen in Athen-Piräus fand eine Reihe von Vorträgen statt. Die Grabungen des Österreichischen Archäologischen Institutes in Ägira und Elis wurden unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Alzinger bzw. Frau Dr. Mitsopoulou-Leon weitergeführt. In Thessaloniki und in Athen sind österreichische Vertragslehrer tätig.

Im Oktober und Dezember fanden in Athen und Wien Luftverkehrsverhandlungen auf Regierungsebene zwischen Österreich und Griechenland statt. Hauptthemen dieser Verhandlungen waren Fragen des kommerziellen Linienverkehrs sowie im speziellen das künftige Flugprogramm der AUA.

Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich von**Europa 244 046 km² 55,88 Mio. 6 320 \$ London ÖB, KI, 2 HK, AHST**

Die problemfreien Beziehungen zu Großbritannien haben sich weiterhin günstig entwickelt. Eine Intensivierung der Beziehungen ist sowohl im Besuchsaustausch als auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu verzeichnen. Die wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs wird von führenden Politikern und in den Medien vielfach als vorbildlich bezeichnet.

Trotz der Rezession in der britischen Wirtschaft sind die österreichischen Ausfuhren um 26,9% auf 10,52 Mrd. S gewachsen. Steigerungen sind bei Textilien, Papier und insbesondere Nachrichtengeräten zu verzeichnen. Rückläufig entwickelte sich die Ausfuhr von Stahl, Maschinen und Fahrzeugen. Die Einfuhren zeigten hingegen einen Rückgang von 9,7% auf 7,83 Mrd. S. Überdurchschnittlich waren hierbei Textilien und Fahrzeuge betroffen, während ein Einfuhrzuwachs bei Maschinen zur Metallbearbeitung und Geräten der Elektro- und Elektronikindustrie zu verzeichnen war. Großbritannien ist seit Jahren einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Niederlassungen oder Tochtergesell-

Großbritannien und Nordirland

schaften von mehr als 50 österreichischen Firmen in Großbritannien entsprechen dieser Bedeutung Großbritanniens für Österreich. Etwa 650 weitere Firmen bearbeiten den britischen Markt in Verbindung mit lokalen Geschäftspartnern. Österreichische Banken sind durch zwei Niederlassungen und zwei Repräsentanzen in London vertreten.

Zwischen Österreich und Großbritannien besteht ein Kulturabkommen, das alle zwei Jahre durch die „Britisch-österreichische Gemischte Kommission“ verlängert bzw. revidiert wird. Die 13. Tagung dieser Kommission fand im November 1981 in Wien statt, u. a. wurden das Programm der vergangenen zwei Jahre und zukünftige Planungen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet behandelt. Trotz beiderseitiger Budgetkürzungen konnte die Zahl der österreichischen Lektoren gegenüber dem Vorjahr von 18 auf 22 erhöht werden. Das Kulturinstitut verfolgt die Linie, Künstler und Wissenschaftler so oft wie möglich an mehreren Orten einzusetzen. Sinngemäß werden daher die meisten Veranstaltungen in enger Kooperation mit britischen Institutionen – in erster Linie Universitäten, Colleges, Museen – durchgeführt. Von den zahlreichen Initiativen des Kulturinstituts im Jahre 1981 sind besonders die Aufführungen von zwei Nestroy-Stücken durch die Theatergruppe TEAM 65 aus Wien an sechs Universitäten und die Ausstellung „Tanz – 20. Jahrhundert in Wien“ in der Londoner Royal Festival Hall, die vom britischen Minister für Kunst eröffnet wurde, zu nennen. Sehr erfolgreich war im vergangenen Jahr das Gastspiel der Spanischen Reitschule. An Ausstellungen sind weiters zu erwähnen: „200 Jahre Burgtheater“ an der Universität Nottingham, „Gustav Mahler“ in der Royal Festival Hall, London, „Oskar Kokoschka“ in der Marlborough Fine Art Gallery und „Stefan Zweig“ an der Universität London. Im Rahmen der Tätigkeit des Kulturinstitutes wird großes Gewicht auf die Förderung von Veranstaltungen und Projekten wissenschaftlicher Natur gelegt. So fanden an der Universität London Symposien über Arthur Schnitzler und Stefan Zweig statt, zu denen Fachleute aus allen Teilen Großbritanniens kamen.

Im Berichtsjahr fanden insbesondere nachstehende Besuche und bilaterale Kontakte statt: Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, anlässlich der Eröffnung der Niederlassung der Girozentrale in London (29. bis 31. Jänner 1981). Der Besuch gab auch Gelegenheit zu Gesprächen mit dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem Minister of State im Foreign Office, Peter Blaker; Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington bei den Salzburger Festspielen über Einladung von Bundesminister Dr. Pahr (August); Offizieller Besuch des Speakers des House of Commons, George Thomas, in Österreich (Mai); Über Einladung der britischen Regierung (Central Office of Information) statteten der Vizebürgermeister der Stadt Wien Dr. Erhard Busek, der Wiener Stadtrat Dr. Zilk und der Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer, Bertram Jäger, Großbritannien einen offiziellen Besuch ab; Vortrag des Präsidenten der Nationalbank, Dr. Koren, vor britischen Wirtschaftsfachleuten über die österreichische Wirtschaft; Informationsreise des Sozialistischen Parlamentsklubs (britische Erfahrungen mit der Gesamtschule); Besuch einer ÖVP-Delegation über Einladung der britischen Konservativen Partei; Freundschaftsspiel des Fußballteams des österreichischen Parlaments gegen ein Team des House of Commons; Teilnahme des Herzogs von Edinburgh an einem Treffen des Internationalen Reiterverbandes in Wien (Dezember).

Guatemala – Guinea – Guinea-Bissau

Auf Beamtenebene fanden folgende Kontakte bzw. Verhandlungen statt: Verhandlungen über die alljährlich festzusetzenden Zollfreikontingente für Papier (London, Oktober); Kontingentsverhandlungen über den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr (London, Oktober); Meinungsaustausch des Leiters der Abteilung für wirtschaftliche Integration im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit Vertretern des Foreign Office und des Department of Trade über Fragen der europäischen Integration; Erfahrungsaustausch des Leiters der Rechts- und Konsularsektion im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Leiter der Konsularabteilung im Foreign Office.

Guatemala

**Mittelamerika 108 889 km² 7,26 Mio. 1 020 \$ Guatemala
HK, AHST, ÖB Mexiko**

Die bilateralen Beziehungen sind weiterhin als korrekt und im wesentlichen problemfrei zu bezeichnen. Da der Leiter der Außenhandelsstelle in Guatemala gegenüber der guatemalteken Regierung als Handelsrat notifiziert ist, ist eine ständige diplomatische Präsenz Österreichs gewährleistet.

Die österreichischen Exporte betrugen 40,35 Mio. S (+ 63,8%), die österreichischen Importe 146,09 Mio. S (–7,8%). Hauptexportprodukte sind Kunststoffgranulate, Papierwaren, Alu-Ronden, Arbeitsmaschinen und Industriechemikalien sowie pharmazeutische Produkte. Die Importe bestehen in erster Linie aus Kaffee und Tabak. Von österreichischen Unternehmen werden eine Reihe von Wirtschaftsprojekten (Schlachthöfe, Rizinusölerzeugung, Türen- und Fensterfabriken) erfolgversprechend weiterverfolgt. Österreich nahm mit einem erweiterten Informationsstand an der internationalen Messe Guatemalas (Interfer '81) teil.

Träger österreichischer kultureller Aktivitäten in Guatemala sind die Asociación Cultural Austriaco-Guatemalteca und die österreichische Schule.

Guinea

Afrika 245 857 km² 5,01 Mio. 280 \$ Conakry ÖB Dakar

In den problemfreien bilateralen politischen Beziehungen ergeben sich derzeit nur geringe Berührungspunkte. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist durch eine erhebliche Zunahme österreichischer Einfuhren, insbesondere von Bauxit, gekennzeichnet (50,05 Mio. S, + 92 % gegenüber 1980). Die österreichischen Ausfuhren sind hingegen stark zurückgegangen (9,40 Mio. S, –79,2 %).

Guinea-Bissau

Afrika 36 125 km² 0,78 Mio. 180 \$ Bissau ÖB Dakar

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind gering: Österreichischen Ausfuhren im Werte von 48 000 S stehen Einfuhren in Höhe von 7 000 S gegenüber. Die Entsendung von zwei österreichischen Ärzten an ein Provinzspital im Norden

Guyana – Haiti – Heiliger Stuhl

des Landes und die Fortsetzung des Einsatzes von zwei Entwicklungshelfern für Regionalplanung wurden aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe finanziert. Eine österreichische Getreidelieferung zur Linderung der Dürrefolgen ist in Aussicht genommen.

Guyana

Südamerika 214 969 km² 0,88 Mio. 570 \$ Georgetown ÖB Havanna

Die bilateralen Beziehungen gestalten sich problemfrei. Der Warenaustausch ist gering und wird sich infolge der schwierigen Entwicklung der dortigen Wirtschaft in nächster Zukunft kaum nennenswert erhöhen. Österreich exportierte 1981 Waren im Werte von 2,33 Mio. S (–56,6%) und importierte Waren im Werte von 4,86 Mio. S (–2%), hauptsächlich Bauxit.

Haiti

Karibik 27 750 km² 5,01 Mio. 260 \$ Port-au-Prince HK, ÖB Bogota

Die österreichischen Beziehungen sind unverändert problemlos. Der bescheidene Handelsverkehr entwickelte sich rückläufig (Exporte 10,02 Mio. S, –69,7%, Importe 1,52 Mio. S, –72,5%).

Heiliger Stuhl

Europa 0,44 km² 731 ÖB

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl haben sich auf einem hohen Niveau positiv weiterentwickelt. Anlässlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens des neuen Missionschefs hat der Heilige Vater den Beitrag Österreichs zur weltweiten Völkerverständigung und Zusammenarbeit im Dienste des Friedens und eines immer umfassenderen und gerechteren sozialen Fortschritts unter allen Nationen gewürdigt. Auch der Einsatz der österreichischen CARITAS für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Süditalien sowie die Aufbringung beachtlicher finanzieller Mittel, die von der Bundesregierung verdoppelt wurden, hat beim Heiligen Stuhl ein hohes Maß an Achtung und Wohlwollen hervorgerufen.

Die Beziehungen Österreichs zum Heiligen Stuhl sind auch durch die wertvolle Tätigkeit von österreichischen Bischöfen, Geistlichen und Ordensleuten an der Kurie sowie in Universitäten, Instituten und Kommission in Rom gekennzeichnet. Während eines Rom-Aufenthaltes hat Kardinal Dr. König Monsignore Dr. Nebdal in sein Amt als Rektor der Deutschen Nationalkirche und des Priesterkollegs „Santa Maria dell'Anima“ eingeführt.

Drei österreichische Diözesen erhielten im Berichtszeitraum neue Oberhirten: Am 25. Jänner wurde Prof. Dr. Reinhold Stecher zum Bischof von Innsbruck geweiht. Im Dezember wurde Monsignore Dr. Egon Kapellari zum Bischof von Gurk–Klagenfurt und Abt Maximilian Aichern zum Bischof von Linz ernannt. Nach Berufung des Weihbischofs der Diözese Linz, Dr. Alois Wagner, zum Vi-

Honduras

zepräsidenten des Päpstlichen Rates „Cer Unum“ wird Österreich wieder von einem in Rom residierenden Bischof in der Kurie vertreten sein.

Am 24. Juli wurde in Wien der „3. Zusatzvertrag“ zum Vertrag zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl zur Regelung von Vermögensrechtlichen Beziehungen vom 23. Juli 1960 unterzeichnet, durch den finanzielle Zuwendungen der Republik an die Katholische Kirche valorisiert werden. Der Stiftung „Campo Santo Teutonico“ konnte durch Subventionen des Bundes und der Länder in ihrer bedrängten finanziellen Lage geholfen werden.

Anlässlich des 90jährigen Jubiläums der Päpstlichen Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ hat im Mai eine 3 400 Teilnehmer zählende Pilgergruppe der Katholischen Arbeiterbewegung Rom besucht.

Der Päpstliche Rat für die Laien unter Kardinal Opilio Rossi hat im Juli in Österreich getagt. Im März hat der Stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates, Univ.-Prof. Dr. Schambeck, dem Kardinalstaatssekretär das Werk „Agostino Kardinal Casaroli, der Heilige Stuhl und die Völkergemeinschaft“ überreicht. Am 13. November traf der politische Direktor des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Bauer, mit dem Sekretär des Rates für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof Silvestrini, zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Honduras

**Mittelamerika 112 088 km² 3,69 Mio. 530 \$ Tegucigalpa
HK, ÖB Mexiko**

Die Beziehungen zwischen Österreich und Honduras gestalten sich weiterhin problemlos. Da die Ergebnisse der im November abgehaltenen Wahlen die Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform erwarten lassen, ergeben sich dadurch günstige Voraussetzungen, um die Beziehungen in allen Bereichen der beiderseitigen Zusammenarbeit zu intensivieren.

Die österreichischen Exporte nach Honduras beliefen sich 1981 auf 25,99 Mio. S (–33,1%), die österreichischen Importe auf 148,66 Mio. S (–30,7%). Hauptexportprodukte sind Traktoren, Alu-Ronden, Papierwaren, Kunststoffe und Metallbearbeitungsmaschinen. Die Einfuhr besteht vor allem aus Kaffee und Bananen.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Honduras umfaßt in erster Linie die Entsendung von Experten im Bereich der landwirtschaftlichen Mechanisierung bzw. die Förderung der Holzverwertungswirtschaft. So soll in einem bisher noch unerschlossenen Urwaldgebiet derzeit nicht genutztes Edelholz bearbeitet und vermarktet werden.

Ein Abkommen zur Aufhebung der Sichtvermerkplicht für Besuchsreisen steht in Verhandlung.

*Indien***Indien**

Südasien 3 287 590 km² 683,81 Mio. 190 \$ New Delhi ÖB, 3 HK, AHST

Die problemfreien Beziehungen zwischen Österreich und Indien konnten vertieft und intensiviert werden. Vom 21. bis 26. März stattete Bundesminister Dr. Pahr einen offiziellen Besuch ab und war hiebei von Vertretern der Wirtschaft begleitet, so daß es neben dem multilateralen und bilateralen politischen Gedankenaustausch zu sehr nützlichen Gesprächen auf dem Wirtschaftssektor kam. Dies war seit 1974 der erste Besuch eines österreichischen Außenministers in Indien. Im Zuge einer Vorbereitungstagung der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun weilte der indische Außenminister Rao im März in Wien, wobei es auch zu bilateralen Gesprächen mit seinem österreichischen Amtskollegen kam. Die engen Kontakte, die Österreich und Indien seit langem, insbesondere auch in internationalen Organisationen pflegen, fanden im beiderseitigen Bemühen bei den Vorbereitungen und der Abhaltung des Gipfeltreffens neuerdings ihren sichtbaren Niederschlag. Weitere bilaterale Informationsgespräche fanden Ende Februar in Wien anlässlich des Besuches des Generalsekretärs des indischen Außenministeriums, Sathe, statt.

Die Entwicklung des Warenverkehrs hat auch 1981 einen deutlichen Aufschwung genommen. Trotz grundsätzlicher Beibehaltung des restriktiven Importregimes in Indien sind doch Ansätze zu einer gewissen Liberalisierung spürbar geworden; die Exporte nach Indien sind um 50,8 % auf 844,45 Mio. S gestiegen, die Importe erreichten 434,32 Mio. S (+ 10,2 %). Bei dieser sehr beträchtlichen Ausweitung des Außenhandels machte auch die Diversifizierung der österreichischen Exportprodukte spürbare Fortschritte. Das steigende Interesse der österreichischen Wirtschaft fand auch in der erstmaligen Teilnahme an der Internationalen Messe in New Delhi sowie an dem von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft veranstalteten wissenschaftlich-technischen Symposium, an dem etwa 25 österreichische Unternehmen teilnahmen, seinen Niederschlag. Die Möglichkeit für Kooperations- und Lieferprojekte verschiedener Größenordnungen, einschließlich Großprojekte, haben sich weiter konkretisiert, wozu auch der Besuch des indischen Energieministers Choudry in Österreich (24. und 25. November) beigetragen hat. Auf beträchtliches Interesse bei den Massenmedien und in der Öffentlichkeit stieß der Verkauf von 450 Haflingerpferden an die indische Armee.

1981 wurde ein weiteres Finanzhilfeabkommen über 52,5 Mio. S unterzeichnet, womit Indien neuerlich Mittel zu sehr günstigen Konditionen für Einkäufe von Investitionsgütern in Österreich zur Verfügung gestellt erhält. In Indien besteht weiterhin sehr reges Interesse an österreichischen Stipendien, besonders auf dem Fremdenverkehrssektor. Neben Stipendien für den Lehrgang an der Fremdenverkehrsschule Kleßheim erhielten indische Bewerber auch Stipendien zu Forschungszwecken und zur Teilnahme an Ausbildungskursen in den Bereichen Zollwesen und Hydrologie.

Der Schwerpunkt der österreichischen Kulturarbeit lag auch 1981 im Verleih von Filmen an verschiedene Schulen, Institutionen und Fernsehanstalten sowie im Ausbau der Zusammenarbeit mit Universitätsinstituten (vor allem für Germanistik) und dem politikwissenschaftlichen Institut der Jawaharlal Nehru Universität. Ein künstlerischer Höhepunkt war die Tournee von Prof. Samy Molcho

Indonesien – Irak

(Pantomime), der mit großem Erfolg in New Delhi, Kalkutta und Bombay auftrat. Außerdem wurden Tournéen des Duos Mauriello–Frischenschlager und des Solisten Michael Gruber durchgeführt und eine Robert-Musil-Ausstellung präsentiert.

Indonesien

Südostasien 1 919 270 km² 147,5 Mio. 370 \$ Jakarta ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen zur Republik Indonesien, der Einwohnerzahl nach fünftgrößtes Land der Welt, Mitglied der ASEAN und der OPEC, haben sich im Berichtsjahr positiv weiterentwickelt.

Der österreichische Außenhandel mit Indonesien hat sich weiter ausgedehnt. Die österreichischen Exporte (Maschinen, sonstige Fertigwaren, Meßgeräte und künstliche Spinnfasern) stiegen um 76,5 % auf 462,45 Mio. S. Die Importe betrugen 204,72 Mio. S und waren somit um 10,2 % rückläufig. Sie bestanden vorwiegend aus Kaffee und Holz. An Großprojekten wurde der VÖEST-Alpine AG der Zuschlag für Lieferungen im Zusammenhang mit der Raffinerie Dumai (Auftragswert 546 Mio. S) und der ELIN-Union AG für ein Hochspannungsübertragungssystem (Auftragswert 220 Mio. S) erteilt. Im Berichtsjahr wurde auch erstmalig eine Joint-Venture auf dem Kunstfasersektor zwischen einer österreichischen Firma sowie indonesischen und indischen Partnern abgeschlossen.

Auf indonesischer Seite besteht reges Interesse an österreichischen Stipendien; 1981 wurden Stipendien für die Fremdenverkehrsschule Kleßheim und die Montan-Universität Leoben vergeben.

Aus dem kulturellen Bereich sind im Berichtsjahr die Präsentation der Arthur-Schnitzler- sowie der Faksimile-Ausstellungen der Grazer Akademischen Druck- und Verlagsanstalt zu vermerken, die eine sehr gute Aufnahme sowie ein anhaltendes Echo bei den Besuchern und in den Medien fanden.

Der indonesische Wohnbauminister Cosmas Batubara hielt sich am 27. und 28. Mai inoffiziell in Wien auf, wo er ein Informationsgespräch mit Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer führte und Einrichtungen des gemeinnützigen Wohnbaues besichtigte.

Irak

Naher Osten 438 446 km² 13,08 Mio. 2 410 \$ Bagdad ÖB, AHST

Unabhängig von der Fortdauer des irakisch-iranischen Konfliktes konnten die bilateralen Beziehungen intensiviert werden. Einen wesentlichen Beitrag hiezu bildeten die zwischen dem irakischen Vizepremier Tareq Aziz und Bundeskanzler Dr. Kreisky im März in Wien geführten Gespräche. Als Folge dieses Besuches hielt sich in der Zeit vom 2. bis 12. Mai 1981 eine aus 15 Mitgliedern bestehende hochrangige Expertenmission unter Führung des Staatssekretärs im irakischen Industrie- und Bergbauministerium, Al-Samarrai, in Österreich auf. Vom 7. bis 14. November 1981 besuchte eine österreichische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Obmanns der Sektion Industrie der Bundeskammer

Iran

der Gewerblichen Wirtschaft den Irak. Dieser Besuchsaustausch diene dazu, zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Staaten zu finden.

Der Warenaustausch mit dem Irak, der seit Jahren durch ein Handelsbilanzdefizit Österreichs charakterisiert war, hatte 1981 eine aus österreichischer Sicht sehr positive Entwicklung genommen. Die österreichischen Exporte konnten um 75% auf 3,92 Mrd. S gesteigert werden, wodurch der Irak zum wichtigsten Abnehmer österreichischer Waren im arabischen Raum aufstieg. Hauptausfuhr Güter waren Milch und Milchprodukte, chemische Erzeugnisse, Papier und Waren aus Papier, Metallwaren, Maschinen und Fahrzeuge sowie Möbel. Zunehmend konnten auch größere Aufträge, hauptsächlich im Bausektor sowie auf dem Gebiete der Wasseraufbereitung und der Bewässerungstechnik, hereingenommen werden. Die Einfuhren verminderten sich infolge gesunkener österreichischer Erdölbezüge aus dem Irak um 77,6% auf 1,53 Mrd. S. Besonders erfreulich war die Beteiligung von 87 österreichischen Ausstellern an der vom 1. bis 15. Oktober abgehaltenen Internationalen Bagdader Messe. Zusammen mit vier anderen Ländern erhielt Österreich den Ehrenpreis für den am besten gestalteten Pavillon.

Im kulturellen Bereich wurden von beiden Seiten Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit geprüft. Die irakische Regierung äußerte ihr besonderes Interesse daran, sich die österreichischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege nutzbar zu machen und mehr Ärzte zur Weiterbildung nach Österreich zu entsenden. Die von einem österreichischen Archäologenteam unter der Leitung von Frau Univ.-OAss. Dr. Trenkwalder von der Universität Innsbruck durchgeführten Ausgrabungen zur Rekonstruktion des in der Nähe Babylons gelegenen, von König Nebukadnezar II. errichteten Stufentempels von Borsippa konnten mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und der irakischen Regierung fortgesetzt werden.

An sonstigen Besuchen wären der Aufenthalt einer österreichischen Wirtschaftsmission im Irak vom 20. bis 23. Februar 1981, die Abhaltung der 4. Tagung der österreichisch-irakischen Gemischten Kommission in Wien vom 25. bis 31. Mai 1981, der Besuch von Bundesminister Dr. Steyrer in Bagdad vom 16. bis 18. Juli und die Anwesenheit von Frau Staatssekretär Albrecht vom 1. bis 5. Oktober 1981 in Bagdad anlässlich der Eröffnung der Internationalen Messe sowie bei dem im Rahmen dieser Messe veranstalteten Österreich-Tag zu erwähnen.

Iran

**Mittlerer Osten 1 648 000 km² 38,08 Mio. 2 180 \$ Teheran
ÖB, KI, AHST**

Die Lösung der Teheraner Geisellaffäre Anfang 1981 hatte zwar eine vorübergehende innenpolitische Entspannung zur Folge, brachte aber nicht die Überwindung der weitgehenden außenpolitischen Isolierung Irans. Die fortdauernde militärische Auseinandersetzung mit dem Irak war neben den aus der Revolution folgenden inneren Erschütterungen der Hauptgrund für die sich verschlechternde Lage der iranischen Wirtschaft. Die Islamische Republik Iran zeigte sich weiterhin an freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich interessiert. Wäh-

Irland – Island

rend es auf politischem Gebiet zu keinen bilateralen Kontakten gekommen ist, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen gut entwickelt.

Die österreichischen Exporte haben im Berichtsjahr wieder das Rekordergebnis von 1980 erreicht, womit der Iran auch 1981 zu den wichtigsten Übersee-Exportmärkten Österreichs zählte. Ausfuhren im Werte von 2,92 Mrd. S (+ 5,1 %) standen Importe, vor allem Rohöl und Teppiche, von 1,5 Mrd. S (+ 282,4 %) gegenüber. Die Handelsbilanz ist somit für Österreich stark aktiv.

Das Österreichische Kulturinstitut in Teheran hat den Institutsbetrieb trotz der unruhigen innenpolitischen Lage soweit als möglich aufrechterhalten und auch die Studienberatung weitergeführt. Das Hauptgewicht der Tätigkeit liegt auf dem Sprachkursprogramm, das durch Lichtbilder-Vorträge und Videoabende ergänzt wird.

Irland

Europa 70 283 km² 3,36 Mio. 4 210 \$ Dublin ÖB, AHST

Die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und Irland sind nach wie vor problemfrei und haben sich insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet intensiviert.

Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich das Handelsvolumen nahezu verdoppelt. Die österreichischen Einfuhren aus Irland stiegen 1981 um 15 % auf 672,01 Mio. S, die Ausfuhren um 38,2 % auf 506,36 Mio. S, wodurch das österreichische Handelsbilanzpassivum erheblich reduziert werden konnte. Insbesondere bei Arbeitsmaschinen, Textilmeterwaren, Bekleidung und Kunststoff konnten erhebliche Exportsteigerungsraten erzielt werden, was u.a. auf verbesserte direkte Speditionsverbindungen zwischen Österreich und Irland zurückzuführen ist.

Hauptpositionen des österreichischen Imports aus Irland waren Autoreifen der Semperit Irland Ltd., medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Fertigwaren aller Art, mineralische Stoffe, elektrische Maschinen, Kunststoffe, EDV-Maschinen, chemische Erzeugnisse, Meß- und Prüfgeräte sowie Nahrungsmittel, wie Molkereierzeugnisse, Gemüse und Zuckerwaren.

Im kulturellen Bereich wurden mit Anton Wolleneks „Modernen Ikonen“ erstmals die Werke eines lebenden österreichischen Künstlers in Irland gezeigt. Dieser Ausstellung, ebenso wie einer Gustav-Mahler-Ausstellung, wurde außerordentliches Interesse entgegengebracht. Für den 1982 vorgesehenen Austausch österreichischer und irischer Universitätsprofessoren wurden Vorbereitungen getroffen. Zusätzlich zu einer österreichischen Lektorin, die im University College Galway tätig ist, wurde im Jahr 1981 eine österreichische Lehrkraft an das National Institute for Higher Education in Dublin entsandt.

Island

Europa 102 829 km² 0,23 Mio. 10 490 \$ Reykjavik HK, ÖB Kopenhagen

Die Beziehungen zwischen Österreich und Island sind zwar distanzbedingt nicht sehr intensiv, jedoch problemfrei und erweiterungsfähig. Wesentliches Element der Beziehungen ist die gemeinsame Zugehörigkeit zur EFTA.

Israel – Italien

Der Warenaustausch zwischen Österreich und Island ist trotz der schwierigen Wirtschaftslage Islands weiter angewachsen. Die österreichischen Exporte erreichten im Berichtsjahr 1981 einen Wert von 81,77 Mio. S (+ 32,2 %). Sie bestanden vornehmlich in elektrischen Maschinen, Bekleidung und Schuhen. Die Importe beliefen sich auf 30,83 Mio. S (+ 41 %) und konzentrierten sich vor allem auf Fischmehl, Kieselgur und Strickwaren.

Die Kulturbeziehungen mit Island sind entfernungs- und damit kostenbedingt relativ gering. Es gelingt fallweise, Ausstellungen zu placieren, die großen Anklang in der Bevölkerung finden. Desgleichen treffen die Bücherspenden Österreichs (mod. österreichische Autoren) in Island auf großes Interesse und Zustimmung.

Israel

Naher Osten 20 770 km² 3,88 Mio. 4 150 \$ Jerusalem ÖB, 2 HK, AHST

Trotz der weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf politischer Ebene haben sich die Beziehungen zwischen Österreich und Israel auf nahezu allen Gebieten weiterhin intensiviert. Der Privatbesuch des israelischen Innenministers Josef Burg in Wien, bei dem am 22. November 1981 auch eine Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Kreisky stattfand, war seit längerer Zeit der erste Besuch eines israelischen Regierungsmitgliedes in Österreich.

Der gegenseitige Handel entwickelte sich 1981 sehr zufriedenstellend. Die österreichischen Exporte stiegen gegenüber 1980 um 45,5 % und erreichten einen Wert von 545,52 Mio. S. Die Importe betrugen 844,8 Mio. S (+ 10,7 %). Auch der Reiseverkehr hat sich in beiden Richtungen intensiviert.

Dank einer gezielten und konsequenten Präsentation hat das Interesse an österreichischen zeitgenössischen Kulturschöpfungen sowie das Echo in den Medien in den letzten Jahren wesentlich zugenommen. Beigetragen hat hiezu auch die Initiative der österreichischen Botschaft, Bühnenwerke österreichischer Autoren in hebräischer Sprache aufzuführen, Universitäten für österreichische Literatur zu interessieren und Lesungen sowie künstlerische Präsentationen österreichischer Autoren in Israel zu veranstalten. Zu erwähnen wären die israelischen Erstaufführungen von Peter Turrinis „Der tollste Tag“, Wolfgang Bauers „Magic Afternoon“, Ödön von Horvaths „Geschichten aus dem Wienerwald“ sowie die Lesungen aus eigenen Werken von Wolfgang Bauer und Peter Turrini. Gleichzeitig mit der Stefan-Zweig-Ausstellung an der Universität in Beer Sheva fand ein „internationales Stefan-Zweig-Symposium“ statt.

Italien

**Nachbarstaat 301 252 km² 57,04 Mio. 5 250 \$ Rom
ÖB, 2 GK, KI, 9 HK, 3 AHST**

Die durch eine Vielfalt historischer und zwischenmenschlicher Verflechtungen geprägten Beziehungen zum Nachbarstaat Italien konnten gefestigt werden. Die

Italien

österreichisch-italienischen Beziehungen sind auch durch die auf das Pariser Abkommen vom 5. September 1946 gestützten Bemühungen Österreichs um die Sicherung der Erhaltung und Entwicklung der Südtiroler Volksgruppe gekennzeichnet. Die baldige Lösung der noch ausstehenden Probleme bezüglich Südtirols und die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen wurde zwischen Bundesminister Dr. Pahr und Außenminister Colombo am 25. September 1981 in New York erörtert.

Italien hat seine Position als zweitwichtigster Handelspartner und bedeutendster fremdsprachiger Wirtschaftspartner Österreichs behalten. Eine bereits Ende 1980 bemerkbare Verflachung der österreichischen Exportdynamik hat sich allerdings im Verlaufe des Berichtsjahres verstärkt. Die österreichischen Exporte sind nurmehr um 2,2% auf 25,32 Mrd. S gestiegen, während die Importe um 2,9% auf 27,86 Mrd. S zurückgegangen sind. Das Außenhandelsdefizit Österreichs gegenüber Italien hat sich dadurch erheblich reduziert. Ausschlaggebend für diese Stagnation im bilateralen Warenverkehr dürften – was die Entwicklung der österreichischen Exporte anbelangt – vor allem die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Italien, die zweimalige Abwertung der Lira, die Einführung der Importdepotpflicht sowie einige noch immer andauernde nichttarifarisches Importhemmnisse, darunter die vorübergehende Schließung einiger für die österreichischen Exporteure wesentlicher Zollämter gewesen sein. Unter den österreichischen Warenlieferungen lag Holz mit Abstand an erster Stelle, gefolgt von Maschinen und Verkehrsmitteln sowie Erzeugnissen des Ernährungssektors, chemischen Erzeugnissen und Eisen- und Stahlprodukten. Auf letztgenanntem Sektor war ein Rückgang zu verzeichnen. Italiens Lieferungen nach Österreich setzten sich hauptsächlich aus Maschinen und Verkehrsmitteln, Textilien und Bekleidung, Schuhen und Lebensmitteln zusammen. Ein für die Entwicklung der österreichisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen relevanter Gedankenaustausch zwischen namhaften Fachleuten aus Wirtschaft, Handel und Verkehr fand beim 10. Round-Table-Gespräch vom 23. bis 25. September in Linz statt. Die Frage der Rohölladegebühren im Hafen von Triest blieb weiterhin ungelöst.

Die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Italien ist im Kulturabkommen von 1954 verankert und wird vom Kulturinstitut in Rom sowie von einem Kulturrat am Generalkonsulat Mailand betreut. Auf Grund eines Ressortübereinkommens vom 16. Dezember 1981 zwischen dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde das Historische Institut vom Kulturinstitut ausgegliedert. Das Historische Institut wird als Institut der österreichischen Akademie der Wissenschaften geführt werden. Das Kulturinstitut/Historische Institut feierte als eines der ältesten in Rom bestehenden Institutionen seiner Art im November des Jahres sein 100jähriges Bestehen. Die Feierlichkeiten fanden im Beisein von Bundesminister Firnberg und des italienischen Ministers für Kulturgüter, Scotti, statt. Zu diesem Anlaß wurde im Kulturinstitut ein Seminar über „Österreich und Italien zur Zeit der Jahrhundertwende“ abgehalten. Als besonderen Akzent im Bereich Darstellende Kunst wurde die Ausstellung „Oskar Kokoschka 1886–1980“ organisiert, die bei der italienischen Öffentlichkeit größten Widerhall gefunden hat und neuerlich das in den letzten Jahren stärker werdende Interesse an österreichischer Kultur bestätigte. Auf dem Ausstellungssektor ist auch die Schau „Aktuelle Tendenzen – 10 Salzburger Künstler“ in Fortsetzung der Bundesländerreihe hervorzuheben, welche durch Einzelpräsentationen der

Italien

Salzburger Künstler Valerie Stuppäck und Wilhelm Kaufmann ergänzt wurde. Neues österreichisches Theater wurde im Rahmen eines Festivals im süditalienischen Erdbebengebiet von vier österreichischen Theatergruppen präsentiert; in Rom kam das Stück „Hochzeit“ von Elias Canetti zur Aufführung. Diese beiden Veranstaltungen wurden jeweils durch ein Symposium bzw. ein Round-Table-Pressegespräch ergänzt. Auf musikalischem Sektor waren vor allem die beiden Konzerte von Paul Badura-Skoda bemerkenswert, wobei es sich beim zweiten um eine Wohltätigkeitsveranstaltung für kambodschanische Flüchtlinge unter dem Ehrenschutz der österreichischen Botschaft Rom gehandelt hat. Mit der Präsentation eines Willy-Forst-Zyklus, der gutes Presseecho gefunden hat, wurde einem ausdrücklichen italienischen Wunsch entsprochen. Neben dem Symposium über Österreich und Italien zur Zeit der Jahrhundertwende sind an wissenschaftlichen Veranstaltungen insbesondere die Symposien über Franz Kafka an der Universität Neapel und Arthur Schnitzler an der Universität Bari hervorzuheben. Besonders großes Interesse bestand wiederum an österreichischen Lektoren, was insbesondere im Zusammenhang mit der steigenden Popularität österreichischer Literatur – u. a. sind Werke von Joseph Roth und Elias Canetti in italienischer Sprache erschienen – zu sehen ist. An den Sprachkursen am Kulturinstitut nahmen etwa 270 Hörer pro Halbjahr teil. Am 17. Februar 1981 wurde der italienischen Seite ein österreichischer Entwurf für einen Vertrag über die Zusammenarbeit der Universitäten überreicht. Ein italienischer Gegenentwurf wurde im November 1981 übergeben.

Die dritte Tagung der Gemischten Kommission über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt konnte seit 1978 auf Grund inneritalienischer Koordinationsschwierigkeiten noch immer nicht zusammentreten. Sie hätte die Aufgabe, eine Reihe wichtiger Durchführungsvereinbarungen, insbesondere bezüglich der Abfertigung am Brenner, auszuarbeiten. Österreich drängte weiterhin auf die Aufnahme direkter Verhandlungen betreffend ein zeitgemäßes Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und Ausflugsverkehr. Auch hier sind inneritalienische Schwierigkeiten der Grund für die Verzögerung. Vom 6. bis 15. Mai 1981 wurde in Salzburg eine Tagung der österreichisch-italienischen Kommission zur Vermessung und Vermerkung der Staatsgrenze abgehalten. Vom 28. bis 30. April 1981 fanden in Krumpendorf exploratorische Gespräche über das Projekt einer gemeinsamen Realisierung der Untertunnelung des Plöckenpasses statt. Diesen Gesprächen folgte eine Arbeitstagung einer österreichisch-italienischen Delegation vom 26. bis 28. Mai 1981 in Marina d'Aurisina bei Triest. Die auch im vergangenen Jahr immer wieder durch Streikmaßnahmen des italienischen Zollpersonals aufgetretenen Probleme im grenzüberschreitenden Verkehr waren Gegenstand bilateraler Interventionen. Nach langjährigen Verhandlungen wurde das neue Abkommen über Soziale Sicherheit am 21. Jänner 1981 unterzeichnet. Nach langwierigen Verhandlungen und mehreren Unterbrechungen konnte das österreichisch-italienische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen am 29. Juni 1981 unterzeichnet werden. Damit wird in absehbarer Zeit dieser bis jetzt bilateral noch nicht erfaßte Rechtsbereich vertraglich geregelt sein.

Bundesminister Dipl.-Ing. Günther Haiden stattete vom 6. bis 8. März 1981 der Internationalen Landwirtschaftsmesse in Verona sowie am 16. und 17. Oktober

Italien

1981 der Bozener Messe einen Besuch ab, wobei er jeweils mit seinem italienischen Kollegen zusammentraf. Staatssekretär Schober besuchte gleichfalls vom 6. bis 8. März die Internationale Landwirtschaftsmesse in Verona. Bundesminister Lanc nahm am 9. März 1981 in Rom an der Konferenz der Innenminister Italiens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz über Fragen der Terroristenbekämpfung teil. Auf Einladung des Präsidenten der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union hat sich eine mehrköpfige italienische Parlamentarierdelegation vom 22. bis 27. Juni 1981 zu einem Besuch in Österreich aufgehalten. Bundesminister Rösch nahm am 1. November 1981 mit einer größeren Delegation österreichischer Offiziere und Soldaten an den vom italienischen Verteidigungsminister veranstalteten Feierlichkeiten zum Waffenstillstand 1918 in Medea bei Görz teil. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates, Univ.-Prof. Dr. Schambeck traf am 7. Dezember 1981 mit dem Präsidenten des Italienischen Senats Amintore Fanfani zu einem Gespräch zusammen. Ein politischer Meinungsaustausch fand am 12. November 1981 in Rom zwischen dem Politischen Direktor des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Bauer, und dem Politischen Direktor des italienischen Außenministeriums, Botschafter Bottai, statt. Botschafter Dr. Bauer wurde auch vom italienischen Außenminister Colombo zu einer Aussprache empfangen. Ebenso wurden Südtirol betreffende Fragen mit dem Staatssekretär im Ministerpräsidium, Prof. Compagna, erörtert.

In den von der Erdbebenkatastrophe 1980 heimgesuchten Gebieten Südtaliens wurden zahlreiche Hilfsprojekte im Gesamtwert von ca. 250 Mio. S von 31 Organisationen und Gebietskörperschaften durchgeführt, wobei die Bundesregierung auf Grund eines im Jahre 1980 gefaßten Beschlusses davon die Hälfte aus Budgetmitteln beigesteuert hat. Die Eröffnung des aus Spenden des Projektes „Hilfsaktion der Bundesregierung“ finanzierten Projektes – ein 45 Häuser umfassendes Dorf (villaggio austriaco) in der Gemeinde Fisciano (Salerno) – wurde von Frau Staatssekretär Karl am 12. Dezember 1981 vorgenommen.

* * *

Auch im Jahre 1981 wurden die österreichischen Bemühungen um eine ehestmögliche, den Wünschen der Südtiroler entsprechende Erlassung der noch ausstehenden Paketmaßnahmen mit Nachdruck und Konsequenz fortgesetzt. Am 10. März intervenierte der österreichische Botschafter in Rom bei Ministerpräsident Forlani und drängte auf eine beschleunigte Verabschiedung der offenen Durchführungsbestimmungen zum Südtiroler Autonomiestatut, insbesondere jener über die Gleichstellung der deutschen Sprache und über die autonome Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes.

Nachdem diese Intervention sowie wiederholte Vorsprachen von Landeshauptmann Magnago beim italienischen Regierungschef nicht die angestrebten Ergebnisse gezeitigt hatten, erklärte Bundesminister Dr. Pahr in seiner Rede vor der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. Oktober, daß weiterhin kein wesentlicher Fortschritt bei der Paketdurchführung erzielt worden sei. Er wies darauf hin, daß mit der ausstehenden Regelung des Gebrauches der Muttersprache vor Gerichten und Verwaltungsbehörden eines der wichtigsten Elemente der Einigung zwischen Österreich und Italien noch nicht verwirklicht ist. Aus den von Ministerpräsident Spadolini bei seinem Amtsantritt (Juli 1981)

Jamaika

vor dem italienischen Parlament gegebenen Zusicherungen, die noch ausstehenden Maßnahmen so rasch wie möglich und in enger Absprache mit den Vertretern der betroffenen Volksgruppen zu verwirklichen, leite Österreich die Erwartung ab, daß in naher Zukunft substantielle Fortschritte erzielt würden. Auch in seinem Gespräch mit Außenminister Colombo am Rande der Generalversammlung unterstrich Bundesminister Pahr die Dringlichkeit einer ehesten Lösung der offenen Probleme, insbesondere der Sprachenfrage.

Am 28. November beschloß die Landesversammlung der SVP die Entsendung einer Südtiroler Delegation zu Ministerpräsident Spadolini zwecks Beschleunigung der einvernehmlichen Genehmigung der wichtigsten noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen (Sprache, Verwaltungsgerichtshof, Finanzen) und richtete an Österreich das Ersuchen, im Einvernehmen mit der SVP die unter Ausnutzung aller politischen Möglichkeiten zu unternehmenden Schritte zur Herbeiführung einer zeitgerechten und zufriedenstellenden Verwirklichung der ausstehenden Maßnahmen zu prüfen.

Fortschritte bei der Paketdurchführung waren im Jahre 1981 durch die Erlassung folgender Durchführungsbestimmungen zu verzeichnen: Am 11. März genehmigte der italienische Ministerrat fünf ergänzende Durchführungsbestimmungen, welche allerdings nur von untergeordneter Bedeutung waren und die Sachgebiete Fürsorgewesen, Statistik, Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, Enteignungswesen sowie die Grenztierärzte betrafen. Am 16. Oktober verabschiedete die Regierung zusätzliche Durchführungsbestimmungen über das Schulwesen in Südtirol, die bemerkenswerte Fortschritte hinsichtlich der Schulautonomie mit sich brachten, sowie eine für die ladinische Volksgruppe wichtige Bestimmung, womit dieser durch einen besonderen Berechnungsmodus beim ethnischen Proporz der Zugang zu allen Stellen der staatlichen Verwaltung in Südtirol erleichtert und gesichert werden soll.

Positiv zu vermerken ist auch die im Rahmen der allgemeinen Volkszählung Ende Oktober erfolgte ordnungsgemäße Durchführung der Sprachgruppenerhebung in Südtirol, die für verschiedene Schutzmaßnahmen zugunsten der Sprachgruppen in Südtirol von grundlegender Bedeutung ist.

In Österreich konnte für die hier studierenden Südtiroler nach langen Bemühungen trotz großer budgetärer Schwierigkeiten mit Beginn des Wintersemesters 1981/82 wieder eine Freifahrtenregelung verwirklicht werden, womit einem wiederholt vorgebrachten Tiroler Wunsch entsprochen wurde.

Jamaika

Karibik 10 991 km² 2,2 Mio. 1 260 \$ Kingston HK, ÖB Caracas

Die bilateralen Beziehungen sind problemlos. Die Regierung Seaga hat den Privatfaktor im Wirtschaftssystem gegenüber der ehemaligen Regierungs- und nunmehrigen Oppositionspartei – insbesondere im Bauxit- und Aluminiumsektor – bedeutend verstärkt. Der bilaterale Handelsaustausch blieb im Berichtsjahr gegenüber 1980 mit 4,45 Mio. S exportseitig (1980: 4 Mio. S, + 11,3 %) und importseitig 3,58 Mio. S 1981 (1980: 6,14 Mio. S, – 41,6 %) stationär. Hauptexportprodukte Österreichs sind Papierwaren und pharmazeutische Erzeugnisse, Hauptimportprodukte, Rum, Kaffee und Gewürze.

Japan

Japan

Ferner Osten 372 313 km² 117,05 Mio. 8 810 \$ Tokio ÖB, 2 HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Japan und Österreich haben sich im Gefolge des vorjährigen Besuchs Außenminister Dr. Pahrs intensiviert. Das verstärkte Interesse österreichischer Politiker und Wirtschaftsfachleute manifestierte sich in einer steigenden Zahl von Besuchen.

Der Außenhandel stand unter dem Eindruck des sich ausweitenden österreichischen Handelsbilanzdefizites. Die japanischen Exporte stiegen um 20,1% auf 9,16 Mrd. S. Österreichs Lieferungen (insbesondere Zulieferungen für die japanische Automobilindustrie sowie in den Sparten Textilien, Kautschukwaren und elektronische Geräte) konnten um 20,7% auf 2,17 Mrd. S gesteigert werden. Dies ist im wesentlichen auf die verstärkten österreichischen Exportbemühungen und die günstigere Wechselkursrelation zwischen Schilling und Yen zurückzuführen. Der Aufenthalt einer Delegation der japanischen Wirtschaftsdachverbände Kankeiren und Keidanren in Wien (Mai und September) sowie die Reise einer österreichischen Wirtschaftsmission nach Japan (November) diente dem Ausbau gegenseitiger wirtschaftlicher Beziehungen und der Überprüfung konkreter wirtschaftlicher Kooperationsmöglichkeiten japanischer und österreichischer Unternehmen. Als Ausdruck verstärkter wirtschaftlicher Beziehungen ist auch die zweite Plazierung einer Yen-Anleihe mit einem Volumen von 1,2 Mrd. S seitens der Republik Österreich zu sehen, welche im Oktober abgeschlossen werden konnte.

Auch im Jahre 1981 fand wieder ein reger Kulturaustausch, insbesondere auf musikalischem Gebiet, statt, wobei eine Reihe österreichischer Solisten und Ensembles mit großem Erfolg auftraten. Mehrere Musikpädagogen haben für kürzere oder längere Zeit eine Lehrtätigkeit in Japan ausgeübt. Im Bereich der bildenden Kunst konnten mehrere Einzelausstellungen österreichischer Künstler gezeigt werden; eine Anzahl österreichischer Künstler nahm auch an internationalen Ausstellungen in Japan teil. Der Austausch gemäß der Vereinbarung mit der Japan Society for Promotion of Science wurde erfolgreich weitergeführt. Darüber hinaus hielten sich österreichische Wissenschaftler zu Symposien, Kongressen und Vorträgen in Japan auf. Zwölf österreichische Lektoren waren an japanischen Universitäten und Hochschulen tätig. Ferner wurde mit Japan ein Stipendienaustausch durchgeführt. Neben bedeutenden Bücherspenden versendet die Botschaft Tokio laufend österreichische Publikationen.

In der Zeit vom 17. bis 20. Februar 1981 weilte eine Delegation der Stadt Wien unter der Leitung von Stadtrat Hans Mayr zu einer fact finding mission in Tokio. Auf japanische Einladung hielt sich der Präsident der österreichischen Arbeiterkammer, Abgeordneter zum Nationalrat Adolf Czettel, mit einer Delegation zwischen 12. und 21. April in Japan auf. Ebenfalls im April führten der Bundesparteibeamte der ÖVP, Dr. Alois Mock, in seiner Eigenschaft als Präsident der EDU und der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Ludwig Steiner, in Tokio Gespräche mit Regierungsmitgliedern und Vertretern der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Der Bundesminister für Bauten und Technik, Karl Sekanina, weilte zwischen 18. und 22. Juli zu Besprechungen mit Gewerkschaftern und Regierungsmitgliedern inoffiziell in Japan. Andererseits hielten sich der Parlamentsabgeordnete Yutaka Kondo An-

Jemen, Arabische Republik – Jemen, Demokratische Volksrepublik – Jordanien

fang Mai und der ehemalige Erste Vizeminister im Außenministerium, gegenwärtig Präsident der japanisch-österreichischen Gesellschaft und Sonderbeauftragter des Außenministers, Botschafter Shinsaku Hogen, Mitte August und Ende September im Rahmen von Informationsreisen durch mehrere europäische Länder privat in Österreich auf, wobei sie auch zu Gesprächen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und Vertretern der Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten bzw. für Landesverteidigung zusammentrafen.

Jemen, Arabische Republik

Naher Osten 195 000 km² 5,93 Mio. 420 \$ Sana ÖB Jeddah

Die österreichischen Beziehungen zur Arabischen Republik Jemen blieben problemfrei. In den Handelsbeziehungen ist ein anhaltender Trend zur Ausweitung der österreichischen Exporte feststellbar. Diese umfaßten hauptsächlich Lebensmittel und Molkereiprodukte, Holz, Papier und Pappe und betrugen 301,61 Mio. S (+45,8%). Importe hat Österreich nicht getätigt.

Jemen, Demokratische Volksrepublik

Naher Osten 332 968 km² 1,89 Mio. 500 \$ Aden ÖB Addis Abeba

Die österreichischen Beziehungen zur DVR Jemen sind durch eine geringe Intensität gekennzeichnet. 1980 war die Zuständigkeit für die DVR Jemen der österreichischen Botschaft in Addis Abeba übertragen worden, die Mitbeglaubigung des dort residierenden österreichischen Botschafters ist bisher nicht erfolgt. Die österreichischen Exporte stiegen um 298,7% auf 56,84 Mio. S. Die Importe gingen um 17% auf 11,83 Mio. S zurück. Exportiert wurden hauptsächlich Kautschukwaren, Papier und Pappe, Holz und medizinisch-pharmazeutische Produkte. Importiert wurde vor allem Baumwolle.

Jordanien

Naher Osten 97 740 km² 3,19 Mio. 1 180 \$ Amman ÖB*), HK, AHST

Die Intensivierung der Beziehungen zu Jordanien kommt in der Aufnahme der Tätigkeit eines in Amman residierenden österreichischen Handelsrats und in der Errichtung einer österreichischen Botschaft Anfang 1982 sichtbar zum Ausdruck. Eine jordanisch-österreichische Gesellschaft in der Hauptstadt Jordaniens, der auch Regierungsmitglieder angehören, wurde gegründet.

Das österreichische Exportvolumen hat sich stark erhöht (+21,7%) und erreichte einen Wert von 504,29 Mio. S. Diese Steigerung ist insbesondere auf die Lieferung einer Pottaschefabrik und von Hangars zurückzuführen. Die österreichischen Einfuhren stiegen um 135% auf 188 000 S. Die positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen konnte auch anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft sowie einer österreichischen Wirtschaftsmission festgestellt werden.

*) Eröffnung Anfang 1982.

Jugoslawien

Ein Antrag von jordanischer Seite, aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe eine Feasibility-Studie über die Errichtung einer Anlage für die Erzeugung von Natriumkarbonat und Natriumchlorid zu finanzieren, wurde 1981 bewilligt. Die Anlage soll zur Verwertung der Nebenprodukte einer Pottaschefabrik am Toten Meer dienen.

König Hussein, der in Wien eine Residenz erworben hat, weilte im Mai 1981 zu einem Privataufenthalt in der Bundeshauptstadt. Im Dezember 1981 wurde Kronprinz Hassan während eines Privataufenthaltes in Österreich vom Bundeskanzler in Badgastein zu einem Gespräch empfangen.

Jugoslawien

**Nachbarstaat 255 804 km² 22,42 Mio. 2 430 \$ Belgrad
ÖB, 2 GK, KI, 2 AHST**

Die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien hat sich weiter fortgesetzt. Ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung eines ausgewogenen und stabilen Gleichgewichtes in Europa und an der Fortführung der Entspannungspolitik haben ebenso wie die Führung einer auf beiden Seiten aktiven Politik der guten Nachbarschaft dazu geführt, daß sich die Qualität der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen heute auf einem sehr hohen Niveau befindet. Dies wurde anläßlich des offiziellen Besuchs des Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Veselin Djuranovic, vom 2. bis 4. April 1981 in Österreich eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es wurde vereinbart, die Aufmerksamkeit besonders jenen Fragen zuzuwenden, bei denen die Erzielung von weiteren Fortschritten wünschenswert und im Interesse eines weiteren Ausbaues der Politik der guten Nachbarschaft notwendig scheint. Zu diesen Fragen gehören u. a. die Entwicklung der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich, wobei beide Seiten die positive Rolle der Minderheiten als Brücke zwischen Staaten betonten, die Probleme jugoslawischer Gastarbeiter in Österreich, sowie die Frage der vollständigen Durchführung des österreichisch-jugoslawischen Archivabkommens von 1923. Anläßlich der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September führte Bundesminister Dr. Pahr mit Außenminister Vrhovec einen ausführlichen Gedankenaustausch.

Die österreichischen Ausfuhren nach Jugoslawien erreichten 1981 7,58 Mrd. S (+ 2,9%), die Einfuhren gingen auf 2,51 Mrd. S zurück (-2%). Exportseitige Schwerpunkte sind bearbeitete Waren (insbesondere Eisen und Stahl, Metallwaren, Papier und Pappe sowie Textilien), Maschinen und Verkehrsmittel, Rohstoffe (insbesondere Holz), sowie chemische Erzeugnisse. Bei den österreichischen Einfuhren dominieren ebenfalls bearbeitete Waren (vor allem Eisen und Stahl, Leder und Waren daraus), Brennstoffe (insbesondere Kohle), Maschinen und Nahrungsmittel (insbesondere Obst und Gemüse). Jugoslawien ist für Österreich der sechstgrößte Absatzmarkt. Die Bedeutung Jugoslawiens für die österreichische Außenwirtschaft wird auch dadurch unterstrichen, daß zusätzlich zu den bereits bestehenden Kooperationsverträgen im Jahre 1981 weitere Verträge zwischen österreichischen und jugoslawischen Firmen abgeschlossen wurden. Das wesentlichste Lieferabkommen zwischen Österreich und Jugoslawien

Jugoslawien

wurde im Dezember 1981 unterzeichnet, demzufolge Österreich rund 150 000 t Getreide, Jugoslawien rund 350 000 t Braunkohle liefern werden.

Mit Jugoslawien bestehen ein Kulturabkommen aus dem Jahre 1973 sowie Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse und über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich. Die im Rahmen des Durchführungsprogrammes zum Kulturabkommen vereinbarten Austauschaktionen konnten weitgehend problemfrei abgewickelt werden. Auf Grund eines Besuches des Wiener Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst, Dr. Helmut Zilk, in Belgrad im März wurden Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Städten Wien und Belgrad im Bereich der Kultur unternommen. In Skopje wurde ein Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Rat der Akademien der Wissenschaften und Künste Jugoslawiens unterzeichnet. Als großes kulturelles Ereignis wurde die Ausstellung „Wiener Biedermeier“ gewertet, die in Belgrad und Laibach gezeigt und von Frau Bundesminister Dr. Firnberg im Mai eröffnet wurde. Im April stattete Bundesminister Dr. Firnberg Mazedonien einen offiziellen Besuch ab. Im universitären Bereich gab es zahlreiche Kontakte und Austauschaktionen – nicht zuletzt durch die bereits bestehenden Partnerschaftsabkommen mit österreichischen Universitäten –, die sich wegen ihrer Zahl und ihres klaglosen Funktionierens bereits der Evidenzhaltung durch das Kulturinstitut entziehen.

1981 wurden die 5. und 6. Tagung der Zwischenstaatlichen Kommission für den Karawankenstraßentunnel turnusmäßig in Slowenien abgehalten. Hauptthemen waren der Fortgang der Vorbereitungsarbeiten für die Inangriffnahme des Tunnelbaus, die Vergabe der Bauarbeiten sowie Finanzierungsfragen.

Ein bereits 1980 fertig verhandeltes Abkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen wurde 1981 durch einen Vertrag über die wechselseitige Vollstreckung von Strafurteilen und einen Vertrag über die Auslieferung ergänzt. Diese drei wichtigen rechtspolitischen Verträge sollen anlässlich eines für Anfang 1982 geplanten Besuches von Bundesminister Dr. Broda in Jugoslawien unterzeichnet werden. Die Verhandlungen über die Durchführung des österreichisch-jugoslawischen Archivabkommens von 1923 wurden auch im Jahre 1981 auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt, wobei weitere Fortschritte erzielt werden konnten. Im September 1981 fand in Belgrad die erste Runde von Expertengesprächen über den Abschluß eines weiteren Zusatzabkommens zum österreichisch-jugoslawischen Abkommen über Soziale Sicherheit statt.

Der gegenseitige Besuchsverkehr war auch im abgelaufenen Jahr überaus rege. Von den zahlreichen Besuchen von Delegationen aus den verschiedensten Bereichen sollen insbesondere folgende Kontakte auf Bundes- und Landesebene erwähnt werden: Treffen des jugoslawischen Außenhandelsministers Metod Rotar mit Bundesminister Dr. Staribacher in Villach am 7. Februar 1981. Dieses Treffen setzte die schon zur Tradition gewordenen regelmäßigen Kontakte der beiden für Außenhandel zuständigen Minister zur Erörterung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen fort. Besuch des jugoslawischen Innenministers Franjo Herljević über Einladung von Bundesminister Lanc in Österreich (28. Februar bis 3. März 1981). Besuch einer österreichischen Bundesheerdelegation in Jugoslawien (2. bis 5. März 1981). Besuch des jugoslawischen Arbeitsministers Pe-

Kamerun

povski in Wien (15. bis 18. März 1981). Besuch des Wiener Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst, Dr. Helmut Zilk, beim Oberbürgermeister der Stadt Belgrad, Kovačević, zur Erörterung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der beiden Städte – 19. bis 21. März 1981. Besuch des jugoslawischen Ministers für Gesetzgebung und Mitglied des Bundesexekutivrates, Prof. Aleksander Fira, in Wien (29. April). Besuch von Bundesminister Dr. Hertha Firnberg in Mazedonien über Einladung des Republikministers für Bildung und Wissenschaft, Anatoli Damjanovski (14. bis 16. April 1981). Bundesminister Dr. Firnberg war bei diesem Besuch u. a. vom Bürgermeister der Stadt Klagenfurt, Leopold Guggenberger, begleitet. Bürgermeister Guggenberger stattete anschließend auch der Sozialistischen Republik Montenegro einen Besuch ab, im Verlauf dessen auch die Eröffnung der Ausstellung „Klagenfurt – eine Stadt und ihre Maler“ in Titograd stattfand. Als Leiter einer österreichischen Delegation zum „Föderalismus-Regionalismus-Symposium“ im Belgrader Institut für Zeitgeschichte besuchte der Landesamtspräsident der Steiermark, Dr. Alfons Tropper, in der Zeit vom 7. bis 8. Mai 1981 Belgrad. Am 14. Mai 1981 kam Bundesminister Dr. Firnberg zur Eröffnung der Ausstellung „Wiener Biedermeier“ nach Belgrad. Landeshauptmann Dr. Krainer besuchte in der Zeit vom 27. bis 30. Mai 1981 die Sozialistische Republik Serbien. Besuch des Präsidenten des kroatischen Exekutivrates Peter Flekovic in der Steiermark (10. bis 12. Juni). Besuch des Vorsitzenden des Vollzugsrates des slowenischen Landtages, Janez Zemljarič, in Kärnten (22. Juni). Die Zagreber Messe war Anlaß für ein Treffen von Außenhandelsminister Rotar und Staatssekretär Albrecht am 12. September 1981. Vom 14. bis 17. Oktober 1981 stattete Vizekanzler a. D. Dr. Bock, Belgrad in seiner Eigenschaft als Präsident des Donaueuropäischen Institutes einen Besuch ab, um mit jugoslawischen Stellen eine engere Zusammenarbeit zu erörtern. Vom 3. bis 5. November 1981 stattete Landeshauptmann Kery der Sozialistischen Republik Slowenien einen Besuch ab. Vom 3. bis 4. Dezember 1981 besuchte das Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Stane Dolanc, über Einladung des Dr. Karl-Renner-Institutes Wien und hielt im Verlauf dieses Besuches einen vielbeachteten Vortrag über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Jugoslawien. Im Verlauf seines Besuches traf Dolanc auch mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und Bundesminister Dr. Pahr zusammen.

Kamerun

Afrika 475 442 km² 8,5 Mio. 560 \$ Yaoundé HK, ÖB Kinshasa

Die bilateralen Beziehungen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, haben sich positiv weiterentwickelt. Die österreichische Präsenz wird durch die für 1982 in Aussicht genommene Errichtung einer Außenhandelsstelle verstärkt werden. Der mit über 2 000 Beschäftigten größte Industriebetrieb des Landes, das größtenteils von der VÖEST-Alpine AG in Edea errichtete Zellstoffwerk „Cellucam“, hat am 16. März offiziell seinen Betrieb aufgenommen. Neben den Maschinenlieferungen zu diesem Projekt konnten bedeutende Lieferungszuwächse auf einer weitgestreuten Warenpalette erzielt werden, wodurch die österreichischen Exporte auf 125,52 Mio. S (+ 95,8%) angestiegen sind. Die Importe erhöhten sich geringfügig um 2,8% auf 104,98 Mio. S.

Kampuchea – Kanada

Kampuchea

Südostasien 181 035 km² 8,7 Mio. 70 \$ Phnom Penh ÖB Peking

Mit Kampuchea sind in der Berichtsperiode infolge der innenpolitischen Situation keine bilateralen Kontakte auf staatlicher Ebene erfolgt. Österreich nimmt besonderen Anteil an der Lösung der Kambodschafrage, was insbesondere durch den Vorsitz des Bundesministers Dr. Pahr bei der Internationalen Kambodscha-Konferenz zum Ausdruck gekommen ist. Von nichtstaatlicher Seite sind Spenden zur Linderung der Notsituation des kambodschanischen Volkes ergangen (Österreichisches Rotes Kreuz).

Kanada

**Nordamerika 9 976 139 km² 23,94 Mio. 9 640 \$ Ottawa
ÖB, 6 HK, 3 AHST**

Zwischen Österreich und Kanada bestehen enge Beziehungen, die sich im Berichtsjahr positiv entwickelt haben. Besonders intensiv war die Zusammenarbeit der beiden Staaten in Fragen des Nord-Süd-DIALOGS. Im März nahm der kanadische Außenminister Dr. MacGuigan an dem zweiten in Wien abgehaltenen Außenministertreffen zur Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels teil. Auch der offizielle Besuch des Bundesministers Dr. Pahr in Kanada (4. bis 6. Oktober) – der erste Besuch eines österreichischen Außenministers seit 1967 – war zu einem wesentlichen Teil dem Meinungsaustausch im Hinblick auf das Gipfeltreffen in Cancun Ende Oktober gewidmet, wo Premierminister Trudeau über Ersuchen von Bundeskanzler Dr. Kreisky als Co-Vorsitzender fungierte. Kanada hat als traditionelles Einwanderungsland im Berichtsjahr fast 3 000 Flüchtlinge aus Österreich übernommen. Für 1982 stellte Kanada die Übernahme von etwa 3 500 osteuropäischen Flüchtlingen aus Österreich in Aussicht.

Der österreichische Außenhandel mit Kanada hat sich intensiviert. Die österreichischen Exporte stiegen um 15,7% auf 1,24 Mrd. S, die Importe um 11,8% auf 1,65 Mrd. S. Die wichtigsten Exportpositionen, die einen Anstieg verzeichneten, waren verschiedene Fertigwaren, Arbeitsmaschinen, sonstige Maschinen, Metallwaren, Textilien, Eisen und Stahl, photographische Apparate und Uhren sowie Käse. Einbußen mußten vor allem bei Kraftmaschinen hingenommen werden. Im April wurde mit Kanada ein Abkommen betreffend die Einhaltung von Mindestpreisen für die Exporte verschiedener Käsesorten geschlossen, womit die Einführung eines Sonderzolles auf derartige österreichische Käseimporte abgewendet werden konnte. Die Käseexporte nach Kanada sind seither insgesamt zwar gestiegen, hinsichtlich der von dem Abkommen betroffenen Sorten jedoch zurückgegangen, ein Umstand, der beim Besuch von Bundesminister Dr. Pahr releviert wurde und Anfang Dezember Gegenstand von Konsultationen zwischen Vertretern der zuständigen Ministerien in Wien und Ottawa war. Die kanadische Firma „Northern Telecom“ wird in Zusammenarbeit mit den österreichischen Firmen Kapsch und Schrack wesentlich an der Modernisierung des österreichischen Telefonnetzes beteiligt sein.

Auf kulturellem Gebiet bestimmten eine ganze Reihe kleinerer Veranstaltungen das Bild. So wurde die Dokumentationsausstellung „Robert Musil“ in Montreal,

Kap Verde

Toronto und Ottawa gezeigt; auch eine Ausstellung von Werken des österreichischen Malers Roland Strasser (1895–1974) konnte mehrfach gezeigt werden. Der Salzburger Schriftsteller Gerhard Amanshauser trat bei einem internationalen Autorenfestival in Toronto auf und las auch vor Studenten an den Universitäten in Toronto und Ottawa. Die Concordia Universität in Montreal veranstaltet ein über das gesamte Studienjahr 1981/82 laufendes Seminar zum Thema „The World of Vienna 1880–1914“, das Gelegenheit zur Präsentation verschiedenster österreichischer Themen bot. Ein Austausch von Universitätsprofessoren auf dem Gebiet der Naturwissenschaften wurde 1981 eingeleitet. Bei musikalischen Veranstaltungen sind auf rein kommerzieller Basis wie alljährlich österreichische Künstler aufgetreten.

Der Wirtschaftsminister der kanadischen Provinz Britisch Kolumbien Don Phillips stattete Österreich Anfang November einen Besuch ab, wobei er mit Vertretern des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zusammentraf sowie die Anlagen der Firma Vöest-Alpine in Linz besichtigte. Geplant war auch ein Besuch des Wirtschaftsministers der Provinz Alberta in Österreich, der jedoch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden mußte. Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek hielt sich in der Zeit vom 15. bis 19. Juni in Kanada auf und traf im Laufe seines Aufenthaltes mit Regierungsvertretern der Provinz Quebec sowie mit dem Bürgermeister der Stadt Montreal Drapeau zusammen. Der Bischof von Eisenstadt DDr. Stefan Laszlo unternahm in der Zeit vom 17. bis 26. November 1981 eine Nordamerikareise, in deren Rahmen er auch Auslandsburgenländer in Toronto besuchte. Unterstaatssekretär Taylor führte am 22. September Gespräche mit Botschafter Dr. Bauer.

Kap Verde

Afrika 4 033 km² 0,32 Mio. 260 \$ Praia ÖB Dakar

Die problemfreien, bisher jedoch kaum entwickelten Beziehungen zur Republik Kap Verde haben sich belebt. Erstmals hat der in Dakar residierende österreichische Missionschef sein Beglaubigungsschreiben, mit dem er in Kap Verde mitakkreditiert wird, überreicht. Die wirtschaftlichen Beziehungen halten sich in einem sehr bescheidenen Rahmen; Ausfuhren von 77 000 S (+ 10 % gegenüber 1980) standen keine Einfuhren gegenüber.

Die von einer mehrjährigen Dürrekatastrophe heimgesuchten kapverdischen Inseln erhielten im Juni 5 163 Tonnen österreichisches Getreide als Nahrungsmittelhilfe. 14 Mio. S aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe wurden für die Errichtung eines Kühlschlachthofes nahe der Hauptstadt Praia in Aussicht gestellt. Aus Mitteln der Entwicklungshilfe wurde auch die Entsendung eines Sozialexperten finanziert, der Untersuchungen zur Vorbereitung einer Agrarreform durchführt. Ein weiterer österreichischer Experte untersuchte die Voraussetzungen zur Errichtung einer Biogas-Anlage. Österreich finanziert ein Projekt im Rahmen des Erosionsschutzprogrammes der ILO, das die Stabilisierung und Ausweitung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zum Ziel hat.

Der kapverdische Landwirtschaftsminister hielt sich im März in Wien auf, um aktuelle Projekte der bilateralen Zusammenarbeit zu erörtern. Die bilateralen

Katar – Kenia

Kontakte wurden beim Aufenthalt des kapverdischen Staatssekretärs für Kooperation und Planung in Wien im Mai fortgesetzt. Im Rahmen der im September in Paris abgehaltenen UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder führte Staatssekretär DDr. Nussbaumer mit der kapverdischen Delegation Gespräche über Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

Katar

Naher Osten 11 000 km² 0,22 Mio. 16 590 \$ Doha ÖB Jeddah

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in Begleitung von Bundesminister Dr. Staribacher und Bundesminister Dr. Steyrer am 9. Dezember einen offiziellen Besuch in Katar abgestattet, wobei insbesondere den Nahen Osten und die Golfregion betreffende Fragen erörtert wurden. Die Gespräche ließen konkretes Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen erkennen.

Aufgrund der hohen Öleinnahmen und der großen Gasreserven sowie der von der Regierung Katars schrittweise verfolgten Investitionspolitik ist das Land ein potentiell bedeutender Wirtschaftspartner. Die österreichischen Exporte sind 1981 erheblich – und zwar um 60 % – auf 141,43 Mio. S gestiegen. Die österreichischen Importe blieben demgegenüber weiterhin zahlenmäßig unbedeutend.

Kenia

Afrika 582 646 km² 16,4 Mio. 380 \$ Nairobi ÖB, 2 HK, AHST

Die engen und problemfreien Beziehungen zu Kenia – das seit Juni 1981 den Vorsitz in der OAU innehat – konnten anlässlich des am 27. und 28. Mai erfolgten offiziellen Besuchs von Bundesminister Dr. Pahr weiter ausgebaut werden. In Gesprächen mit dem kenianischen Staatschef Daniel T. Arap Moi, dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Vizepräsidenten M. Kibaki, Außenminister Dr. R. J. Ouko sowie mit den Industrie- und Wasserbauministern konnte der Stand der österreichisch-kenianischen Beziehungen sowie die Möglichkeiten zu deren weiteren Intensivierung erörtert werden. Bei den Besprechungen mit Regierungsvertretern über ökonomische Fragen nahmen auch die Mitglieder der hochrangigen österreichischen Wirtschaftsdelegation teil. Vorher führte Außenminister Pahr in Nairobi eine zweitägige Konferenz (25. und 26. Mai) mit den in den Ländern südlich der Sahara akkreditierten österreichischen Botschaftern durch, an der neben den Handelsdelegierten dieser Region auch die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation teilnahmen.

Die österreichischen Exporte nach Kenia, die sich schon seit Jahren auf Industrieexporte und Anlagelieferungen konzentrieren, entwickelten sich im Berichtsjahr durch einige Großlieferungen besonders positiv und erreichten mit einem Wert von 314,42 Mio. S eine Steigerung gegenüber 1980 um 71,1 %. Im gleichen Zeitraum bezog Österreich kenianische Waren im Wert von 95,01 Mio. S (hauptsächlich Kaffee und Spinnstoffe), was eine Verminderung der österreichischen Importe um 9,3 % ergibt. Dem sind allerdings die leicht gestiegenen Ausgaben von rund 8 000 österreichischen Touristen in Kenia gegenüberzustellen.

Kolumbien

Kenia zählt zu den traditionellen Empfängerländern österreichischer Entwicklungshilfe. Wie schon in früheren Jahren standen 1981 die Bereiche der Ausbildung und Gesundheit im Vordergrund, daneben auch Arbeiten an Feasibility-Studien für ein integriertes Hüttenwerk sowie für ein Kleinkraftwerk in Loitokitok. Mit nunmehr 20 Entwicklungshelfern und Experten ist ein weiterer Anstieg in der Anzahl des aus Entwicklungshilfemitteln finanzierten Personals in Kenia festzustellen. Hervorzuheben wären auch Hilfsleistungen diverser österreichischer kirchlicher Stellen, darunter insbesondere auch namhafte Fahrzeugspenden der „Missionsverkehrsanstalt“.

Die kulturpolitischen Aktivitäten Österreichs in Kenia erstrecken sich auf Veranstaltungen im Bildungs- und wissenschaftlichen Bereich, wobei vor allem Fachseminaren und dem Austausch von Wissenschaftlern Bedeutung zukommt. Als Beispiel in diesem Bereich sei ein Seminar über Management-Training erwähnt, das mit österreichischen Experten in Zusammenarbeit mit dem Kenya Institute of Administration für Spitzenbeamte und Politiker durchgeführt wurde und äußerst positiven Anklang fand. Im Bereich der Musik ist ein Gastspiel der Wiener Sängerknaben, das von der österreichischen Botschaft veranstaltet wurde, hervorzuheben.

Am Rande der UN-Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen (Nairobi, 10. bis 21. August) konnte der Leiter der österreichischen Konferenzdelegation, Staatssekretär Univ.-Prof. DDr. Adolf Nussbaumer, auch mit dem kenianischen Wasserbauminister M. B. Mudavadi österreichische Entwicklungshilfeprojekte auf dem Wassersektor besprechen und sich bei einer Besichtigung des Spitals von Narok von den Leistungen der österreichischen Entwicklungshelfer überzeugen.

Kolumbien

Südamerika 1 138 914 km² 27,72 Mio. 1 010 \$ Bogotá ÖB, 3 HK, AHST

Die bilateralen Beziehungen entwickelten sich weiterhin in einer problemlosen Atmosphäre.

Der Außenhandel mit diesem Land verzeichnete eine zufriedenstellende Steigerung der österreichischen Exporte (148,89 Mio. S, +4,8%) in einer relativ breitgestreuten Palette industrieller Fertigwaren. Nach vielen Jahren konnten erstmals wieder beachtliche Großaufträge bei internationalen Ausschreibungen für Kraftwerksausrüstungen erzielt werden. Die österreichischen Einfuhren (Kaffee, Bananen, Schnittblumen, Baumwollgarne, Lederwaren) aus Kolumbien (534,15 Mio. S, -0,7%) gingen gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurück. Die Bundeswirtschaftskammer nahm vom 16. bis 26. Juli an der internationalen Messe Agroexpo (Landwirtschaftsmesse) mit einem Informationsstand teil.

Der aus Entwicklungshilfemitteln finanzierte Einsatz eines österreichischen Politikwissenschaftlers an der kolumbianischen Universität de Los Andes wurde verlängert. Die österreichische Lateinamerikahilfe unterstützte gemeinsam mit dem Österreichischen Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt den Bau eines Jugendzentrums für den kolumbianischen Jugendklub MICHIN, welcher der Bekämpfung der Jugendvernachlässigung in städtischen Gebieten dient. Die

Komoren – Kongo – Korea, Republik

Vorarlberger Landesregierung hat dem kolumbianischen Jugendklub DELTA in Bogotá 350 000 S zur Verfügung gestellt.

Unter den österreichischen Ausstellungen sind die Gustav-Mahler-Fotogedenausstellung und die Hundertwasser-Graphikausstellung besonders hervorzuheben. Beide Ausstellungen wurden vom kolumbianischen staatlichen Kulturinstitut gemeinsam mit der österreichischen Botschaft Bogotá veranstaltet. Zwei österreichische Pianisten und das Österreichische Kammerorchester „Neue Wiener Solisten“ gastierten erfolgreich in Kolumbien. Im Schuljahr 1981/82 wurde erstmals ein österreichischer Subventionslehrer an die Deutsche Schule „Colegio Andino“ in Bogotá entsandt. Im Rahmen der verschiedenen Stipendienaktionen wurden im Studienjahr 1980/81 an kolumbianische Kandidaten fünf Stipendien vergeben.

Komoren

Afrika 1 797 km² 0,34 Mio. 230 \$ Moroni ÖB Nairobi

Die bilateralen Beziehungen sind problemlos, wenn auch wenig entwickelt. Die Komoren gehören zum Amtsbereich der Botschaft Nairobi, der dortige Missionschef ist aber in Moroni nicht mitakkreditiert. Auch die Komoren haben seit Bestehen diplomatischer Beziehungen noch keinen diplomatischen bzw. konsularischen Vertreter für oder in Österreich nominiert. Der Warenaustausch war unbedeutend. Die Importe stiegen um 188,1 % auf 1,11 Mio. S, Exporte waren nicht zu verzeichnen.

Kongo

Afrika 342 000 km² 1,54 Mio. 630 \$ Brazzaville ÖB Kinshasa

Die Beziehungen zur Volksrepublik Kongo sind problemfrei, wenn auch wenig intensiv. Der Außenhandel ist erheblich zurückgegangen; die Importe erreichten 1,11 Mio. S (–39,4 % gegenüber 1980), die Exporte 16,18 Mio. S (–19,8 %). Exportiert wurden vor allem Papierwaren und Kraftfahrzeuge.

Korea, Republik

Ferner Osten 98 484 km² 38,2 Mio. 1 480 \$ Seoul HK, AHST, ÖB Tokio

In den Beziehungen zur Republik Korea kommt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zu. Da im Berichtsjahr die österreichischen Lieferungen für das koreanische POSCO-Stahlkombinat infolge seiner Fertigstellung ausfielen, standen 945,87 Mio. S an Einfuhren (+6,7 % gegenüber 1980) nur 217,67 Mio. S (–62,5 %) an Exporten gegenüber. Um diesem Trend zu begegnen, hielt sich in der Zeit vom 1. bis 4. November eine große österreichische Wirtschaftsdelegation in Seoul auf und führte Gespräche mit Spitzenfunktionären der koreanischen Wirtschaft.

Auch 1981 wurden wieder mehrere Entwicklungshilfestipendien an Staatsangehörige der Republik Korea vergeben. Im Rahmen der Entwicklungshilfe ist besonders der private Einsatz hervorzuheben. Unterstützt von der katholischen

Koreanische Demokratische Volksrepublik – Kuba

Frauenbewegung Österreichs wird vor allem auf dem Gebiet der Krankenfürsorge (Behandlung von Leprakranken) viel geleistet. Das 1963 gegründete erste SOS-Kinderdorf Asiens in Daegu ist mittlerweile auf 18 Häuser angewachsen. In naher Zukunft ist mit der Eröffnung von zwei weiteren Kinderdörfern zu rechnen.

Vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst wurde der Keimyung-Universität in Daegu eine größere Buchspende gewährt. Österreich hat sich an der 3. Druckbiennale in Seoul sowie an Ausstellungen der UNESCO in der Republik Korea beteiligt.

Koreanische Demokratische Volksrepublik

**Ferner Osten 120 538 km² 17,91 Mio. 1 130 \$ Pjöngjang
AHST, ÖB Peking**

Der Missionschef in Peking ist als Botschafter in der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik mitbeglaubigt und hat im Rahmen von drei Besuchen in Pyöngyang bilaterale und multilaterale Fragen erörtert, wobei wirtschaftlichen Problemen besonderer Raum gegeben wurde.

Bei den österreichischen Ausfuhren in die Koreanische Demokratische Volksrepublik konnte eine Steigerung um 344 % auf 279,64 Mio. S erreicht werden, während die österreichischen Importe um 50,8 % auf 3,77 Mio. S zurückgingen. Im Zahlungsverkehr mit der DVR Korea verzeichneten die Gläubigerstaaten in den letzten Jahren Schwierigkeiten mit der Rückzahlung von Krediten.

Im Rahmen der gegenseitigen Besuchstätigkeit hielt sich u. a. der Zentralsekretär der SPÖ, Abgeordneter zum Nationalrat Fritz Marsch, im August in Pyöngyang auf, wobei sich Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse bot. Auch die Frage des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder war Gegenstand der Gespräche.

Kuba

Karibik 114 524 km² 9,98 Mio. 1 410 \$ Havanna ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen zu Kuba konnten vor allem auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ausgebaut werden. Im Oktober 1981 stattete Staatssekretär DDr. Adolf Nussbaumer über Einladung des Vorsitzenden des Kubanischen Staatskomitees für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hector Rodriguez Llompart, Kuba einen Besuch ab. Staatssekretär DDr. Nussbaumer informierte die kubanische Seite über die Ergebnisse des Treffens von Cancun und erörterte die Möglichkeiten einer weiteren Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Anlässlich seines Besuches wurde Staatssekretär DDr. Nussbaumer auch von Staatspräsident Dr. Fidel Castro zu einer längeren Unterredung empfangen.

Die österreichischen Ausfuhren nach Kuba erhöhten sich 1981 um 16,2 % auf 131,65 Mio. S. Im gleichen Zeitraum nahmen die Einfuhren aus Kuba um 28,2 % auf 48,52 Mio. S ab. Vom 14. bis 16. Dezember 1981 fand in Wien die

Kuwait – Laos – Lesotho

2. Tagung der österreichisch-kubanischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit statt.

Die von der österreichischen Botschaft Havanna ausgehenden kulturellen Bemühungen betrafen österreichische Literatur und Musik sowie allgemeine Informationen über Österreich und fanden in den kubanischen Massenmedien ein sehr gutes Echo.

Kuwait

Naher Osten 17 818 km² 1,35 Mio. 17 100 \$ Kuwait ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und Kuwait haben 1981 einen weiteren Aufschwung erfahren. Besonders bedeutend für ihre Weiterentwicklung war der offizielle Besuch von Bundeskanzler Dr. Kreisky am 5. und 6. Dezember 1981, bei dem vor allem die Nahostfrage sowie der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund standen. Die Bundesminister Dr. Staribacher und Dr. Steyrer, die den Bundeskanzler begleiteten, erörterten mit ihren kuwaitischen Ressortkollegen den Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder im Gesundheitswesen. Ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, das die Einsetzung einer Gemischten Kommission vorsieht, wurde unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte haben sich überaus positiv entwickelt. Sie stiegen um 155,1% auf 542,33 Mio. S. Ursache hierfür waren neben einem Ansteigen in fast allen traditionellen Lieferpositionen (z.B. Papier) zwei Großaufträge (für Elektrotransformatoren und Lastkraftwagen). Die Einfuhren gingen aufgrund des Ausfalls der Rohölimporte um 92,2% auf 11,27 Mio. S zurück. Erfreulich ist auch die Steigerung des Fremdenverkehrs von Kuwait nach Österreich um rund ein Drittel.

Die österreichische Haltung in der Nahostfrage, die von kuwaitischer Seite sehr positiv bewertet wird, sowie der Besuch des Bundeskanzlers führten im Jahre 1981 zu einer sehr starken Präsenz Österreichs in den kuwaitischen Massenmedien.

Laos

Südostasien 236 800 km² 3,72 Mio. 90 \$ Vientiane ÖB Bangkok

In den von geringer Intensität gekennzeichneten Beziehungen ist keine Entwicklung eingetreten. Der Warenaustausch mit Laos ist unbedeutend.

Lesotho

Afrika 30 355 km² 1,34 Mio. 340 \$ Maseru ÖB Pretoria

Die bilateralen Beziehungen entwickeln sich positiv und sind noch ausbaufähig. Der statistisch ausgewiesene Warenaustausch ist sehr bescheiden: Exporte 135 000 S (–82,5% gegenüber 1980), Importe 529 000 S (+169,9%). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Lesotho als Mitglied der südafrikanischen

Libanon – Liberia

Zollunion einen Großteil seines Warenverkehrs über die Republik Südafrika abwickelt. Ein 1980 im Rahmen eines Soforthilfeprogramms der Vereinten Nationen genehmigter Entwicklungshilfebeitrag von 4,4 Mio. S wurde Anfang 1981 an Lesotho überwiesen; er ist für die Planung und Errichtung von Kleinkraftwerken bestimmt.

Libanon

Naher Osten 10 400 km² 3,16 Mio. 1 060 \$ Beirut ÖB, 3 HK¹⁾, AHST

Das Verhältnis zwischen Österreich und dem Libanon blieb weiterhin problemfrei. Die zwischenstaatlichen Beziehungen waren durch die innenpolitische Situation im Libanon und durch die zeitweiligen kriegs- bzw. bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse beeinträchtigt. Mit dem Besuch des libanesischen Verteidigungsministers, Joseph Skaff, im März 1981, der Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die Situation des Libanon und die Nahostfrage bot, fanden die traditionellen und weit zurückreichenden Beziehungen zwischen beiden Staaten eine Fortsetzung.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht hatte die im Libanon herrschende politische Situation ebenfalls negative Rückwirkungen auf die Exportchancen. Die österreichischen Ausfuhren des Jahres 1981 betrugen 454,43 Mio. S und verminderten sich damit um 6,5%. Hauptausfuhrgüter waren Eisen und Stahl, Papier und Papierwaren sowie Arbeitsmaschinen. Absatzrückgänge waren bei Kraftmaschinen, Erzen, Metallabfällen, Bauholz und Nachrichtengeräten zu verzeichnen, während bei Holzwaren, Getränken, Erdölzeugnissen und Putzmitteln bedeutende Zuwachsraten registriert wurden. Die Importe aus dem Libanon verminderten sich um 61,2% auf 8,24 Mio. S.

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem Libanon finden Niederschlag in einer besonders positiven Einstellung der libanesischen öffentlichen Meinung. Besondere Beachtung finden die österreichischen Bemühungen um einen Beitrag zur friedlichen Lösung des Nahostproblems vor allem im Hinblick auf das palästinensische Problem, das den Libanon nach wie vor schwer belastet.

Liberia

Afrika 111 369 km² 1,86 Mio. 500 \$ Monrovia HK²⁾, ÖB Lagos

In den Beziehungen zu Liberia ist seit dem gewaltsamen Sturz Präsident Tolberts durch eine Gruppe von Militärs im April 1980 keine nennenswerte Entwicklung zu verzeichnen. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Lage hat sich das bilaterale Handelsvolumen im Vergleich zu den Vorjahren erheblich reduziert. Obwohl sich die österreichischen Exporte gegenüber 1980 um 42,2% auf 9,15 Mio. S verminderten, verzeichnete die Handelsbilanz wegen des gleichzeitigen drastischen Rückganges der Erzimporte erstmals seit vielen Jahren ein Aktivum. Die Einfuhren verringerten sich insgesamt um 88,6% und erreichten einen Wert von 4,12 Mio. S. Der liberianische Arbeitsminister besuchte im Zuge einer Europareise Mitte Dezember auch Österreich und führte ein Informationsgespräch mit Bundesminister Dallinger.

¹⁾ HK Tripoli derzeit unbesetzt.

²⁾ derzeit unbesetzt.

*Libyen – Lïchtenstein – Luxemburg***Libyen****Naher Osten 1 759 540 km² 3,1 Mio. 8 170 \$ Tripolis ÖB, AHST**

Die politischen Beziehungen zwischen Österreich und Libyen waren wenig intensiv, jedoch von keinen wesentlichen Problemen belastet. Besuche auf politischer Ebene haben nicht stattgefunden. Die vermittelnde Haltung Österreichs im Nahostkonflikt wird von Libyen positiv bewertet.

Die österreichischen Exporte nach Libyen wiesen die höchste bisher erzielte Jahressteigerungsrate (+ 50,2 %) auf und betrugen 2,37 Mrd. S. Eine nur mäßige Erhöhung des Wertes der österreichischen Erdölbezüge hat zu einer erfreulichen Verminderung des laufenden Passivums der Handelsbilanz mit Libyen geführt. Hauptträger dieser positiven Entwicklung waren die Exporte von Maschinen und Verkehrsmitteln, Papier und Textilien, Schlachtvieh sowie Einrichtungen für 4 Großwarenhäuser und 60 Lebensmittelläden. Die Importe gingen um 6,3 % zurück und erreichten einen Wert von 3,76 Mrd. S. Das Anlaufen des Stahlwerkprojektes Misurata, bei dem die VÖEST-Alpine der größte Kontraktor ist, wird die Bedeutung Libyens als Handelspartner Österreichs weiter erhöhen.

Eine libysche Initiative zur Intensivierung des Kulturaustausches wurde mit entsprechenden österreichischen Gegenvorschlägen beantwortet. Österreichische Universitätsprofessoren für Kinderheilkunde nahmen als „External Examiners“ an den medizinischen Abschlußprüfungen der Al Fateh-Universität in Tripolis teil. Eine österreichische Mannschaft beteiligte sich am 5. Internationalen Reit- und Springturnier in Tripolis.

Lïchtenstein**Nachbarstaat 160 km² 0,03 Mio. 15 600 \$ Vaduz ÖB, HK*)**

Die gutnachbarlichen und problemfreien Beziehungen zwischen Österreich und dem Fürstentum Lïchtenstein wurden durch den offiziellen Besuch des Regierungschefs Hans Brunhart vom 23. bis 27. Juli in Wien und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September vertieft. Zum ersten österreichischen Botschafter in Vaduz wurde der Kabinettschef und stellvertretende Generalsekretär im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Karl Fischer, ernannt, der in Wien residiert. Zur Unterstützung der österreichischen Hilfe für polnische Flüchtlinge stellte Lïchtenstein 1 Mio. S zur Verfügung. Das Abkommen über die Arbeitslosenversicherung samt Schlußprotokoll wurde am 20. November ratifiziert.

Luxemburg**Europa 2 586 km² 0,36 Mio. 12 820 \$ Luxemburg ÖB**

Der problemfreie Charakter der Beziehungen zwischen Österreich und Luxemburg und ihre besondere Intensität auf kulturellem Gebiet kam anläßlich des offiziellen Besuchs von Ministerpräsident Pierre Werner im Februar zum Ausdruck.

*) derzeit unbesetzt.

Madagaskar – Malawi

Der Handelsverkehr zwischen Österreich und Luxemburg hat sich positiv entwickelt. Die österreichischen Einfuhren betrugen 307,19 Mio. S (–2,1%), die Ausfuhren 245,85 Mio. S (+18,8%). Damit hat sich das Deckungsverhältnis weiterhin wesentlich gebessert. Beim Export konnten besondere Steigerungsraten bei Wein, mineralischen Rohstoffen, anorganischen Chemikalien, Kork- und Holzwaren, Papier- und Pappwaren sowie bei Meß- und Prüfapparaten erzielt werden. Der Rückgang bei den österreichischen Einfuhren zeigte sich vor allem bei Eisen und Stahl, Textilien und chemischen Düngemitteln. Das zwischen der ARBED und der Österreichischen Kontrollbank abgeschlossene Finanzierungsabkommen mit einem Kreditrahmen von 200 Mio. S läßt auch in Zukunft weitere Exportchancen für Lieferungen nach Luxemburg durch österreichische Firmen erwarten.

Die kulturellen Beziehungen mit Luxemburg sind durch das 1970 abgeschlossene Kulturabkommen geregelt; viele Veranstaltungen finden jedoch auch außerhalb dieses Rahmens statt, zum Teil auch auf Grund direkter Kontakte zwischen luxemburgischen und österreichischen Organisationen. Von Bedeutung waren die Veranstaltungsserie über Österreichische Kunst und Kultur in der Epoche Kaiser Josefs II. und Kaiser Franz' II., in deren Rahmen drei Fachvorträge und ein Liederabend mit Anton Dermota stattfanden, ein Konzert des Concentus Musicus und Symphoniekonzerte unter Leopold Hager sowie Ausstellungen von Arik Brauer und Wolfgang Hutter.

Auf den Appell der Bundesregierung an die westlichen Staaten beschloß der luxemburgische Ministerrat die Aufnahme von 75 Polenflüchtlingen aus Österreich.

Madagaskar

**Afrika 587 041 km² 8,74 Mio. 290 \$ Antananarivo
HK, ÖB Addis Abeba**

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei, die Wirtschaftsbeziehungen wenig entwickelt. Österreichischen Exporten im Wert von 22,17 Mio. S (–7,3%) standen Importe von 8,74 Mio. S (–31,2%), hauptsächlich Gewürze, gegenüber. Im Mai schloß Österreich mit Madagaskar einen Umschuldungsvertrag ab, wonach die fälligen österreichischen Forderungen im Wert von rund 15 Mio. S innerhalb der nächsten zwei bis sechs Jahre zu tilgen sind. Für die Errichtung einer Hefefabrik durch eine österreichische Firma wurde ein Kredit aus Entwicklungshilfe-Mitteln gewährt.

Malawi

Afrika 118 484 km² 5,97 Mio. 200 \$ Lilongwe HK, ÖB Nairobi

Die vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ausbaufähigen Beziehungen zu Malawi gestalten sich problemlos. In den Handelsbeziehungen konnte der Rückgang österreichischer Investitionsgüterlieferungen durch Steigerung der Exporte von Molkereierzeugnissen fast zur Gänze ausgeglichen werden. Insgesamt standen österreichischen Exporten von 10,3 Mio. S (–24,5%) Importe in der Form von Tabak und Tee in der Höhe von 5,23 Mio. S (–25,4%) gegenüber.

*Malaysia – Malediven***Malaysia**

Südostasien 329 749 km² 13,43 Mio. 1 370 \$ Kuala Lumpur ÖB, AHST

Die Beziehungen Österreichs zum ASEAN-Mitglied Malaysia sind problemfrei. Ihre weitere Intensivierung kam u. a. durch die Akkreditierung des ersten in Wien residierenden malaysischen Botschafters zum Ausdruck. Damit wurde einem langjährigen österreichischen Wunsch entsprochen. Der geplante Gegenbesuch des malaysischen Außenministers in Österreich in Erwiderung des offiziellen Besuches Außenminister Dr. Pahrs (Oktober 1980) ist infolge des Wechsels in der Person des malaysischen Außenministers bisher nicht zustande gekommen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich sehr positiv. Die Exporte – vor allem Papier und Baumaterialien – stiegen um 22,7 % auf 156,2 Mio. S. Die Importe – primär Naturkautschuk und Holz – gingen um 11,8 % auf 740,06 Mio. S zurück. Als besonders positiv für Österreich kann der im Mai erfolgte Abschluß eines Vertrages zur Errichtung einer Schwammeisendirektreduktionsanlage durch die VÖEST-Alpine AG erwähnt werden. Bei einem Gesamtwert von etwa 2,8 Mrd. S handelt es sich um den ersten Großauftrag für eine österreichische Firma seit vielen Jahren. Malaysia ist damit Österreichs größter Handelspartner in dieser Region geblieben.

Auf malaysischen Wunsch wurde in der Berichtsperiode ein österreichischer Fremdenverkehrsexperte für ein Hotel- und Tourismusinstitut entsendet; über die Beistellung eines weiteren Experten sind Verhandlungen im Gange. Für die Teilnahme an einem Fremdenverkehrslehrgang und einem Zollkurs wurden an malaysische Staatsbürger einige Entwicklungshilfestipendien vergeben.

An kulturellen Aktivitäten sind eine Faksimile-Ausstellung der Akademischen Druck- und Verlagsanstalt Graz und ein Konzert des Wiener Schubertduos Georg Hauser und Eleonore Rona zu erwähnen.

Ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht bis zu einem dreimonatigen Aufenthalt steht unmittelbar vor dem Abschluß. Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen sind im Gange.

Malediven

Südasien 298 km² 0,15 Mio. 200 \$ Malé ÖB New Delhi

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei, wenn auch wenig entwickelt. Die Malediven gehören zwar zum Amtsbereich der Botschaft New Delhi, der dortige Missionschef ist aber in Malé nicht mitakkreditiert. Auch die Malediven haben seit Bestehen diplomatischer Beziehungen noch keinen diplomatischen bzw. konsularischen Vertreter für oder in Österreich nominiert. Die Handelsbeziehungen sind unbedeutend; hingegen erfreute sich der Archipelstaat weiterhin eines wachsenden Interesses österreichischer Touristen.

*Mali – Malta – Malteser Ritterorden***Mali****Afrika 1 240 142 km² 6,91 Mio. 140 \$ Bamako ÖB Dakar**

Die österreichische Bereitschaft, zur Verbesserung der Lage der am wenigsten entwickelten Länder, zu denen Mali zählt, beizutragen, hat zu engeren Kontakten in den bilateralen Beziehungen geführt. Das von der malischen Regierung begonnene Programm zur Sanierung der Wirtschaft führte zu erheblichen Einfuhrbeschränkungen. Die österreichischen Exporte gingen um –9,4% auf 2,67 Mio. S zurück, die Importe stiegen um 57,6% auf 240 000 S. Für das von der österreichischen Caritas seit 1975 unterstützte Bewässerungsprogramm „Aqua Viva“ im Südwesten des Landes wurden aus Entwicklungshilfemitteln insgesamt 2,4 Mio. S zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag dient der Lieferung von zwei Handpumpenanlagen und der Bohrung von 21 Brunnen.

Malta**Europa 315 km² 0,36 Mio. 2 640 \$ La Valetta HK, ÖB Rom**

Die österreichisch-maltesischen Beziehungen sind problemlos.

Der Warenaustausch mit Malta war leicht rückgängig; die österreichischen Ausfuhren verringerten sich um 0,5% auf 77,34 Mio. S, die Einfuhren um 7,9% auf 26,74 Mio. S. Anteilsmäßig lagen Papier und Pappe unter den österreichischen Ausfuhrpositionen an erster Stelle, gefolgt von Schnittholz und Käse, bei dem ein Exportzuwachs um 131% erzielt werden konnte. Fast die Hälfte der maltesischen Warenlieferungen nach Österreich entfiel auf Bekleidung (Jeans und schafwollgefüttete Mäntel), der Rest auf Kautschukwaren und Nachrichtengeräte.

Das aufgrund eines Übereinkommens zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und der maltesischen Regierung errichtete gemeinsame Institut zur Erforschung der Sonnenenergie für industrielle Zwecke wurde am 14. September 1981 im Beisein von Bundesminister Firnberg eröffnet. Der Premierminister Maltas Dom Mintoff besuchte Österreich in der Zeit vom 17. September bis 19. September 1981.

Malteser Ritterorden**ÖB HI Stuhl**

Der Orden, der das Schwergewicht seines Wirkens auf humanitäre Hilfeleistung legt, hat nach der Erdbebenkatastrophe in Süditalien eine enge Zusammenarbeit mit dem österreichischen Malteser Hospitaldienst entwickelt. Rettungsmannschaften aus Österreich, deren finanzielle Mittel durch die Bundesregierung verdoppelt wurden, haben im Katastrophengebiet mit Unterstützung der römischen Ordensregierung eine vielbeachtete Hilfs- und Wiederaufbauleistung erbracht. Auch bei der Durchführung zahlreicher Hilfslieferungen an das Caritas-Komitee des polnischen Episkopats in Kattowitz, die vom Malteser Hospitaldienst in Wien organisiert wurden, hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem Orden und den österreichischen Stellen bewährt.

Ende Mai hat die Präsidententagung der Europäischen Assoziationen des Ordens in Mailberg stattgefunden, an der führende Ordensvertreter aus ganz Eu-

Marokko – Mauretanien

ropa teilnahmen. Ende November kam der Großmeister Fra'Angelo de Mojana di Cologna zur Eröffnung der Einsatzzentrale des Malteserhilfsdienstes (25jähriges Bestandsjubiläum) zu einem Privatbesuch nach Wien, wobei er auch mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten zusammentraf.

Marokko

Maghreb 458 730 km² 20,24 Mio. 740 \$ Rabat ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und Marokko, die in manchen Bereichen noch weiter ausgebaut werden könnten, sind im wesentlichen problemfrei. Mit der Errichtung einer marokkanischen Botschaft in Wien wurde eine weitere Voraussetzung für eine Intensivierung der österreichisch-marokkanischen Beziehungen geschaffen. Im Rahmen einer Informationskampagne hat ein Sonderemissär König Hassans II. am 25. Mai 1981 dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eine Botschaft über die jüngsten Entwicklungen in Nordwestafrika überbracht.

Im Warenverkehr setzte sich die rückläufige Tendenz der österreichischen Ausfuhren fort. Das Exportvolumen lag mit 119,48 Mio. S um 14,5 % unter jenen des Vorjahrs. Die Rückgänge erfolgten insbesondere bei Kunstdünger und Papier. Hingegen konnte Marokko seine Exporte nach Österreich um 58,1 % auf 64,62 Mio. S steigern. Auch die marokkanische Fremdenverkehrsstatistik wies bei den aus Österreich kommenden Touristen einen erheblichen Zuwachs auf.

Im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe begann am Berufspädagogischen Institut der österreichischen Jungarbeiterbewegung in Mödling (BPI) ein zweijähriger Lehrgang zur Ausbildung von 24 marokkanischen Lehrern für technische Schulen. Je 12 Teilnehmer werden in den Fachrichtungen Elektromechanik bzw. Maschinenbau ausgebildet. Die Finanzierung erfolgt durch das BPI sowie aus Entwicklungshilfemitteln des Bundeskanzleramtes.

Die kulturelle Präsenz Österreichs in Marokko blieb wenig intensiv. Erwähnenswert scheint eine repräsentative Bücherspende an die Universität in Fez. Am 31. März 1981 legte Hermann Gmeiner den Grundstein für das erste SOS-Kinderdorf in Marokko.

Mauretanien

Afrika 1 030 700 km² 1,63 Mio. 320 \$ Nuakchott HK, ÖB Dakar

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei. Innenpolitische Vorgänge und das vorwiegend regionale außenpolitische Engagement im Zusammenhang mit dem ungelösten Westsahara-Konflikt erschweren den Ausbau der Beziehungen Mauretaniens zu Staaten außerhalb der Region. Die österreichischen Importe aus Mauretanien hielten sich im Rahmen des Vorjahres (1,03 Mio. S; -25,6 %), die österreichischen Exporte sind erheblich zurückgegangen (-43 %) und erreichten nur 894 000 S. Der Einsatz einer österreichischen Ärztin, die im Osten Mauretaniens für das öffentliche Gesundheitswesen verantwortlich ist, wurde aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe für ein weiteres Jahr finanziert.

*Mauritius – Mexiko***Mauritius**

Afrika 2 045 km² 0,96 Mio. 1 040 \$ Port Louis HK, ÖB Addis Abeba

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei, wenn auch wenig intensiv. Österreichische Einfuhren beliefen sich auf 1,11 Mio. S (+ 42,5 %), die Ausfuhren erreichten 7,68 Mio. S (+ 27,2 %).

Mexiko

**Mittelamerika 1 972 547 km² 71,91 Mio. 1 640 \$ Mexico
ÖB, 3 HK, AHST**

Die bilateralen politischen Beziehungen – die bereits in den vergangenen Jahren durch die gegenseitigen Außenministerbesuche intensiviert wurden – haben durch die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Cancun einen höheren Stellenwert erhalten. Zur Vorbereitung des erwähnten Gipfeltreffens begab sich Außenminister Castañeda im Juli zu einer Kurzvisite nach Wien. Bundesminister Dr. Pahr weilte zweimal in Mexiko, zunächst im August anlässlich des vorbereitenden Außenministertreffens, anschließend bei dem eigentlichen Gipfeltreffen, als er anstelle des krankheitshalber verhinderten Bundeskanzlers Dr. Kreisky die Leitung der österreichischen Delegation innehatte.

Die österreichisch-mexikanischen Handelsbeziehungen zeigen eine erfreuliche Entwicklung. Der Ausfuhrwert belief sich auf 711,95 Mio. S (+ 114,5 %), der Einfuhrwert erreichte 284,38 Mio. S (+ 7,4 %). Waren es bei der Ausfuhr vor allem chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren sowie Maschinen, setzten sich die Einfuhren aus Kaffee, Rohstoffen sowie Maschinen und Verkehrsmittel (Lieferungen von VW nach Österreich sowie Austauschlieferungen multinationaler Betriebe, wie z. B. Philips) zusammen. Bei Großprojekten bahnt sich für Österreich jedoch in zunehmendem Maße eine negative Entwicklung an, da hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen die Konkurrenzländer Mexiko mit immer besseren Konditionen umwerben. Eine Ausrichtung der österreichischen Bemühungen auf Projekte von geringerer Größenordnung scheint daher angebracht. Aufgrund des verfassungsmäßigen Präsidentenwechsels in Mexiko ist 1982 zu gewärtigen, daß gerade bei staatlichen Projekten eine reduzierte Auftragsvergabe eintreten wird. Dennoch wird Mexiko auch in nächster Zukunft ein interessanter Markt bleiben, da erst 1982 mit der Auslieferung bereits abgeschlossener größerer Aufträge begonnen wird. – Anlässlich seines Besuches in Mexiko hat Staatssekretär DDr. Nussbaumer am 19. und 20. Oktober bilaterale Wirtschaftsgespräche mit den zuständigen mexikanischen Regierungsvertretern geführt. Abgesehen von der Erörterung konkreter Wirtschaftsjekte wurde u. a. auch die Frage der allfälligen Errichtung eines sogenannten Koinvestitionsfonds mit österreichischer Kapitalbeteiligung besprochen, der eine wichtige Voraussetzung zur Förderung der beiderseitigen wirtschaftlichen Kooperation und damit auch der Intensivierung der österreichisch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen darstellen würde. Der mexikanische Industrieminister Oteyza nützte einen Aufenthalt in Wien anlässlich einer OPEC-Tagung im November 1981 zu einem

Moçambique

ausführlichen Meinungsaustausch mit Bundesminister Dr. Staribacher über bilaterale Wirtschaftsprojekte. Bei dieser Gelegenheit wurde einvernehmlich das Interesse am weiteren Ausbau der beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen unterstrichen.

Die Forstschule El Salto im Bundesstaat Durango ist eines der größten Projekte der bilateralen österreichischen Entwicklungshilfe. Der erste Teil dieses Projektes, nämlich die Errichtung und Leitung der Forstschule, ist nach fast zehnjähriger Laufzeit abgeschlossen worden. Gleichzeitig mit der endgültigen Übergabe der Schule an die mexikanischen Behörden wurde im März im Bundeskanzleramt ein Vertrag über die Erweiterung der Schule durch eine höhere Forstlehranstalt, deren gemeinsame österreichisch-mexikanische Leitung und den Austausch von Experten unterzeichnet. Im Rahmen der verschiedenen Entwicklungshilfe-Stipendienaktionen wurden insgesamt zehn Stipendien gewährt, davon vier Vollstipendien für das Studienjahr 1981/82.

Die kulturellen Beziehungen mit Mexiko sind durch ein Kulturabkommen (1974) geregelt. Bei der 2. Tagung der Gemischten Österreichisch-Mexikanischen Kulturkommission, die im April in Wien stattfand, wurde ein umfangreiches kulturelles Austauschprogramm für die Jahre 1981 bis 1983 vereinbart. Ein Höhepunkt der kulturellen Präsenz Österreichs in Mexiko war ein Gastspiel der Wiener Philharmoniker im Frühjahr. Auch Gastspiele des Mozarteum-Orchesters und das Auftreten zahlreicher österreichischer Solisten stießen auf großen Erfolg bei Publikum und Presse. Von den vielen österreichischen Ausstellungen, die in Mexiko gezeigt wurden, fand besonders eine Ausstellung von Faksimilia von Werken Gustav Klimts und Egon Schieles die Gunst des mexikanischen Publikums. In Monterrey und Chihuahua führte das Forschungszentrum Graz ein fünfwöchiges hydrogeologisches Seminar durch. Ferner fand in Mexiko-Stadt und Guadalajara ein Workshop über Industrial Design unter der Leitung von Prof. Carl Auböck statt.

Eine Delegation von Abgeordneten des mexikanischen Bundesparlaments, bestehend aus Mitgliedern der parlamentarischen Kommission für Rechnungskontrolle, hat Österreich im Juni einen Besuch abgestattet.

Moçambique

Afrika 799 380 km² 10,47 Mio. 250 \$ Maputo ÖB Lusaka

Die problemfreien Beziehungen sind von geringer Intensität gekennzeichnet, was einerseits auf die außenpolitische Ausrichtung und das geringe außerafrikanische Engagement des Landes, andererseits aber auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß Moçambique seit seiner Unabhängigkeit keinen Botschafter in Österreich mitbeglaubigt hat. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande ist auch der Warenaustausch mit Österreich weiter zurückgegangen; österreichische Ausfuhren erreichten 22,48 Mio. S (+ 75,6%), die Einfuhren beliefen sich auf 9,76 Mio. S (- 76,1%). Im Rahmen des internationalen Nahrungsmittelübereinkommens wurde eine österreichische Nahrungsmittelhilfe zugesagt. Zwei österreichische Entwicklungshelfer sind im Lande tätig.

*Mongolische Volksrepublik – Nepal – Neuseeland***Mongolische Volksrepublik****Ferner Osten 1 565 000 km² 1,67 Mio. 780 \$ Ulan Bator ÖB Moskau**

Der Besuch einer Delegation der Bundeswirtschaftskammer in Ulan Bator bestätigte den Platz Österreichs als einen der ersten westlichen Partner der Mongolischen Volksrepublik. Präsident Sallinger führte Gespräche mit dem Präsidenten der Mongolischen Handelskammer, dem Außenhandelsminister, Außenminister und Ministerpräsidenten. Die österreichischen Exporte stiegen um 66,5 % auf 36,85 Mio. S. Die Importe beliefen sich auf 5,04 Mio. S.

Nepal**Südasiens 140 797 km² 14,01 Mio. 130 \$ Katmandu ÖB New Delhi**

Die Beziehungen zwischen Österreich und Nepal sind nicht intensiv, haben sich aber auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe verstärkt.

Die bilateralen Handelsbeziehungen sind nach wie vor bescheiden. Exporten von 5,14 Mio. S (–23,2 %), hauptsächlich Druckereierzeugnisse und Glaswaren, stehen Importe von 1,41 Mio. S (+50,9 %) gegenüber. Aus österreichischen Entwicklungshilfemitteln wurde eine moderne Keramikwerkstätte im SOS-Kinderdorf Sano Thimi fertiggestellt, die u. a. den einheimischen Töpfern ermöglichen soll, konkurrenzfähige Tonwaren zu produzieren. Im Rahmen des UNESCO-Programms für die Bewahrung des kulturellen Erbes des Kathmandu-Tales wurde für die Restaurierung des historischen Königspalastes in der Stadt Patan ein österreichischer Beitrag genehmigt. Auch auf dem Sektor des Zollwesens wurde Nepal österreichische Hilfe zugesagt. Mit den Bauarbeiten am Kleinkraftwerk Namche Bazar am Fuße des Mount Everest konnte begonnen werden. Staatssekretär Pant hat mit Staatssekretär DDr. Nussbaumer weitere Gespräche über Entwicklungszusammenarbeit geführt.

Nepal erfreut sich weiterhin eines wachsenden Interesses seitens österreichischer Touristen. Österreich ist in Nepal auch durch die zahlreichen Bergsteiger bekannt, die viele Himalaya-Gipfel bestiegen haben.

Neuseeland**Ozeanien 268 676 km² 3,1 Mio. 5 930 \$ Wellington 2 HK, ÖB Canberra**

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Neuseeland sind frei von Problemen. Bei den am 28. November abgehaltenen Parlamentswahlen konnte die regierende National Party unter Premierminister Muldoon neuerlich eine absolute Mehrheit erzielen. Zum neuen neuseeländischen Außenminister wurde Warren Cooper bestellt.

In den wirtschaftlichen Beziehungen haben sich die österreichischen Ausfuhren mit einem Anstieg von 41,8 % auf 141,57 Mio. S erfreulich entwickelt. Beachtenswert sind hierbei die Positionen Papier und Pappe sowie technische Geräte. Die Importe aus Neuseeland – hauptsächlich Obst, Fleisch, Wolle und Molkeerzeugnisse – erreichten 208,49 Mio. S (+34,7 %).

Niederlande – Niger – Nigeria

Der österreichische Schriftsteller Dr. Michael Scharang hielt im September Vorträge an den Universitäten in Auckland, Wellington, Dunedin und Christchurch.

Niederlande

Europa 40 844 km² 14,14 Mio. 10 230 \$ Amsterdam ÖB, 3 HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und den Niederlanden sind frei von bilateralen Problemen und haben sich weiter intensiviert.

Im Dezember wurde der regelmäßige Gedankenaustausch der politischen Direktoren mit einem Besuch des politischen Generaldirektors des niederländischen Außenministeriums in Wien fortgesetzt.

Die schwierige wirtschaftliche Situation blieb zwar auch auf den österreichisch-niederländischen Handelsverkehr nicht ohne Auswirkungen; da jedoch auf starke Rückgänge im österreichischen Export zu Jahresbeginn ein Zuwachs im letzten Vierteljahr erfolgte, gelang es, das Vorjahresergebnis ungefähr zu halten und einen Exportwert von 5,93 Mrd. S (+ 0,8%) zu erzielen. Da die österreichischen Einfuhren einen Rückgang von 1,9% auf 8,35 Mrd. S verzeichneten, verringerte sich auch das Handelsbilanzdefizit. Die Touristen aus den Niederlanden stehen in der österreichischen Fremdenverkehrsstatistik weiterhin an zweiter Stelle. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage konnte das Vorjahresergebnis wieder übertroffen werden.

Der Schwerpunkt der kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden liegt bei der Musik. Daneben ist verstärktes Interesse an zeitgenössischer bildender Kunst aus Österreich zu verzeichnen. Es gab vereinzelte Ausstellungen privater Galerien, die auf kommerzieller Basis stattfanden. Eine niederländische Regierungsdelegation besuchte Wien im Oktober und führte Gespräche über einen weiteren Ausbau der Beziehungen auf dem Gebiet von Kultur, Wissenschaft und Forschung. Engere Kontakte wurden im kulturellem Austausch, Unterricht, Wissenschaft und Forschungswesen vereinbart.

Niger

Afrika 1 267 000 km² 5,31 Mio. 270 \$ Niamey ÖB Abidjan

Die Beziehungen sind problemfrei, wenn auch noch wenig entwickelt. Ein Abkommen über technische Zusammenarbeit steht in Verhandlung. Das Land verfügt vor allem dank seiner großen Uranvorkommen über ein beachtliches wirtschaftliches Potential. Die österreichischen Ausfuhren (vor allem Textilien) stiegen um 68,2% auf 66,27 Mio. S. Einfuhren aus dem Niger wurden nicht getätigt.

Nigeria

Afrika 923 768 km² 77,08 Mio. 670 \$ Lagos ÖB, AHST

Die Beziehungen zum bevölkerungsreichsten und politisch wie wirtschaftlich bedeutendsten Staat Afrikas südlich der Sahara haben im zweiten Jahr nach der Wiedereinführung eines demokratischen Regierungssystems in verschiede-

Nikaragua

nen Bereichen eine weitere Intensivierung erfahren. Im Zuge der Vorbereitung (Aufenthalt des nigerianischen Staatsministers für Auswärtige Angelegenheiten, Chief Patrick Bolokor, im März in Wien) und der Abhaltung der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun kam es zu einem verstärkten außenpolitischen Meinungsaustausch. Österreich-Besuche verschiedener Regierungsmitglieder der nigerianischen Bundesstaaten Benue, Niger und Bauchi widerspiegeln die zunehmende Diversifizierung der bilateralen Kontakte. Der Reiseverkehr nigerianischer Staatsbürger nach Österreich hat 1981 einen neuen Höhepunkt (über 6 200 Sichtvermerkserteilungen) erreicht.

Nigerias Stellung als führender Wirtschaftspartner Österreichs in Afrika südlich der Sahara hat sich im Berichtsjahr weiter konsolidiert. Die österreichischen Exporte überschritten wieder die 2 Milliarden-S-Grenze (2,33 Mrd. S, + 5 %), wobei den Zulieferungen und Leistungen für Industrialisierungsprojekte, insbesondere auf dem Fahrzeug- und Verarbeitungssektor, steigende Bedeutung zukommt. Die österreichischen Einfuhren sind merklich zurückgegangen (1,02 Mrd. S, -40,8 %). Damit hat sich das österreichische Handelsbilanzaktivum weiter erhöht. Eine Erhöhung und Diversifizierung der Marktpräsenz konnte durch die Beteiligung von 21 österreichischen Firmen an der internationalen Messe in Kaduna sowie durch verstärkte Registrierungen österreichischer Firmen als Joint-Venture-Partner, auch im technischen Beratungsbereich, erzielt werden.

Im September fand in Wien die zweite Verhandlungsrunde über ein Doppelbesteuerungsabkommen statt. Ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit wurde paraphiert und steht vor der Unterzeichnung. Besondere Bedeutung kommt dem Technologie-Transfer insbesondere mittels Ausbildung nigerianischer Facharbeiter und Instruktoren im Bereich der stahl- und metallverarbeitenden Industrie zu.

Im kulturellen Bereich liegt der Schwerpunkt auf dem Gebiet der Förderung der wissenschaftlichen Kontakte. Die wichtigste diesbezügliche Aktivität war die Abhaltung von mehrwöchigen Blockseminaren an mehreren nigerianischen Universitäten auf dem Gebiet der Materialwissenschaften durch zwei Professoren der Technischen Universität Wien.

Nikaragua

Mittelamerika 130 000 km² 2,74 Mio. 660 \$ Managua HK*), ÖB Mexiko

Die seit dem Sturz der Diktatur Somozas intensivierten Beziehungen zu Nicaragua haben sich weiter entwickelt. Außenminister d'Escoto Brockmann hat im Juni Österreich besucht. Eine beabsichtigte Reise von Bundeskanzler Dr. Kreisky nach Nicaragua im Anschluß an die Konferenz in Cancun konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht absolviert werden.

Die österreichischen Exporte beliefen sich 1981 auf 16,34 Mio. S (+ 107,8 %). Im selben Zeitraum importierte Österreich aus Nicaragua Kaffee im Werte von 148,94 Mio. S (+ 22,6 %). Hauptexportprodukte sind Kunststoffgranulate, Papierwaren, Metallwaren, Pharmazeutika und Industriechemikalien.

*) derzeit unbesetzt.

Norwegen

Österreich hat sich am wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes mit verschiedenen Projekten beteiligt, die bereits größtenteils abgeschlossen sind. Aus Entwicklungshilfemitteln wurde für den Bau einer Kinderbibliothek in Managua ein weiterer wesentlicher Beitrag geleistet. Ein Projekt zur Wiedererrichtung einer Schiffsverbindung für den Transport von Schulkindern auf der Inselgruppe Solentiname (Bereitstellung von zwei Booten, Hafenausbau) wurde mit österreichischer Hilfe finanziert. Ein Abkommen über technische Zusammenarbeit, das insbesondere die Tätigkeit der nach Nikaragua entsandten österreichischen Entwicklungshelfer vertraglich regeln soll, steht noch in Verhandlung. Auch der österreichische Entwicklungsdienst, das Institut für Internationale Zusammenarbeit und der Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt beteiligten sich an Hilfsprojekten in diesem Land. Mehr als 20 Entwicklungshelfer sind in Nikaragua im Gesundheitswesen, in der Behindertenbetreuung und im Vorschulbereich tätig.

Norwegen

Europa 324 219 km² 4,09 Mio. 10 700 \$ Oslo ÖB, 2 HK, AHST

Die Beziehungen sind auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet weiter harmonisch verlaufen und sind auch durch eine enge Zusammenarbeit im Rahmen verschiedener internationaler Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen, gekennzeichnet.

Als Spiegelbild der weiterhin angespannten Weltwirtschaftslage ist in den bilateralen Handelsbeziehungen eine gewisse Stagnation eingetreten. Während die österreichischen Ausfuhren noch im Jahre 1980 um 11,8% über den Vergleichswerten von 1979 lagen, konnte im Jahr 1981 nur mehr eine Steigerung um 3,7% auf 2,45 Mrd. S erreicht werden. Die österreichischen Importe gingen um 0,3% zurück und betrugen 1,06 Mrd. S, womit Österreich wieder ein beachtliches Handelsbilanzaktivum erzielen konnte.

Im kulturellen Bereich wurde der Austausch von Universitätsprofessoren und Experten sowie der Stipendienaustausch auf Grund des Kulturabkommens aus dem Jahr 1973 fortgesetzt. Im Rahmen des kulturellen Schwerpunktprogrammes des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten fanden die Ausstellungen „Zeitgenössische österreichische Graphik“, die Stefan-Zweig-Ausstellung sowie verschiedene musikalische Darbietungen statt.

Staatssekretär DDr. Adolf Nussbaumer nahm vom 4. bis 6. April an einem Konsultationstreffen der like minded countries mit Vertretern der Gruppe der 77 in Oslo teil. Bundesminister Dipl.-Ing. Günter Haiden stattete Norwegen über Einladung des norwegischen Landwirtschaftsministers Oeksnes in der Zeit vom 4. bis 8. Juli einen offiziellen Besuch ab, in dessen Rahmen auch Nordnorwegen eingeschlossen war. Eine Delegation des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten der Gemeinde Wien absolvierte unter Führung des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages, Herbert Pfoch, vom 30. August bis 1. September eine Studienreise nach Oslo. Der politische Direktor im norwegischen Außenministerium Vraalsen führte am 30. Juni in Wien Gespräche mit Botschafter Dr. Bauer.

*Obervolta – Oman***Obervolta**

Afrika 274 200 km² 6,91 Mio. 180 \$ Ouagadougou HK, ÖB Abidjan

Die Beziehungen zwischen Österreich und Obervolta sind problemfrei. In Obervolta besteht erhebliches Interesse an einer verstärkten Einschaltung Österreichs beim Aufbau der voltaischen Wirtschaft.

Der Außenhandel ist in beiden Richtungen noch unbedeutend (Ausfuhren 5,48 Mio. S, + 77,5%; Einfuhren 8,02 Mio. S). Ein 1981 aufgenommenes Assembling österreichischer Mopeds findet in der Statistik allerdings keinen Niederschlag, da der Export der gelieferten Teile über ein Drittland erfolgt. Ferner konnte ein Vertrag zur Lieferung einer Alkoholerzeugungsanlage abgeschlossen werden.

Obervolta ist Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe. Die Verhandlungen betreffend ein Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit wurden fortgesetzt. Die 1970 errichtete und seither laufend geförderte technisch-gewerbliche Berufsschule in Ouagadougou soll nunmehr schrittweise in die Eigenverantwortlichkeit Obervoltas übertragen werden. Ein österreichischer Experte wurde für mehrere Monate nach Obervolta entsandt, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei einem ländlichen Entwicklungsprojekt zu erkunden. Im Rahmen des von der Bundesregierung verfolgten Zieles, die Not von Kindern in der Dritten Welt zu lindern, wird in Obervolta die Errichtung einer Getreidebank in Aussicht genommen. Von den Entwicklungshilfeleistungen nichtstaatlicher österreichischer Stellen für Obervolta ist neben den Projekten der Caritas eine AZ-Leserspende für das Saheldorf Mengao zu erwähnen.

Im Februar weilte der Minister für Öffentliche Arbeiten und Verkehr, Gnoumou Gaston Kani, zu einem privaten Besuch in Wien. Der für November geplante Besuch des Ministers für Wirtschaft und Planung, Mamadou Sanfo, mußte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Oman

Naher Osten 212 457 km² 0,89 Mio. 2 970 \$ Muscat HK, ÖB Jeddah

Die in den Vorjahren auf Regierungsebene geknüpften Kontakte haben sich 1981 fortgesetzt. Bundesminister Rösch stattete in der Zeit vom 13. bis 16. Jänner einen offiziellen Besuch ab, der im Oktober mit einem Besuch von Verteidigungsminister Sayyid Faher Bin Taimur Al Said in Österreich erwidert wurde. Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden führte vom 1. bis 4. Februar in Oman einen offiziellen Besuch durch, wobei eine Zusammenarbeit in bestimmten landwirtschaftlichen Bereichen vereinbart wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Oman war 1981 durch eine deutliche Belebung und Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet, die sich auch auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auswirkte. Die österreichischen Exporte, hauptsächlich Papier und Papierwaren sowie elektrische Geräte, sind auf 111,33 Mio. S angestiegen (+ 226,7%), die Importe blieben betragsmäßig sehr gering.

*Pakistan – Panama***Pakistan**

**Mittlerer Osten 891 940 km² 82,44 Mio. 260 \$ Islamabad
ÖB, HK, AHST**

Die bilateralen Beziehungen haben sich weiter intensiviert. Außenminister Agha Shahi weilte im Jänner zu Informationsgesprächen in Wien. Außenminister Dr. Pahr stattete am 19. und 20. März einen offiziellen Besuch in Pakistan ab, wobei er von einer Wirtschaftsdelegation begleitet war. Außer einem Arbeitsgespräch mit Außenminister Agha Shahi und einer Unterredung mit dem Finanz- und Handelsminister stand auch ein Empfang durch Präsident Zia-ul-Haq auf dem Programm. Bei den Gesprächen stand die Lage in Afghanistan und die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Die Ausarbeitung von Studien insbesondere über den von Pakistan derzeit nachhaltig forcierten Ausbau von kleinen Industriebetrieben wurde angekündigt.

Die österreichischen Ausfuhren nach Pakistan stiegen um 20,1% auf 190,96 Mio. S. Die Einfuhren gingen um 3,3% auf 114,84 Mio. S zurück. Die wichtigsten österreichischen Exportartikel waren Papier und Pappe, Maschinen und Verkehrsmittel, synthetische Spinnstoffe, Pharmazeutika und Düngemittel. Aus Pakistan wurden vor allem Textilien (Teppiche), Spiel- und Sportgeräte sowie Schuhe importiert.

Im November begann bei der VÖEST-Alpine AG im Rahmen eines UNIDO-Projektes ein sechsmonatiges Trainingsprogramm für fünf pakistanische Hütteningenieure. Sie sollen in modernen Methoden der Stahlerzeugung ausgebildet werden (österreichischer Beitrag 1 Mio. S). Die Finanzierung einer Feasibility-Studie über Melasse-Verwertung aus Entwicklungshilfe-Mitteln befindet sich im Prüfungsstadium. Die Vorarbeiten zur Errichtung des Wintersport- und Sommererholungszentrums in Malam Jabba, woran sich Österreich im Rahmen der Entwicklungshilfe beteiligt, wurden weitergeführt. Österreichische Organisationen, insbesondere das „Österreichische Hilfskomitee für Afghanistan“ und „Rettet das Kind“, sind maßgeblich an der Betreuung der afghanischen Flüchtlinge beteiligt. Die hierfür aufgewendeten Mittel stammen zum Teil aus dem Österreichischen Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt.

Panama

Mittelamerika 75 650 km² 1,94 Mio. 1 400 \$ Panama HK, ÖB Bogotá

Die problemfreien Beziehungen konnten auf wirtschaftlichem Gebiet weiter intensiviert werden. Der Handelsverkehr mit diesem wirtschaftlich zunehmend interessanter werdenden Land (Kanal, internationales Finanzzentrum, Zollfreizone) weitete sich auf der österreichischen Ausfuhrseite (fotografische Apparate, Pharmazeutika, Damenunterwäsche, verschiedene Maschinen) um 5,6% auf 33,76 Mio. S aus, die österreichischen Einfuhren aus Panama (Bananen, Kaffee, Fischmehl) stiegen um 22,5% auf 223,82 Mio. S. Für eine bescheidene österreichische kulturelle Präsenz in Panama konnten erste Impulse gesetzt werden.

*Papua-Neuguinea – Paraguay – Peru***Papua-Neuguinea**

Ozeanien 461 691 km² 3,08 Mio. 660 \$ Port Moresby HK, ÖB Canberra

Die Beziehungen zu Papua-Neuguinea haben sich insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft intensiviert. Der Warenverkehr hat eine merkliche Erweiterung erfahren; österreichischen Exporten im Wert von 8,12 Mio. S (+228,8% gegenüber 1980) standen Importe in Höhe von 16,81 Mio. S (+30,2%) gegenüber. Österreich konnte vor allem auf dem Kraftwerksektor Zu- und Ersatzlieferungen tätigen. 40 österreichische Entwicklungshelfer sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten und zur Vermittlung technischer Fertigkeiten in Papua-Neuguinea im Einsatz.

Paraguay

**Südamerika 406 752 km² 3,07 Mio. 1 070 \$ Asunción
HK, ÖB Buenos Aires**

Die Beziehungen zu Paraguay haben sich auf wirtschaftlichem Gebiet weiter entwickelt. Es gibt hoffnungsvolle Ansätze dafür, daß Österreichs Industrie bei der Errichtung jener Industriebetriebe mitbeteiligt werden kann, die Paraguay zwecks Ausnützung seiner immer größer werdenden elektrischen Energiereserven aufzubauen plant. Das derzeit wichtigste wirtschaftliche Vorhaben betrifft Verhandlungen über die Errichtung eines Traktoren-Assembling in Asunción. Die Exporte gingen um 2,1% auf 42,94 Mio. S zurück, die Importe sanken um 61,1% auf 43,27 Mio. S.

Nach wie vor sind österreichische Entwicklungshelfer auf dem Gebiet der Tropenmedizin und der Sozialfürsorge für die indianische Bevölkerung tätig. Hervorzuheben ist der Baubeginn eines neuen SOS-Kinderdorfes in der paraguayischen Hauptstadt Asunción.

Für den Ausbau der kulturellen Beziehungen scheint die Gründung einer Zweigstelle des „Mozarteum Argentino“ wichtig, welches das Auftreten österreichischer Künstler ermöglichen könnte.

Peru

Südamerika 1 285 216 km² 17,78 Mio. 730 \$ Lima ÖB, 2 HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und Peru gestalteten sich weiterhin problemfrei und intensivierten sich auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Exporte erhöhten sich auf 432,81 Mio. S (+196,4%). Dieser überdurchschnittlich hohe Exportzuwachs ist auf die im Rahmen eines Großauftrages erfolgte Auslieferung von Metallbrücken zurückzuführen. Wie bisher lagen Edelstahlprofile, Maschinen, Spezialpapiere und organische Chemikalien an der Spitze der Exportpalette. Die Importe gingen um 60,5% auf 102,02 Mio. S zurück. An der Internationalen Pazifikmesse in Lima, der ersten allgemeinen Messe nach 12jähriger Importsperre für Konsumgüter, nahmen 28 österreichische Firmen teil.

Philippinen

Im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe wurde für die im Juli erfolgte Volks- und Wohnungszählung in Peru auf die Dauer von zwei Jahren ein österreichischer Experte beigestellt. 14 österreichische Geistliche, Ordensschwestern und Entwicklungshelfer leisteten auf den Gebieten Schule, Erziehung, Krankenpflege und Landwirtschaft Entwicklungshilfe. Die Vergabe von Stipendien an peruanische Staatsbürger für Studienaufenthalte in Österreich wurde fortgesetzt.

Der Höhepunkt auf kulturellem Gebiet war zweifellos das Gastspiel der Wiener Sängerknaben im Juli 1981.

Eine unter der Leitung des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Univ.-Prof. DDr. Erwin Melichar stehende Juristendelegation hielt sich im April zu einer Informationsreise in Peru auf.

Philippinen

Südostasien 300 000 km² 48,4 Mio. 600 \$ Manila ÖB, HK, AHST

Die Beziehungen Österreichs mit dem ASEAN-Mitglied Philippinen sind problemlos und entwickelten sich positiv weiter. Für die Intensivierung der Beziehungen bedeutsam erwiesen sich die Einladung der Philippinen zur Teilnahme am Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun und die Wahl von Außenminister Dr. Pahr zum Präsidenten der Internationalen Kambodschakonferenz.

Die Wirtschaftsbeziehungen haben trotz einer Wirtschaftskrise in den Philippinen einen weiteren Aufschwung genommen. Die Exporte erhöhten sich um 38,7% auf 311,43 Mio. S. Hauptexportprodukte waren Maschinen und Verkehrsmittel, Milchpulver, Magnesitsteine, Metallwaren, chemische Erzeugnisse und Edelstahl. Die österreichischen Importe stiegen um 11,5% auf 405,76 Mio. S, wobei die wichtigsten Positionen elektronische Halbleiter, Bekleidung, Kokosöl, tropische Hölzer, Tabak, Nickel, Chromerze und Früchte waren. Besonders stark war die österreichische Präsenz im Energie- und Bergbausektor, in welchem neue Großaufträge erzielt werden konnten. Die positive Entwicklung in den Wirtschaftsbeziehungen manifestierte sich auch in einem regen Besuchsaustausch namhafter Wirtschaftsfunktionäre beider Länder. Darüber hinaus hatte Energieminister Velasco anlässlich seiner Teilnahme an einer OPEC-Tagung in Wien Gelegenheit zu Gesprächen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und Handelsminister Dr. Staribacher. Nach zwei Verhandlungsrunden wurde am 9. April in Wien ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet.

Im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe wurden 1981 einige Stipendien an Bewerber aus den Philippinen für Studienaufenthalte in Österreich vergeben.

Im kulturellen Bereich sind die Teilnahme des Pro-Arte-Chors aus Graz am Internationalen Manila Chorfestival und die Teilnahme dreier österreichischer Organisten am Internationalen Bambusorgelfestival in Las Pinas zu erwähnen, wodurch letzteres einen stark österreichischen Charakter erhielt.

Die Intensivierung der Beziehungen und Kontakte kommt auch durch die Eröffnung eines philippinischen Generalkonsulates in Salzburg zum Ausdruck.

Polen

Polen

Europa 312 683 km² 35,58 Mio. 3 830 \$ Warschau ÖB, KI, AHST

Die Beziehungen zur Volksrepublik Polen waren in allen Bereichen von der innenpolitischen Entwicklung überschattet. Der Rückgang der Kontakte und Besuche verstärkte sich gegenüber dem Vorjahr; insbesondere entfielen die Besuche aus den Fachministerien. Der Besuch des polnischen Außenministers Czyrek vom 9. bis 11. November 1981 bot Gelegenheit für Gespräche über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, Wirtschaftsfragen und Fragen betreffend polnische Staatsangehörige in Österreich. Die Verhängung des Ausnahmezustandes am 13. Dezember mit der einhergehenden Unterbrechung aller Verbindungen mit dem Ausland und der Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen hat sich auf die österreichisch-polnischen Beziehungen negativ ausgewirkt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zeigten eine stark rückläufige Tendenz. Die österreichischen Exporte gingen um 41,9% auf 3,51 Mrd. S zurück, die Importe um 16,2% auf 2,60 Mrd. S. Die Ursachen der österreichischen Ausfuhrverminderung liegen einerseits in der starken Kürzung der polnischen Investitionen (Auswirkungen vor allem bei traditionellen Lieferpositionen wie Maschinen, Ausrüstungen und Straßenfahrzeugen), andererseits in der chronischen Devisenknappheit des Landes und der starken Westverschuldung, wodurch es auch bei Halbfabrikaten, Chemieerzeugnissen und Fertigwaren zu starken Importeinschränkungen gekommen ist. Durch die Freigabe der 2. Tranche des Kohlekredits, die mit österreichischen Lieferungen verbunden war, konnte ein noch stärkeres Absinken der österreichischen Ausfuhr nach Polen vermieden werden. Bei den polnischen Lieferungen nach Österreich dominieren weiterhin Brennstoffe und Energie gefolgt von Rohstoffen. Bei fast allen Positionen ist es zu Rückgängen gekommen, wobei die traditionellen Kohlenlieferungen mengenmäßig auf etwa 60% der Vorjahreslieferungen abgesunken sind. Durch die starke Auslandsverschuldung in der Höhe von etwa 28 Mrd. US-Dollar und die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten war Polen gezwungen, bei den westlichen Partnerländern eine Umschuldung der 1981 fälligen Zahlungen zu erwirken. Weiters stellte Polen einen Antrag auf Wiederaufnahme in den Internationalen Währungsfonds.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Polen konnten weiter ausgebaut werden. Der im Kulturabkommen (1972) vorgesehene Austausch von Professoren, Stipendiaten und Experten wurde fortgesetzt. Österreichische Ensembles und Solisten nahmen an den wichtigsten musikalischen Ereignissen in Polen teil. Die Tätigkeit des Kulturinstitutes ist nach wie vor auch auf die Universitätsstädte in der Provinz ausgerichtet. Der Zusammenarbeit mit Germanisten, Philosophen, Kunsthistorikern und Architekten kam besondere Bedeutung zu. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Kulturinstitutes sind wie bisher die Sprachkurse, die wiederum von etwa 1 000 Hörern besucht wurden. Das Kulturinstitut veranstaltete bzw. beschickte erfolgreich Literatursymposien (Krakau, Thorn). Die meisten Vorträge werden publiziert, so daß ein breites Publikum mit den Resultaten österreichischer Forschung zu Literatur und Gesellschaft bekanntgemacht werden kann. Lektorate für deutsche Sprache und österreichische Literatur bestehen an den Universitäten in Breslau, Krakau und Posen.

Portugal

Im Dezember 1981 wurde die Anwendung des österreichisch-polnischen Abkommens über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht durch beiderseitige Erklärungen bis zum 30. Juni 1982 teilweise ausgesetzt.

Portugal

Europa 92 082 km² 9,93 Mio. 2 180 \$ Lissabon ÖB, 3 HK, AHST

Der seit der Errichtung der Demokratie in Portugal feststellbare stete Aufschwung der österreichisch-portugiesischen Beziehungen setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Es kam zu einer Intensivierung der österreichisch-portugiesischen Kontakte auf den verschiedensten Ebenen.

Obwohl die internationale Wirtschaftsrezession sowie die Hausse der Ölpreise und des US-Dollars den im Jahre 1980 begonnenen Aufschwung des portugiesischen Wirtschaftswachstums verlangsamten und zu einer bedeutenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz führten, kam es im Berichtsjahr zu einem weiteren Ansteigen des bilateralen Warenaustausches. Die österreichischen Ausfuhren (wichtigste Produkte: Textilien, Spinnstoffe, Maschinen und Geräte) stiegen um 23,1 % auf 919,99 Mio. S. Die österreichischen Importe (Hauptprodukte: Bekleidung, Schuhe, Kork, Fisch- und Gemüsekonserven) erhöhten sich um 5,7 % auf 885,12 Mio. S.

Durch die Einbeziehung Portugals in das Schwerpunktprogramm war es möglich, die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Portugal weiter zu intensivieren. In Vorbereitung der Aufnahme von Verhandlungen wurden im Oktober Entwürfe für ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit ausgetauscht. Höhepunkt österreichischer kultureller und Medienpräsenz waren die Wien-Wochen, die vom 24. April bis 17. Mai unter dem Motto „Wien in Lissabon“ in Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der Stadt Lissabon durchgeführt wurden. Ein weiteres für das portugiesische Kulturleben wichtiges Ereignis war die Erstaufführung der Operette „Die Fledermaus“ mit Solisten der Wiener Staatsoper und unter der Leitung eines österreichischen Dirigenten.

Am 10. Dezember wurde ein Zusatzabkommen zur Änderung des Sichtvermerksabkommens 1954 abgeschlossen, wodurch die Einreiseformalitäten für Touristen bedeutend erleichtert wurden (insbesondere Anerkennung von Reisepässen, die bis zu fünf Jahre abgelaufen sind).

Im April besuchte Bürgermeister Leopold Gratz mit einer Delegation des Wiener Gemeinderats Lissabon als offizieller Gast der Stadt. Im August besuchte der portugiesische Justizminister Meneres Pimentel Österreich. Er war Gast des Bundesministers für Justiz. Im Oktober fand in Lissabon ein Meinungsaustausch zwischen dem Politischen Direktor im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und leitenden Beamten des portugiesischen Außenministeriums statt. Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und dem portugiesischen demokratischen Gewerkschaftsverband UGT hielt sich eine Gruppe leitender Bildungsfunktionäre der letzteren in Österreich auf. Auf Einladung des österreichischen Raiffeisenverbandes kam

Rumänien – Rwanda

der für das Genossenschaftswesen zuständige Staatssekretär im portugiesischen Landwirtschaftsministerium, Carvalho Cardoso, mit Spitzenfunktionären des Genossenschaftswesens nach Österreich, um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Österreich zu studieren.

Rumänien

Europa 237 500 km² 22,27 Mio. 1 900 \$ Bukarest ÖB, AHST

Die positive Entwicklung der österreichisch-rumänischen Beziehungen konnte anlässlich des offiziellen Besuchs des rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu vom 9. bis 12. Juni in Österreich festgestellt werden. Er bot Gelegenheit zu einer ausführlichen Erörterung der bilateralen Beziehungen, wobei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zukam. Außerdem fand ein breiter Meinungsaustausch über internationale Fragen statt.

Die österreichischen Exporte gingen um 9,8% auf 2,29 Mrd. S zurück. Ausgeführt wurden vor allem Fertigwaren aus Eisen und Stahl, Verkehrsmittel und Maschinen. Die Importe stiegen um 22% auf 1,67 Mrd. S. Die wichtigsten Importgüter waren Obst, Gemüse, petrochemische Produkte und Rohstoffe. Bei der Bezahlung von österreichischen Exportlieferungen kam es jedoch immer wieder zu Zahlungsverzögerungen. Österreich beteiligte sich im Oktober 1981 mit einer Gruppenausstellung an der Bukarester Messe.

Die kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Österreich und Rumänien erfolgt auf Basis entsprechender bilateraler Abkommen. Am 12. Juni 1981 wurde ein neues Kulturübereinkommen für die Jahre 1981 und 1982 unterzeichnet. Schwerpunkte der kulturellen Präsenz Österreichs in Rumänien im Jahre 1981 war die Präsentation der Ausstellung „Österreich zeigt den Kontinenten Hundertwasser“. Daneben wurde auch verschiedentlich audiovisuelles Material eingesetzt. Im Sommersemester 1981 waren an den Universitäten Bukarest und Sibiu österreichische Lektoren für deutsche Sprache, österreichische Literatur und österreichische Kunst tätig.

Ein wesentliches Anliegen in den österreichisch-rumänischen Beziehungen sind weiterhin die humanitären Fragen. 1981 wurden 37 Fälle, in welchen Rumänen eine Familienzusammenführung mit in Österreich lebenden Verwandten anstrebten, positiv erledigt. Zwölf rumänische Staatsangehörige erhielten die Erlaubnis zur Eheschließung mit Österreichern. Obwohl erfreulicherweise vor allem in der zweiten Jahreshälfte eine Bereitschaft zu einer rascheren Erledigung festgestellt werden konnte, sind derzeit noch immer relativ viele Fälle anhängig.

Vom 21. bis 24. September 1981 besuchte der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dipl.-Ing. Haiden, Rumänien und unterzeichnete ein Protokoll über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft.

Rwanda

Afrika 26 238 km² 5,05 Mio. 200 \$ Kigali ÖB Kinshasa

Die Beziehungen konnten vor allem durch das österreichische Engagement auf dem Sektor der Regionalentwicklung bedeutend ausgebaut werden: Rwanda ist

Sambia – San Marino

Mitglied der Kagera-River-Basin-Organisation, für die umfangreiche österreichische Entwicklungshilfeleistungen vorgesehen sind (siehe Tansania).

Im Außenhandel mußte Österreich gegenüber 1980 einen Exportrückgang um 40,7% auf 3,2 Mio. S hinnehmen, während die Importe kräftig (+ 139,3%) auf 11,28 Mio. S angestiegen sind. Österreich bezog vor allem Erze. Die Intensität der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ist starken Schwankungen unterworfen, welche auf die unterschiedlichen Exporterlöse Rwandas aus den Monokulturen zurückzuführen sind.

Im Rahmen der im September in Paris abgehaltenen UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder führte Staatssekretär DDr. Nussbaumer Gespräche mit dem rwandischen Minister Mulindangabe, der auf das Bemühen seines Landes um die Hebung des Ausbildungsniveaus sowie um den Bau von Kleinkraftwerken hinwies.

Sambia

Afrika 752 614 km² 5,65 Mio. 500 \$ Lusaka ÖB, AHST

Die bilateralen Beziehungen haben durch den offiziellen Besuch Bundesminister Dr. Pahrs vom 17. bis 20. Mai neue Impulse erhalten. Der Außenminister, der von einer größeren Wirtschaftsdelegation begleitet war, führte mit dem Präsidenten, dem Außenminister und Fachministern Gespräche vor allem wirtschaftlicher Natur. Der sambische Außenminister wurde zu einem Besuch Österreichs eingeladen.

Auf Grund der Wirtschaftslage und Devisensituation Sambias sind die Handelsbeziehungen nur in bescheidenem Ausmaß entwicklungsfähig. Der Rückstau bei den laufenden Zahlungen ist auf 29 Monate angestiegen. Dennoch sind die österreichischen Exporte um 16,3% auf 78,02 Mio. S angewachsen, während die Importe um 68,7% auf 24,08 Mio. S zurückgegangen sind.

Anläßlich des Besuches des Außenministers wurde ein Abkommen über die Umwandlung eines Kredites in der Höhe von 18,5 Mio. S aus dem Jahre 1979 in einer Schenkung unterzeichnet. Das damit finanzierte Entwicklungshilfeprojekt, die Errichtung einer Transport- sowie einer Waschanlage im Kohlenbergwerk Maamba, konnte abgeschlossen werden. Als weitere Entwicklungshilfeprojekte sind die Schenkung einer zweiten Fleckviehzuchtherde von 130 Tieren sowie die Vertragsverlängerung des österreichischen Experten, der die beiden Herden betreut, zu nennen. Eine Maschinenlieferung für dasselbe Projekt zur Verbesserung der Futterbringung im Werte von über 3 Mio. S aus Mitteln der Entwicklungshilfe steht vor der Durchführung.

San Marino

Europa 60 km² 0,02 Mio. 3 840 \$ San Marino ÖB Rom

Die Beziehungen zwischen Österreich und San Marino haben durch die Wiedereröffnung eines san-marinesischen Generalkonsulates in Wien eine weitere Festigung erfahren. Die Zusammenarbeit im Rahmen der regelmäßigen Konsultationen der neutralen und blockfreien KSZE-Staaten wurde fortgesetzt.

*Saudi-Arabien***Saudi-Arabien****Naher Osten 2 149 690 km² 8,37 Mio. 7 280 \$ Riad ÖB, AHST**

Die Beziehungen zwischen Österreich und Saudi-Arabien haben eine weitere Intensivierung erfahren, die insbesondere beim offiziellen Besuch Bundeskanzlers Dr. Kreisky vom 5. bis 7. Mai und im Besuch des saudi-arabischen Kronprinzen in Wien im Anschluß an die Gipfelkonferenz von Cancun zum Ausdruck kam. Hierbei wurden vor allem die Nahostfrage, Ziele und Ergebnisse der Gipfelkonferenz von Cancun sowie der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtert.

Saudi-Arabien zählt zu den wichtigsten österreichischen Absatzmärkten in Übersee und ist zugleich einer der größten Erdöllieferanten Österreichs. Dank der in den Vorjahren unternommenen Anstrengungen war Österreich wieder im Kreis der beim Ausbau der saudi-arabischen Infrastruktur und Industriebasis beteiligten internationalen Unternehmen vertreten. Die österreichischen Exporte sind um 102,2% auf 2,6 Mrd. S gestiegen und umfaßten hauptsächlich Holz und Holzprodukte, Papier und Pappe, Traktoren, Molkereiprodukte und Fruchtsäfte. Die Importe haben sich um 112,9% auf 12,62 Mrd. S erhöht, was auf die wachsenden österreichischen Erdölimporte zurückzuführen ist. Der im November 1979 aufgenommene Linienverkehr der Austrian Airlines zwischen Wien und Jeddah hat sich bewährt und wurde im März 1981 durch zwei weitere wöchentliche Flüge zwischen Wien und Dhahran, an der Ostküste des Landes, ergänzt.

Im kulturell-wissenschaftlichen Bereich ist vor allem die Ausbildung saudi-arabischer Medizinstudenten und die Fachausbildung saudi-arabischer Ärzte in Österreich erwähnenswert. Darüber hinaus waren 1981 auch eine Reihe von österreichischen Gastprofessoren an saudi-arabischen Universitäten tätig. Die Vorarbeiten für ein Kulturabkommen, das in erster Linie die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Fachausbildung saudi-arabischer Mediziner in Österreich zum Gegenstand haben soll, wurden weitgehend abgeschlossen. In diesem Rahmen soll auch das Problem der postpromotionellen Ausbildung von Medizern aus Saudi-Arabien in Österreich einer Lösung zugeführt werden.

Der saudi-arabische Minister für Landwirtschaft und Wasserversorgung stattete Österreich in der Zeit vom 18. bis 21. Mai einen offiziellen Besuch ab, wobei insbesondere landwirtschaftliche Großbetriebe und landwirtschaftliche Geräte besichtigt und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit erörtert wurden. Über Einladung der saudi-arabischen Seite fanden im August einschlägige Expertengespräche in Riyadh statt.

Die Haltung der österreichischen Bundesregierung in der Nahostfrage und das Engagement Österreichs im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Gipfelkonferenz von Cancun wurde in den saudi-arabischen Medien positiv kommentiert. Auch der Besuchsaustausch trug dazu bei, daß Österreich in den saudi-arabischen Massenmedien in zunehmendem Maße Beachtung geschenkt wurde.

Schweden

Schweden

Europa 449 964 km² 8,31 Mio. 11 930 \$ Stockholm ÖB, 3 HK, AHST

Die Beziehungen zwischen Österreich und Schweden sind unverändert problemfrei und vertrauensvoll. Eine wesentliche Grundlage hierfür, neben der gemeinsamen Zugehörigkeit zum demokratisch-pluralistischen Gesellschaftssystem westlicher Prägung, ist die Tatsache, daß für beide Staaten – wenn auch mit unterschiedlichen Voraussetzungen – die Neutralitätspolitik ein prägendes Element ihrer Außenpolitik bildet; aus den solcherart gegebenen parallelen Interessenslagen ergeben sich laufend Kontakte und ein Meinungsaustausch auf allen Ebenen. Diese Zusammenarbeit hat sich nicht nur im bilateralen Bereich, sondern auch im internationalen Rahmen sehr gut bewährt, so etwa besonders bei den Verhandlungen der Madrider KSZE-Konferenz und bei der Vorbereitung und Durchführung des Nord-Süd-Gipfeltreffens in Cancun. Neben den zahlreichen Begegnungen auf Ministerebene im Rahmen internationaler Konferenzen und Organisationen setzte sich auch der bilaterale Meinungsaustausch im traditionellen Ausmaß fort.

Auf Grund der gedämpften Konjunkturlage in Schweden hat auch der Warenaustausch mit Österreich 1981 nur mäßig zugenommen. Die Exporte erhöhten sich um 2,4 % auf 5,934 Mrd. S, die Importe um 3,5 % auf 5,933 Mrd. S. Österreich konnte damit seinen Marktanteil im Mittelfeld behaupten. Dies ist umso bemerkenswerter, als die stärkste österreichische Exportposition nach Schweden, Eisen und Stahl, infolge der allgemeinen internationalen Stahlkrise erheblich zurückgegangen ist. Österreich konnte diesen Rückfall durch Steigerungen bei anderen Fertigwaren, insbesondere bei Maschinen und Verkehrsmitteln, aber auch bei chemischen Erzeugnissen ausgleichen. Nach wie vor sind die große Streuung der österreichischen Exporte und ein gut ausgebautes Vertreternetz die größten Vorteile auf dem schwedischen Markt. Importiert hat Österreich vor allem Holz, Papierwaren, Eisenerz sowie Maschinen und Möbel. Die Abwertung der Schwedenkrone um 10 % im September und die dadurch bedingte Verbesserung der Konkurrenzsituation für Schweden wird sich allerdings auf die Importe aus Österreich hemmend auswirken.

In Schweden, das wie die anderen skandinavischen Länder in das kulturelle Schwerpunktprogramm des Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten einbezogen ist, wurden Wanderausstellungen über Schnitzler und Musil gezeigt. Konzerte des Schubertquartetts, der Wiener Sängerknaben, des Haydn-Trios sowie mit dem Pianisten Alfred Brendl erfolgten auf kommerzieller Basis. Auf dem Gebiet der Literatur sind Symposien über Robert Musil und Arthur Schnitzler zu nennen. Ein seit einigen Jahren bestehender Deutschlehreraustausch mit Schweden wurde mit Erfolg fortgesetzt.

Vom 18. bis 20. Mai 1981 fanden in Stockholm Verhandlungen über ein Zusatzabkommen zum österreichisch-schwedischen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 11. November 1975 statt, um das bestehende Abkommen an die weitergegangene innerstaatliche Rechtsentwicklung anzupassen. Das bereits paraphierte Zusatzabkommen soll in Bälde unterzeichnet werden. Außerdem begannen vom 24. bis 28. August 1981 in Stockholm Verhandlungen betreffend ein Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen sowie über ein Abkommen zur Vereinfachung des rechtlichen

Schweiz

Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen. Die Verhandlungen sollen 1982 in Wien fortgesetzt werden. Beide Abkommen werden der Erleichterung und Beschleunigung des bilateralen Rechtsverkehrs dienen.

Neben verschiedenen anderen Begegnungen und Kontakten waren insbesondere folgende Besuche zu verzeichnen: Staatssekretär Dr. Löschnak auf Einladung der schwedischen Gesamtlandesverteidigungsorganisation; Teilnahme von Bundesminister für soziale Verwaltung Alfred Dallinger an einem Gewerkschaftskongreß; Arbeitsmarktminder Ingemar Eliasson in Österreich über Einladung von Bundesminister für soziale Verwaltung Alfred Dallinger; Verfassungsausschuß des schwedischen Reichstages in Österreich; Studienreise des Wiener Gemeinderatsausschusses für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz nach Stockholm; Informationsbesuch von Mitgliedern des Klubs der Sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte zum Studium des schwedischen Schulwesens; Teilnahme des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesrates, Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck, an einer internationalen Juristentagung; Studienreise des Wiener Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten nach Stockholm; Teilnahme von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am Parteikongreß der SAP; Teilnahme von Staatssekretär Univ.-Prof. Dr. Adolf Nussbaumer an einem Nord-Süd-Informationstreffen in Stockholm; Meinungsaustausch von Botschafter Dr. Friedrich Bauer mit dem politischen Direktor im schwedischen Außenministerium; Besuch von Armeebefehlshaber Nils Sköld in Österreich über Einladung von Armeekommandant Spanocchi.

Die Österreichische Botschaft in Kabul gewährt seit 1979 schwedischen Staatsangehörigen konsularischen Schutz und Beistand in Afghanistan. Auch in einigen anderen Ländern, wo Österreich bzw. Schweden über keine Berufsvertretungsbehörden verfügen, gewähren beide Länder einander fallweise technische Hilfe.

Schweiz

**Nachbarstaat 41 293 km² 6,32 Mio. 13 920 \$ Bern
ÖB, GK, 7 HK, AHST**

Ausdruck der traditionell intensiven, gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz war der erfolgreiche und in der Schweizer Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommene Staatsbesuch von Bundespräsident Dr. Kirchschräger, den dieser Anfang September in Begleitung von Bundesminister Dr. Pahr und Handelsminister Dr. Staribacher abstattete. Die enge Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet, die durch den ständigen Meinungs- und Informationsaustausch sowohl zwischen den Außenministern als auch auf der Ebene der General- bzw. Staatssekretäre und der Beamten der beiden Außenministerien ermöglicht wird, führte auch im Berichtsjahr zu gemeinsamen Initiativen, etwa im Rahmen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu unserem drittgrößten Handelspartner haben sich positiv entwickelt. Österreich konnte seine Exporte um 9,1 % auf 18,55 Mrd. S

Schweiz

erhöhen. Die Einfuhren stiegen um 1,1 % auf 15,95 Mrd. S. In der österreichischen Ausfuhr dominierten Bekleidung und Textilien, Holz und Holzwaren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, Metallwaren, Straßenfahrzeuge sowie Maschinen. Die Tatsache, daß es sich bei den österreichischen Lieferfirmen in der Hauptsache um eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Unternehmen handelt, dürfte eine gewisse Stabilität der Ausfuhren auch für die Zukunft garantieren. Aus der Schweiz werden vor allem Maschinen und elektronische Waren, Textilien, Metalle sowie chemische Erzeugnisse importiert. Die Zahl der Nächtigungen Schweizer Touristen in Österreich nahm weiter zu.

Zwischen Österreich und der Schweiz fand ein reger Kulturaustausch statt. Anlässlich einer Photodokumentationsausstellung „25 Jahre österreichischer Staatsvertrag“ hielt Univ.-Prof. Gerhard Stourzh an den Universitäten Basel und Bern Vorträge. Außerdem wurden die Robert-Müsil-Wanderausstellung und die Gustav-Mahler-Gedenkausstellung gezeigt. Ein Schwerpunkt der Kulturarbeit war weiterhin die französischsprachige Schweiz. Franz Weinzettl, Jutta Schutting und Alois Brandstätter, Barbara Frischmuth, Peter Rosei und Michael Scharang hielten Autorenlesungen. Höhepunkt im musikalischen Bereich waren Konzerte der Berliner Philharmoniker unter der Leitung von Herbert von Karajan und die beiden Schlußkonzerte der Wiener Philharmoniker unter Lorin Maazel im Rahmen der Internationalen Musikfestwochen Luzern. Gustav Mahlers 70. Todestag wurde in Luzern mit der Aufführung seiner 9. Symphonie durch das Chicagoer Symphonie-Orchester gedacht.

Die 1979 vereinbarte Zusammenarbeit auf konsularischem Gebiet, wonach Österreich die konsularischen Interessen der Schweiz in Afghanistan, Sambia, Kreta und den französischen Niederlassungen Ozeaniens wahrnimmt, während die Schweiz österreichischen Staatsbürgern in Bangla Desh, Rwanda und Guinea konsularischen Schutz und Beistand gewährt, war ursprünglich mit 31. Dezember 1981 befristet. Da sie sich bewährt hat, wurde sie einvernehmlich über dieses Datum hinaus verlängert. Seit Mitte November 1981 vertritt die Schweiz zusätzlich auch in Liberia die österreichischen konsularischen Interessen.

Außer dem bereits genannten Staatsbesuch von Bundespräsident Dr. Kirchschläger in der Schweiz sind insbesondere folgende Besuchsreisen zu erwähnen: Bundesrat Honegger bei Handelsminister Staribacher im Mai; Bundesrat Chevallaz bei Verteidigungsminister Rösch im November; Teilnahme von Innenminister Lanc an einem Treffen der Innenminister Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und der Schweiz im Juni; Teilnahme von Bundesrat Ritschard am jährlichen Dreiertreffen der Finanzminister Österreichs, der BRD und der Schweiz im Juni; Offizielles Außenministertreffen in Bern im September; Teilnahme von Bundesrat Honegger am Dreiertreffen der Wirtschaftsminister Österreichs, der BRD und der Schweiz im Oktober; Offizieller Besuch der Kantonsregierung von St. Gallen bei der Vorarlberger Landesregierung; Inoffizieller Besuch von Bundeskanzler Dr. Kreisky zu einem Vortrag vor dem Europäischen Management-Forum im Februar; Inoffizieller Besuch von Gesundheitsminister Dr. Steyrer bei seinem Amtskollegen Bundesrat Hürlimann anlässlich der Teilnahme an der 34. Generalversammlung der WHO in Genf im Mai; Teilnahme von Justizminister Dr. Broda an einem informellen Treffen der Justizminister der Mitgliedstaaten des Europarates im September; Inoffizielle Besuche von Bundesminister Pahr, Finanzminister Salcher, Staatssekretär Nuss-

Senegal

baumer und Nationalbank-Präsident Koren zu Vorträgen über aktuelle Themen; Inoffizieller Besuch der Berner Kantonsregierung in Wien im Mai; Inoffizieller Besuch einer Gruppe des Genfer Großrates in Wien im Mai; Der Generalsekretär des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, DDr. Hinteregger, empfing im November seinen schweizerischen Amtskollegen Dr. Raymond Probst zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch in Wien; Die jährlichen informellen Gespräche über bilaterale und multilaterale Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik zwischen Österreich und der Schweiz auf der Ebene hoher Beamter und Experten fanden im September in Lugano statt; Der Generaldirektor der ÖIAG, Dr. Grünwald, hielt sich im Juni zu Gesprächen über eventuelle schweizerische Investitionen in Österreich in der Schweiz auf. Der intensive Besuchsaustausch auf Beamtenebene zwischen den beiden Außenministerien wurde fortgesetzt. Der 1979 begonnene Kaderpersonalaustausch zwischen den österreichischen und schweizerischen Streitkräften wurde fortgesetzt, ein Kontaktgespräch in Bern sowie zahlreiche Fachgespräche wurden durchgeführt.

Das große Interesse der Schweizer Öffentlichkeit an österreichischen Entwicklungen zeigt die Ausstrahlung von jeweils dreiviertelstündigen Fernsehsendungen über Bundespräsident Dr. Kirchschräger vor dessen Besuch in der Schweiz und über Finanzminister Dr. Salcher anlässlich seines Amtsantrittes.

Senegal

Afrika 196 192 km² 5,66 Mio. 430 \$ Dakar ÖB

In den problemfreien bilateralen Beziehungen wird von senegalesischer Seite die Verbundenheit mit Österreich betont, die u. a. in der Unterstützung österreichischer Anliegen in multilateralen Bereichen zum Ausdruck kommt.

In den wirtschaftlichen Beziehungen ist eine bemerkenswerte Intensivierung festzustellen: die österreichischen Exporte sind um 83% auf 76,52 Mio. S. gestiegen; bei den Importen ist hingegen nach dem starken Anstieg des Jahres 1980 ein Rückgang von 19% auf 5,79 Mio. S. zu verzeichnen.

Die österreichische Caritas leistete erhebliche Beiträge zur Errichtung eines Spitals in Thiès (13 Mio. S.) und – in Verbindung mit dem Österreichischen Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt – zur Verbesserung der Wasserversorgung in ländlichen Gebieten Senegals (12 Mio. S.). Vier österreichische Entwicklungshelfer setzten ihre Tätigkeit in Senegal fort (Raumplanung, Pharmakopie, Sozialstudien). Im Februar wurde der Grundstein zum zweiten SOS-Kinderdorf im Lande (in Kaolack, 100 km südlich von Dakar) gelegt; das erste senegalesische SOS-Kinderdorf in Dakar wird seit 1979 betrieben.

Auf senegalesischer Seite besteht ein lebhaftes Interesse an österreichischer Literatur und Kunst. Durch Stipendien, individuelle Bücherspenden an Deutsch-Studierende und die Überlassung österreichischer Literatur an Hochschulinstitutionen wurde auch im Berichtsjahr wieder eine beachtliche Breitenwirkung erzielt. Der senegalesische Kulturminister, Joseph Mathiam, hielt beim Europäischen Forum Alpbach im August einen Vortrag über den kulturellen Einfluß Afrikas auf Europa. Ein Gastdozent der Universität Graz hielt im Mai ein Blockseminar über moderne österreichische Literatur am Germanistischen Insti-

Seychellen – Sierra Leone – Simbabwe

tut der Universität Dakar, das auf reges Interesse stieß. Von der Steiermärkischen Landesregierung wurden für das Studienjahr 1981/82 vier Stipendien an senegalesische Studenten zum Deutschstudium an der Universität Graz zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende der Advokatenvereinigung Senegals und Präsident der Advokatenvereinigungen Afrikas, Bâtonnier M. Seck, hat im Jänner als Ehrengast an der Konferenz der Präsidenten europäischer Rechtsanwaltskammern in Wien teilgenommen.

Seychellen

Afrika 404 km² 0,06 Mio. 1 400 \$ Victoria ÖB Nairobi

Gemessen an der Entfernung und geringen Größe dieses strategisch exponierten Inselstaates im Indischen Ozean können die problemfreien bilateralen Beziehungen als intensiv bezeichnet werden. Dies äußerte sich in einem sprunghaft gestiegenen Exportvolumen (+ 92,9%) in der Höhe von 14,34 Mio. S, was hauptsächlich auf Lieferungen für einen Hotel-Neubau zurückzuführen ist. 1981 haben etwa 1 000 österreichische Touristen den Inselstaat besucht. Der Einsatz eines im Rahmen der bilateralen Entwicklungshilfe 1980 entsandten österreichischen Experten für Fremdenverkehrsangelegenheiten wurde bis Ende 1981 verlängert.

Sierra Leone

Afrika 71 740 km² 3,47 Mio. 250 \$ Freetown HK, ÖB Lagos

Die Beziehungen zu Sierra Leone haben durch den im Juni stattgefundenen inoffiziellen Besuch des Präsidenten Siaka Stevens, der von mehreren Ministern begleitet war, einen starken Impuls, insbesondere für ein erhöhtes Engagement österreichischer Firmen bei der Entwicklung des Rohstoffpotentials von Sierra Leone, erhalten. Präsident Stevens wurde von Bundespräsident Kirchschräger empfangen, die ihn begleitenden Regierungsmitglieder führten Arbeits- und Informationsgespräche in verschiedenen Bundesministerien.

Die österreichischen Exporte haben insbesondere als Folge der Betrauung einer österreichischen Firma mit der Rehabilitierung und dem Management einer Erzmine eine sprunghafte Steigerung um 468,9% auf 52,22 Mio. S erfahren. Demgegenüber sind die Importe um 81% auf 118 000 S zurückgegangen. Eine Durchführbarkeitsstudie und die Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten für die österreichische Beteiligung an einem Bauxit-Abbauprojekt sind im Gange. Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen wurden angebahnt.

Simbabwe

Afrika 390 622 km² 7,36 Mio. 470 \$ Salisbury (Harare) ÖB*)

Die Beziehungen zu dem jungen Staat haben durch den inoffiziellen Besuch Bundesminister Dr. Pahrs vom 20. bis 22. Mai kräftige Impulse erhalten. Eine Wirtschaftsdelegation begleitete den Außenminister. Im Gespräch mit dem

*) Eröffnung Anfang 1982.

Singapur – Somalia

Staatsoberhaupt, dem stellvertretenden Premierminister und dem stellvertretenden Außenminister konnten bilaterale und internationale Angelegenheiten besprochen werden. Die Gespräche mit Fachministern bezogen sich vor allem auf österreichische Wirtschaftsinteressen. Ein „protocol of understanding“ über Finanzierung der Elektrifizierung der Eisenbahn unter Einschaltung österreichischer Firmen wurde unterzeichnet. Die Errichtung einer Botschaft in Salisbury wird Anfang 1982 erfolgen.

Simbabwe ist einer der größten österreichischen Handelspartner in Afrika südlich der Sahara. Die österreichischen Ausfuhren sind ebenso sprunghaft (+ 389,2% auf 150,46 Mio. S) wie die Einfuhren (+ 407,7% auf 354,03 Mio. S) gestiegen.

Auf Einladung Bundesminister Dr. Staribachers besuchte Bergbauminister Nyagumbo in der Zeit vom 27. bis 30. August Österreich, wo er Gespräche mit dem Handelsminister und Wirtschaftsvertretern führte sowie Bergbaueinrichtungen besichtigte.

Singapur

**Südostasien 581 km² 2,39 Mio. 3 830 \$ Singapur
HK, AHST, ÖB Bangkok**

Die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen wurde durch den Besuch des singapurischen Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew in Salzburg vom 1. bis 4. August in Erwiderung eines früheren Besuches Bundeskanzler Dr. Kreiskys in Singapur fortgesetzt. Das Eintreten Österreichs für eine Lösung der Kambodschafrage auf dem Verhandlungsweg sowie die Rolle Außenminister Dr. Pahr als Präsident der Internationalen Kambodscha-Konferenz werden singapurischerseits gewürdigt.

Der Außenhandel hat sich äußerst positiv entwickelt. Die österreichischen Exporte (hauptsächlich Nachrichtengeräte, Papier, Pappe und Papierwaren, NE-Metalle, Textilien, Spezialmaschinen) stiegen um 41,5% auf 469,08 Mio. S. Diese Lieferungen umfassen keine Großprojekte, sondern repräsentieren eine breite Warenpalette. Die Importe (hauptsächlich elektrische Maschinen, Bekleidung, Nachrichtengeräte, tropische Hölzer) lagen mit 325,33 Mio. S (+ 0,1%) auf der Höhe des Vorjahrs. Die verstärkten österreichischen Bemühungen um den singapurischen Markt manifestierten sich in einer Kollektionsvorlage der österreichischen Textilindustrie im November und einem Interessententreffen des Fachverbandes der österreichischen Maschinenindustrie im selben Monat.

Die Intensivierung der Beziehungen und Kontakte kommt auch durch die Eröffnung des ersten singapurischen Konsulates in Österreich zum Ausdruck. Mit dem baldigen Abschluß eines Sichtvermerksabkommens kann gerechnet werden.

Somalia

Afrika 637 657 km² 3,65 Mio. 130 \$ Mogadiscio HK, ÖB Kairo

Die Beendigung der Dürreperiode in der äthiopischen Ogaden-Provinz durch anhaltende Regenfälle hat zu einer teilweisen Rückwanderung von Flüchtlingen

Sowjetunion

nach Äthiopien und damit zu einer gewissen Entschärfung der Lage geführt. Wegen des vorwiegend regionalen Engagements Somalias sind aber einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu Österreich nach wie vor Grenzen gesetzt. Der in Kairo residierende österreichische Botschafter hat dem somalischen Staatsoberhaupt sein Beglaubigungsschreiben im September überreicht.

Die österreichischen Exporte gingen um 49,1 % auf 31,69 Mio. S zurück. Während im Vorjahr Ausrüstungen für ein Kraftwerksprojekt die österreichischen Ausfuhren geprägt hatten, konzentrierte sich die Warenpalette im Berichtsjahr wieder auf die traditionellen Positionen Milchpulver, Papier und Straßenfahrzeuge. Importe aus Somalia wurden nicht getätigt.

Sowjetunion

Europa 22 402 200 km² 265,54 Mio. 4 110 \$ Moskau ÖB, AHST

Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen wurden positiv weiterentwickelt. Politischer Höhepunkt war der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten N. A. Tichonow in Österreich vom 4. bis 10. April. Er führte Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und wurde von Bundespräsident Dr. Kirchschläger empfangen. Es war dies die erste Auslandsreise Ministerpräsident Tichonows (Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU) in seiner Funktion als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. Zur Eröffnung der „Tage der Sowjetunion am Beispiel der russischen Föderation“ reiste Anfang November der Ministerpräsident der Russischen Föderation M. S. Solomenzew (Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU) nach Österreich. Er wurde von Bundespräsident Dr. Kirchschläger und Vizekanzler Dr. Sinowatz empfangen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen verstärkten sich. Erfreulich war die beachtliche Zunahme der Ausfuhren um 25 % auf 7,71 Mrd. S. Die Einfuhren stiegen um 57,2 % auf 20,85 Mrd. S; dieser Anstieg ist primär auf die Preiserhöhungen bei Energieträgern (insbesondere Erdgas) zurückzuführen. Hiemit wurde das österreichische Handelsbilanzdefizit (-13,14 Mrd. S) gegenüber der UdSSR (nach dem traditionellen Defizit gegenüber der BRD) zum zweithöchsten bilateralen Handelsbilanzdefizit Österreichs überhaupt.

Aus Anlaß des Besuches von Ministerpräsident Tichonow wurde ein Liefervertrag ab 1983 über 800 000 Tonnen Förderrohre für die Erdölindustrie unterzeichnet. Neben diesem Großprojekt erhielten 1981 österreichische Firmen bedeutende Aufträge für Erzeugnisse des Schiffbaus, Kunststoffverarbeitungsmaschinen und Metallbearbeitungsmaschinen. Weiters sind Schuhlieferungen mehrerer österreichischer Produzenten im Wert von über 400 Mio. S anzuführen.

Das schon im Jahre 1980 ausgearbeitete langfristige Programm über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1990 wurde am 19. Jänner durch Bundesminister Dr. Staribacher und den sowjetischen Vizeaußenhandelsminister Komarov unterzeichnet. Damit sind erstmals die Kooperationsprogramme mit den Fünfjahresplan-Perioden mit der Sowjetunion synchronisiert.

Sowjetunion

Auf Basis dieses langfristigen Zehnjahres-Kooperationsprogrammes wurde am 16. September 1981 in Moskau ein Maßnahmenkatalog der Gemischten Kommission und eine indikative Warenliste unterzeichnet, die für die Jahre 1981 bis 1983 gelten.

Die Zusammenarbeit im Energiebereich erschöpft sich nicht in der Einfuhr von Erdöl und Erdgas, sondern umfaßt auch seit vielen Jahren Gegengeschäfte mit österreichischen Rohrbölen sowie diversen Ausrüstungen für die sowjetische Erdgas- und Erdölindustrie, zu welchen ab 1983 auch gezogene Erdölbohrrohre treten werden.

Von der im Berichtsjahr gegründeten neuen Arbeitsgruppe Energetik der Gemischten Kommission werden Maßnahmen bezüglich einer Verbindung der Stromnetze Österreichs und der UdSSR erwartet; entsprechende Übernahmearbeiten werden gemeinsam mit den Transitländern Ungarn und CSSR erwogen.

Im Jahre 1981 wurden an Österreich zusätzliche Erdgasmengen geliefert, die gelieferte Erdölmenge blieb unverändert, während die Kohlelieferungen stark eingeschränkt wurden. Vorarbeiten für ein 1982 abzuschließendes langfristiges Erdgasbezugsarrangement wurden getroffen.

Im Wirtschaftsbereich wurden im Jahre 1981 Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens sowie über den Rechtsschutz des gewerblichen Eigentums unterzeichnet.

Der Kulturaustausch mit der Sowjetunion wickelt sich zu einem großen Teil im Rahmen des Kulturabkommens und auf Grund von Vereinbarungen der beiden Freundschaftsgesellschaften (Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft und Sowjetisch-Österreichische Gesellschaft) ab. Ein neues Kulturübereinkommen für die Jahre 1981 bis 1983 wurde am 26. Juni 1981 in Moskau paraphiert. Der Austausch hat sich erweitert: Dies gilt sowohl für den Bereich der Dramatik (Durchführung eines Symposiums und die Aufführung eines Horvath-Stückes sowie einer Kafka-Collage) als auch für das Gebiet der Musik (1. Österreichisch-Sowjetisches Symposium) und den Bereich des Filmes (1. österreichische Film-Premiere in der Sowjetunion und bisher größte und erfolgreichste Beteiligung am Moskauer Filmfestival). Werke von Barbara Frischmuth, Heimito von Doderer und Ingeborg Bachmann sowie die bisher umfangreichste Anthologie österreichischer Erzähler sind in russischer Sprache erschienen. Auch die Kontakte auf dem Gebiet der Wissenschaft erfuhren eine Ausweitung. Erwähnt sei z. B. die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Astronomie der Universität Wien und zwei astrophysikalische Observatorien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, des Institutes für Botanik der Universität Innsbruck und dem Botanischen Institut der georgischen Akademie der Wissenschaften und die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für anorganische Chemie der Universität Wien und dem Mendeleev-Institut in Moskau. Das spektakulärste Kooperationsprojekt ist nach wie vor die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Nachrichtentechnik und Wellenausbreitung der Technischen Universität Graz und zwei sowjetischen Instituten auf dem Gebiet der Kosmosforschung.

Außer den bereits erwähnten Abkommen wurde ein solches über den gegenseitigen Schutz der Autorenrechte sowie eines über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens abgeschlossen.

Spanien

Vom 22. bis 28. September besuchte auf Einladung der Sowjetisch-Österreichischen Gesellschaft Klubobmann Dr. Fischer unter Begleitung weiterer SPÖ-Parlamentarier die Sowjetunion und hielt im Institut für die Internationale Arbeiterbewegung in Moskau einen Vortrag über das „Politische System Österreichs“. Er wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, I. Kebin, und anderen hochgestellten politischen Persönlichkeiten der Sowjetunion empfangen. Vom 3. bis 6. September hielt sich Bundesminister Dipl.-Ing. Günther Haiden auf Einladung des Vorsitzenden des Staatskomitee für Forstwirtschaft der UdSSR, Worobjow, in der Sowjetunion auf. Vom 13. bis 16. September reiste Bundesminister Dr. Staribacher aus Anlaß der XIII. Tagung der österreichisch-sowjetischen Gemischten Kommission ein weiteres Mal nach Moskau und führte Gespräche mit Außenhandelsminister Patolitschew. Bundesminister Staribacher nahm auch gemeinsam mit Bundeskammerpräsident Sallinger an der in Moskau am 16. September erfolgten Eröffnung der Technisch-wissenschaftlichen Woche Österreichs, der bisher größten derartigen von der Bundeskammer organisierten Veranstaltung, teil. In der Zeit vom 18. bis 23. September leistete Bundesminister Dallinger einer Einladung von Frau Komarova, Minister für Soziale Fürsorge der RSFSR, Folge. Bundesminister Dallinger traf auch mit dem Gesundheitsminister der UdSSR, Burenkow, zusammen. Auf Einladung des ZKs der KPdSU befand sich der internationale Sekretär der SPÖ, Prof. Walter Hacker, im März zu einem dreiwöchigen Studienaufenthalt in der Sowjetunion. Im September machte eine Delegation des Donau-europäischen Instituts unter der Leitung von Altvizekanzler Dr. Bock eine Sibirien-Reise. In Österreich hielten sich zu offiziellen Besuchen der Minister für Baustoffindustrie, Jaschyn (8. bis 12. Juni), der stellvertretende Minister für Seeschifffahrt, Goldobenko (21. September bis 3. Oktober), der stellvertretende Kulturminister Barabasch (6. bis 12. Dezember) sowie der im Ministerrang stehende Präsident der sowjetischen Allunionsagentur für Autorenschutz (WAAP), Pankin (14. bis 18. Dezember), auf. Der sowjetische Vizeaußenminister und Leiter der KSZE-Delegation Leonid Iljitschew führte am 8. Oktober Gespräche mit dem politischen Direktor Botschafter Dr. Bauer. Der Moskauer Bürgermeister Promyslow besuchte auf Einladung von Bürgermeister Gratz vom 4. bis 9. Oktober die Bundeshauptstadt. Über Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und des Österreichischen Instituts für internationale Politik hielt sich der Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Akademiemitglied Inosemzew, im Mai in Wien auf.

Spanien

Europa 504 782 km² 37,43 Mio. 4 380 \$ Madrid ÖB, 9 HK, 2 AHST

Die österreichisch-spanischen Beziehungen, die bereits ein hohes Niveau erreicht haben, konnten weiter ausgebaut werden. Die 2. Tagung der österreichisch-spanischen Großen Gemischten Kommission (4. bis 6. November) bot eine zusätzliche Gelegenheit, wesentliche Weichen für eine weitere Intensivierung zu stellen.

Der Handelsaustausch zwischen Österreich und Spanien verlief weiterhin expansiv. Die österreichischen Exporte stiegen um 17,4% auf 1,77 Mrd. S, die Importe um 12% auf 1,43 Mrd. S. Die Handelsbilanz wies damit wieder einen

Spanien

Überhang zugunsten Österreichs aus, der allerdings durch die Fremdenverkehrsbilanz mehr als kompensiert wurde. Maschinen und Verkehrsmittel haben in unseren Exporten weiterhin die höchsten Zuwachsraten, allerdings war auch der Zuwachs im Fertigwarenexport (vor allem hochwertige Konsumgüter, Wintersportartikel, Konfektion, Glaswaren für Beleuchtung) bemerkenswert. Die Zollsenkungen auf Grund des Abkommens zwischen Spanien und den EFTA-Staaten haben sich somit positiv ausgewirkt. Das gleichzeitig zwischen Österreich und Spanien zur Anwendung kommende Agrarabkommen hat zu bedeutenden Zuwächsen der spanischen Agrarexporte geführt. Die direkte Zusammenarbeit auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet wurde insbesondere auf den Gebieten der Bio-Energie, Forstwirtschaft und Bergbauern-Förderung gezielt weitergeführt. Die Bemühungen zur Anbahnung und Vertiefung direkter Firmenkontakte führten zu zwei von den Außenhandelsstellen organisierten Reisen österreichischer Firmenvertreter auf die Kanarischen Inseln sowie nach Madrid und Barcelona. Die führende spanische Warenhauskette „El Corte Inglés“ veranstaltete in Zusammenarbeit mit den österreichischen Außenhandelsdelegierten in fünf Städten Werbewochen, wobei jeweils ein reichhaltiges Sortiment österreichischer Wintersportartikel angeboten wurde. Die Fremdenverkehrsorganisationen von sechs österreichischen Bundesländern nahmen an der diesjährigen internationalen Mustermesse in Barcelona teil.

Spanien war auch im Jahre 1981 in das kulturpolitische Schwerpunktprogramm des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten einbezogen. Von den kulturellen Veranstaltungen seien erwähnt: Die beiden Ausstellungen „Hommage à Maria Theresia“, „Österreichische Architektur 1860–1930 und ihr Einfluß in Spanien“, die beiden Symposien „Erhaltung des kulturellen Erbes“, „Österreich und Spanien in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts“, der Österreich-Tag in der Provinz Avila, eine Billroth-Gedenkfeier und eine durch die Stadt Wien veranstaltete Wien-Präsentation in Mallorca. Auf literarischem Gebiet verdient vor allem die Präsentation der spanischen Ausgabe von Doderers „Strudelhofstiege“ Erwähnung. Eine Lektoratsstelle und zwei Subventionslehrerstellen konnten von österreichischen Akademikern besetzt werden. Auf musikalischem Gebiet sind zwei Konzertreisen der Neuen Wiener Solisten und die auf private Initiative zurückgehende „Mozartwoche“ in Barcelona hervorzuheben. Eine internationale Filmwoche in Valladolid widmete dem jüngsten österreichischen Filmschaffen einen Zyklus von zwölf Filmen. Insgesamt waren die Botschaft bzw. das Spanisch-Österreichische Institut im Berichtszeitraum an der Organisation folgender Veranstaltungen beteiligt: 11 Ausstellungen, 27 Konzerte, 23 Vorträge, 2 Symposien, 1 Buchpräsentation, 1 Österreich-Tag, 6 Beteiligungen an Filmfestspielen.

Der vertragliche Rahmen der kulturellen Beziehungen ist durch das Kulturabkommen aus dem Jahre 1975 vorgegeben, auf dessen Basis im Mai bei einer Tagung der Gemischten Kulturkommission ein weiteres Dreijahresprogramm erstellt wurde. Im Berichtszeitraum wurde Einigung über Abkommen über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich und über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erzielt. Auf Grund eines im Juni geschlossenen Vertrages zwischen den Forschungszentren Seibersdorf und dem Nationalinstitut für landwirtschaftliche Forschung wurde bei Barcelona mit dem Bau einer Versuchsanlage zur Gewinnung von Bio-Energie aus Traubentrestern begonnen. Im September

Sri Lanka

wurde das Versuchskraftwerk zur Nutzung von Sonnenenergie in der Nähe von Almeria in Betrieb genommen, das unter Teilnahme Österreichs von der IEA errichtet wurde.

Anlässlich der zweiten Tagung der Großen Gemischten Kommission in Madrid wurde ein neues Abkommen über soziale Sicherheit unterzeichnet. Das Ergänzungsabkommen zum Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen trat am 1. August 1981 in Kraft. Die bilateralen Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen über gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen und den Betrieb von Amateurfunkstellen haben ein fortgeschrittenes Stadium erreicht.

Im September führte eine Tagung der europäischen Gesundheitsminister Bundesminister Dr. Kurt Steyrer nach Madrid, während der spanische Landwirtschaftsminister Lamo de Espinosa auf Einladung von Bundesminister Haiden einen offiziellen Besuch in Österreich absolvierte. Der Generalsekretär des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter DDr. Gerald Hinteregger, kam im November als Leiter der österreichisch-spanischen Gemischten Kommission nach Spanien. Er wurde vom spanischen König in Audienz empfangen und hatte Gelegenheit zu einem intensiven Gedankenaustausch mit dem spanischen Außenminister José Pedro Pérez-Llorca sowie dem Unterstaatssekretär im spanischen Außenministerium Joaquin Ortega Salinas. Im Februar traf der politische Direktor des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Bauer, hochrangige Vertreter des spanischen Außenministeriums zu politischen Gesprächen. Anfang März kam der Parteipobmann der ÖVP, Dr. Alois Mock, anlässlich einer Tagung der EDU nach Madrid, wo er mit Politikern der spanischen Regierungspartei Kontakte pflegte und auch von König Juan Carlos I. empfangen wurde. Zentralsekretär Marsch nahm im Oktober als Vertreter der SPÖ am Kongreß der Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE) teil.

Infolge der zahlreichen österreichischen Touristen in Spanien und der steigenden Anzahl von meist auf Drogendelikten beruhenden Haftfällen kommt dem konsularischen und rechtlichen Schutz österreichischer Staatsbürger durch die Botschaft und die ihr unterstellten neun Honorarkonsulate besondere Bedeutung zu. Eine im Oktober in Madrid abgehaltene Konsularkonferenz, an der je ein hoher Beamter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Inneres teilnahm, bot Gelegenheit zu einem umfassenden Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Sri Lanka

Südasien 65 610 km² 14,74 Mio. 230 \$ Colombo HK, ÖB New Delhi

Die Beziehungen zwischen Sri Lanka und Österreich entwickeln sich problemlos. Wichtiges Bindeglied ist der weiterhin steigende österreichische Tourismus. 1981 haben etwa 12 000 Österreicher die Insel besucht.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Sri Lanka, insbesondere die hohe Inflation, hat die Regierung gezwungen, viele Projekte zurückzustellen. Die österreichischen Exporte stiegen trotzdem um 29,8% auf 35,27 Mio. S, die Importe gingen

Südafrika – Sudan

um 4,5 % auf 58,65 Mio. S zurück. Für 1982 ist die Entsendung einer österreichischen Wirtschaftsmission geplant.

Von 19. bis 23. November hielt sich Unterrichtsminister Ramil Wickremasinghe zu einem Informationsbesuch in Österreich auf, in dessen Verlauf ein Gespräch mit leitenden Beamten des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst stattfand.

Südafrika

Afrika 1 146 063 km² 27,7 Mio. 1 720 \$ Pretoria ÖB, 2 HK*), AHST

Zwischen Österreich und Südafrika bestehen korrekte diplomatische Beziehungen, nach wie vor ist jedoch deren Entwicklung durch die Apartheid-Politik und die illegale Verwaltung Namibias behindert. Ein echter Abbau der Politik der Rassendiskriminierung konnte auch 1981 nicht verzeichnet werden. In der Namibia-Frage bemüht sich die südafrikanische Regierung mehr als in der Vergangenheit um eine Lösung in Richtung Unabhängigkeit, trotz schwerer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungspartei. Der Außenhandel Österreichs mit Südafrika verzeichnete exportseitig einen Zuwachs von 28,6 % auf 1,42 Mrd. S, während die Importe um 11,1 % auf 1,15 Mrd. S zurückgingen. Damit wurde nach einer Reihe von Jahren wieder ein Handelsbilanzaktivum erzielt. Die kulturellen Aktivitäten umfassen Universitätskontakte, den Verleih von Filmen und die Pflege der Beziehungen zu deutschsprachigen Unterrichtseinrichtungen sowie der großen Auslandsösterreicherkolonie. Das Abkommen über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken wurde im Mai unterzeichnet, ist jedoch noch nicht in Kraft getreten.

Sudan

Afrika 2 505 813 km² 18,69 Mio. 370 \$ Khartoum AHST, ÖB Kairo

Die Beziehungen Österreichs zum Sudan blieben problemfrei und waren im politischen Bereich wenig intensiv.

Die kritische Wirtschaftslage im Sudan hat sich weiter zugespitzt, so daß der Internationale Währungsfonds massiv eingreifen mußte. Trotz der zunehmenden Schwierigkeiten gingen die österreichischen Exporte nur um 2,6 % auf 176,71 Mio. S zurück. Die wichtigsten österreichischen Ausfuhr Güter waren Maschinen, Holz und Papier. Die Einfuhren konzentrierten sich auf Baumwolle und wuchsen um 17,5 % auf 23,21 Mio. S.

Die sudanesishe Regierung hat die Bereitstellung ihrer Vorleistungen zur Installation einer aus österreichischen Entwicklungshilfemitteln finanzierten Saatgutaufbereitungsanlage zugesagt. Die Zurverfügungstellung von Wartungspersonal für eine kommerzielle Lieferung von Nutzfahrzeugen und Generatoren wurde auf zwei weitere Jahre verlängert. Die Universität Graz hat ein größeres Gesundheitsprogramm zur Bekämpfung der Kala Azar-Krankheit in Angriff genommen.

*) HK Johannesburg derzeit unbesetzt.

*Surinam – Swaziland – Syrien – Tansania***Surinam****Südamerika 163 265 km² 0,39 Mio. 2 360 \$ Paramaribo HK*), ÖB Caracas**

Die bilateralen Beziehungen sind problemfrei, die Handelsbeziehungen haben sich intensiviert. Die österreichischen Exporte stiegen um 162,2 % auf 3,03 Mio. S (Papierwaren, Reifen und chemische Erzeugnisse), die Importe um 159,7 % auf 1,89 Mio. S (Reis und Kaffee).

Swaziland**Afrika 17 363 km² 0,55 Mio. 650 \$ Mbabane ÖB Pretoria**

Die bilateralen Beziehungen sind problemlos und noch wenig entwickelt. Der in Pretoria residierende österreichische Botschafter überreichte im Juli König Sobhuza II. sein Beglaubigungsschreiben. Das Außenhandelsaufkommen ist bescheiden (Exporte 2,35 Mio. S, + 390,8 %; Importe 534 000 S). Dies ist auch dadurch bedingt, daß Swaziland Mitglied der südafrikanischen Zollunion ist und ein Großteil des Warenverkehrs über die Republik Südafrika abgewickelt wird.

Syrien**Naher Osten 185 180 km² 8,98 Mio. 1 030 \$ Damaskus
ÖB, 2 HK, AHST**

Die österreichischen Bemühungen um größeres Verständnis für die Anliegen der Palästinenser werden von der syrischen Regierung geschätzt. Dies gilt auch für den Einsatz eines österreichischen Kontingentes im Rahmen der UN-Truppe am Golan (UNDOF).

Trotz wirtschaftlicher Probleme konnte eine österreichische Exportsteigerung von 25,8 % auf 923,6 Mio. S erzielt werden. Die wichtigsten österreichischen Ausfuhrgüter waren chemische Erzeugnisse, Papier und Pappe sowie Baustahl und diverse Maschinen. Auch die Einfuhr, insbesondere natürliche Düngemittel und tierische Rohstoffe, hat eine Erhöhung um 37 % auf 36,53 Mio. S erfahren. Eine österreichische Wirtschaftsmission besuchte unter der Leitung von Vizepräsident Dipl.-Ing. Heiss von der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft vom 9. bis 13. November 1981 Syrien.

Im Jänner 1981 fand in Damaskus ein von der Botschaft in Zusammenarbeit mit dem syrischen Halbmond organisiertes Konzert eines österreichischen Kammermusikduos mit Violine und Klavier statt.

Tansania**Afrika 945 087 km² 17,98 Mio. 260 \$ Dar-es-Salaam HK, ÖB Nairobi**

Die Beziehungen konnten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet intensiviert werden. Die österreichischen Exporte stiegen um + 82,8 % auf 117,46 Mio. S. Die Zunahme ist im wesentlichen auf eine Steigerung der Lieferungen von Papierwaren und Arbeitsmaschinen zurückzuführen. Bei den österreichischen Im-

*) derzeit unbesetzt.

Thailand

porten – vorwiegend Kaffee und Baumwolle – erfolgte ein Rückgang um 62,6 % auf 15,28 Mio. S. Zur Teilfinanzierung des Großauftrages der VÖEST-Alpine AG für eine Steinbruch- und Betonerzeugungsanlage in der neuen Hauptstadt Dodoma wurde ein im Jänner 1982 in Kraft getretenes Finanzhilfeabkommen abgeschlossen, mit dem aus österreichischen ERP-Mitteln 30 Mio. S. unter äußerst günstigen Kreditbedingungen zur Verfügung gestellt wurden.

Tansania liegt im Schwerpunktbereich der österreichischen Entwicklungshilfe. Die wichtigsten Entwicklungshilfeprojekte sind der Abschluß einer Studie über die Verwertung lokaler Kaolinvorkommen, die Teilfinanzierung einer Gleisstopf-anlage, die Inangriffnahme eines größeren Berufsschulprojektes in Musoma sowie die Finanzierung (einschließlich der Frachtkosten von 7,5 Mio. S) einer Getreidespende im Ausmaß von 12 000 Tonnen. Im Rahmen der Städtefreundschaft Mürzzuschlag-Arusha wurde die Errichtung eines Schlachthofes finanziert. Der Österreichische Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt hat für den Bau eines Kinderzentrums in Morogoro Mittel in der Höhe von 5,4 Mio. S genehmigt. Mehrere Stipendien wurden an tansanische Studenten vergeben. Staatssekretär DDr. Nussbaumer führte anlässlich der UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder Gespräche mit dem tansanischen Planungsminister Malima, wobei dieser auf das starke Interesse seines Landes am Ausbau von Kleinkraftwerken hinwies.

Tansania ist auch – neben Burundi, Rwanda und Uganda – Mitglied der Kagera-River-Basin-Organisation, für die umfangreiche österreichische Entwicklungshilfeleistungen vorgesehen sind. Anlässlich einer im November abgehaltenen Konferenz in Wien wurde zwischen Österreich und dieser Organisation im Zusammenhang mit der Planung eines zu errichtenden regionalen Eisenbahnnetzes ein Abkommen über Technische und Finanzielle Kooperation abgeschlossen. Über die Erstellung einer Feasibility-Studie und deren Ko-Finanzierung durch Österreich, Italien und das UNDP wurde grundsätzliche Einigung erzielt.

Thailand

Südostasien 514 000 km² 46,46 Mio. 590 \$ Bangkok ÖB, AHST

Der offizielle Besuch Außenminister Dr. Pahrs im ASEAN-Mitgliedsstaat Thailand vom 26. bis 29. März in Begleitung einer starken Wirtschaftsdelegation hat die problemfreien beiderseitigen Beziehungen weiter intensiviert. Besonders positiv wurde thailändischerseits die Übernahme des Vorsitzes der Internationalen Kambodschakonferenz durch Bundesminister Dr. Pahr aufgenommen. Das österreichische Engagement für eine Verhandlungslösung im Kambodschakonflikt hat in Thailand das Interesse für den österreichischen Weg in Außenpolitik und Wirtschaft sehr gesteigert.

Die positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen hielt an. Die Lieferungen für eine Zellstoff-Produktionsanlage aus Kenaf wurden abgeschlossen, die Bemühungen um Realisierung eines 2,7 Mrd. Joint-Venture-Projektes betreffend die Errichtung einer Zeitungspapierfabrik mit einer Kapazität von 100 000 Tonnen pro Jahr erreichten ein konkretes Stadium. Die österreichi-

Togo

schen Exporte sind um 17,5% auf 281,57 Mio. S (hauptsächlich Maschinen) gestiegen. Die Importe verzeichneten einen Rückgang um 15,3% auf 203,89 Mio. S, so daß die österreichische Handelsbilanz gegenüber Thailand erstmals seit einigen Jahren wieder ein Aktivum aufweist. Im November hielt der Fachverband der österreichischen Maschinenindustrie ein gutbesuchtes Interessententreffen ab. Der Förderung thailändischer Exporte nach Österreich diente der offizielle Besuch des thailändischen Handelsministers Chuan Leekpai vom 5. bis 8. Oktober.

Aus Mitteln der Entwicklungshilfe (Projektkosten 1,5 Mio. S) wurde die Entsendung eines österreichischen Experten für Boden- und Felsmechanik als Lehrbeauftragten am Asian Institute of Technology in Bangkok für zwei Jahre finanziert. Mehrere thailändische Bewerber wurden im Rahmen der Entwicklungshilfe-Stipendienaktion berücksichtigt. Die österreichische Gesellschaft „Rettet das Kind“ hat ihre finanzielle Unterstützung für einen Kindergarten in Bangkok fortgesetzt.

Die österreichischen Kulturaktivitäten in Thailand hatten auch im Jahre 1981 ein beachtliches Niveau. Höhepunkte bildeten der Klavier-Konzertabend von Jörg Demus und die Aufzeichnung eines TV-Sonderprogramms mit diesem Künstler für den Geburtstag König Bhumibols, die Robert-Musil-Ausstellung, die in einer Privatgalerie veranstaltete Ausstellung moderner österreichischer und thailändischer Maler unter dem Titel „Fantastic Art of Vienna“ sowie das Seminar über die österreichische verstaatlichte Industrie in Zusammenarbeit mit dem Public Enterprise Institute der Bangkokker Chulalongkorn Universität. Das weitreichendste Projekt sind die Bemühungen um eine Institutionalisierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der thailändischen und österreichischen Universitäten, die im Rahmen eines geplanten Besuchsaustausches der hierfür zuständigen Ressortminister beider Länder vereinbart werden soll.

Togo

Afrika 56 000 km² 2,47 Mio. 350 \$ Lomé ÖB Abidjan

Auf Grund eines starken Produktions- und Exportrückganges bei den wichtigsten Ausfuhrsgütern war Togo mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert, die auch zu Zahlungsverzögerungen geführt haben. Als Ergebnis von Konsultationen im Rahmen des Pariser Clubs der Gläubigerländer zur Konsolidierung der Auslandsschulden Togos führte Finanzminister Benissan in Wien bilaterale Umschuldungsgespräche, die am 29. Juli mit der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens abgeschlossen wurden.

Die finanzielle und wirtschaftliche Notlage des Landes hat sich auch auf die österreichischen Exporte ausgewirkt, die um 50,7% auf 79,53 Mio. S zurückgegangen sind. Die Einfuhren sind mit 5,46 Mio. S (+ 789,7%) gering.

Zu Jahresende hielten sich der togolesische Planungsminister Dogo sowie der Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Fragen der Entwicklungszusammenarbeit Gassou in Wien auf.

*Trinidad und Tobago – Tschad – Tschechoslowakei***Trinidad und Tobago****Karibik 5 128 km² 1,14 Mio. 3 390 \$ Port of Spain HK, ÖB Caracas**

Die in den letzten Jahren zwischen Österreich und Trinidad und Tobago intensivierte bilateralen Beziehungen finden in der Inbetriebnahme des von der Vöest-Alpine errichteten Kalkwerks und der bevorstehenden Eröffnung der vom gleichen Unternehmen gebauten Zementfabrik sichtbaren Ausdruck. Die österreichischen Exporte gingen infolge Auslaufens der Großprojektlieferungen um 69,7% auf 42,67 Mio. S zurück. Importseitig fielen die österreichischen Bezüge trinidadischer Waren um 27,6% auf 8,92 Mio. S.

Tschad**Afrika 1 284 000 km² 4,52 Mio. 110 \$ N'Djaména ÖB Kinshasa**

Mit dem Tschad konnten auf Grund der dort vorherrschenden Verhältnisse keine nennenswerten Kontakte gepflogen werden. Die österreichischen Exporte waren minimal (68 000 S), hingegen sind die Importe infolge gestiegener Baumwollbezüge um 316,1% auf 25,99 Mio. S angewachsen.

Tschechoslowakei**Nachbarstaat 127 869 km² 15,32 Mio. 5 290 \$ Prag ÖB, GK, AHST**

Die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen standen in der ersten Jahreshälfte noch im Zeichen eines fortschreitenden nachbarlichen Normalisierungsprozesses, wie dies auch im Arbeitsbesuch von Ministerpräsident Strougal in Wien (24. bis 25. Mai) zum Ausdruck kam. Ab der Jahresmitte wurden sie jedoch durch eine Reihe von Problemen überschattet. Es kam einvernehmlich zur Verschiebung des zeitlich bereits festgelegten Staatsbesuchs Präsident Husaks. In pragmatischen Gesprächen, wie sie in New York anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Außenministerebene aufgenommen wurden, soll an der Lösung der bestehenden Probleme gearbeitet werden, um so auf dem Weg zur Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen Fortschritte zu erzielen.

Das Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der CSSR weitete sich aus. Einfuhren von 6,29 Mrd. S (+ 7,6%) standen Ausfuhren von 3,27 Mrd. S (+ 6,9%) gegenüber. Von der Einfuhr aus der CSSR entfallen rund 42% auf Brennstoffe und Energie (insbesondere Kohle sowie Erdöl und Erdölerzeugnisse) und 31% auf Rohstoffe (in erster Linie Holz). Die wichtigsten Waren in der österreichischen Ausfuhr sind Maschinen und Verkehrsmittel mit einem Anteil von 32% und chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 26%. Das Stagnieren des österreichischen Exports ist in erster Linie eine Folge der Importpolitik der CSSR, die bestrebt ist, einen besseren Ausgleich der Zahlungsbilanz gegenüber den Weststaaten zu erreichen. Die nunmehr anlaufenden österreichischen Lieferungen für das Zellstoffkombinat Paskov sowie weitere Lieferungen auf dem Anlagensektor werden, zusammen mit einer Einschränkung der Liefermöglich-

Tschechoslowakei

keiten der CSSR bei Erdöl und Erdölerzeugnissen sowie bei Holz, in der Zukunft die Handelsbilanz etwas entlasten. Österreich ist, nach der Bundesrepublik Deutschland, der zweitgrößte westliche Lieferant der CSSR. Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. J. Staribacher, hat die CSSR am 4. Dezember besucht, wo er aus diesem Anlaß ein neues langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnete.

Die kulturellen Beziehungen mit der CSSR sind durch ein Kulturabkommen (1978) geregelt. An künstlerischen Veranstaltungen des abgelaufenen Jahres ist die Ausstellung „Gustav Mahler – Leben und Werk“, die in mehreren Städten der CSSR gezeigt wurde, erwähnenswert. Einige Solisten und Musikensembles gastierten in der CSSR. Österreichische Professoren und der Kulturrat an der Botschaft Prag hielten in verschiedenen Städten Vorträge zu wissenschaftlichen Themen. Mehrere Professoren aus der CSSR konnten im Rahmen des vertraglich geregelten Professorenaustausches Einladungen nach Österreich Folge leisten.

Im Interesse einer Intensivierung des Reiseverkehrs und vor allem der nachbarschaftlichen Beziehungen wurden die österreichischen Bemühungen um die Eröffnung neuer Grenzübergänge sowie die Erweiterung der Öffnungszeiten bzw. der zum Grenzübertritt zugelassenen Fahrzeugkategorien fortgesetzt. Österreich bemühte sich weiter – bisher vergeblich – um eine verbesserte Abwicklung der Zollabfertigung im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr (insbesondere Chopin-Expreß).

Im Bereich humanitärer Härtefälle erfolgte eine positive Reaktion auf den im Mai 1981 erfolgten Arbeitsbesuch Ministerpräsident Strougal nur in drei Fällen. Nach wie vor gestaltet sich die Lösung humanitärer Fälle schwierig und unbefriedigend, so daß zum Jahresende noch immer zahlreiche Fälle anhängig waren.

Neben den bereits erwähnten Besuchen von Ministerpräsident Strougal und Bundesminister Dr. Staribacher ist der offizielle Besuch des tschechischen Ministers für Forst- und Wasserwirtschaft, Ing. Ladislav Hruzik, vom 9. bis 13. März zu erwähnen. Außenhandelsminister Dipl.-Ing. Andrej Barčák kam in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der tschechoslowakischen Delegation einer gemischten Wirtschaftskommission vom 18. bis 21. Mai nach Wien. Der tschechoslowakische Postminister, Ing. Vlastimil Chalupa, hat Österreich aus Anlaß der vom 22. bis 31. Mai in Wien abgehaltenen internationalen Briefmarkenausstellung „WIPA“ besucht. Nationalbankpräsident Dr. Stephan Koren weilte vom 30. März bis 1. April auf Einladung des damaligen Präsidenten der Statni banka, Ing. Svatopluk Potač, offiziell in der CSSR.

Eine Vertiefung der Beziehungen in den einzelnen Sachgebieten erfolgte insbesondere auch durch eine Reihe von Tagungen der verschiedenen gemischten Kommissionen und Expertengruppen: Eine umfassende Behandlung der verschiedenen Sachgebiete erfolgte auf der 5. Tagung der Allgemeinen Österreichisch-Tschechoslowakischen Gemischten Kommission in Wien am 11./12. März, die unter dem Vorsitz von Botschafter Dr. Bauer und Vizeminister Jablonsky stand. Zur Erörterung der durch den Bau des tschechoslowakisch-ungarischen Gemeinschaftskraftwerkes Gabčíkovo zu erwartenden Auswirkungen auf die Donau im österreichischen Grenzgebiet mit der CSSR hat

Tunesien

Österreich die Einsetzung einer trilateralen Kommission beantragt. Die erste gemeinsame Tagung der gemischten österreichisch-tschechoslowakischen Kommission für den Warenaustausch sowie der gemischten Kommission für die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit fand in Wien vom 18. bis 21. Mai statt. – Die österreichisch-tschechoslowakische Grenzgewässerkommission tagte vom 30. März bis 10. April in Wien, die österreichisch-tschechoslowakische Kommission zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze vom 2. bis 5. Juni in Prag. Die 12. Tagung der ständigen österreichisch-tschechoslowakischen Grenzkommision wurde vom 10. bis 19. März in Linz, die 13. Tagung vom 14. bis 23. Oktober in Prag abgehalten. – Auf dem Energiesektor fand am 15. und 16. Oktober eine Tagung der gemischten Kommission über die Ausbeutung der gemeinsamen Erdgas- und Erdöllagerstätten in Zidlochovice statt, der eine Tagung der Expertengruppen über die mit der Förderung der gemeinsamen Lagerstätten Zwerndorf/Vysoka in der Zeit vom 12. bis 14. Oktober in Brünn vorausgegangen war. Vom 1. bis 3. Juli fand in Wien die 22. österreichisch-tschechoslowakische Austauschsitzung über die Grundsätze der geologischen Zusammenarbeit statt. – An Expertenbesprechungen sind Besprechungen betreffend den nichtlinienmäßigen Personenverkehr mit Omnibussen und den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr zwischen Österreich und der ČSSR vom 28. bis 30. Oktober in Prag sowie Besprechungen über gemeinsame Fragen der Straßenverbindung Wien–Bratislava am 9. Juli in Eisenstadt hervorzuheben.

Tunesien

Maghreb 164 150 km² 6,36 Mio. 1 120 \$ Tunis ÖB, AHST

Mit der erstmaligen Zulassung mehrerer politischer Parteien bei den Parlamentswahlen am 1. November 1981 kam es zu einer weiteren Liberalisierung des innenpolitischen Lebens in Tunesien. Die Beziehungen zwischen Österreich und Tunesien haben eine weitere Vertiefung erfahren. Dies kam anlässlich des offiziellen Besuchs von Außenminister Caid Essebsi in Österreich vom 15. bis 18. November 1981, bei dem neben bilateralen, besonders wirtschaftlichen Fragen auch die Situation im Nahen Osten und weltpolitische Fragen erörtert wurden, deutlich zum Ausdruck. Bundesminister Dr. Pahr überreichte seinem Amtskollegen ein Aide-Memoire betreffend österreichische Projekte im Rahmen einer möglichen österreichischen Beteiligung an dem 1982 beginnenden 6. tunesischen Entwicklungsplan. Gleichzeitig wurde ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik betreffend die grenzüberschreitende Beförderung von Personen und Gütern auf der Straße unterzeichnet. Der Umstand, daß 1981 etwa 40 000 österreichische Touristen Tunesien besuchten, wurde als Element zur Förderung der zwischenstaatlichen Beziehungen gewürdigt.

Das langjährige markante Handelsbilanzaktivum Österreichs hat sich 1981 durch Rohölkäufe in Tunesien in ein Defizit verwandelt. Insgesamt sind die Exporte um 0,6% auf 441,82 Mio. S zurückgegangen, während die Importe um 709,8% auf 1,03 Mrd. S angewachsen sind. Die Steigerung der Nächtigungsfrequenz österreichischer Touristen in Tunesien betrug auch 1981 etwa 30%.

Türkei

Im Rahmen der Entwicklungshilfe wurden die Arbeiten an der von Österreich geführten Rindermusterfarm Bouzid fortgesetzt. Die Betreuung der von Österreich an die Farm gelieferten Rinder durch einen Tierarzt aus Entwicklungshilfemitteln wurde weiter finanziert. Das mit österreichischer Entwicklungshilfe errichtete Futtermittelwerk in Le Kef (Projektkosten 17 Mio. S) nahm seinen Betrieb auf.

Neben Außenminister Essebsi kam der tunesische Verteidigungsminister S. Baly vom 1. bis 5. Februar 1981 zu einem offiziellen Besuch. Bundesminister Erwin Lanc stattete vom 16. bis 20. August 1981 einen Besuch ab.

Türkei

Europa 780 576 km² 45,21 Mio. 1 330 \$ Ankara ÖB, GK, KI, AHST

In den politischen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei sind keine nennenswerten Änderungen eingetreten. Österreich hat seine Haltung zur politischen Lage in der Türkei im Rahmen des Europarates dargelegt und die Hoffnung auf eine möglichst baldige Rückkehr zur Demokratie zum Ausdruck gebracht.

Während die Exporte um 8,4% auf 1,16 Mrd. S zurückgingen, stiegen die Importe um 21,6% auf 956,63 Mio. S. Das langjährige Handelsaktivum zugunsten Österreichs hat sich daher verringert. Österreich erbringt einen nicht unbedeutenden Beitrag zum Ausgleich der bilateralen Leistungsbilanz durch den Reiseverkehr, die Überweisungen der türkischen Gastarbeiter in Österreich und die Straßenverkehrssteuer für österreichische Transittransporte in den Mittleren Osten. Als Mitglied des OECD-Türkeikonsortiums hat sich Österreich 1981 wieder an einer Solidaritätsaktion beteiligt und 300 Mio. S als Finanzhilfe zur Verfügung gestellt. Auch die Liquidierung von Exportforderungen konnte durch Umschuldungsmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

Die kulturelle Zusammenarbeit mit der Türkei ist sehr intensiv, was vor allem auf die Tätigkeit des Kulturinstitutes Istanbul und des Kulturrates an der Botschaft in Ankara zurückzuführen ist. Im Bereich der Literatur sind Autoren-Lesungen von Peter Rosei und Walter Kappacher, Seminare über die österreichische Gegenwartsliteratur und das Erscheinen der türkischen Übersetzung des Romans „Die Blendung“ von Elias Canetti hervorzuheben. Auf dem Gebiet der Musik hatten Tourneen von Leo Witoszynski, Martin Renner, dem österreichischen Kammertrio und dem Klagenfurter Madrigalchor großen Erfolg. Im wissenschaftlichen Bereich standen Geschichtssymposien sowie Vorträge und Workshops über Metallrestaurierung im Vordergrund. Bei den Ausstellungen sind die „Österreichische Architekturwoche“, die Präsentation von „Wiener Studien Missing Link“ anzuführen. Das St. Georgs-Kolleg in Istanbul wird durch die Entsendung von Subventionslehrern durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst unterstützt. Die österreichischen Ausgrabungen in Ephesos wurden 1981 fortgesetzt.

Am 13. November wurde ein neues österreichisch-türkisches Abkommen über Soziale Sicherheit paraphiert.

Uganda – Ungarn

Uganda

Afrika 236 036 km² 12,6 Mio. 290 \$ Kampala ÖB Nairobi

Die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossene Konsolidierung der Sicherheitsverhältnisse Ugandas verhinderte eine Wiederbelebung der in den letzten Jahren stark reduzierten Beziehungen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist in erster Linie die Steigerung der ausschließlich aus Kaffee bestehenden Importe um 596,8% auf 12,49 Mio. S zu registrieren. Die Exporte, vorwiegend Papier und Straßenfahrzeuge, gingen um 68,2% auf 4,49 Mio. S zurück.

Uganda trat im Mai der Kagera-River-Basin-Organisation (siehe Tansania) bei und wird damit Nutznießer der von Österreich für diese Region vorgesehenen Hilfeleistungen. Neben Beistandsleistungen diverser kirchlicher Organisationen Österreichs erhielt Uganda in der Berichtsperiode auch Entwicklungshilfe in Form einiger Stipendien.

Im Rahmen der im September in Paris abgehaltenen UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder führte Staatssekretär DDr. Nussbaumer Gespräche mit dem ugandischen Planungsminister Odaka, wobei dieser das Interesse seines Landes an einer Beteiligung Österreichs an einer internationalen Aktion zur Erschließung neuer Ressourcen hervorhob.

Ungarn

Nachbarstaat 93 032 km² 10,71 Mio. 3 850 \$ Budapest ÖB, KI, AHST

Die Beziehungen zu Ungarn, die bereits ein Niveau erreicht haben, welches als beispielhaft für das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bezeichnet werden kann, konnten weiter ausgebaut werden. Höhepunkt war der offizielle Besuch von Bundeskanzler Dr. Kreisky vom 18. bis 20. November, dem ein Besuch von Bundesminister Dr. Pahr vom 27. bis 29. April vorausging. Schwerpunkt der Gespräche mit Ministerpräsident Lázár bildeten bilaterale wirtschaftliche und aktuelle internationale Fragen. Der Bundeskanzler wurde vom Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, und vom Vorsitzenden des Präsidialrates, Losonczi, empfangen.

Die österreichische Ausfuhr betrug 6,68 Mrd. S (+35,7%), die Einfuhr 5,03 Mrd. S (+15,6%). Damit überschritt das Außenhandelsvolumen erstmals die 10-Mrd.-S-Grenze. Angesichts des ungarischen Bestrebens, durch hohe Exportsteigerungen bei gleichzeitigem Bremsen des Importzuwachses eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen, erscheint diese Entwicklung besonders erfreulich. Neben dem breitgestreuten Warenaustausch werden die industriellen Kooperationen auf Firmenebene zahlreicher und bedeutender. Auf Grundlage des vor vier Jahren abgeschlossenen Rahmenabkommens zur Finanzierung der österreichischen Mitwirkung beim Ausbau der touristischen Infrastruktur Ungarns werden zur Zeit sieben Hotelbauten durch österreichische Firmen errichtet und weitere Aufträge sind in Aussicht. Bundesminister Dr. Staribacher konnte am 28. November gemeinsam mit dem ungarischen Minister für Binnenhandel, Sághy, das erste, in Rekordzeit erbaute Hotel eröffnen.

Ungarn

Auf verschiedenen Ebenen fanden Gespräche über die Möglichkeiten einer Ausweitung des bilateralen Stromaustausches auf andere Staaten statt. Die Verhandlungen über eine gemeinsame Nutzung eines im Grenzgebiet gelegenen Braunkohlevorkommens zur Energiegewinnung wurden weitergeführt; derzeit ist man bemüht, damit verbundene Umweltfragen zu klären. Vom 22. bis 27. April fand in Budapest die 1. gemeinsame Tagung der Österreichisch-Ungarischen Gemischten Kommission über den Warenverkehr sowie über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit und deren Weiterentwicklung statt.

1981 reisten erstmals mehr als 1 Million Österreicher nach Ungarn. Die Zahl der Aufenthalte ungarischer Staatsbürger in Österreich liegt allerdings noch bedeutend darunter. Gemäß dem im Jahre 1980 unterzeichneten Abkommen fand die 1. Tagung der Österreichisch-Ungarischen Gemischten Kommission für Tourismus vom 29. bis 30. Jänner statt.

Die kulturellen Beziehungen mit Ungarn werden durch das Abkommen aus dem Jahre 1976 geregelt. Im Rahmen des Programms fand ein reger Austausch von Wissenschaftlern, Lektoren, Sprachassistenten und Studierenden statt. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit basiert auf dem Abkommen aus dem Jahre 1972. Im Dezember fand die 5. Tagung der Gemischten Kommission für Wissenschaft und Technik statt. Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse sowie über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Diplome sind in Vorbereitung. Die engen Kontakte zwischen der Österreichischen und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie zwischen den Universitäten beider Länder sind durch Einladungen von Professoren zu Gastvorlesungen und Vorträgen ausgebaut worden. Das Kulturinstitut Budapest veranstaltete eine Reihe von wissenschaftlichen Vorträgen und Symposien, Ausstellungen, Lesungen und Konzerten in- und außerhalb von Budapest. Im Herbst liefen am Kulturinstitut Budapest Sprachkurse an, die derzeit von rund 140 Hörern besucht werden. Die im Zusammenhang damit eingeführten wöchentlichen Klubabende mit Videovorführungen erfreuen sich großer Beliebtheit. Die Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung einer kleinen Leihbibliothek, die demnächst den Betrieb aufnimmt, sind abgeschlossen.

Die Verhandlungen zur Ausarbeitung von Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurden fortgesetzt und Expertenbesprechungen mit dem Ziel der Ausarbeitung eines Abkommens über Soziale Sicherheit wurden wieder aufgenommen.

In den zahlreichen bilateralen Verträgen mit Ungarn, die bereits fast alle Bereiche des Lebens umfassen, sind zumeist Gemischte Kommissionen vorgesehen, die auch 1981 ihre Arbeiten fortgesetzt haben. Beispielsweise hielt die Allgemeine Österreichisch-Ungarische Gemischte Kommission vom 29. bis 30. Jänner ihre 8. Tagung ab. Die österreichische Delegation wurde vom Leiter der Politischen Sektion des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Bauer, angeführt, der mit dem ungarischen Delegationsleiter, Vizeaußenminister Szarka, und Außenminister Puja zu einem Meinungsaustausch zusammentraf. Im Verlauf der 32. Tagung der österreichisch-ungarischen Kommission zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze wurde am 23. Oktober ein Änderungsabkommen unterzeichnet, welches nur mehr ein einmaliges regelmäßiges Zusammentreffen dieser Kommission pro

Uruguay – Venezuela

Jahr vorsieht. Das Abkommen ist Ausdruck einer bereits seit Jahren beobachteten günstigen Entwicklung der Situation an der österreichisch-ungarischen Grenze. Im März besuchte Vizekanzler Dr. Sinowatz Ungarn. Bundesminister Dr. Staribacher hielt sich 1981 zweimal in Ungarn (25. bis 27. April und 28. bis 29. November) auf. Bundesminister Lanc folgte einer Einladung des ungarischen Innenministers Dr. Horvath im September. Im Oktober weilte Staatssekretär DDr. Nussbaumer zu Besuch in Ungarn. Bundesminister Lausecker, Landeshauptmann Kery sowie die Klubobmänner der SPÖ, Dr. Fischer, und der FPÖ, Peter, begleiteten den Bundeskanzler bei seinem offiziellen Besuch im November. – An ungarischen Regierungsmitgliedern waren im Mai der Vorsitzende des Regierungsamtes für technische Entwicklung Szekér und der Präsident des Landesamtes für Leibeserziehung und Sport, Staatssekretär Buda, im Juni der Minister für Bauwesen und Städteentwicklung Abrahám, im September der Minister für Landesverteidigung Armeegeneral Czinege und im Oktober der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Marjai in Österreich. – Im Mai besuchten Nationalbankpräsident Dr. Koren und der Präsident der Burgenländischen Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Abgeordneter zum Nationalrat Graf, Ungarn. Im November traf der Vorsitzende des ÖGB Benya den Generalsekretär des Landesrates der ungarischen Gewerkschaften Gáspár zu einem Meinungsaustausch.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers im November 1981 in Ungarn wurden nahezu alle anhängigen humanitären Fälle von ungarischer Seite einer positiven Erledigung zugeführt.

Uruguay

**Südamerika 177 508 km² 2,9 Mio. 2 100 \$ Montevideo
HK, ÖB Buenos Aires**

Die bilateralen Beziehungen sind korrekt.

Die österreichischen Exporte sanken um 7,9% auf 127,82 Mio. S, während die Importe um 14,4% auf 161,43 Mio. S stiegen. Ende des Jahres erfolgte eine bedeutende Schienenlieferung im Rahmen der Fünfjahres-Vereinbarung zwischen Vöest-Alpine und den uruguayischen Staatseisenbahnen. Hauptexportprodukte neben Schienen waren elektrische und Arbeitsmaschinen, Kugel- und Gleitlager, Kautschukwaren, Papier und Pappe, Metallwaren, Textilien und Oberbekleidung. Hauptimportwaren umfaßten Spinnstoffe, Lederwaren, Bekleidung und Lebensmittel.

Auf kulturellem Gebiet ist die österreichische Botschaft bestrebt, die in Argentinien gastierenden Künstler wenn möglich auch in die mitakkreditierten Länder wie Uruguay zu vermitteln. Bewährt hat sich eine österreichische Präsenz sowohl im Staatsradio Sodre wie auch bei verschiedenen kommerziellen Stationen, die sowohl Sendungen in deutscher Sprache wie Aufführungen der Salzburger Festspiele bringen.

Venezuela

Südamerika 912 050 km² 13,91 Mio. 3 120 \$ Caracas ÖB, HK, AHST

Die bilateralen Beziehungen haben sich weiter intensiviert und keine Probleme ergeben.

Vietnam – Zaire

In den Wirtschaftsbeziehungen konnte Österreich seine Exporte nach Venezuela um 41,8 % auf 527,99 Mio. S steigern, wobei eine erfreuliche breitere Streuung der Produktpalette festzustellen war (Hauptexportwaren: Maschinen, Molkeerzeugnisse, chemische Erzeugnisse, Spinnstoffe). Die geringen venezolanischen Exporte nach Österreich in Höhe von 2,95 Mio. S (–99,4 %) erklären sich aus dem Umstand, daß Venezuelas Hauptdevisenbringer Erdöl im Gegensatz zum Vorjahr nicht nach Österreich exportiert wurde. Für 1982 erwartet man seitens der venezolanischen Stellen einen leichten Wirtschaftsaufschwung, der jedoch durch die Tendenz sinkender Erdölpreise gebremst werden dürfte. Für die österreichischen Exporte wird mit einem Andauern der günstigen Chancen gerechnet.

Im Bereich Kulturbeziehungen konnte 1981 die Ausstellungstätigkeit der Österreichischen Botschaft Caracas mit einer Hundertwasser-Graphikausstellung in Caracas und Cumaná und einer Ausstellung österreichischer Architektur weitergeführt werden. Eine Reihe von österreichischen Wissenschaftlern gaben Seminare und hielten Vorträge.

Im Rahmen des Besuchsaustausches zwischen Österreich und Venezuela begab sich der Präsident des venezolanischen Kulturbeirates im Oktober nach Wien. Gesprächsthema war insbesondere der Österreich-Teil in der Vorbereitung zu den Gedenkfeiern anlässlich des Simón-Bolívar-Gedenkjahres 1983.

Vietnam

Südostasien 332 556 km² 52,3 Mio. 170 \$ Hanoi ÖB Jakarta

Die Beziehungen Österreichs zur Sozialistischen Republik Vietnam sind problemfrei, jedoch von geringer Intensität. Ein Besuch von Bundesminister Dr. Pahr in Hanoi ist für 1982 ins Auge gefaßt.

Die österreichischen Exporte in die Sozialistische Republik Vietnam betrugen 1981 20,32 Mio. S, das sind um 61,9 % weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist auf den weitgehenden Abschluß eines größeren Lieferauftrages zurückzuführen. Die österreichischen Importe aus der Sozialistischen Republik Vietnam betrugen 8,05 Mio. S, das sind, vor allem bedingt durch größere Kaffeelieferungen, um 166,6 % mehr als im Vorjahr.

Im Einklang mit seiner humanitären Tradition hat Österreich im Berichtsjahr weiterhin Flüchtlinge aus Vietnam aufgenommen: 165 Personen direkt aus Vietnam, weitere 82 über andere südostasiatische Länder.

Zaire

Afrika 2 345 409 km² 28,29 Mio. 260 \$ Kinshasa ÖB, AHST

Einer Entwicklung der bilateralen Beziehungen, insbesondere auf dem Wirtschaftssektor, stand die angespannte Zahlungsbilanzsituation Zaires entgegen. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich das Land seit 1975 befindet, konnte Österreich seine Marktposition mit einem Exportvolumen von 90,4 Mio. S (+13,6 %) halten; lediglich auf dem Papiersektor mußte ein emp-

Zentralafrikanische Republik – Zypern

findlicher Rückgang hingenommen werden. Die österreichischen Importe, insbesondere Kaffee, haben hingegen um 62,5 % auf 12,67 Mio. S zugenommen. Ein österreichischer Gegenentwurf betreffend den Abschluß eines Handels- und Zahlungsabkommens wurde der zairischen Seite im September zur Stellungnahme übermittelt.

In der Provinz Equateur waren wie in den Vorjahren drei österreichische Entwicklungshelfer tätig. Weiters befinden sich in diesem Landesteil über 30 österreichische Geistliche, Ordensschwestern und Laienbrüder, die bei der Entwicklung des Schul-, Erziehungs- und Gesundheitswesens sowie auf dem Landwirtschaftssektor wertvolle Hilfe leisten. – Zur Bekämpfung einer Choleraepidemie wurde von privater Seite (Caritas) ein namhafter Geldbetrag für den Ankauf von Medikamenten zur Verfügung gestellt; die Spende wurde im August vom Wiener Weihbischof Kuntner dem Bischof von Goma überreicht. An zwei zairische Ingenieure wurden Entwicklungshilfestipendien für einen post-graduate-Lehrgang für Mineralogie an der Montanuniversität Leoben vergeben.

An der Akademie der Schönen Künste in Kinshasa wirken seit einigen Jahren zwei österreichische Kunstprofessoren; sie unterrichten in den Fächern Skulptur und Keramik.

Die zairische Staatssekretärin für soziale Angelegenheiten, Frau Laini Kashemwa, führte im August ein ausführliches Informationsgespräch mit Bundesminister Dallinger.

Zentralafrikanische Republik

Afrika 622 984 km² 2,61 Mio. 290 \$ Bangui ÖB Kinshasa

Die bilateralen Beziehungen sind nicht intensiv. Der Warenverkehr hat allerdings eine merkliche Ausweitung erfahren. Die Importe stiegen um 210,1 % auf 2,02 Mio. S, die Exporte um 644,7 % auf 3,89 Mio. S. Geliefert wurden in erster Linie Stromverteiler und Spezialkraftfahrzeuge. Ein österreichischer Entwurf zum Abschluß eines Umschuldungsabkommens wurde den zentralafrikanischen Stellen im September übermittelt. Im Berichtsjahr standen vier Entwicklungshelfer in den Bereichen Landwirtschaft und Gesundheitswesen im Einsatz.

Zypern

Europa 9 251 km² 0,68 Mio. 2 940 \$ Nicosia HK, ÖB Athen

Die Beziehungen Österreichs zu Zypern haben sich weiterhin positiv entwickelt. Hierzu trug insbesondere der offizielle Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Pahr, in der Zeit vom 5. bis 8. Juli, sowie die Beteiligung Österreichs an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen (UNFICYP) bei.

Im Rahmen seines Besuches traf Außenminister Pahr zu Arbeitsgesprächen mit seinem Amtskollegen Rolandis zusammen und wurde von Staatspräsident Ky-

*Parlamentarische Delegation beim Europarat***BERICHT DER PARLAMENTARISCHEN
DELEGATION BEIM EUROPARAT*)**

Die Österreichische Parlamentarische Delegation beim Europarat legt im folgenden einen Bericht über ihre Tätigkeit während des 3. Teiles der 32. (26. bis 30. Jänner) und des 1. und 2. Teiles der 33. Sitzungsperiode (11. bis 15. Mai und 30. September bis 8. Oktober) vor. Die drei Plenarsitzungen fanden in Straßburg statt. Auch die jährlich wiederkehrende Minisession (29. Juni bis 2. Juli) wurde diesmal in Straßburg abgehalten. Neben der Berichterstattung über die Teilsessionen der parlamentarischen Versammlung kommen in diesem Bericht auch die spezifisch österreichischen Beiträge zur Sprache.

Mitglieder der Österreichischen Delegation beim Europarat:

Mitglied des Bundesrates Dr. Hans Heger (ÖVP)
(3. Teil der 32. Sitzungsperiode)

Abgeordneter zum Nationalrat DDr. Hans Hesele (SPÖ)
Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Marga Hubinek (ÖVP)
Abgeordneter zum Nationalrat DDr. Josef Maderner (SPÖ)
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Karl Reinhart (SPÖ)
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Ludwig Steiner (ÖVP)

Mitglied des Bundesrates Dr. Rudolf Schwaiger (ÖVP)
(1. und 2. Teil der 33. Sitzungsperiode)

Ersatzmitglieder:

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang Blenk (ÖVP)
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ)
Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ)
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Sixtus Lanner (ÖVP)
Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ)
(1. und 2. Teil der 33. Sitzungsperiode)
Mitglied des Bundesrates Dr. Reinhold Polster (ÖVP)
(3. Teil der 32. Sitzungsperiode)
Mitglied des Bundesrates Johann Windsteig (SPÖ)

Delegationsvorsitzende:

Jänner bis Mai: Ludwig Steiner
Mai bis Dezember: Hans Hesele

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung:

Hans Hesele (ab Mai 1981)

Präsident der Christdemokratischen Gruppe:

Wolfgang Blenk (ab Oktober 1981)

Vizepräsident der Sozial. Gruppe:

Hans Hesele (ab Mai 1981)

*) Außenpolitischer Bericht 1981, Seite 417 ff.

Parlamentarische Delegation beim Europarat

In den Kommissionen des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

- Blenk: Präsident der Wissenschaftskommission
(3. Teil der 32. und 1. und 2. Teil der 33. Sitzungsperiode)
- Heger: Vizepräsident der Geschäftsordnungskommission
(3. Teil der 32. Sitzungsperiode)
- Hesele: Vizepräsident der Ständigen Kommission
(1. und 2. Teil der 33. Sitzungsperiode)
- Hubinek: Vizepräsident der Sozialkommission
(3. Teil der 32. und 1. und 2. Teil der 33. Sitzungsperiode)

Grundsätzliche Bemerkungen

Österreich betrachtet den Europarat als Plattform für die Zusammenarbeit aller europäischer Demokratien und als Organisation im Dienst der Einigung Europas, an der es als gleichberechtigtes Mitglied teilnehmen und mitarbeiten kann. Wir sind daher an der Tätigkeit des Europarates und seiner inneren Stärkung im besonderen Masse interessiert. Diese Feststellung des Außenpolitischen Berichtes wurde vollinhaltlich von der Österreichischen Delegation gebilligt.

Es ist zweckmäßig, daran zu erinnern, daß der Europarat heute ein wichtiges Bindeglied zwischen den 10 EG und den 21 ER-Staaten ist; immerhin leben in den Mitgliedstaaten des Europarates 380 Millionen Menschen. Alle pluralistischen Demokratien des Kontinents gehören dem Europarat an.

Die Parlamentarische Versammlung spiegelt das volle Spektrum der politischen und geistigen Strömungen des demokratischen Europas wieder.

Die große Leistung des Europarates für die Erleichterung des europäischen Zusammenlebens und der Erfolge gemeinsamer demokratischer Ziele verpflichten uns, auch heute dazu in unseren Bemühungen, in diesem Geiste weiter zu arbeiten. Ohne Zweifel sind dazu neue Impulse notwendig. Die Österreichische Parlamentarische Delegation steht daher auch in Zukunft vor der großen Aufgabe, diesem Instrumentarium der europäischen Zusammenarbeit neue Impulse zu geben.

Die Österreichische Delegation sieht die Arbeit des Europarates nicht in einer Konkurrenzierung der Kompetenzen mit dem Europäischen Parlament, sondern sie tritt für eine gegenseitige Ergänzung der Arbeiten dieser beiden Institutionen ein. Dabei kommt sicherlich den, durch die nationalen Parlamente gewählten Delegierten zur Parlamentarischen Versammlung durch ihre engen Kontakte mit den innerstaatlichen Vorgängen eine besonders politische Bedeutung zu. Die großen materiellen Mittel, die dem Europäischen Parlament zur Verfügung stehen, erfordern vom Europarat eine besondere Intensivierung der Qualität der Arbeit.

Der Plan einer Europäischen Union, den der Deutsche Bundesminister des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher am 19. 11. 1981 dem Parlament vorgestellt hat, und der Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft im institutionellen Bereich vorsieht, überschneidet sich in manchen Bereichen mit vom Europarat bisher betreuten Problemkreisen.

Die Impulse zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit müssen zweifellos im Europarat von innen heraus beginnen. Das Büro der Assem-

Parlamentarische Delegation beim Europarat

blee hat bereits einige Pläne über die Neugestaltung der Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung behandelt. Der Europarat wird sich in Hinkunft in 1. Linie auf die Behandlung europäischer Fragen zu konzentrieren haben, wobei natürlich außerhalb Europas liegende Probleme, die auf den Kontinent einwirken, nicht zur Seite geschoben werden können.

Die Intensivierung der Arbeiten des Europarates kann und muß auch über die Arbeit in den politischen Gruppen erfolgen. Die intensive Mitarbeit und die guten Kontakte der österreichischen Abgeordneten in den politischen Gruppen ist dazu sicher ein wertvoller Beitrag.

Die Delegation ist dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten sehr dankbar, daß er die Materialien der Botschafterkonferenz vom April 1981, soweit sie die künftige Rolle des Europarates betreffen, zur Verfügung gestellt hat. Diese Unterlagen werden uns eine wertvolle Hilfe bei den Beratungen über unsere künftige Arbeit im Europarat sein.

Die Österreichische Parlamentarische Delegation darf diesen Bericht zum Anlaß nehmen, für die gute Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen zu danken. Ein besonderer Dank gilt dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Pahr, der zuständigen Europaratsabteilung im Bundesministerium und der Ständigen Vertretung des Europarates in Straßburg.

Veranstaltungen in Österreich

Am 16. April 1981 feierte Österreich seine 25jährige Zugehörigkeit zum Europarat. Aus diesem Anlaß erklärte Außenminister Pahr, daß der Europarat für die Neutralen das wichtigste Forum des Einigungsprozesses sei. In politischen Belangen stelle der Europarat das Forum eines Dialoges zwischen den EG-Staaten und den anderen europäischen Staaten dar.

Bei der Frühjahrssitzung im Mai in Straßburg wurde die 25jährige Mitgliedschaft Österreichs zum Europarat durch die Anwesenheit von Außenminister Pahr dokumentiert. In seiner Rede vor der Versammlung hob er die Verantwortlichkeit Europas für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für die ganze Welt hervor. Österreich habe zu jedem der Europabegriffe — Europa der EG (Europa der 10) des Europarates (Europa der 21) und der Geographie Europa (Europa der 33) — eine besondere Beziehung.

Anläßlich des Europatages (5. Mai) gab die Österreichische Delegation gemeinsam mit dem Bund Europäischer Jugend eine Broschüre über die Europäischen Organisationen in Österreich und ein Europaplakat heraus, das an alle Schulen und Gemeinden Österreichs gesandt wurde.

Vom 23. bis 25. Juni fanden in Wien unter Vorsitz von Hans Hesele Sitzungen der Unterkommission für internationales Flüchtlingswesen des Europarates statt, an denen 15 Abgeordnete aus den Mitgliedstaaten des Europarates teilnahmen. Nach einer Arbeitssitzung im Parlament und Aussprachen mit Innenminister Lanc und hohen Beamten des Innenministeriums besuchte die Parlamentarierdelegation das Flüchtlingslager Traiskirchen. Die Gäste zeigten sich sehr beeindruckt und versprachen in ihren nationalen Parlamenten in Sachen Flüchtlinge zu intervenieren.

Weiters fanden am 10. und 11. November in Wien Sitzungen der Kommission für parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit des Euro-

Parlamentarische Delegation beim Europarat

parates statt. Neben den österreichischen Kommissionsmitgliedern Hawlicek und Hubinek nahmen 25 Abgeordnete aus den Mitgliedstaaten des Europarates teil. Unter anderem standen Arbeitsgespräche mit Bundesminister Pahr, Parlamentsdirektor Cerny und Generalintendant Bacher auf dem Programm.

3. TEIL DER 32. SITZUNGSPERIODE (26. bis 30. Jänner 1981)

Die wichtigsten Beratungsgegenstände der Wintersession 1981 waren:

- die Lage in der Türkei,
- der Kampf gegen die Folter,
- die Lage der Wanderarbeiter in den Gastländern,
- die soziale Lage der Strafgefangenen,
- das Verhältnis der EG zur europäischen Menschenrechtskonvention.

Österreich entwickelte während der Jänner-Sitzung eine sehr rege Aktivität. Frau Bundesminister Firnberg sprach anlässlich der Wissenschaftsdebatte zum Thema „Technologie und Umwelt.“ Ihrer Meinung nach ist gerade der Europarat jene europäische politische Institution, die das breiteste und wirksamste Dialogforum des demokratischen Europarates darstellt. Die Probleme, wie Energiedefizite, Arbeitslosigkeit, Inflation, Zahlungsbilanzschwierigkeiten etc. sind die Probleme aller modernen Industriestaaten. Wie nie zuvor ist es zur zwingenden Notwendigkeit geworden, Wissenschaft und Forschung zur Lösung der drängenden Fragestellungen heranzuziehen und einzusetzen. Zu dieser Problematik äußerten sich die Abgeordneten Hawlicek und Maderner.

Die Lage in der Türkei

Die Politische Kommission stellte im Herbst den Antrag, die Lage in der Türkei weiter zu verfolgen und die Entscheidung über ein weiteres Verbleiben der Türkei beim Europarat auf die Frühjahrssession zu verschieben. In dem Bericht Steiners von der Österreichischen Delegation über seine Mission im Auftrag des Europarates in der Türkei (6. bis 8. Jänner) heißt es, daß jedermann, mit dem er in der Türkei gesprochen habe, der Ansicht gewesen sei, daß nur derjenige die gegenwärtige Situation verstehe, der die Welle des Terrorismus in der Türkei gesehen und selbst erlebt habe. Der Berichterstatter macht aber klar, daß der Europarat auf alle Fälle eine rasche Rückkehr der Türkei zur Demokratie verlangen müsse und daß das Ausbleiben konkreter Schritte in dieser Richtung auf die Dauer mit der Mitgliedschaft des Landes im Europarat unvereinbar sei. Er zeigte sich besorgt über die Ausschaltung jeglicher demokratischen Kontrolle. Alle Gesprächspartner in der Türkei hätten die Erwartung ausgedrückt, daß das Militärregime im eigenen Interesse nur so lange an der Macht bleiben wird, bis das zivile demokratische System wiederbelebt sei. Dieser sehr objektive Bericht Steiners, gemeinsam mit dem Wissen über die Gefahr der Entfremdung der Türkei von Europa, bewog die Parlamentarische Versammlung keinen Suspendierungsantrag zu stellen. Aus der Debatte ging jedoch deutlich hervor, daß eine Entscheidung über den Verbleib der Türkei im Europarat nicht allzu lange aufgeschoben werden dürfe.

Herr Hesele erklärte sich mit dem vorläufigen Weiterverbleib der Türkei im Europarat einverstanden, doch mahnte er davor, die Dinge noch länger zu

IV

Parlamentarische Delegation beim Europarat

verschoben; ein Zeitplan für die Wiedereinführung der Demokratie müsse gefordert, und schließlich eine Entscheidung getroffen werden. Vor allem wäre auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten.

Der Kampf gegen die Folter

Frau Meier unterbreitete einen Bericht der Juridischen Kommission über die internationale Konvention gegen die Folter, der einhellig Zustimmung fand. In dem Bericht wurden die Regierungen der 21 Mitgliedstaaten aufgefordert, beizutragen, daß die Annahme und die Inkraftsetzung des in der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Projektes einer Konvention gegen die Folter beschleunigt wird.

Zweitens wurden die Mitgliedstaaten des Europarates, die in der UNO vertreten sind, eingeladen, den Entwurf eines sogenannten Fakultativabkommens zu prüfen. Dieses Zusatzabkommen sieht einen Kontrollmechanismus vor, ähnlich wie den des Roten Kreuzes. Jene Staaten, die das Zusatzprotokoll ratifizieren, müßten Besuche in Strafanstalten und Stichproben bei vermuteten Folterungen ohne vorherige Zustimmung der Regierung zulassen. Der fakultative Charakter wurde deshalb hervorgehoben, damit zunächst wenigstens einige parlamentarische Demokratien an ein Kontrollverfahren gebunden sind. Mit der Zeit könnten andere Staaten dazukommen. Die Berichterstatterin war sich klar darüber, daß nur sehr wenige Staaten dieses Zusatz-Protokoll unterzeichnen oder ratifizieren werden, sie meinte jedoch, daß eine einzige Aktion in dieser Richtung beispielgebend wirken könnte.

Die Lage der Gastarbeiter in den Aufnahmeländern

Herr Müller legte einen Bericht der Flüchtlingskommission vor, in dem er die Notwendigkeit einer besseren Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis forderte. Auf diese Weise könnten Diskriminierungen der Gastarbeiter weitgehend vermieden werden. Die aus dem Bericht hervorgehende Empfehlung forderte die Möglichkeit der Erwerbung der Staatsangehörigkeit des Gastlandes, den Genuß einer Rechtsstellung, die die Wohn- und Arbeitsrechte für Gastarbeiter anerkennt, die Möglichkeit intellektueller Beschäftigung und einer Verbesserung der Erziehung, beruflicher Ausbildung und Familienzusammenführung. Der Bericht enthielt einen Aufruf, das Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers zu unterzeichnen und zu ratifizieren (Österreich hat das Abkommen noch nicht unterzeichnet). Die Empfehlung wurde mit einem Abänderungsantrag angenommen.

Die soziale Lage der Strafgefangenen

Die Parlamentarische Versammlung verabschiedete eine weitere Empfehlung, die von Marga Hubinek von der Österreichischen Delegation im Namen des Sozialausschusses vorgelegt wurde und die die soziale Lage der Strafgefangenen betrifft. Die Berichterstatterin unterstrich die Notwendigkeit, den Häftlingen nach ihrer Entlassung das Gefühl zu geben, nun verantwortungsbewußt leben zu müssen. Freiheitsentzug und Resozialisierung seien kein Widerspruch. Das Gefängnisproblem sei heute besonders aktuell geworden; einerseits brechen aus Protest gegen die schlechten Lebensbedingungen in gewissen Anstalten Meutereien und Hungerstreiks aus, andererseits werden zum Teil „Vierstern-Gefängnisse“ angeprangert. Da die Nach-

Parlamentarische Delegation beim Europarat

kriegserfahrung gezeigt hat, daß eine automatische Wiedereingliederung illusorisch ist, muß heute die Strafpolitik auf realistische Ziele gerichtet sein, die weder einen übertriebenen Optimismus, noch die Wirkung der „Einschüchterung“ Platz greifen läßt. Eine wirkliche Änderung in den heutigen Gefängnissen kann im Augenblick nicht erwartet werden, doch sollten zB Maßnahmen für ausländische Häftlinge (deren Zahl erheblich angestiegen ist) oder ein besserer Sozialversicherungsschutz für Häftlinge und ihre Familie einschließlich Arbeitslosen-Versicherung überdacht und den neuen Situationen angepaßt werden.

Das Verhältnis der EG zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Wolfgang Blenk von der Österreichischen Delegation und Robert Krieps legten diesen Bericht im Auftrag der Juridischen Kommission vor. Daraus geht hervor, daß die Europäische Menschenrechtskonvention wohl für die EG-Mitgliedstaaten gilt, nicht aber für die EG als solche. Um diese Lücke zu schließen, hat die Kommission in Brüssel den Beitritt der Gemeinschaften zu der Konvention vorgeschlagen. Dieser Beitritt würde das Risiko voneinander abweichender Auslegungen der Konvention durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte in Straßburg ausschließen und somit die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie und die Beachtung der Grundrechte verstärken. Vielleicht wäre dies noch dazu ein wichtiges Bindeglied zwischen den beiden Einrichtungen. Technisch würde sich der Beitritt durch ein Zusatzprotokoll zu der Konvention vollziehen. Nach einem entsprechenden Antrag der Gemeinschaften wäre es Aufgabe der 21 Mitgliedsländer des Europarates, ein Protokoll auszuarbeiten. Ein solcher Schritt würde die Wirkung der Europäischen Menschenrechtskonvention wesentlich verstärken.

Neben diesen 5 wichtigen Tagesordnungspunkten fand ua. eine Debatte über Landwirtschaft und Energie statt, zu der Herr Blenk als Präsident der Wissenschaftskommission einen kurzen ergänzenden Bericht abgab. Er wies ua. auf die, wie allgemein bekannt, ständig wachsende Technisierung der Landwirtschaft hin, die mit einem stark zunehmenden Energieverbrauch gekoppelt ist.

Herr Hesele betonte im Namen der Österreichischen Delegation zum Bericht über Europa und die steigende Spannung in der Welt, daß Österreich als neutraler Staat an der Grenze der Machtblöcke und beider Gesellschaftssysteme über eine Verschlechterung der Ost-West Beziehungen besorgt und daher an einer Weiterführung des Entspannungsprozesses besonders interessiert sei. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Jahre 1956 und 1968, als Österreich aus Ungarn und später aus der Tschechoslowakei einen großen Flüchtlingsstrom aufgenommen hat.

1. TEIL DER 33. SITZUNGSPERIODE (11. bis 15. Mai 1981)

Die wichtigsten Themen der Mai Sitzung waren:

- Energie und Wirtschaft,
- Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten,
- Lage in der Türkei,
- Flüchtlinge aus Salvador,
- Schutz der Arbeitnehmer im Falle eines Insolvenzverfahrens,

VI

Parlamentarische Delegation beim Europarat

Nach 3jähriger Amtszeit de Kosters wurde im Mai mit überwältigender Mehrheit José Areilza zum neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt.

Während der Maisitzung sprach Bundesminister Pahr als Gastredner vor der Parlamentarischen Versammlung anlässlich der 25jährigen Zugehörigkeit Österreichs zum Europarat. Er betonte, daß Österreich durch sein 25jähriges aktives Engagement für die europäische Einigung und durch seine Lage an der Grenze zwischen Ost und West um die Beziehungen des Kontinents als Ganzes für die Sicherheit wisse. Bundesminister Pahr stellte die Forderung, den Begriff der Menschenrechte auch auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte auszudehnen und verwies auf ein diesbezügliches Memorandum, das der österreichische Delegierte dem Ministerkomitee unterbreitet habe.

Energie und Wirtschaft

Der Berichterstatter Petrilli wies darauf hin, daß man sich den Problemen der Energiewirtschaft nur vom ökonomischen Hintergrund der einzelnen Länder nähern sollte.

Eine Analyse der Energiequellen zeigte, daß der Energiebedarf ständig steigt, während die Energiequellen deutlich abnehmen. Selbst neue Energiequellen, wie Sonnenenergie etc. werden auch in Zukunft keine allzu großen Erleichterungen bringen. Nach Meinung des Berichterstatters wird vor allem eine vernünftige Energiewirtschaft das Energieproblem lösen helfen. Zur Bewältigung der Energiekrise schlägt er vor: — Zusammenarbeit der Industrieländer, um von den Energiequellen unabhängiger zu werden — Zusammenarbeit mit den Energieförderländern, um sowohl Preisstabilität und Rohölproduktion auf längere Zeit zu sichern; — Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die durch die Krise besonders betroffen sind.

Dieser Bericht sollte eine Orientierungslinie für eine europäische Energiepolitik sein. Die Energiefrage wurde als eine Herausforderung an Politik, Technik und Wirtschaft verstanden. Es wurde die komplette Palette der Maßnahmen aufgezählt, vom Sparen bis zum Einsatz neuer Energiequellen, aber auch auf die Risiken hinsichtlich der Bezugsquellen verwiesen.

Zu diesem Bericht äußerte sich Herr Blenk als Präsident der Wissenschaftskommission. Er betonte ua., daß die großen Probleme von heute ganz anderer Natur, als vor kaum 10 Jahren seien. Unsere Probleme umfassen heute die Energie, das Wirtschaftswachstum und den Umweltschutz.

Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

Aus dem Bericht von Herrn Baumel ging hervor, daß Europa und die USA nur durch enge Zusammenarbeit den Herausforderungen der kommenden Jahre gewachsen sein können. Der Berichterstatter erinnerte an die gemeinsamen Ideale der pluralistischen parlamentarischen Demokratien, die überall in der Welt zu verteidigen, sowie die transatlantischen Beziehungen zu vertiefen seien. Das Ministerkomitee wurde eingeladen, das Thema über die Beziehungen zu den USA auf seiner Tagesordnung weiter zu belassen.

Herr Hesele betonte in seinem Beitrag zu dem Bericht, daß Österreich als neutraler Staat an guten Kontakten mit den Vereinigten Staaten sehr interessiert sei, dies vor allem, weil wir der Überzeugung sind, daß die Probleme der 80iger Jahre nur gemeinsam zu bewältigen seien.

Parlamentarische Delegation beim Europarat

Die Lage in der Türkei

Als wichtigster Tagesordnungspunkt der Session galt der Bericht über die Lage in der Türkei von Ludwig Steiner.

Das Verhältnis des Europarates zur Türkei kam schon am ersten Tag zur Sprache, als es um die Bestätigung der Mandate der türkischen Abgeordneten ging. Um der Türkei Debatte nicht vorzugreifen, beschloß die Versammlung, die Diskussion über die türkischen Mandate bis dahin auszuklammern. Der Berichterstatter legte eine Richtlinie vor, in der betont wurde, auf die unbedingte und baldige Rückkehr zur Demokratie und Abschaffung von Folter und Mißhandlungen zu drängen; der Türkei wurde als langjähriges Mitglied (1949) die Chance eingeräumt, innerhalb einer gewissen Zeit den Forderungen, wie Wiederherstellung der, durch die Menschenrechtskonvention garantierten Rechte usw. nachzukommen. In der Diskussion spalteten sich die Redner in 2 Hauptgruppen: die einen, der Richtlinie folgend, traten für einen vorläufigen Verbleib der Türkei im Europarat ein. Die anderen beriefen sich auf die Statuten des Europarates, dem parlamentarische, die Menschenrechte achtende pluralistische Demokratien angehören sollen. Dieser Auffassung waren vor allem die skandinavischen, spanischen, portugiesischen und griechischen Mitglieder. Mit einem Stimmenverhältnis 51 zu 48 bei 10 Enthaltungen wurde schließlich das Mandat der Türkischen Delegation nicht mehr verlängert, der Sitz im Ministerkomitee dagegen weiter aufrechterhalten. Die Richtlinie von Herrn Steiner, die vorsieht, 1982 das Problem neu aufzugreifen, sobald der Plan der Wiederherstellung der Demokratie bekannt ist, wurde angenommen.

Herr Hesele betonte im Namen der Österreichischen Delegation, daß er den Verbleib der Türkischen Delegation beim Europarat befürworte, weil diese Entscheidung dem türkischen Volk dienlich sei; diese Überlegung sei für ihn entscheidend; einzige Bedingung sei die Wiederherstellung der Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei.

Flüchtlinge in Salvador

Dieser Bericht von Frau Sampaio versuchte das Problem der Flüchtlinge in Salvador nicht politisch, sondern nur vom humanitären Standpunkt zu betrachten. Die Schuldfrage wurde daher kaum angeschnitten, das Problem der Flüchtlinge und alle Maßnahmen, die zur Linderung des Elends beitragen könnten, wurde dagegen in objektiver, klarer und sachlicher Weise aufgezeigt. Der Bericht stützte sich auf keinerlei tendenziöse und agitatorische Informationen, von welcher Seite auch immer sie kommen mögen.

Die Resolution lädt die Mitgliedstaaten des Europarates ein, die Anstrengungen des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu unterstützen, sowie an die Regierungen zu appellieren, Flüchtlinge aus El Salvador aufzunehmen.

Schutz des Arbeitnehmers im Falle eines Insolvenzverfahrens

Der Bericht der Sozialkommission wurde auf Initiative von Karl Reinhart von der Österreichischen Delegation vorgelegt. Er befaßte sich mit den ständig wachsenden Insolvenzverfahren, die oft als Folge von allgemeinen konjunkturellen Schwierigkeiten, verursacht teilweise durch neue Techniken, zum

VIII

Parlamentarische Delegation beim Europarat

Tragen kommen. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Arbeitnehmer im Falle einer Insolvenz Anspruch auf Lohn für seine bereits geleistete Arbeit habe und forderte in seiner Empfehlung das Ministerkomitee auf, eine Entschließung ausarbeiten zu lassen, die zu einem besseren Schutz der Arbeiter bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers führen sollte. Dazu wäre ein Garantiefonds für die Auszahlung der Löhne zu schaffen, der durch Beiträge der Arbeitgeber und ergänzende Leistungen des Staates zu finanzieren wäre. Der Staat sollte zum Garanten der schuldig gebliebenen Lohnsummen werden. Die Empfehlung sieht vor, die Regelung des Arbeitsschutzes bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers innerhalb des Europarates zu harmonisieren, und mit ähnlich lautenden Vorschlägen der Europäischen Gemeinschaften in Übereinstimmung zu bringen. Die Modalitäten sollten von einem Expertenkomitee studiert und in der Folge auf die 21 Mitgliedstaaten angewendet werden.

Herr Windsteig äußerte sich sehr positiv zu dieser Initiative und betonte, daß es besonders wichtig sei, sich den Problemen der schwächsten Glieder der Wirtschaft anzunehmen.

3. TEIL DER 33. SITZUNGSPERIODE (30. September bis 8. Oktober)

Einige der wichtigsten Tagesordnungspunkte der Herbstsitzung:

- Tätigkeit des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung,
- Diskriminierung von Homosexuellen,
- Die Lage in der Türkei,
- Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada.

Ein Bericht, den Handelsminister Staribacher über die Lage in den EFTA-Ländern vortrug, war aus österreichischer Sicht einer der Höhepunkte des 2. Teiles der 33. Sitzungsperiode. Als Vorsitzender des Ministerrats der Freihandelsorganisation äußerte sich der Bundesminister ganz im Sinne des Kommissionsberichtes. Er betonte, daß die EFTA bei den Verhandlungen mit der EG über die notwendige Vereinfachung der Ursprungsregeln bisher nur teilweise durchgedrungen sei, daß sich die EFTA-Staaten jedoch als wirtschaftlich widerstandsfähiger erwiesen haben, als die meisten großen Industrieländer.

Tätigkeit des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung

Vor 25 Jahren wurde der Wiedereingliederungsfonds geschaffen und aus diesem Anlaß, so betonte Herr Margue als Berichterstatter der Flüchtlingskommission, wurde die vorliegende Empfehlung ausgearbeitet. Besonders in den beiden letzten Jahren wurden immer größere Forderungen an den Fonds gestellt, so daß das Ministerkomitee des Europarates aufgefordert wurde, die Regierungen der Mitgliedstaaten zum Beitritt zu bewegen. Jene Länder, die dem Fonds bereits angehören, sollten diesen dazu benützen, um das Nord-Süd-Gefälle in Europa zu verringern und mehr soziale Aktivität zu zeigen.

Herr Hesele hat sich zu diesem Bericht zu Wort gemeldet und betonte, daß Österreich zwar diesen Fonds nicht angehöre, aber seit 1956 große finanzielle Hilfe für Flüchtlinge aufgewendet und somit seinen Beitrag zur europäischen Solidarität geleistet habe.

Parlamentarische Delegation beim Europarat

Diskriminierung von Homosexuellen

Herr Voogd legte einen diesbezüglichen Bericht im Namen der Sozialkommission vor. Er betonte, es im Namen der Verteidigung der Menschenrechte und des Kampfes gegen jede Diskriminierung zu tun, und forderte die Weltgesundheitsorganisation auf, Homosexualität in der internationalen Klassifikation nicht länger als Krankheit zu bezeichnen. In jenen Ländern, wo Homosexualität zwischen Erwachsenen verfolgt wird, müßte eine Gesetzesänderung erfolgen. Trotz sehr unterschiedlicher Meinungen einigte man sich über einen Text, der in den Ländern des Europarates die Einstellung der gerichtlichen Verfolgungen gegen Homosexuelle und Vernichtung der Karteien forderte. Die Empfehlung sieht vor, bei homosexuellem und heterosexuellem Verkehr das gleiche Mindestalter gesetzlich festzulegen. Bei Anwendung dieser Empfehlung wird sich die Gesetzgebung in Europa, besonders im südlichen Europa, beträchtlich verändern müssen. Zu diesem Bericht beantragte Frau Hubinek ein Berufsverbot für homosexuelle Erziehungsbeauftragte in jenen Bereichen, wo Jugendliche zwangsläufig in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten könnten (Erzieher, Lehrer u. militär. Ausbildung von Rekruten). Dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Die Lage in der Türkei

Zum 3. Male innerhalb eines Jahres erinnerte die Parlamentarische Versammlung des Europarates die türkischen Militärs an ihr Versprechen, so bald wie möglich für demokratische Verhältnisse in ihrem Land zu sorgen. Der Text von Ludwig Steiner von der Österreichischen Delegation enthielt keine Aufforderung zum Ausschluß der Türkei, sondern befürwortete weiterhin eine abwartende Haltung. Bis zur Entscheidung im Jänner 1982 sollten die Kommissionsmitglieder Gelegenheit haben, Eindrücke an Ort und Stelle zu sammeln. Bis dahin könnte man einigermaßen abschätzen, ob eine Entwicklung zu demokratischen Institutionen erwartet werden könne. Bei der Abstimmung über die entsprechende Resolution bewies die Mehrheit der Mitglieder des Europarates Verständnis für die besondere Situation in der Türkei. Man vermerkte zB mit Genugtuung den Rückgang des Terrors im Lande, andererseits unterstrich man sehr deutlich, daß die Türkei als Mitgliedstaat des Europarates dazu verpflichtet sei, der europäischen Konvention für Menschenrechte Geltung zu verschaffen. Herr Steiner betonte, daß es in der Frage der Folter für den Europarat keine Flexibilität in der Beurteilung geben kann. In den Fragen des Zeitpunktes der Rückkehr zur Demokratie und der Gestaltung einer neuen Verfassung gäbe es eine Anzahl von Elementen zu überlegen.

Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada

Der Europarat legt starkes Gewicht auf die Beziehungen zwischen Europa, Nord-Amerika und den anderen außereuropäischen Demokratien, dies kommt immer wieder in den Berichten der politischen Kommission zum Ausdruck.

Der Berichterstatter Baumel betonte, daß die westeuropäischen und nord-amerikanischen Demokratien den Herausforderungen der kommenden Jahre nur gemeinsam begegnen könnten. Er analysierte die Tendenz gewisser europäischer Kreise zum Neutralismus und warnte vor dessen Konsequenzen. Das Schlußkapitel war den Menschenrechten gewidmet. Gewiß

X

Parlamentarische Delegation beim Europarat

gibt es auch hier zwischen Europa und der neuen amerikanischen Regierung Meinungsverschiedenheiten, doch beziehen sich diese nur auf die Art der Durchführung.

Die Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Sie enthielt ua. ein Bekenntnis der Europa-Staaten, Polen wirtschaftlich beizustehen und ihren Beitrag zur Lösung der Probleme im Nahen Osten und in Afrika zu leisten.

Neben den 4 bereits besprochenen Tagesordnungspunkten lag auch ein Bericht der Sozialkommission über die künstliche Befruchtung vor, zu dem Frau Hubinek Stellung nahm. Sie äußerte Bedenken in jenen Fällen, wo Frauen eine künstliche Befruchtung durchführen lassen — jedoch bei der Erziehung des Kindes auf jegliche Mithilfe des Partners verzichten müssen.

Zum OECD-Bericht von Van Lennep sprach Herr Reinhart sein Bedauern aus, daß der Stahlkrise keine größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde und richtete an alle Anwesenden die Frage, was die OECD und der Europarat gegen diese Krise tun werden.

Wien, am 17. Mai 1982

Die Vorsitzenden der Österreichischen Delegation beim Europarat

Abgeordneter zum Nationalrat
Min.-Rat DDr. Hans Hesele m.p.

Abgeordneter zum Nationalrat
Botschafter Dr. Ludwig Steiner m.p.

Zypern

prianon sowie Parlamentspräsident Ladas empfangen. Am 7. Juli unterzeichnete er in Nicosia ein Luftverkehrsabkommen mit Zypern.

Zwischen Österreich und Zypern war ein Ansteigen der Handelsbeziehungen und des Fremdenverkehr zu verzeichnen. Die österreichischen Ausfuhren erreichten 307,24 Mio. S (+ 90,6%), während auf der Einfuhrseite 59,9 Mio. S (− 9%) erzielt wurden. Der Exportzuwachs ist durch österreichische Zulieferungen im Werte von über 70 Mio. S für das Kraftwerk Dhekelia bedingt.

Bericht der parlamentarischen Delegation beim Europarat

Der Bericht der österreichischen parlamentarischen Delegation beim Europarat wird nach seinem Erscheinen als Beilage angeschlossen werden.

*Abkürzungsverzeichnis***Abkürzungsverzeichnis**

ACAST	Advisory Committee on the Application of Science and Technology for Development (Beratendes Komitee für die Nutzung von Wissenschaft u. Technik im Dienste der Entwicklung)
ADB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
AKP	Afrikanisch-Karibisch-Pazifische Länder (Assoz. an die EG; engl. Abk.: ACP)
ANC	African National Congress (Afrikanischer Nationalkongreß)
ANZUS	Pazifikpakt zwischen Australien, Neuseeland, USA
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiat. Nationen)
ASSA	Austrian Solar and Space Agency (Österr. Gesellschaft für Sonnenenergie u. Weltraumfragen Ges mbH)
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements/BIS)
CCC	Conseil de la Coopération Culturelle (Rat f. kulturelle Zusammenarbeit des Europarates)
CD	Committee on Disarmament (Abrüstungskomitee d. Vereinten Nationen)
CEPT	Conférence Européenne d'Administrations des Postes et des Télécommunications (Europäische Konferenz d. Post- u. Telegraphenverwaltungen)
CERD	Committee on Elimination of Racial Discrimination (Rassendiskriminierungskomitee der UNO)
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (Europ. Rat für Kernforschung)
CIJ	siehe IGH
CILSS	Comité permanent inter-états de lutte contre la sécheresse dans le Sahel (Zwischenstaatl. Komitee für die Bekämpfung d. Dürre im Sahel)
COMECON	siehe RGW
CSDHA	Center for Social Development and Humanitarian Affairs (Zentrum für soziale Entwicklung u. humanitäre Angelegenheiten)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungshilfekomitee d. OECD)
DND	Division of Narcotic Drugs (Suchtgiftabteilung der Vereinten Nationen)
DTA	Demokratische Turnhalle Allianz
ECA	Economic Commission for Africa (UNO-Wirtschaftskommission für Afrika)
ECE	Economic Commission for Europe (UNO-Wirtschaftskommission für Europa)

Abkürzungsverzeichnis

ECLA	Economic Commission for Latin America (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika)
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat d. UNO)
ECU	European Currency Unit (Europ. Währungseinheit/EWE des EWS)
ECWA	Economic Commission for Western Asia (UNO-Wirtschaftskommission für Westasien)
EDU	Europäische Demokratische Union
EEC	siehe EWG u. EG
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation; frz. Abk.: AELE)
EG	Europäische Gemeinschaft – EGKS, EURATOM, EWG (European Community/EC, Communauté Européenne/CE)
EGKS	Europäische Gemeinschaft f. Kohle und Stahl, Montanunion (franz. Abk.: CECA)
EMS	siehe EWS
EP	Europäisches Parlament der EG (European Parliament/EP – Parlement Européen/PE)
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europarat (Council of Europe/CE; Conseil de l'Europe/CE)
ESA	European Space Agency (Europäische Weltraumagentur)
ESCAP	Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (UNO-Wirtschaft u. Sozialkommission für Asien u. d. Pazifik)
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUROCONTROL	Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (European Organization for the Safety of Air Navigation)
EURONET	Europäisches Datenfernübertragungssystem
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft siehe EG
EWS	Europäisches Währungssystem (European Monetary System/EMS; Système Monétaire Européen/SME)
FAO	Food and Agricultural Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- u. Handelsabkommen)
GDPT	Generaldirektion f. d. Post- u. Telegraphenverwaltung
HABITAT	UN-Konferenz über menschliches Siedlungswesen (UN Conference on Human Settlements)
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency/IAEA; franz. Abk.: A.I.E.A.)
IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Internat. Bank f. Wiederaufbau u. Entwicklung; Weltbank)

Abkürzungsverzeichnis

ICAO	International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrt-Organisation)
ICM	Intergovernmental Committee for Migration (Zwischenstaatl. Komitee für Auswanderung)
IDA	International Development Association (Internationale Entwicklungsgesellschaft)
IDB	Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
IDS	International Development Strategy (Internationale Entwicklungsstrategie)
IEA	International Energy Agency (Internat. Energie-Agentur der OECD)
IFAD	International Fund for Agricultural Development (Internat. Fonds für Landwirtschaftl. Entwicklung; franz. Abk.: FIDA)
IFC	International Finance Corporation (Internat. Finanzgesellschaft)
IGH	Internationaler Gerichtshof (International Court of Justice/ICJ, Cour Internationale de Justice/CIJ)
IIASA	International Institute for Applied System Analysis (Internationales Institut für Angewandte System-Analyse)
IKPA	Innkreis-Pyhrn-Autobahn
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (engl. Abk.: ICRC; franz. Abk.: CIRC)
ILC	International Law Commission (Völkerrechtskommission der UNO)
ILO	International Labour Organization (Internat. Arbeitsorganisation, IAO)
IMCO	Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (Zwischenstaatl. Beratende Seeschiffahrtsorganisation)
IMF	International Monetary Fund (Intern. Währungsfonds/IWF)
INCB	International Narcotics Control Board (Internationaler Suchtgiftkontrollrat der Vereinten Nationen)
INTELSAT	International Telecommunication Satellite Organization (Internationale Fernmelde-Satelliten-Organisation)
INPADOC	International Patent Documentation (Internationale Patentdokumentation)
IPU	Interparlamentarische Union
ITU	International Telecommunication Union (Internationale Fernmeldeunion)
IWF	siehe IMF
IZW	Internationales Zentrum Wien (Vienna International Center/VIC)
KSZE	Konferenz f. Sicherheit u. Zusammenarbeit in Europa
LAFTA	Latin American Free Trade Association (Lateinamerikanische Freihandelsassoziation)

Abkürzungsverzeichnis

LDC	Less developed country (UNO-Klassifikation für Entwicklungsländer)
LI	Liberale Internationale
LLDC	Least developed country (UNO-Klassifikation für am wenigsten entwickelte Länder)
MATCOM	Material and Techniques for Cooperative Management Training (Projektteam der ILO; Material u. Techniken für die Ausbildung v. Genossenschaftsverwaltern)
MD	Minister-Delegierten (Europarat)
MK	Ministerkomitee (Europarat)
MSAC	Most seriously affected country (UNO-Klassifikation f. am schwersten betroffene Entwicklungsländer)
MURFAAMCE	Mutual Reduction of Forces and Armaments and Associated Measures in Central Europe (Verhandlungen über eine gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa und damit verbundene Maßnahmen, Abrüstungskonferenz in Wien; früher MBFR)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt Organisation)
NGO	Non-governmental organization (nichtstaatl. internat. Organisation)
N.I.C.	Newly Industrializing Country
N+N	Neutral and non-aligned countries (Gruppe der Neutralen u. Blockfreien, KSZE)
NPT	Non Proliferation Treaty (Atomsperrvertrag)
OAS	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
OAU	Organization of African Unity (Organisation für Afrikanische Einheit, Organisation de l'Unité Africaine/OUA)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Leistungen an Entwicklungsländer)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation de coopération et de développement économiques/OCDE, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OFID	OPEC Fund for International Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation der Erdöl exportierenden Länder; frz. Abk.: OPEP)
PLO	Palestine Liberation Organization (Organisation zur Befreiung Palästinas)
PV	Parlamentarische Versammlung des Europarates
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Council of Mutual Economic Assistance/COMECON, auch CMEA)
SALT	Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen)
SDR	siehe SZR

Abkürzungsverzeichnis

SELA	Sistema Económico Latinoamericano (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem)
SI	Sozialistische Internationale
SWAPO	South West Africa People's Organisation (Südwestafrikanische Befreiungsbewegung)
SZR	Sonderziehungsrechte des IMF (Special Drawing Right/SDR)
TNF	Theatre Nuclear Forces (schauplatzgebundene Kernwaffen, eurostrategische Waffen)
UN	United Nations (Vereinte Nationen/VN)
UNCDF	United Nations Capital Development Fund (Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
UNCSTD	United Nations Conference on Science and Technology for Development (Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz d. Vereinten Nationen über Handel u. Entwicklung; franz. Abk.: CNUCED)
UNDOF	UN Disengagement Observer Force (UNO-Friedenstruppe auf den Golan-Höhen)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm d. Vereinten Nationen; frz. Abk.: PNUD)
UNDRO	United Nations Disaster Relief Organisation (Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe)
UNEF	UN Emergency Force (UNO-Friedenstruppe im Nahen Osten)
UNEP	UN Environment Programme (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft u. Kultur)
UNFDAC	United Nations Fund for Drug Abuse Control (Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung d. Drogenmißbrauchs)
UNFICYP	UN Force in Cyprus (UNO-Friedenstruppe in Zypern)
UNFPA	UN Fund for Population Activities (UNO-Fonds für Bevölkerungsfragen)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (UNO-Hochkommissär für Flüchtlinge)
UNICEF	United Nations Children's Emergency Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung; franz. Abk.: ONUDI)

Abkürzungsverzeichnis

UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon (UNO-Friedenstruppe im Libanon)
UNITAR	UN Institute for Training and Research (Institut d. Vereinten Nationen f. Ausbildung u. Forschung)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen/VN, Organisation des Nations Unies/ONU)
UNOV	United Nations Office in Vienna (Büro der Vereinten Nationen in Wien)
UNPA	United Nations Postal Administration (Postverwaltung der Vereinten Nationen)
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNSCEAR	United Nations Scientific Committee on Effects of Atomic Radiation (Wissenschaftliches Komitee der Vereinten Nationen über die Auswirkungen der Atomstrahlung)
UNTAG	UN Transitional Assistance Group (f. Namibia)
UNTSO	UN Truce Supervision Organization in Palestine (UNO-Waffenstillstandsüberwachungskommission in Palästina bzw. im Nahen Osten)
UNU	United Nations University (UN-Universität)
UNV	United Nations Volunteers (UNO-Freiwillige)
UPU	Universal Postal Union (Weltpostverein)
VIC	siehe IZW
VN	siehe UN bzw. UNO
Weltbank	siehe IBRD
WFC	World Food Council (UNO-Welternährungsrat)
WFP	World Food Programme (Welt-Ernährungsprogramm d. FAO)
WFUNA	World Federation of United Nations Organizations (Weltföderation d. UN-Organisationen)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
WMO	World Meteorological Organization (Intern. meteorologische Org.)
WTO	World Tourism Organization (Weltfremdenverkehrsorganisation)

Sachregister

Sachregister

- Abkommen (siehe auch Vertragsübersicht)
- ADR (Rn 2010) 210 ff., 217, 219, 221
- Afrikanischer Entwicklungsfonds 223
- Amtshaftungssachen 219
- Amtshilfeabkommen 209, 216, 403
- Amtssitzabkommen 83, 91, 172, 207, 215, 221 f., 243
- Arbeitslosenversicherung 373
- Assoziierungsabkommen 67, 213 f.
- Ausflugsverkehr 357
- Bilaterale 208 ff.
- Doppelbesteuerungsabkommen 216, 357, 382, 397, 400
- EG-Ausweis 213
- Exportautorisationssystem 215
- Finanzhilfe 215 f., 218, 220, 351, 406
- Gesundheitswesen 400
- Gleichwertigkeitsabkommen 152 f., 331
- Grenzabfertigung 210, 214
- Höhere Lehranstalt für Forsttechnik „Mexiko–Österreich“ 217
- Kfz 223
- Kleiner Grenzverkehr 357
- Konzertierungsabkommen Gemeinschaft – COST 222
- Kulturabkommen 141, 146, 150, 152 f., 209, 217 f., 318 f., 321, 328, 339, 343, 347, 356, 363, 374, 379, 383, 388 ff., 392, 400, 402, 409, 413
- Multilaterale Abkommen 222 f., 230
- Nahrungsmittel 214, 218 f.
- Rechtshilfe 209, 217, 219, 363
- Sichtvermerksabkommen 217 f., 326 (siehe auch Sichtvermerke)
- Soziale Sicherheit 214, 217, 220 f., 357, 363, 393, 411, 413
- Technische und Finanzielle Kooperation 406
- Textilabkommen 215 f., 218
- Ursprungszeugnisse 215 f., 220
- Verfahrensübereinkommen Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 222
- Verhinderung der Steuerumgehung 357
- Verkehrsabkommen 209, 213, 216, 222, 417
- Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs 393 f.
- Verlauf der österreichisch-jugoslawischen Staatsgrenze 216
- Vermögensfragen 215, 159
- Veterinärwesen 220
- Wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit 209, 382
- Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 152, 209, 215, 219, 331, 363
- Zivilsachen 393
- Zollangelegenheiten 209 f., 223, 331
- Ablehnungsfront 36
- Abrüstung 11, 14 ff., 17 ff., 35, 74, 231, 233, 240, 248, 250, 258 f., 268 ff.
- Kommission 271
- Komitee 269 ff.
- Afghanistan 15, 19, 28 f., 35, 43, 74, 129, 157 f., 162, 169, 257, 264, 270, 317, 385
- African National Congress (ANC) 266
- Afrika 31 ff., 44 f., 90 f., 105, 117, 119, 129, 131, 135, 169, 171, 195 f., 257 f., 280, 287, 322 f., 325, 328 f., 332, 341, 345 f., 348, 364, 366 f., 369, 371 f., 374, 376 ff., 381, 384, 390 f., 396 ff., 404 f., 407 f., 412, 415 f.
- Südlich der Sahara 31 ff., 44 f., 367
- Afrikanische Entwicklungsbank 135
- Afrikanischer Entwicklungsfonds 223
- Ägypten 25 ff., 35, 43, 110, 129, 131, 142, 152 f., 159, 162, 199, 270, 317
- Akademie der Wissenschaften 79 f., 92, 356, 363, 413

Sachregister

- Albanien 148, 318f.
 Algerien 28, 32f., 78, 89, 114, 129, 198, 203, 280, 319
 Alpenländer, Arbeitsgemeinschaft 39f.
 Alpen-Adria, Arbeitsgemeinschaft 39f.
 Ältere Menschen (siehe auch Weltversammlung über Probleme der älteren Menschen) 85, 173, 176, 281
 Amerika – siehe Vereinigte Staaten von
 American Samoas 284
 Amnesty International 283
 Amtswohnungen 11
 Andenpakt 37
 Andorra 38
 Angola 129, 131, 257, 266, 322, 339
 Anthologie österreichischer Gegenwartsliteratur 149
 Antigua und Barbuda 38, 46, 262, 283f.
 Antisatellitenwaffen 270
 Antisemitismus 296
 APA-Nachrichtenblock 196
 Apartheid 31, 45, 75, 266, 282, 404
 Äquatorial-Guinea 323
 Arabische Demokratische Republik Sahara 38
 Arabische Gebiete (besetzte) 25ff.
 Arabische Liga 27, 35, 263
 Arabische Staaten 25ff., 41ff., 74, 119, 250, 264, 270
 Arbeitslosenrate 23, 25, 53, 65f., 200, 204
 ARBÖ 157
 Archäologische Forschungen 353, 411
 Archivabkommen 362f.
 Argentinien 37, 97, 129, 208, 262, 288, 324
 ASEAN 30, 37, 43f., 264, 375, 387, 406
 Asiatische Entwicklungsbank 136
 Asien 90f., 105, 129, 132, 135, 171, 195f., 258, 287
 Aspen Institute 299
 Asylansuchen, -werber 168, 205, 280, 300, 309, 321
 Asylland Österreich 13, 164, 168ff., 205f.
 Äthiopien 131, 135, 325f.
 Atomkraft – siehe Energie
 Atomsperrvertrag (NPT) 19, 78f., 266
 Atomteststopvertrag 19
 Atomwaffen – siehe Nuklearwaffen
 Atomwaffenfreie Zonen 270
 AUA 392
 Audiovisuelle Mittel 141ff.
 AUSBATT (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 193, 405
 Ausbildung 226f., 351, 353, 377, 385, 391f.
 AUSCON (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 193
 Ausfuhrförderung 94
 Ausländische Außenminister – siehe Besuchsdiplomatie
 Ausländische Regierungschefs – siehe Besuchsdiplomatie
 Ausländische Staatsoberhäupter – siehe Besuchsdiplomatie
 Auslandsgäste 201f.
 Auslandskulturenquete 138
 Auslandskulturpolitik 39, 76, 93, 137ff., 335
 Auslandsösterreicher 46, 159ff., 181, 404
 Auslandsösterreichertreffen, -werk, -zeitschrift 160
 Auslandsschulen 151, 348, 384, 411
 Auslieferungsverträge 208, 363
 Außenhandel 25, 39, 51, 95, 158, 202, 327, 330, 332, 346
 Außenhandelsstellen 106, 160, 364
 Außenministertreffen, vorbereitendes – siehe Cancun
 Außenpolitische Sprecher 177
 Außenwirtschaftspolitik 39, 93ff., 351f.
 Ausstellungen 68, 137ff., 145, 311ff.
 Austausch (Professoren, Studenten, Assistenten, Experten, Wissenschaftler) und -programm 146ff., 150ff., 352, 360, 363, 366, 368, 383, 388, 392, 404, 413
 Australien 46f., 159, 168f., 195, 205, 269, 283, 325f.
 Auswärtiger Dienst 38, 178ff.
 Autonomie 26, 256, 358f.
 Autorenlesungen 139, 146

Sachregister

- Bahamas 162, 208, 326
 Bahrain 43, 199, 326
 Bangladesh 78, 83, 111, 114f., 133, 162, 326f.
 Bantustans 266
 Barbados 327
 Befreiungsbewegungen 120
 Behinderte 85, 154, 165, 173, 281, 300, 304, 383
 Bekaa-Ebene 28
 Belgien 142, 150, 152f., 208, 245, 284, 300, 307
 Belize 38, 46, 254, 262, 283, 327
 Benin 262, 328
 Bermudas 284
 Besuchsdiplomatie 38 ff., 50, 55f., 74, 94, 198f., 166
 Besuchsreisen 166f.
 Bhutan 38, 129, 132, 328f.
 Bilaterale Beziehungen Österreichs 38 ff.
 Bildende Kunst 138, 311 ff., 381
 Bildung 84, 150f., 368
 Binnenstaaten 106, 290
 Blockfreie 29f., 34f., 254, 258, 263, 268f., 271f., 274, 279, 283f., 289
 Bolivien 37, 129, 282, 328
 Bophutatswana 38
 Botschaften 38, 94, 155, 178f.
 Botschafterkonferenz 367
 Botswana 329f.
 „Brandt“-Kommission 224
 Brasilien 97, 114f., 129, 159, 262, 330
 Brunei 38
 Bruttonationalprodukt 128f., 200, 204
 Bücheraktionen, -spenden 137, 139, 146
 Budgetkapitel „Äußeres“ 177, 181
 Budgetüberschreitung (BMI) 168
 Bulgarien 73, 92, 142, 146f., 149, 152f., 156, 162, 167f., 199, 209, 331f.
 Bundesjugendring, österreichischer 305
 Bundeskammer 68, 81, 94, 158, 160
 Bundeskanzleramt 64, 81, 100, 126f.
 Bundesland (Zehntes) 160
 Bundesministeriengesetz 126, 178
 Bundespressediens 143, 176f., 334
 Bundesvoranschlag (siehe auch Budget) 181
 Burma 332
 Burundi 332
 Camp David-Verträge 25 ff.
 Cancun-Gipfel 13, 21 ff., 45, 74, 100, 112 ff., 173, 175, 224 ff., 246, 259, 275f., 319f., 326, 336, 345f., 351, 365, 378, 382, 387, 392f.
 CD (Committee on Disarmament) 269f., 272
 CERD (Rassendiskriminierungskomitee) 282, 291
 CDCC – siehe Europarat
 CERN (Europäischer Rat für Kernforschung) 68
 Chemische Waffen (siehe auch Waffen) 19
 Chile 37, 129, 162, 279, 333
 China, Volksrepublik 44, 114, 129, 170, 209, 262, 286, 289, 333 ff.
 Ciskei 38, 266
 Club de Dakar 174
 COMECON – siehe RGW
 COST 62 ff., 222
 Costa Rica 33 ff., 335
 CSDHA (siehe auch Vereinte Nationen) 76, 84 ff., 196, 278, 280f.
 CSSR 13, 39, 73, 78, 92, 98, 142, 152f., 156, 160, 162, 167f., 198, 203, 205, 220, 255f., 262, 279, 342, 408
 DAC 118f., 127
 Dänemark 57, 169, 209, 246, 307, 335
 Daten, statistische 200f.
 Datenbank 308
 Datenschutz 308
 Datenverarbeitung 303
 Dekolonisierung 282 ff., 290
 Denkmalpflege, -schutz 306, 353
 Détente – siehe Entspannung
 DND 196
 Deutsche Demokratische Republik 92, 141, 145, 147, 149, 152f., 160, 167, 203, 213, 244, 262, 282, 289, 338 ff.

Sachregister

- Deutschland, Bundesrepublik 39, 73, 92, 98, 114, 136, 142, 144, 147, 156, 158f., 162, 169, 174, 198, 203, 209ff., 244f., 255, 262, 267, 279, 284, 300, 307, 327, 336ff.
 Deutschlehraustausch 151
 Diaserien 144
 Diplomatie (Stille) 164
 Diplomatische Akademie 178, 181f.
 Diplomatische Beziehungen Österreichs 38ff.
 Diplomatisches Corps 239, 241
 Diskriminierung, rassistische, religiöse und jede andere Form 166, 173, 266, 304, 404
 Djibouti 38
 Dokumente (im Außenpolitischen Bericht) 224 ff.
 Dominica 38
 Dominikanische Republik 340
 Donaukommission 73
 Dritte Welt 15, 19, 21 ff., 32, 34, 78, 83, 89, 109, 111, 126f., 249, 272 ff., 281, 320, 333
 Drittlandskooperation 230, 342f.
 Drogenmißbrauch – siehe Suchtgifte
 DTA (Demokratische Turnhalle-Allianz) 31

 ECE 72f., 100, 103f., 242, 292
 ECOSOC 75, 85, 121ff., 135, 166, 206f., 262, 289f., 292
 EDU 46, 326, 330, 334
 EFTA 25, 48f., 51ff., 58f., 61f., 94, 130, 248, 295, 354, 402
 EG 24, 26, 29, 35, 48f., 51, 53ff., 59ff., 62, 64, 94, 122, 196, 213f., 248, 250, 293, 296, 302f., 307f.
 – Süderweiterung 60f.
 Eheschließungen 166f., 390
 Eiserner Vorhang 247
 Ekuador 37, 89, 129, 341
 Elfenbeinküste 108, 114f., 341
 El Salvador 14, 33 ff., 45, 258, 278f., 342
 EMBC 68
 Energie 21 ff., 64f., 71ff., 88ff., 91, 95ff., 99ff., 111f., 115f., 120, 122, 174, 201, 225ff., 242, 244f., 246, 260, 275, 302
 – Atomenergie 78ff., 101, 245, 269ff.
 – Einsparung 23f., 99, 101
 – Importe 23 ff., 66, 95 ff., 102, 201, 203, 399f.
 – neue und erneuerbare Energiequellen 24, 100f., 104 ff., 112f., 118, 260, 274f., 277, 368, 402
 – Sicherung der Energieversorgung – siehe Sicherung
 – Sonnenenergie 377, 403
 Entspannung 12, 16f., 38, 40, 71, 240, 244f., 247f., 254f., 257, 272, 362
 Entwicklung 227f., 242, 250, 258f., 271, 275
 Entwicklungsbanken 37, 91, 126, 135f.
 Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen 130
 Entwicklungshilfe 21 ff., 35, 37, 64 ff., 77, 80ff., 90, 119, 122, 126, 128ff., 174, 278, 317, 323, 325, 327ff., 332, 341, 349, 362, 366, 368f., 372, 375f., 377, 379f., 383f., 386f., 391, 396f., 404, 406f., 411f., 416
 Entwicklungsländer 19, 21 ff., 24f., 66, 78, 80ff., 85, 89ff., 94ff., 99, 103, 110ff., 117, 120, 122 ff., 125ff., 132f., 172, 222, 224ff., 259f., 273f., 276ff., 279, 281, 285
 Entwicklungsplanung, -programme 80ff., 227, 229, 410
 Entwicklungspolitik 23, 39, 80ff., 90, 111ff., 249f., 259
 Entwicklungsprojekte 91
 Entwicklungsstrategie – siehe IDS
 Entwicklungszusammenarbeit 39, 80ff., 125ff., 327, 350, 406f.
 Ephesos 411
 EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) 50, 54
 Erdbebenhilfe – siehe Katastrophenhilfe
 Erdgas 98 ff., 101, 104, 203, 399f., 410
 Erdöl 21, 23 ff., 65f., 88ff., 95f., 98 ff., 111, 203, 242, 392, 399, 411
 – erdölexportierende Länder 88, 97, 111, 122, 228f.
 – erdölexportierende Entwicklungsländer 122
 – erdölimportierende Entwicklungsländer 122

Sachregister

- Erstasylland 170, 309
 Erwachsenenbildung 301 ff.
 ESA 67 f., 214
 Ethnische Gruppen – siehe Volksgruppen
 EURATOM 79
 EUROCONTROL 69
 EURONET 64
 Europa 15, 38, 40, 70 ff., 195, 244 f., 247 f., 250, 255, 258, 294, 306 f., 327 f., 331, 335 f., 342 f.
 – Europabegriff 248, 250
 Europäische Abrüstungskonferenz 20
 Europäische Demokratische Union – siehe EDU
 Europäische Freihandelsassoziation – siehe EFTA
 Europäische Gemeinschaften – siehe EG
 Europäische Integration 25, 48 ff., 56, 348
 Europäische Menschenrechtskommission 282, 297
 Europäische Menschenrechtskonvention 164, 234, 247, 251, 295 f., 297 ff.
 – Rechtsschutzsystem 234 f.
 – Zusatzprotokoll 234
 Europäische Ordnung für Soziale Sicherheit 299
 Europäische Sozialcharta 299
 Europäische Weltraumorganisation – siehe ESA
 Europäische Zusammenarbeit 48 ff., 294 ff.
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 222, 298 f.
 Europäisches Forum Alpbach 396
 Europäisches Jugendwerk 304 f.
 Europäisches Jugendzentrum 304
 Europäisches Parlament 52, 296, 303
 Europäisches Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften 39 f., 307
 Europäisches Übereinkommen
 – über die Rechtsstellung der Wanderarbeiter 299 f.
 – über soziale und medizinische Hilfe 299
 – über soziale Sicherheit 299
 – zum Schutz wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tiere 306
 Europäisches Währungssystem – siehe EWS
 Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt 221
 Europarat 48 ff., 164, 234 f., 247 ff., 250, 293 ff., 411
 – Budget 235, 250, 294
 – Dokumentationszentrum im Direktorat für Menschenrechte 235, 295
 – Expertenkomitees 295
 – Fachministerkonferenzen 50, 293 f., 303
 – Generalsekretär 49 f., 295
 – Leitungskomitees 164, 234, 295 f., 299 f., 305 ff., 308 f.
 – Juridische Zusammenarbeit 49, 308
 – MD-Komitee 293, 296 f.
 – Ministerkomitee 49 f., 164, 234, 251, 293 ff., 298 ff., 303, 306 f.
 – Österreich, Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten 294 f.
 – Parlamentarische Versammlung 50, 247, 249, 251, 293 ff., 296, 299, 301, 303, 307
 – Sekretariat 310
 Eurostrategische Waffen – siehe TNF
 EWS 53, 61
 Expertenaustausch 147, 150, 375, 397
 Expertenbüro 136
 Expertengespräche 409, 413
 Exporte 51, 53, 55 ff., 94 ff., 111, 225, 228, 317 ff.
 Exportfinanzierungskomitee 126
 Fahed-Plan 27, 35
 Familienzusammenführung 166 f., 390
 FAO 48, 76, 109, 206 f.
 Faschismus, Nazismus und andere totalitäre Regierungsformen, Maßnahmen gegen 165, 282, 296
 Feasibility-Studien 127, 131 f., 406
 Ferner Osten 43 f., 326, 333, 339, 360, 369 f., 380
 Fidschi 38, 47
 Film 137, 141 ff., 351, 400, 402, 404
 Finnland 71, 92, 142, 152 f., 214, 244, 262, 283, 342 f.

Sachregister

- Flüchtlinge 28f., 164, 168ff., 260, 265, 274f., 278, 280, 300, 309, 319, 321f., 325, 357, 374, 385, 415
 – Aufnahmeländer 168f.
 – Traiskirchen 168
 Flugsicherung – siehe EUROCONTROL
 Folgetreffen – siehe KSZE
 Folter 165, 260
 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland 160
 Forschungskoperation 62ff., 68f., 91f.
 Frankreich 31f., 92, 114, 142, 144, 150, 152f., 174, 198, 203, 245f., 260, 262, 267, 270, 284, 288f., 295, 297, 307, 341, 343ff.
 Frauenfragen 173, 278, 280, 301, 304, 309f.
 Freihandel 48, 51ff., 55f., 65, 93, 95, 248, 295
 Friedensbewegung 15, 18, 245
 Friedenserhaltende Operationen 13, 36, 75, 193, 286, 291, 405, 416
 Friedenspolitik 11f., 14ff., 164, 174, 246, 251, 252, 256, 258, 260f., 349
 Friedenszone 272
 Friedliche Streitbeilegung 11, 14, 16
 Frontlinienstaaten 267

 Gabun 89, 119, 345
 Gambia 158, 345
 Gastarbeiter 279, 300ff., 304, 362, 411
 Gastbesuche ausländischer Wissenschaftler 148
 GATT 22, 52, 58f., 66, 76, 206f., 219, 222, 276
 Gaza 26ff., 265
 Gefängnisbesuche 155
 Gemeinde- und Regionalangelegenheiten (ER) 307
 Generalkonsulate 178, 387
 Geiseln 28, 35, 260
 Gemischte Kommissionen 93, 331, 343, 347, 353, 357, 371, 400f., 402f., 409f., 413
 Genfer Abrüstungsausschuß 19f.
 Gesellschaftsordnung 39, 239, 247, 255
 Gesundheitswesen 76, 84, 227, 305f., 383, 404

 Ghana 129, 158, 345
 „Gleichgesinnte Länder“ 23, 46
 Gleichgewicht 11f., 246, 255, 362
 Globale Verhandlungsrunde (Global Round) 21f., 74, 100, 112, 116f., 224, 259, 275f.
 Golan 26, 75, 265, 286, 405
 Golfkooperationsrat 36
 Golfstaaten 36, 43, 323, 326
 Grenada 345
 Grenzkommision 410
 Griechenland 156, 199, 214, 262, 299f., 306, 346
 Großbritannien 57, 92, 107, 114, 136, 150ff., 158, 198, 221, 245f., 267, 269, 284, 288f., 299, 301, 307, 346
 Grundrechte 234ff., 239, 273, 279, 296, 309
 Grundsatzserklärungen 239ff.
 „Gruppe der 77“ 78, 112, 123, 276, 285
 Guam 284
 Guatemala 33ff., 129, 151, 278f., 348
 Guinea 32, 114, 162, 348
 Guinea Bissau 110, 136, 348
 Gute Dienste 264
 Guyana 262, 349

 HABITAT 125
 Haager Übereinkommen betreffend Verfahren in bürgerlichen Rechts-sachen 403
 Häftlinge 156, 300, 309
 Haiti 83, 349
 Handel 21ff., 24f., 51ff., 64ff., 72ff., 95, 98, 115f., 120, 122, 275, 320, 326, 329, 333, 342
 Handelshemmnisse 51ff., 56ff., 72ff., 93f., 116
 Handelspolitische Differenzen 24f., 53f., 249
 Handelsrecht, internationales 76, 88
 Heiliger Stuhl 196, 349f.
 Heimsendungen 156f.
 Helsinki Schlußakte – siehe KSZE
 Hilfsaktionen 161, 170f., 358
 Hochzinspolitik 23f., 95
 Honduras 33ff., 350
 Hongkong 142, 215

Sachregister

- Humanitäre Angelegenheiten (siehe auch CSDHA) 12, 84 ff., 171, 390, 414
 Humanitäre Außenpolitik 164 ff., 415
 Humanitäre Härtefälle 164, 166 f., 409
- IAEA (IAEO) 18 f., 76 ff., 172 f., 196, 206 f., 215, 222, 266, 286, 322
 Iberische Halbinsel 137
 IBRD – siehe Weltbank
 ICAO 76
 ICM 168, 170, 197
 IDA 126, 130
 Identitätsdokumente 309
 IDS 122
 IEA 100 ff., 118
 IFAD 76, 206 f., 277
 IFC 126, 130
 IGH – siehe Internationaler Gerichtshof
 IIASA 77, 91 f., 174, 197, 322
 IIRD 172
 IKK (Internationale Kambodscha-Konferenz) 13, 30, 37, 43 f., 74, 252, 257, 264, 365, 387, 398, 406
 IKPA – siehe Innkreis-Pyhrn-Autobahn
 ILC 287
 ILO 76, 131, 206 f.
 IMCO 76, 206
 IMF (IWF, Internationaler Währungsfonds) 22, 76, 174, 206 f., 224, 276, 321
 Importe 23 ff., 51, 53, 55 ff., 95 f., 106, 228, 317 ff.
 Indien 29, 43, 111, 114, 129, 142, 146, 156, 174, 198 f., 215, 262, 288, 339, 342, 351 f.
 Indischer Ozean 372
 Indonesien 37, 78, 89, 129, 144, 152, 215, 262, 283, 352
 Industrialisierung 80 ff., 227 f., 230
 Industriestaaten 21 ff., 77, 81 f., 89 f., 100, 113, 119, 122 f., 125, 128, 135, 226 ff., 230, 243, 245, 259, 277 f., 284
 Inflation 23 f., 65 f.
 Information 175 ff., 231 ff., 255, 272 f., 309
 – im militärischen Bereich 231 ff.
- INIS (International Nuclear Information System) 80
 Innkreis-Pyhrn-Autobahn 62
 Inspektion 181
 Institut für Internationale Beziehungen 182
 Integriertes Rohstoffprogramm 107
 Interamerikanische Entwicklungsbank 136
 Interdependenz 12, 21, 23, 44, 48, 66, 224 f., 231, 243, 245, 256
 Interimsfonds 130, 277
 International Peace Academy 174
 Internationale Kambodscha-Konferenz – siehe IKK
 Internationale Organisationen in Wien 76 ff., 196 f., 265
 Internationale Schule Wien 173
 Internationale Sicherheit 11 ff., 19
 Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit 51 ff., 64 ff., 70
 Internationale Wirtschaftslage 52, 64 ff.
 Internationaler Gerichtshof 174, 288
 Internationaler Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte 165 f.
 Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte 166
 Internationaler Währungsfonds – siehe IMF
 Internationales Diplomatenseminar 174
 Internationales Komitee des Roten Kreuzes 171, 283, 319
 Internationales Treffen über Zusammenarbeit und Entwicklung – siehe Cancun-Gipfel
 Internationales Zentrum Wien (IZW) 76 ff., 84 f., 117, 144, 172, 222, 286
 Intervention – siehe militärische Intervention
 Interventionsfälle – siehe Humanitäre Härtefälle bzw. Flüchtlinge
 INTOR 79 f.
 Irak 18, 28 f., 43, 98 ff., 129, 157 f., 203, 257, 266, 270, 352
 Irak-Iran-Konflikt 35 f., 43, 88, 352
 Iran 14, 28 f., 43, 88, 99 f., 129, 158, 203, 257, 353
 Irland 262, 289, 301, 303, 353
 Islamische Konferenz 29, 36
 Islamische Welt 243, 258

Sachregister

- Islamischer Fundamentalismus 279
 Island 354
 Israel 18, 25 ff., 41 ff., 75, 129, 136, 162, 193, 256 f., 262, 265 f., 355
 Italien 39 f., 56, 92, 127, 146, 150, 152 f., 156, 170, 203, 256, 262, 270, 284, 307, 355
 ITU 76, 206 f.
- Jamaica 359
 Japan 24, 44 f., 53 f., 79, 92, 111, 114, 136, 149, 263, 284, 289, 360
 Jemen, Arabische Republik 262, 361
 Jemen, Demokratische Volksrepublik 361
 Jordanien 129, 132, 262, 361
 Journalisten 137 f., 176
 Jugendaustausch 151 f.
 Jugendfragen (siehe auch Kinder und Jugend) 85, 304
 Jugendjahr (Internationales) 85 f.
 Jugoslawien 35, 39, 53 f., 62, 71, 73, 96, 114, 136, 152 f., 156, 162, 170, 174, 198, 203, 215, 244, 255, 262, 272, 362
- Kagera River Valley Development 127, 332, 391, 406, 411
 Kambodscha-Problem 257, 345, 398
 Kambodscha – siehe Kampuchea
 Kambodscha-Konferenz – siehe IKK
 Kamerun 129, 262, 364
 Kampuchea 252 f., 262 ff., 365
 Kanada 40 f., 92, 114 f., 159, 168 f., 174, 195, 198 f., 205, 216, 267, 365
 Kap Verde 110, 131, 366
 Karawankentunnel 363
 Karibik 45 f., 90, 284, 326 f., 345, 359, 370, 408
 Katar 43, 89, 199, 263, 367
 Katastrophenhilfe 170, 349, 358, 366, 376
 Kenia 32, 44, 129, 146, 196, 199, 367
 Kernkraft – siehe Energie
 Kernfusionsforschung 79 f.
 Kernwaffentest 269
 Khmer Rouges 29 ff.
 Kinder und Jugend 84, 235, 280 f.
 Kiribati 38, 47
 Koexistenz 12, 17, 39 ff., 255
 Kohle 23, 98 ff., 101, 104, 111, 203, 245
 Kolonial- und Treuhandschafftsfragen 282 f.
 Kolumbien 37, 78, 129, 263, 368
 Komoren 369
 Kommunikationswesen, 172 ff., 228, 273
 Konferenzen und Kongresse 13, 75, 77, 79, 85 f., 88, 90, 100, 104 ff., 109, 113 ff., 172 ff., 240, 260, 267 f., 290, 294 f., 299 ff., 306 ff.
 – Armand Hammer-Konferenz 260
 Konfrontation 11, 13, 14 ff., 74, 244
 Kongo 75, 193, 369
 Konsular- und Rechtsfragen 155 ff., 394 f.
 – Abkommen 162 f., 220
 Konsularkonferenzen 155, 403
 Konsularische Beziehungen Österreichs 348, 398
 Konsularische Vertretungen (ausländische) 195
 Konsumentenschutz 300
 Kontaktgruppe 31, 75, 257
 Kooperation, wirtschaftliche 80 ff., 243, 255
 Kooperationsabkommen, -projekte 80 ff., 229
 Korea 78, 129, 244
 – Koreanische Demokratische Republik 97, 370
 – Republik Korea 97, 216, 369
 Kreta 162
 Krisengebiete 14, 157 f., 258
 Krisenvorsorge – siehe Sicherung der Energieversorgung
 KSZE 13 ff., 20, 35, 41, 49, 70 ff., 100, 104, 236, 240, 243, 254 f., 272, 296, 342, 391, 393 f.
 Kuba 119, 133, 216, 370
 Kulturabkommen – siehe Abkommen
 Kulturelle Veranstaltungen 311 ff., 351 f., 374
 Kulturelles Erbe 380, 402
 Kulturinstitute 38, 137 f., 140, 143 ff., 146, 148 ff., 158, 160, 178 f., 182, 318, 343 f., 347, 354, 356, 411, 413
 Kulturräte 137 f., 146, 356, 409
 Kulturübereinkommen 209, 217 f., 390
 Kunst 138 f.
 Kuwait 43, 88, 199, 371

Sachregister

- Länderbeiträge 317 ff.
 Landesverteidigung 12, 396
 Landwirtschaft 21, 54, 59 f., 91, 127, 227 f.
 Laos 371
 Lateinamerika 37, 45, 90 f., 97, 105, 119, 129, 132, 135, 139, 141, 171, 181, 195 f., 237, 270, 287, 339
 Lehrkräfte, österreichische 346, 369, 393, 402, 411, 416
 Lektoren 147, 347, 354, 357, 360, 388, 390, 402
 Lesetourneen österreichischer Schriftsteller 139, 355, 366, 395, 411
 Lesotho 83, 129, 371
 Libanon 26, 28, 84, 158, 256 f., 264, 286, 372
 Liberale Internationale (LI) 421
 Liberalismus 249
 Liberia 158, 162, 263, 372
 Libyen 32 f., 89, 203, 281, 373
 Liechtenstein 39, 71, 153, 163, 178, 198, 255, 306, 373
 Literatur 139 f., 355, 357, 366, 371, 380, 388, 393, 396, 400, 411
 Luxemburg 152 f., 198, 216, 300, 306, 309, 373

 Madagaskar 374
 Madrider Folgekonferenz – siehe KSZE
 Maghreb 41 ff., 127, 377, 410
 Malawi 374
 Malaysia 37, 262, 375
 Malediven 375
 Mali 32, 131, 263, 376
 Malta 71, 198, 281, 306, 376
 Malteser Ritterorden 38, 376
 Markenschutz 51, 58
 Marokko 32 f., 129, 131, 156, 216, 283, 377
 Marshall-Plan 249
 Marshall-Plan für die Dritte Welt 225 ff.
 Massenmedien 273, 303, 309, 392, 414
 Massenvernichtungsmittel 249
 MBFR – siehe Truppenabbauverhandlungen
 MATCOM 197
 Mauretanien 32, 83, 377
 Mauritius 378
 Menschenrechte 15 f., 30, 45, 49, 70 f., 74, 154, 164 ff., 234 f., 236, 240, 247, 251 f., 258, 260, 265, 272 f., 278 f., 289, 293 ff., 302, 309
 – Förderung 165 f.
 – Menschenrechtsbeschwerden 295, 297 f.
 – Dokumentationszentrum 295
 – Internationales Institut für Menschenrechte 299
 – Menschenrechtspakte 279 f., 165
 – österreichische Stellungnahmen 165
 – Verhaltenskodex für Rechtsdurchsetzungsorgane im nationalen Bereich 165
 – Verletzungen 164, 257, 264, 269, 279
 Mexiko 21, 23, 45, 114 f., 129, 132, 142, 152 f., 174, 198, 216 f., 262, 268, 289, 378 f.
 Militärausgaben 15, 17 ff., 217, 232, 271
 Militärische Intervention 14 ff., 29, 43
 Militärische Invasion 257
 Minderheiten 362 (siehe auch Volksgruppen)
 Minderheitenschutzkommission 165
 Mittelamerika 33 ff., 45 f., 90, 258, 335, 340, 342, 348, 350, 378, 382, 385
 Mittelmeer 270
 Mittelstreckenraketen – siehe TNF
 Mittlerer Osten 25 ff., 43 f., 49, 243, 270, 317, 353, 385
 Moçambique 110, 266, 339, 379
 „Modell Österreich“ 176
 „Modus vivendi“ 12, 17, 39, 255
 Monaco 38
 Mongolische Volksrepublik 380
 Multifaserabkommen 109
 Multilaterale Zusammenarbeit 48 ff., 94, 172
 MURFAAMCE – siehe Truppenabbauverhandlungen
 Museumsausstellungen 311
 Musik, Veranstaltungen 140 f., 324, 357, 360, 366, 371, 374 f., 381, 383, 387 f., 393, 395, 405, 407, 409

Sachregister

- Nachbarschaftspolitik 38 ff., 256, 362, 394, 408 f., 412
 Nachbarstaaten 38 ff., 336, 355, 362, 373, 394, 408, 411
 Naher Osten 25 ff., 41 ff., 49, 74, 84, 112, 256, 264, 266, 289, 317, 323, 326, 339, 352 f., 361, 367, 371 ff., 384, 392, 405, 410
 Nahostkonflikt 256 f., 264 f.
 Nahrungsmittelhilfeübereinkommen (FAC) 109 f., 130, 379
 Namibia 31, 75, 158, 257, 267, 289, 323, 404
 NATO 14 ff., 70 ff., 268 f.
 NATO-Doppelbeschluß 15, 18
 Nauru 38, 47, 217
 Nepal 110, 129, 380
 Neue Internationale Wirtschaftsordnung 22, 88, 249, 255
 Neue Weltinformationsordnung 273
 Neujahrsansprache des Bundespräsidenten 239
 Neuseeland 46 f., 195, 380
 Neutrale Staaten 30, 71, 244, 250, 252, 254, 268 f., 342
 Neutralität 13, 48, 71, 239, 244, 251
 Neutralitätspolitik 12 ff., 16, 30, 40, 48, 164, 393
 Neutronenwaffen – siehe Waffen
 Niederlande 78, 92, 107, 144, 217, 245, 262, 270, 300, 306 ff., 327, 381
 Niger 289, 381
 Nigeria 32, 89, 114, 129, 174, 198, 203, 270, 381
 Nikaragua 33 ff., 45, 129, 132, 170, 198, 382
 N + N-Staaten 16 f., 19, 35, 70 ff., 255, 391
 Nordafrika 181, 319, 339
 Nordamerika 40, 365
 Nord-Süd-Beziehungen 11 ff., 14, 21 ff., 33, 45, 66, 74, 77, 82, 89, 100, 112 ff., 114 ff., 118, 173 f., 224 ff., 250, 259 f., 275, 305, 319, 345, 365
 Norwegen 67, 147, 152 f., 169, 217, 245 f., 307, 383
 Nuklearrüstung 11, 17 ff.
 Nuklearwaffenfreie Zonen – siehe Atomwaffenfreie Zonen
 ÖAMTC 157
 OAS 37
 OAU 31 ff., 36 f., 263, 266, 270, 283, 367
 Obervolta 129, 131, 384
 ODA 128 f.
 OECD 22, 23 ff., 48 f., 64 ff., 93 ff., 98 ff., 111, 118 f., 127 ff., 228, 275
 – Türkeikonsortium 411
 Öffentlichkeitsarbeit 175 f.
 Offizielle Besuche – siehe Besuchsdiplomatie
 Oman 384
 OPEC 24 f., 77, 88 ff., 97 ff., 103, 111, 174, 197, 224, 243 f., 246, 322, 378
 OPEC-Fonds 77, 89 ff., 172, 197
 OPEC-Seminar 90, 242
 Organisationsplan des Außenministeriums 178, 187 f.
 Organisationen, regionale und überregionale 14, 34 ff., 126, 128
 Ost-West-Beziehungen 11 ff., 14 ff., 17 ff., 24, 33, 40, 44, 48, 70 ff., 73 ff., 91, 99, 104, 182, 250, 254, 259
 Österreich in der Welt 11 ff.
 Österreich: Ort der Begegnung 172 ff.
 Österreichberichterstattung 176
 Österreichwochen 144 f.
 Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen 171
 Österreichischer Informationsdienst 176
 Österreichisches Archäologisches Institut 346
 Österreichisches Nationalkomitee für Polenhilfe – siehe Polen: Nationalkomitee
 Osteuropa 40 f., 70, 96, 137, 160, 166, 169, 250, 269 f., 272, 284 f., 322, 342
 Osthandel 96
 Osttimor 283 f.
 Ottawa-Gipfel 21, 24, 35, 115
 Ozeanien 46, 162, 380, 386
 Pakistan 43, 129, 146, 169, 199, 262 f., 385
 Paktsysteme 244
 Palästinenser, Palästinafrage 25 ff., 42 f., 264 ff., 372

Sachregister

- Flüchtlingsproblem (siehe auch UNRWA) 28, 84 f., 169 (siehe auch Flüchtlinge)
- Hilfswerk 76, 84, 265
- Panama 78, 136, 217, 289, 385
- Papua-Neuguinea 47, 129, 251, 386
- Paraguay 129, 386
- Pariser Konferenz (LLDC) 113, 117 f., 122, 260, 275, 277, 327 f., 332, 391, 406, 412
- Parlament, Information des 177
- Außenpolitische Sprecher 177
- Parlamentarische Delegation beim Europarat 417
- Pazifik 46 f., 284, 290
- Pazifismus – siehe Friedensbewegung
- Persischer Golf – siehe Golfstaaten
- Personal 179, 195 f.
- Peru 37, 129, 237, 263, 386
- Philippinen 37, 107, 114, 129, 142, 218, 262, 281, 289, 342, 387
- PLO 27 f., 42 f., 196, 257, 266
- Pluralistisch-demokratische Staaten 13, 40 f., 46, 71, 249, 258, 273, 297
- Polen 13 ff., 20, 41, 71, 74, 92, 98 f., 112, 146, 152 f., 156 ff., 160, 167 ff., 198, 203, 206, 236, 245, 258, 262, 344, 374, 388
- Flüchtlinge 205, 236, 321 f., 325
- Nationalkomitee 171
- Polisario 32 f.
- Portugal 54, 60, 142, 160, 218, 263, 283, 299 f., 302 f., 309, 389
- Pressefreiheit 272
- Privilegien und Immunitäten 92, 207
- Protektionismus 24 f., 53 f., 249
- Protokolle 152 f.

- Rassismusfragen 282, 296
- Rat für Auswärtige Angelegenheiten 14 f., 71
- Raumordnung 306 f.
- Rechtsschutz 155, 183, 400
- Recycling 106
- Regionalkonflikte 11, 14, 17, 25 ff., 37, 44, 74
- Reiseverkehr 53, 247, 309 (siehe auch Tourismus)
- Ressourcentransfer 119, 123
- RGW 24 f., 96, 98 f., 103, 120, 122
- Rohstoffe 21 ff., 25, 46, 89, 106 ff., 275
- Internationale Rohstoffpolitik 106 ff.
- Rohstofffonds, gemeinsamer 91, 107 f., 116
- Rumänien 54, 78, 86, 152 f., 160, 167 f., 198, 203, 205, 218, 263, 271, 281, 390
- Rüstung 15, 17 ff., 231 ff., 239, 245, 249, 258 f., 268, 270 ff. (siehe auch Militärausgaben)
- Rwanda 129, 162, 390

- Saint Lucia 37 f., 263
- Saint Vincent 38
- Salomonen 47
- SALT, SAL-II 18, 232, 268
- Sambia 44, 78, 129, 131, 162, 199, 218, 266, 391
- Sanktionen (siehe auch Wirtschafts-sanktionen) 16, 75
- San Marino 38, 71, 391
- São Tomé und Príncipe 38
- Satelliten 232, 274
- Saudi-Arabien 23 f., 27, 36, 43, 88, 98 f., 114, 129, 157, 199, 203, 392
- Schenkungen 228 f., 391
- Schlußakte von Helsinki – siehe KSZE
- Schutzmachtfunktion 13, 162
- Schwarzafrika 44, 111, 127
- Schweden 63, 71, 92, 114, 158, 174, 198, 219, 244, 262, 271, 283, 300, 307, 393
- Schweiz 39, 62 f., 71, 136, 158 f., 162, 199, 219, 255, 306, 394
- Schwellenländer (NICs) 19, 25, 52, 97
- Schwerpunktprogramm, kulturelles 137 f.
- Seerechtskonferenz 75, 290
- Selbstbestimmungsrecht 34, 74, 257 f.
- Senegal 129, 262, 288, 396
- Seychellen 397
- Sicherheit, Sicherheitspolitik (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 11 ff., 55, 75, 172 ff., 231 f., 256, 258, 272, 309
- Sicherheitsfragen und -maßnahmen 182 f.
- Sicherheitsgarantien, negative 20, 269
- Sicherung der Energieversorgung 24, 72 ff., 79, 97 ff., 226 ff., 246

Sachregister

- Sichtvermerke 157, 217, 350, 375, 389, 398, 404
 Siedlungspolitik 257, 260, 265
 Sierra Leone 32, 397
 Simbabwe 31, 44, 78, 158, 199, 397
 Sinai 26
 Singapur 31, 37, 43 f., 97, 198, 262, 290, 398
 Skandinavische Länder 137
 Söldnerwesen 289
 Somalia 398
 Sonderbeauftragter 157
 SOS-Kinderdorf 370, 377, 386, 396
 Sowjetunion – siehe UdSSR
 Soziale Angelegenheiten (siehe auch CSDHA) 49, 76, 84 ff., 281, 289, 299, 302
 Sozialistische Internationale (SI) 422
 Sozialpartnerschaft 52
 Spanien 52, 54, 60, 62, 71, 78, 136, 144, 152 f., 156, 163, 219 f., 262, 289, 295, 297, 300, 306, 401
 Spezialorganisationen der UNO – siehe Vereinte Nationen Sonderorganisationen
 Sport 152, 303 f.
 Sprachgruppenerhebung 359
 Sprachkurse 137, 301, 304, 357, 388, 413
 Sri Lanka 83, 403
 Staatsgrenze 357, 413
 Staatsvertrag, österreichischer 41, 239, 242
 Städtepartnerschaften 307, 322
 Stahlsektor (Stahlbriefwechsel) 56 ff.
 Starthilfekomitee 126
 Stipendien 128, 130, 148, 351 f., 369, 375, 379, 387 f., 396 f., 406 f., 416
 Strafrecht 260, 308 f.
 Strategische Waffen – siehe Waffen
 Stromverbund 400, 413
 Suchtgifte 87, 156, 282, 305 f. (siehe auch Vereinte Nationen – Suchtgiftabteilung)
 Südafrika 31, 45, 75, 144, 159, 163, 169, 266 f., 270, 284, 289, 329, 404
 Südamerika 45 f., 329 f., 333, 341, 349, 368, 386, 405, 414
 Süd-Süd-Kooperation 122
 Sudan 32, 97, 129, 404
 Südasien 43 f., 270, 326, 328, 332, 351, 375, 380, 403
 Südliches Afrika 31 f., 289
 Südostasien 19, 29 f., 43 f., 111, 252, 270, 352, 365, 371, 375, 387, 398, 406, 415
 Südosteuropa 318
 Südtirol 40, 256, 356, 358 f.
 Surinam 405, 262
 SWAPO 31, 267
 Swaziland 263, 405
 Symposien, Seminare, Workshops 137, 139, 145 f., 314 ff., 3
 Syrien 26 f., 129, 193, 262, 288, 405
 Tansania 32, 110, 114, 129, 131, 174, 198, 220, 263, 405
 Technische Hilfe 77, 90, 128 f., 131 f.
 Technologietransfer 81, 119 f., 123
 Telekommunikationswesen 226 f.
 Territorien, Kleine 284
 Terrorismus 14, 42, 182, 250, 260, 293, 296, 309
 Territorialasyl 309
 Thailand 31, 37, 43, 111, 129, 199, 262, 406
 Theater 140, 347, 355, 357, 400
 „Tips für Auslandsreisende“ 175
 TNF 15, 18, 249, 254, 268
 Todesstrafe 165, 260
 Togo 143, 262, 407
 Tonbänderverleih 144
 Tonga 38, 47
 Tourismus 327 f., 336 (siehe auch Reiseverkehr)
 Transitverkehr 62
 Transkei 38
 Transportwesen 62, 91, 226 ff.
 Treuhandschaftsrat 75, 290 (siehe auch Vereinte Nationen)
 Trinidad und Tobago 408
 Truppenabbauverhandlungen (MUR-FAAMCE, MBFR) 20, 174
 Tschad 31 f., 36, 408
 Tschechoslowakei – siehe CSSR
 Tunesien 129, 198, 203, 263, 289, 410
 Türkei 49 f., 279, 293, 296, 300, 303, 309, 411
 Tuvalu 38, 47

Sachregister

- Übersetzungen österreichischer Literatur 140, 355, 400, 402, 411
 UdSSR 14 ff., 21, 29 f., 70 ff., 73, 79, 91 f., 98 f., 114, 142, 147, 152 f., 163, 167, 198, 203, 219, 242, 245, 254 f., 262, 268 f., 273, 284, 289 f., 342, 399
 Uganda 289, 412
 Umschuldung 93, 96 f., 388, 407, 416
 Umweltschutz 278, 302 ff., 306 f., 413
 UN – siehe Vereinte Nationen
 UNCDF 134
 UNCITRAL 88, 196, 291
 UNCSTD 123 f., 276 f.
 UNCTAD 91, 108 f., 117, 119 ff., 127, 292
 UNDOF (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 75, 193 f., 286, 291, 405
 UNDP 80, 91, 121, 127, 130, 132 ff., 136, 229, 292, 406
 UNDRO 335
 UNEF (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 174, 193 f.
 UNEP 78, 124
 UNESCO 48, 76, 130, 153 f., 206 f., 273, 325, 370, 380
 UNFDAC 197
 UNFICYP (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 75, 193 f., 268, 286, 291, 416
 UNFPA 133
 Ungarn 13, 39, 73, 92, 143, 146, 149, 152 f., 156, 160, 162 f., 167 f., 198 f., 203, 205, 221, 255, 262, 344, 412
 UNHCR 169 f., 197, 274, 280, 283, 292
 UNICEF 121, 130 f., 134 f., 290, 292, 325
 UNIDF 81, 130
 UNIDO 76, 80 ff., 130, 173, 196, 206 f., 278, 327, 385
 UNIFIL (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 75, 193 f., 286, 291
 UNISPACE 75, 173, 176, 273 f.
 UNITAR 125
 Universelle Zusammenarbeit 73 ff.
 Universitäten 139 f., 146 ff., 357, 363, 404, 407
 Universitätsprofessoren (-dozenten, -assistenten) 146 f., 150, 344, 373
 UNPA 196
 UNRWA 76, 83, 154, 197, 265
 UNSCEAR 197
 UNTAG 423
 Unterstützungsdarlehen 156
 UNTSO (siehe auch Friedenserhaltende Operationen) 75, 193 f., 291
 UNU 152
 UPU 76, 206 f., 223
 Ursprungsregeln 51, 53, 58 f.
 Uruguay 414
 USA – siehe Vereinigte Staaten von Amerika
 Vanuatu 38, 47, 136, 254, 262, 283 f.
 Venda 38
 Venediger Wirtschaftsgipfel 85 f.
 Venezuela 37, 88, 114, 129, 263, 414
 Verbrechensverhütung 85 f.
 Verdoppelungsaktion der Bundesregierung 170 f.
 Vereinigte Arabische Emirate 43, 89, 199, 203, 323 f.
 Vereinigte Staaten von Amerika 14 ff., 22, 24, 26 f., 29, 31 ff., 40 f., 53 f., 70 ff., 74, 79, 91 f., 99, 103, 108, 112 ff., 140, 142, 151, 153, 159, 168 f., 176, 195, 199, 203, 205, 243, 249, 254 f., 262, 264, 267 ff., 271, 273 f., 275 f., 279, 281, 284, 288 ff., 297, 299, 320 ff., 328
 Vereinigtes Königreich – siehe Großbritannien
 Vereinte Nationen (siehe auch UN) 11, 13, 19 f., 21 ff., 27, 29, 31, 35, 37, 44, 46, 48, 73 ff., 82, 84, 88, 100, 105 f., 113 f., 116, 130, 132 ff., 136, 164 f., 169, 171 f., 174, 221, 225, 233, 237, 240, 252, 257, 259 f., 262 ff., 297, 309, 323, 328, 342, 372
 – Abteilung für Internationales Handelsrecht 88
 – Beitragsquoten 285
 – Budget 284 f., 286
 – Dekade 281 f.
 – Dekade der Frau 280
 – Deklaration über die Eliminierung aller Formen religiöser Intoleranz 278
 – Energiefonds 134

Sachregister

- Flüchtlingshochkommissär 274
- Friedenstruppen 13, 26, 75, 268, 286
- Generalsekretär 74, 77, 174, 237, 254, 257f., 263f., 267, 280f., 284, 288
- Generalversammlungen 20, 27f., 30, 33f., 39, 43, 74 ff., 82, 84f., 88, 106, 112 ff., 117, 121, 165, 231, 233, 251f., 254, 256f., 259f., 263 ff., 270 ff., 275, 279, 283 ff., 286 ff., 339, 358, 408
- Global Round – siehe Globale Verhandlungsrunde
- Internationales Corps von Prozeßbeobachtern 260
- Kodifikationskonferenz 287
- Konferenz für neue und erneuerbare Energiequellen – siehe Energie
- Konferenz für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (Wiener Aktionsprogramm) – siehe UNCSTD
- Menschenrechtskommission 15, 165
- Menschenrechtspakte 236
- Mitgliedschaft Österreichs in den Organen der Vereinten Nationen 291f.
- Organisationen und Sekretariats-einheiten 196
- Rassismusedekade 282
- Satzung 76, 237, 239, 252f., 258, 261, 269
- Sicherheitsrat 26, 31, 75, 78, 233, 252, 257, 262 ff., 272, 276, 286, 288f.
- Sonderausschuß 288f.
- Sonderbeauftragte 258
- Sondergeneralversammlungen 20, 233, 258, 267f., 271f.
- Sonderorganisationen 22f., 48, 76 ff., 82, 112, 117, 206f., 224, 263, 276, 285f.
- Suchtgiftabteilung 121, 196, 278, 282
- Treuhandschaftsrat 290
- Völkerrechtliche Fragen, Kommission 240, 287f.
- Wirtschafts- und Sozialrat – siehe ECOSOC
- Wissenschaftlich-Technischer Unterausschuß und Rechtsausschuß 274
- Zentrum für Soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten – siehe CSDHA
- Verbraucherpreise 204
- Verkehrswesen 53, 62, 73, 348, 410
- Vermögensrechtliche Beziehungen 350
- Vermögenssicherung 159
- Vermögensvertrag 159
- Verschuldung 24f., 96, 224, 388
- Vertragliche Beziehungen und Vereinbarungen 38, 152, 208, 318
- Vertragsübersicht 208 ff.
- Vertrauensbildende Maßnahmen 70f., 233, 240, 253, 271
- Vertretungsbehörden 38, 48, 94, 106, 126, 138, 140, 144f., 157 ff., 176 ff., 195, 237
- ausländische Vertretungen in Österreich 195
- Unterbringung 180
- Verwaltungsreformkommission 175
- Vietnam 30, 129, 133, 168, 244, 264, 415
- Virgin Islands 284
- VÖEST-Alpine 327, 331f., 339, 346
- Völkerbund 87
- Völkerrecht 11, 13, 19, 24, 247, 275, 388
- Volksanwaltschaft 183
- Volksgruppen 39f., 256, 359
- Vollbeschäftigungspolitik 93
- Vorträge 139, 146, 316, 381, 409, 411, 415
- Waagner-Biro 339
- Währung, Währungspolitik 21 ff., 61, 275
- Waffen 11, 17 ff., 232, 269 ff., 271
- Waffenembargo 266
- Wanderarbeiter 300 ff.
- Wanderausstellungen 313, 341, 343, 393, 395, 407
- Warschauer Pakt 14 ff., 268
- Weltbank (World Bank, IBRD) 76, 83, 111, 116, 122, 126, 135, 207, 229, 260, 317f., 321
- Energiefiliale 260

Sachregister

- Weltbund der Österreicher im Aus-
 land 160
 Welternährungsprogramm 130
 Welthandel 21 ff., 64 ff., 89, 93, 107,
 117, 120, 225, 227
 Weltinformationsordnung – siehe
 Neue Weltinformationsordnung
 Weltorganisation für geistiges Eigen-
 tum – siehe WIPO
 Weltpostverein – siehe UPU
 Weltraum 67 f., 75, 173, 270, 273 ff.,
 344
 Weltraumkonferenz – siehe UNI-
 SPACE
 Weltversammlung über Probleme der
 älteren Menschen 75, 86, 176, 281
 WEO 78, 86, 285
 Westeuropa 15, 18, 40, 48, 297, 323,
 326
 Westjordanland 26 ff., 265
 Westsahara 32 f., 36, 283, 377
 Westsamoa 38, 47
 Wettrüsten – siehe Rüstung
 WHO 76, 130, 206 f.
 Wien International 173
 Wiener Übereinkommen über diplo-
 matische Beziehungen 38
 Wiener Philharmoniker 379, 395
 WIPO 76, 130, 206 f.
 Wirtschaftsbeziehungen Österreichs
 38 ff., 46, 51 ff., 83, 93, 97, 106,
 243 f., 255, 259, 321, 323, 329,
 331, 333, 339, 343, 345, 399
 Wirtschafts- und Entwicklungsfragen
 21 ff., 64 ff., 74, 80 ff., 227 ff., 260,
 275
 Wirtschaftssanktionen 289
 Wissenschaft 145 ff., 314, 318
 Wissenschaftlich-technische Zusam-
 menarbeit 72, 91, 148, 152, 274,
 276, 331, 334, 360, 382, 389 f.,
 399 f., 402, 407, 413
 WMO 76, 206 f.
 WTO 76, 206 f.
 Zahlungsbilanz 21, 25, 66, 90, 93 f.,
 97, 228
 Zaire 97, 129, 262, 415
 Zentralafrikanische Republik 129,
 416
 Zentralamerika – siehe Mittelamerika
 Zollpräferenzen 51 ff., 59, 402
 Zypern 71, 199, 259, 262, 268, 306,
 416

